

Die Hessen-Bibliothek
im Insel Verlag

Jochen Lengemann
Das Hessen-Parlament 1946-1986

Das Hessen-Parlament 1946-1986



Jochen Lengemann

**Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses,
der Verfassungberatenden Landesversammlung
und des Hessischen Landtags (1.-11. Wahlperiode)**



**Die Hessen-Bibliothek
im Insel Verlag**

Die Hessen-Bibliothek
im Insel Verlag

Regionalbewegungen und Heimatdiskussionen deuten darauf hin, daß auch in der Bundesrepublik die Diskussion um die regionale Identität und Kultur der Bürger begonnen hat. Die Bundesländer betrachten sich immer weniger als rein administrative Einheiten, sie betonen ihre historische und politische Eigenständigkeit. Die Hessen-Bibliothek möchte zu dieser Entwicklung einen Beitrag leisten mit Büchern, die bisher vernachlässigte kulturelle, sozialgeschichtliche und politische Aspekte darstellen und analysieren sollen. Die Hessen-Bibliothek will auch ein Impuls sein für in Hessen lebende oder an Hessen interessierte Künstler und Wissenschaftler, sich mehr als bisher mit den Problemen des Landes zu beschäftigen.

Herausgegeben
vom
Präsidenten des Hessischen Landtags

Jochen Lengemann
Das Hessen-Parlament
1946—1986

Biographisches Handbuch
des Beratenden Landesausschusses,
der Verfassungberatenden Landesversammlung
Groß-Hessen
und des Hessischen Landtags
1.—11. Wahlperiode

Insel Verlag

Umschlagabbildung: Wiesbadener Stadtschloß
(Foto: Archiv des Hessischen Landtags, Wiesbaden)

Erste Auflage 1986
© Insel Verlag Frankfurt am Main 1986
Alle Rechte vorbehalten
Satz: Kanzlei des Hessischen Landtags, Wiesbaden
Druck: Druckhaus Thiele & Schwarz GmbH, Kassel
Printed in Germany

Von der 1. Auflage erscheinen 1000 Exemplare fadengeheftet und flexibel gebunden
in Feincanvas der Vereinigten Kaliko, Bamberg, als Vorzugsausgabe im Schuber.

Inhalt

Geleitwort des Präsidenten des Hessischen Landtags	7
Vorwort	9
I. Von der nationalsozialistischen Diktatur zur parlamentarischen Demokratie	13
A. Das Land Hessen	15
1. Gründung	15
2. Gebiet	16
3. Konstituierung	17
4. Name	18
B. Die vorparlamentarische Entwicklung	19
1. Parlamentslose Zeit	19
2. Beratender Landesausschuß	20
3. Vorbereitende Verfassungskommission (Verfassungsausschuß)	34
4. Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen	39
C. Die Konstituierung der parlamentarischen Demokratie	54
II. Übersichten	67
Beratender Landesausschuß	69
Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen	77
Hessischer Landtag, 1. Wahlperiode 1946 - 1950	88
Hessischer Landtag, 2. Wahlperiode 1950 - 1954	97
Hessischer Landtag, 3. Wahlperiode 1954 - 1958	105
Hessischer Landtag, 4. Wahlperiode 1958 - 1962	116
Hessischer Landtag, 5. Wahlperiode 1962 - 1966	126
Hessischer Landtag, 6. Wahlperiode 1966 - 1970	135
Hessischer Landtag, 7. Wahlperiode 1970 - 1974	144
Hessischer Landtag, 8. Wahlperiode 1974 - 1978	154
Hessischer Landtag, 9. Wahlperiode 1978 - 1982	164
Hessischer Landtag, 10. Wahlperiode 1982 - 1983	175
Hessischer Landtag, 11. Wahlperiode 1983 -	184

III. Biographien der Mitglieder und Vorsitzenden des Beratenden Landesausschusses, der Mitglieder der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und der Mitglieder des Hessischen Landtags, 1. bis 11. Wahlperiode	195
IV. Die Direktoren beim Landtag	445
Abkürzungsverzeichnis	449
Quellen- und Literaturverzeichnis	453
Bildnachweise	461

Geleitwort des Präsidenten des Hessischen Landtags

40 Jahre parlamentarische Demokratie in Hessen - dem älteren Zeitgenossen will es eher als kurzer Zeitraum erscheinen. Doch an den Abläufen der jüngeren deutschen Geschichte gemessen, ist eine solche Reihe von Jahren kontinuierlicher politischer Entwicklung in Frieden und Freiheit schon fast als Wunder zu begreifen - denkt man etwa daran, daß der Weimarer Republik noch keine 15 Jahre vergönnt waren, oder daran, daß vom Beginn des ersten Weltkriegs bis zum Ende des zweiten nur etwas über 30 Jahre vergingen.

40 Jahre parlamentarische Demokratie in Hessen - das ist also sehr wohl ein Grund zur Dankbarkeit, mithin auch ein Grund zur Rückbesinnung. Aus diesem Grund habe ich mich gefreut, daß mein Vorgänger im Präsidentenamt, Herr Vizepräsident Jochen Lengemann, es übernommen hat, in diesem Band die Frauen und Männer in Erinnerung zu rufen, die sich in den Trümmern einer unseligen Diktatur und eines verheerenden Krieges ans Werk gemacht haben, um zunächst die schwersten wirtschaftlichen Notstände zu lindern, zugleich aber auch eine Zukunft in Freiheit und Gerechtigkeit zu gestalten. Ihnen ist dieser Band in besonderer Weise gewidmet. Er hält aber auch - um die Kontinuität dieser 40 Jahre deutlich zu machen - die Namen und Daten ihrer Nachfolger fest, die - glücklicherweise unter weniger schwierigen Bedingungen - die parlamentarische Arbeit für das Land Hessen weitergeführt haben.

Zentraler Teil des Buches sind daher die Biographien der Mitglieder des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung und der Hessischen Landtage bis zu dieser 11. Wahlperiode. Damit werden zum erstenmal - in der derzeit erreichbaren Vollständigkeit - die Lebensdaten aller Frauen und Männer einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die in den vergangenen 40 Jahren von den Wählerinnen und Wählern mit parlamentarischer Verantwortung für Hessen beauftragt worden sind.

Ich wäre froh, wenn das Buch die verdiente Aufmerksamkeit, vor allem auch bei jüngeren Menschen, fände.

Wiesbaden, im August 1986

Dr. Erwin Lang



*Wiesbadener Stadtschloß
Sitz der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen
Landtags seit 1946.*

Vorwort

Die erste Anregung zu diesem Buch hat das "Biographical Directory of the American Congress 1774-1961" gegeben, auf das ich 1966 zufällig in der Barrow County Library in Winder, Georgia, stieß und das - bis dahin nachgeführt - 1971 in seiner bisher letzten Auflage vom Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika als Senats-Dokument Nr. 92 - 8 veröffentlicht wurde.

Wie das amerikanische Vorbild bringt "Das Hessen-Parlament 1946-1986" keine Darstellung der Parlamentsgeschichte; es bleibt Aufgabe für einen Unbeteiligten, die Geschichte des Landtags seit 1946 mit allen notwendigen Wertungen zu schreiben. Wohl aber will dies Buch ein Beitrag dazu sein, daß das Erleben und Schreiben von Vorgeschichte und Geschichte des Hessischen Landtags möglich wird.

Zur Einführung stellt der Aufsatz "Von der nationalsozialistischen Diktatur zur parlamentarischen Demokratie" die Gründung des Landes und die Herausbildung des parlamentarischen Systems in Hessen dar. Es ging also nicht darum, das Entstehen aller Institutionen oder der einzelnen Verfassungsbestimmungen, sondern den Weg vom Wiederbeginn staatlichen Lebens über alle Vor- und Hilfsformen parlamentarischen Mitgestaltens bis zum demokratisch legitimierten Landesparlament nachzuzeichnen. Wegen der prägenden Entscheidungen der Vorbereitenden Verfassungskommission (Verfassungsausschuß) für die Stellung des Landtags im Verfassungsgefüge wurde dieses Gremium in die Darstellung einbezogen, ohne daß damit Anlaß gegeben werden sollte oder könnte, es in die Ahnen- oder Traditionsreihe der parlamentarischen Institution des Landes zu heben.

Der zweite Hauptteil des Buches enthält Übersichten über den Beratenden Landesausschuß, die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen und den Hessischen Landtag, 1. bis 11. Wahlperiode. Darin werden erstmals die in mühevollster Kleinarbeit für den Beratenden Landesausschuß und die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen ermittelten vollständigen Mitgliederverzeichnisse veröffentlicht. Ihre Zusammenstellung war nur möglich durch die Anwendung geradezu kriminalistischer Methoden, dank Zufällen und durch die Mithilfe von Verwandten, Arbeitgebern und vieler Behörden. In den Übersichten werden darüber hinaus erstmals alle amtlichen Wahlergebnisse, die Fundstellen für die Wahlprüfungsverfahren, die Präsidenten, Vize-

präsidenten, Schriftführer und Fraktionsvorsitzenden mit Amtsdaten sowie die Alterspräsidenten und vorläufigen Schriftführer in den konstituierenden Sitzungen zusammengestellt und veröffentlicht. Bei den Amtsdaten der Fraktionsvorsitzenden konnten einige Lücken noch nicht geschlossen werden.

Der dritte Hauptteil enthält die Biographien aller Mitglieder und Vorsitzenden des Beratenden Landesausschusses, der Mitglieder der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags, 1. bis 11. Wahlperiode, Stand 30. Juni 1986. Leider konnte nicht von Anfang an auf systematisierte Lebensdaten in einer EDV-Anlage zurückgegriffen werden, sondern mußten diese erst erarbeitet werden. Grundlage waren ausschließlich die von den Abgeordneten der Landtagskanzlei zur Verfügung gestellten Materialien sowie sonst im Landtagsarchiv verfügbare Unterlagen. Nur bei einigen Mitgliedern des Beratenden Landesausschusses wurden Behördenauskünfte eingeholt und auf Nachschlagewerke zurückgegriffen. Es bleibt Aufgabe des Landtagsarchivs, bis zur 50-Jahrfeier des Landtags 1996 die Daten für alle Mitglieder, insbesondere die Materialien über Mitgliedschaften in anderen Parlamenten aller Ebenen, zu vervollständigen. Dazu gehört auch, die jetzt wegen Unvollständigkeit und den daraus im Einzelfall resultierenden Ungerechtigkeiten weggelassenen Fakten zu Funktionen im Landtag (z.B. Ausschuß- und Arbeitskreisvorsitzende), zu Publikationen und zu Ehrungen (z.B. Verleihung des Bundesverdienstkreuzes und der Wilhelm-Leuschner-Medaille), zu komplettieren, um sie für eine spätere Veröffentlichung vorzubereiten.

In einem vierten Teil werden die Direktoren beim Landtag als die Amtschefs der Landtagsverwaltung in Kurzbiographien auf Grund der Unterlagen der Landtagskanzlei vorgestellt.

Ich danke Landtagspräsident Dr. Erwin Lang, daß er die Anregung zur Erarbeitung dieses Buches aufgegriffen hat und es als Herausgeber zur 40-Jahrfeier des Landtags der Öffentlichkeit vorlegt. Ich danke dem Herausgeber der Hessen-Bibliothek im Insel Verlag, Edgar Thielemann, daß er durch die Aufnahme in diese Reihe einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung des Buches leistet. Die Landtagskanzlei hat alle möglichen Hilfen gegeben: Der Direktor beim Landtag, Dieter Felix Lessle, hat die Signale in der Verwaltung für das Mittun an diesem Buch auf "Grün" gestellt. Leitender Ministerialrat Roland Schmidt hat unermüdlich mitgedacht, teilweise selbst mit recherchiert und mit viel Eigeninitiative das

Erarbeiten des Buches und die Vorbereitung für den Druck ermöglicht. Seine ganze Abteilung hat mitgearbeitet: Burghild Bloem und Marion Ortner haben sich vor allem ums Auffinden von Fakten in elektronischen Informationssystemen und ums Aufspüren von gedruckten Quellen und von Literatur bemüht. Ohne Friederike Ulbrichs mitdenkende Arbeit von der selbständigen zusätzlichen Materialsammlung für die Biographien über das ungemeine Anspannung erfordernde Erfassen im EDV-Gerät bis zum Aufspüren sachlicher Fehler wäre das ganze Projekt gescheitert. Lilo Faath, Landtagsmitarbeiterin seit 1946, hat kurz vor ihrem Eintritt in den Ruhestand die Übersichten geschrieben und manche Erfahrung aus ihrer Arbeit eingebracht; für die übrigen Teile hat Ursula Gastl die Schreibearbeiten begonnen, die dann Martina Gassen weitergeführt hat. Schließlich hat Klaus Becker mit seinen Mitarbeiterinnen zusätzlich zur regelmäßig anfallenden Arbeit an den vielen Landtags-Druckwerken den Satz des ganzen Buches bewerkstelligt - eine ungewohnte Arbeit im Spannungsfeld zwischen Landtagsverwaltung, Verlag, Hessischer Zentrale für Datenverarbeitung und Verfasser - und die Zustimmung aller Beteiligten zu seinem Werk gefunden. Die Vorlagen für eine Reihe der teilweise bisher nicht veröffentlichten Photos hat Herbert Lilge von der Landeszentrale für politische Bildung beschafft.

Ich danke allen namentlich Erwähnten und den vielen anderen, die geholfen haben, aber ungenannt bleiben, nicht zuletzt auch meiner Frau und meinen Söhnen, die über die häufigen politikbedingten Verpflichtungen hinaus noch manchen Tag zusätzlicher Abwesenheit von zuhause während des letzten Jahres haben in Kauf nehmen müssen.

Es wäre vielleicht gegen die Herausgabe des Buches entschieden worden, hätten wir alle - vom Präsidenten bis zum letzten Helfer - Mitte 1985 gehaut, welche Mühen bei der Aufarbeitung des Materials auf uns zukommen würden. So aber wurde gerade die Bewältigung der einen Schwierigkeit zum Ansporn für die Überwindung der nächsten Hürde, das Aufspüren von "Löchern" zum Anreiz, das fehlende Material zu beschaffen, den falschen Geburtstag zu korrigieren, von zwei Paul Wilhelmis in der Wiesbadener Sonnenberger Straße, beide Kaufmann und Ingenieur, schließlich durch ein Auslandsferngespräch, den richtigen zu ermitteln. So ist dies Buch Anreiz, bis 1996 ein noch verlässlicheres und umfassenderes - vielleicht als "Lexikon des Hessen-Parlaments 1946-1996" - zu schaffen.

Wiesbaden, Sommer 1986

Jochen Lengemann



I.

Von der nationalsozialistischen Diktatur zur parlamentarischen Demokratie



Von der nationalsozialistischen Diktatur zur parlamentarischen Demokratie

A. Das Land Hessen

1. Gründung

Schon vor der Übernahme der öffentlichen Gewalt in Deutschland durch die Siegermächte in der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945¹ begann die Besatzungsmacht auch im Gebiet des heutigen Landes Hessen, nebeneinander eine Militärverwaltung und eine deutsche Zivilverwaltung mit von ihr ernannten Bürgermeistern und Landräten zu errichten. Ab der zweiten Aprilhälfte 1945 wurde der Neuaufbau einer Verwaltung auch auf die Ebene der Regierungsbezirke erstreckt. Er vollzog sich unter Leitung sogenannter E-Detachments der Militärregierung für die US-Zone in Frankfurt am Main. Für das Gebiet der rechtsrheinischen Teile des alten Volksstaates Hessen war eine solche Abteilung unter Lt. Col. Clare R. Davis in Darmstadt zuständig, die schon Mitte April 1945 Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer mit dem Wiederaufbau der Verwaltung in der Provinz Starkenburg betraute. In Kassel wirkte zunächst eine Militärregierungsabteilung unter Lt. Col. Arthur Skarry, die den früheren Oberregierungsrat Dr. Fritz Hoch Ende April zum Ober- und Regierungspräsidenten ernannte. Für diesen Bereich wurde dann bald der von Marburg aus wirkende Col. Charles T. Johnson zuständig. Das Wiesbadener E-Detachment unter Col. James Newman setzte Anfang Mai 1945 den früheren Staatssekretär und Rundfunkpionier Dr. Hans Bredow zum dortigen Regierungspräsidenten ein². Nachdem Col. Johnson mit dem Versuch scheiterte, den früheren Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Ferdinand Friedensburg für den Neuaufbau einer Landesverwaltung für die nördlichen Teile Hessens von Marburg aus zu gewinnen, und keine Alternative anzubieten hatte, wurde er bald abgelöst und Nordhessen Col. Newman unterstellt. Zu dieser Zeit dachte auch General Clay, damals noch stellvertretender Militärgouverneur, daran, im Bereich des heutigen Hessen zwei Länder mit den Hauptstädten Darmstadt und Marburg zu bilden³.

Professor Bergsträßer, inzwischen zum Chef der Zivilverwaltung des ganzen rechtsrheinischen Teils des früheren Volksstaates avanciert, legte demgegenüber am 10. August 1945 schriftlich Vorschläge vor, die als kleinste Lösung die Vereinigung des alten Volksstaates mit der Provinz

Nassau, möglichst aber auch mit Kurhessen empfahlen. Vorstöße in die gleiche Richtung kamen u.a. auch vom Kasseler Ober- und Regierungspräsidenten Dr. Hoch und vom Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Hessen (-Darmstadt), Christian Stock. In diesem Sinne wurde Clay auch entscheidend vom Zivilberater der Militärregierung in Frankfurt, dem amerikanischen Historiker Walter Dorn, beeinflusst, der seine persönlichen Kenntnisse der Reichsreformdiskussion der Weimarer Zeit einbrachte. Clay gab schließlich am 14. September 1945 sein Einverständnis zur Gründung eines einheitlichen hessischen Staates⁴.

Am 19. September 1945 erließ daraufhin General Dwight D. Eisenhower als Oberster Befehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, die "Proklamation Nr. 2 der Militärregierung Deutschland - Amerikanische Zone"⁵. Mit ihr wurden in der amerikanischen Besatzungszone die "Staaten Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern" gebildet.

2. Gebiet

Auf Grund der von General Eisenhower erlassenen Proklamation umfaßte Groß-Hessen die ehemalige preußische Provinz Kurhessen, die ehemals preußische Provinz Nassau ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, St. Goarshausen, Unterlahn und Unterwesterwald, die ehemaligen Provinzen Starkenburg und Oberhessen des früheren Volksstaates Hessen sowie den östlich des Rheins gelegenen Teil der ehemaligen Provinz Rheinhessen.

Von der Gründung Groß-Hessens an wurden die ehemals kurhessischen Gemeinden bzw. Gemeindeteile Asbach, Sickenberg, Vatterode und Weidenbach nicht als zum neuen Staat, dafür die früher provinzsächsischen Gemeinden Neuseesen und Werleshausen als zu seinem Territorium gehörig betrachtet. Dem liegt das "Wanfrieder Abkommen" des Kommandierenden Generals der 3. (US) Infanterie-Division, Brigadegeneral W. T. Sexton, und des Kommandierenden Generals der 77. (Sowjetischen) Gardeinfanterie-Division, Generalmajor V. S. Askalepov, vom 17. September 1945⁶, zugrunde, die, von ihren Regierungen autorisiert, diesen Gebietstausch im Interesse der Leichtigkeit des Verkehrs auf der Eisenbahn-Nord-Süd-Strecke Göttingen-Bebra, insbesondere für die amerikanischen Truppen im Verkehr mit dem ihnen zugeordneten Bremen/Bremerhaven, vereinbarten; er wurde mit Wirkung vom 19. September 1945, 18.00 Uhr, vollzogen.

Danach ergaben sich Änderungen des hessischen Staatsgebiets nur noch

auf Grund zweier staatsvertraglicher Regelungen, die nach den jeweils gültigen Fassungen des Art. 29 GG vereinbart wurden. Durch Staatsvertrag zwischen den Ländern Hessen und Niedersachsen vom 19./23. Mai 1967⁷, in Kraft getreten am 1. Juli 1968⁸, kam es zu einem Gebietstausch im hessisch-niedersächsischen Grenzgebiet bei Karlshafen, durch den 202 Personen betroffen wurden⁹. Die letzte Änderung der hessischen Landesgrenze brachte der Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Hessen vom 18. März 1983¹⁰, in Kraft getreten am 21. Juni 1983¹¹, im Grenzgebiet bei Hemsbach und Lampertheim, durch den knapp 100 Baden-Württemberger Hessen wurden¹².

Nach hessischer Auffassung schließt das hessische Staatsgebiet auch entsprechend dem Wortlaut der Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 die von ehemals badischem Gebiet umschlossene, früher zum Landkreis Heppenheim bzw. zum Landkreis Bergstraße gehörende Enklave Bad Wimpfen ein. Spätestens seit der "Anordnung des Hauptquartiers der Militärregierung Württemberg-Baden" vom 26. November 1945, weitergegeben an die Militärregierung des Landkreises Sinsheim am 30. November 1945, wird dieses Gebiet jedoch tatsächlich von Hessen weder verwaltet noch regiert¹³.

3. Konstituierung

Nach der Proklamierung des Landes am 19. September 1945 wurde das alte E-Detachment in Wiesbaden unter Col. Newman durch Teile der Marburger Einheit aufgefüllt und am 1. Oktober 1945 zur Landesmilitärregierung ("Office of Military Government for Land Greater Hesse"-OMGH) umgebildet. Am 8. Oktober 1945 wurde Col. James Newman offiziell zu deren Direktor bestellt¹⁴.

In der Organisationsanweisung Nr. 1. vom 12. Oktober 1945¹⁵ verkündete Oberst Newman mit Wirkung vom 12. Oktober 1945, 12.00 Uhr, die Bildung der "zivilen Landesregierung für Groß-Hessen mit Sitz in Wiesbaden". Für den Chef dieser Zivilregierung legte er die Bezeichnung "Ministerpräsident" fest.

Der Weg zur Bildung der ersten zivilen Landesregierung in Hessen und zur Auswahl ihrer Mitglieder, insbesondere des Ministerpräsidenten, ist bis heute nicht voll geklärt¹⁶. Letztlich wohl auf Vorschlag der Abteilung für Zivilverwaltung (CAD) der Landesmilitärregierung fiel die Wahl auf den damals 67-jährigen parteilosen Heidelberger Rechtsanwalt Prof. Dr. Karl Geiler als Ministerpräsidenten. Auch die ersten, am 16. Oktober

1945 zusammen mit Geiler im Landeshaus zu Wiesbaden vereidigten¹⁷ Minister wurden von der CAD vorgeschlagen: Hans Venedey (SPD) als Innenminister, Wilhelm Mattes (parteilos) als Finanzminister, Robert Fritz (parteilos) als Justizminister, Oskar Müller (KPD) als Arbeitsminister.

In der auf die Vereidigung folgenden Antrittsrede ging Ministerpräsident Prof. Geiler vor allem auf die schwierige Stellung der neuen Regierung ein, die sowohl die Interessen der Bürger als auch der neuen Parteien und vor allem auch die der Besatzungsmacht beachten müsse¹⁸.

Der 16. Oktober 1945, der Tag der Vereidigung der ersten Landesregierung, gilt als der "Geburtstag" des Landes¹⁹.

4. Name

Nach der Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 führte der durch sie gebildete Staat den Namen "Groß-Hessen"²⁰. Diese Bezeichnung geht ganz offenbar auf die Reichsreformdiskussion der Weimarer Zeit zurück. Jedenfalls verwandte sie auch der diese Diskussion aus eigener Teilnahme kennende Darmstädter Zivilregierungschef Prof. Bergsträßer in seiner Denkschrift vom 10. August 1945 zu Fragen der Zusammenlegung des alten Volksstaates Hessen mit dem Gebiet des Regierungsbezirks Wiesbaden und möglichst auch mit Kurhessen²¹.

In den Aussprachen der Verfassungberatenden Landesversammlung, ihres unter Bergsträubers Vorsitz tagenden Verfassungsausschusses und des für die Verfassungsdiskussion wichtigen sog. Siebenerausschusses, deren Protokolle gedruckt vorliegen²², wurde der Name des Landes überhaupt nicht mehr diskutiert - wohl deshalb, weil die vorbereitende Verfassungskommission²³ in ihren Beratungen den Begriff "Groß-Hessen" stillschweigend durch "Hessen"²⁴ ersetzt und dementsprechend einen "Verfassungsentwurf für Hessen"²⁵ erarbeitet hatte, den dann Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler in der konstituierenden Sitzung der Verfassungberatenden Landesversammlung vorlegte und der zur Grundlage aller weiteren Entscheidungen wurde. Lediglich die Frage, ob es notwendig sei, den "Begriff Hessen territorial zu definieren"²⁶ beschäftigte in seiner Sitzung am 7. August 1946 den Verfassungsausschuß der Verfassungberatenden Landesversammlung kurz, der beschloß, Prof. Jellinek dazu zu hören. Eine entsprechende Definierung erfolgte jedoch nicht. Auch die Besatzungsmacht problematisierte den Namen des von ihr geschaffenen Landes offenbar nicht noch einmal; jedenfalls enthalten

darüber weder der mündliche Bericht des Abgeordneten Schlitt (CDU)²⁷ entscheidende Hinweise, noch ist das Thema in dem Genehmigungsschreiben der Militärregierung vom 29. Oktober 1946²⁸ angeschnitten worden.

So wurde mit der "Verfassung des Landes Hessen" vom 1. Dezember 1946, "in Kraft getreten am gleichen Tage"²⁹, der Name "Groß-Hessen" durch "Hessen" ersetzt³⁰.

B. Die vorparlamentarische Entwicklung

1. Parlamentslose Zeit

Grundlage aller staatlichen Tätigkeit in Hessen war anfangs allein die Proklamation Nr. 2 des Generals Eisenhower. Sie bestimmte in ihrem Artikel III, daß die durch sie gebildeten Staaten unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnis der Militärregierung volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt haben sollten, soweit deren Ausübung nicht mit früher oder zukünftig getroffenen Maßnahmen des Kontrollrats für Deutschland oder einer von diesem errichteten zentralen deutschen Behörde im Widerspruch stehe. Bis zum Zeitpunkt, an dem die Schaffung demokratischer Einrichtungen möglich sein werde, genüge - nach der gleichen Bestimmung - für die Gültigkeit staatlicher Gesetzgebung, daß sie von dem Ministerpräsidenten des Landes genehmigt und verkündet werde³¹.

Obwohl die Militärregierung Wert darauf legte, den Eindruck zu erwecken, daß die Gesetzgebung allein in der Verantwortung der deutschen Stellen liege³², ist unbestritten, daß auch nach der Konstituierung der ersten Landesregierung alle Gesetze (und auch Verordnungen) immer vor Verkündung der Militärregierung vorzulegen waren³³.

Innerhalb der Landesregierung kam es bereits auf deren erster Sitzung am 19. Oktober 1945³⁴ zu einer Diskussion, ob sich aus der Proklamation Nr. 2, dem Selbstverständnis des Ministerpräsidenten von seinem Amt und der gemeinsamen Mitgliedschaft des Ministerpräsidenten und der Minister im Kabinett die alleinige Verantwortung des Ministerpräsidenten oder eine Kollegialverantwortung des Kabinetts ergebe. Insbesondere SPD und KPD drängten - auch öffentlich - auf die Bindung des Ministerpräsidenten an Mehrheitsbeschlüsse im Kabinett; dieser widersprach, erklärte sich aber zur kollegialen Beratung bereit, ohne von seinem

Alleinentscheidungsrecht jedoch irgendwelche Abstriche zu machen³⁵. Unmittelbar auf diese Diskussion folgte eine erhebliche Verbreiterung der Regierungsbasis durch eine Kabinettsumbildung am 1. November 1945. Als stellvertretender Ministerpräsident und Minister ohne Ressort wurde der CDU-Politiker Dr. Werner Hilpert berufen; Justizminister wurde an Stelle des in ein Entnazifizierungsverfahren verstrickten bisherigen Amtsinhabers Georg August Zinn (SPD); die LDP trat mit Rudolf Mueller als Minister für Wirtschaft und Verkehr in die Regierung ein; weiter wurden Kabinettsmitglieder Georg Häring (SPD - Ernährung und Landwirtschaft), Prof. Dr. Franz Böhm (damals parteilos, später CDU - Kultus), Gottlob Binder (SPD - Wiederaufbau und Politische Befreiung) und Hugo Swart (SPD - Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei). Damit waren alle relevanten politischen Kräfte in der Regierung vertreten.

Gleichwohl wurde die zwiespältige Situation, die schon die erste Kabinettsdiskussion deutlich gemacht hatte, auch durch die erste hessische Vor-Verfassung, das im "Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen" 1945, Nr. 3, ausgegeben zu Wiesbaden, den 31. Dezember 1945, auf S. 23, verkündete "Staatsgrundgesetz des Staates Groß-Hessen vom 22. November 1945" - nach seinem Art. 11 in Kraft getreten mit dem Tage seines Aushangs in der Staatskanzlei - nicht aufgehoben. Nach Art. 3 StGG steht der Ministerpräsident an der Spitze der Staatsregierung. Er leitet nach Art. 4 das Groß-Hessische Staatsministerium, das sich nach Art. 5 unter seinem Vorsitz - er ist also mit ihm nicht identisch - versammelt. Adolf Arndt, damals Ministerialrat in eben diesem Staatsministerium, sieht in diesem Zwiespalt zwischen pluralistischer Staatsregierung, in der der Ministerpräsident nur der primus inter pares ist, und dem monokratischen Staatsministerium, wie es wohl eher die Besatzungsmacht sah, den Zwiespalt zwischen Außen- und Innenverhältnis; "im Außenverhältnis zur autoritären Militärregierung" könne "nur der Ministerpräsident allein die volle Verantwortung tragen ..., während in dem auf demokratischer Legitimität abzielenden Innenverhältnis das aus dem Ministerpräsidenten und allen Ministern de facto gebildete neue Kabinett in der Praxis durch Mehrheitsbeschluß entscheidet"³⁶.

2. Beratender Landesausschuß

Art. 9 StGG brachte die erste Öffnung hin auf eine demokratisch-parlamentarische Staatsgestaltung. In dieser Bestimmung kündigte die

Regierung an, eine demokratische Verfassung vorbereiten zu wollen. Gleichzeitig verpflichtete sie sich "als Vorläuferin einer künftigen Volksvertretung (Landtag)", einen "Beratenden Landesausschuß" zu berufen. Dessen Mitglieder sollten vom Ministerpräsidenten ernannt und abberufen werden; der Ausschuß solle unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, der den stellvertretenden Ministerpräsidenten auch insoweit mit seiner Vertretung zu betrauen ermächtigt wurde, tagen, "so oft es die Geschäfte erfordern". Er "sollte" vor Erlaß wichtiger Gesetze und vor Festlegung des Haushaltsplans gehört und "konnte" bei weiteren Aufgaben "herangezogen" werden. Seine Geschäftsordnung hatte der Ministerpräsident zu erlassen.

In einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung Hessens am 18. November 1945³⁷ äußerte sich Ministerpräsident Prof. Geiler auch zur Bildung des Beratenden Landesausschusses. Er kündigte dabei dessen Berufung nach dem Prinzip der Parität der vier wieder- oder neugegründeten Parteien CDU, KPD, LDP und SPD an. Gegen dieses Prinzip wandte sich in einem Schreiben an Geiler vom 26. November 1945 der Wiesbadener Stadtrat Heinrich Roos³⁸. Auch Dr. Erich Köhler, Syndikus der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden und einer der Hauptsprecher der CDU, hielt in einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten am 19. Dezember 1945³⁹ eine paritätische Zusammensetzung nicht für richtig und regte eine "Mischung zwischen berufsständisch⁴⁰ und parteipolitisch" an. Ähnliche Gedanken brachte Dr. Köhler gemeinsam mit dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Dr. Amann auch in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 10. Januar 1946 zum Ausdruck. Für die hessischen Städte schloß sich nach deren erster gemeinsamer Beratung nach dem Krieg am 14. Dezember 1945 der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Blaum in einem Brief vom 14. Januar 1946 an Ministerpräsident Prof. Geiler diesen Vorschlägen an⁴¹.

Demgegenüber war bereits in einer Besprechung der vier Parteien mit dem Ministerpräsidenten am 30. November 1945 eine paritätische Besetzung fest ins Auge gefaßt worden. Die Parteivertreter Etzkorn (SPD), Carlebach (KPD), Leweke (CDU) und Schwarzhaupt (LDP) haben dabei übereinstimmend den Wunsch nach paritätischer Besetzung vorgebracht. Eine "diesbezügliche Vorstellung aller 4 Parteien" sollte nach dem Gespräch dem Ministerpräsidenten zugehen, der dann jede Partei auffordern wollte, eine "Vorschlagsliste von 20 Herren vorzulegen, aus denen ich dann je 10 auswähle"⁴².

In einer weiteren Besprechung des Ministerpräsidenten und des stellvertretenden Ministerpräsidenten mit den Parteivertretern am 17. Januar 1946 - also noch vor den ersten Kommunalwahlen in den kleinen Gemeinden am 20./27. Januar 1946 - wurde zunächst die Frage der politischen und berufsständischen Zusammensetzung dahin entschieden, daß der Landesausschuß selbst von den vier Parteien "geleitet" werden, aber in den Vorschlägen der Parteien für die Berufung in den Ausschuß das berufsständische Moment berücksichtigt werden solle; außerdem solle es dem Landesausschuß vorbehalten bleiben, "Unterausschüsse" zu bilden, zu denen "Sachverständige aus den Berufskreisen" hinzugezogen werden könnten.

Hinsichtlich der Parität einigte man sich am 17. Januar 1946 schnell und einstimmig auf die gleichgewichtige Vertretung in diesem Vorparlament, und zwar nunmehr mit je 12, statt der im November ins Auge gefaßten 10 Vertreter je Partei. Dem stimmte auch die Staatsregierung ausdrücklich zu. Die Liste mit den Vorschlägen der Parteien sollte unter Angabe des Berufs und des Wohnsitzes der Vorgeschlagenen bis zum 28. Januar 1946 dem Ministerpräsidenten eingereicht werden; die erste Tagung des Beratenden Landesausschusses wurde für die erste Februarhälfte ins Auge gefaßt⁴³.

Noch vor der Bildung der ersten Landesregierung hatte die Militärregierung in einer USFET-Direktive vom 12. Oktober 1945 angeordnet, daß die ersten Gemeindewahlen in Städten und Gemeinden mit mehr als 40 und weniger als 20.000 Einwohnern im Januar 1946 durchzuführen seien⁴⁴. Nicht wahlberechtigt waren alle NS-Aktivisten und alle die "einfachen" NSDAP-Mitglieder, die vor dem 1. Mai 1937 in die Partei eingetreten waren. In 2.618 Gemeinden wurde abgestimmt. Die SPD kandidierte in 1.497 Gemeinden, die CDU in 967, die KPD in 406, die LDP in 101⁴⁵ und sonstige Gruppen in 1.230 Gemeinden⁴⁶. Bei einer Wahlbeteiligung von 84,9%⁴⁷ erreichte bei den am 20. und 27. Januar 1946 in Hessen durchgeführten Wahlen die SPD 44,5%, die CDU 31,0%, die KPD 5,7%, die LDP 2,7% und die sonstigen 16,0% der gültigen 1.114.807 Stimmen.

Dieses Ergebnis sollte nicht ohne Bedeutung für den weiteren Fortgang der Landespolitik bleiben. Die SPD entschloß sich zu einem, wie es Kropat nennt, "spektakulären Schritt: Ihr Landesvorstand forderte in einer Resolution vom 10. Februar 1946 in scharfer Form einen Wechsel in der Führung des Kabinetts - d. h. den Rücktritt des von der amerikani-

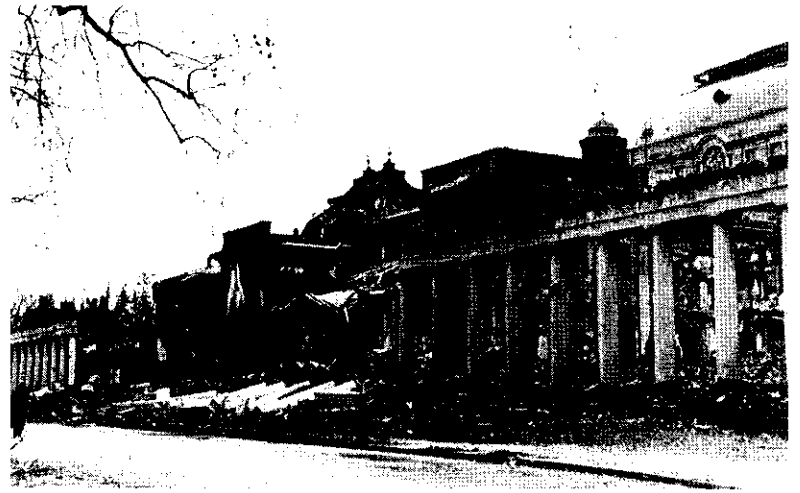
schen Militärregierung eingesetzten Ministerpräsidenten Professor Geiler. Um diesem Schritt Nachdruck zu verleihen, zog die SPD demonstrativ ihre Minister aus dem Kabinett zurück⁴⁸. Dies teilte sie noch am gleichen Tage dem Ministerpräsidenten brieflich mit⁴⁹.

Schon am folgenden Tag, dem 11. Februar 1946, festigte die Militärregierung durch eine Erklärung von Col. Newman⁵⁰ die Stellung des Ministerpräsidenten erheblich. Zwar begrüßte der Oberst den "wünschenswerten Drang zu größerer politischer Tätigkeit"⁵¹, gleichzeitig wies er jedoch unmißverständlich darauf hin, daß alle Veränderungen "in Übereinstimmung mit der Militärregierung" vorgenommen werden müßten und daß es der "Wunsch der Militärregierung (sei), bis zu den Landtagswahlen eine gesunde politische Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien und der bestehenden Regierung aufrechtzuerhalten"⁵².

Die CDU reagierte am 12. Februar 1946 in einer von Dr. Köhler, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden, unterzeichneten Stellungnahme ablehnend auf den SPD-Vorstoß: "Es erscheint uns daher zweckmäßig, das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung bis nach erfolgter Wahl des Landtags unverändert zu belassen"⁵³.

Schon am 13. Februar fand sich die SPD mit der Lage zähneknirschend ab. In einer Entschließung ihres Landesvorstandes nahm sie zwar mit Befriedigung Kenntnis davon, daß die Militärregierung die Initiative der politischen Parteien begrüße und "ersieht ... gleichzeitig aus der von der Militärregierung abgegebenen Erklärung, daß bei der gegenwärtigen Rechtslage eine politische Partei nicht die Möglichkeit hat, die ihr nahestehenden Minister aus der Regierung zurückzuziehen"; gleichzeitig erklärte der Landesvorstand in der von Wilhelm Knothe unterzeichneten Entschließung aber, daß "die Sozialdemokratische Partei eine politische Verantwortung für die Entschließungen der Regierung des Ministerpräsidenten Prof. Geiler nicht übernimmt und sich völlige Handlungsfreiheit vorbehält"⁵⁴.

Damit war die "Regierungskrise" beendet und ein aus dem Ergebnis der Teilkommunalwahlen vom 20./27. Januar 1946 abzuleitender landespolitischer Führungsanspruch verbunden mit einem Abgehen vom Prinzip der gleichgewichtigen Beteiligung der politischen Parteien in der Landespolitik zurückgewiesen⁵⁵. Folglich ging der Ministerpräsident auch bei der Berufung der Mitglieder des Beratenden Landesausschusses nicht vom Prinzip der Parität ab. Mit Schreiben vom 19. Februar 1946 "ernannte" - wie es in dem Berufungsschreiben wörtlich hieß - er auf Grund



Wiesbaden, "Deutsches Theater", heute "Hessisches Staatstheater"

Im Zuschauer- und Bühnenraum des teilweise kriegszerstörten Großen Hauses des damals so genannten "Deutschen Theaters" in Wiesbaden fand am 26. Februar 1946 die 1. Plenarsitzung des Beratenden Landesausschusses statt. Das Bühnenhaus liegt im hinteren rechten Bildteil, der Zuschauerraum erstreckt sich davor hinter dem rechten Teil der Kolonnaden zur Bildmitte.

Art. 9 StGG je 12 Vertreter von CDU, KPD, LDP und SPD zu Mitgliedern des Beratenden Landesausschusses⁵⁶. Am gleichen Tag setzte er die erste Sitzung endgültig auf Dienstag, den 26. Februar 1946, 14.30 Uhr, im Deutschen Theater, Großes Haus, in Wiesbaden fest. Die Militärregierung erklärte ihr Einverständnis mit Ort und Zeit der Sitzung⁵⁷. Am 20. Februar 1946 wurden die Einladungen über die Regierungspräsidenten durch "Sonderboten" und telegraphisch an die berufenen Mitglieder auf den Weg gebracht, Gästelisten erstellt, sowie das Protokoll und die -zeitbedingt- besonders schwierigen Vorbereitungen für Unterbringung und Verpflegung der Sitzungsteilnehmer geregelt. Außerdem wurde über Rundfunk, durch die Presse und mit Plakaten die Öffentlichkeit zur Teilnahme eingeladen⁵⁸.

In einer Sitzung der Parteiführer in der Staatskanzlei am 20. Februar 1946⁵⁹ unter Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hilpert in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten wurde Einigung über die Tagesordnung erzielt: nach kurzer Eröffnung durch den nach

dem Staatsgrundgesetz den Vorsitz führenden Ministerpräsidenten und einer Ansprache des Vertreters der Militärregierung sollte der Ministerpräsident eine "etwas längere" Ansprache halten; dann sollten die Minister - in der Reihenfolge des Lebensalters - einen kurzen Rechenschaftsbericht erteilen und danach die Vertreter der Parteien je 15 bis 20 Minuten lang Grundsatzserklärungen abgeben. Schließlich sollte eine Erklärung zur "Reichseinheit" vorgelegt und beschlossen und der Geschäftsführende Ausschuß des Beratenden Landesausschusses gewählt werden. Soweit bestand zwischen den Parteivertretern in ihrer Besprechung schnell Einigkeit. Der Vorschlag des stellvertretenden Ministerpräsidenten in den Geschäftsführenden Ausschuß je 4 Vertreter von SPD und CDU und je 2 von KPD und LDP zu wählen, also von der Parität abzuweichen, stieß auf dem Widerstand Leo Bauers (KPD); ohne Widerspruch blieb dagegen Hilperts Vorschlag den Vorsitz dieses Ausschusses einem Vertreter der nach den bisherigen Wahlen stärksten Partei, also der SPD, zu übertragen. Eine endgültige Festlegung erfolgte zu diesen Fragen in der Besprechung am 20. Februar 1946 jedoch noch nicht. Dokumente über weitere Absprachen vor dem Zusammentritt des Beratenden Landesausschusses liegen auch nicht vor.

Am 26. Februar 1946, 14.30 Uhr, eröffnete Ministerpräsident Prof. Geiler die 1. Sitzung des Beratenden Landesausschusses am Rednerpult in der Mitte der Bühne des Großen Hauses des Deutschen Theaters in Wiesbaden. Die amerikanische Militärregierung und das Staatsministerium hätten es "in gleicher Weise für richtig befunden, dieses erste Zusammentreten des Landesausschusses in der Form eines festlichen Aktes zu vollziehen"⁶⁰. Es solle damit der politischen Bedeutung Ausdruck gegeben werden, die in der Bildung dieses Landesausschusses liege. Wenn er zunächst auch nur ein beratender Ausschuß sei, so sei doch "damit der erste bedeutungsvolle Schritt zur Herbeiführung einer demokratischen Volksvertretung getan". Das eigentliche Volksparlament werde dann in wenigen Monaten zunächst als verfassungsgebende Körperschaft an die Stelle des Beratenden Landesausschusses treten.

Der Leitartikler der "Frankfurter Rundschau", Wilhelm Karl Gerst, stellte das Ambiente der ersten Sitzung dar: "Das wiederhergestellte Deutsche Theater ist ein großes und repräsentatives Haus. Sein Parkett faßt schätzungsweise 700 Personen. In diesem weiten Raum saßen, wie vom Hochwasser an die Rampe herangespült, ganz vorn die 48 Frauen und Männer unseres politischen Vertrauens. Hinter ihnen war alles gäh-



Erste Plenarsitzung des Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946 im "Deutschen Theater" in Wiesbaden

Eröffnung durch Ministerpräsident Prof. Dr. Karl Geiler. Auf der Bühne hinter ihm von links nach rechts: Wirtschaftsminister Dr. Rudolf Mueller (LDP), Jusitzminister Georg August Zinn (SPD), stellv. Ministerpräsident Dr. Werner Hilpert (CDU), Landwirtschaftsminister Georg Häring (SPD), Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Gottlob Binder (SPD), Finanzminister Wilhelm Mattes (parteilos), Innenminister Hans Venedey (SPD), Arbeitsminister Oskar Müller (KPD).

nende Leere. Wer von der Bühne heruntersprach, mußte das Gefühl haben, in die "Unendlichkeit des Alls" zu sprechen. Warum hat man die zahlreich erschienene Zuhörerschaft, unter der sich viel Jugend aus den oberen Klassen befand, nicht ins Parkett, (sondern auf die Ränge, J.L.) gesetzt?"⁶¹

Nach der Eröffnung durch den Ministerpräsidenten sprach für die Militärregierung Major Arsen Yakoubian. Er wies insbesondere auf die "Kardinalregel der Demokratie" hin, daß Demokratie nämlich gleichzeitig Mehrheitsherrschaft und Verantwortung für den Schutz der Minderheitsrechte bedeute. Demokratie sei eine Regierungsform gewöhnlicher Menschen ohne besondere intuitive Gaben und müsse deshalb offen bleiben für konstruktive Kritik⁶².



*Erste Plenarsitzung des Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946
Begrüßungsansprache des Vertreters der Militärregierung für Hessen, Major Arsen L.
Yakoubian. Dahinter wieder die Mitglieder der Landesregierung, ganz links Minister-
präsident Prof. Dr. Karl Geiler (parteilos).*

In den sich anschließenden Berichten des Ministerpräsidenten und der Minister stellte Geiler an den Anfang seiner Ausführungen, daß es der erste Grundsatz seiner Regierungsleitung sei, den Gedanken des Rechts auf allen Ebenen durchzusetzen, und zwar formell wie materiell. Dazu gehöre auch das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, die er jedoch nicht durch "autoritäre Methode", nicht auf Kosten des Individuums und seiner freien Willensentscheidung anzustreben suche. Die soziale Umgestaltung müsse in Freiheit, "ohne Zellenleiter und Blockwart", auf demokratischem Wege erreicht werden. Von diesen Leitgedanken ausgehend sei es selbstverständlich, daß "ein Hauptteil des Bemühens (der Regierung, J.L.) der Überwindung der schweren materiellen Not zu gelten hatte, die uns noch mit beängstigender Schwere bedrückt." Abschließend beschwor Geiler die deutsche Wirtschafts- und Rechtseinheit und die "politische deutsche Einheit", für ihn eine innere Notwendigkeit, der er leidenschaftlich zustrebe.



Erste Plenarsitzung des Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946 im "Deutschen Theater" in Wiesbaden

Oberes Bild: Ein Blick auf die Mitglieder von SPD und KPD in der 1. und 2. Reihe im Vordergrund. Zweiter von unten in der ersten Reihe ist der spätere Landtagsvizepräsident Christian Wittrock, achter der spätere Landtagspräsident Otto Witte.

Unteres Bild: Ein Blick auf die Mitglieder von CDU und LDP. In der ersten Reihe erster rechts: Dr. Heinrich von Brentano, dritte Maria Sevenich, vierter Eduard Trabert.



Nach den Berichten der Minister sprachen die Vertreter der vier Parteien. Wilhelm Knothe sprach schon im ersten Satz von der sozialdemokratischen "Fraktion" des Landesausschusses. Er wandte sich stark den Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten, vor allem der Steigerung der Kohlenförderung, zu, verlangte einen großzügigen Ausbau der Sozialpolitik und bezeichnete als die großen Ideale, für die die SPD kämpfte, Humanität, Demokratie und Sozialismus.

Dr. Erich Köhler stellte in der "Erklärung der Fraktion der CDU" die Forderung nach Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands an den Anfang. Die neue Wirtschafts- und Sozialordnung müsse eine Synthese aus planvoller Wirtschaftslenkung durch die Sozialpartner und der alten Idee der freien, verantwortlichen Persönlichkeit sein. Die beschleunigte Vorlage eines Haushalts solle den Bürgern Einblick in die Verwendung der von ihnen aufgebrachtten Einnahmen des Staates geben.

Walter Fisch forderte für die Kommunistische Partei die baldige Inkraftsetzung eines Betriebsrätegesetzes, die Sicherung der Währung, die Neugestaltung der Erziehung und die "Sicherung der Reichseinheit gegen jeden Separatismus". Wilhelm Schwarzhaupt verlangte für die Liberal-Demokratische Fraktion die Wiederherstellung der Rechtssicherheit, die Beseitigung der Wohnungsnot, die "seelische Erneuerung unseres Volkes" und die Gewinnung der Jugend für den demokratischen Staatsgedanken. Er wandte sich gegen ein "föderalistisch zusammengehaltenes" Deutschland und forderte eine starke Zentralregierung.

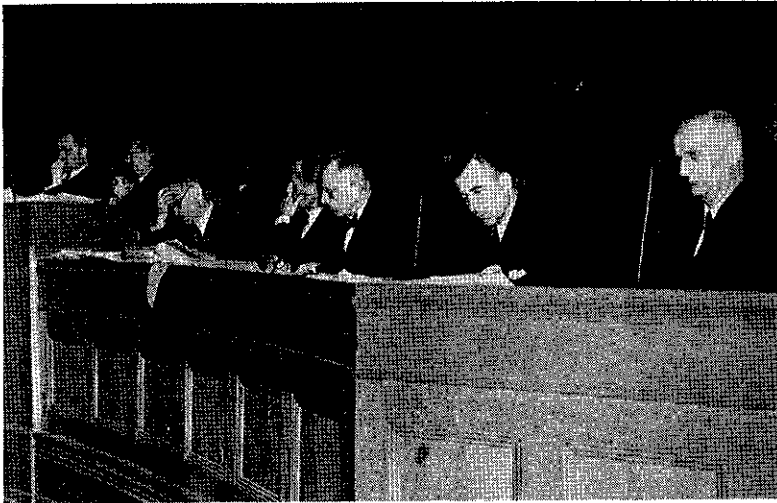
Nach den Reden der Fraktions- bzw. Parteivertreter beauftragte Ministerpräsident Prof. Geiler gemäß Art. 9 StGG den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hilpert, "den dauernden Vorsitz des Beratenden Landesausschusses zu übernehmen." Hilpert sprach bei der unmittelbar folgenden Amtsübernahme vom "erstmaligen Betreten des Bodens parlamentarischer Übung nach dreizehn Jahren"; er wolle den Landesausschuß "unparteiisch und objektiv leiten", die "Würde des Vorparlaments ... wahren", und es zu einem "lebendigen Mitarbeiter für die Regierung zur Lösung all der Schwierigkeiten und dringlichen Probleme des Tages werden lassen."

Dann trug Heinrich Zinnkann (SPD) für die vier Fraktionen eine am 23. Februar 1946 gemeinsam unterzeichnete Resolution vor, die angesichts der "Not von Volk und Land" als "elementarste Voraussetzung jeder dauernden Lebensmöglichkeit unseres Volkes ... " (die) Wiederherstellung ... (der) politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands" forderte.

Schließlich wählte der Landesausschuß ohne Widerspruch den Geschäftsführenden Ausschuß mit je vier Vertretern von SPD und CDU und je zwei von KPD und LDP. Um 18.15 Uhr konnte Hilpert die Sitzung schließen.

Der Geschäftsführende Ausschuß sollte in den nächsten vier Monaten der Hauptträger kontinuierlicher vorparlamentarischer Arbeit werden. In seiner erster Sitzung wählte er Otto Witte (SPD) zum Vorsitzenden, Dr. Erich Köhler (CDU) zum stellvertretenden Vorsitzenden, Leopold Bauer (KPD) zum 1. und Wilhelm Schwarzhaupt (LDP) zum 2. Schriftführer. Von diesem Tage an nahm er gleichzeitig die Funktion einer Art Ältestenrats, eines Quasi-Präsidiums und eines Zwischenausschusses zwischen den - schon wegen der Verkehrs-, Versorgungs- und Unterbringungsprobleme - seltenen Plenarsitzungen des Beratenden Landesausschusses wahr. Elfmal trat er in dieser Zeit zusammen und bereitete die Plenarsitzungen vor, klärte Raumfragen, besorgte D-Zug-Reisegenehmigungen für die Mitglieder, Treibstoff, Übernachtungsmöglichkeiten und Pässe zur Befreiung von der Sperrstunde. In einer Besprechung seines Vorstandes mit dem Ministerpräsidenten am 14. März 1946 erreichte er wichtige Festlegungen des Regierungschefs, die zum Selbstverständnis des Beratenden Landesausschusses als Vorparlament klärend beitrugen: die Mitglieder sollten nur auf Vorschlag der Parteien ernannt und auch nur auf deren Vorschlag, nicht aus eigener Entscheidung des Ministerpräsidenten abberufen werden können; die Einberufung des Plenums solle auch auf Verlangen des Geschäftsführenden Ausschusses oder von 18 Mitgliedern, also nicht nur auf Initiative der Regierung erfolgen können. Schließlich erklärte der Ministerpräsident, daß auf Grund eines einstimmigen Kabinettsbeschlusses die Minister auf Wunsch des Geschäftsführenden Ausschusses oder der "Arbeits"-Ausschüsse des Beratenden Landesausschusses zu deren Sitzungen erscheinen würden. Das Gespräch ebnete den Weg zum Erlaß der Geschäftsordnung des Beratenden Landesausschusses durch den Ministerpräsidenten, die sich stark an die des Reichtags der Weimarer Zeit anlehnte⁶³.

Von da ab fühlten sich die Mitglieder des Beratenden Landesausschusses als "Abgeordnete". Das schlug sich sichtbar in der Tagesordnung schon der 2. Plenarsitzung⁶⁴ nieder, in der die Berichterstatter zu den einzelnen zu behandelnden Punkten bereits als "Abg. ..." bezeichnet sind; auch die Anwesenheitslisten und Protokolle weisen die Mitglieder ab Mitte April regelmäßig als "Abgeordnete" aus.



*Sitzung des Beratenden Landesausschusses im Landeshaus zu Wiesbaden
Ein Blick auf die Bänke des Vorsitzenden des Beratenden Landesausschusses und eines Teils
der Groß-Hessischen Staatsregierung während einer Plenarsitzung des Beratenden
Landesausschusses im Landeshaus zu Wiesbaden. Vorsitz: Stellvertretender Ministerpräsi-
dent Dr. Werner Hilpert; rechts neben ihm der Vorsitzende des Geschäftsführenden
Ausschusses des Beratenden Landesausschusses, Otto Witte. Auf der Regierungsbank von
rechts nach links Arbeitsminister Oskar Müller, Innenminister Hans Venedey, Landwirt-
schaftsminister Georg Häring, Wirtschaftsminister Dr. Rudolf Mueller und Staatssekretär
Dr. Hugo Swart, Staatskanzlei.*

Gerade dies gefestigte Selbstverständnis der Mitglieder des Landesausschusses dürfte erklären, daß es dann im April auch zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen dem Geschäftsführenden Ausschuß und dem Staatsministerium kam. Dabei ging es von einem "endlich herzustellenden Telefonanschluß" für den Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses Otto Witte über die noch nicht geregelte Diätenfrage bis zur Forderung, endlich eine "Übersicht über die Kosten des Staatsministeriums, getrennt nach den einzelnen Ministerien" vorzulegen, deren lediglich mündlichen Vortrag die Regierung am 15. April 1946 vorgeschlagen hatte. Am 25. April 1946 wurde wegen dieser Gravamina ein Briefentwurf Erich Köhlers, den Otto Witte an die Regierung richten sollte, mit dem Betreff "Unwürdige Behandlung des Beratenden Landesausschusses" beraten.

Nach diesen Interventionen, die auch über den Geschäftsführer des Beratenden Landesausschusses, Walter Jansen, gleichzeitig persönlicher Referent des Ministerpräsidenten, in die Exekutive getragen wurden, kam es vor allem in der Haushaltsfrage zu einvernehmlichen Regelungen. Ein Haushalt - auch für den Beratenden Landesausschuß - Einzelplan I a - (Entwurf vom 23. April 1946) - wurde vorgelegt. In den veranschlagten RM 19.300,— für das erste Halbjahr waren auch Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Beratenden Landesausschusses in Höhe von RM 15,— pro Tag vorgesehen.

Am 4. Mai 1946 diskutierte der Geschäftsführende Ausschuß erstmals die Notwendigkeit eines eigenen Direktors für die Arbeiten des Beratenden Landesausschusses, und am 1. Juni 1946 beauftragte er den Vorsitzenden, "sich um einen Landtagsdirektor zu kümmern, nachdem feststeht, daß der von allen Seiten vorgeschlagene Herr Jansen (wegen der bevorstehenden Übernahme des Landratsamtes in Schlüchtern, J.L.) nicht in der Lage ist, den Posten zu übernehmen". Dabei wurde einstimmig festgelegt, daß der Landtagsdirektor in die Besoldungsgruppe eines Oberregierungsrats einzustufen sei.⁶⁵

Ab April 1946 traten auch die am 28./29. März 1946 vom Plenum in seiner 2. Sitzung gewählten "Arbeits"-Ausschüsse zu Sitzungen zusammen, regelmäßig der Haushalts- und Finanzausschuß⁶⁶, mehrfach der Wirtschaftspolitische, der Kulturpolitische und der Sozialpolitische Ausschuß, nur je einmal der Ernährungspolitische, der Flüchtlings- und der Rechtsausschuß. Wie das Plenum, das am 28. und 29. März, am 21. Mai und am 6. und 7. Juni 1946 im Landeshaus zu Wiesbaden unter Hilperts Vorsitz zusammentrat, befaßten sich die Ausschüsse bei einer wichtigen Ausnahme mit der ganzen Palette politischer Themen der Zeit. Als Beispiele seien genannt: Verbesserung der Kohlenversorgung, Gesetz über die Regelung des Zahlungsmittelumschlages, Beamtenernennungen, Kriegsgefangenenfragen, Fürsorge für Soldatenfrauen, Flüchtlingsprobleme, Interzonenhandel, Verwaltungsreform, Zwangsrückführungen in andere Besatzungszonen. Außer der Beratung über das Wahlgesetz für die Wahl zur Verfassungsberatenden Landesversammlung waren alle Verfassungsfragen jedoch von den Beratungen aufgrund der von der Militärregierung verfügten Sonderaufträge für Landesregierung und Vorbereitende Verfassungskommission⁶⁷ ausgeklammert.

Zu einer Verzahnung der parlamentarisch-beratenden Funktionen, die nach dem Staatsgrundgesetz dem Beratenden Landesausschuß zustan-

den, und der Arbeit an der Verfassung kam es erst mit der Wahl der Verfassungberatenden Landesversammlung. Zwar bestimmte die Militärregierung in ihrer "Direktive vom 4. Februar 1946 betreffend Wahlen in der US-Zone", daß die Verfassungberatenden Landesversammlungen nicht als vorläufiger Landtag tätig werden, wohl aber eine Beratungsfunktion haben dürften⁶⁸. Justizminister Zinn legte für die Kabinettsitzung am 6. Juni 1946 einen diesen Anweisungen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Mit Datum vom 18. Juni 1946 erließ die Landesregierung diesen als "Gesetz betr. Übertragung der Aufgaben des beratenden Landesausschusses auf die Verfassungberatende Landesversammlung"⁶⁹. Durch dies das Staatsgrundgesetz zwar nicht ausdrücklich ändernde, wohl aber in der Art mancher Verfassungsänderungen der Weimarer Zeit ergänzende Gesetz wurden mit dem Schluß des Tages vor dem Zusammentritt der Verfassungberatenden Landesversammlung der Beratende Landesausschuß aufgelöst und seine Aufgaben der Verfassungberatenden Landesversammlung übertragen. Als letztes Gremium des Beratenden Landesausschusses tagte am 3. Juli 1946 der Geschäftsführende Ausschuß, um die konstituierende Sitzung der Verfassungberatenden Landesversammlung in der Manier eines parlamentarischen Ältestenrates vorzubereiten. So wurde u.a. die Tagesordnung und die Verteilung der Positionen im Präsidium auf die Fraktionen abgesprochen. Dabei beschloß er auf Vorschlag des Vorsitzenden Otto Witte auch einstimmig, "Landrat Geschwind aus Frankenberg ... zum Landtags-Direktor zu ernennen"⁷⁰.

In der Literatur hat der Beratende Landesausschuß bisher ein Schattendasein geführt. Es fehlt eine Gesamtdarstellung. Auch Bewertungen gibt es nur wenige. Beyer attestiert ihm "in der praktischen Politik keine große Bedeutung"⁷¹. Mühlhausen meint ebenfalls, "praktische Bedeutung in der Politik (sei) dem Landesausschuß nicht (zugekommen)", relativiert dies Urteil aber, indem er auf die Arbeitsweise in der Art eines Parlaments hinweist, die Mitwirkung bei der Beratung des Wahlgesetzes für die Verfassungberatende Landesversammlung herausstreicht und den Nutzen des Ausschusses für die Einübung parlamentarischer Regeln und Verhaltensweisen sieht⁷².

Die Bedeutung des Beratenden Landesausschusses kann nicht aus einem Vergleich mit Parlamenten im demokratischen Verfassungsstaat abgeleitet werden. Er war nicht durch Wahl legitimiert und auch nach den Intentionen der Militärregierung und dem Staatsgrundgesetz nur ein

beratendes Gremium. Er bildete, wie es Ministerpräsident Prof. Geiler in der konstituierenden Sitzung der Verfassungberatenden Landesversammlung am 15. Juli 1946 ausdrückte⁷³, "eine "Brücke zwischen Regierung und den Parteien". Mit Ministerpräsident Prof. Geiler kann man feststellen: "Als provisorische, die Zeit bis zur Volkswahl überbrückende Institution hat er sich durchaus bewährt." Als beratendes Gremium unter dem Vorsitz des hellwachen, aber immer jovialen Sachsen Werner Hilpert und unter dem immer wieder in die Lebensverhältnisse des einzelnen Bürgers eingreifenden Entscheidungen der Militärregierung, des Stuttgarter Länderrats und des Staatsministeriums arbeitete er in der Form des Parlaments und behandelte Fragen, die damals alle angingen. In Haushalts- und Finanzausschuß und Plenum kam es schon im März 1946, einer Zeit der Aktionseinheit aller zugelassenen politischen Parteien, zu teilweise knappen Mehrheitsentscheidungen, die gleichwohl akzeptiert wurden. Er war schon damit das in seinen Wirkungen nicht zu unterschätzende Übungsfeld für parlamentarische Regeln und Verhaltensweisen, als das ihn ja auch Mühlhausen sieht und was gerechterweise, auch in Abwägung der Machtstrukturen der Zeit, in den Mittelpunkt seiner Würdigung gehört. Schließlich war der Beratende Landesausschuß - zusammen mit dem Staatsministerium - die Versammlung der damals einflußreichsten Deutschen im Lande, aus deren 48 Mitgliedern später 24 als Abgeordnete in Verfassungberatender Landesversammlung und Landtag, darunter die Präsidenten bis 1962, weiterwirkten. Damit war er Wegweiser, erster Regelsetzer und frühester Stilbildner für den hessischen, ja für den deutschen⁷⁴ Nachkriegsparlamentarismus.

3. Vorbereitende Verfassungskommission (Verfassungsausschuß)

Der weitere Weg zu demokratischer Legitimation und damit politischer Legitimität der Staatsorgane in den Ländern der amerikanischen Zone wurde für Hessen schon vor dem ersten Zusammentritt des Beratenden Landesausschusses mit der Direktive der Militärregierung vom 4. Februar 1946 "betreffend Wahlen in der US-Zone"⁷⁵ dramatisch beschleunigt und damit die auf demokratische Verfassung gerichtete Staatszielbestimmung des Staatsgrundgesetzes vom 22. November 1946⁷⁶ unerwartet früh konkretisiert. In Ihrer Ziffer 6 verlangte die Direktive zuerst bis zum 22. Februar 1946 die Ernennung einer "kleinen, vorbereiteten Verfassungskommission von Sachverständigen", die bei der Vorbereitung "eines Gesetzes über die Wahl der verfassunggebenden

Versammlung behilflich“ sein solle, das bis zum 1. April 1946 der Militärregierung vorzulegen sei. Zweitens forderte die Direktive, das “Bücher- und Aktenmaterial ... zusammen(zu)stellen“, “den Meinungs-austausch an(zu)regen“ und Veranlassung zu geben, “Vorschläge hinsichtlich der künftigen Landesverfassung zu unterbreiten“; die gesammelten Unterlagen seien bis zum 20. Mai 1946 als Bericht vorzubereiten und “einzureichen zur Verwendung der verfassunggebenden Versammlung“. Drittens sollten nach der Direktive dann zwischen dem 26. Mai und dem 30. Juni 1946 die “Land constitutional assemblies“ (verfassunggebende Versammlungen der Länder) gewählt werden, 14 Tage nach ihrer Wahl zusammentreten und bis zum 15. September 1946 einen Verfassungsentwurf der Militärregierung zur Prüfung vorlegen, der am 3. November 1946 - gleichzeitig mit Landtagswahlen - den Bürgern “zur Ratifizierung“ in einer Volksabstimmung vorzulegen sei⁷⁷.

Der Ministerpräsident, den die Direktive nach den ersten Teilkommunalwahlen und während der sich daraus entwickelnden Krise mit der SPD-Forderung nach seinem Rücktritt erreichte, ernannte die “vorbereitende Verfassungskommission von Sachverständigen“, wie er sie auch in den Ernennungsschreiben bezeichnete, am 21. Februar 1946 und machte am gleichen Tage der Militärregierung hiervon Mitteilung. Die Ernennung der Minister Dr. Hilpert, Venedey und Zinn, des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Blaum, der Universitätsprofessoren Jellinek/Heidelberg und Giese/Frankfurt am Main, Leo Bauers, des Staatssekretärs Dr. Swart und Dr. Heinrich von Brentanos scheint für Geiler klar gewesen zu sein. Unsicherheit verrät die Berufung des zehnten Mitglieds. Offenbar war zuerst an Dr. Erich Rocholl, Rechtsanwalt in Kassel und dort LDP-Mitgründer, gedacht worden. Berufen wurde schließlich nach Änderung des entsprechenden Vermerks für den Ministerpräsidenten durch Staatssekretär Dr. Swart der Kasseler Regierungspräsident Dr. Fritz Hoch⁷⁸.

Gegen die Berufung von Prof. Fritz Giese wandte sich Justizminister Zinn in einem Schreiben an Geiler vom 25. Februar 1946; Giese solle nach ihm - Zinn - “zugegangenen Mitteilungen noch nicht als Hochschul-lehrer zugelassen sein“. Er schlage stattdessen Heinrich Zinnkann oder Otto Witte vor und bemerke, “daß auch Herr Prof. Bergsträßer als früheres Mitglied des Reichstages über parlamentarische Erfahrung verfügt“⁷⁹. Am 4. März 1946 teilte Geiler Hilpert mit, daß Giese “leider wieder ausgebootet werden“ müsse, durch den Neuhistoriker Otto

Vossler/Frankfurt am Main ersetzt werden solle und er über den Antrag Zinn "mit ihm (Hilpert, J.L.) sich noch mündlich unterhalten" wolle, worauf Hilpert am nächsten Tage antwortete, er ziehe Prof. Walter Hallstein Vossler vor und "hinsichtlich des Antrags Zinns ergibt sich eine taktische Überlegung, die ich Ihnen bei unserem nächsten Zusammensein darlegen werde"⁸⁰.

Am 7. März 1946 berief dann Geiler Giese ab, "da sich in der Zwischenzeit eine anderweitige Zusammensetzung der Kommission als notwendig herausgestellt hat", und ernannte Bergsträßer. Beide Änderungen wurden am nächsten Tage der Militärregierung mitgeteilt⁸¹. Schließlich wurde noch vor der ersten Sitzung der Kommission Prof. Vossler als Mitglied berufen; ab der Sitzung am 23. Mai 1946 kam auch der Frankfurter Patentanwalt Georg Weinhausen als Mitglied hinzu. Den Vorsitz in der Vorbereitenden Verfassungskommission übernahm Ministerpräsident Prof. Geiler selbst, seine Stellvertretung Dr. Werner Hilpert. Sachbearbeiter der Kommission, von Geiler und Hilpert als "geschäftsführender Sekretär" bezeichnet, wurde Prof. Ulrich Noack, der persönliche Referent des Ministerpräsidenten⁸².

Die Kommission, oft - auch in ihrem eigenen Bericht - als "Verfassungsausschuß" bezeichnet⁸³, nahm ihre Arbeit am 12. März 1946 auf und arbeitete zunächst den Gesetzwurf über die Wahl der Verfassungberatenden Landesversammlung so zügig aus, daß er fristgemäß nach drei Plenarsitzungen und Beratungen in einer Unterkommission unter Einbeziehung des späteren Landeswahlleiters Dr. Cossmann am 1. April 1946 der Militärregierung vorgelegt werden konnte⁸⁴.

Danach wandte sich die Kommission der eigentlichen Verfassungsarbeit zu. Am 5. April verabschiedete sie einen Fragebogen, der an zahlreiche Körperschaften und Einzelpersonen mit der Bitte um Stellungnahme versandt wurde. Dabei wurden in dem hier besonders interessierenden Feld der Entwicklung zur parlamentarischen Demokratie der Hessischen Verfassung vom 1. Dezember 1946 folgende Fragen angeschnitten:

- Unmittelbare Mitwirkung des Volkes durch Volksentscheid, Volksbegehren;
- Ein- oder Zweikammersystem;
- Gewährleistung der Aktionsfähigkeit der Regierung;
- Besonderer Staatspräsident neben dem Ministerpräsidenten;
- Volkswahl oder Parlamentswahl (der Exekutive, J.L.);

- vom Vertrauen des Landtags abhängige oder unabhängige Regierung;
- Wahlsystem;
- Notverordnungsrecht.

Auf den Fragebogen trafen bis Mai 1946 40 Denkschriften ein⁸⁵. Die Mehrheit der Einsender sprach sich für eine zweite Kammer und eine "große Anzahl", wie Noack in seinem Bericht formuliert, auch für einen Staatspräsidenten aus. Die Mehrheit der Kommission hielt demgegenüber einen besonderen Staatspräsidenten nicht für erforderlich, wünschte aber die Stellung des Ministerpräsidenten zu stärken: nur er sei vom Parlament zu wählen, nicht die Minister, während diese vom Regierungschef allein zu ernennen seien. Ebenso wurde das Zweikammersystem abgelehnt, weil es als unmöglich angesehen wurde, eine gerechte Verteilung der Sitze in einer zweiten Kammer auf berufsständischer Grundlage zu erreichen⁸⁶.

In den Sitzungen am 30. April und 13. Mai 1946 einigte sich die Kommission, über die in der Direktive vom 4. Februar 1946 verfügte Materialsammlung hinaus einen eigenen Verfassungsentwurf vorzulegen. Zwischenzeitlich hatte der Ministerpräsident mit Schreiben vom 3. Mai 1946 bei der Militärregierung eine Verlängerung der Frist für die Vorlage des Berichts der Kommission vom 20. Mai auf den 10. Juni 1946, die später nach Interventionen von Hilpert auf den 18. Juni 1946, 17.00 Uhr, erstreckt wurde, erwirkt⁸⁷.

Für den Verfassungsentwurf brachte Jellinek den entscheidenden Durchbruch mit der Vorlage eines Grundrechtsentwurfs am 13. Mai 1946 und der nachfolgenden Vorlage eines straffen staatsorganisatorischen Teils. In den folgenden Sitzungen fanden förmliche Lesungen des Entwurfs, der für den Grundrechtsteil eine Variante durch die Vorlage eines Entwurfs Franz Böhm/Ulrich Noack⁸⁸ erhielt, statt. Schließlich wurde am 18. Juni 1946 kurz vor Ablauf der Frist der "Entwurf einer Verfassung für Hessen" in 133 Artikeln verabschiedet und unmittelbar danach der Militärregierung zugeleitet. Diesen Entwurf legte Ministerpräsident Geiler am 15. Juli 1946 der Verfassungberatenden Landesversammlung vor⁸⁹. In einer Vorbemerkung zum Entwurf wird vermerkt, daß die Kommissionsmitglieder an den Beratungen als Einzelmitglieder, nicht als Vertreter politischer oder anderer Gruppen teilgenommen hätten und daß der Entwurf lediglich Beratungsgrundlage sei, die die Kommissionsmitglie-

der weder als Einzelperson noch als Angehörige einer Partei binde⁹⁰. In seiner Gliederung entsprach der Verfassungsentwurf der später angenommenen Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946⁹¹. An fünf Stellen sind Vermerke angebracht, daß der Entwurf ausdrücklich einer "Entschließung der verfassunggebenden Versammlung nicht vorgehen" wolle⁹², ein Teil der Mitglieder der Kommission andere Regelungen wünsche⁹³, ein Teil der Kommission die völlige Trennung von Staat und Kirche wünsche⁹⁴, eine Anregung nur von einer Minderheit getragen werde⁹⁵ und daß eine Minderheit ein Landtagauflösungsrecht für den Ministerpräsidenten ablehne⁹⁶.

Im Entwurf der Kommission zeichnete sich bereits in den Grundzügen das parlamentarische System, wie es dann mit der Verfassung geschaffen wurde, ab. Es fehlte trotz der großen Zahl von Befürwortungen in den eingeholten Sachverständigenvoten ein besonderer Staatspräsident als Staatsoberhaupt. Der Landtag sollte aus einer Kammer, die Landesregierung aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern bestehen. Der Ministerpräsident, der nach den Vorstellungen der Kommission des Vertrauens des Landtags bedurfte, sollte die Minister ernennen und entlassen können, ohne daß es dazu besonderer Vertrauensbeschlüsse des Landtags bedurft hätte⁹⁷. Ein für den Ministerpräsidenten ungünstiger Mißtrauensbeschluß des Landtags sollte der Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Landtagsmitglieder bedürfen und dadurch obsolet werden können, daß der Ministerpräsident binnen drei Tagen den Landtag auflöste⁹⁸. Dazu kamen das jederzeitige Auflösungsrecht des Ministerpräsidenten und das besondere Recht zur Auflösung des Landtags bei Gesetzgebungskonflikten zwischen Legislative und Exekutive⁹⁹. Der Ministerpräsident war damit im Entwurf in die Position von Staatsoberhaupt und Premierminister im klassischen Westminster-System gerückt, wie es im deutschen Rechtsraum so nie zum Durchbruch gekommen war und auch später nicht gekommen ist.

Nach den Kommissionsvorstellungen sollte der Landtag der alleinige Gesetzgeber werden. Unmittelbare Volksgesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid waren im Entwurf nicht vorgesehen, ein Volksentscheid lediglich bei Verfassungsänderungen.

Außer marginalen Änderungen enthält der Abschnitt IV "Der Landtag" des Kommissionsentwurfs nahezu wortgleiche Regelungen, wie sie dann in die Verfassung vom 1. Dezember 1946 Aufnahme fanden¹⁰⁰. Lediglich der Präsident, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vor-

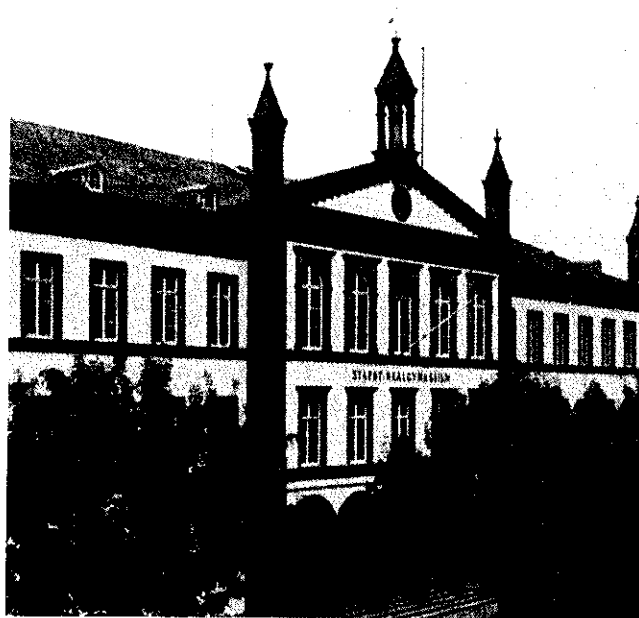
stands sollten für jede Tagung (Sitzungsperiode), nicht für die gesamte Wahlperiode gewählt werden¹⁰¹.

Die Vorbereitende Verfassungskommission war kein parlamentarisches Gremium, auch keine vorparlamentarische Institution, die wie der Beratende Landesausschuß in die Ahnenreihe des heutigen Hessischen Landtags gehört. Ihre Arbeit wurde zu ihrer Zeit politisch gewertet, und das betont kritisch¹⁰². Sie verdient aber schon allein deshalb positive Würdigung, weil mit ihrer Arbeit die Kommission die in der Direktive der Militärregierung vom 4. Februar 1946 gestellte Aufgabe bewältigte, das Streitige im Verfassungsgebungsverfahren von den unstrittigen Punkten zu scheiden, was Mühlhausen besonders herausstellt. Für die parlamentarische Demokratie von heute bedeutete dies, daß sie in den Beratungen der Kommission auf Grund der Vorschläge von Jellinek in den Grundlagen umrissen wurde. Mit Ausnahme der im Entwurf betonten Westminster-Züge wurde die Ausprägung parlamentarischer Regierung später Verfassungswirklichkeit, die die Kommission vorgedacht hatte. Der Landtag schließlich, wie er heute ist, erhielt seine rechtlichen Konturen - mit Ausnahme der Bestimmungen über die Präsidiumswahl - auch bereits in den Kommissionsberatungen; der Entwurf der Kommission ist in allen wesentlichen Punkten das Grundgesetz des Landesparlaments bis heute geworden.

4. Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen

Das gemäß der Direktive vom 4. Februar fristgerecht zum 1. April 1946 der Militärregierung vorgelegte "Wahlgesetz für die verfassungberatende Groß-Hessische Landesversammlung" vom 16. Mai 1946¹⁰³ legte die Wahl auf den 30. Juni 1946 fest. In einem höchst komplizierten doppelten Auszählungsverfahren wurden 64 Sitze den Kreiswahlvorschlägen auf Grundlage der in den Regierungsbezirken erzielten Stimmen zugeteilt, 26 entfielen auf die Landeswahlvorschläge¹⁰⁴. Bei dieser vierten Wahl innerhalb eines knappen halben Jahres, jedoch der ersten landesweit am gleichen Tag durchgeführten, waren noch 6,5 % der möglichen Wahlberechtigten aus politischen Gründen¹⁰⁵ nicht wahlberechtigt. Bei nur noch 71 % Wahlbeteiligung erhielten die SPD 42, die CDU 35, die KPD 7 und die LDP 6 Sitze.

Am 15. Juli 1946, 16.00 Uhr, trat die Landesversammlung in der Aula des Realgymnasiums Oranienstraße zu Wiesbaden unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Siegfried Ruhl (CDU) zu ihrer konstituierenden Sit-



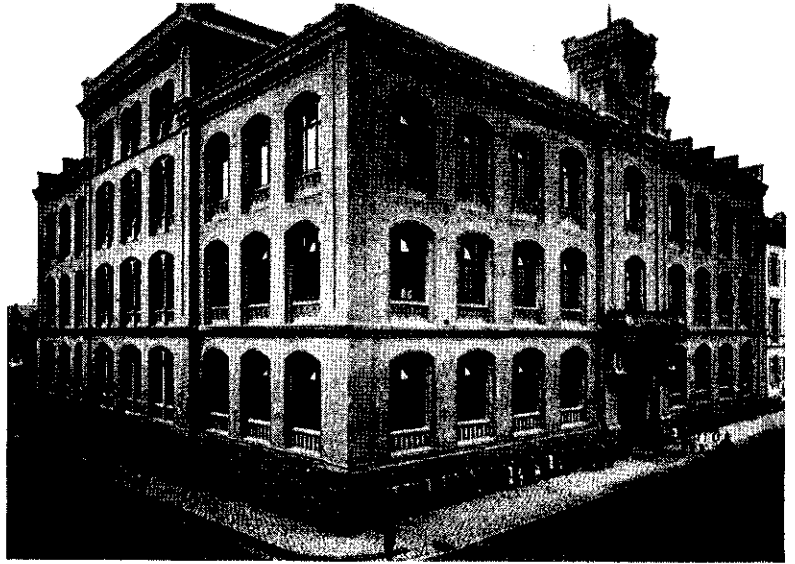
Wiesbaden, Realgymnasium für Jungen an der Oranienstraße
In der Aula des damaligen "Realgymnasiums für Jungen a.d. Oranienstraße", der heutigen Oranien Schule, trat am 15. Juli 1946 die Verfassungberatende Landesversammlung zu ihrer 1. (konstituierenden) Sitzung zusammen.

zung zusammen und wählte nach einer kurzen Ansprache von Oberst Newman mit 83 von 84 abgegebenen Stimmen Otto Witte (SPD) zum Präsidenten und Dr. Cuno Raabe (CDU) und Leo Bauer (KPD) per Akklamation zu Vizepräsidenten¹⁰⁶. Mit dem Tage ihres Zusammentritts oblagen ihr neben der Beratung des von Ministerpräsident Prof. Geiler vorgelegten Verfassungsentwurfs der Vorbereitenden Verfassungskommission alle Beratungsfunktionen des Beratenden Landesausschusses¹⁰⁷. Ohne Diskussion und Verabschiedung einer Geschäftsordnung¹⁰⁸ machte sie sich nach einem kurzen Rechenschaftsbericht des Ministerpräsidenten an die Wahlen des Ältestenrats und des Verfassungsausschusses, die in interfraktionellen Gesprächen vorgeklärt worden waren und einstimmig erfolgten. Schon nach 65 Minuten konnte Otto Witte die Sitzung schließen.

In der 2. Plenarsitzung am 5. August 1946 wurde dann neben dem Beginn der 1. Lesung des Verfassungsentwurfs die Wahl der Arbeitsausschüsse nach dem Katalog der Ausschüsse des Beratenden Landesausschusses, vermehrt um einen Hauptausschuß, durchgeführt¹⁰⁹ und damit die allgemeine Arbeit der Landesversammlung auf den Weg gebracht, die dann auch in den weiteren Sitzungen mit der Beratung von Gesetzesvorschlägen, Anträgen und Ausschlußberichten ihre Fortsetzung fand, auch zeitlich stark beanspruchte und das gesamte Spektrum der Staatstätigkeit und der Nöte und Bedürfnisse der Bevölkerung in der damaligen Zeit umfaßte.

Die Arbeitsbedingungen sowohl für das Plenum als auch für die Ausschüsse waren denkbar schlecht. Zwar war seit einer Besichtigung des Schlosses am 3. April 1946 der große Musiksaal als Sitzungssaal für die Verfassungberatende Landesversammlung und später den Landtag vorgesehen¹¹⁰. Trotz bevorzugter Inangriffnahme war er bis zur konstituierenden Sitzung jedoch noch nicht hergerichtet. Auch die August-Sitzungen und die Schlußsitzung der Verfassungberatenden Landesversammlung konnten nicht im Schloß stattfinden¹¹¹. Ein Beispiel für die Not der Zeit liefert die Bitte des Präsidenten Witte an die Staatskanzlei, "für die Sitzungstage den Abgeordneten das Mittag- und Abendessen ohne Abgabe von Lebensmittelmarken zu verabfolgen", weil es ihnen nicht möglich sei, "neben der Versorgung ihrer Familie noch selbst Marken abzugeben für Einnahme von Essen auswärts". Staatssekretär Dr. Brill lehnte die Bitte mit der Begründung ab, die Staatskanzlei verfüge nicht über genügend Nahrungsmittel¹¹². Auch die Hotelunterbringung der Abgeordneten, die Papierversorgung und die Erstellung der Protokolle war schwierig¹¹³.

Die Verfassungsberatung, die mit dem Zusammentritt der Landesversammlung begann und in die die Besatzungsmacht begleitend eingriff¹¹⁴, sind oft unter der Dominanz des dramatischen Ringens um die Wirtschaftsordnung, insbesondere die Sozialisierung, dargestellt worden¹¹⁵. Die kontroversen Diskussionen um die Staatsorganisation traten demgegenüber in den Hintergrund. Gleichwohl brachen sie bereits in der 1. Lesung des Verfassungsentwurfs der Plenarsitzung am 5. August 1946 auf. Nach sehr allgemein gehaltenen Grundsatzausführungen Wilhelm Knothes für die SPD forderte Dr. Erich Köhler für die CDU konkret "zum Schutz der Mindertheit vor Mehrheitswillkür" unter "Verbrämung der Demokratie" eine "konstitutionelle Demokratie"¹¹⁶ mit einem Zwei-



Wiesbaden, Gewerbeschule (Bild oben) und Stadtschloß (Bild unten)

In der Aula der Gewerbeschule in der Weltritzstraße tagte die Landesversammlung am 5. und 6. August 1946 und bei der Verabschiedung der Hessischen Verfassung am 29. Oktober 1946. Am 18. September 1946 fand im noch kriegsgezeichneten Schloß erstmals eine Plenarsitzung statt.



kammersystem und einem Staatspräsidenten neben der Staatsregierung¹¹⁷. Leo Bauer (KPD) fand die Forderung nach dem Staatspräsidenten nicht sehr eindeutig gestellt und meinte, sie werde im Laufe der Zeit noch völlig verschwinden. Die Forderung nach einer Zweiten Kammer lehnte er energisch ab, allein schon weil sie seiner Meinung nach die Befürworter unter dem Eindruck verlangten, daß "das deutsche Volk sich auf dem Wege des Fortschritts" befinde, den man hindern wolle¹¹⁸. Demgegenüber sprach sich August Martin Euler für die LDP ebenso vehement für die Zweite Kammer aus, die Kontinuität und Stetigkeit in die Staatspolitik bringe und nicht auf fortschrittsfeindliche, aber wohlthuende Weise hemmend wirke; einen Staatspräsidenten lehnte er ab; überhaupt spreche sich die LDP nur deshalb für eine parlamentarische Demokratie und nicht für eine Präsidialdemokratie nach amerikanischem oder schweizer Vorbild aus, weil es die Diskussionen um die Beschränkung des Mißtrauensvotums und eine Festigung der Stellung der Regierung im parlamentarischen System in den hessischen Verfassungsberatungen gäbe¹¹⁹. Professor Bergsträßer widersprach am nächsten Tag differenziert, aber eindeutig der Forderung nach einer Zweiten Kammer auf ständischer Grundlage; die SPD lehne das ständische Prinzip ab und halte an der Suprematie der Politik fest; auch eine Zweite Kammer in der Form eines von den Selbstverwaltungskörperschaften gewählten Senats zeuge von nichts anderem als Mißtrauen gegenüber dem gewählten Parlament¹²⁰. Eine auch nur vorklärende Entscheidung in der 1. Lesung wurde von keiner Seite anvisiert, sondern die weitere Beratung auch dieser Fragen ausdrücklich in den Verfassungsausschuß unter Bergsträubers Vorsitz verwiesen.

Am 7. August 1946 fand dessen erste Sitzung statt. Einen Tag später wurde erstmals der staatsorganisatorische Teil des Verfassungsentwurfs aufgerufen. Leo Bauer blieb mit seiner Forderung nach Herabsetzung des Wählbarkeitsalters von 25 auf 23 Jahre allein. Einig war man sich darüber, daß niemandem durch eine Kandidatur und die Wahl ins Landesparlament ein Nachteil entstehen dürfe. Auf die Frage nach der Ausformulierung des freien Abgeordnetenmandats meinte Bergsträßer, es gelte, den "alten Wein in neue Schläuche" zu gießen. Das Recht des Parlaments, sich ohne Einberufung durch die Regierung selbst zu versammeln, wurde neu ausformuliert, der Vorschlag der Vorbereitenden Verfassungskommission, das Präsidium des Landtags jeweils für eine Tagung zu wählen, einvernehmlich zu gunsten der Wahl für die Dauer

der Legislaturperiode gestrichen. Eine leidenschaftliche Debatte entfachte nach Eingriffen des Staatssekretärs Dr. Brill in die Beratungen der Landesversammlung die Frage, ob die Mitglieder der Landesregierung überhaupt jederzeit auch an allen Ausschusssitzungen des Parlaments teilzunehmen berechtigt sein sollten, was dann in der Sitzung des Siebenerausschusses (s.u.) am 20. September 1946 ohne Widerspruch auf Antrag Leo Bauers bestätigt wurde. Die Entscheidung aller kontroversen Fragen wurde in der Sitzung des Verfassungsausschusses am 8. August 1946 wiederum zurückgestellt. Für die 3. Sitzung des Verfassungsausschusses am 14. August 1946 wurde die grundsätzliche Diskussion über die Staatsorganisation angesetzt. Erich Köhler wandte sich gegen eine rein formale Mehrheitsdemokratie, forderte deshalb die Zweite Kammer auf berufsständischer Grundlage, ohne sich in der Frage der Form abschließend festzulegen, ließ aber andererseits keinen Zweifel daran, daß die Regierungsbildung ausschließlich Sache des "politischen Parlaments" bleiben solle. Der eigenständige Staatspräsident sei als "Repräsentant des Landes", neben dem Ministerpräsidenten als Regierungschef und "Repräsentanten des Parlaments, des politischen Mehrheitswillens des Volkes" notwendig. August Martin Euler sah die Notwendigkeit einer Zweiten Kammer auf berufsständischer Grundlage unter Einbeziehung von Vertretern der kommunalen Selbstverwaltung und der "Versammlung der obersten Gerichte"; er forderte eine "hinreichende Stabilisierung der Regierungsarbeit", die "Vermeidung von häufigen und unfruchtbaren Regierungsumbildungen durch Einschränkung des Mißtrauensvotums", verneinte aber "die Notwendigkeit der Institution des Staatspräsidenten".

Leo Bauer sprach den Argumenten Köhlers für die Zweite Kammer opportunistischen Charakter zu. Das Einkammersystem entspreche "absolut dem Verhältnis eines Viermillionenvolkes, das ja nur ein Glied eines größeren Landes ist". Ein Staatspräsident als Repräsentant sei überflüssig; "für die nächsten dreißig Jahre brauchen wir sehr wenig Repräsentation, dafür aber haben wir sehr viel Arbeit zu leisten". Hinter der Institution des Staatspräsidenten vermute er die Absicht, statt einer mit "Reichsgewalt" ausgestatteten deutschen Zentralregierung "nach Auflösung des Obersten Kontrollrats der Siegermächte einen Staatenbund" zu errichten.

Friedrich Caspary lehnte mit den gleichen Argumenten für die SPD die Schaffung der Institutionen eines Staatspräsidenten ab. Hinsichtlich der

Zweiten Kammer meinte er, das ständische Prinzip und das demokratische seien nicht in Einklang zu bringen; die Zweite Kammer sei auch nicht in der Lage, "die Dinge wirklich auszubalancieren", sondern führe nur dazu, daß "niemand mehr mit dem Staat und der Demokratie zufrieden wäre"; er sei deshalb von seiner Fraktion beauftragt, "die Erklärung abzugeben, daß eine Zweite Kammer, aufgebaut auf dem ständischen Prinzip, für uns keine geeignete Diskussionsgrundlage abgibt." Der Vorsitzende Bergsträßer präziserte abschließend, daß seine Fraktion, die SPD, sich noch nicht über eine Zweite Kammer auf Grund allgemeiner Wahlen - direkt oder indirekt - unterhalten habe und "diese Frage daher für uns offen ist"¹²¹.

Der am 13. September 1946 unter dem Vorsitz Bergsträubers¹²² tagende, zur Vorentscheidung von Streitfragen in allen Bereichen der Verfassungsberatung eingesetzte sogenannte Siebenerausschuß, eine Art Unterausschuß des Verfassungsausschusses, befaßte sich nach dem vorläufigen Abschluß der 1. Lesung des Verfassungsentwurfs im Verfassungsausschuß am 30. August 1946 in seiner 4. Sitzung wieder mit den kontroversen staatsorganisatorischen Teilen der Verfassung. Die CDU schlug durch den Abgeordneten Schlitt statt einer berufsständischen Kammer nun eine Wahl dieses Hauses durch von den Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte zu wählende Wahlmänner, die Vollendung des 35. Lebensjahres als Wählbarkeitsvoraussetzung und ein Vetorecht dieser Kammer gegen vom Landtag beschlossene Gesetze vor; das Veto sollte vom Landtag mit der Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder überstimmt werden können¹²³. Für die LDP unterbreitete Euler in der nächsten Sitzung des Siebenerausschusses am 20. September 1946 den Vorschlag, 36 Abgeordnete dieser Kammer unmittelbar "durch die Kreistage und Stadtverordnetenparlamente" zu wählen¹²⁴. Die CDU hatte schon eine Woche vorher durch Erich Köhler dazu "klipp und klar" angeboten, die Frage des Staatspräsidenten für erledigt zu erklären, "wenn wir uns auf eine Erste (Zweite, J.L.) Kammer in der von uns vorgeschlagenen Form einigen"¹²⁵. Auch Friedrich Caspary erklärte, er "würde es begrüßen, wenn wir auf eine gemeinsame Konstruktion kommen könnten"¹²⁶. Die Entscheidung selbst wurde aber wieder vertagt. Stattdessen gab es noch ein Geplänkel um das freie Abgeordnetenmandat, das schließlich in der Formulierung des Entwurfs auch als weitere Beratungsgrundlage angenommen wurde, jedoch ausdrücklich mit Bergsträubers Interpretation bei der Beschlußfassung: "Ich

gehe davon aus, daß derjenige, der sich einer Partei anschließt, das meiste, was diese Partei tut, billigt. Daß man nicht alles billigt, dazu ist man ein freier Mensch.“ Euler erklärte dazu ausdrücklich einen Protokollvorbehalt¹²⁷.

In der 11. Sitzung des Verfassungsausschusses am 23. September 1946 rief dann kurz vor 17.00 Uhr der Vorsitzende Bergsträßer erneut den Abschnitt „Aufbau des Landes“ auf, mit dem Bemerkten, daß zunächst die Frage des Zweikammersystems behandelt werde. Ohne weitere Diskussion wurde abgestimmt und mit 12 SPD- und KPD- gegen 9 CDU- und LDP-Stimmen das Zweikammersystem abgelehnt¹²⁸. Das führte zu einer Sitzungsunterbrechung, scharfen formalen Vorwürfen gegeneinander, einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionen der CDU und LDP und einer Erklärung des Vorsitzenden Bergsträubers (SPD). Diese Entscheidung läutete die Krise der Verfassungsberatungen ein, in der Bergsträßer die von ihm so bezeichnete „SPD/KPD-Abstimmungsmaschine“ in Gang setzte¹²⁹. Ob dies lediglich als taktisches Instrument in der innerparteilichen Auseinandersetzung der SPD mit dem Ziel gedacht war, auf diesem Umweg den Verfassungskompromiß mit der CDU möglich zu machen, muß hier offenbleiben¹³⁰. Jedenfalls setzte zunächst die SPD/KPD-Mehrheit in der 12. Sitzung des Verfassungsausschusses am folgenden Tag die gegenüber dem Verfassungsentwurf stärkere Bindung der Regierung an das Parlament und die unmittelbare Volksgesetzgebung über Volksbegehren und Volksentscheid durch. Zwar blieb Leo Bauer mit seinem Antrag, eine Aussprache im Landtag bei der Ministerpräsidentenwahl zu ermöglichen und eine Richtlinienkompetenz für den Regierungschef nur im Einvernehmen mit den Ministern in der Verfassung zu verankern, allein; dafür wurde Casparys Antrag, daß nach der Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag die Landesregierung die Geschäfte erst übernehmen könne, wenn der Landtag ihr durch besonderen Beschluß das Vertrauen ausgesprochen habe, mit den Stimmen von SPD und KPD gegen die von CDU und LDP angenommen. Mit der gleichen Mehrheit wurden das aus dem Westminster-System von Jellinek in den Verfassungsentwurf übernommenen Recht des Ministerpräsidenten auf Auflösung des Parlaments gestrichen. Mit 16 SPD- und KPD-Stimmen gegen 12 CDU- und LDP-Stimmen bestätigte der Ausschuß in zwei Abstimmungen am 24. und 25. September 1946 die Aufnahme der unmittelbaren Volksgesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid. Zum freien Abgeordnetenmandat wurde die beratene Fassung,

wie sie sich auch jetzt in Art. 76 HV befindet, nunmehr mit dem Protokollvermerk angenommen, daß die Ablehnung des detaillierteren LDP-Antrages nicht zum Ausdruck bringen solle, "daß die Abgeordneten etwa nicht nach freier Überzeugung abstimmen oder sie an Aufträge oder Weisungen gebunden sein sollen"¹³¹. Zu den erheblichen Differenzen in den staatsorganisatorischen Fragen traten die bekannten, oft dargestellten, in diesen Tagen der Verfassungsberatungen entlang der politischen Linien SPD/KPD und CDU/LDP kraß herausgearbeiteten Meinungsgegensätze über die Wirtschafts- und Sozialordnung und über die Verfassungsabschnitte "Kirche und Staat" und "Erziehung und Schule", wobei die SPD/KPD-Mehrheit auch das Wort "Kirche" aus der Überschrift des entsprechenden Abschnitts strich. In dieser Situation begann die Plenarsitzung der Landesversammlung am 28. September 1946, auf deren Tagesordnung die 2. Lesung des Verfassungsentwurfs stand. Am ersten Verhandlungstag wurde sie unter Vorgabe formaler Gründe durch Wilhelm Knothe¹³² einerseits, wegen der Vorlage eines Entwurfs für ein Staatsgrundgesetz durch die CDU andererseits¹³³, "infolge der veränderten Verhältnisse", wie es Präsident Witte kurz und bündig formulierte¹³⁴, auf den nächsten Tag vertagt. Bergsträßer berichtet in seinem Tagebuch: "Als wir am Samstag (28. September, J.L.) wieder zusammentraten, wurde von CDU-Seite mehrfach bei einzelnen von uns sondiert, ob diese Entwicklung (zur Konfrontation SPD : CDU, J.L.) nicht wieder rückgängig gemacht werden könne. Ich sagte einem der CDU-Herren nun ganz klar, daß ich es nach dem bisherigen Verhalten von Dr. Köhler ablehnen müsse, mit diesem allein zu verhandeln. Wenn sie bereit wären, Vorstandsmitglieder zu schicken, d. h. noch einige andere Leute, so wäre das etwas anderes"¹³⁵.

Während am 29. September mit dem Generalbericht Bergsträßers für den Verfassungsausschuß die 2. Lesung und anschließend die Beratung der Grundrechte begann, wurde "von der CDU der Vorschlag gemacht, es sollten sich drei Leute von der CDU und drei von uns zusammensetzen, um zu versuchen, zu einem Kompromiß zu kommen"¹³⁶. Am 30. September 1946 vormittags, als das Plenum der Landesversammlung die Fortsetzung der 2. Lesung des Verfassungsentwurfs mit der Grundsatzberatung der Abschnitte "Staat, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften" und "Erziehung und Schule" begann, trafen sich Ludwig Bergsträßer, Friedrich Caspary und Christian Stock für die SPD und Karl Kanka, Erich Köhler und Georg Stieler für die CDU. In vierstündigen Verhand-

lungen wurde ein Kompromiß vereinbart. Die Fraktionen konnten ihn nur als Ganzes akzeptieren oder verwerfen. Er betraf im wesentlichen die Sozialisierungartikel, wobei die chemische Industrie aus dem Katalog der sofort zu sozialisierenden Wirtschaftsbereiche herausgenommen wurde. Die Förderung der gemeinwirtschaftlichen Gestaltung der Wirtschaft als Verfassungsgebot wurde fallengelassen, an der Aussperrung andererseits nicht mehr gerüttelt, wohl aber zum bald artikulierten Ärger der KPD das Streikrecht an die Erklärung des Streiks durch die Gewerkschaften gebunden. Im IV. Abschnitt des Verfassungsentwurfs wurden die Kirchen wieder besonders genannt, das Prinzip der Nichteinmischung auch auf den Staat im Verhältnis der Kirche ausgedehnt. Im Abschnitt "Erziehung und Schule" blieb es bei der Simultanschule als Regelschule; das Recht auf Errichtung privater Schulen wurde aber ausdrücklich anerkannt. Die Lernmittelfreiheit an den Hochschulen wurde wieder gestrichen. Für den hier besonders interessierenden staatsorganisatorischen Teil der Verfassung brachte der Kompromiß nur den Abschied von der Zweiten Kammer; die CDU begnügte sich damit, einen Vorbehalt für die Möglichkeit der Einschaltung eines weiteren, aus demokratischen Wahlen hervorgehenden Organs in die Gesetzgebung in die Verfassung aufzunehmen, ein unverbindlicher Programmsatz, dessen Annahme der SPD leicht war, sollte doch dieses Organ selbst wiederum nur durch Verfassungsgesetz nach Art. 123 Abs. 2 HV geschaffen werden können¹³⁷.

Der Verfassungskompromiß, der schließlich auch den Grund für die gemeinsame Regierungsbildung von SPD und CDU nach der Wahl am 1. Dezember 1946 legte, die bei den Kompromißverhandlungen bereits mündlich abgesprochen wurde¹³⁸, kann und darf nicht allein mit dem Politikverständnis von heute gewertet werden; er ist nur aus dem Geist der Zeit und dem Termindruck für die Verfassungsberatungen erklärbar: Die Verfassung war bis zum 2. Oktober 1946 der Militärregierung vorzulegen¹³⁹. Zwar gab es die SPD/KPD-Mehrheit in der Landesversammlung; aber in der SPD zeigten sich erste Abwehrreflexe gegen eine Zusammenarbeit allein mit der KPD; die sogenannte Frankfurter Magistratskrise, die durch die Nichtwahl von CDU-Vertretern in den hauptamtlichen Magistratsteil verursacht wurde, und ihre Lösung durch Walter Kolb, der auf der Einbeziehung der CDU in die städtische Exekutive als Oberbürgermeister bestand, gaben darauf sichtbare Hinweise. Die CDU wollte sich angesichts der rechnerisch möglichen Mehrheit von SPD und KPD auf keinen Fall von der weiteren Mitgestaltung der Politik

ausgeschaltet sehen und war schon deshalb kompromißbereit. Auch mußte allseits der Gefahr der Ablehnung einer mit knapper Mehrheit in der Landesversammlung verabschiedeten Verfassung durch die Militärregierung, vor allem aber auch im Volksentscheid schrecken¹⁴⁰. Schließlich: das "zarte Pflänzchen Demokratie"¹⁴¹ hätte bei heftigem Kampf der Großparteien vor der Volksabstimmung wie beim Scheitern des Entwurfs vor dem Volk Schaden genommen¹⁴². So stimmte die SPD-Fraktion der Landesversammlung schließlich gegen nur fünf Stimmen dem Kompromiß zu, und auch Köhler und die Landesverbandsführung setzten sich bei der CDU mit der Zustimmung zum Verhandlungsergebnis deutlich durch¹⁴³.

Wegen der Kompromißverhandlungen konnte die Plenarsitzung am Nachmittag des 30. September 1946 nicht stattfinden. Am 1. Oktober 1946 erstattete Karl Josef Schlitt (CDU) für den Verfassungsausschuß den Bericht zu den staatsorganisatorischen Abschnitten des Verfassungsentwurfs. Karl Theodor Bleek (LDP) plädierte erneut für eine Zweite Kammer auf Grund einer Wahl unmittelbar durch die kommunalen Vertretungskörperschaften der Kreisebene. Er forderte die Aufnahme einer Bestimmung, "wonach die Parteien Träger der politischen Willensbildung des Volkes sind", der später der Ablehnung verfiel¹⁴⁴. Außerdem verlangte er die Wiederherstellung der freien Hand des Ministerpräsidenten bei der Ministerentlassung, wie sie der Entwurf der Vorbereitenden Verfassungskommission vorgesehen hatte¹⁴⁵. Ein Antrag der LDP, das Volksbegehren wieder aus dem Verfassungsentwurf zu entfernen, wurde abgelehnt¹⁴⁶, ebenso der der KPD auf Herabsetzung des passiven Wahlalters auf 23 Jahre¹⁴⁷. Das gleiche Schicksal erfuhren Anträge von KPD und LDP, die sich auf die Stellung des Ministerpräsidenten und seine Richtlinienkompetenz bezogen und schon früher im Verfassungsausschuß behandelt worden waren. Zu allen diesen Punkten fand keine weitere Ansprache statt. Gegen Mittag des 2. Oktober 1946 fand dann nach Erklärungen zur Abstimmung durch Leo Bauer und August Martin Euler die namentliche Schlußabstimmung in 2. Lesung statt, die bei elf Enthaltungen 69 Ja-Stimmen für den Entwurf ergab¹⁴⁸; SPD und CDU stimmten geschlossen dafür, KPD und LDP enthielten sich¹⁴⁹.

Gemäß Schreiben der Militärregierung Hessen vom 16. September 1946¹⁵⁰ war der Verfassungsentwurf OMGUS (CAD) in Berlin vorzulegen. Dort traf er am 4. Oktober 1946 ein. Wenn auch die Militärregierung sich für die Prüfung der Verfassungsentwürfe aus den Ländern ihrer Zone

bewußt Selbstbeschränkung auferlegt hatte¹⁵¹, führte das Prüfungsverfahren doch auch zu Interventionen des Außenministeriums und des Kriegsministeriums in Washington. Auch General Clay hatte von Anfang an zahlreiche, unterschiedlich gravierende Bedenken gegen den Entwurf. Am schwersten wogen sie gegen die Sozialisierungsbestimmungen. In einer Besprechung seines für Hessen zuständigen Verfassungsexperten, Kenneth Dayton, mit Vertretern der Landesversammlung am 21. Oktober 1946 erklärte der Amerikaner zwar, die Verfassung werde genehmigt, Clay habe aber weiter Probleme wegen der in Art. 41 vorgesehenen Sofortsozialisierung. In der Besprechung traten dem SPD, KPD und - nach neuerlichen innerfraktionellen Diskussionen und erneuten Abstimmungen - auch CDU entgegen, so daß den Amerikanern bewußt wurde, daß eine ausdrückliche Änderung dieser Bestimmung von den deutschen politischen Kräften in Hessen nicht zu erwarten war. Schließlich schlug Clay vor, über Art. 41 eine gesonderte Volksabstimmung durchzuführen, eine Forderung, auf die die Parteivertreter aus unterschiedlichen Motiven positiv reagierten¹⁵².

Die 3. Lesung des Verfassungsentwurfs begann am 29. Oktober 1946 um 15.30 Uhr in der letzten Plenarsitzung der Verfassungberatenden Landesversammlung in der Aula der Gewerbeschule in Wiesbaden, ohne daß ein förmliches Genehmigungsschreiben vorlag. Aufgrund der Besprechungen der Amerikaner mit seinen Vertretern und der Sondierungen mit OMGUS (CAD) hatte der Verfassungsausschuß für die Plenarberatung einen sachlich, redaktionell und sprachlich überarbeiteten Entwurf erstellt. Im staatsorganisatorischen Teil gab es ohne Aussprache noch wenige kontroverse Abstimmungen: Die KPD blieb erneut mit ihrer Forderung nach Herabsetzung des passiven Wahlalters in der Minderheit; die LDP blieb ebenso ohne Unterstützung mit ihrem Verlangen, die Geschäftsübernahme durch eine neue Regierung nicht von einem ausdrücklichen Vertrauensvotum des Landtags abhängig zu machen und das Ministerabberufungsrecht allein dem Ministerpräsidenten zuzusprechen, also auf die Zustimmung des Landtags dabei zu verzichten. Ebenso ohne Unterstützung durch die anderen Fraktionen blieb die LDP-Forderung, das Quorum für den Antrag, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu versagen, höher als auf ein Sechstel festzusetzen. Schließlich blieb die LDP auch noch einmal mit ihrer Forderung auf Eliminierung des Volksbegehrens aus der Verfassung ohne Erfolg¹⁵³.

Gegen 16.00 Uhr traf das Genehmigungsschreiben General Clays ein¹⁵⁴.

Nach der Schlußabstimmung über einzelne zurückgestellte Artikel, darunter Artikel 41, gaben die Fraktionsvorsitzenden Grundsatzserklärungen ab. August Martin Euler kündigte für die LDP ein Nein zur Verfassung an und begründete dies mit ihrer Ablehnung der Wirtschafts- und Sozialordnung, mit der ihrer Ansicht nach nicht ausreichenden Gewaltentrennung, der nicht hinreichenden Stärkung der Exekutive, der fehlenden Sanktionierung des Berufsbeamtentums und der Nichtverankerung des christlichen Charakters der Gemeinschaftsschule. Leo Bauer kündigte ein Ja der KPD "trotz großer Bedenken" an. Erich Köhler und Wilhelm Knothe würdigten für CDU und SPD den Verfassungskompromiß. Dabei strich der CDU-Sprecher besonders heraus, daß vier Fünftel der Verfassungsartikel der einhelligen Meinung der ganzen Landesversammlung entsprächen, während Knothe deutlich machte, daß die Verfassung einen markanten Fortschritt gegenüber der Weimarer darstelle, als Vorbild einer künftigen gesamtdeutschen dienen könne und insgesamt am meisten den Vorstellungen der SPD von der Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus entspreche¹⁵⁵. Übereinstimmend kündigten Köhler und Knothe das "Ja" ihrer Fraktionen zur Verfassung an "in dem freudigen Bewußtsein und in dem Willen: zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag"¹⁵⁶. In der namentlichen Endabstimmung stimmten 82 Abgeordnete für die Verfassung, und sechs dagegen¹⁵⁷. Mit dem Dank an die Abgeordneten und die amerikanische Militärregierung und dem "Gelöbnis, alles zu tun, um Deutschland und Europa und der ganzen Welt Frieden und Eintracht zu bescheren", schloß Präsident Witte um 19.00 Uhr die Sitzung. Damit war die Verfassung auf dem Weg vors Volk in der auf den 1. Dezember 1946¹⁵⁸ angesetzten Volksabstimmung.

Der Abstimmungskampf, der gleichzeitig der Wahlkampf für die auf den gleichen Tag angesetzte Landtagswahl war, wurde von den Befürwortern ganz entscheidend durch die Verdeutlichung ihrer Einstellung zum Verfassungskompromiß und hier insbesondere zur Verständigung über die Wirtschafts- und Sozialfassung geprägt. Dabei konnten ihn die Sozialdemokraten offensiv als ein ihren Wünschen voll entsprechendes Werk bezeichnen, während die CDU eher defensiv herausstrich, daß es ihr "wunderbar geglückt" sei, die sich kurz vor der 2. Lesung anbahnende Einigung zwischen SPD und KPD zu verhindern. Die KPD arbeitete sozialdemokratische Konzessionen an die CDU heraus, um so Stimmen aus der sozialdemokratischen Anhängerschaft zu gewinnen. Die LDP bezeichnete die Verfassung als sozialistisch; als einzige Partei äußerte sie

sich dezidiert zum Staatsaufbau und kritisierte ihn "besonders unter dem Gesichtspunkt, daß sich darin zahlreiche Vorschriften befinden, die nicht den Lehren der Zeit vor 1933 entsprechen"; der Staatsaufbau wiederhole schwerwiegende Fehler aus der Zeit vor 1933 und füge neue hinzu, wobei sie das besonders konkretisierte durch Hinweise auf die fallengelassene Zweite Kammer, das nicht genügend erschwerte Mißtrauensvotum und die "Gefährdung der Unabhängigkeit der Rechtspflege" durch die Einführung des Richterwahlausschusses und die Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes durch den Landtag. Eine deutlich wahrnehmbare Resonanz bei den Verfassungsbefürwortern fanden diese Attacken nicht¹⁵⁹.

Der kurze, heftige Abstimmungs- und Wahlkampf brachte am 1. Dezembertag 1946 geringfügig mehr Wähler als am 30. Juni an die Urnen. Noch 5,3 % der Bevölkerung waren aus politischen Gründen nicht abstimmungsberechtigt. Bei 12,8 % ungültigen Stimmen befürworteten 76,8 % der gültig Stimmenden die Verfassung insgesamt, bei 13 % ungültigen Voten 72 % auch Art. 41¹⁶⁰. Damit war - nach der Zustimmung durch die Militärregierung - das Werk der Verfassungberatenden Landesversammlung auch vom (künftigen) demokratischen Souverän sanktioniert; unter dem 11. Dezember 1946 fertigte das sich erstmals Landesregierung nennende frühere Groß-Hessische Staatsministerium mit den Unterschriften des Ministerpräsidenten Professor Geiler und aller Minister und dem Hinweis auf ihr Inkrafttreten am 1. Dezember 1946 die Hessische Verfassung aus und verkündete sie im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 18. Dezember 1946¹⁶¹. Nach Art. 160 Abs. 1 Satz 2 HV trat mit dem Inkrafttreten der Verfassung das Staatsgrundgesetz vom 22. November 1945 außer Kraft.

Der Verfassungberatenden Landesversammlung war durch die Direktive der Militärregierung vom 4. Februar 1946 von vornherein nur eine beschränkte Aufgabe, die Verfassungberatung, und daneben eine beratende Funktion für die Landesregierung, nicht aber die des Gesetzgebers, gegeben. Gleichwohl hat sie sich von Anfang an als Repräsentant des ganzen Volkes gefühlt und mit großer Intensität die ihr übertragenen Funktionen des früheren Beratenden Landesausschusses übernommen und erfüllt. Mehr als zwei Fünftel ihrer gesamten Plenarsitzungszeit hat sie nicht der Verfassungsberatung, sondern der Behandlung von Themen und Aufgaben gewidmet, die sich auch aus ihrem Verständnis als Repräsentation des Volkes ergaben, darunter die Plenarsitzungen am 18. Au-

gust und 19. September 1946 ganz. Dabei hat sie auch die Gesetze zur Durchführung der Volksentscheide über den Verfassungsentwurf und das Landtagswahlgesetz beraten und Einigkeit der Fraktionen bei der Ablösung vom komplizierten Wahlverfahren des Gesetzes, nach dem sie selbst gewählt worden war, durch ein etwas einfacheres Verhältniswahlrecht erzielt.

Ihr Verfassungswerk ist vom unbedingten Willen zur Abkehr vom nationalsozialistischen Unrechtsregime geprägt. In seiner staatsorganisatorischen Ausgestaltung lehnt es sich enger an die Vorbilder der Reichs- und Landesverfassungen der Weimarer Zeit an, als andere Nachkriegsverfassungen oder das Grundgesetz¹⁶². Vorschläge zu Fortentwicklungen, die der Entwurf der Vorbereitenden Verfassungskommission enthielt, wurden in der Zeit der SPD/KPD-Zusammenarbeit vor der 2. Lesung im Plenum eliminiert und durch den Kompromiß von SPD und CDU vom 30. September 1946 nicht wieder belebt. So blieben Jellineks brillant und zum ersten Mal so für den deutschen Rechtsraum formulierten Ansätze des Entwurfs zu einer vorbildgetreueren Übernahme des Westminster-Systems mit der herausgehobenen Stellung des Regierungschefs und seinem Parlamentsauflösungsrecht ohne Unterstützung durch die großen Fraktionen und die KPD; sie wurden auch nur teilweise durch die LDP getragen und blieben somit schließlich kampflös auf der Strecke. Damit wurde im Grunde von SPD und KPD, nach dem Kompromiß vom 30. September 1946 mit stillschweigender Zustimmung der CDU, ein System restauriert, das weit mehr auf den Traditionen des deutschen Konstitutionalismus mit dem Gegenüber von Regierung und Parlament beruht, als das in den Vorentwürfen intendiert war. Weniger durch das zielgerichtete Hinführen durch die Verfassungsnormen, mehr durch das immer größere Stabilität gewinnende Parteien- und Fraktionsgefüge hat sich Stabilität für die einmal parlamentarisch gebildete Regierung auch in Hessen eingestellt. Schließlich haben - Ironie der Geschichte - die in die Verfassung übernommenen Stabilitätsmechanismen des deutschen Konstitutionalismus in den Jahren parlamentarischer Instabilität (1982 bis 1984) zwar nicht politische oder auch nur formale Mehrheitsbildung bewirkt, wohl aber geschäftsführende Regierungsstabilität fast ohne Einschränkung der Handlungsfähigkeit im Tagesauftrag der Exekutive gesichert. Wenig innovativ erwies sich die Landesversammlung auch in ihrer Einstellung zum LDP-Vorstoß, den Parteien eine Rolle im Verfassungsgefüge zuzuweisen, was dann erst 1949 in Art. 21 GG geschah.

Einhergehend mit dem sich herausbildenden stabilen Parteien- und Fraktionssystem, später eingebettet in die rechtliche und politische Landschaft des Grundgesetzes und der Bundespolitik mit ihren Rückwirkungen in die Landespolitik, hat die Landesversammlung mit ihrem Verfassungswerk für die Staatsorganisation eine brauchbare, dauerhafte und weit akzeptierte Grundlage geschaffen. Der Test eines Vielparteiensystems nach dem Muster der Weimarer Zeit ist ihm bisher erspart geblieben. Mit der Übernahme der Geschäftsordnung des Reichstags der ersten deutschen Republik hat die Landesversammlung die guten Traditionen des deutschen Parlamentarismus bewußt für Hessen übernommen und damit prägend für die Entwicklung des Parlamentarismus im Lande gewirkt. Der nüchterne, durch die Erfahrung des Reichstags vor 1933 gezeichnete Stil Otto Wittes im Vorsitz hat Autorität für das Amt geschaffen und den entscheidenden Beitrag für die fast allgemeine Annahme der - mangels besserer - einmal als sinnvoll und zweckdienlich erwiesenen Regeln geschaffen. Das fand nicht zuletzt seinen Ausdruck darin, daß 1974, 1978, und 1982 der stärksten Fraktion diskussionslos das Präsidentenamt im Parlament überlassen wurde, während diese gleichwohl parlamentarische Opposition blieb.

C. Die Konstituierung der parlamentarischen Demokratie

Am 1. Dezember 1946 fand mit der Volksabstimmung über die Verfassung die erste Landtagswahl statt. Bei geringfügig höherer Wahlbeteiligung als beim Volksentscheid¹⁶³ brachte sie erhebliche Kräfteverschiebungen zwischen den Parteien. LDP und KPD gewannen, CDU und SPD verloren unterschiedlich stark an Stimmen. Die SPD erhielt 38, die CDU 28, die LDP 14 und die KPD 10 Sitze. Durchgängig ist der Wähleraustausch zwischen SPD und KPD auf mit dem Verfassungskompromiß unzufriedene SPD-Wähler, das starke Anwachsen der LDP auf Kosten der CDU mit dem konsequenten Nein der Liberalen zur von ihnen so bezeichneten "roten" Verfassung kommentiert worden¹⁶⁴. Erhalten blieb dem ersten Landtag die schon in der Landesversammlung deutlich gewordene Schlüsselrolle der SPD, gegen die allenfalls eine unnatürliche, rechnerische Mehrheit der drei anderen Fraktionen hätte konstruiert werden können, während sie eine ausreichende Regierungs-

mehrheit sowohl mit der CDU als auch allein mit der KPD, ja sogar mit der LDP, bilden konnte.

Zunächst veränderte sich mit dem Inkrafttreten der Verfassung die rechtliche Qualität der Regierung Geiler. War sie bis dahin als Groß-Hessisches Staatsministerium lediglich von der Besatzungsmacht eingesetzte Landesexekutive, so wurde sie auf Grund Art. 160 Abs. 2 HV mit der Annahme der Verfassung bis zur Bildung einer neuen Regierung "geschäftsführende Landesregierung" im Sinne des Art. 113 Abs. 3 HV. In Anerkennung dieser von ihre genehmigten Verfassung sprach dann die Militärregierung für Hessen in der Organisationsanweisung Nr. 21 unter dem 16. Dezember 1946 aus: "Mit Wirkung vom 2. Dezember 1946 sind alle Ernennungen zu Ämtern, deren Amtsgewalt sich auf die Personaldirektiven dieses Hauptquartiers gründet (wie die Ernennung Geilers und seiner Minister, J.L.) ... ausschließlich der Verfassung ... unterworfen"¹⁶⁵. Demgemäß betrachtete sich die Regierung Geiler nunmehr auch tatsächlich als geschäftsführende Landesregierung im Sinne der Hessischen Verfassung und damit als erste quasiparlamentarische Regierung unter dieser Verfassung, die nicht mehr der Militärregierung verantwortlich war¹⁶⁶.

Unterdessen hatten erste Vorgespräche zur Vorbereitung der Konstituierung des Landtags und der Regierungsbildung stattgefunden. Am 7. Dezember 1946 war es zu einem interfraktionellen Gespräch im Landtag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Landesversammlung Otte Witte gekommen, der gemeinsam mit Wilhelm Apel die SPD vertrat. Ferdinand Grün (CDU), August Martin Euler (LDP) und Leo Bauer (KPD) nahmen für die anderen Fraktionen teil; Direktor Geschwind von der Landtagsverwaltung führte das Protokoll. Einvernehmlich wurde neben einer festlichen Sondervorstellung im Wiesbadener Staatstheater am Abend des 19. Dezember 1946 die erste Plenarsitzung für den Vormittag dieses Tages vorgesehen. Nach der Konstituierung des Parlaments sollte sich gleich die Wahl des Ministerpräsidenten anschließen, der am 20. Dezember die Regierungserklärung und Vereidung der Minister folgen sollte. Weiter einigte man sich auf die Bildung des Ältestenrats und von zehn "Arbeitsausschüssen", die sämtlich aus je 9 Abgeordneten (4 SPD, 3 CDU, 1 LDP, 1 KPD) bestehen sollten. Wegen der Regelung der Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten sollten Berichte der übrigen Landtage eingeholt werden. Für die Verpflegung der Abgeordneten sollte die Staatskanzlei "gegen Abgabe der vollen Teilschwerarbeiter-

karte“ sorgen. Schließlich sollte durch eine Abgrenzung im Plenarsaal sichergestellt werden, daß der Raum der Abgeordneten von Zuhörern, Pressevertretern und anderen Nichtparlamentariern freigehalten werde¹⁶⁷.

Derweil fiel der SPD als stärkster Fraktion, noch dazu in einer Schlüsselposition, die Aufgabe zu, sich um die Regierungsbildung zu bemühen. Wie schon vor der Ernennung Geilers im Oktober 1945 und bei der Regierungskrise im Februar 1946 spielte in den internen Überlegungen der SPD für die Regierungspitze Ludwig Bergsträßer eine prominente Rolle. Er war auch der Favorit des Parteivorstands in Hannover. In den Überlegungen und auch der Einschätzung der Militärregierung war der frühere thüringische Ministerpräsident Dr. Hermann Louis Brill, seit Juli 1946 Chef der Staatskanzlei in Wiesbaden, „the logical candidate“, aber auch das „enfant terrible“. Schließlich scheiterte er daran, daß er einmal kein Hesse war; zum anderen verstand er es, durch seine schroffe Art, auch viele Sozialdemokraten immer wieder zu verärgern. Bergsträßer gab derweil mit einer Frankreichreise im parteiinternen Entscheidungsstadium nach der Landtagswahl der Landesleitung um Wilhelm Knothe, für die es bei ihm als ehemaligem DDP-Mann an Stallgeruch mangelte, die Chance zu erklären, er habe auf seine Nominierung verzichtet, was er nach der Rückkehr flugs, aber zu spät bestritt. In dieser Situation nominierte die Fraktion am 12. September 1946 gegen nur zwei Stimmen, die für Brill abgegeben wurden, den gelehrten Zigarrenmacher, früheren Abgeordneten in der Nationalversammlung und im Badischen Landtag und Präsidenten der Landesversicherungsanstalt für Groß-Hessen, Christian Stock, einen der Väter des Verfassungskompromisses vom 30. September 1946, mit kräftiger Unterstützung der Gewerkschaftsvertreter zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten¹⁶⁸. Gleichzeitig votierte die Fraktion für eine Koalition mit CDU und KPD. In der CDU setzte sich nach intensiven Diskussionen Hilpert mit einer positiven Antwort auf das SPD-Angebot unter der Voraussetzung durch, daß die CDU das Kultusministerium erhalte und neben der KPD auch die LDP in die Regierung genommen werde¹⁶⁹. Aus einem umfangreichen Forderungskatalog der KPD konnte man auch deren Bereitschaft zum Eintritt in eine SPD-geführte Regierung ablesen.

Der 18. Dezember brachte dann weitere Weichenstellungen, aber noch immer keine endgültige Klarheit. In einem dreistündigen interfraktionellen Gespräch im Landtag, an dem Otto Witte, Rudolf Freidhof, Leon-

hard Heisswolf, Christian Wittrock, Wilhelm Apel und Fritz Precht für die SPD, Georg Stieler, Erwin Stein und Heinrich von Brentano für die CDU, August Martin Euler und Otto Kredel für die LDP und Leo Bauer und Heinrich Rademacher für die KPD teilnahmen, wurde die Landtagskonstituierung weiter vorbesprochen. Als Alterspräsident wurde Jakob Husch (CDU) festgestellt; Otto Witte (SPD) wurde als einziger Kandidat für das Amt des Parlamentspräsidenten, Dr. Cuno Raabe (CDU) als erster und Otto Kredel (LDP) als zweiter Vizepräsident nominiert. Für die vier Schriftführer einigte man sich zuerst auf die Vorschlagsreihenfolge SPD, CDU, SPD, KPD, die im Protokoll später handschriftlich (offenbar von Direktor Geschwind) in die Reihenfolge "KP, SP, CDU, SPD" abgeändert wurde, nach der dann auch in der 1. Plenarsitzung gewählt wurde. Auch über entgegen dem Gesprächsergebnis vom 7. Dezember 1946 veränderte Ausschußzuschnitte und Ausschußzusammensetzungen, über die Ausschußvorsitze und die Wahl des Wahlprüfungsgerichts wurde Einvernehmen erzielt. Schließlich verschob man in diesem Gespräch die Wahl des Ministerpräsidenten ohne Begründung auf die 2. Plenarsitzung am 20. Dezember 1946; ein Termin für die Abgabe der Regierungserklärung und die Vereidigung der Minister wurde nicht mehr festgesetzt¹⁷⁰.

Auf dem am gleichen Tage stattfindenden Treffen der Fraktionsvorsitzenden zog sich die LDP aus den Gesprächen über der Regierungsbildung zurück, was sie am Tage darauf Stock schriftlich bestätigte¹⁷¹. Weitere Klarheit über die Regierungsbildung brachte das Gespräch der Fraktionsvorsitzenden nicht.

Am nächsten Tag, dem 19. Dezember 1946, trat um 10.00 Uhr im Schloß zu Wiesbaden, von Jakob Husch (CDU) präsiert, der Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In seiner Eröffnungsansprache sagte Husch u.a.: "... Wir sind gewählt auf Vorschlag der Parteien. Insgesamt aber sind wir Vertreter des gesamten hessischen Volkes, das von uns erwartet, daß wir ihm behilflich sind bei dem Bemühen, einen Ausweg aus diesen Zeiten der schwersten Not zu finden. Aus der Gemeinsamkeit der Not und aus der Gemeinsamkeit der Sehnsucht grüßen wir alle Männer und Frauen in den anderen Gliedern des künftigen einigen Deutschland¹⁷²." Auf eine Ansprache von Oberst Newman und den Namensaufruf folgte die Wahl des Präsidiums. Der von Georg Stieler (CDU) für den "interparlamentarischen Ausschuß" nominierte Otto Witte (SPD) wurde mit 82 Ja-Stimmen bei zwei ungültigen Stimmen zum



Im Wiesbadener Stadtschloß

Erste Plenarsitzung des Hessischen Landtags in seiner ersten Wahlperiode am 19. Dezember 1946 im zum Plenarsaal hergerichteten Musiksaal des Wiesbadener Stadtschlusses.

Präsidenten gewählt. Nur 19 Monate nach der Stunde Null für den Wiederaufbau einer deutschen Demokratie sagte er zum Amtsantritt: „... Die Wählerschaft hat uns beauftragt, die Geschicke unseres Landes Hessen zu leiten und, gestützt auf die Verfassung zu versuchen, vorwärts zu kommen und Deutschland zu einem freien Staate zu gestalten, auch dafür zu sorgen, daß ein besseres Deutschland geschaffen wird, als wir es bisher gehabt haben ... Die Welt muß einsehen, daß wir jetzt ein neues Deutschland haben, ein Deutschland, das vorwärts will: Wir wollen Gerechtigkeit, und wir wollen mit allen Völkern der Erde in Frieden und Freundschaft leben ...“¹⁷³. Absprachegemäß wurden Cuno Raabe (CDU) mit 83 von 84 und Otto Kredel (LDP) mit 79 von 81 Stimmen zu Vizepräsidenten und Paul Krüger (KPD), Wilhelm Apel (SPD), Kurt Rieser (CDU) und Karl Drott (SPD) zu Schriftführern gewählt. Nach 90 Minuten schloß Präsident Witte die Sitzung.

Zur Wahl des Ministerpräsidenten am folgenden Tag, dem 20. Dezember 1946, nominierte Rudolf Freidhof für die SPD „als der stärksten Fraktion“¹⁷⁴ Christian Stock und überraschend Leo Bauer für die KPD den FGB-Vorsitzenden und SPD-Abgeordneten Willi Richter. Bei 87 abgegebenen Stimmen entfielen 58 auf Stock, 11 auf Richter und 1 auf den nicht

offiziell nominierten Rudolf Freidhof, während 17 Stimmzettel leer blieben. Bis heute ist nicht geklärt, welche Ziele und Hoffnungen die KPD mit ihrem Überraschungscoup, von dem sich Richter heftig distanzierte, verknüpfte. Ein Resultat förderte er schnell zutage: nur noch 7 Abgeordnete votierten in der SPD-Fraktion für eine KPD-Beteiligung an der neuen Regierung, während eine Regierung allein mit der KPD überhaupt nicht mehr zur Debatte stand¹⁷⁵. Wegen Fortdauer der Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD um die Besetzung des Kultus- und Wirtschaftsministeriums verzögerte sich die Regierungsbildung aber weiter. Erst am 2. Januar 1947 konnten die Fraktionen von SPD und CDU nach einer "Fuldaer Konferenz" ihrer Fraktionsspitzen am Jahreswechsel 1946/47 Regierungskurs und Ministerliste absegnen, und am nächsten Nachmittag stellte Stock sein Kabinet der Öffentlichkeit vor: Finanzminister Dr. Werner Hilpert (CDU), zugleich stellvertretender Ministerpräsident; Innen- und Wiederaufbauminister Heinrich Zinnkann (SPD); Minister für Kultus und Unterricht Dr. Erwin Stein (CDU); Minister für Wirtschaft und Verkehr Dr. Harald Koch (SPD); Minister für Arbeit und Wohlfahrt Josef Arndgen (CDU), Justizminister Georg August Zinn (SPD), Minister für Landwirtschaft und Ernährung Karl Lorberg (CDU) und Minister für politische Befreiung Gottlob Binder (SPD)¹⁷⁶.

Am 6. Januar 1947 gab der Ministerpräsident seine Regierungserklärung ab, am folgenden Tag fand die Aussprache dazu mit Voten der Fraktionssprecher Freidhof (SPD), Bleek (LDP), Bauer (KPD) und von Brentano (CDU) statt, der die Vertrauenserklärung des Landtags in namentlicher Abstimmung mit 59 gegen 10 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen und die Vereidigung der Minister vor dem Landtag durch den Ministerpräsidenten folgte¹⁷⁷.

Damit war die erste parlamentarische Regierung unter der Verfassung vom 1. Dezember 1946 gebildet. Das Land Hessen blieb danach zwar auch weiter unter dem Besatzungsregime mit dem ausdrücklich vorbehaltenen Recht der Militärregierung, "Gesetze ganz oder teilweise zu suspendieren, aufzuheben oder für nichtig zu erklären"¹⁷⁸. Unter diesen Besatzungsschirm und in seiner verfassungsrechtlichen und tatsächlichen Binnenstruktur war Hessen mit dem Inkrafttreten der Verfassung, der Konstituierung des Landtages und der verfassungsgemäßen Bildung der Landesregierung durch Landtag und Ministerpräsidenten aber nun eine parlamentarische Demokratie¹⁷⁹.

Anmerkungen

- ¹ "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der Obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands" vom 5. Juni 1945, ABl. des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7.
- ² Vergleiche zum Ganzen: Mühlhausen, aaO., Kapitel I. passim.
- ³ Clay, aaO., S. 86, Beyer, aaO., S. 31 ff., insbesondere Anm. 48 (S. 267 f.), Mühlhausen, aaO., S. 32 ff.
- ⁴ Mühlhausen, aaO., S. 41. - Zur "ideenpolitischen Vorbereitung des Bundeslandes Hessen", auch zur Reichsformdiskussion, vgl. Struck, aaO., S. 282 ff., insbesondere S. 299 ff.
- ⁵ ABl. der Militärregierung, Nr. 1, S. 2.
- ⁶ Department of State, aaO., passim. - Kissels Hinweis (aaO., S. 14), "die Berichtigung der offiziellen Grenze der amerikanischen Zone (sei) durch die "European Advisory Commission" am 17. September 1945" erfolgt, trifft nicht zu; vgl. dazu auch Mühlhausen (Gründung), aaO., S. 220. - Die Rote Armee hatte vor Abschluß des Wanfrieder Abkommens die Nord-Süd-Eisenbahnlinie vom 10. bis 28. August und vom 13. bis 15. September 1945 gesperrt; vgl. Rossberg, aaO., S. 134; dort auch deutsche Übersetzung des Abkommens und - auf S. 137 - sehr anschauliche Karte über den Verlauf der Bahnlinie und den Gebietstausch.
- ⁷ GVBl. 1968, S. 99.
- ⁸ GVBl. 1968, S. 165.
- ⁹ HLT Drs. 6/920.
- ¹⁰ GVBl. 1983, S. 60.
- ¹¹ GVBl. 1983, S. 114.
- ¹² HLT Drs. 10/662.
- ¹³ Vgl. zum Ganzen: Zinn-Stein, aaO., Vorbemerkung B III zu Art. 64 bis 66.
- ¹⁴ Dorn, aaO., S. 196; Latour-Vogelsang, aaO., S. 84.
- ¹⁵ Abgedruckt bei Kropat, aaO., S. 31 (Dokument Nr. 19).
- ¹⁶ Vgl. zum Ganzen: Bergsträßer, aaO., S. 409; Beyer, aaO., S. 35 f.; Dörr, aaO., S. 99 ff.; Kronstein, aaO., S. 38; Latour-Vogelsang, aaO., S. 99; Mühlhausen, aaO., S. 44 ff. Wahrhaftig, aaO., S. 99; Dörrs Meinung, Kronstein sei "der Schöpfer der Regierung Geiler" erscheint zu apodiktisch und wird insgesamt auch von Wahrhaftig relativiert.
- ¹⁷ Nicht am 18. Oktober 1945, wie Arndt, aaO., S. 185 fälschlicherweise meint.
- ¹⁸ Rede abgedruckt in Frankfurter Rundschau vom 19. Oktober 1945.
- ¹⁹ Zinn-Stein, aaO., Einführung II, 1, S. 56; Lilje, aaO., S. 16.
- ²⁰ In englischen Texten anfangs als "Greater Hessen", später auf Betreiben Dorns als "Greater Hesse" bezeichnet; vgl. Mühlhausen, aaO., S. 50, insbesondere Anm. 80 auf S. 60.
- ²¹ Mühlhausen, ebenda; Bergsträßer wird in wesentlichen Auszügen zitiert bei Kropat, aaO., S. 23 ff. (Dokument 14).
- ²² VLV Drs. Abt. III bzw. III a.
- ²³ S. unten Kap. B 3.
- ²⁴ Auch der Terminus "Staat" wurde in dieser Phase durch den Begriff "Land" ersetzt.
- ²⁵ VLV Drs. Abt. III a, S. 8 ff.
- ²⁶ LTA Best. VLV - Verfassungsausschuß: Beschlußprotokolle (hier: Protokoll vom 17. August 1946 über die Sitzungen vom 7., 8., 14. und 16. August 1946, S. 2) - Nicht in VLV Drs. Abt. III a S. 70/71, wobei zu beachten ist, daß die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses z.T. im Wortlaut gekürzt mit erheblicher zeitlicher Verzögerung gedruckt wurden.

- ²⁷ VLV Drs. Abt. III, S. 172.
- ²⁸ VLV Drs. Abt. III S. 212 f.
- ²⁹ Vgl. Ausfertigungsvermerk der Landesregierung vom 11. Dezember 1946, GVBl. 1946, S. 229 ff., hier S. 240.
- ³⁰ So auch Mühlhausen, aaO., S. 41.
- ³¹ Art. III der Proklamation Nr. 2, ABl. der Militärregierung, Nr. A, S. 2.
- ³² Vgl. Direktive der Militärregierung vom Oktober 1945 "Action to strengthen German Civil Administration in the U.S. Zone", zit. nach Beyer, aaO., S. 80, Anmerkung 39 (S. 271).
- ³³ Vgl. Major Landin, Chef der Zivilverwaltung der Militärregierung für Hessen, in der Kabinett-Sitzung vom 20. November 1945, Protokoll zitiert bei Prokop, aaO., S. 35.
- ³⁴ Niederschrift zitiert bei Kropat, aaO., S. 31 f. (Dokument Nr. 20).
- ³⁵ Erklärung von Ministerpräsident Prof. Geiler vom 30. Oktober 1945, zitiert bei Kropat, aaO., S. 34 (Dokument Nr. 22).
- ³⁶ Arndt, aaO., S. 185 f.
- ³⁷ Abgedruckt in Frankfurter Rundschau vom 20. November 1945.
- ³⁸ In StK Best. BLA 3 a 06/05 - Allg. Schriftwechsel - Blatt 41 f.
- ³⁹ Aktennotiz in StK Best. BLA 3 a 06/05 - Allg. Schriftwechsel - Blatt 43.
- ⁴⁰ In den Akten fälschlich als "berufsständig" bezeichnet.
- ⁴¹ In StK Best. BLA 3 a 06/05 - Allg. Schriftwechsel - Blatt 27 und 29.
- ⁴² Aktennotiz in StK Best. BLA 3 a 06/05 - Allg. Schriftwechsel - Blatt 39.
- ⁴³ Protokoll in StK Best. BLA 3 a 06/05 - Allg. Schriftwechsel - Blatt 37 f.
- ⁴⁴ Gillen, aaO., S. 19, zitiert in Beyer, aaO., Anmerkung 232 (S. 288).
- ⁴⁵ Vgl. Beschwerdeschreiben der LDP, zitiert in Kropat, aaO., S. 94 (Dokument 63).
- ⁴⁶ Staat und Wirtschaft in Hessen, 1946, S. 23.
- ⁴⁷ Wahlergebnis, zitiert in Kropat, aaO., S. 92 (Dokument Nr. 60).
- ⁴⁸ Kropat, aaO., S. 104.
- ⁴⁹ Brief, zitiert bei Kropat, aaO., S. 105 (Dokument 73).
- ⁵⁰ Zitiert bei Kropat, aaO., S. 105 (Dokument 74).
- ⁵¹ Zitiert bei Kropat, aaO., S. 105 (Dokument 74, Ziff. 2).
- ⁵² Zitiert bei Kropat, aaO., S. 105 (Dokument 74, Ziff. 2 bis 4).
- ⁵³ Zitiert bei Kropat, aaO., S. 106 (Dokument 75).
- ⁵⁴ Zitiert bei Kropat, aaO., S. 107 (Dokument 76).
- ⁵⁵ Auch die CDU hatte für die Berufung des Beratenden Landesausschusses nach den Wahlen in einem Schreiben ihrer Landesleitung an den Ministerpräsidenten vom 7. Februar 1946 (vgl. Kropat, aaO., S. 105 und S. 336, Anmerkung 4) zeitweise den Anspruch auf stärkere Berücksichtigung und mehr Mandate erhoben.
- ⁵⁶ Kopien der Berufungsschreiben in StK Best. BLA 3 a 06/05 - Mitglieder des Landesausschusses - Blätter 4 bis 51.
- ⁵⁷ StK Best. BLA 3 a 06/05 - Bildung und 1. Sitzung des Beratenden Landesausschusses Groß-Hessen - Blatt 16.
- ⁵⁸ StK Best. BLA 3 a 06/05 - Bildung und 1. Sitzung des Beratenden Landesausschusses Groß-Hessen, passim.
- ⁵⁹ Protokoll in StK Best. BLA 3 a 06/05 - Bildung und 1. Sitzung des Beratenden Landesausschusses Groß-Hessen - Blatt 29 ff.
- ⁶⁰ Zitat - wie die folgenden - aus der Eröffnungsansprache vom Ministerpräsidenten Prof. Geiler in: LTA Best. BLA 1. Plenarsitzung.
- ⁶¹ Frankfurter Rundschau vom 1. März 1946.
- ⁶² Rede wie auch alle folgenden in LTA Best. BLA 1. Plenarsitzung.
- ⁶³ Bis heute unveröffentlicht; hektographiertes Exemplar in LTA Best. BLA 3 c 16 - Statut und Geschäftsordnung.

- ⁶⁴ LTA Best. BLA - 2. Plenarsitzung.
- ⁶⁵ Beschlußprotokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 1. Juni 1946 in LTA Best. BLA 3 c 18/05 - Geschäftsführender Ausschuß.
- ⁶⁶ Der Haushalts- und Finanzausschuß wurde - "vorbehaltlich von Änderungen" - bereits vor der formellen Wahl durch das Plenum des Beratenden Landesausschusses durch den Geschäftsführenden Ausschuß in dessen erster Sitzung am 2. März 1946 bestellt, "um die vom Herrn Finanzminister unterschriebenen Vorlagen schnellstens bearbeiten zu lassen". Beschlußprotokoll der 1. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 2. März 1946 in LTA Best. BLA 3 c 18/05 - Geschäftsführender Ausschuß. - Hier kommt exemplarisch zum Ausdruck, wie sich der Geschäftsführende Ausschuß nicht nur als Ältestenrat und Präsidium, sondern auch als "Zwischen-Parlament" zwischen den Plenartagen des Beratenden Landesausschusses verstand.
- ⁶⁷ S.u. Kapitel B, 3.
- ⁶⁸ Ziff. 6 d der Direktive der Militärregierung für Deutschland (Amerik. Zone), Dienststelle des Stellvertr. Militärgouverneurs, APO 742, vom 4. Februar 1946 - Übersetzung in StK Best. Verfassungskommission 3 a 06/01.
- ⁶⁹ Verkündet am 4. August 1946; GVBl. 1946, S. 167.
- ⁷⁰ Protokoll in LTA Best. BLA 3 c 18/05.
- ⁷¹ Beyer, aaO., S. 84.
- ⁷² Mühlhausen, aaO., S. 153 f.
- ⁷³ VLV Drs. Abt. III, S. 6.
- ⁷⁴ Das Mitglied des Beratenden Landesausschusses, Dr. Erich Köhler, wurde nur 3 1/2 Jahre nach Konstituierung des BLA erster Präsident des Deutschen Bundestages.
- ⁷⁵ Vgl. StK Best. Verfassungskommission 3 a 06/01.
- ⁷⁶ Art. 9 Abs. 1 Satz 2 StGG.
- ⁷⁷ Zitate nach der Übersetzung in StK Best. Verfassungskommission 3 a 06/01. - Die Übersetzung ist von fragwürdiger Qualität, erscheint im Vergleich mit dem Original aber gleichwohl insgesamt authentisch.
- ⁷⁸ Vermerk - offensichtlich von Staatssekretär Dr. Swart - vom 20. Februar 1946 in StK Best. Verfassungsausschuß, allgemeiner Schriftwechsel 3 a 06/07. - Vgl. auch StK Best. Verfassungskommission Sitzung/Allgemein 3 a 06/01 Bl. 1 - 3.
- ⁷⁹ StK Best. Verfassungsausschuß, allgemeiner Schriftwechsel 3 a 06/07.
- ⁸⁰ Zitate beider Schreiben in StK Best. Verfassungsausschuß, allgemeiner Schriftwechsel 3 a 06/07.
- ⁸¹ StK Best. Verfassungsausschuß, allgemeiner Schriftwechsel 3 a 06/07.
- ⁸² StK Best. Verfassungskommission - Sitzung/Allgemein 3 a 06/01 Bl. 1 und StK Best. Verfassungsausschuß, allgemeiner Schriftwechsel 3a 06/07 Vermerk vom 20. Februar 1946.
- ⁸³ Diese Bezeichnung führt oft zu Verwechslungen mit dem Verfassungsausschuß der Verfassungsberatenden Landesversammlung, weswegen die anfangs ständig gebrauchte Bezeichnung "Vorbereitende Verfassungskommission" auch hier durchgängig verwandt wird.
- ⁸⁴ Protokolle in StK Best. Verfassungsausschuß: Sitzungen, Beschlußprotokolle 3 a 06/07: Sitzungen vom 12., 21. und 26 März 1946 (teilweise auch geraffte Wortprotokolle); zum Ganzen: Mühlhausen, aaO., S. 233 f.
- ⁸⁵ Zur Fragebogenaktion: insgesamt: Bericht über den Groß-Hessischen Verfassungsausschuß "von Ulrich Noack in StK Best. Verfassungsausschuß: Berichte über Denkschriften und Entwürfe zur Verfassung 3 a 06/07.
- ⁸⁶ So die Zusammenfassung in Noacks Bericht, aaO. Anm. 82), S. 4. - Vgl. auch Protokoll der Sitzung vom 22. Mai 1946 in StK Best. Verfassungsausschuß: Sitzungen, Beschlußprotokolle 3 a 06/07.

- ⁸⁷ Protokoll der Sitzung vom 11. Juni 1946, S. 2, in StK Best. Verfassungsausschuß: Sitzungen, Beschlußprotokolle 3 a 06/07.
- ⁸⁸ Vgl. dazu Beyer, aaO., S. 99 f.
- ⁸⁹ VLV Drs. Abt. III, S. 7.
- ⁹⁰ VLV Drs. Abt. III a, S. 5.
- ⁹¹ Vgl. VLV Drs. Abt. III a, S. 8 ff., mit dem synoptischen Abdruck der Verfassung vom Entwurfstadium über die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der VLV, des Plenums in 2. Lesung bis zur Beschluß-Fassung in 3. Lesung am 29. Oktober 1946, die Grundlage für die Volksabstimmung vom 1. Dezember 1946 wurde.
- ⁹² Art. 28 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 18.
- ⁹³ Art. 29 bis 31 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 18.
- ⁹⁴ Art. 36 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 24.
- ⁹⁵ Art. 53 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 30.
- ⁹⁶ Art. 96, 97 und 102 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 42 und S. 44; zu Art. 96 und 97 Entw. wurde dabei ausdrücklich sogar ein Alternativentwurf vorgelegt.
- ⁹⁷ Art. 84 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 38.
- ⁹⁸ Art. 97 Abs. 4 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 42.
- ⁹⁹ Art. 9 b bzw. 102 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 42 bzw. 44.
- ¹⁰⁰ Abschnitt IV. Der Landtag. Art. 58 - 82 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 32 ff.
- ¹⁰¹ Art. 67 Entw. VLV Drs. Abt. III a, S. 34.
- ¹⁰² Vgl. zur Kritik u.a. Beyer, aaO., S. 103 ff.; Mühlhausen, aaO., S. 237.
- ¹⁰³ GVBl. 1946, S. 139 ff.
- ¹⁰⁴ §§ 27 ff. WG.
- ¹⁰⁵ Die Zahl der nach § 4 Abs. 2 WG nicht wahlberechtigten Personen betrug 152 440; vgl. Staat und Wirtschaft, aaO., 1946, S. 26.
- ¹⁰⁶ VLV Drs. Abt. III, S. 4 f.
- ¹⁰⁷ Gesetz betr. Übertragung der Aufgaben des beratenden Landesausschusses auf die verfassungsberatende Landesversammlung vom 18. Juni 1946, GVBl. 1946, S. 167.
- ¹⁰⁸ Bis zum Ende ihrer Beratungen beschloß die Verfassungsberatende Landesversammlung keine eigene Geschäftsordnung. In der Ältestenratsitzung am 2. August 1946 wurde ausdrücklich festgelegt, daß keine Beratung einer Geschäftsordnung im Plenum "gewünscht" werde, eine Geschäftsordnung jedoch in Ausarbeitung sei, die der des ehemaligen Reichstags angepaßt sei (LTA Best. VLV Ältestenrat, Protokoll der Sitzung am 2. August 1946). Als VLV-Drucksache V/1 erschien unter dem 5. August 1946 ein "Auszug aus der Geschäftsordnung des Reichstags zur Anwendung für die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessen", der noch im August 1946 - für damalige Zeit ungewöhnlich schnell - in 130 Exemplaren für die Verfassungsberatende Landesversammlung gedruckt wurde. Ein Exemplar des nicht im Drucksachenformat DIN A 4, sondern im Format DIN A 5 gedruckten Originals befindet sich nicht in den Drucksachenbänden der Verfassungsberatenden Landesversammlung, sondern in LTA Best. VLV Geschäftsordnung.
- ¹⁰⁹ VLV Drs. Abt. III, S. 30.
- ¹¹⁰ Erster Vermerk vom 3. April 1946 in LTA Best. BLA.
- ¹¹¹ Zunächst war nach dort eingeladen worden; die Umladung in die Aula der Gewerbeschule in der Wellritzstraße in Wiesbaden erfolgte ohne Begründung für die August-Sitzungen, "aus technischen Gründen" für die Sitzungen am 29. Oktober 1946; vgl. StK Best. VLV Plenarsitzungen 3 a 06/03 und LTA Best. VLV Einladungen. Tagesordnung 3 c/04. - Vgl. zur Auswahl und Herrichtung des Schlosses als Landtagsgebäude auch LTA Best. VLV Landesregierung 3 d Schreiben und Vermerke vom 16. und 22. Mai 1946.

- ¹¹² Schreiben Wittes vom 3. August und Brills vom 9. August 1946 in StK Best. VLV 3 a 02/03.
- ¹¹³ Die gedruckten Plenarprotokolle erschienen noch 1946, die des Verfassungsausschusses und des Siebenausschusses erst "nach Jahr und Tag auf Grund der Stenogramme rekonstruiert"; so Brünneck, aaO., S. 223; vgl. auch die entsprechenden Bestände im LTA.
- ¹¹⁴ Vgl. dazu u. a. Beyer, aaO., S. 155 f., und Mühlhausen, aaO., S. 249. Zur verfassungspolitischen Zielsetzung der Amerikaner vgl. neuerdings insbesondere Pfetsch, aaO., S. 4 ff.
- ¹¹⁵ Zum Ganzen Beyer, aaO., passim, und die dort S. 399 ff. aufgeführte Literatur, auch die bei Mühlhausen, aaO., S. 561 ff., ergänzend verzeichneten Schriften.
- ¹¹⁶ Vgl. zum Begriff der "konstitutionellen Demokratie" im damaligen Verständnis insbesondere Dörr, aaO., S. 110 ff.
- ¹¹⁷ VLV Drs. Abt. III, S. 17.
- ¹¹⁸ VLV Drs. Abt. III, S. 23 ff.
- ¹¹⁹ VLV Drs. Abt. III, S. 28 f.
- ¹²⁰ VLV Drs. Abt. III, S. 35.
- ¹²¹ Alle Zitate aus VLV Drs. Abt. III a, S. 89 - 97.
- ¹²² Der Vorsitz des Siebenausschusses wechselte unregelmäßig zwischen Caspary und Bergsträßer.
- ¹²³ VLV Drs. Abt. III a, S. 280.
- ¹²⁴ VLV Drs. Abt. III a, S. 287.
- ¹²⁵ VLV Drs. Abt. III a, S. 280.
- ¹²⁶ VLV Drs. Abt. III a, S. 287.
- ¹²⁷ VLV Drs. Abt. III a, S. 290.
- ¹²⁸ Entgegen Mühlhausen, aaO., S. 255, wurden CDU und LDP nicht "im Siebenausschuß niedergestimmt", sondern im Verfassungsausschuß selbst.
- ¹²⁹ Vgl. Mühlhausen, aaO., S. 256.
- ¹³⁰ So wohl Mühlhausen, aaO., S. 294 ff. (Anm. ⁸⁷); vgl. auch Rüschemschmidt, aaO., S. 405 ff.
- ¹³¹ VLV Drs. Abt. III a, S. 170 - 184.
- ¹³² Der Verfassungsentwurf in der Fassung des Verfassungsausschusses sei erst am 28. September um 9.00 Uhr den Abgeordneten vorgelegt worden; VLV Drs. Abt. III, S. 133.
- ¹³³ "Vollradser Entwurf" der Abg. Dr. Kanka und Dr. Stein, VLV Drs. Abt. III, S. 133.
- ¹³⁴ VLV Drs. Abt. III, S. 133 unten.
- ¹³⁵ Tagebuch Bergsträßer, zitiert nach Beyer, aaO., S. 190 f.
- ¹³⁶ Tagebuch Bergsträßer, zitiert nach Beyer, aaO., S. 191.
- ¹³⁷ Art. 155 HV. - Vgl. zum Kompromiß insgesamt Beyer, aaO., S. 191 ff., Mühlhausen, aaO., S. 262 ff.; Prokop, aaO., S. 96 ff.; Rüschemschmidt, aaO., S. 397 ff.
- ¹³⁸ Mühlhausen, aaO., S. 271.
- ¹³⁹ Ursprünglich sollte sie bis zum 30. September 1946, Mitternacht, vorgelegt werden. Diese Frist wurde später bis zum 2. Oktober 1946 verlängert; vgl. Mitteilung des Präsidenten, am Montag, dem 30. September 1946, "unter allen Umständen am Mittwoch (2. Oktober 1946, J. L.) die Verfassung abliefern (zu) müssen"; VLV Drs. Abt. III, S. 171.
- ¹⁴⁰ Die Ablehnung des 1. Entwurfs einer Verfassung für die 4. Republik in Frankreich im Mai 1946 wurde als Warnung sehr ernst genommen.
- ¹⁴¹ Von Brünneck, aaO., S. 231.
- ¹⁴² Auf letzteres wies besonders Bergsträßer für die beiden Gestalter am Verfassungskompromiß in der Plenarsitzung der Landesversammlung am 1. Oktober 1946 hin; VLV Drs. Abt. III, S. 191.

- ¹⁴³ Rüschemschmidt, aaO., S. 420 ff.
- ¹⁴⁴ VLV Drs. Abt. III, S. 199 (zu Art. 57 a).
- ¹⁴⁵ VLV Drs. Abt. III, S. 175 f.
- ¹⁴⁶ VLV Drs. Abt. III, S. 199 (zu Art. 55).
- ¹⁴⁷ VLV Drs. Abt. III, S. 199 (zu Art. 58).
- ¹⁴⁸ VLV Drs. Abt. III, S. 205.
- ¹⁴⁹ Sechs SPD-, zwei CDU- und zwei LDP-Abg. fehlten; vgl. LTA Best. VLV Anwesenheits- und Abstimmungslisten 3. Lesung, in dem sich auch die Abstimmungslisten zur 2. Lesung befinden.
- ¹⁵⁰ Abschrift der deutschen Übersetzung in LTA Best. VLV - Militärregierung; eine Abschrift des englischen Originaltextes ist fälschlicherweise in LTA Best. 1. Wahlperiode: Landesregierung, Militärregierung abgelegt.
- ¹⁵¹ "Objections are to be made in a spirit of great caution and self-restraint and only to the essential objectives of Military Government ... informality should be the key note of their contacts and the effort should always be to elicit necessary changes on the initiative of the Germans, and not to impose them". CAD, 20th July 1946: Military Government Relationships to the Work of the Constituent Assemblies; zitiert bei Pfetsch, aaO., S. 5.
- ¹⁵² Vgl. zum Ganzen Beyer, aaO., S. 202 ff., und Mühlhausen, aaO., S. 265 ff.
- ¹⁵³ VLV Drs. Abt. III, S. 211.
- ¹⁵⁴ Das in Eile telefonisch oder telegraphisch von OMGUS Berlin an OMGH Wiesbaden übermittelte Schreiben ist im Original auf in Format und Qualität amerikanischem Papier mit einer amerikanischen Schreibmaschine geschrieben, trägt jedoch keine eigenhändige Unterschrift von General Clay und ist fälschlicherweise im LTA Best. 1. WP. Landesregierung, Militärregierung, und nicht im Best. VLV abgelegt.
- ¹⁵⁵ Den letzten Punkt streicht neben v. Brünneck, aaO., S. 236, vor allem Caspary, aaO., S. 7 f., 72, heraus.
- ¹⁵⁶ VLV Drs. Abt. III, S. 213 - 223.
- ¹⁵⁷ Für die Verfassung stimmten 42 SPD-, 33 CDU- und 7 KPD-Abg.; 6 LDP-Abg. stimmten mit nein; 2 CDU-Abg. (Dr. Ostwald, Sevenich) fehlten. LTA Best. VLV Anwesenheits- und Abstimmungslisten in 3. Lesung.
- ¹⁵⁸ Ursprünglich war durch Gesetz betr. Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen vom 14. Oktober 1946, GVBl. 1946, S. 177, der Volksentscheid auf den 17. November 1946 festgesetzt worden. Mit dem Gesetz über den Termin für den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen und für die Wahl des Hessischen Landtags vom 30. Oktober 1946, GVBl. 1946, S. 189, wurde dieser Termin aufgehoben und der 1. Dezember 1946 zum Abstimmungs- und Wahltag bestimmt.
- ¹⁵⁹ Vgl. exemplarisch zum Abstimmungskampf die Dokumente 92 ff. in Kropat, aaO., S. 147 ff.
- ¹⁶⁰ Abstimmungsergebnis in StAnz. 1946, Nr. 16, S. 117, und detailliert in Staat und Wirtschaft in Hessen 1947, aaO., S. 20 ff.
- ¹⁶¹ GVBl. 1946, S. 229 ff.
- ¹⁶² Vgl. z.B. die Neuerungen in Bayern und Bremen mit der Wahl der Regierung auf die Dauer der Wahlperiode oder in Schleswig-Holstein mit der Regierung bis zum Regierungsrücktritt oder Regierungssturz nach Westminster-Vorbild und das konstruktive Mißtrauensvotum des Art. 67 GG.
- ¹⁶³ 73,2 % gegenüber 72,9 % bzw. 72,8 %; vgl. Staat und Wirtschaft in Hessen 1947, aaO., S. 22 ff.

- ¹⁶⁴ Vgl. zur Interpretation des Wahlergebnisses z.B. Kropat, aaO., S. 154, und Mühlhausen, aaO., S. 275 f., wobei zusätzlich darauf hinzuweisen ist, daß die LDP immer noch deutlich weniger Stimmen erhielt, als Nein-Stimmen gegen die Verfassung abgegeben wurden (LDP-Stimmen: 252 207, Nein-Stimmen zur Verfassung: 351 275).
- ¹⁶⁵ Organisationsanweisung Nr. 21 OMGH vom 16. Dezember 1946, Originaltext und Übersetzung in LTA Best. 1. WP. Präsident, Geschäftsordnung, Landesregierung.
- ¹⁶⁶ Vgl. dazu das dem Präsidenten der Verfassungsberatenden Landesversammlung Otto Witte vom Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Hermann Louis Brill, am 18. Dezember 1946 - Tgb. Nr. II LT/489/46 - übersandte Rechtsgutachten in LTA Best. 1. WP. Präsident, Geschäftsordnung, Landesregierung.
- ¹⁶⁷ Das von Otto Witte und Hermann Geschwind unterzeichnete Protokoll befindet sich in LTA (in dem fälschlicherweise so bezeichneten) Best. 1. WP. Interfraktionelle Besprechung am 18. Dezember 1946.
- ¹⁶⁸ Kropat, aaO., S. 154, und Mühlhausen, aaO., s. 278 ff., insbesondere S. 280 f.
- ¹⁶⁹ Der Entscheidungsprozeß in der CDU ist ausführlich bei Rüschemschmidt, aaO., S. 452 f., dargestellt.
- ¹⁷⁰ Protokoll des Gesprächs in LTA Best. 1. WP. Interfraktionelle Besprechung vom 18. Dezember 1946.
- ¹⁷¹ Schreiben August Martin Eulers an Stock vom 19.12.1946 in Nachlaß Stock in Staatsarchiv Darmstadt Best. 0272; zitiert nach Mühlhausen, aaO., S. 303 (Anm. 182).
- ¹⁷² HLT 1. WP. Drs. Abt. III, S. 2.
- ¹⁷³ HLT 1. WP. Drs. Abt. III, S. 3 f.
- ¹⁷⁴ HLT 1. WP. Drs. Abt. III, S. 8.
- ¹⁷⁵ Mühlhausen, aaO., S. 283 und S. 303 (Anm. 185).
- ¹⁷⁶ HLT 1. WP. Drs. Abt. III, S. 22.
- ¹⁷⁷ Anwesenheits- und Abstimmungslisten der Sitzung vom 7. Januar 1947 sind nicht auffindbar. Aus dem Wortprotokoll (4. Sitzung, S. 28) ist nur ersichtlich, daß die CDU-Abg. Pitz fehlte. Laut Frankfurter Rundschau vom 9. Januar 1947, S. 1, stammten die 10 Nein-Stimmen ausschließlich von KPD-Abgeordneten, die 14 Enthaltungen von den LDP-Abgeordneten. Die 59 Ja-Stimmen für das Kabinett kamen demnach ausschließlich von SPD und CDU. Die Frankfurter Rundschau hält weiter fest: "sieben Abgeordneten, darunter Prof. Dr. Bergsträßer (Darmstadt), waren abwesend."
- ¹⁷⁸ Schreiben OMGH, Büro des Direktors an den Ministerpräsidenten vom 25. März 1947, basierend auf Schreiben von OMGUS, Büro des Militärgouverneurs, an die Militärregierung für Bayern, Württemberg-Baden, Hessen, Bremen, Berliner Sektor vom 1. März 1947, beim Landtag eingegangen am 21. April 1947; Übersetzungen in LTA Best. 1. WP. Landesregierung, Militärregierung.
- ¹⁷⁹ Die Konstituierung der übrigen Verfassungsorgane erfolgte später: Staatsgerichtshof und Landesanwalt - zur Staatsorganqualität des letzteren: Barwinski in Zinn-Stein, aaO., Art. 130 Anm. 3 - wurden nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof vom 12. Dezember 1947 (GVBl. 1948, S. 3, 122) gebildet. Der Verfassungsartikel über den Richterwahlausschuß wurde durch das Richterwahlgesetz vom 13. August 1948 (GVBl. 1948, S. 95) ausgefüllt. Der Rechnungshof ist nach h.M. kein Verfassungsorgan; Art. 144, S. 1. HV enthält nach dieser Meinung nur eine institutionelle Garantie für den Bestand des Rechnungshofs; vgl. von Zezschwitz in Zinn-Stein, aaO., Art. 144 Anm. V. I.

II.

Übersichten

Vorbemerkung

Seit der ersten Plenarsitzung des Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946 ist das Hessen Parlament bis 30. Juni 1986 zu insgesamt 816 Plenarsitzungen (heutiger Zählung) zusammengetreten.

Die 1. Sitzung des Beratenden Landesausschusses fand im Großen Haus des Deutschen Theaters in Wiesbaden statt; zu seinen fünf weiteren Plenartagungen versammelte er sich im Großen Sitzungssaal des Landeshauses zu Wiesbaden.

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen hielt ihre 1. Sitzung in der Aula des Realgymnasiums Oranienstraße in Wiesbaden ab. Die 2., 3. und letzte Sitzung fand in der Aula der Gewerbeschule in der Wiesbadener Wellritzstraße statt. Siebenmal tagte die Landesversammlung vom 18. September 1946 bis 2. Oktober 1946 im als Plenarsaal hergerichteten Großen Musiksaal des Schlosses in Wiesbaden.

Der Landtag versammelte sich vom 19. Dezember 1946 bis 14. Dezember 1960 zu 265 Plenarsitzungen im gleichen Saal. Während des Neubaus des Plenarsaals tagte er vom 1. Februar 1961 bis 5. September 1962 vierundzwanzigmal im Stadtverordnetensitzungssaal des Wiesbadener Rathauses. Ab 19. September 1962 fanden bis 30. Juni 1986 insgesamt 509 Sitzungen im neuen Plenarsaal statt. Einmal versammelte sich das Plenum außerhalb Wiesbadens, und zwar zur 56. Plenarsitzung der 9. Wahlperiode am 25. Mai 1981 zum Gedenken an die Kurhessische Verfassung von 1831 im Ständehaus zu Kassel, dem Sitz des alten Kurhessischen Landtags.

Beratender Landesausschuß

26. Februar bis 14. Juli 1946¹

Gebildet

auf Grund Art. 9 Abs. 2
und 3 StGG²

Berufung der Mitglieder

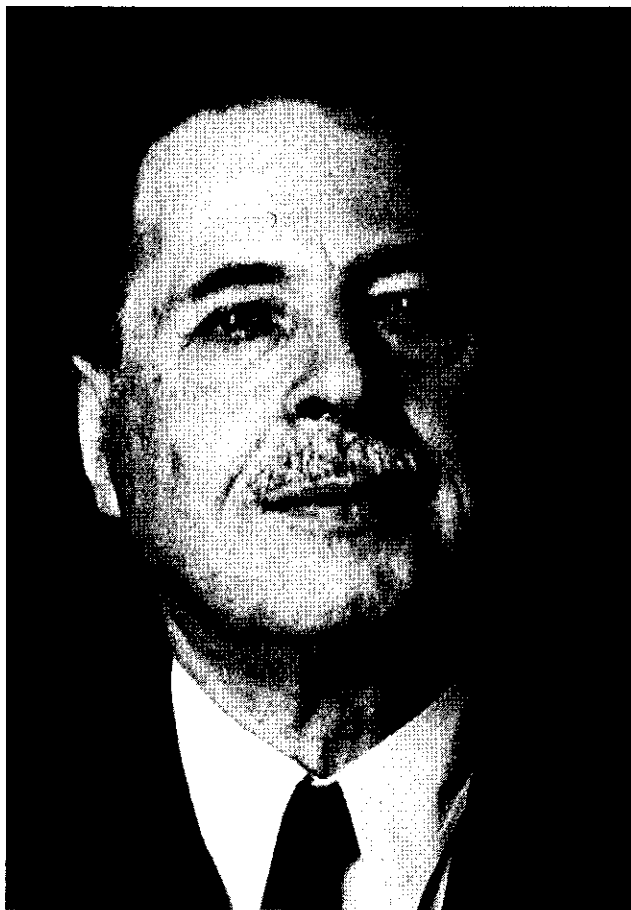
auf Grund Art. 9
Abs. 2 Satz 2 StGG
durch den Ministerpräsidenten
mit Schreiben vom 19. Februar 1946,³
27. März, 29. März
und 15. Mai 1945⁴

¹ Erster Zusammentritt am 26. Februar 1946 und Auflösung durch das Gesetz betr. Übertragung der Aufgaben des Beratenden Landesausschusses auf die Verfassungsberatende Landesversammlung vom 18. Juni 1946, GVBl. 1946, S. 167.

² GVBl. 1945, S. 23.

³ Kopien der Berufungsschreiben in Stk. BLA 3a 06/05 - Mitglieder des Landesausschusses - Bl. 4 - 51.

⁴ Kopien bzw. Entwürfe der Schreiben in LTA BLA 3c/08.



Prof. Dr. Karl Geiler
Ministerpräsident des Staates Groß-Hessen
Vorsitzender des Beratenden Landesausschusses

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Barthels, Adam	Besse, Kreis Fritzlar-Homberg	KPD
Bauer, Hermann	Marburg a.d. Lahn	LDP
Bauer, Leopold	Frankfurt am Main	KPD
Dr. von Brentano, Heinrich	Darmstadt	CDU
Bringezu, Anne	Frankfurt am Main	LDP
Catta, Fritz	Kassel	LDP
Diez, Karl	Wachenbuchen, Kreis Hanau	KPD
Drott, Karl	Offenbach am Main	SPD
Epstein, geb. Beling, Maria Elisabeth	Frankfurt am Main	CDU
Dr. Fertsch, Georg Ludwig	Frankfurt am Main	LDP
Fisch, Walter	Frankfurt am Main	KPD
Geiger, Walter	Bensheim a.d. Bergstr.	LDP
Haase, Heinrich	Grebenstein, Kreis Hofgeismar	KPD ⁵
Heigl, Willy	Weilburg a.d. Lahn	SPD
Heißwolf, Leonhard	Kronberg/Ts.	SPD
Knothe, Wilhelm	Frankfurt am Main	SPD
Dr. Köhler, Erich	Wiesbaden	CDU
Prof. Dr. Krauss, Werner	Marburg a.d. Lahn	KPD ⁶
Kredel, Otto Friedrich	Bad Homburg v.d.H.	LDP ⁷
Krüger, Paul	Wiesbaden	KPD
Leitz, Ernst	Wetzlar	CDU
Leweke, Adolf	Frankfurt am Main	CDU
Locke, Gustav	Wetzlar	SPD
Graf Matuschka- Greiffenclau, Richard	Winkel/Rheingau	CDU

⁵ Abberufen mit Schreiben des stellv. Ministerpräsidenten vom 29. März 1946, Az. 57/46 in LTA BLA 3c/08; Nachfolger Abg. Wittmann.

⁶ Abberufen mit Schreiben des Geschäftsführers des BLA vom 15. Mai 1946 in LTA BLA 3c/08; Nachfolger Abg. Steckel.

⁷ Berufen mit Schreiben des stellv. Ministerpräsidenten vom 27. März 1946, Az. 59/46, in LTA BLA 3c/08, als Nachfolger für Abg. Winter.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Mihaly, Jo - siehe: Steckel Elfriede		
Nitsche, Hans	Kassel	SPD
Pauly, Karl Johann	Wiesbaden	CDU
Philipp, Karl Gottfried	Watzenborn-Steinberg, Kreis Gießen	CDU
Rademacher, Heinrich	Kassel	KPD
Rehbein, Karl	Hanau-Kesselstadt	SPD
Richter, Willi	Frankfurt am Main	SPD
Rupp, Heinrich	Leisenwald, Kreis Gelnhausen	SPD
Schmüser, Hans	Bensheim-Auerbach	KPD
Dr. Schönwandt, Friedrich	Kassel	LDP
Schwarzhaupt, Wilhelm	Frankfurt am Main	LDP
Sevenich, Maria	Darmstadt-Eberstadt	CDU
Steckel, geb. Kuhr, Elfriede, gen. Mihaly, Jo	Frankfurt am Main	KPD ⁸
Stetefeld, Georg	Gelnhausen	LDP
Trabert, Eduard	Kassel	CDU
Wasmuth, Johannes	Wolfhagen	CDU
Weidner, Ernst	Ostheim, Kreis Friedberg	LDP
Weinsperger, August	Frankfurt am Main	LDP
Wendel, Richard	Okarben	CDU
Wilhelmi, Paul	Wiesbaden	LDP
Willmann, Karl	Darmstadt-Eberstadt	KPD ⁹
Winter, Fritz	Wolfhagen	LDP ¹⁰
Witte, Otto	Wiesbaden	SPD
Wittrock, Christian	Kassel	SPD
Wolf, Eleonore	Frankfurt am Main	KPD
Zängerle, Johann Friedrich	Rüsselsheim	KPD
Zeiß, Jakob	Fürth/Odenwald	KPD
Zinnkann, Heinrich	Darmstadt	SPD

⁸ Berufen mit Schreiben des Geschäftsführers des BLA vom 15. Mai 1946 in LTA BLA 3c/08, als Nachfolgerin für Abg. Prof. Dr. Krauss.

⁹ Berufen mit Schreiben des stellv. Ministerpräsidenten vom 29. März 1946, Az. 56/46, in LTA BLA 3c/08, als Nachfolger für Abg. Haase.

¹⁰ Abberufen mit Schreiben des stellv. Ministerpräsidenten vom 29. März 1946, Az. 59/46, in LTA BLA 3c/08; Nachfolger Abg. Kredel.



Dr. Werner Hilpert
Minister ohne Ressort
Stellvertretender Ministerpräsident des Staates Groß-Hessen
Gemäß Art. 9 Abs. 2 Satz 4 StGG
vom Ministerpräsidenten mit seiner (ständigen)
Vertretung im Vorsitz des Beratenden Landesausschusses beauftragt.

Tag der Konstituierung 26. Februar 1946

**Statut
und Geschäftsordnung** des Beratenden Landesausschusses,
erlassen vom Ministerpräsidenten
des Landes Groß-Hessen
am 20. März 1946
auf Grund Art. 9
Abs. 2 Satz 5 StGG ¹¹

Vorsitz Ministerpräsident
Prof. Dr. Karl Geiler ¹²
Stellv. Ministerpräsident,
Minister Dr. Werner Hilpert ¹³

¹¹ Unveröffentlicht; vervielfältigt in LTA BLA 3e/16.

¹² Gemäß Art. 9 Abs. 3 StGG.

¹³ Gemäß Art. 9 Abs. 2 Satz 4 StGG Beauftragung des stellv. Ministerpräsidenten mit der (ständigen) Vertretung des Ministerpräsidenten im Vorsitz des Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946; vgl. Protokoll der 1. (Plenar-)Sitzung des Beratenden Landesausschusses am 26. Februar 1946, S. 3; unveröffentlicht; in LTA BLA 1. Plenarsitzung. Dr. Hilpert führte nach der Beauftragung in allen weiteren Sitzungen den Vorsitz.

Fraktionen

CDU: 12 Mitglieder

Vorsitzender:

Dr. Erich Köhler ¹⁴

KPD: 12 Mitglieder

Vorsitzender:

Leopold Bauer ¹⁵

LDP: 12 Mitglieder

Vorsitzender:

Wilhelm Schwarzhaupt ¹⁶

SPD: 12 Mitglieder

Vorsitzender:

Wilhelm Knothe ¹⁷

¹⁴ Stk. Best. VLV 3 a/06 03 - Anfragen und Anträge der Fraktionen der Verfassungberatenden Landesversammlung (dort wohl irrtümlich eingeordnet); dgl. LTA Best. BLA - Anfragen, Anträge, Entschließungen.

¹⁵ vgl. Anmerkung ¹⁴.

¹⁶ vgl. Anmerkung ¹⁴.

¹⁷ Knothe war der Hauptsprecher der SPD-Fraktion im BLA in politischen Fragen. Im parlamentarischen Alltag lag die Führung der Fraktion offenbar bei Heinrich Zinnkann. Jedenfalls war er ständiger Erstunterzeichner von Anträgen und Anfragen.

Sitzungen

Erste Plenarsitzung:
26. Februar 1946

Letzte Plenarsitzung:
7. Juni 1946

Insgesamt 4 Plenarsitzungen
an 6 Sitzungstagen
(6 Plenarsitzungen
heutiger Zählung)

Stenographische Berichte

Gemäß § 26 Abs. 1 Statut und
Geschäftsordnung wurde ein Protokoll
aufgenommen, das das Wesentliche
der Verhandlungen enthält.
Die sehr umfänglichen,
einem Wortprotokoll
nahekommenden Berichte,
sind unveröffentlicht
und befinden sich
in LTA BLA, 1. - 4. Plenarsitzung.

Geschäftsführung

Oberinspektor Walter Jansen,
Staatskanzlei¹⁸

¹⁸ Stk. BLA 3 a 06/05 - allgemeiner Schriftwechsel - Blatt 22.

Verfassungberatende Landesversammlung**Groß-Hessen**

15. Juli bis 30. November 1946

Gebildetauf Grund Ziffer 6
OMGUS-Direktive
vom 4. Februar 1946¹

und

§ 2 Wahlgesetz
für die Verfassungberatende
Groß-Hessische Landesversammlung
vom 16. Mai 1946²**Wahltag**30. Juni 1946³

¹ Deutsche Übersetzung in Nachlaß Geiler Nr. 13 I. Zitiert in Beyer, a.a.O., S. 68 f. und S. 154 f. und bei Prokop, a.a.O., S. 43 f. und S. 51 f.

² GVBl. 1946, S 139.

³ § 3 Wahlgesetz vom 16. Mai 1946.



Otto Witte
Präsident der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen
Präsident des Hessischen Landtags
1. und 2. Wahlperiode

Wahlergebnis ⁴

Zahl der Wahlberechtigten	2.192.859	
Zahl der abgegebenen Stimmen	1.556.380	71,0 %
ungültige Stimmen	80.383	5,2 %
gültige Stimmen	1.475.997	94,8 %
SPD	653.584	44,3 %
CDU	550.242	37,3 %
KPD	144.024	9,7 %
LDP	119.538	8,1 %
AP	8.609	0,6 %

Sitzverteilung ⁵

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	30	12	42
CDU	25	10	35
KPD	5	2	7
LDP	4	2	6
	64	26	90

⁴ Staat und Wirtschaft in Hessen, a.a.O., 1946 und 1947, S. 26 und S. 28.

⁵ Staat und Wirtschaft in Hessen, a.a.O., 1946 und 1947, S. 24.

Wahlprüfungsverfahren

Gemäß § 34 WG vom 16. Mai 1946⁶ hatte über die Gültigkeit der Wahl ein Wahlprüfungsgericht zu entscheiden, das aus dem "Präsidenten und dem nächstdienstältesten Mitglied des Oberlandesgerichts und drei von der Landesversammlung zu wählenden Abgeordneten" zusammengesetzt war. In der Sitzung am 19. September 1947 wählte die Landesversammlung die Abg. Albert Wagner (SPD), Siegfried Ruhl (CDU) und Wilhelm Feutner (KPD) zu Mitgliedern und Fritz Catta (LDP) und Ernst Landgrebe (LDP) zu stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts⁷. Dem Wahlprüfungsgericht lagen insgesamt neun Beschwerden und Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl vom 30. Juni 1946 vor. Im Auftrag des Vorsitzenden des Wahlprüfungsgerichts, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Moehrs, prüfte ab 14. August 1946 Oberlandesgerichtsrat Dr. Schröder die Fälle vor; dabei stellte er auch Ermittlungen bei den Kreiswahlleitern an. Nach der Annahme der Verfassung durch Volksabstimmung und der Wahl des Landtags am 1. Dezember 1946 verfügte Oberlandesgerichtsrat Dr. Schröder nach Vortrag beim Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Moehrs: "Da inzwischen der neue Landtag gewählt worden ist, sind die Beschwerden gegenstandslos geworden. Die Vorgänge sind wegzulegen." Damit war das Wahlprüfungsverfahren für die Wahl der Verfassungberatenden Landesversammlung abgeschlossen⁸.

⁶ GVBl. 1946, S. 139.

⁷ Sten.Ber., 4. Sitzung, S. 110 f.

⁸ Vgl. zum gesamten Wahlprüfungsverfahren: OLG Frankfurt am Main Az. 104 E-I 861, Band I, Blatt 1-25.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Achenbach II, Heinrich	Niederdieten, Kreis Biedenkopf	CDU
Altwein, Erich F.W.	Frankfurt am Main	SPD
Amend, Rudolf	Runkel a.d. Lahn	CDU
Apel, Wilhelm	Frankfurt am Main-Höchst	SPD
Arnoul, Wilhelm	Neu-Isenburg	SPD
Bauer, Leopold	Frankfurt am Main	KPD
Beck, Heinrich	Hünfeld	CDU
Dr. Bergsträßer, Ludwig	Darmstadt	SPD
Bleck, Karl Theodor	Marburg a.d. Lahn	LDP
Bodenbender, Ludwig	Salzböden, Kreis Wetzlar	SPD
Dr. von Brentano, Heinrich	Darmstadt	CDU
Buch, Georg	Wiesbaden	SPD
Caspary, Friedrich	Frankfurt am Main	SPD
Catta, Fritz	Kassel-Wilhelmshöhe	LDP
Debus X, Johannes	Buchenau, Kreis Biedenkopf	SPD ⁹
Dehlinger, Paul	Wolfskehlen	CDU
Diez, Karl	Wachenbuchen, Kreis Hanau	KPD
Drott, Karl	Offenbach am Main	SPD
Euler, August Martin	Bad Hersfeld	LDP
Feutner, Wilhelm	Mörfelden	KPD
Fisch, Walter	Frankfurt am Main	KPD ¹⁰
Freidhof, Rudolf	Kassel-Harleshausen	SPD
Fricke, August	Kassel-Kirchditmold	SPD
Dr. Georgi, Ernst	Niederramstadt, Kreis Darmstadt	CDU
Gilmer, Julius	Darmstadt	CDU ¹¹
Dr. Großkopf, Erich	Herborn (Dillkreis)	CDU

⁹ Mandat niedergelegt am 3. August 1946. Nachfolger Abg. Weigel.¹⁰ Mandat niedergelegt am 10. August 1946. Nachfolger Abg. von der Schmitt.¹¹ Mandat niedergelegt am 9. August 1946. Nachfolger Abg. Günderoth.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Grün, Ferdinand	Wiesbaden	CDU
Günderoth, Adam II	Lampertheim	CDU ¹²
Dr. Gumbel, Konrad	Gießen	SPD
Heißwolf, Leonhard	Kronberg/Ts.	SPD
Dr. Hilpert, Werner	Oberursel/Ts.	CDU ¹³
Dr. Horst, Karl	Hofheim/Ts.	CDU
Husch, Jakob	Frankfurt am Main	CDU
Jäger, Eduard	Limburg a.d. Lahn	CDU
Jansen, Walter	Schlüchtern	CDU
Dr. Kanka, Karl	Offenbach am Main	CDU
Keutzer, Karl Georg	Frischborn, Kreis Lauterbach	CDU
Knodt, Kurt	Dillenburg	SPD
Knothe, Wilhelm	Frankfurt am Main	SPD
Dr. Köhler, Erich	Wiesbaden	CDU
Kredel, Otto	Bad Homburg v.d.H.	LDP
Kreß, Fritz	Altenstadt, Kreis Büdingen	SPD
Krüger, Paul	Wiesbaden	KPD
Landgrebe, Ernst	Frankfurt am Main	LDP
Leweke, Adolf	Frankfurt am Main	CDU ¹⁴
Lorenz, August	Erzhausen, Kreis Darmstadt	SPD
Lorenz, Erwin	Bad Wildungen	LDP
Graf Matuschka- Greiffenclau, Richard	Winkel/Rheingau	CDU
Metzger, Ludwig	Darmstadt	SPD
Moosdorf, Kurt	Bad Vilbel	SPD
Müller, Willi	Frankfurt am Main	SPD
Neff, Karl	Michelstadt (Odenwald)	SPD
Nischalke, Martin	Wiesbaden	SPD
Nitsche, Hans	Kassel	SPD
Nölle, Aloys	Kassel	CDU ¹⁵

¹² Nachfolger für Abg. Gilmer ab 30. August 1946.

¹³ Mandat niedergelegt am 5. August 1946. Nachfolger Abg. Dr. Ostwald.

¹⁴ Mandat niedergelegt am 30. September 1946. Nachfolger Abg. Dr. Vitense.

¹⁵ Mandat niedergelegt am 25. September 1946. Nachfolger Abg. Tilemann.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Ostwald, August	Bad Homburg v.d.H.	CDU ¹⁶
Pauly, Karl Johann	Wiesbaden	CDU
Philipp, Karl Gottfried	Watzenborn-Steinberg, Kreis Gießen	CDU
Precht, Fritz	Ihringshausen, Kreis Kassel	SPD
Pütter, Hugo	Bad Soden/Ts.	CDU
Dr. Raabe, Cuno	Fulda	CDU
Rademacher, Heinrich	Kassel	KPD
Reitz, Karl	Reddighausen, Kreis Frankenberg	CDU
Richter, Willi	Frankfurt am Main	SPD
Riegel, Heinrich	Darmstadt	SPD
Rosenkranz, August	Alsfeld	SPD
Ruhl, Siegfried	Kirchhain, Kreis Marburg	CDU
Sauerwein, Heinrich	Bad Hersfeld	SPD
Schlitt, Karl Josef	Wiesbaden	CDU
von der Schmitt, Konrad	Langen	KPD ¹⁷
Dr. Schuster, Arnold	Bad Schwalbach	CDU
Dr. Selbert, Elisabeth	Kassel	SPD
Sevenich, Maria	Darmstadt-Eberstadt	CDU
Dr. Stein, Erwin	Offenbach am Main	CDU
Dr. Steinmetz, Hans	Dieburg	CDU
Stieler, Georg	Fulda	CDU
Stierle, Georg	Frankfurt am Main	SPD
Stock, Christian	Seeheim a.d. Bergstr.	SPD
Teege, Grete	Frankfurt am Main	SPD
Tilemann, Hermann	Wettesingen	CDU ¹⁸
Trabert, Eduard	Kassel	CDU
Dr. Vitense, Otto	Jugenheim a.d. Bergstr.	CDU ¹⁹
Völker, Georg	Verna, Kreis Fritzlar-Homberg	SPD

¹⁶ Nachfolger für Abg. Dr. Hilpert ab 5. August 1946.¹⁷ Nachfolger für Abg. Fisch ab 30. August 1946.¹⁸ Nachfolger für Abg. Nölle ab 28. September 1946.¹⁹ Nachfolger für Abg. Leweke ab 1. Oktober 1946.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Wagenbach, Josef	Hofheim/Ts.	CDU
Wagner, Albert	Elkerhausen/Oberlahnkreis	SPD
Weidemann, Hermann	Hofgeismar	SPD
Weigel, Eugen	Obermörlen	SPD ²⁰
Wilhelm, Heinrich	Laudenbach, Kreis Witzzenhausen	SPD
Willmann, Karl	Darmstadt-Eberstadt	KPD
Windemuth, Justus	Weiterode	SPD
Witte, Otto	Wiesbaden	SPD
Wittich, Heinrich	Mühlhausen, Kreis Fritzlar-Homberg	CDU
Wittrock, Christian	Kassel	SPD
Wittrock, Willi	Kassel	SPD
Zinke, Anna	Kassel	SPD
Zinnkann, Heinrich	Darmstadt	SPD

²⁰ Nachfolger für Abg. Debus X ab 5. August 1946.

Tag der Konstituierung	15. Juli 1946
Alterspräsident	Siegfried Ruhl (CDU)
Vorläufige Schriftführer	Leopold Bauer (KPD) Heinrich Beck (CDU)
Präsident	Otto Witte (SPD) ²¹
Vizepräsidenten	Dr. Cuno Raabe (CDU) ²² Leopold Bauer (KPD) ²²
Schriftführer	Otto Kredel (LPD) ²³ Wilhelm Apel (SPD) ²³ Hugo Pütter (CDU) ²³ Georg Stierle (SPD) ²³

²¹ Wahl am 15. Juli 1946, Sten.Ber., I. Sitzung, S. 4.

²² Wahl am 15. Juli 1947; Sten.Ber., I. Sitzung, S. 5.

²³ Wahl am 15. Juli 1946; Sten.Ber., I. Sitzung, S. 5.

Fraktionen

SPD: 41 Mitglieder

Vorsitzender:
Wilhelm Knothe

CDU: 36 Mitglieder

Vorsitzender:
Dr. Erich Köhler

KPD: 7 Mitglieder

Vorsitzender:
Leopold Bauer

LDP: 6 Mitglieder

Vorsitzender:
August Martin Euler

Sitzungen	Erste Plenarsitzung: 15. Juli 1946 Letzte Plenarsitzung: 29. Oktober 1946 Insgesamt 6 Plenarsitzungen an 11 Sitzungstagen (11 Plenarsitzungen heutiger Zählung)
Stenographische Berichte	Wortprotokolle, veröffentlicht als "Drucksachen der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen Abt. III", insgesamt 224 Seiten.
Direktor beim Landtag	Hermann Geschwind ²⁴

²⁴ Berufung bereits in der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Beratenden Landesausschusses am 3. Juli 1946; vgl. LTA BLA 3c 18/05.

Hessischer Landtag 1. Wahlperiode

1. Dezember 1946
bis 30. November 1950

Wahltag 1. Dezember 1946 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	2.380.109	
Zahl der abgegebenen Stimmen	1.741.519	73,2 %
ungültige Stimmen	132.031	7,6 %
gültige Stimmen	1.609.488	92,4 %
SPD	687.531	42,7 %
CDU	498.158	30,9 %
KPD	171.592	10,7 %
LDP	252.207	15,7 %

Sitzverteilung ³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	30	8	38
CDU	21	7	28
KPD	3	7	10
LDP	8	6	14
	62	28	14

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 24. März 1949 ⁴

¹ Gesetz über den Termin des Volksentscheids über die Verfassung des Landes Hessen und für die Wahl des Landtags des Landes Hessen vom 30. Oktober 1946, GVBl. 1946, S. 189.

² StAnz. 1946, Nr. 16, S. 117.

³ StAnz. 1946, Nr. 16, S. 118.

⁴ StAnz. 1949, Nr. 25, S. 233.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Achenbach II, Heinrich	Niederdieten, Kreis Biedenkopf	CDU
Ackermann, Georg	Beerfelden/Odenwald	SPD ⁵
Apel, Wilhelm	Frankfurt am Main-Höchst	SPD ⁶
Appelmann, Karl	Offenbach am Main	SPD
Arndgen, Josef	Frankfurt am Main	CDU ⁷
Arnoul, Wilhelm	Neu-Isenburg	SPD
Bauer, Leopold	Frankfurt am Main	KPD ⁸
Bauer, Wilhelm	Wiesbaden	CDU ⁹
Dr. Becker, Max	Bad Hersfeld	LDP ¹⁰
Prof. Dr. Bergsträßer, Ludwig	Darmstadt	SPD ¹¹
Bleek, Theodor	Marburg a.d. Lahn	LDP
Bodenbender, Ludwig	Salzböden, Kreis Wetzlar	SPD
Dr. von Brentano, Heinrich	Darmstadt	CDU ¹²
Brübach, Wilhelm	Hopfelde, Kreis Witzenhausen	SPD
Buch, Georg	Wiesbaden	SPD
Carlebach, Emil	Frankfurt am Main	KPD
Caspary, Friedrich	Frankfurt am Main	SPD ¹³
Catta, Fritz	Kassel-Wilhelmshöhe	LDP
Dengler, Wilhelm	Erbach (Odenwald)	SPD ¹⁴
Diez, Karl	Wachenbuchen	KPD
Dingeldey, Alfred	Groß-Umstadt, Kreis Dieburg	CDU ¹⁵

⁵ Nachfolger für Abg. Dengler ab 9. Februar 1949.⁶ Mandat niedergelegt am 30. April 1950. Nachfolgerin Abg. Teege.⁷ Mandat niedergelegt am 7. November 1949. Nachfolger Abg. Schlitt.⁸ Mandat niedergelegt am 30. Juni 1949. Nachfolger Abg. Wittmann.⁹ Nachfolger für Abg. Siara ab 15. Februar 1948.¹⁰ Mandat niedergelegt am 9. Dezember 1949. Nachfolger Abg. Salzer.¹¹ Mandat niedergelegt am 19. Oktober 1949. Nachfolger Abg. Harth.¹² Mandat niedergelegt am 24. Oktober 1949. Nachfolger Abg. Marx.¹³ Mandat niedergelegt am 8. Januar 1948. Nachfolger Abg. Kriegseis.¹⁴ Mandat niedergelegt am 9. Februar 1949. Nachfolger Abg. Ackermann.¹⁵ Verstorben am 15. Januar 1949. Nachfolger Abg. Keller.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Drott, Karl	Offenbach am Main	SPD
Euler, August Martin	Bad Hersfeld	LDP ¹⁶
Faßbender, Heinrich	Rotenburg/Fulda	LDP ¹⁷
Fisch, Walter	Frankfurt am Main	KPD ¹⁸
Fischer, Heinrich	Hanau	SPD
Fleckenstein, Nikolaus	Frankfurt am Main	CDU
Freidhof, Rudolf	Kassel-Harleshausen	SPD ¹⁹
Fricke, August	Kassel	SPD ²⁰
Gaul, Karl	Frankfurt am Main	LDP
Germershausen, Erich	Spangenberg	LDP ²¹
Glücklich, Heinrich	Wiesbaden	LDP
Göbel, Jakob	Bad Hersfeld	SPD
Göbel, Kurt	Frankfurt am Main	LDP
Gondolf, Franz	Dieburg	KPD ²²
Dr. Großkopf, Erich	Herborn (Dillkreis)	CDU
Grün, Ferdinand	Wiesbaden	CDU
Günderoth, Adam II	Lampertheim	CDU
Dr. Gumbel, Konrad	Gießen	SPD
Dr. Hammer, Richard	Darmstadt	LDP ²³
Harth, Jean Christoph	Rüsselsheim	SPD ²⁴
Heinze, Vitus	Schröck, Kreis Marburg	CDU ²⁵
Heißmann-Voos, Else - siehe: Voos, Else		
Heißwolf, Leonhard	Kronberg/Ts.	SPD
Helfrich, Eugen	Frankfurt am Main	CDU
Dr. Hilpert, Werner	Oberursel/Ts.	CDU ²⁶
Horn, Peter	Frankfurt am Main	CDU ²⁷

¹⁶ Mandat niedergelegt am 26. Juni 1947. Nachfolger Abg. Ulm.

¹⁷ Mandat niedergelegt am 12. Februar 1948. Nachfolger Abg. Germershausen.

¹⁸ Mandat niedergelegt am 27. September 1949. Nachfolger Abg. Gondolf.

¹⁹ Mandat niedergelegt am 5. Oktober 1949. Nachfolger Abg. Fricke.

²⁰ Nachfolger für Abg. Freidhof ab 11. Oktober 1949.

²¹ Nachfolger für Abg. Faßbender ab 2. März 1948.

²² Nachfolger für Abg. Fisch ab 5. Oktober 1949.

²³ Mandat niedergelegt am 9. Dezember 1949. Nachfolger Abg. Schiergens.

²⁴ Nachfolger für Abg. Prof. Dr. Bergsträßer ab 27. Oktober 1949.

²⁵ Nachfolger für Abg. Ruhl ab 3. Mai 1949.

²⁶ Mandat niedergelegt am 7. Januar 1947. Nachfolger Abg. Dr. Wagenbach.

²⁷ Nachfolger für Abg. Dr. Ostwald ab 22. Januar 1950. Mandat niedergelegt am 30. Juni 1950. Nachfolgerin Abg. Dr. Schiffler.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Husch, Jakob	Frankfurt am Main	CDU ²⁸
Dr. Ilau, Hans	Kronberg/Ts.	LDP
Jäger, Eduard	Limburg a.d. Lahn	CDU
Dr. Kanka, Karl	Offenbach am Main	CDU
Keil, Ludwig	Darmstadt	KPD
Keller, Peter	Dieburg	CDU ²⁹
Kitz, Heinz	Erbach (Odenwald)	CDU ³⁰
Knothe, Wilhelm	Frankfurt am Main	SPD ³¹
Dr. Köhler, Erich	Wiesbaden	CDU ³²
Köth, Otto	Alsfeld	SPD
Kredel, Otto	Bad Homburg v.d.H.	LDP
Kreß, Fritz	Altenstadt, Kreis Büdingen	SPD
Kreß, Heinrich	Gelnhausen	CDU
Kriegseis, Jakob	Frankfurt am Main	SPD ³³
Krüger, Paul	Wiesbaden	KPD
Landgrebe, Ernst	Frankfurt am Main	LDP
Lux, Anton	Nieder-Florstadt	SPD
Marx, Aloys	Rüsselsheim	CDU ³⁴
Graf Matuschka- Greiffenclau	Winkel/Rheingau	CDU ³⁵
Menne, Erika	Wethen, Kreis Waldeck	LDP
Metzger, Ludwig	Darmstadt	SPD
Moosdorf, Kurt	Bad Vilbel	SPD
Moritz, Maria	Frankfurt am Main	KPD
Müller, Oskar	Wiesbaden	KPD ³⁶
Nischalke, Martin	Wiesbaden	SPD
Nitsche, Hans	Kassel	SPD ³⁷

²⁸ Verstorben am 26. Oktober 1950; wegen des Endes der Wahlperiode wurde kein Nachfolger mehr berufen.

²⁹ Nachfolger für Abg. Dingeldey ab 5. Februar 1949.

³⁰ Nachfolger für Abg. Dr. Steinmetz ab 17. November 1949.

³¹ Mandat niedergelegt am 30. September 1949. Nachfolger Abg. Nitsche.

³² Mandat niedergelegt am 1. Juni 1947. Nachfolger Abg. Graf Matuschka-Greiffenclau.

³³ Nachfolger für Abg. Caspary ab 9. Februar 1948.

³⁴ Nachfolger für Abg. Dr. von Brentano ab 20. November 1949.

³⁵ Nachfolger für Abg. Dr. Köhler ab 4. Juli 1947.

³⁶ Mandat niedergelegt am 30. September 1949. Nachfolger Abg. von der Schmitt.

³⁷ Nachfolger für Abg. Knothe ab 11. Oktober 1949.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Ostwald, August	Bad Homburg v.d.H.	CDU ³⁸
Philipp, Karl Gottfried	Watzenborn-Steinberg, Kreis Gießen	CDU
Pitz, Elisabeth	Rasdorf, Kreis Hünfeld	CDU
Precht, Fritz	Ihringshausen, Kreis Kassel	SPD
Dr. Raabe, Cuno	Fulda	CDU
Rademacher, Heinrich	Kassel-Oberzwehren	KPD
Reitz, Karl	Reddighausen, Kreis Frankenberg	CDU ³⁹
Renneisen, Jakob	Oberursel/Ts.	KPD ⁴⁰
Rieser, Karl	Friedberg	CDU
Rink, Aloys	Urberach	SPD
Ruhl, Siegfried	Kirchhain, Kreis Marburg	CDU ⁴¹
Rupp, Heinrich	Leisenwald, Kreis Gelnhausen	SPD
Salzer, Gerhard	Offenbach am Main	FDP ⁴²
Schiergens, Nikolaus	Fulda	FDP ⁴³
Dr. Schiffler, Charlotte	Frankfurt am Main	CDU ⁴⁴
Schlitt, Karl Josef	Wiesbaden	CDU ⁴⁵
von der Schmitt, Konrad	Langen	KPD ⁴⁶
Schneider, Heinrich	Marbach, Kreis Marburg	SPD
Dr. Selbert, Elisabeth	Kassel	SPD
Siara, Walter	Lorsch, Kreis Heppenheim	CDU ⁴⁷
Spangenberg, Johanna	Frankfurt am Main	SPD
Dr. Stein, Erwin	Offenbach am Main	CDU

³⁸ Mandat niedergelegt am 7. Januar 1950. Nachfolger Abg. Horn.

³⁹ Mandat niedergelegt am 22. Oktober 1947. Nachfolger Abg. Ruhl.

⁴⁰ Nachfolger für Abg. Willmann ab 20. Oktober 1950.

⁴¹ Nachfolger für Abg. Reitz ab 7. November 1947. Mandat niedergelegt am 30. April 1949. Nachfolger Abg. Heinze.

⁴² Nachfolger für Abg. Dr. Becker ab 9. Dezember 1949.

⁴³ Nachfolger für Abg. Dr. Hammer ab 9. Dezember 1949.

⁴⁴ Nachfolger für Abg. Horn ab 3. Juli 1950.

⁴⁵ Nachfolger für Abg. Arndgen ab 17. November 1949.

⁴⁶ Nachfolger für Abg. Müller ab 15. Oktober 1949.

⁴⁷ Mandat niedergelegt am 12. Februar 1948. Nachfolger Abg. W. Bauer.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Steinmetz, Hans	Heppenheim a.d. Bergstr.	CDU ⁴⁸
Stetefeld, Georg	Gelnhausen	LDP
Stieler, Georg	Fulda	CDU
Stock, Christian	Seeheim a.d. Bergstr.	SPD
Teege, Grete	Frankfurt am Main	SPD ⁴⁹
Tilemann, Hermann	Wettesingen, Kreis Wolfhagen	CDU
Trabert, Eduard	Kassel	CDU
Ulm, Friedrich	Wetzlar	LDP ⁵⁰
Völker, Georg	Verna, Kreis Fritzlar-Homberg	SPD
Voos, Else	Wiesbaden	SPD
Dr. Wagenbach, Joseph	Hofheim/Ts.	CDU ⁵¹
Wagner, Albert	Fürlfurt a.d. Lahn	SPD
Weidemann, Hermann	Hofgeismar	SPD
Weiß, Heinrich	Hofheim-Marxheim	SPD
Willmann, Karl	Darmstadt-Eberstadt	KPD ⁵²
Witte, Otto	Wiesbaden	SPD
Wittich, Heinrich	Mühlhausen, Kreis Fritzlar-Homberg	CDU
Wittmann, Ludwig	Frankfurt am Main	KPD ⁵³
Wittrock, Christian	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD
Wittrock, Willi	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD
Zinnkann, Heinrich	Wiesbaden	SPD

⁴⁸ Mandat niedergelegt am 31. Oktober 1949. Nachfolger Abg. Kitz.

⁴⁹ Nachfolgerin für Abg. Apel ab 13. Mai 1950.

⁵⁰ Nachfolger für Abg. Euler ab 4. Juli 1947.

⁵¹ Nachfolger für Abg. Dr. Hilpert ab 1. Februar 1947.

⁵² Mandat niedergelegt am 26. September 1950. Nachfolger Abg. Renneisen.

⁵³ Nachfolger für Abg. L. Bauer ab 19. August 1949.

Tag der Konstituierung	19. Dezember 1946
Alterspräsidenten	Jakob Husch (CDU) ⁵⁴ Siegfried Ruhl (CDU) ⁵⁵ Heinrich Glücklich (LDP) ⁵⁶
Vorläufige Schriftführer ⁵⁷	Leopold Bauer (KPD) Emil Carlebach (KPD)
Präsident	Otto Witte (SPD) ⁵⁸
Vizepräsidenten	Dr. Cuno Raabe (CDU) ⁵⁹ Otto Kredel (LDP) ⁵⁹
Schriftführer	Willi Apel (SPD) ^{60 61} Karl Drott (SPD) ⁶⁰ Paul Krüger (KPD) ⁶⁰ Karl Rieser (CDU) ⁶⁰ Else Voos (SPD) ⁶¹

⁵⁴ Abg. Husch war vom ersten Zusammentritt des Landtags am 19. Dezember 1946 bis 7. November 1947 (Eintritt des Abg. Ruhl) und vom 30. April 1949 (Mandatsniederlegung des Abg. Ruhl) bis zu seinem Tod am 26. Oktober 1950 das lebensälteste Mitglied.

⁵⁵ Abg. Ruhl war während seiner Mitgliedschaft vom 7. November 1947 bis 30. April 1949 das lebensälteste Mitglied.

⁵⁶ Abg. Glücklich war vom Tode des Alterspräsidenten Husch am 26. Oktober 1950 bis zum Ende der Wahlperiode das lebensälteste Mitglied.

⁵⁷ Auf Befragen erhob sich gegen die Feststellung der Abg. Bauer und Carlebach als der jüngsten Mitglieder des Landtags und damit gegen ihre Berufung zu vorläufigen Schriftführern kein Widerspruch. Während der Wahl des Präsidenten stellte Alterspräsident Husch von Amts wegen fest, daß der Abg. Appelman einer der beiden jüngsten Abgeordneten sei; er wurde jedoch nicht mehr zum vorläufigen Schriftführer berufen. HLT 1. WP Drs. Abt. III, S. 3.

⁵⁸ Wahl am 19. Dezember 1946, Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 3.

⁵⁹ Wahl am 19. Dezember 1946, Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 4/5.

⁶⁰ Wahl am 19. Dezember 1946, Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

⁶¹ Abg. Apel legte im Dezember 1947 sein Amt als Schriftführer nieder. Am 11. Dezember 1947 wählte der Landtag Abg. Else Voos als Nachfolgerin, Sten.Ber., 29. Sitzung, S. 917.

Fraktionen**SPD: 38 Mitglieder**

Vorsitzende:

Rudolf Freidhof ⁶²Albert Wagner ⁶³Ludwig Bodenbender ⁶⁴**CDU: 28 Mitglieder**

Vorsitzende:

Dr. Erich Köhler ⁶⁵Dr. Heinrich von Brentano ⁶⁶Georg Stieler ⁶⁷**LDP, FDP: 14 Mitglieder ⁶⁸**

Vorsitzende:

August Martin Euler ⁶⁹Karl Theodor Bleek ⁷⁰**KPD: 10 Mitglieder**

Vorsitzende:

Leopold Bauer ⁷¹Ludwig Keil ⁷²

⁶² Abg. Freidhof war vom Beginn der Wahlperiode bis 16. Juli 1947 Vorsitzender.

⁶³ Abg. Wagner war vom 16. Juli 1947 bis November 1949 Vorsitzender.

⁶⁴ Abg. Bodenbender war vom November 1949 bis Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁶⁵ Abg. Dr. Köhler war vom Beginn der Wahlperiode bis zum 18. April 1947 Vorsitzender.

⁶⁶ Abg. Dr. von Brentano war vom 18. April 1947 bis 11. Oktober 1949 Vorsitzender.

⁶⁷ Abg. Stieler war vom 11. Oktober bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁶⁸ Eine offizielle Mitteilung über die Umbenennung der Fraktion der LDP in Fraktion der FDP konnte nicht gefunden werden. Zuletzt bezeichnete sich die Fraktion jedoch in den Februarsitzungen 1949 als LDP-Fraktion und ab März 1949 dann als FDP-Fraktion.

⁶⁹ Abg. Euler war vom Beginn der Wahlperiode bis Juni 1947 Vorsitzender.

⁷⁰ Abg. Bleek war vom Juni 1947 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁷¹ Abg. L. Bauer war vom Beginn der Wahlperiode bis 30. Juni 1949 Vorsitzender.

⁷² Abg. Keil war vom 1. Juli 1949 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

Sitzungen

Erste Plenarsitzung:
19. Dezember 1946

Letzte Plenarsitzung:
8. November 1950

Insgesamt 91 Plenarsitzungen

Stenographische Berichte

Wortprotokolle, veröffentlicht
als "Drucksachen
des Hessischen Landtags,
Abteilung III",
insgesamt 3179 Seiten.

Direktor beim Landtag

Hermann Geschwind

Hessischer Landtag 2. Wahlperiode

1. Dezember 1950
bis 30. November 1954

Wahltag 19. November 1950¹

Wahlergebnis²

Zahl der Wahlberechtigten	2.985.021	
Zahl der abgegebenen Stimmen	1.936.762	64,9 %
Ungültige Stimmen	85.675	4,4 %
Gültige Stimmen	1.851.087	95,6 %
SPD	821.268	44,4 %
CDU	348.148	18,8 %
FDP	588.739	31,8 %
KPD	87.878	4,7 %
Sonstige Parteien	3.973	0,2 %
Parteilose	1.081	0,1 %

Sitzverteilung³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	36	8	47
CDU	4	8	12
FDP	8	13	21 ⁴
	48	32	80

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungserichts
vom 28. März 1951⁵

¹ Verordnung über den Wahltag der Landtagswahl 1950 vom 6. Oktober 1950, GVBl. 1950, S. 178.

² StAnz. 1950, Beilage Nr. 12 zu Nr. 48.

³ StAnz. 1950, Beilage Nr. 12 zu Nr. 48.

⁴ Aus den auf den Wahlvorschlägen der FDP gewählten 21 Abgeordneten konstituierte sich die FDP-Fraktion mit 13 Mitgliedern und die BHE-Fraktion mit 8 Mitgliedern; vgl. Abschnitt "Fraktionen" S. 103.

⁵ StAnz. 1951, Beilage Nr. 11 zu Nr. 23.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Ackermann, Georg	Erbach (Odenwald)	SPD
Appelmann, Karl	Offenbach am Main	SPD
Bauer, Wilhelm	Wiesbaden	CDU ⁶
Bleek, Karl Theodor	Marburg a.d. Lahn	FDP ⁷
Bock, Max	Frankfurt am Main	SPD ⁸
Bodenbender, Ludwig	Wiesbaden	SPD
Dr. Böhm, Rudolf	Weilburg	BHE
Brübach, Wilhelm	Witzenhausen	SPD
Bund, Ferdinand	Wiesbaden	SPD
Catta, Fritz	Kassel-Wilhelmshöhe	FDP
Dr. Czermak, Fritz	Frankfurt am Main	BHE ⁹
Dey, Anton	Mühlheim am Main	SPD
Dr. Draub, Günther	Frankfurt am Main	BHE, SPD ¹⁰
Drott, Karl	Offenbach am Main	SPD
Etz, Otto	Ffm.-Rödelheim	SPD
Euler, August Martin	Bad Hersfeld	FDP ¹¹
Dr. Fay, Wilhelm	Frankfurt am Main	CDU ¹²
Fischer, Heinrich	Wiesbaden	SPD
Fister, Franz	Wabern, Kreis Fritzlar-Homberg	SPD ¹³
Fleckenstein, Nikolaus	Frankfurt am Main	CDU
Franke, Gotthard	Mainzlar/Kreis Gießen	BHE
Furtwängler, Franz-Josef	Oberursel/Ts.	SPD
Gärtner, Ursula	Frankfurt am Main	SPD
Gassmann, Georg	Marburg a.d. Lahn	SPD
Dr. von Gebhardt, Anno	Nauroth/Ts.	GB/BHE ¹⁴

⁶ Nachfolger für Abg. Dr. E. Stein ab 3. Juli 1951.

⁷ Mandat niedergelegt am 9. Oktober 1951; Nachfolger Abg. Molter.

⁸ Verstorben am 20. August 1953; Nachfolger Abg. Heißwolf.

⁹ Mandat niedergelegt am 31. August 1954; Nachfolger Abg. Dr. von Gebhardt.

¹⁰ Abg. Dr. Draub verließ am 4. Oktober 1953 die Fraktion des GB/BHE und wurde Mitglied der SPD-Fraktion.

¹¹ Mandat niedergelegt am 12. Januar 1951; Nachfolger Abg. Dr. Seipel.

¹² Nachfolger für Abg. Pitz ab 5. November 1953.

¹³ Nachfolger für Abg. Precht ab 23. Januar 1951.

¹⁴ Nachfolger für Abg. Dr. Czermak ab 12. September 1954.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Geißler, Fritz	Bad Nauheim	FDP
Gnaß, Otto	Korbach	SPD
Göbel, Jakob	Bad Hersfeld	SPD
Göbel, Kurt	Frankfurt am Main	FDP
Dr. Großkopf, Erich	Herborn	CDU
Gruber, Franz	Eppertshausen	SPD ¹⁵
Dr. Gumbel, Konrad	Gießen	SPD
Hasselbach, Willi	Steckenroth	FDP
Heißwolf, Leonhard	Kronberg/Ts.	SPD ¹⁶
Hellermann, Edith	Kassel	BHE
Dr. Hilpert, Werner	Oberursel/Ts.	CDU ¹⁷
Höhne, Eitel Oskar	Eltmannshausen, Kreis Eschwege	SPD
Horn, Ruth	Darmstadt-Eberstadt	SPD
Jäger, Eduard	Limburg a.d. Lahn	CDU
Jansen, Walter	Schlüchtern	CDU
Jatsch, Anton	Bensheim a.d. Bergstr.	BHE
Dr. Kanka, Karl	Offenbach am Main	CDU
Kletke, Grete	Eschwege	FDP
Köcher, Josef	Kassel	SPD
Kohl, Heinrich	Frankenberg/Eder	FDP
Dr. h.c. Kolb, Walter	Frankfurt am Main	SPD
Kriesgeis, Jakob	Frankfurt am Main	SPD
Landgrebe, Ernst	Frankfurt am Main	FDP
Lied, Konrad	Wiesbaden	FDP
Lux, Anton	Nieder-Florstadt	SPD ¹⁸
Meißner, Karl	Oberursel/Ts.	SPD
Mengel, Karl	Rosenthal, Kreis Frankenberg/Eder	CDU
Metzger, Ludwig	Darmstadt	SPD
Molter, Hermann	Reinheim (Odenwald)	FDP ¹⁹

¹⁵ Nachfolger für Abg. Ritzel ab 3. Januar 1951.¹⁶ Nachfolger für Abg. Bock ab 26. August 1953.¹⁷ Mandat niedergelegt am 17. Juli 1952; Nachfolger Abg. Trabert.¹⁸ Verstorben am 31. August 1953; Nachfolger Abg. Müller.¹⁹ Nachfolger für Abg. Bleek ab 14. Oktober 1951.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Müller, Emil	Bad Nauheim	SPD ²⁰
Nitsche, Hans	Kassel	SPD
Pitz, Elisabeth	Wiesbaden	CDU ²¹
von Ploetz, Hans	Arolsen	FDP ²²
Precht, Fritz	Ihringshausen, Kreis Kassel	SPD ²³
Dr. Raabe, Cuno	Fulda	CDU
Radke, Olaf	Offenbach am Main	SPD
Ritzel, Heinrich	Michelstadt	SPD ²⁴
Rotter, Lina	Frankfurt am Main	SPD
Rupp, Heinrich	Leisenwald, Kreis Gelnhausen	SPD
Saure, Wilhelm	Frankfurt am Main	FDP ²⁵
Schmitt, Adam	Rimbach (Odenwald)	SPD
Schneider, Alfred	Weilburg a.d. Lahn	SPD
Schneider, Heinrich	Marbach b. Marburg	SPD
Dr. h.c. Schröder, Ernst	Wiesbaden	FDP
Schroeder, Walter	Frankfurt am Main	FDP ²⁶
Dr. Seipel, Wilhelm	Darmstadt	FDP ²⁷
Dr. Selbert, Elisabeth	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD
Dr. Stein, Erwin	Offenbach am Main	CDU ²⁸
Stein, Friedrich Wilhelm	Stumpertenrod über Alsfeld	FDP
Stein, Klaus	Fulda	BHE
Stock, Christian	Seeheim a.d. Bergstraße	SPD
Sudheimer, Hans	Biebesheim/Rhein	SPD
Trabert, Eduard	Kassel	CDU ²⁹
Völker, Georg	Verna, Kreis Fritzlar-Homberg	SPD

²⁰ Nachfolger für Abg. Lux ab 2. September 1953.

²¹ Mandat niedergelegt am 31. Oktober 1953; Nachfolger Abg. Dr. Fay.

²² Nachfolger für Abg. Saure ab 23. April 1951.

²³ Verstorben am 9. Januar 1951; Nachfolger Abg. Fister.

²⁴ Mandat niedergelegt am 31. Dezember 1950; Nachfolger Abg. Gruber.

²⁵ Verstorben am 18. April 1951; Nachfolger Abg. von Ploetz.

²⁶ Nachfolger für Abg. Dr. Seipel ab 25. August 1954.

²⁷ Nachfolger für Abg. Euler ab 26. Januar 1951. Mandat niedergelegt am 4. August 1954; Nachfolger Abg. Schroeder.

²⁸ Mandat niedergelegt am 16. Juli 1951; Nachfolger Abg. W. Bauer.

²⁹ Nachfolger für Abg. Dr. Hilpert ab 5. August 1952.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Wagner, Albert	Fürfurt a.d. Lahn	SPD
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim a.d. Bergstr.	CDU
Weidemann, Hermann	Hofgeismar	SPD
Weiß, Heinrich	Hofheim-Marxheim	SPD
Winkler, Rudolf	Fulda	CDU
Winterstein, Ladislaus	Hattersheim am Main	SPD
Witte, Otto	Wiesbaden-Biebrich	SPD
Wittrock, Christian	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD
Wittrock, Willi	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD
Wöll, Karl	Frankfurt am Main	SPD
Dr. Ziegler, Wilhelm	Gelnhausen	BHE
Zinnkann, Heinrich	Wiesbaden	SPD
Zinnkann, Willi	Büdingen	SPD

Tag der Konstituierung	7. Dezember 1950
Alterspräsidenten	Anton Lux (SPD) ³⁰ Ernst Landgrebe (FDP) ³¹
Vorläufige Schriftführer	Willi Hasselbach (FDP) Eitel Oskar Höhne (SPD)
Präsident	Otto Witte (SPD) ³²
Vizepräsidenten	Dr. h.c. Ernst Schröder (FDP) ³³ Dr. Cuno Raabe (CDU) ³³ Christian Wittrock (SPD) ³³
Schriftführer	Dr. Rudolf Böhm (BHE) ³⁴ ³⁵ Gotthard Franke (BHE) ³⁵ Georg Gassmann (SPD) ³⁴ Eitel Oskar Höhne (SPD) ³⁴ Ruth Horn (SPD) ³⁴ Hans Sudheimer (SPD) ³⁴

³⁰ Abg. Lux war von der Konstituierung bis zu seinem Tode am 31. August 1953 Alterspräsident.

³¹ Abg. Landgrebe war vom Tode des Alterspräsidenten Lux am 31. August 1953 bis zum Ende der Wahlperiode das lebensälteste Mitglied.

³² Wahl am 7. Dezember 1950, Sten.Ber., I. Sitzung, S. 4.

³³ Wahl am 7. Dezember 1950, Sten.Ber., I. Sitzung, S. 8.

³⁴ Wahl am 7. Dezember 1950, Sten.Ber., I. Sitzung, S. 8.

³⁵ Abg. Dr. Böhm legte im Oktober 1951 sein Amt als Schriftführer nieder. Als sein Nachfolger in dieser Funktion wurde Abg. Franke am 10. Oktober 1951 gewählt; Sten.Ber., 15. Sitzung, S. 570.

FraktionenSPD: 47 bzw. 48 Mitglieder ³⁶

Vorsitzende:

Ludwig Bodenbender ³⁷Heinrich Schneider ³⁸

FDP: 13 Mitglieder

Vorsitzende:

Karl Theodor Bleek ³⁹Ernst Landgrebe ⁴⁰

CDU: 12 Mitglieder

Vorsitzende:

Werner Hilpert ⁴¹Dr. Erich Großkopf ⁴²BHE, GB/BHE ⁴³:8 bzw. 7 Mitglieder ³⁶

Vorsitzende:

Dr. Fritz Czermak ⁴⁴Klaus Stein ⁴⁵

³⁶ Abg. Dr. Draub verließ am 4. Oktober 1953 die Fraktion des GB/BHE und wurde Mitglied der SPD-Fraktion, die damit 48 Mitglieder zählte, während die des GB/BHE auf 7 Mitglieder schrumpfte.

³⁷ Abg. Bodenbender war vom Beginn der Wahlperiode bis Januar 1953 Vorsitzender.

³⁸ Abg. H. Schneider war vom Januar 1953 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

³⁹ Abg. Bleek war vom Beginn der Wahlperiode bis 9. Oktober 1951 Vorsitzender.

⁴⁰ Abg. Landgrebe war vom 9. Oktober 1951 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁴¹ Abg. Dr. Hilpert war vom Beginn der Wahlperiode bis zum 17. Juli 1952 Vorsitzender.

⁴² Abg. Dr. Großkopf war vom 26. August 1952 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁴³ Mit Schreiben an den Präsidenten des Hessischen Landtags vom 30. Juni 1953 teilte die Fraktion des BHE mit, daß sie mit Rücksicht auf die Umbenennung ihrer Partei im ganzen Bundesgebiet sich in "Gesamtdeutscher Block/BHE" (GB/BHE) umbenannt habe; vgl. Mitteilung des Präsidenten vom 1. Juli 1953, Sten.Ber., 49. Sitzung, S. 2029.

⁴⁴ Abg. Dr. Czermak war vom Beginn der Wahlperiode bis 7. November 1953 Vorsitzender.

⁴⁵ Abg. K. Stein war vom 7. November bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

Sitzungen

Erste Plenarsitzung:
7. Dezember 1950

Letzte Plenarsitzung:
4. November 1954

Insgesamt 73 Plenarsitzungen

Stenographische Berichte

Wortprotokolle, veröffentlicht
als "Drucksachen
des Hessischen Landtags,
Abteilung III",
insgesamt 3016 Seiten.

Direktor beim Landtag

Hermann Geschwind

Hessischer Landtag 3. Wahlperiode

1. Dezember 1954
bis 30. November 1958

Wahltag 28. November 1954 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	3.105.125	
Zahl der abgegebenen Stimmen	2.559.409	82,4 %
ungültige Stimmen	58.136	2,3 %
gültige Stimmen	2.501.273	97,7 %
SPD	1.065.733	42,6 %
FDP	513.421	20,5 %
CDU	603.691	24,1 %
GB/BHE	192.390	7,7 %
KPD	84.013	3,4 %
BdD	12.047	0,5 %
DP	29.309	1,2 %
Freie Opposition	416	0,0 %
parteilos	253	0,0 %

¹ Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1954 vom 7. September 1954, GVBl. 1954, S. 154.

² StAnz. 1954, Nr. 50, S. 1195.



Heinrich Zinnkann
Präsident des Hessischen Landtags
3. und 4. Wahlperiode

Sitzverteilung³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	41	3	44
FDP	2	19	21
CDU	5	19	24
GB/BHE	—	7	7
	48	48	96

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 16. März 1955⁴

³ StAnz. 1954, Nr. 50, S. 1196.

⁴ StAnz. 1955, Nr. 21, S. 521.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Ackermann, Georg	Erbach (Odenwald)	SPD
Appelmann, Karl	Offenbach am Main	SPD
Arndt, Rudi	Frankfurt am Main	SPD ⁵
Dr. Arnold, Ernst	Korbach	FDP ⁶
Arnoul, Wilhelm	Neu-Isenburg	SPD
Bareiter, Franz	Steinheim am Main	FDP ⁷
Bauer, Wilhelm	Wiesbaden	CDU
Blum, Wilhelm	Oberfeld über Hünfeld	CDU
Bodenbender, Ludwig	Salzböden, Kreis Wetzlar	SPD
Börger, Reinhard	Alsfeld	SPD
Braun, Otto	Melsungen	FDP
Brübach, Wilhelm	Witzenhausen	SPD
Buch, Georg	Wiesbaden	SPD
Bugert, Erwin	Viernheim	SPD
Catta, Fritz	Kassel	FDP
Daniels, Heinz	Friedberg (Hessen)	SPD ⁸
Dr. Derichsweiler, Albert	Frankfurt am Main	FDP, FL ⁹
Dey, Anton	Mühlheim am Main	SPD
Dr. Dörinkel, Wolfram	Wiesbaden	FDP
Erbach-Fürstenau Alfred Graf zu	Jagdschloß Krähberg über Beerfelden (Odenwald)	CDU ¹⁰
Erhard, Benno	Bad Schwalbach	CDU
Euler, Adam	Altengronau, Kreis Schlüchtern	FDP ¹¹
Euler, August Martin	Bad Hersfeld	FDP ¹²

⁵ Nachfolger für Abg. Dr. h.c. Kolb ab 25. September 1956.

⁶ Nachfolger für Abg. von Ploetz ab 26. April 1956.

⁷ Nachfolger für Abg. F. Walter ab 14. Oktober 1957.

⁸ Mandat niedergelegt am 30. September 1956; Nachfolger Abg. Radke.

⁹ Nachfolger für Abg. A.M. Euler ab 12. Januar 1955. - Abg. Dr. Derichsweiler verließ am 2. Mai 1956 die FDP-Fraktion und gehörte dem Landtag als fraktionsloser Abgeordneter weiter an.

¹⁰ Nachfolger für Abg. Dr. Steinmetz ab 14. Juli 1956.

¹¹ Mandat niedergelegt am 9. April 1958; Nachfolger Abg. Wahler.

¹² Mandat niedergelegt am 8. Januar 1955; Nachfolger Abg. Dr. Derichsweiler.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Fay, Wilhelm	Frankfurt am Main	CDU
Dr. Feick, Gustav	Darmstadt	SPD
Fischer, Heinrich	Hanau	SPD
Fleckenstein, Nikolaus	Frankfurt am Main	CDU
Franke, August	Haldorf, Kreis Fritzlar	SPD
	Homberg	
Franke, Gotthard	Königstein/Ts.	GB/BHE
Fuchs, Franz	Wiesbaden	SPD
Gärtner, Ursula	Frankfurt am Main	SPD
Gassmann, Georg	Marburg a.d. Lahn	SPD
Geißler, Fritz	Bad Nauheim	FDP ¹³
Göbel, Jakob	Bad Hersfeld	SPD
Gottwald, Hartwig	Wiesbaden	CDU ¹⁴
Grosser, Günther	Frankfurt am Main	FDP
Dr. Großkopf, Erich	Herborn	CDU
Gruber, Franz	Eppertshausen	SPD ¹⁵
Hackenberg, Richard	Frankfurt am Main	CDU
Hacker, Gustav	Wiesbaden	GB/BHE ¹⁶
Hasselbach, Willi	Steckenroth	FDP
Dr. h.c. Hennig, Arno	Wiesbaden	SPD
Höhne, Eitel Oskar	Eschwege	SPD
Dr. Holtzmann, Ernst	Darmstadt	CDU
Horn, Ruth	Darmstadt-Eberstadt	SPD
Jäger, Eduard	Limburg a.d. Lahn	CDU
Jansen, Walter	Schlüchtern	CDU
Jatsch, Anton	Bensheim a.d. Bergstraße	GB/BHE
Dr. Kanka, Karl	Offenbach am Main	CDU ¹⁷
Dr. Kaul, Alexander	Bensheim a.d. Bergstraße	GB/BHE
Dr. Keilmann, Karl	Lampertheim	FDP
Kersten, Kurt	Altmorschen	GB/BHE ¹⁸
Kletke, Grete	Kassel	FDP

¹³ Nachfolger für Abg. Mischnick ab 14. Oktober 1957.¹⁴ Nachfolger für Abg. Dr. Martin ab 2. Dezember 1957.¹⁵ Verstorben am 5. November 1957; Nachfolger Abg. Winterstein.¹⁶ Mandat niedergelegt am 15. Februar 1955; Nachfolger Abg. M. Schneider.¹⁷ Mandat niedergelegt am 9. Juli 1958; Nachfolger Abg. Quanz.¹⁸ Nachfolger für Abg. Dr. Preißler ab 10. März 1955.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Kneipp, Otto	Bad Homburg v.d.H.	FDP
Köcher, Josef	Kassel	SPD
Kohl, Heinrich	Frankenberg/Eder	FDP
Dr. Kohut, Oswald	Langen	FDP ¹⁹
Dr. h.c. Kolb, Walter	Frankfurt am Main	SPD ²⁰
Krämer, Gustav	Traisa bei Darmstadt	SPD ²¹
Kraft, Wilhelm	Kassel	FDP
Dr. Krause, Hermann	Hanau	CDU
Kriegseis, Jakob	Frankfurt am Main	SPD
Labonte, Christian	Schloß Johannesberg im Rheingau	CDU
Lippmann, Max	Wiesbaden	SPD
Dr. Martin, Berthold	Gießen	CDU ²²
Marx, Jakob	Rüsselsheim	CDU
Meißner, Karl	Oberursel/Ts.	SPD
Mengel, Karl	Rosenthal, Kreis Frankenberg/Eder	CDU
Mischnick, Wolfgang	Frankfurt am Main	FDP ²³
Osswald, Albert	Gießen	SPD
Platiel, Nora	Kassel	SPD
von Ploetz, Hans	Arolsen	FDP ²⁴
Dr. Preißler, Walter	Wiesbaden	GB/BHE ²⁵
Quanz, Friedrich	Kassel	CDU ²⁶
Dr. Raabe, Cuno	Fulda	CDU
Radke, Olaf	Offenbach am Main	SPD ²⁷
Rodemer, Heinrich	Darmstadt	FDP
Rotter, Lina	Frankfurt am Main	SPD
Schauß, Ernst	Wetzlar	FDP ²⁸

¹⁹ Mandat niedergelegt am 10. Oktober 1957; Nachfolger Abg. W. Schroeder.

²⁰ Verstorben am 20. September 1956; Nachfolger Abg. Arndt.

²¹ Nachfolger für Abg. Stock ab 16. Dezember 1954.

²² Mandat niedergelegt am 27. November 1957; Nachfolger Abg. Gottwald.

²³ Mandat niedergelegt am 10. Oktober 1957; Nachfolger Abg. Geißler.

²⁴ Mandat niedergelegt am 19. April 1956; Nachfolger Abg. Dr. Arnold.

²⁵ Mandat niedergelegt am 9. März 1955; Nachfolger Abg. Kersten.

²⁶ Nachfolger für Abg. Dr. Kanka ab 15. Juli 1958.

²⁷ Nachfolger für Abg. Daniels ab 9. Oktober 1956.

²⁸ Mandat niedergelegt am 8. November 1958; wegen des Endes der Wahlperiode wurde kein Nachfolger mehr berufen.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Schmidt, Heinrich	Ewersbach, Dillkreis	CDU
Schmit, Adam	Rimbach (Odenwald)	SPD
Schmitt, Rudi	Frankfurt am Main	SPD
Schneider, Heinrich	Marbach bei Marburg	SPD
Dr. Schneider, Ludwig	Kassel	FDP
Schneider, Martin	Korbach	GB/BHE ²⁹
Dr. Schnell, Edgar	Eschwege	CDU
Dr. h.c. Schröder, Ernst	Bad Schwalbach	FDP
Schroeder, Walter	Frankfurt am Main	FDP ³⁰
Dr. Selbert, Elisabeth	Kassel	SPD
Stein, Klaus	Fulda	GB/BHE
Dr. Steinmetz, Hans	Dieburg	CDU ³¹
Stock, Christian	Seeheim a.d. Bergstraße	SPD ³²
Dr. Strecker, Gabriele	Bad Homburg v.d.H.	CDU
Sudheimer, Hans	Biebesheim/Rhein	SPD
Dr. Troeger, Heinrich	Frankfurt am Main	SPD ³³
Vogel, Josef	Harmerz, Kreis Fulda	CDU
Waess, Leopold	Limburg a.d. Lahn	FDP
Wagner, Albert	Fülfurt a.d. Lahn	SPD
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim a.d. Bergstr.	CDU
Wahler, Hans Hermann	Fulda	FDP ³⁴
Walter, Fritz	Wanfried, Kreis Eschwege	FDP ³⁵
Walter, Josef	Wiesbaden	GB/BHE
Weber, Albert	Grebenstein, Kreis Hofgeismar	SPD
Weiß, Heinrich	Hofheim-Marxheim	SPD
Wiesemann, Johanna	Biedenkopf	CDU
Winterstein, Ladislaus	Hattersheim am Main	SPD ³⁶
Wittrock, Christian	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD ³⁷

²⁹ Nachfolger für Abg. Hacker ab 18. Februar 1955.

³⁰ Nachfolger für Abg. Dr. Kohut ab 14. Oktober 1957.

³¹ Mandat niedergelegt am 30. Juni 1956; Nachfolger Abg. Graf Erbach.

³² Mandat niedergelegt am 15. Dezember 1954; Nachfolger Abg. Krämer.

³³ Mandat niedergelegt am 3. Februar 1958; Nachfolger Abg. Chr. Wittrock.

³⁴ Nachfolger für Abg. A. Euler ab 14. April 1958.

³⁵ Mandat niedergelegt am 10. Oktober 1957; Nachfolger Abg. Bareiter.

³⁶ Nachfolger für Abg. Gruber ab 11. November 1957.

³⁷ Nachfolger für Abg. Dr. Troeger ab 7. Februar 1958.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Wittrock, Willi	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD
Wöll, Karl	Frankfurt am Main	SPD
Dr. h.c. Zinn, Georg August	Wiesbaden	SPD
Zinnkann, Heinrich	Wiesbaden	SPD
Zinnkann, Willi	Büdingen	SPD

Tag der Konstituierung	16. Dezember 1954
Alterspräsident	Dr. Otto Kneipp (FDP)
Vorläufige Schriftführer	Jakob Marx (CDU) Rudi Schmitt (SPD)
Präsident	Heinrich Zinnkann (SPD) ³⁸
Vizepräsidenten	Dr. Cuno Raabe (CDU) ³⁹ Dr. h.c. Ernst Schröder (FDP) ³⁹ Willi Wittrock (SPD) ³⁹
Schriftführer	Willi Hasselbach (FDP) ⁴⁰ Eitel-Oskar Höhne (SPD) ^{40 41} Ruth Horn (SPD) ⁴⁰ Dr. Alexander Kaul (GB/BHE) ⁴² Gustav Krämer (SPD) ⁴⁰ Dr. Walter Preißler (GB/BHE) ^{40 42} Dr. Hans Wagner (CDU) ⁴⁰

³⁸ Wahl am 16. Dezember 1954; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 4.

³⁹ Wahl am 16. Dezember 1954; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5 f.

⁴⁰ Wahl am 16. Dezember 1954; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 6.

⁴¹ Abg. Höhne legte Ende 1956 sein Amt als Schriftführer nieder. Als sein Nachfolger in dieser Funktion wurde am 16. Januar 1957 Abg. Krämer gewählt; Sten.Ber., 38. Sitzung, S. 1388.

⁴² Abg. Dr. Preißler legte am 9. März 1955 sein Mandat nieder. Sein Nachfolger in der Funktion des Schriftführers wurde am 16. März 1955 Abg. Dr. Kaul; vgl. Schreiben der Fraktion des GB/BHE an den Präsidenten vom gleichen Tage im LTA, 3. Wahlperiode, Schriftverkehr Präsident/Fraktion des GB/BHE.

Fraktionen

SPD: 44 Mitglieder

Vorsitzende:

Heinrich Schneider ⁴³Ludwig Bodenbender ⁴⁴

CDU: 24 Mitglieder

Vorsitzender:

Dr. Erich Großkopf

FDP: 21 bzw. 20 Mitglieder ⁴⁵

Vorsitzende:

August Martin Euler ⁴⁶Dr. Oswald Kohut ⁴⁷Dr. Wolfram Dörinkel ⁴⁸

GB/BHE: 7 Mitglieder

Vorsitzender: Klaus Stein

⁴³ Abg. H. Schneider war vom Beginn der Wahlperiode bis 11. Januar 1955 Vorsitzender.

⁴⁴ Abg. Bodenbender war vom 11. Januar 1955 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁴⁵ Abg. Dr. Derichsweiler verließ am 2. Mai 1956 die FDP-Fraktion und war fortan fraktionsloser Abgeordneter; die FDP-Fraktion hatte ab diesem Tag noch 20 Mitglieder.

⁴⁶ Abg. A.M. Euler war vom Beginn der Wahlperiode bis 8. Januar 1955 Vorsitzender.

⁴⁷ Abg. Dr. Kohut war vom 9. Januar 1955 bis 10. Oktober 1957 Vorsitzender.

⁴⁸ Abg. Dr. Dörinkel war vom 10. Oktober 1957 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

Sitzungen	Erste Plenarsitzung: 16. Dezember 1954 Letzte Plenarsitzung: 5. November 1958 Insgesamt 66 Plenarsitzungen
Stenographische Berichte	Wortprotokolle, veröffentlicht als "Drucksachen des Hessischen Landtags, Abteilung III", insgesamt 2505 Seiten.
Direktor beim Landtag	Hermann Geschwind

Hessischer Landtag 4. Wahlperiode

1. Dezember 1958
bis 30. November 1962

Wahltag 23. November 1958 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	3.257.513	
Zahl der abgegebenen Stimmen	2.680.548	82,3 %
ungültige Stimmen	46.691	1,7 %
gültige Stimmen	2.633.857	98,3 %
SPD	1.235.361	46,9 %
CDU	843.041	32,0 %
FDP	250.310	9,5 %
GB/BHE	193.996	7,4 %
DP	93.260	3,5 %
DRP	16.178	0,6 %
DG	1.093	0,1 %
DVP	466	0,0 %
Unabhängige Wählergruppe	152	0,0 %

¹ Ursprünglich sollte am 30. November 1958 gewählt werden; vgl. Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1958 vom 19. Februar 1958, GVBl. 1958, S. 27. Mit der 2. Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1958 vom 25. Juli 1958, GVBl. 1958, S. 10, wurde dann der 23. November 1958 als Wahltag bestimmt.

² StAnz. 1958, Nr. 50, S. 1509; berichtigt in StAnz. 1958, Nr. 52, S. 1578.

Sitzverteilung³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	42	6	48
CDU	6	26	32
FDP	—	9	9
GB/BHE	—	7	7
	48	48	96

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 7. Juli 1959⁴

³ StAnz. 1958, Nr. 50, S. 1509.

⁴ StAnz. 1960, Nr. 4, S. 81.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Ackermann, Georg	Erbach (Odenwald)	SPD
Appelmann, Karl	Offenbach am Main	SPD
Arndt, Rudi	Frankfurt am Main	SPD
Arnoul, Wilhelm	Neu-Isenburg	SPD
Bachmann, Eugen	Waldmichelbach(Odenwald)	CDU ⁵
Bachmann, Karl	Kassel	CDU
Dr. Best, Werner	Waldgirmes, Kreis Wetzlar	SPD
Blum, Wilhelm	Oberfeld über Hünfeld	CDU
Dr. Bodesheim, Ferdinand	Wiesbaden	CDU
Börger, Reinhard	Alsfeld	SPD
Bruder, Fritz	Seligenstadt	CDU
Brübach, Wilhelm	Witzenhausen	SPD
Buch, Georg	Wiesbaden	SPD
Bugert, Erwin	Viernheim	SPD
Dr. Conrad, Wilhelm	Wiesbaden	SPD
Daub, Gerhard	Marburg a.d. Lahn	FDP ⁶
Dey, Anton	Mühlheim am Main	SPD ⁷
Dr. Dörinkel, Wolfram	Wiesbaden	FDP ⁸
Dr. Engel, Ludwig	Darmstadt	SPD ⁹
Erhard, Benno	Bad Schwalbach	CDU
Dr. Fay, Wilhelm	Frankfurt am Main	CDU
Fischer, Heinrich	Hanau	SPD
Fleckenstein, Nikolaus	Frankfurt am Main- Zeilsheim	CDU
Franke, August	Haldorf, Kreis Fritzlar-Homberg	SPD
Franke, Gotthard	Königstein/Ts.	GB/BHE
Fuchs, Franz	Wiesbaden	SPD
Gärtner, Ursula	Frankfurt am Main	SPD
Gassmann, Georg	Marburg a.d. Lahn	SPD

⁵ Mandat niedergelegt am 9. April 1962; Nachfolger Abg. Lebert.

⁶ Mandat niedergelegt am 7. Januar 1960; Nachfolger Abg. Karry.

⁷ Mandat niedergelegt am 8. Dezember 1959; Nachfolger Abg. Rehbein.

⁸ Mandat niedergelegt am 1. Oktober 1961; Nachfolger Abg. Waess.

⁹ Mandat niedergelegt am 30. Dezember 1960; Nachfolger Abg. Schäfer.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Gottwald, Hartwig	Wiesbaden	CDU ¹⁰
Dr. Großkopf, Erich	Herborn	CDU
Gründer, Marianne	Kassel	SPD ¹¹
Hackenberg, Richard	Frankfurt am Main	CDU
Hacker, Gustav	Wiesbaden	GB/BHE ¹²
Hasselbach, Willi	Steckenroth	FDP
Dr. h.c. Hennig, Arno	Wiesbaden	SPD ¹³
Höhne, Eitel Oskar	Eschwege	SPD
Dr. Holtzmann, Ernst	Darmstadt	CDU
Horn, Ruth	Darmstadt-Eberstadt	SPD
Jäger, Eduard	Limburg a.d. Lahn	CDU
Jansen, Walter	Schlüchtern	CDU
Karry, Heinz Herbert	Frankfurt am Main	FDP ¹⁴
Kersten, Kurt	Altmorschen, Kreis Melsungen	GB/BHE
Kletke, Grete	Kassel	FDP
Knapp, Oskar	Kirberg	CDU
Köcher, Josef	Kassel	SPD
Kohl, Heinrich	Frankenberg/Eder	FDP
Krämer, Gustav	Traisa bei Darmstadt	SPD
Dr. Krause, Hermann	Hanau	CDU
Dr. Kurtz, Rudolf	Oberursel/Ts.	CDU
Kuske, Gerhard	Hofgeismar	GB/BHE ¹⁵
Lebert, Otto	Marburg b. Marburg	CDU ¹⁶
Leuninger, Ernst	Frankfurt am Main	SPD
Dr. Loew, Ernst	Weilmünster	CDU
Marx, Jakob	Rüsselsheim	CDU
Matuschek, Hedwig	Wetzlar	CDU
Meißner, Karl	Oberursel/Ts.	SPD

¹⁰ Mandat niedergelegt am 31. August 1960; Nachfolger Abg. Wittwer.

¹¹ Nachfolgerin für Abg. Dr. Tröscher ab 12. Oktober 1960.

¹² Mandat niedergelegt am 30. November 1959; Nachfolger Abg. Kuske.

¹³ Mandat niedergelegt am 28. Februar 1961; Nachfolger Abg. Reucker.

¹⁴ Nachfolger für Abg. Daub ab 19. Januar 1960.

¹⁵ Nachfolger für Abg. Hacker ab 6. Dezember 1959.

¹⁶ Nachfolger für Abg. E. Bachmann ab 15. April 1962.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Mengel, Karl	Rosenthal, Kreis Frankenberg/Eder	CDU
Dr. Mix, Erich	Wiesbaden	FDP
Osswald, Albert	Gießen	SPD
Picard, Walter	Niederrodten, Kreis Dieburg	CDU
Platiel, Nora	Kassel	SPD
Platte, Ludwig	Treysa, Kreis Ziegenhain	SPD
Pleiß, Philipp	Frankfurt am Main	SPD
Dr. Preißler, Walter	Wiesbaden	GB/BHE
Dr. Raabe, Cuno	Fulda	CDU
Radke, Olaf	Offenbach am Main	SPD
Rehbein, Willi	Klein-Auheim	SPD ¹⁷
Reucker, Hans	Sinn/Dillkreis	SPD ¹⁸
Rodemer, Heinrich	Bad Wildungen	FDP
Rösch, Georg	Rothenbergen, Kreis Gelnhausen	CDU
Rohlmann, Rudi	Frankfurt am Main	SPD
Schäfer, Georg	Darmstadt	SPD ¹⁹
Schauß, Ernst	Wetzlar	FDP
Schmidt, Heinrich	Ewersbach/Dillkreis	CDU
Schmitt, Adam	Rimbach (Odenwald)	SPD
Schmitt, Rudi	Wiesbaden	SPD
Schneider, Heinrich	Marbach b. Marburg a.d. Lahn	SPD
Dr. Schneider, Ludwig	Kassel	FDP
Schnell, Hildegard	Salmünster bei Bad Soden	CDU
Seiboth, Frank	Frankfurt am Main	GB/BHE
Seipp, Wilhelm	Groß-Gerau	SPD
Dr. Streckler, Gabriele	Bad Homburg v.d.H.	CDU
Dr. Strelitz, Johannes	Wiesbaden	SPD
Dr. Tröscher, Tassilo	Wiesbaden	SPD ²⁰
Vogel, Josef	Harmerz, Kreis Fulda	CDU

¹⁷ Nachfolger für Abg. Dey ab 10. Dezember 1959.

¹⁸ Nachfolger für Abg. Dr. h.c. Hennig ab 2. März 1961.

¹⁹ Nachfolger für Abg. Dr. Engel ab 30. Dezember 1960.

²⁰ Mandat niedergelegt am 1. Oktober 1959; Nachfolgerin Abg. Gründer.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Waess, Leopold	Limburg a.d. Lahn	FDP ²¹
Wagner, Albert	Fürfurt a.d. Lahn	SPD
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim a.d. Bergstr.	CDU
Waller, Sepp	Wiesbaden	GB/BHE
Walter, Josef	Wiesbaden	GB/BHE
Dr. Walz, Johanna	Fulda	CDU
Weber, Albert	Grebenstein, Kreis Hofgeismar	SPD
Weber, Hans-Otto	Korbach	SPD
Wedel, Ludwig	Groß-Umstadt	SPD
Weiß, Heinrich	Hofheim-Marxheim	SPD
Westernacher, Richard	Lindheim, Kreis Büdingen	CDU
Wild, Willi	Frankfurt am Main	SPD
Wittrock, Willi	Kassel-Wilhelmshöhe	SPD
Wittwer, Josef	Kriftel	CDU ²²
Wöll, Karl	Frankfurt am Main	SPD
Zerbe, Edwin	Bad Hersfeld	SPD
Dr. h.c. Zinn, Georg August	Wiesbaden	SPD
Zinnkann, Heinrich	Wiesbaden	SPD
Zinnkann, Willi	Büdingen	SPD
von Zworowsky, Wolfgang	Kassel	CDU

²¹ Nachfolger für Abg. Dr. Dörinkel ab 5. Oktober 1961.

²² Nachfolger für Abg. Gottwald ab 1. September 1960.

Tag der Konstituierung	11. Dezember 1958
Alterspräsident	Albert Wagner (SPD)
Vorläufige Schriftführer	Gerhard Daub (FDP) Rudi Rohlmann (SPD)
Präsident	Heinrich Zinnkann (SPD) ²³
Vizepräsidenten	Dr. Cuno Raabe (CDU) ²⁴ Grete Kletke (FDP) ²⁴ Willi Wittrock (SPD) ²⁴
Schriftführer	Fritz Bruder (CDU) ²⁵ Ruth Horn ²⁵ Gustav Krämer (SPD) ²⁵ Jakob Marx (CDU) ^{25 26} Rudi Rohlmann (SPD) ²⁵ Hildegard Schnell (CDU) ²⁶ Sepp Waller (GB/BHE) ²⁵

²³ Wahl am 11. Dezember 1958; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 4.

²⁴ Wahl am 11. Dezember 1958; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

²⁵ Wahl am 11. Dezember 1958; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

²⁶ Abg. Marx legte im Dezember 1961 sein Amt als Schriftführer nieder. Als seine Nachfolgerin in dieser Funktion wurde Abg. Schnell am 13. Dezember 1961 gewählt; Sten.Ber., 47. Sitzung, S. 1951.

Fraktionen

SPD: 48 Mitglieder

Vorsitzende:

Georg Buch ^{27 28}Willi Zinnkann ²⁹Rudi Arndt ³⁰

CDU: 32 Mitglieder

Vorsitzender:

Dr. Erich Großkopf

FDP: 9 Mitglieder

Vorsitzende:

Dr. Wolfram Dörinkel ³¹Dr. Erich Mix ³²GB/BHE, GDP, GDP/BHE ³³:

7 Mitglieder

Vorsitzender:

Frank Seiboth

²⁷ Vom Beginn der Wahlperiode bis Januar 1959 amtierte Ludwig Bodenbender als Vorsitzender weiter.

²⁸ Abg. Buch war vom Januar 1959 bis 30. März 1960 Vorsitzender.

²⁹ Abg. W. Zinnkann war vom 30. März 1960 bis 17. Oktober 1961 Vorsitzender.

³⁰ Abg. Arndt war vom 17. Oktober 1961 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

³¹ Abg. Dr. Dörinkel war vom Beginn der Wahlperiode bis 1. Oktober 1961 Vorsitzender.

³² Abg. Dr. Mix war vom 1. Oktober 1961 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

³³ Mit Schreiben vom 25. April 1961 teilte die Fraktion des GB/BHE mit, daß sie sich in Fraktion der GDP umbenannt habe; vgl. Sten.Ber., 39. Sitzung, 10. Mai 1961, S. 1517. Am 2. Juli 1962 teilte die GDP-Fraktion mit, daß sie nunmehr den Namen GDP/BHE führe; vgl. Sten.Ber., 59. Sitzung, 5. September 1962, S. 2427.

Sitzungen

Erste Plenarsitzung:
11. Dezember 1958

Letzte Plenarsitzung:
17. Oktober 1962

Insgesamt 62 Plenarsitzungen

Stenographische Berichte

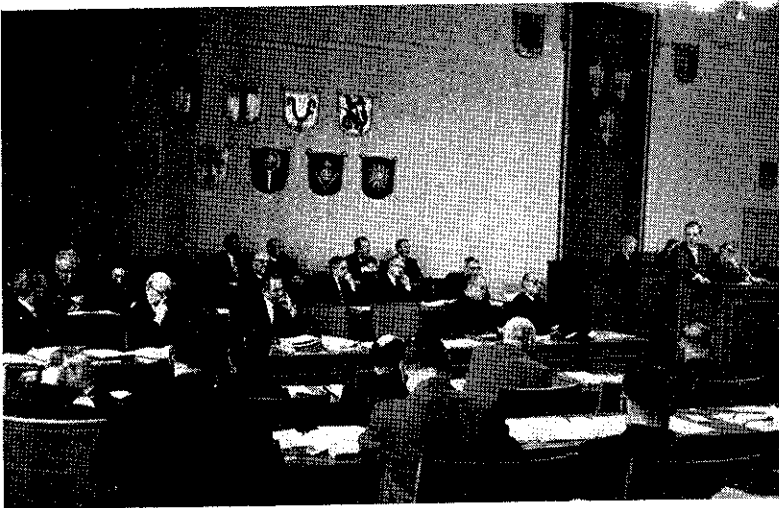
Wortprotokolle, veröffentlicht
als "Drucksachen
des Hessischen Landtags,
Abteilung III",
insgesamt 2606 Seiten.

Direktor beim Landtag

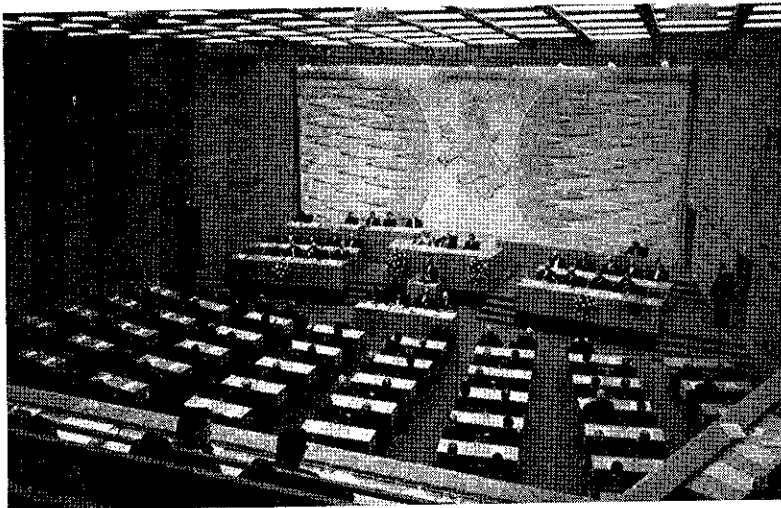
Hermann Geschwind ³⁴
Paul Franke ³⁵

³⁴ Bis 31. Dezember 1959.

³⁵ Ab 1. Januar 1960.



*Im Wiesbadener Rathaus
Während des Neubaus des Plenarsaals 1961/62 tagte das Plenum des Landtags im Sitzungssaal der Stadtverordneten im Rathaus der Landeshauptstadt Wiesbaden.*



*Einweihung des neuen Plenarsaals
Festakt anlässlich der Einweihung des neuen Plenarsaals am 18. September 1962.*

Hessischer Landtag 5. Wahlperiode

1. Dezember 1962
bis 30. November 1966

Wahltag 11. November 1962 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	3.451.314	
Zahl der abgegebenen Stimmen	2.681.995	77,7 %
ungültige Stimmen	45.192	1,7 %
gültige Stimmen	2.636.803	98,3 %
SPD	1.340.625	50,8 %
CDU	760.435	28,8 %
FDP	301.783	11,5 %
GDP/BHE	167.090	6,3 %
DFU	64.956	2,5 %
DG	1.433	0,1 %
FSP	481	0,0 %

Sitzverteilung ³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	44	7	51
CDU	4	24	28
FDP	—	11	11
GDP/BHE	—	6	6
	48	48	96

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 19. März 1963 ⁴

¹ Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1962 vom 16. Januar 1962, GVBl. I 1962, S. 2.

² StAnz. 1962, Nr. 48, S. 1601.

³ StAnz. 1962, Nr. 48, S. 1607.

⁴ StAnz. 1963, Nr. 23, S. 637.



Franz Fuchs
Präsident des Hessischen Landtags
5. Wahlperiode

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Ackermann, Georg	Erbach (Odenwald)	SPD ⁵
Arndt, Rudi	Wiesbaden	SPD
Arnoul, Wilhelm	Neu-Isenburg	SPD ⁶
Auth, Ferdinand	Niederkalbach, Kreis Fulda	SPD
Bachmann, Karl	Kassel	CDU
Baumgarten, Oskar	Ritzelshof, Post Ried Kreis Fulda	CDU
Dr. Best, Werner	Waldgirmes, Kreis Wetzlar	SPD
Bielefeld, Hanns-Heinz	Schlitz	FDP
Blum, Wilhelm	Oberfeld, Kreis Hünfeld	CDU ⁷
Dr. Bodesheim, Ferdinand	Wiesbaden	CDU
Börger, Reinhard	Alsfeld	SPD
Borsche, Arnulf	Frankfurt am Main	CDU
Bruder, Fritz	Seligenstadt, Kreis Offenbach	CDU
Brübach, Wilhelm	Witzenhausen	SPD
Buch, Georg	Wiesbaden	SPD
Bugert, Erwin	Viernheim	SPD
Caspar, Helmut	Wallenrod, Kreis Lauterbach	SPD ⁸
Dr. Conrad, Wilhelm	Bad Homburg v.d.H.	SPD
Dr. Dregger, Alfred	Fulda	CDU
Enders, Christian	Idstein/Ts.	SPD
Erhard, Benno	Bad Schwalbach	CDU ⁹
Dr. Fay, Wilhelm	Frankfurt am Main- Ginnheim	CDU
Fischer, Heinrich	Hanau	SPD
Fleckenstein, Nikolaus	Frankfurt am Main- Zeilsheim	CDU

⁵ Verstorben am 4. April 1964; Nachfolger Abg. Radomicki.

⁶ Verstorben am 27. März 1964; Nachfolger Abg. Dr. Lang.

⁷ Nachfolger für Abg. Picard ab 19. Oktober 1965.

⁸ Nachfolger für Abg. Dr. Tröscher ab 2. Januar 1963.

⁹ Mandat niedergelegt am 18. Oktober 1965; Nachfolger Abg. Lebert.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Franke, August	Haldorf, Kreis Fritzlar	SPD
Franke, Gotthard	Königstein/Ts.	GDP/BHE, FDP ¹⁰
Fuchs, Franz	Wiesbaden	SPD
Gassmann, Georg	Marburg a.d. Lahn	SPD
Dr. Großkopf, Erich	Herborn	CDU
Gründer, Marianne	Kassel	SPD ¹¹
Hackenberg, Richard	Frankfurt am Main	CDU
Hacker, Gustav	Wiesbaden	GDP/BHE ¹²
Hasselbach, Willy	Steckenroth/Ts.	FDP
Hemsath, Heinrich	Wiesbaden	SPD
Höhne, Eitel Oskar	Eschwege	SPD
Dr. Holtzmann, Ernst	Darmstadt	CDU
Horn, Ruth	Darmstadt-Eberstadt	SPD
Jansen, Walter	Schlüchtern	CDU
Jordan, Erich	Kassel	SPD
Karl, Hans	Gräfenhausen, Kreis Darmstadt	SPD ¹³
Karry, Heinz Herbert	Frankfurt am Main	FDP
Dr. Köbel, Walter Klaus	Rüsselsheim	SPD ¹⁴
Köcher, Josef	Kassel	SPD
Kohl, Heinrich	Frankenberg/Eder	FDP
Krämer, Gustav Adolf	Darmstadt	SPD ¹⁵
Dr. Krause, Hermann	Hanau	CDU
Dr. Kurtz, Rudolf	Oberursel/Taunus	CDU
Kuske, Gerhard	Hofgeismar	GDP/BHE ¹⁶
Dr. Lang, Erwin	Raunheim	SPD ¹⁷
Lebert, Otto	Marburg a.d. Lahn	CDU ¹⁸
Leuninger, Ernst	Frankfurt am Main	SPD

¹⁰ Abg. Franke wechselte am 26. Mai 1964 von der GDP/BHE- zur FDP-Fraktion über.

¹¹ Nachfolgerin für Abg. Zerbe ab 6. Dezember 1965.

¹² Mandat niedergelegt am 10. November 1964; Nachfolger Abg. Kuske.

¹³ Nachfolger für Abg. Krämer ab 5. Juli 1963.

¹⁴ Nachfolger für Abg. Seipp ab Oktober 1963. - Verstorben am 9. September 1965;
Nachfolger Abg. Rohlmann.

¹⁵ Mandat niedergelegt am 5. Juli 1963; Nachfolger Abg. Karl.

¹⁶ Nachfolger für Abg. Hacker ab 10. November 1964.

¹⁷ Nachfolger für Abg. Arnoul ab 3. April 1964.

¹⁸ Nachfolger für Abg. Erhard ab 19. Oktober 1965.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Lindner, Georg	Offenbach am Main	CDU ¹⁹
Dr. Loew, Ernst	Weilmünster	CDU
Dr. Lucas, Rudolf	Kassel	CDU
Matuschek, Hedwig	Wetzlar	CDU
Mengel, Karl	Rosenthal, Kreis Frankenberg	CDU
Milius, Erich	Friedberg/Hessen	SPD
Dr. Mix, Erich	Wiesbaden	FDP
Molter, Hermann	Darmstadt-Eberstadt	FDP
Osswald, Albert	Wiesbaden	SPD
Picard, Walter	Nieder-Roden, Kreis Dieburg	CDU ²⁰
Platiel, Nora	Kassel	SPD
Platte, Ludwig	Treysa	SPD
Pless, Philipp	Frankfurt am Main- Fechenheim	SPD
Dr. Preissler, Walter	Wiesbaden	GDP/BHE
Radke, Olaf	Offenbach am Main- Waldheim	SPD
Radomicki, Franz	Erbach (Odenwald)	SPD ²¹
Raute, Karl	Friedberg/Hessen	SPD
Rehbein, Willi	Klein-Auheim	SPD
Reitz, Heribert	Offheim, Kreis Limburg	SPD
Reucker, Hans	Sinn/Dillkreis	SPD
Rodemer, Heinrich	Bad Wildungen	FDP
Rohlmann, Rudi	Frankfurt am Main	SPD ²²
Schäfer, Georg	Darmstadt	SPD
Schauss, Ernst	Wetzlar	FDP
Schmitt, Adam	Rimbach (Odenwald)	SPD
Schmitt, Rudi	Wiesbaden-Erbenheim	SPD
Schneider, Heinrich	Wiesbaden	SPD
Dr. Schneider, Ludwig	Kassel-Wilhelmshöhe	FDP

¹⁹ Nachfolger für Abg. Zink ab 19. Oktober 1965.

²⁰ Mandat niedergelegt am 18. Oktober 1965; Nachfolger Abg. Blum.

²¹ Nachfolger für Abg. Ackermann ab 10. April 1964.

²² Nachfolger für Abg. Dr. Köbel ab 15. September 1965.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Schnell, Hildegard	Salmünster	CDU
Prof. Dr. Schütte, Ernst	Wiesbaden	SPD
Seiboth, Frank	Wiesbaden	GDP/BHE
Seipp, Wilhelm	Groß-Gerau	SPD ²³
Dr. Stegmann, Ernst-Günther	Wehrhausen, Kreis Marburg	GDP/BHE ²⁴
Stein, Hermann	Gießen-Klein-Linden	FDP
Dr. Strelitz, Johannes E.	Wiesbaden	SPD
Dr. Tröscher, Tassilo	Wiesbaden	SPD ²⁵
Waess, Leopold	Limburg a.d. Lahn	FDP
Wagner, Albert	Fürfurt a.d. Lahn	SPD
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim a.d. Bergstr.	CDU
Waller, Sepp	Wiesbaden	GDP/BHE
Walter, Josef	Wiesbaden	GDP/BHE ²⁶
Dr. Walz, Hanna	Fulda	CDU
Weber, Albert	Grebenstein, Kreis Hofgeismar	SPD
Weber, Hans-Otto	Korbach	SPD
Wedel, Ludwig	Groß-Umstadt	SPD
Weiss, Heinrich	Hofheim-Marxheim	SPD ²⁷
Westernacher, Richard	Lindheim, Kreis Büdingen	CDU
Wild, Willy	Frankfurt am Main	SPD
Winkelsträter, Liesel	Frankfurt am Main	SPD
Wittwer, Josef	Kriftel/Taunus	CDU
Wöll, Karl	Frankfurt am Main	SPD
Wolf, Heinz	Limburg a.d. Lahn	CDU
Zerbe, Edwin	Bad Hersfeld	SPD ²⁸
Zink, Otto	Rüsselsheim	CDU ²⁹
Zinnkann, Willi	Büdingen	SPD
von Zworowsky, Wolf	Kassel	CDU

²³ Verstorben am 11. Oktober 1963; Nachfolger Abg. Dr. Köbel.

²⁴ Nachfolger für Abg. Walter ab 9. August 1966.

²⁵ Mandat niedergelegt am 31. Dezember 1962; Nachfolger Abg. Caspar.

²⁶ Verstorben am 9. August 1966; Nachfolger Abg. Dr. Stegmann.

²⁷ Verstorben am 5. November 1966; wegen des Endes der Wahlperiode wurde kein Nachfolger mehr berufen.

²⁸ Mandat niedergelegt am 23. November 1965; Nachfolgerin Abg. Gründer.

²⁹ Mandat niedergelegt am 18. Oktober 1965; Nachfolger Abg. Dr. Lindner.

Tag der Konstituierung	1. Dezember 1962
Alterspräsident	Albert Wagner (SPD)
Vorläufige Schriftführer	Arnulf Borsche (CDU) ³⁰ Heribert Reitz (SPD)
Präsident	Franz Fuchs (SPD) ³¹
Vizepräsidenten	Walter Jansen (CDU) ³² Dr. Erich Mix (FDP) ³² Josef Walter (GDP/BHE) ³³
Schriftführer	Fritz Bruder (CDU) ³⁴ Ruth Horn (SPD) ³⁴ Hans Karl (SPD) ³⁵ Gustav Krämer (SPD) ^{34 35} Heribert Reitz (SPD) ³⁴ Hildegard Schnell (CDU) ³⁴ Hans-Otto Weber (SPD) ³⁴

³⁰ Abg. Borsche war der drittjüngste Abgeordnete; der zweitjüngste, Abg. Wittwer (CDU), war erkrankt und fehlte in der konstituierenden Sitzung.

³¹ Wahl am 1. Dezember 1962, Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 4.

³² Wahl am 1. Dezember 1962, Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

³³ Wahl am 19. Dezember 1962, Sten.Ber., 2. Sitzung, S. 9. - Vizepräsident Walter verstarb am 9. August 1966. Ein Nachfolger wurde nicht gewählt.

³⁴ Wahl am 1. Dezember 1962, Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

³⁵ Abg. Krämer legte am 5. Juli 1963 sein Mandat nieder; Abg. Karl wurde am 18. September 1963 als sein Nachfolger in der Funktion des Schriftführers gewählt; Sten. Ber., 15. Sitzung, S. 493.

Fraktionen

SPD: 51 Mitglieder

Vorsitzende: Rudi Arndt ³⁶
Dr. Johannes Strelitz ³⁷

CDU: 26 Mitglieder

Vorsitzender:
Dr. Erich GroßkopfFDP: 11 bzw. 12 Mitglieder ³⁸Vorsitzende:
Dr. Erich Mix ³⁹
Heinrich Kohl ⁴⁰
Heinrich Rodemer ⁴¹GDP/BHE, GPD/BHE ⁴²:
6 bzw. 5 Mitglieder ³⁸Vorsitzender:
Frank Seiboth

³⁶ Abg. Arndt war vom Beginn der Wahlperiode bis 7. September 1964 Vorsitzender.

³⁷ Abg. Dr. Strelitz war vom 7. September 1964 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

³⁸ Am 26. Mai 1964 wechselte der Abg. Gotthard Franke von der GDP/BHE- zur FDP-Fraktion.

³⁹ Abg. Dr. Mix war vom Beginn der Wahlperiode bis 15. Januar 1963 Vorsitzender.

⁴⁰ Abg. Kohl war vom 15. Januar 1963 bis 12. Februar 1965 Vorsitzender.

⁴¹ Abg. Rodemer war vom 12. Februar 1965 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁴² Ab 16. Februar 1966 führte die bisherige GDP/BHE-Fraktion zur Vermeidung von Namensverwechslungen mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Namen GPD/BHE; vgl. Sten.Ber., 49. Sitzung, 16. Februar 1966, S. 2221.

Sitzungen

Erste Plenarsitzung:
1. Dezember 1962

Letzte Plenarsitzung:
13. Oktober 1966

Insgesamt 58 Plenarsitzungen

Stenographische Berichte

Wortprotokolle, veröffentlicht
als "Drucksachen
des Hessischen Landtags,
Abteilung III",
insgesamt 2646 Seiten.

Direktor beim Landtag

Paul Franke

Hessischer Landtag 6. Wahlperiode

1. Dezember 1966
bis 30. November 1970

Wahltag 6. November 1966 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	3.543.079	
Zahl der abgegebenen Stimmen	2.868.446	81,0 %
ungültige Stimmen	40.813	1,4 %
gültige Stimmen	2.827.633	98,6 %
SPD	1.442.230	51,0 %
CDU	745.409	26,4 %
FDP	293.994	10,4 %
GPD/BHE	121.326	4,3 %
NPD	224.674	7,9 %

Sitzverteilung ³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	44	8	52
CDU	4	22	26
FDP	—	10	10
NPD	—	8	8
	48	48	96

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 12. Juli 1967 ⁴

¹ Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1966 vom 22. Februar 1966, GVBl. I 1966, S. 33.

² StAnz. 1966, Nr. 49, S. 1548.

³ StAnz. 1966, Nr. 49, S. 1553.

⁴ StAnz. 1967, Nr. 37, S. 1137.



Georg Buch
Präsident des Hessischen Landtags
6. und 7. Wahlperiode

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Arndt, Rudi	Wiesbaden	SPD
Auth, Ferdinand	Niederkalbach, Kreis Fulda	SPD
Baumann, Heinrich	Roßdorf	SPD ⁵
Baumgarten, Oskar	Ritzelshof, Post Ried, Kreis Fulda	CDU
Beck, Heinrich	Hünfeld	CDU
Dr. Best, Werner	Waldgirmes, Kreis Wetzlar	SPD
Bielefeld, Hanns-Heinz	Schlitz	FDP
Bläsing, Anneliese	Malsfeld, Kreis Melsungen	NPD
Blodt, Willi	Wolfskehlen, Kreis Groß-Gerau	SPD
Böhm, Wilfried	Melsungen	CDU
Börger, Reinhard	Alsfeld	SPD
Borsche, Arnulf	Frankfurt am Main	CDU
Brübach, Wilhelm	Witzenhausen	SPD
Buch, Georg	Wiesbaden	SPD
Bugert, Erwin	Viernheim	SPD
Busch, Ilse	Hanau	SPD
Caspar, Helmut	Wallenrod, Kreis Lauterbach	SPD
Dr. Conrad, Wilhelm	Bad Homburg v.d.H.	SPD
Dr. Dregger, Alfred	Fulda	CDU
Enders, Christian	Idstein/Ts.	SPD
Fassbender, Heinrich	Rotenburg/Fulda	NPD, FL ⁶
Dr. Fay, Wilhelm	Frankfurt am Main	CDU
Fischer, Heinrich	Hanau	SPD
Fischer, Werner	Kassel	NPD
Fleckenstein, Nikolaus	Frankfurt am Main- Zeilsheim	CDU
Franke, August	Haldorf, Kreis Fritzlar	SPD
Franke, Gotthard	Königstein/Ts.	FDP
Fuhlrott, Horst-Jürgen	Idstein/Ts.	NPD

⁵ Nachfolger für Abg. Karl ab 17. April 1968.

⁶ Abg. Faßbender schied am 7. November 1970 aus der NPD aus und gehörte dem Landtag weiter als fraktionsloser Abgeordneter an.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Gassmann, Georg	Marburg a.d. Lahn	SPD
Dr. Golf, Hartwig	Limburg a.d. Lahn	NPD ⁷
Geier, Erna Maria	Viernheim	CDU
Dr. Großkopf, Erich	Herborn	CDU
Gründer, Marianne	Kassel	SPD
Hackenberg, Richard	Frankfurt am Main	CDU
Hasselbach, Willy	Steckenroth	FDP
Hemsath, Heinrich	Wiesbaden	SPD
Höhne, Eitel Oskar	Eschwege	SPD
Dr. Horn, Emil	Hainstadt, Kreis Offenbach	SPD
Horn, Ruth	Darmstadt-Eberstadt	SPD
Ibel, Wolfgang	Limburg a.d. Lahn	CDU ⁸
Karl, Hans	Gräfenhausen, Kreis Darmstadt	SPD ⁹
Karry, Heinz-Herbert	Frankfurt am Main	FDP
Kaye, Ulrich	Oberursel/Ts.	NPD
Klocksinn, Jürgen Robert	Weilburg	SPD ¹⁰
Koch, Wilhelm	Kassel	SPD
Köcher, Josef	Kassel	SPD
Kohl, Heinrich	Frankenberg/Eder	FDP
Dr. Krause, Hermann	Hanau	CDU
Dr. Kurtz, Rudolf	Oberursel/Ts.	CDU
Dr. Lang, Erwin	Raunheim	SPD
Dr. Lauritzen, Lauritz	Wiesbaden	SPD ¹¹
Leuninger, Ernst	Frankfurt am Main 70	SPD
Dr. Lindner, Georg	Offenbach am Main-Bieber	CDU
Dr. Loew, Ernst	Weilmünster	CDU
Dr. Lucas, Rudolf	Kassel	CDU
Menzer, Rudolf	Frankfurt am Main- Niederrad	SPD

⁷ Nachfolger für Abg. Dr. Woitschell ab 14. November 1969.

⁸ Nachfolger für Abg. Michaely ab 1. März 1970.

⁹ Mandat niedergelegt am 16. April 1968; Nachfolger Abg. Baumann.

¹⁰ Nachfolger für Abg. Dr. Lauritzen ab 16. Februar 1967.

¹¹ Mandat niedergelegt am 15. Februar 1967; Nachfolger Abg. Klocksinn.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Michaely, Theo	Elz, Kreis Limburg	CDU ¹²
Milde, Gottfried	Griesheim, Kreis Darmstadt	CDU
Molter, Hermann	Darmstadt-Eberstadt	FDP
Osswald, Albert	Wiesbaden	SPD
Peter, Herbert	Frankfurt am Main	NPD
Platte, Ludwig	Treysa	SPD
Pless, Philipp	Frankfurt am Main- Fechenheim	SPD
Prusko, Georg	Niedermörlen, Kreis Friedberg	CDU ¹³
Radke, Olaf	Offenbach am Main- Waldheim	SPD
Radomicki, Franz	Erbach (Odenwald)	SPD
Raute, Karl	Friedberg/Hessen	SPD
Reitz, Heribert	Offheim, Kreis Limburg	SPD
Reucker, Hans	Sinn/Dillkreis	SPD
Rodemer, Heinrich	Bad Wildungen	FDP
Rohlmann, Rudi	Frankfurt am Main	SPD
Schäfer, Georg	Darmstadt	SPD
Schauss, Ernst	Wetzlar	FDP
Schmitt, Adam	Rimbach, Kreis Bergstraße	SPD
Schmitt, Rudi	Wiesbaden-Erbenheim	SPD ¹⁴
Schneider, Heinrich	Marbach bei Marburg	SPD
Schnell, Hildegard	Salmünster bei Bad Soden	CDU
Prof. Dr. Schütte, Ernst	Wiesbaden	SPD
Dr. Schwarz-Schilling, Christian	Büdingen	CDU
Sprenger, Gerhard	Bad Hersfeld	SPD
Stein, Hermann	Gießen-Klein-Linden	FDP
Steiner, Renate	Wiesbaden-Sonnenberg	SPD ¹⁵
Dr. Strelitz, Johannes E.	Wiesbaden	SPD
Stürtz, Gustav	Flörsheim	NPD

¹² Mandat niedergelegt am 28. Februar 1970; Nachfolger Abg. Ibel.¹³ Nachfolger für Abg. Dr. Walz ab 22. Oktober 1969.¹⁴ Mandat niedergelegt am 31. Januar 1968; Nachfolgerin Abg. Steiner.¹⁵ Nachfolgerin für Abg. R. Schmitt ab 1. Februar 1968.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Sturmowski, Georg	Groß-Gerau	CDU ¹⁶
Trageser, Karl Heinrich	Frankfurt am Main 21	CDU
Dr. Tröscher, Tassilo	Wiesbaden	SPD
Voitel, Gottfried	Frankfurt am Main	FDP
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim a.d. Bergstr.	CDU
Dr. Wallmann, Walter	Marburg a.d. Lahn	CDU
Dr. Walz, Hanna	Fulda	CDU ¹⁷
Weber, Albert	Grebenstein, Kreis Hofgeismar	SPD
Weber, Hans-Otto	Korbach	SPD
Wedel, Ludwig	Groß-Umstadt	SPD
Westernacher, Richard	Lindheim, Kreis Büdingen	CDU
Winkelsträter, Liesel	Frankfurt am Main	SPD
Winterstein, Norbert	Hattersheim am Main	SPD
Wittwer, Josef	Kriftel/Ts.	CDU ¹⁸
Wöll, Karl	Frankfurt am Main-Süd	SPD
Dr. Woitschell, Gerhard	Wiesbaden-Sonnenberg	NPD ¹⁹
Dr. h.c. Zinn, Georg August	Wiesbaden	SPD
Zinnkann, Willi	Büdingen	SPD
von Zworowsky, Wolf	Kassel	CDU

¹⁶ Nachfolger für Abg. Wittwer ab 10. März 1970.

¹⁷ Mandat niedergelegt am 21. Oktober 1969; Nachfolger Abg. Prusko.

¹⁸ Verstorben am 6. März 1970; Nachfolger Abg. Sturmowski.

¹⁹ Verstorben am 9. November 1969; Nachfolger Abg. Dr. Golf.

Tag der Konstituierung	1. Dezember 1966
Alterspräsident	Heinrich Fischer (SPD)
Vorläufige Schriftführer	Horst-Jürgen Fuhlrott (NPD) Gottfried Milde (CDU)
Präsident	Georg Buch (SPD) ²⁰
Vizepräsidenten	Dr. Erich Großkopf (CDU) ²¹ Heinrich Kohl (FDP) ²¹ Hans-Otto Weber (SPD) ²¹
Schriftführer	Ruth Horn (SPD) ²² Hans Karl (SPD) ^{22 23} Heribert Reitz (SPD) ²² Hildegard Schnell (CDU) ²² Renate Steiner (SPD) ²² Dr. Walter Wallmann (CDU) ²² Liesel Winkelsträter (SPD) ²²

²⁰ Wahl am 1. Dezember 1966; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

²¹ Wahl am 1. Dezember 1966; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 6 f.

²² Wahl am 1. Dezember 1966; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 7.

²³ Abg. Karl legte am 16. April 1968 sein Mandat nieder. Am 26. April 1968 wurde Abg. Steiner zu seiner Nachfolgerin als Schriftführer gewählt; Sten.Ber., 29. Sitzung, S. 1445.

Fraktionen

SPD: 52 Mitglieder

Vorsitzende:

Dr. Johannes Strelitz ²⁴Dr. Erwin Lang ²⁵Dr. Werner Best ²⁶

CDU: 26 Mitglieder

Vorsitzender:

Dr. Hans Wagner

FDP: 10 Mitglieder

Vorsitzende:

Heinrich Rodemer ²⁷Heinz Herbert Karry ²⁸NPD: 8 bzw. 7 Mitglieder ²⁹

Vorsitzende:

Heinrich Fassbender ³⁰Werner Fischer ³¹Ulrich Kaye ³²²⁴ Abg. Dr. Strelitz war vom Beginn der Wahlperiode bis 29. Januar 1967 Vorsitzender.²⁵ Abg. Dr. Lang war vom 19. Januar 1967 bis 21. Oktober 1969 Vorsitzender.²⁶ Abg. Dr. Best war vom 21. Oktober 1969 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.²⁷ Abg. Rodemer war vom Beginn der Wahlperiode bis 13. Februar 1968 Vorsitzender.²⁸ Abg. Karry war vom 13. Februar 1968 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.²⁹ Abg. Fassbender schied am 7. November 1970 aus der NPD aus und gehörte dem Landtag weiter als fraktionsloser Abgeordneter an. Ab diesem Tage zählte die NPD-Fraktion noch 7 Mitglieder.³⁰ Abg. Fassbender war vom Beginn der Wahlperiode bis 10. Juni 1969 Vorsitzender.³¹ Abg. W. Fischer war vom 10. Juni 1969 bis 14. Juli 1970 Vorsitzender.³² Abg. Kaye war vom 17. Juli 1970 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

Sitzungen	Erste Plenarsitzung: 1. Dezember 1966 Letzte Plenarsitzung: 2. Oktober 1970 Insgesamt 82 Plenarsitzungen
Stenographische Berichte	Wortprotokolle, veröffentlicht als "Drucksachen des Hessischen Landtags, Abteilung III", bis 1. Sitzung, 1. Dezember 1966, als "Stenographische Berichte" ab 2. Sitzung, 14. Dezember 1966, insgesamt 4.505 Seiten.
Direktor beim Landtag	Paul Franke ³³ Karl Becker (kommissarisch) ³⁴ Dieter Felix Lessle ³⁵

³³ Bis 31. März 1967.

³⁴ Der damalige Oberregierungsrat Karl Becker führte die Geschäfte des Direktors beim Landtag kommissarisch vom 1. April bis 9. August 1968.

³⁵ Amtsantritt 9. August 1968; Sten.Ber., 36. Sitzung, 18. September 1968, S. 1849.

Hessischer Landtag 7. Wahlperiode

1. Dezember 1970
bis 30. November 1974

Wahltag 8. November 1970 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	3.828.701	
Zahl der abgegebenen Stimmen	3.171.227	82,8 %
ungültige Stimmen	29.411	0,9 %
gültige Stimmen	3.141.816	99,1 %
SPD	1.442.201	45,9 %
CDU	1.248.453	39,7 %
FDP	316.270	10,1 %
NPD	94.531	3,0 %
DKP	36.712	1,2 %
EP	3.649	0,1 %

Sitzverteilung ³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	38	15	53
CDU	17	29	46
FDP	—	11	11
	55	55	110

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 21. Juni 1971 ⁴

¹ Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1970 vom 25. Februar 1970, GVBl. I 1970, S. 194.

² StAnz. 1970, Nr. 48, S. 2262.

³ StAnz. 1970, Nr. 48, S. 2271.

⁴ StAnz. 1971, Nr. 33, S. 1337.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Arndt, Rudi	Frankfurt am Main	SPD ⁵
Auth, Ferdinand	Niederkalbach	SPD
Bachmann, Wilhelm	Baunatal 1	SPD
Badeck, Georg	Flörsheim	CDU
Dr. Bartelt, Christian	Wiesbaden	CDU
Baumann, Heinrich	Roßdorf	SPD ⁶
Bayer, Heinz	Frankfurt am Main 80	SPD ⁷
Bayha, Richard	Altenhaßlau	CDU
Beckmann, Ruth	Frankfurt am Main	CDU
Berghäuser, Hans	Wetzlar	SPD
Dr. Best, Werner	Waldgirmes, Kreis Wetzlar	SPD
Böhm, Wilfried	Melsungen	CDU ⁸
Bohl, Heinrich Friedrich	Wehrda	CDU
Borsche, Arnulf	Frankfurt am Main	CDU
Dr. Brans, Werner	Wetzlar	F.D.P.
Buch, Georg	Wiesbaden	SPD
Busch, Ilse	Hanau	SPD
Buss, Otto Michael	Frankfurt am Main	CDU
Caspar, Helmut	Wallenrod, Kreis Lauterbach	SPD
Clauss, Armin	Frankfurt am Main	SPD
Croll, Willi	Hofgeismar	SPD
Demke, Claus	Langen	CDU
Dockhorn, Otto	Kassel	F.D.P. ⁹
Dr. Dregger, Alfred	Fulda	CDU ¹⁰
Dudene, Heiner	Gelnhausen	SPD
Engel, Horst	Offenbach am Main	SPD ¹¹
Dr. Engel, Sibylle	Kelkheim	F.D.P.
Ernst, Karl Heinz	Fritzlar	SPD

⁵ Mandat niedergelegt am 6. April 1972; Nachfolger Abg. Bayer.

⁶ Mandat niedergelegt am 2. Mai 1973; Nachfolger Abg. K. Schneider.

⁷ Nachfolger für Abg. Arndt ab 11. Mai 1972.

⁸ Mandat niedergelegt am 5. Dezember 1972; Nachfolger Abg. Firnhaber.

⁹ Mandat niedergelegt am 25. Januar 1973; Nachfolger Abg. Kleinschmidt.

¹⁰ Mandat niedergelegt am 5. Dezember 1972; Nachfolger Abg. Rippert.

¹¹ Nachfolger für Abg. Radke ab 8. August 1972.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Eyerkauf, Karl	Maintal 3	SPD ¹²
Fabian, Franz	Neuwiedermuß	SPD ¹³
Firnhaber, Wolf-Dieter	Wiesbaden	CDU ¹⁴
Dr. Flach, Werner	Bad Nauheim	CDU ¹⁵
Franke, Rolf	Medenbach	SPD
Prof. Dr. von Friedeburg	Frankfurt am Main 50	SPD
Fritz, Hans-Georg	Frankfurt am Main	SPD ¹⁶
Geier, Erna-Maria	Viernheim	CDU
Görlach, Willi	Griedel	SPD
Hackenberg, Richard	Frankfurt am Main	CDU
Hellwig, Karl	Steinau	SPD
Hemfler, Karl	Wiesbaden	SPD
Hisserich, Karl	Homburg, Kreis Alsfeld	SPD
Dr. Horn, Emil	Hainstadt	SPD
Ibel, Wolfgang	Limburg a.d. Lahn	CDU
Immel, Erwin	Eschenburg-Wissenbach	CDU
Jagoda, Bernhard	Schwalmstadt, Stadtteil Treysa	CDU
Karry, Heinz Herbert	Frankfurt am Main	F.D.P.
Klein, Heinrich	Hergershausen	SPD ¹⁷
Kleinschmidt, Heinz-Walter	Hofgeismar	F.D.P. ¹⁸
Klocksinn, Jürgen	Kubach	SPD
Koch, Karl-Heinz	Eschborn/Ts.	CDU
Koch, Wilhelm	Kassel-Bettenhausen	SPD
Kohl, Heinrich	Frankenau	F.D.P. ¹⁹
Korn, Walter	Dörnigheim	CDU
Kramer, Fritz	Wiesbaden	CDU ²⁰
Krollmann, Hans	Kassel	SPD

¹² Nachfolger für Abg. Fabian ab 2. Oktober 1974.

¹³ Mandat niedergelegt am 18.9.1974; Nachfolger Abg. Eyerkauf.

¹⁴ Nachfolger für Abg. Böhm ab 5. Dezember 1972.

¹⁵ Nachfolger für Abg. Dr. Wallmann ab 5. Dezember 1972.

¹⁶ Nachfolger für Abg. Pless ab 18. Dezember 1973.

¹⁷ Mandat niedergelegt am 21. Dezember 1970; Nachfolger Abg. Nowak.

¹⁸ Nachfolger für Abg. Dockhorn ab 29. April 1973.

¹⁹ Mandat niedergelegt am 17. Dezember 1970; Nachfolger Abg. Wilke.

²⁰ Mandat niedergelegt am 22. Juni 1973; Nachfolgerin Abg. Mikfeld.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Kronawitter, Karl Günther	Frankfurt am Main	SPD ²¹
Krüger, Ulrich	Friedrichsdorf/Ts.	F.D.P.
Kruse, Peter Jochen	Dörnigheim	F.D.P. ²²
Kühle, Wolfgang	Wetzlar	CDU
Dr. Kurtz, Rudolf	Oberursel/Ts.	CDU
Dr. Lang, Erwin	Raunheim	SPD
Leinbach, Karl	Gladenbach	SPD ²³
Lengemann, Jochen	Kassel	CDU
Lenz, Helmut	Frankfurt am Main 90	CDU
Dr. Lindner, Georg	Offenbach am Main-Bieber	CDU
Dr. Loew, Ernst	Weilmünster	CDU
Dr. Lucas, Rudolf	Kassel	CDU
Lütgert, Gert	Allendorf	SPD
Märten, Heribert	Oestrich-Winkel	CDU
Meister, Dietrich	Eschwege	CDU
Metz, Rolf	Gudensberg	F.D.P. ²⁴
Mikfeld, Esther-Maria	Wiesbaden	CDU ²⁵
Milde, Gottfried	Griesheim	CDU
Möller, Richard	Neuhof, Kreis Fulda	CDU
Neusel, Hans	Vellmar	SPD
Nitzling, Erich	Frankfurt am Main	SPD
Nolte, Hans	Rönshausen, Kreis Fulda	CDU
Nowak, Rudi	Kleestadt	SPD ²⁶
Osswald, Albert	Wiesbaden	SPD
Platte, Ludwig	Schwalmstadt, Stadtteil Treysa	SPD
Pless, Philipp	Frankfurt am Main 61	SPD ²⁷
Prusko, Georg	Bieder-Mörlen	CDU
Pulch, Otto Rudolf	Frankfurt am Main	F.D.P.

²¹ Nachfolger für Abg. Dr. Rüdiger ab 24. Oktober 1972.

²² Nachfolger für Abg. Voitel ab 21. Mai 1973.

²³ Nachfolger für Abg. H. Schneider ab 1. Februar.

²⁴ Mandat niedergelegt am 28. November 1974; wegen des Endes der Wahlperiode wurde kein Nachfolger mehr berufen.

²⁵ Nachfolger für Abg. Kramer ab 25. Juni 1973.

²⁶ Nachfolger für Abg. Klein ab 30. Dezember 1970.

²⁷ Verstorben am 7. Dezember 1973; Nachfolger Abg. Fritz.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Radke, Olaf	Offenbach am Main- Waldheim	SPD ²⁸
Radomicki, Franz	Erbach (Odenwald)	SPD
Reichert, Wilhelm	Stockheim	SPD
Reitz, Heribert	Offheim, Kreis Limburg	SPD
Rippert, Winfried	Fulda	CDU ²⁹
Rohlmann, Rudi	Frankfurt am Main	SPD
Roth, Adolf	Gießen	CDU
Dr. Rüdiger, Vera	Gießen-Wieseck	SPD ³⁰
Runtsch, Wilhelm	Gießen	CDU
Sälzer, Bernhard	Darmstadt	CDU
Schäfer, Georg	Darmstadt	SPD
Schlappner, Martin	Rüsselsheim	SPD
Prof. Schlee, Emil	Heubach	CDU ³¹
Schmadel, Ernst	Korbach	SPD ³²
Dr. Schmidt, Horst	Sprendlingen/Hessen	SPD
Schneider, Heinrich	Marbach bei Marburg	SPD ³³
Schneider, Karl	Weierstadt	SPD ³⁴
Schroeder, Udo	Wiesbaden	SPD
Schwab, Ludwig	Klein-Krotzenburg	CDU
Dr. Schwarz-Schilling, Christian	Büdingen	CDU
Seitz, Ingeborg	Reichelsheim	CDU
Sprenger, Gerhard	Bad Hersfeld	SPD
Stein, Hermann	Gießen-Klein-Linden	F.D.P.
Steinbrecher, Kurt	Darmstadt	SPD ³⁵
Stöckl, Radko	Melsungen	SPD
Dr. Strelitz, Johannes E.	Wiesbaden	SPD
Sturmowski, Georg	Groß-Gerau	CDU

²⁸ Verstorben am 27. Juli 1972; Nachfolger Abg. H. Engel.

²⁹ Nachfolger für Abg. Dr. Dregger ab 5. Dezember 1972.

³⁰ Mandat niedergelegt am 18. Oktober 1972; Nachfolger Abg. Kronawitter.

³¹ Mandat niedergelegt am 1. Oktober 1974; Nachfolger Abg. Weirich.

³² Nachfolger für Abg. H.-O. Weber ab 5. März 1974.

³³ Mandat niedergelegt am 31. Januar 1971; Nachfolger Abg. Leinbach.

³⁴ Nachfolger für Abg. Baumann ab 8. Mai 1973.

³⁵ Nachfolger für Abg. Wenzel ab 27. Dezember 1973.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Trageser, Karl Heinrich	Frankfurt am Main 50	CDU
Troeltsch, Walter	Marburg a.d. Lahn	CDU
Dr. Tröscher, Tassilo	Wiesbaden	SPD
Uhlhorn, Christiane	Hünfeld	CDU
Vater, Maria	Kassel	SPD
Voitel, Gottfried	Frankfurt am Main	F.D.P. ³⁶
Vorbeck, Dorothee	Frankfurt am Main	SPD
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim a.d. Bergstr.	CDU
Dr. Wallmann, Walter	Marburg a.d. Lahn	CDU ³⁷
Weber, Hans-Otto	Korbach	SPD ³⁸
Weber, Josef	Burghaun	CDU
Weirich, Dieter	Hanau	CDU ³⁹
Wenzel, Heribert	Darmstadt	SPD ⁴⁰
Wilke, Otto	Adorf	F.D.P. ⁴¹
Wolf, Waldemar	Hochheim am Main	SPD
Zerbe, Edwin	Bad Hersfeld	SPD
von Zworowsky, Wolf	Korbach	CDU

³⁶ Mandat niedergelegt am 21. Mai 1973; Nachfolger Abg. Kruse.

³⁷ Mandat niedergelegt am 5. Dezember 1972; Nachfolger Abg. Dr. Flach.

³⁸ Mandat niedergelegt am 28. Februar 1974; Nachfolger Abg. Schmadel.

³⁹ Nachfolger für Abg. Prof. Schlee ab 2. Oktober 1974.

⁴⁰ Mandat niedergelegt am 18. Dezember 1973; Nachfolger Abg. Steinbrecher.

⁴¹ Nachfolger für Abg. Kohl ab 24. Dezember 1970.

Tag der Konstituierung	1. Dezember 1970
Alterspräsident	Dr. Tassilo Tröscher (SPD)
Vorläufige Schriftführer	Friedrich Bohl (CDU) Karl-Heinz Ernst (SPD) ⁴²
Präsident	Georg Buch (SPD) ⁴³
Vizepräsidenten	Dr. Hans Wagner (CDU) ^{44 45} Dr. Rudolf Lucas (CDU) ⁴⁵ Gottfried Voitel (F.D.P.) ^{44 46} Hermann Molter (F.D.P.) ⁴⁶ Hans-Otto Weber (SPD) ^{44 47} Hans Neusel (SPD) ⁴⁷

⁴² Die Abg. Ernst und Krüger wurden beide am 18. Januar 1942 geboren; im allseitigen Einverständnis berief Alterspräsident Dr. Tröscher den Abg. Ernst ("dem Alphabet nach") zum vorläufigen Schriftführer; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 1.

⁴³ Wahl am 1. Dezember 1970; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 3.

⁴⁴ Wahl am 1. Dezember 1970; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 4.

⁴⁵ Vizepräsident Dr. Wagner verzichtete mit Schreiben vom 7. Dezember 1972 auf das Amt des Vizepräsidenten. Am 12. Dezember 1972 wurde Abg. Dr. Lucas zu seinem Nachfolger gewählt; Sten.Ber., 56. Sitzung, S. 3046.

⁴⁶ Vizepräsident Voitel trat mit Wirkung vom 16. Mai 1973 von seinem Amt zurück. Am 16. Mai 1973 wurde Abg. Molter zu seinem Nachfolger gewählt; Sten.Ber., 61. Sitzung, S. 3333.

⁴⁷ Vizepräsident H.-O. Weber legte mit Wirkung vom 1. März 1974 sein Mandat nieder. Am 6. März 1974 wurde Abg. Neusel als Vizepräsident gewählt; Sten.Ber., 82. Sitzung, S. 4393.

Schriftführer

Ruth Beckmann (CDU) ⁴⁸
Hans Berghäuser (SPD) ⁴⁸
Helmut Caspar (SPD) ⁴⁸
Bernhard Jagoda (CDU) ⁴⁹
Jochen Lengemann (CDU) ⁴⁸
Gottfried Milde (CDU) ^{48 49}
Georg Prusko (CDU) ⁴⁸
Dr. Vera Rüdiger (SPD) ^{48 50}
Maria Vater (SPD) ⁴⁸
Waldemar Wolf (SPD) ⁵⁰

⁴⁸ Wahl am 1. Dezember 1970; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 4.

⁴⁹ Abg. Milde legte mit Schreiben vom 12. Dezember 1972 sein Amt als Schriftführer nieder. Am 12. Dezember 1972 wurde Abg. Jagoda zu seinem Nachfolger in diesem Amt gewählt; Sten.Ber., 56. Sitzung, S. 3064 f.

⁵⁰ Abg. Dr. Rüdiger legte mit Schreiben vom 11. April 1972 ihr Amt als Schriftführerin nieder. Am 26. April 1972 wurde Abg. Wolf als ihr Nachfolger in diesem Amt gewählt; Sten.Ber., 37. Sitzung, S. 1965.

Fraktionen

SPD: 53 Mitglieder

Vorsitzende:

Dr. Werner Best ⁵¹Heribert Reitz ⁵²Hans Krollmann ⁵³Willi Görlach ⁵⁴

CDU: 46 Mitglieder

Vorsitzende:

Dr. Alfred Dregger ⁵⁵Dr. Hans Wagner ⁵⁶

F.D.P.: 11 Mitglieder

Vorsitzender:

Hermann Stein

⁵¹ Abg. Dr. Best war von Beginn der Wahlperiode bis 8. Dezember 1970 Vorsitzender.

⁵² Abg. Reitz war vom 8. Dezember 1970 bis 18. Januar 1972 Vorsitzender.

⁵³ Abg. Krollmann war vom 18. Januar 1972 bis 9. Oktober 1973 Vorsitzender.

⁵⁴ Abg. Görlach war vom 9. Oktober 1973 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁵⁵ Abg. Dr. Dregger war vom Beginn der Wahlperiode bis zum 28. November 1972 Vorsitzender.

⁵⁶ Abg. Dr. Wagner war vom 28. November 1972 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

Sitzungen	Erste Plenarsitzung: 1. Dezember 1970 Letzte Plenarsitzung: 18. September 1974 Insgesamt 101 Plenarsitzungen
Stenographische Berichte	Wortprotokolle, veröffentlicht als "Stenographische Berichte", insgesamt 5534 Seiten.
Direktor beim Landtag	Dieter Felix Lessle

Hessischer Landtag 8. Wahlperiode

1. Dezember 1974
bis 30. November 1978

Wahltag 27. Oktober 1974 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	3.850.223	
Zahl der abgegebenen Stimmen	3.264.209	84,8 %
ungültige Stimmen	33.789	1,0 %
gültige Stimmen	3.230.420	99,0 %
SPD	1.394.123	43,2 %
CDU	1.528.713	47,3 %
F.D.P.	238.726	7,4 %
DKP	28.699	0,9 %
KBW	2.732	0,1 %
NPD	32.713	1,0 %
KPD	4.168	0,1 %
Wählergruppen und Einzelbewerber	466	0,0 %

Sitzverteilung ³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	20	29	49
CDU	35	18	53
FDP	—	8	8
	55	55	110

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 18. Juni 1975 ⁴

¹ Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1974 v. 5. April 1974, GVBl. I 1974, S. 205.

² StAnz. 1974, Nr. 47, S. 2142.

³ StAnz. 1974, Nr. 47, S. 2150.

⁴ StAnz. 1975, Nr. 27, S. 1177.



Dr. Hans Wagner
Präsident des Hessischen Landtags
8. und 9. Wahlperiode

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Badeck, Georg	Flörsheim	CDU
Dr. Bartelt, Christian	Wiesbaden	CDU
Bayer, Heinz	Frankfurt am Main	SPD
Bayha, Richard	Linsengericht 1, OT Altenhaßlau	CDU ⁵
Beckmann, Ruth	Frankfurt am Main	CDU
Benz, Peter	Darmstadt-Arheilgen	SPD ⁶
Dr. Best, Werner	Lahn-Lahntal, Stadtteil Waldgirmes	SPD
Beucker, Frank Gustav	Wiesbaden	SPD
Bielefeld, Hanns-Heinz	Wiesbaden	F.D.P., FL ⁷
Dr. Dr. Bökemeier, Horst	Korbach	SPD ⁸
Bohl, Heinrich Friedrich	Marburg a.d. Lahn-Wehrda	CDU
Borsche, Arnulf	Frankfurt am Main 71	CDU
Dr. Brans, Werner	Lahn-Wetzlar	F.D.P.
Brockmann, Leonhard	Eppertshausen	CDU
Buss, Otto Michael	Frankfurt am Main	CDU
Caspar, Helmut	Lauterbach, Stadtteil Wallenrod	SPD
Clauss, Armin	Frankfurt am Main 50	SPD
Croll, Willi	Hofgeismar	SPD ⁹
Demke, Claus	Langen	CDU
Dr. Dregger, Alfred	Fulda	CDU ¹⁰
Dudene, Heiner	Gelnhausen	SPD ¹¹
Engel, Horst	Offenbach am Main	SPD
Dr. Engel, Sibylle	Kelkheim/Ts.	F.D.P.

⁵ Mandat niedergelegt am 13. Dezember 1976; Nachfolger Abg. M. Trageser.⁶ Mandat niedergelegt am 8. Dezember 1976; Nachfolgerin Abg. Trautmann.⁷ "Ruhendes" Mandat ab 5. Februar 1975; Nachfolger Abg. Weghorn; ab 20. Oktober 1976 wieder Abgeordneter. Abg. Bielefeld trat am 7. Juli 1978 aus der F.D.P. aus und gehörte bis zum Ende der Wahlperiode dem Landtag als fraktionsloser Abgeordneter an.⁸ Nachfolger für Abg. Dr. H. Schmidt ab 6. Oktober 1976.⁹ Mandat niedergelegt am 6. September 1976; Nachfolger Abg. Dr. Schlitzberger.¹⁰ Mandat niedergelegt am 20. Dezember 1974; Nachfolger Abg. Weiss.¹¹ Mandat niedergelegt am 5. Juni 1976; Nachfolger Abg. Winterstein.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Ernst, Karl Heinz	Fritzlar	SPD
Firnhaber, Wolf-Dieter	Wiesbaden	CDU
Fraas, Heinz	Mörlenbach	SPD
Frank, Helmut	Frankfurt am Main 80	CDU
Friedrich, Rudolf	Frankfurt am Main 80	CDU
Gebhardt, Fred	Frankfurt am Main 60	SPD
Geier, Erna Maria	Viernheim	CDU ¹²
Geipel, Horst	Friedberg (Hessen)	CDU
Görlach, Willi	Butzbach, Stadtteil Griedel	SPD
Greiff, Christoph	Lampertheim	CDU ¹³
Hartherz, Peter	Neu-Anspach 1	SPD
Heimerl, Hans	Hanau	SPD
Hellwig, Karl	Steinau	SPD
Hemfler, Karl	Kassel	SPD
von Heusinger, Wolfgang	Lohfelden	CDU
Heyn, Wolfram	Bruchköbel	SPD
Hilfenhaus, Rudolf	Eichenzell 2	SPD
Hisserich, Karl	Homberg (Ohm) 1	SPD
Holzappel, Hartmut	Frankfurt am Main 1	SPD
Ibel, Wolfgang	Limburg a.d. Lahn	CDU
Immel, Erwin	Siesbach 2, OT Oberndorf	CDU
Jagoda, Bernhard	Schwalmstadt, ST Treysa	CDU
Kanther, Manfred	Wiesbaden	CDU
Karry, Heinz Herbert	Frankfurt am Main	F.D.P. ¹⁴
Keil, Gerhard	Lich 3	CDU ¹⁵
Klocksinn, Jürgen	Weilburg	SPD
Koch, Karl-Heinz	Eschborn	CDU
Koch, Wilhelm	Kassel-Bettenhausen	SPD ¹⁶
Korn, Walter	Maintal 1	CDU
Krollmann, Hans	Wiesbaden	SPD

¹² Mandat niedergelegt am 8. März 1976; Nachfolger Abg. Greiff.

¹³ Nachfolger für Abg. Geier ab 8. März 1976.

¹⁴ "Ruhendes" Mandat ab 5. Februar 1975; Nachfolger bis 20. Oktober 1976 Abg. Pulch, ab 20. Oktober 1976 Abg. Weghorn. Mandat niedergelegt am 8. August 1977; Nachfolger Abg. Weghorn.

¹⁵ Nachfolger für Abg. Dr. Langner ab 14. Dezember 1976.

¹⁶ Verstorben am 8. März 1977; Nachfolger Abg. Dr. W. Schneider.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Kronawitter, Karl Günther	Frankfurt am Main	SPD
Krüger, Ulrich	Friedrichsdorf 4	F.D.P.
Kühle, Wolfgang	Lahn-Wetzlar	CDU
Dr. Lang, Erwin	Raunheim	SPD
Dr. Langner, Manfred	Weilburg	CDU ¹⁷
Lauterbach, Heinrich	Darmstadt	CDU
Leinbach, Karl	Gladenbach	SPD
Lengemann, Jochen	Kassel	CDU
Lenz, Helmut	Frankfurt am Main 90	CDU
Dr. Lindner, Georg	Offenbach am Main-Bieber	CDU
Lütgert, Gert	Oberursel/Ts.	SPD
Märten, Heribert	Oestrich-Winkel	CDU ¹⁸
Meister, Dietrich	Eschwege	CDU
Milde, Gottfried	Griesheim	CDU
Möller (Gießen), Klaus-Peter	Lahn-Gießen	CDU ¹⁹
Möller (Neuhof), Richard	Neuhof	CDU ²⁰
Nassauer, Hartmut	Wolfhagen	CDU
Neusel, Hans	Vellmar 3	SPD
Nitzling, Erich	Frankfurt am Main 1	SPD
Nolte, Hans	Eichenzell 9	CDU
Osswald, Albert	Lahn-Gießen	SPD
Pfuhl, Albert	Schwalmstadt 2	SPD
Philippi, Lotte	Laubach 1	CDU
Prusko, Georg	Bad Nauheim 2	CDU
Pulch, Otto Rudolf	Frankfurt am Main	F.D.P. ²¹
Reichert, Wilhelm Georg	Glauburg 1	SPD
Reitz, Heribert	Offheim, Kreis Limburg	SPD
Rippert, Winfried	Fulda	CDU
Rösler, Roland	Heidenrod 1	CDU ²²
Rohlmann, Rudi	Frankfurt am Main 71	SPD

¹⁷ Mandat niedergelegt am 13. Dezember 1976; Nachfolger Abg. Keil.

¹⁸ Mandat niedergelegt am 20. Juni 1977; Nachfolger Abg. Rösler.

¹⁹ Nachfolger für Abg. Runtsch ab 21. Mai 1977.

²⁰ Nachfolger für Abg. Sälzer ab 4. August 1976.

²¹ Nachfolger für Abg. Karry ab 6. Februar 1975; Mandat niedergelegt am 20. Oktober 1976; Nachfolger Abg. Weghorn.

²² Nachfolger für Abg. Märten ab 21. Juni 1977.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Roth, Adolf	Lahn-Gießen	CDU
Runtsch, Wilhelm	Lahn-Gießen	CDU ²³
Sälzer, Bernhard	Darmstadt	CDU ²⁴
Schäfer, Georg	Darmstadt	SPD
Schlappner, Martin	Rüsselsheim	SPD
Dr. Schlitzberger, Udo	Calden-Fürstenwald	SPD ²⁵
Schmidt, Alfred	Kassel	F.D.P.
Dr. Schmidt, Horst	Wiesbaden	SPD ²⁶
Schnabel, Karl	Marburg a.d. Lahn	SPD
Schneider, Herbert	Wiesbaden-Dotzheim	SPD
Schneider, Karl	Bickenbach	SPD
Dr. Schneider, Walter	Lahn-Wieseck	SPD ²⁷
Schroeder, Udo	Wiesbaden	SPD
Schwab, Ludwig Franz	Hainburg, OT Klein-Krotzenburg	CDU
Dr. Schwarz-Schilling, Christian	Büdingen	CDU ²⁸
Seitz, Ingeborg	Reichelsheim (Odenwald)	CDU
Spruck, Arnold	Nidda, ST Kohden	CDU ²⁹
Stanitzek, Reinhold	Bad Hersfeld	CDU
Stein, Hermann	Lahn-Gießen, ST Klein-Linden	F.D.P.
Stöckl, Radko	Melsungen	SPD
Dr. Streletz, Haidi	Heusenstamm	SPD
Sturmowski, Georg	Groß-Gerau	CDU
Throll, Wolfgang	Oberursel/Ts.	CDU
Trageser, Karl Heinrich	Frankfurt am Main	CDU
Trageser, Martin	Freigericht, OT Somborn	CDU ³⁰
Trautmann, Christel	Darmstadt	SPD ³¹

²³ Mandat niedergelegt am 24. Mai 1977; Nachfolger Abg. Möller (Gießen).

²⁴ Mandat niedergelegt am 2. August 1976; Nachfolger Abg. Möller (Neuhof).

²⁵ Nachfolger für Abg. Croll ab 10. September 1976.

²⁶ Verstorben am 4. Oktober 1976; Nachfolger Abg. Dr. Dr. Bökemeier.

²⁷ Nachfolger für Abg. W. Koch ab 10. März 1977.

²⁸ Mandat niedergelegt am 13. Dezember 1976; Nachfolger Abg. Spruck.

²⁹ Nachfolger für Abg. Dr. Schwarz-Schilling ab 14. Dezember 1976.

³⁰ Nachfolger für Abg. Bayha ab 14. Dezember 1976.

³¹ Nachfolgerin für Abg. Benz ab 10. Dezember 1976.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Troeltsch, Walter	Marburg a.d. Lahn	CDU
Uhlhorn, Christiane	Hünfeld 1	CDU
Vater, Maria	Kassel	SPD
Vorbeck, Dorothee	Frankfurt am Main 50	SPD
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim	CDU
Weber, Josef	Burghaun 1	CDU
Weghorn, Eberhard	Frankfurt am Main 1	F.D.P. ³²
Weirich, Dieter	Hanau	CDU
Weiss, Gerald	Rüsselsheim	CDU ³³
Welteke, Ernst	Oberursel/Ts.	SPD
Wilke, Otto	Diemelsee 1, OT Adorf	F.D.P.
Windfuhr, Wolfgang	Kassel	CDU
Winterstein, Horst	Hattersheim 1	SPD ³⁴
Zabel, Günter	Michelstadt	SPD
Zerbe, Edwin	Bad Hersfeld	SPD
von Zworowsky, Wolf	Kassel	CDU

³² Nachfolger für Abg. Bielefeld vom 6. Februar 1975 bis 20. Oktober 1976, für Abg. Pulch ab 20. Oktober 1976 bis 8. August 1977 und für Abg. Karry ab 8. August 1977.

³³ Nachfolger für Abg. Dr. Dregger ab 23. Dezember 1974.

³⁴ Nachfolger für Abg. Dudene ab 8. Juni 1976.

Tag der Konstituierung	3. Dezember 1974
Alterspräsident	Hans Neusel (SPD) ³⁵ Karl Hemfler (SPD) ³⁵
Vorläufige Schriftführer	Friedrich Bohl (CDU) Dieter Weirich (CDU)
Präsident	Dr. Hans Wagner (CDU) ³⁶
Vizepräsidenten	Georg Schäfer (SPD) ³⁷ Dr. Sibylle Engel (F.D.P.) ^{37 38} Hermann Stein (F.D.P.) ³⁸ Wolf von Zworowsky (CDU) ³⁷ Hans Neusel (SPD) ³⁷

³⁵ Alterspräsident Neusel war am Tag der Konstituierung erkrankt; für ihn amtierte das zweitälteste Mitglied, Abg. Hemfler.

³⁶ Wahl am 3. Dezember 1974; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 3.

³⁷ Wahl am 3. Dezember 1974; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 4.

³⁸ Vizepräsidentin Dr. Engel trat mit Schreiben vom 28. Juni 1977 vom Amt der Vizepräsidentin zurück. Sten.Ber., 58. Sitzung, S. 3423. Wahl des Abg. Stein zum Vizepräsidenten am 6. Juli 1977; Sten.Ber., 58. Sitzung, S. 3423.

Schriftführer

Ruth Beckmann (CDU) ³⁹
 Helmut Caspar (SPD) ³⁹
 Rudolf Hilfenhaus (SPD) ³⁹
 Jochen Lengemann (CDU) ^{39 40}
 Lotte Philippi (CDU) ³⁹
 Georg Prusko (CDU) ³⁹
 Ludwig Schwab (CDU) ⁴⁰
 Maria Vater (SPD) ³⁹
 Günter Zabel (SPD) ³⁹

Fraktionen

CDU: 53 Mitglieder

Vorsitzender:
 Gottfried Milde

SPD: 49 Mitglieder

Vorsitzende:
 Willi Görlach ⁴¹
 Armin Clauss ⁴²
 Karl Schneider ⁴³

F.D.P.: 8 bzw. 7 ⁴⁴ Mitglieder

Vorsitzende:
 Hermann Stein ⁴⁵
 Otto Wilke ⁴⁶

³⁹ Wahl am 3. Dezember 1974; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 415.

⁴⁰ Abg. Lengemann legte im Dezember 1976 sein Amt als Schriftführer nieder; Abg. Schwab wurde am 15. Dezember 1976 zum Nachfolger gewählt; Sten.Ber., 46. Sitzung, S. 2658.

⁴¹ Abg. Görlach war vom Beginn der Wahlperiode bis 7. Dezember 1974 Vorsitzender.

⁴² Abg. Clauss war vom 7. Dezember 1974 bis 18. Oktober 1976 Vorsitzender.

⁴³ Abg. K. Schneider war ab 18. Oktober 1976 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

⁴⁴ Abg. Bielefeld verließ am 7. Juli 1978 die F.D.P. und gehörte dem Landtag weiter als fraktionsloser Abgeordneter an. Ab diesem Tag zählte die F.D.P.-Fraktion noch 7 Mitglieder.

⁴⁵ Abg. Stein war vom Beginn der Wahlperiode bis 28. Juni 1977 Vorsitzender.

⁴⁶ Abg. Wilke war vom 28. Juni 1977 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

Sitzungen	Erste Plenarsitzung: 3. Dezember 1974 Letzte Plenarsitzung: 30. August 1978 Insgesamt 86 Plenarsitzungen
Stenographische Berichte	Wortprotokolle veröffentlicht als "Stenographische Berichte", insgesamt 5266 Seiten.
Direktor beim Landtag	Dieter Felix Lessle

Hessischer Landtag 9. Wahlperiode

1. Dezember 1978
bis 30. November 1982

Wahltag 8. Oktober 1978 ¹

Wahlergebnis ²

Zahl der Wahlberechtigten	3.933.990	
Zahl der abgegebenen Stimmen	3.450.090	87,7 %
ungültige Stimmen	27.123	0,8 %
gültige Stimmen	3.422.967	99,2 %
CDU	1.575.445	46,0 %
SPD	1.515.953	44,3 %
F.D.P.	225.044	6,6 %
DKP	14.531	0,4 %
NPD	12.507	0,4 %
EAP	511	0,0 %
KBW	2.638	0,1 %
GAZ	30.787	0,9 %
GLH	37.758	1,1 %
FWG	7.452	0,2 %
andere Parteien und Einzelbewerber	341	0,0 %

¹ Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1978 vom 9. Februar 1978, GVBl. I 1978, S. 113.

² StAnz. 1978, Nr. 45, S. 2226.

Sitzverteilung³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
CDU	29	24	53
SPD	26	24	50
FDP	—	7	7
	55	55	110

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 25. Juni 1959⁴

³ StAnz. 1978, Nr. 45, S. 2233.

⁴ StAnz. 1979, Nr. 30, S. 1538.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Badeck, Georg	Flörsheim am Main-Wicker	CDU
Dr. Bartelt, Christian	Wiesbaden	CDU
Beckmann, Ruth	Frankfurt am Main 70	CDU
Beucker, Frank Gustav	Wiesbaden	SPD
Blumenstiel, Georg	Lauterbach/Hessen	SPD
Bökel, Gerhard	Lahnau-Atzbach	SPD
Dr. Dr. Bökemeier, Horst	Korbach	SPD
Börner, Holger	Kassel	SPD
Bohl, Heinrich Friedrich	Marburg a.d. Lahn-Wehrda	CDU ⁵
Borsche, Arnulf	Oberursel/Ts. 4	CDU
Dr. Brans, Werner	Wetzlar	F.D.P. ⁶
Brockmann, Leonhard	Eppertshausen	CDU
Bruch, Gerhard	Aarbergen	SPD
Clauss, Armin	Frankfurt am Main 50	SPD
Dann, Gerhard	Wiesbaden	SPD
Degen, Heide	Frankfurt am Main 80	CDU
Demke, Claus	Langen	CDU
Dr. Dregger, Alfred	Fulda	CDU ⁷
Engel, Horst	Offenbach am Main	SPD
Dr. Engel, Sibylle	Kelkheim/Ts.	F.D.P. ⁸
Ernst, Karl Heinz	Fritzlar	SPD
Firnhaber, Wolf-Dieter	Wiesbaden	CDU ⁹
Fischer, Dieter	Arolsen-Mengeringhausen	CDU ¹⁰
Fraas, Heinz	Mörlenbach, OT Weiher	SPD
Frank, Helmut	Frankfurt am Main 80	CDU
Friedrich, Rudolf	Frankfurt am Main 80	CDU
Gebhardt, Alfred	Frankfurt am Main 50	SPD
Geipel, Horst	Friedberg (Hessen)	CDU

⁵ Mandat niedergelegt am 4. November 1980; Nachfolger Abg. Möller (Marburg).

⁶ Mandat niedergelegt am 14. Dezember 1978; Nachfolgerin Abg. Strumpf.

⁷ Mandat niedergelegt am 4. Dezember 1978; Nachfolger Abg. Keil.

⁸ Nachfolgerin für Abg. Gries ab 15. Dezember 1978; Mandat niedergelegt am 26. Juni 1981; Nachfolger Abg. Müller (Wiesbaden).

⁹ Verstorben am 22. Februar 1981; Nachfolger Abg. Gerhold.

¹⁰ Nachfolger für Abg. von Zworowsky ab 23. März 1979.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Dr. Gerhardt, Wolfgang	Lauterbach	F.D.P.
Gerhold, Erich	Fritzlar	CDU ¹¹
Geschka, Otti	Darmstadt-Arheilgen	CDU
Görlach, Willi	Butzbach 5, ST Griedel	SPD
Greiff, Christoph	Lampertheim	CDU
Gries, Ekkehard	Oberursel/Ts.	F.D.P. ¹²
Dr. Günther, Herbert	Wiesbaden	SPD
Hartherz, Peter	Neu-Anspach 1	SPD
Heimerl, Hans	Hanau 1	SPD
Hellwig, Karl	Steinau an der Straße	SPD
von Heusinger, Wolfgang	Lohfelden	CDU
Heyn, Wolfram	Bruchköbel	SPD
Hilfenhaus, Rudolf	Eichenzell 2, OT Welkers	SPD
Hisserich, Karl	Homburg/Ohm 1	SPD
Holzappel, Hartmut	Frankfurt am Main 1	SPD
Ibel, Wolfgang	Limburg a.d. Lahn	CDU
Immel, Erwin	Siegbach 2, OT Oberndorf	CDU
Jagoda, Bernhard	Schwalmstadt-Treysa	CDU ¹³
Kanther, Manfred	Wiesbaden-Heßloch	CDU
Karry, Heinz Herbert	Frankfurt am Main	F.D.P. ¹⁴
Keil, Gerhard	Lich 3	CDU ¹⁵
Koch, Karl-Heinz	Eschborn	CDU
Korn, Walter	Maintal 1	CDU
Krollmann, Hans	Kassel	SPD
Kronawitter, Karl Günther	Eppertshausen	SPD
Kühle, Wolfgang	Wetzlar	CDU
Kurth, Matthias	Dreieich-Dreieichenhain	SPD
Dr. Lang, Erwin	Raunheim	SPD
Lauterbach, Heinrich	Darmstadt	CDU
Leinbach, Karl	Gladenbach	SPD

¹¹ Nachfolger für Abg. Firnhaber ab 11. März 1981.

¹² Mandat niedergelegt am 14. Dezember 1978; Nachfolgerin Abg. Dr. Engel.

¹³ Mandat niedergelegt am 4. November 1980; Nachfolger Abg. Mihm.

¹⁴ Mandat niedergelegt am 14. Dezember 1978; Nachfolgerin Abg. R. Wagner.

¹⁵ Nachfolger für Abg. Dr. Dregger ab 12. Dezember 1978.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Lengemann, Jochen	Kassel	CDU
Lenz (Hanau), Aloys	Großkrotzenburg	CDU ¹⁶
Lenz (Frankfurt), Helmut	Frankfurt am Main 80	CDU
Lütgert, Gert	Oberursel/Ts.	SPD
Meister, Dietrich	Eschwege	CDU
Mihm, Karl	Malsfeld	CDU ¹⁷
Milde, Gottfried	Griesheim	CDU
Möller (Marburg), Dietrich	Weimar 1	CDU ¹⁸
Möller (Gießen), Klaus-Peter	Gießen	CDU
Müller (Wiesbaden), Michael	Wiesbaden-Naurod	F.D.P. ¹⁹
Müller (Gelnhausen), Rolf	Gelnhausen	CDU
Mutz, Manfred	Gießen	SPD
Nassauer, Hartmut	Wolfhagen	CDU
Nitzling, Erich	Frankfurt am Main	SPD
Nolte, Hans	Eichenzell, OT Rönshausen	CDU
Pawlik, Sieghard	Frankfurt am Main 80	SPD
Pfuhl, Albert	Schwalmstadt 2	SPD
Philippi, Lotte	Laubach 1	CDU
Prusko, Georg	Bad Nauheim 2	CDU
Reichert, Wilhelm Georg	Glauburg 1	SPD
Reitz, Heribert	Limburg a.d. Lahn	SPD
Rippert, Winfried	Fulda	CDU
Rösler, Roland	Heidenrod 1	CDU
Rohmann, Rudi	Frankfurt am Main 71	SPD
Roth, Adolf	Gießen	CDU
Dr. Rüdiger, Vera	Wächtersbach	SPD
Schlappner, Martin	Rüsselsheim	SPD
Dr. Schlitzberger, Udo	Calden 5, OT Fürstenwald	SPD
Schmidt, Alfred	Kassel	F.D.P.
Schnabel, Karl	Marburg a.d. Lahn	SPD
Schneider (Wiesbaden), Herbert	Wiesbaden	SPD

¹⁶ Nachfolger für Abg. Weirich ab 4. November 1980.

¹⁷ Nachfolger für Abg. Jagoda ab 4. November 1980.

¹⁸ Nachfolger für Abg. Bohl ab 4. November 1980.

¹⁹ Nachfolger für Abg. Dr. S. Engel ab 2. Juli 1981.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Schneider (Bickenbach), Karl	Bickenbach	SPD
Schoppe, Hermann	Offenbach am Main-Bieber	CDU
Schwab, Ludwig Franz	Hainburg, OT Klein- Krotzenburg	CDU
Seiboldt, Ludwig	Frankfurt am Main 56	CDU ²⁰
Seitz, Ingeborg	Michelstadt	CDU
Spruck, Arnold	Nidda, OT Kohden	CDU
Stanitzek, Reinhold	Bad Hersfeld	CDU
Starzacher, Karl	Lich-Langsdorf	SPD
Stöckl, Radko	Melsungen	SPD
Dr. Streletz, Haidi	Heusenstamm	SPD
Strumpf, Edith	Frankfurt am Main 70	F.D.P. ²¹
Sturmowski, Georg	Groß-Gerau	CDU
Throll, Wolfgang	Oberursel/Ts.	CDU
Trageser, Karl Heinrich	Frankfurt am Main	CDU ²²
Trautmann, Christel	Darmstadt	SPD
Troeltsch, Walter	Marburg a.d. Lahn	CDU
Vater, Maria	Kassel	SPD
Wagner (Eschwege), Erika	Eschwege	SPD
Dr. Wagner, Hans	Heppenheim	CDU
Wagner (Darmstadt), Ruth	Darmstadt	F.D.P. ²³
Weber, Hans-Otto	Schenklengsfeld 1	SPD
Weber, Josef	Burghaun I	CDU
Weghorn, Eberhard	Frankfurt am Main	F.D.P.
Weimar, Karlheinz	Weilburg-Odersbach	CDU
Weirich, Dieter	Eschwege	CDU ²⁴
Weiss, Gerald	Rüsselsheim	CDU
Welteke, Ernst	Oberursel/Ts.	SPD
Wilke, Otto	Diemelsee 1, OT Adorf	F.D.P.
Windfuhr, Wolfgang	Kassel	CDU

²⁰ Nachfolger für Abg. Trageser ab 22. März 1979.

²¹ Nachfolgerin für Abg. Dr. Brans ab 15. Dezember 1978.

²² Mandat niedergelegt am 22. Februar 1979; Nachfolger Abg. Seiboldt.

²³ Nachfolgerin für Abg. Karry ab 15. Dezember 1978.

²⁴ Mandat niedergelegt am 4. November 1980; Nachfolger Abg. Lenz (Hanau).

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Winterstein, Horst	Hattersheim am Main 1	SPD
Zabel, Günter	Michelstadt	SPD
von Zworowsky, Wolf	Kassel	CDU ²⁵

²⁵ Mandat niedergelegt am 23. Februar 1979; Nachfolger Abg. Fischer.

Tag der Konstituierung	1. Dezember 1978
Alterspräsident	Dr. Hans Wagner (CDU) ²⁶ Lotte Philippi (CDU) ²⁷
Vorläufige Schriftführer	Matthias Kurth (SPD) Karlheinz Weimar (CDU)
Präsident	Dr. Hans Wagner (CDU) ²⁸
Vizepräsidenten	Dr. Erwin Lang (SPD) ²⁹ Dr. Sibylle Engel (F.D.P.) ³⁰ Eberhard Weghorn (F.D.P.) ³¹ Jochen Lengemann (CDU) ²⁹ Radko Stöckl (SPD) ²⁹

²⁶ Abg. Dr. Hans Wagner war der an Lebensjahren älteste Abgeordnete. Nach Durchführung der Konstituierung des Landtags am 1. Dezember 1978 verzichtete er auf die Ausübung des Amtes des Alterspräsidenten und kandidierte für das Amt des Präsidenten.

²⁷ Abg. Philippi übernahm am 1. Dezember 1978 nach der Konstituierung des Landtags das Amt der Alterspräsidentin, da der lebensältere Abg. Dr. Wagner für das Amt des Präsidenten kandidierte. Nach dessen Wahl zum Präsidenten amtierte Abg. Philippi bis zum Ende der Wahlperiode als Alterspräsidentin.

²⁸ Wahl am 1. Dezember 1978; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

²⁹ Wahl der Vizepräsidenten Dr. Lang, Lengemann und Stöckl am 1. Dezember 1978; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 5.

³⁰ Wahl am 31. Januar 1979; Sten.Ber., 4. Sitzung, S. 80; Vizepräsidentin Dr. Engel schied am 26. Juni 1981 aus dem Landtag aus (Mandatsniederlegung).

³¹ Wahl am 26. August 1981; Sten.Ber., 59. Sitzung, S. 3621.

Schriftführer

Ruth Beckmann (CDU) ³²
 Heinz Fraas (SPD) ³³
 Rudolf Hilfenhaus (SPD) ³²
 Dietrich Meister (CDU) ³²
 Lotte Philippi (CDU) ³²
 Georg Prusko (CDU) ³²
 Ludwig Schwab (CDU) ³²
 Christel Trautmann (SPD) ³²
 Maria Vater (SPD) ³²
 Erika Wagner (SPD) ³²
 Günter Zabel (SPD) ^{32 33}

Fraktionen

CDU: 53 Mitglieder

Vorsitzender:
 Gottfried Milde

SPD: 50 Mitglieder

Vorsitzende:
 Karl Schneider ³⁴
 Horst Winterstein ³⁵

F.D.P.: 7 Mitglieder

Vorsitzender:
 Otto Wilke

³² Wahl am 1. Dezember 1978; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 6.

³³ Abg. Zabel legte im Mai 1980 sein Amt als Schriftführer nieder; Abg. Fraas wurde am 13. Mai 1980 als Nachfolger gewählt; Sten.Ber., 32. Sitzung, S. 1986.

³⁴ Abg. K. Schneider war vom Beginn der Wahlperiode bis 26. März 1980 Vorsitzender.

³⁵ Abg. Winterstein war vom 26. März 1980 bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender.

Sitzungen

Erste Plenarsitzung:
1. Dezember 1978

Letzte Plenarsitzung:
9. Juni 1982

Insgesamt 78 Plenarsitzungen

Stenographische Berichte

Wortprotokolle veröffentlicht
als "Plenarprotokolle",
insgesamt 4869 Seiten.

Direktor beim Landtag

Dieter Felix Lessle



Kassel, Ständehaus

Zur bisher einzigen Sitzung außerhalb Wiesbadens trat der Hessische Landtag am 25. Mai 1981 aus Anlaß der 150-Jahrfeier der Kurhessischen Verfassung von 1831 im Ständehaus in Kassel, dem Sitz des Kurhessischen Landtags von 1836 bis 1866, zusammen.

Hessischer Landtag 10. Wahlperiode

1. Dezember 1982
bis 4. August 1983 ¹

Wahltag 26. September 1982 ²

Wahlergebnis ³

Zahl der Wahlberechtigten	4.050.661	
Zahl der abgegebenen Stimmen	3.498.407	86,4 %
ungültige Stimmen	32.914	0,9 %
gültige Stimmen	3.465.493	99,1 %
CDU	1.580.989	45,6 %
SPD	1.483.930	42,8 %
F.D.P.	106.901	3,1 %
DKP	12.625	0,4 %
EAP	2.377	0,1 %
GRÜNE	278.450	8,0 %
Wählergruppen	221	0,0 %

Sitzverteilung ⁴

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
CDU	33	19	52
SPD	22	27	49
GRÜNE	—	9	9
	55	55	110

Wahlprüfungsverfahren Urteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 25. Februar 1983 ⁵

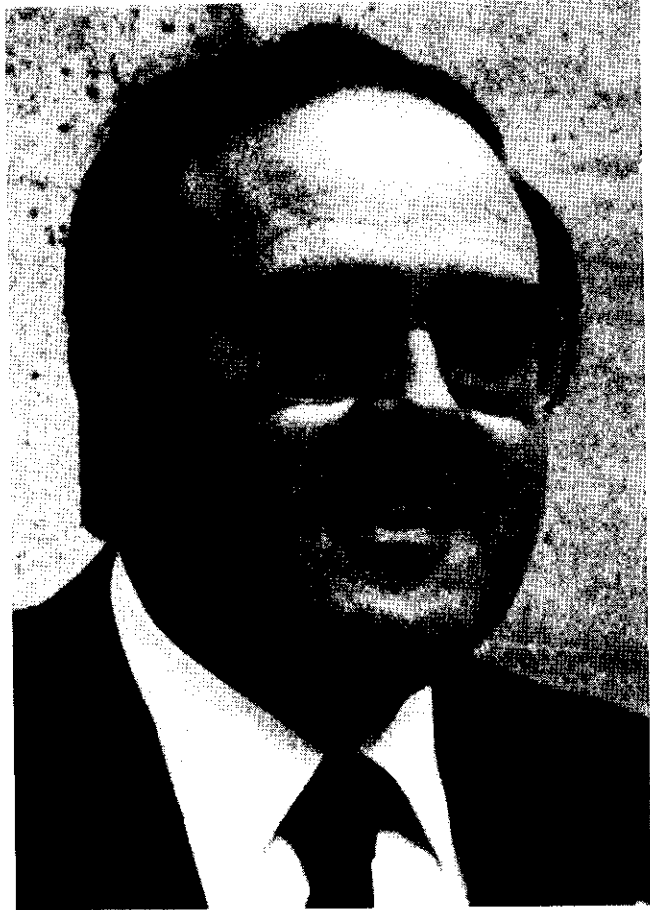
¹ Auflösung des Landtags durch Beschluß vom 4. August 1983 gem. Art. 80 HV. Der Präsident und die Vizepräsidenten führten gem. Art. 85 HV bis zum Zusammentritt des neu gewählten Landtags am 13. Oktober 1983 ihre Geschäfte fort; auch die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des ständigen Ausschusses (Hauptausschuß) blieben gem. Art. 93 HV bis zum gleichen Zeitpunkt in ihren Funktionen.

² Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1982 v. 27. Okt. 1981, GVBl. I 1981, S. 317.

³ StAnz. 1982, Nr. 43, S. 1902.

⁴ StAnz. 1982, Nr. 43, S. 1907.

⁵ StAnz. 1983, Nr. 20, S. 1066.



Jochen Lengemann
Präsident des Hessischen Landtags
10. Wahlperiode

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Badeck, Georg	Flörsheim am Main-Wicker	CDU
Dr. Bartelt, Christian	Wiesbaden	CDU
Beckmann, Ruth	Frankfurt am Main 70	CDU
Beucker, Frank	Wiesbaden	SPD
Blaul, Iris	Frankfurt am Main 60	GRÜNE
Blumenstiel, Georg	Lauterbach (Hessen)	SPD ⁶
Bökel, Gerhard	Lahnau-Atzbach	SPD
Dr. Dr. Bökemeier, Horst	Korbach	SPD
Börner, Holger	Kassel-Wolfsanger	SPD
Bouffier, Volker	Gießen	CDU
Brockmann, Leonard	Eppertshausen	CDU
Bruch, Gerhard	Aarbergen	SPD
Brückner, Reinhard	Weilburg	GRÜNE
Dr. med. Burggraf, Hans	Frankfurt am Main 1	CDU
Clauss, Armin	Frankfurt am Main 50	SPD
Corell, Walter	Grünberg 1	CDU ⁷
Dann, Gerhard	Wiesbaden	SPD
Degen, Heide	Frankfurt am Main 80	CDU
Demke, Claus	Dreieich-Götzenhain	CDU
Engel, Horst	Offenbach am Main	SPD
Ernst, Karl-Heinz	Fritzlar	SPD
Feick, Volker	Bensheim 6 - Zell	CDU
Fischer, Dieter	Arolsen-Mengeringhausen	CDU
Fraas, Heinz	Mörtenbach, OT Weiher	SPD
Frank, Helmut	Frankfurt am Main 80	CDU
Friedrich, Rudolf	Frankfurt am Main 80	CDU
Gebhardt, Fred	Frankfurt am Main 50	SPD
Geschka, Otti	Darmstadt-Arheilgen	CDU
Görlach, Willi	Butzbach 5, ST Griedel	SPD
Greiff, Christoph	Lampertheim	CDU
Dr. jur. Günther, Herbert	Wiesbaden	SPD
Haibach-Walter, Marita	Weilrod-Riedelbach	GRÜNE

⁶ Mandat niedergelegt am 11. Juli 1983. Nachfolgerin Abg. Schäfer.

⁷ Nachfolger für Abg. Roth ab 15. März 1983.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Hartherz, Peter	Neu-Anspach 1	SPD
Heimerl, Hans	Hanau 1	SPD
Hellwig, Karl	Steinau an der Straße	SPD
von Heusinger, Wolfgang	Lohfelden	CDU
Hilfenhaus, Rudolf	Eichenzell 2, OT Welkers	SPD
Hisserich, Karl	Homburg/Ohm	SPD
Holzapfel, Hartmut	Frankfurt am Main 1	SPD
Ibel, Wolfgang	Limburg a.d. Lahn 1	CDU
Kanther, Manfred	Wiesbaden-Heßloch	CDU
Kartmann, Norbert	Butzbach-Nieder-Weisel	CDU
Keil, Gerhard	Lich 3	CDU
Kern, Roland	Rödermark	GRÜNE
Kerschgens, Karl	Seeheim-Jugenheim 2	GRÜNE
Kiekheben-Schmidt, Veronika	Rüsselsheim	SPD
Klemm, Lothar	Rodenbach 1	SPD
Koch, Karl-Heinz	Eschborn/Ts.	CDU
Korn, Walter	Maintal 1	CDU
Krollmann, Hans	Kassel	SPD
Kronawitter, Karl Günther	Eppertshausen	SPD
Küchler, Wilhelm	Kronberg im Taunus	CDU
Kurth, Matthias	Dreieich-Dreieichenhain	SPD
Dr. Lang, Erwin	Raunheim	SPD
Lauterbach, Heinrich	Darmstadt	CDU
Leinbach, Karl	Gladenbach	SPD
Lengemann, Jochen	Kassel	CDU
Lenz (Hanau), Aloys	Großkrotzenburg	CDU
Lenz (Frankfurt), Helmut	Frankfurt am Main 90	CDU
Lortz, Frank	Seligenstadt	CDU
Lüttgert, Gert	Oberursel/Ts.	SPD
Meister, Dietrich	Eschwege	CDU
Milde, Gottfried	Griesheim	CDU
Möller (Marburg), Dietrich	Weimar 1	CDU
Möller (Gießen), Klaus-Peter	Gießen	CDU
Müller, Rolf	Gelnhausen	CDU

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Mutz, Manfred	Gießen	SPD
Nassauer, Hartmut	Wolfhagen	CDU
Nitzling, Erich	Frankfurt am Main	SPD
Nolte, Hans	Eichenzell	CDU
Pawlik, Sieghard	Frankfurt am Main 80	SPD
Pfuhl, Albert	Schwalmstadt 2	SPD
Prusko, Georg	Bad Nauheim 2	CDU
Rauch, Dorli	Lichtenfels 1	GRÜNE
Reichert, Wilhelm Georg	Glauburg 1	SPD
Reif, Clemens	Herborn	CDU
Reitz, Heribert	Limburg a.d. Lahn 4	SPD
Rippert, Winfried	Fulda	CDU
Rösler, Roland	Heidenrod 1	CDU
Roth, Adolf	Gießen	CDU ⁸
Dr. Rüdiger, Vera	Wächtersbach	SPD
Schäfer, Ingeburg	Ahnatal	SPD ⁹
Schilling, Gertrud	Schotten 16	GRÜNE
Schlappner, Martin	Rüsselsheim	SPD
Dr. Schlitzberger, Udo	Calden 5, OT Fürstenwald	SPD
Schnabel, Karl	Marburg a.d. Lahn	SPD
Schneider (Wiesbaden), Herbert	Wiesbaden-Dotzheim	SPD
Schneider (Bickenbach), Karl	Bickenbach	SPD
Schoppe, Hermann	Offenbach am Main-Bieber	CDU
Schulze, Hans-Joachim	Frankenberg/Eder 1	CDU
Schwalba-Hoth, Frank	Marburg a.d. Lahn	GRÜNE
Seiboldt, Ludwig	Frankfurt am Main 56, ST Nieder-Eschbach	CDU
Seitz, Ingeborg	Michelstadt	CDU
Dr. Simon, Günter	Bad Hersfeld	SPD
Spruck, Arnold	Nidda, OT Kohden	CDU
Stanitzek, Reinhold	Bad Hersfeld	CDU
Starzacher, Karl	Lich-Langsdorf	SPD

⁸ Mandat niedergelegt am 15. März 1983. Nachfolger Abg. Corell.

⁹ Nachfolgerin für Abg. Blumenstiel ab 16. Juli 1983.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Stöckl, Radko	Melsungen	SPD
Dr. Streletz, Haidi	Heusenstamm	SPD
Sturmowski, Georg	Groß-Gerau	CDU
Trautmann, Christel	Darmstadt	SPD
Treber, Dirk	Mörfelden-Walldorf	GRÜNE
Troeltsch, Walter	Marburg a.d. Lahn	CDU
Wagner, Erika	Eschwege	SPD
Weber, Josef	Burghaun 1	CDU
Weimar, Karlheinz	Weilburg-Odersbach	CDU
Weiss, Gerald	Rüsselsheim	CDU
Welteke, Ernst	Oberursel/Ts.	SPD
Wenderoth, Gerhard	Frankfurt am Main 50	CDU
Windfuhr, Wolfgang	Kassel	CDU
Winterstein, Horst	Hattersheim am Main 1	SPD
Zabel, Günter	Michelstadt	SPD

Tag der Konstituierung	1. Dezember 1982
Alterspräsident	Karl Leinbach (SPD)
Vorläufige Schriftführer	Iris Blaul (GRÜNE) Frank Lortz (CDU)
Präsident	Jochen Lengemann (CDU) ¹⁰
Vizepräsidenten	Dr. Erwin Lang (SPD) ¹¹ Roland Kern (GRÜNE) ¹¹ Georg Sturmowski (CDU) ¹¹ Radko Stöckl (SPD) ¹¹
Schriftführer	Ruth Beckmann (CDU) ¹² Georg Blumenstiel (SPD) ^{12 13} Heinz Fraas (SPD) ¹² Otti Geschka (CDU) ¹² Wolfgang von Heusinger (CDU) ¹² Rudolf Hilfenhaus (SPD) ¹² Dietrich Meister (CDU) ¹² Hermann Schoppe (CDU) ¹² Christel Trautmann (SPD) ¹² Erika Wagner (SPD) ¹²

¹⁰ Wahl am 1. Dezember 1982; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 29.

¹¹ Wahl am 1. Dezember 1982; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 32/33.

¹² Wahl am 1. Dezember 1982; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 33.

¹³ Abg. Blumenstiel legte am 11. Juli 1983 sein Mandat nieder. Ein Nachfolger als Schriftführer wurde für den Rest der Wahlperiode nicht mehr gewählt.

Fraktionen

CDU: 52 Mitglieder

Vorsitzender:
Gottfried Milde

SPD: 49 Mitglieder

Vorsitzender:
Horst Winterstein

GRÜNE: 9 Mitglieder

Vorsitzende:
Iris Blaul

Sitzungen

Erste Plenarsitzung:
1. Dezember 1982

Letzte Plenarsitzung:
4. August 1983

Insgesamt 18 Plenarsitzungen

Stenographische Berichte

Wortprotokolle, veröffentlicht
als "Plenarprotokolle",
insgesamt 1088 Seiten.

Direktor beim Landtag

Dieter Felix Lessle

Hessischer Landtag 11. Wahlperiode

25. September 1983
 Beginnend ~~13. Oktober~~ 1983

Wahltag25. September 1983 ¹**Wahlergebnis ²**

Zahl der Wahlberechtigten	4.075.611	
Zahl der abgegebenen Stimmen	3.404.656	83,5 %
ungültige Stimmen	30.803	0,9 %
gültige Stimmen	3.373.853	99,1 %
CDU	1.329.292	39,4 %
SPD	1.559.725	46,2 %
GRÜNE	200.415	5,9 %
LD	13.553	0,4 %
F.D.P.	256.801	7,6 %
DKP	8.697	0,3 %
DS	3.221	0,1 %
EAP	1.224	0,0 %
Wählergruppen	925	0,0 %

¹ Verordnung über den Tag der Landtagswahl 1983 vom 4. August 1983, GVBl. I 1983, S. 125.

² StAnz. 1983, Nr. 41, S. 1969.



Dr. Erwin Lang
Präsident des Hessischen Landtags
11. Wahlperiode

Sitzverteilung³

Wahl- vorschlag	in Wahlkreisen errungene Mandate	aus Landeslisten gewählte Bewerber	Sitze insgesamt
SPD	42	9	51
CDU	13	31	44
GRÜNE	—	7	7
F.D.P.	—	8	8
	55	55	110

WahlprüfungsverfahrenUrteil des Wahlprüfungsgerichts
vom 15. März 1984⁴³ StAnz. 1983, Nr. 41, S. 1975.⁴ StAnz. 1984, Nr. 25, S. 1179.

Mitglieder

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Badeck, Georg	Flörsheim am Main-Wicker	CDU
Dr. Bartelt, Christian	Wiesbaden	CDU ⁵
Beucker, Frank	Wiesbaden	SPD
Blaul, Iris	Königstein/Ts.	GRÜNE ⁶
Bökel, Gerhard	Lahnau-Atzbach	SPD ⁷
Dr. Dr. Bökemeier, Horst	Korbach	SPD
Börner, Holger	Kassel-Wolfsanger	SPD
Boppel, Hans Christoph	Gießen	GRÜNE ⁸
Bouffier, Volker	Gießen	CDU
Prof. Breithaupt, Anita	Frankfurt am Main-Niederrad	SPD
Brockmann, Leonhard	Eppertshausen	CDU ⁹
Bruch, Gerhard	Aarbergen	SPD
Brückner, Reinhard	Weilburg	GRÜNE ¹⁰
Clauss, Armin	Frankfurt am Main 50	SPD
Dann, Gerhard	Wiesbaden	SPD
Degen, Heide	Frankfurt am Main 90	CDU
Demke, Claus	Dreieich-Götzenhain	CDU
Dr. Dieter, Jürgen	Lampertheim 1	SPD
Engel, Horst	Offenbach am Main	SPD ¹¹
Engel, Jürgen	Königstein/Ts.	GRÜNE ¹²
Ernst, Karl Heinz	Fritzlar	SPD
Fertsch-Röver, Dieter	Königstein/Ts. 3	F.D.P.
Fischer, Dieter	Arolsen	CDU
Fraas, Heinz	Mörtenbach, OT Weiher	SPD
Frank, Helmut	Frankfurt am Main 80	CDU
Friedrich, Rudolf	Frankfurt am Main 80	CDU
Gebhardt, Fred	Frankfurt am Main 50	SPD

⁵ Mandat niedergelegt am 5. Juni 1984. Nachfolger Abg. Brockmann.

⁶ Mandat niedergelegt am 10. April 1985; Nachfolger Abg. Messinger.

⁷ Mandat niedergelegt am 11. August 1985; Nachfolger Abg. Müller (Solms).

⁸ Nachfolger für Abg. Schilling ab 16. April 1985.

⁹ Nachfolger für Abg. Dr. Bartelt ab 6. Juni 1984.

¹⁰ Mandat niedergelegt am 15. Februar 1984; Nachfolger Abg. Jakob.

¹¹ Verstorben am 17. Dezember 1984; Nachfolger Abg. Habermann.

¹² Nachfolger für Abg. Kern ab 19. April 1985.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Geißler, Dieter	Gießen-Rödgen	SPD ¹³
Dr. Gerhardt, Wolfgang	Lauterbach (Hessen)	F.D.P.
Geschka, Otti	Darmstadt-Arheilgen	CDU
Görlach, Willi	Butzbach 5, OT Griedel	SPD
Greiff, Christoph	Lampertheim	CDU
Dr. Günther, Herbert	Wiesbaden	SPD
Habermann, Harald	Offenbach am Main	SPD ¹⁴
Haibach, Marita	Weilrod-Riedelbach	GRÜNE
Prof. Dr. Hamer, Bernd	Bad Homburg v.d. Höhe	CDU
Hartherz, Peter	Neu-Anspach 1	SPD
Heimerl, Hans	Hanau 1	SPD
von Heusinger, Wolfgang	Lohfelden	CDU
Hilfenhaus, Rudolf	Eichenzell 2, OT Welkers	SPD
Hinz, Priska	Friedrichsdorf-Seulberg	GRÜNE ¹⁶
Hisserich, Karl	Homberg (Ohm) 1	SPD
Holzapfel, Hartmut	Frankfurt am Main 90	SPD
Ibel, Wolfgang	Limburg a.d. Lahn	CDU
Jakob, Franz-Peter	Diemelstadt-Wethen	GRÜNE ¹⁷
Dr. Jung, Franz Josef	Eltville am Rhein	CDU
Kahl, Reinhard	Allendorf/Eder	SPD
Kanther, Manfred	Wiesbaden-Heßloch	CDU
Kappel, Heiner Ernst	Bad Soden-Neuenhain	F.D.P.
Keil, Gerhard	Lich 1	CDU ¹⁸
Kern, Roland	Rödermark	GRÜNE ¹⁹
Kerschgens, Karl	Seeheim-Jugenheim	GRÜNE ²⁰
Kiekheben-Schmidt- Winterstein, Veronika	Eschborn/Ts.	SPD
Klemm, Lothar	Neuberg	SPD
Koch, Karl-Heinz	Eschborn/Ts.	CDU

¹³ Nachfolger für Abg. Mutz ab 13. Dezember 1985.

¹⁴ Nachfolger für Abg. H. Engel ab 18. Dezember 1984.

¹⁵ Mandat niedergelegt am 15. April 1985; Nachfolger Abg. Kuhnert.

¹⁶ Nachfolgerin für Abg. Kerschgens ab 15. April 1985.

¹⁷ Nachfolger für Abg. Brückner ab 15. Februar 1984.

¹⁸ Mandat niedergelegt am 15. Januar 1985; Nachfolger Abg. Schulze.

¹⁹ Mandat niedergelegt am 19. April 1985; Nachfolger Abg. J. Engel.

²⁰ Mandat niedergelegt am 15. April 1985; Nachfolgerin Abg. Hinz.

25. September

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Korn, Walter	Maintal 1	CDU
Krollmann, Hans	Kassel	SPD
Kronawitter, Karl Günther	Eppertshausen	SPD
Küchler, Wilhelm	Kronberg/Ts.	CDU
Kuhnert, Jan	Wiesbaden	GRÜNE ²¹
Kurth, Matthias	Dreieich-Dreieichenhain	SPD
Dr. Lang, Erwin	Raunheim	SPD
Lauterbach, Heinrich	Darmstadt	CDU
Leinbach, Karl	Gladenbach	SPD
Lengemann, Jochen	Kassel	CDU
Lenz, Helmut	Frankfurt am Main 90	CDU
Lortz, Frank	Seligenstadt	CDU
Lütgert, Gert	Oberursel/Ts.	SPD
Meister, Dietrich	Eschwege	CDU
Mende, August-Wilhelm	Bebra	SPD
Messinger, Bernd	Frankfurt am Main	GRÜNE ²²
Milde, Gottfried	Griesheim	CDU
Möller (Marburg), Dietrich	Weimar 1	CDU
Möller (Gießen), Klaus-Peter	Gießen	CDU
Müller (Gelnhausen), Rolf	Gelnhausen	CDU
Müller (Solms), Wolfgang	Solms	SPD ²³
Mutz, Manfred	Gießen	SPD ²⁴
Nassauer, Hartmut	Wolfhagen	CDU
Nitzling, Erich	Frankfurt am Main 1	SPD
Osyka, Werner	Heusenstamm	CDU
Otto, Hans-Joachim	Frankfurt am Main 1	F.D.P.
Pawlik, Sieghard	Frankfurt am Main 80	SPD
Rausch, Willi	Edermünde-Besse	SPD ²⁵
Reichert, Wilhelm Georg	Glauburg 1, OT Stockheim	SPD
Reitz, Heribert	Limburg a.d. Lahn	SPD
Rippert, Winfried	Fulda	CDU
Ritter, Karl Hermann	Darmstadt-Eberstadt	SPD

²¹ Nachfolger für Abg. Haibach ab 15. April 1985.

²² Nachfolger für Abg. Blaul ab 10. April 1985.

²³ Nachfolger für Abg. Bökel ab 11. Juni 1985.

²⁴ Mandat niedergelegt am 13. Dezember 1985; Nachfolger Abg. Geißler.

²⁵ Nachfolger für Abg. Stöckl ab 25. Januar 1984.

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Rösler, Roland	Heidenrod 1, OT Kemel	CDU
Dr. Rüdiger, Vera	Wächtersbach	SPD
Schilling, Gertrud	Schotten-Einartshausen	GRÜNE ²⁶
Schlappner, Martin	Rüsselsheim	SPD
Dr. Schlitzberger, Udo	Calden 5, OT Fürstenwald	SPD
Schmidt, Alfred	Kassel	F.D.P.
Schmidt, Karin	Schwalmstadt-Treysa	CDU
Schnabel, Karl	Marburg a.d. Lahn	SPD
Schneider (Wiesbaden), Herbert	Wiesbaden-Dotzheim	SPD
Schneider (Bickenbach), Karl	Bickenbach	SPD
Schoppe, Hermann	Offenbach am Main-Bieber	CDU
Schulze, Hans-Joachim	Frankenberg/Eder 1	CDU ²⁷
Seitz, Ingeborg	Michelstadt	CDU
Dr. Simon, Günter	Bad Hersfeld	SPD
Spruck, Arnold	Nidda 1, OT Kohden	CDU
Stanitzek, Reinhold	Bad Hersfeld	CDU
Starzacher, Karl	Lich-Langsdorf	SPD
Stöckl, Radko	Melsungen	SPD ²⁸
Dr. Streletz, Haidi	Heusenstamm	SPD
Sturmowski, Georg	Groß-Gerau	CDU
Trautmann, Christel	Darmstadt	SPD
Treber, Dirk	Mörfelden-Walldorf	GRÜNE ²⁹
Troeltsch, Walter	Marburg a.d. Lahn	CDU
Vielhauer, Jochen	Frankfurt am Main 1	GRÜNE ³⁰
Wagner (Eschwege), Erika	Eschwege	SPD
Wagner (Darmstadt), Ruth	Darmstadt	F.D.P.
Weber, Josef	Burghaun 1	CDU
Weghorn, Eberhard	Steinau an der Straße	F.D.P.
Weimar, Karlheinz	Weilburg-Odersbach	CDU
Weiss, Gerald	Rüsselsheim	CDU
Welteke, Ernst	Oberursel/Ts.	SPD

²⁶ Mandat niedergelegt am 16. April 1985; Nachfolger Abg. Boppel.

²⁷ Nachfolger für Abg. Keil ab 15. Januar 1985.

²⁸ Verstorben am 23. Januar 1984; Nachfolger Abg. Rausch.

²⁹ Mandat niedergelegt am 15. April 1985; Nachfolger Abg. Vielhauer.

³⁰ Nachfolger für Abg. Treber ab 15. April 1985.

28. September

Name, Vorname	Wohnort	Fraktion
Wenderoth, Gerhard	Frankfurt am Main 50	CDU
Wilke, Otto	Diemelsee 1, OT Adorf	F.D.P.
Windfuhr, Wolfgang	Kassel	CDU
Winterstein, Horst	Hattersheim am Main 1	SPD
Zabel, Günter	Michelstadt	SPD

Tag der Konstituierung	13. Oktober 1983
Alterspräsident	Karl Leinbach (SPD)
Vorläufige Schriftführer	Iris Blaul (GRÜNE) Dr. Jürgen Dieter (SPD)
Präsident	Dr. Erwin Lang (SPD) ³¹
Vizepräsidenten	Jochen Lengemann (CDU) ³² Alfred Schmidt (F.D.P.) ³² Roland Kern (GRÜNE) ^{32 33} Bernd Messinger (GRÜNE) ³³ Radko Stöckl (SPD) ^{32 34} Karl-Heinz Ernst (SPD) ³⁴

³¹ Wahl am 13. Oktober 1983; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 11/12.

³² Wahl am 13. Oktober 1983; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 13/14.

³³ Abg. Kern schied am 19. April 1985 aus dem Landtag aus. Am 9. Mai 1985 wurde Abg. Messinger zu seinem Nachfolger als Vizepräsident gewählt. Sten.Ber., 46. Sitzung, S. 2557/2558.

³⁴ Abg. Stöckl verstarb am 23. Januar 1984. Am 21. Februar 1984 wurde Abg. Ernst zu seinem Nachfolger als Vizepräsident gewählt; Sten.Ber., 9. Sitzung, S. 508.

Schriftführer

Heinz Fraas (SPD) ³⁵
Otti Geschka (CDU) ³⁵
Wolfgang von Heusinger (CDU) ³⁵
Rudolf Hilfenhaus (SPD) ³⁵
Dietrich Meister (CDU) ³⁵
Hermann Schoppe (CDU) ³⁵
Christel Trautmann (SPD) ³⁵
Erika Wagner (SPD) ³⁵

Fraktionen

SPD: 51 Mitglieder

Vorsitzende:
Horst Winterstein ³⁶
Ernst Welteke ³⁷

CDU: 44 Mitglieder

Vorsitzender:
Gottfried Milde

F.D.P.: 8 Mitglieder

Vorsitzender:
Dr. Wolfgang Gerhardt

GRÜNE: 7 Mitglieder

Vorsitzende:
Iris Blaul ³⁸
Jochen Vielhauer ³⁹

³⁵ Wahl am 13. Oktober 1983; Sten.Ber., 1. Sitzung, S. 14.

³⁶ Abg. Winterstein war vom Beginn der Wahlperiode bis 26. Juni 1984 Vorsitzender.

³⁷ Abg. Welteke ist seit 26. Juni 1984 Vorsitzender.

³⁸ Abg. Blaul war vom Beginn der Wahlperiode bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Landtag am 10. April 1985 Vorsitzende.

³⁹ Abg. Vielhauer ist seit seinem Eintritt in den Landtag am 15. April 1985 Vorsitzender.

Sitzungen	Erste Plenarsitzung: 13. Oktober 1983 Bisher 84 Plenarsitzungen ⁴⁰
Stenographische Berichte	Wortprotokolle, veröffentlicht als "Plenarprotokolle", bisher 4993 Seiten. ⁴⁰
Direktor beim Landtag	Dieter Felix Lessle

⁴⁰ Bis zum 30. Juni 1986

III.

Biographien

der Mitglieder und Vorsitzenden
des Beratenden Landesausschusses,

der Mitglieder der
Verfassungberatenden Landesversammlung
Groß-Hessen

und

der Mitglieder des
Hessischen Landtags, 1.-11. Wahlperiode

Vorbemerkung

Die Biographien beruhen im wesentlichen auf den Angaben, die die Abgeordneten bei ihrem Eintritt ins Parlament für dessen Verwaltung und später auch für die amtlichen Handbücher gemacht haben. Nur bei fehlenden Angaben von Abgeordneten der Frühzeit wurde anderweitig recherchiert.

Es wurde versucht, die Daten - soweit möglich - auf die Bereiche

- persönlicher und beruflicher Werdegang;
- Mitgliedschaft und Funktionen in Parteien, Verbänden und Vereinen;
- Mitgliedschaft in Parlamenten aller Ebenen;
- Mitgliedschaft und wesentliche Funktionen im Hessen-Parlament 1946 - 1986

zu systematisieren.

Ausschußvorsitze, Arbeitskreis- und Sprecherfunktionen, Auszeichnungen und Publikationen der Abgeordneten wurden wegen bisher nur unvollständiger Verzeichnung in den Unterlagen der Landtagskanzlei nicht berücksichtigt.

Die Abkürzungen hinter den Namen beziehen sich auf die Partei- und Fraktionszugehörigkeiten während der Mitgliedschaft im Hessen-Parlament.

Achenbach, Heinrich CDU

Geboren am 2.6.1881 in Niederdieten (Biedenkopf/Lahn). Volksschule, Maurerlehre. 1898 bis 1913 als Maurer und Maurerpolier im Rheinland und in Westfalen tätig. 1913 bis 1922 Sekretär der Verwaltungsstelle Gießen des Christlichen Bauarbeiterverbandes. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1922 bis 1930 Geschäftsführer der Bauproduktions-Genossenschaft Siegen. 1930 bis 1933 arbeitslos. Seit 1934 wieder im erlernten Beruf tätig.

1908 Mitbegründer des Christlichen Bauarbeiterverbandes im Siegerland, Zahlstellen- und Verwaltungsstellenvorsitzender.

Seit 1945 Mitglied der CDU. Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Biedenkopf.

Mitglied des Kreistags (Demokratische Arbeitsgemeinschaft, Fraktionsvorsitzender) ab 1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 3.7.1966.

Ackermann, Georg SPD

Geboren am 4.5.1897 in Darmstadt.

Volks- und Fortbildungsschule. Zigarrenmacher, in Selbstausbildung Kaufmann. Bis 1925 in der Zigarrenindustrie und von 1925 bis 1928 als Kaufmann im Baugewerbe tätig. 1928 bis 1933 Angestellter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. 1933 aus politischen Gründen entlassen. Stundenbuchhalter und Helfer in Steuersachen. - Vom 2.4.1951 bis Mai 1963 Landrat des Kreises Erbach (Odenwald).

Mitglied von Gemeinde- und Kreisvertretungen von 1920 bis 1933.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 9.2.1949 bis 4.4.1964.

Verstorben am 4.4.1964.

Altwein, Erich F.W. SPD

Geboren am 22.3.1906 in Höchst am Main.

1912 bis 1922 Volks-, Real- und Handelsschule, sowie Kurse an der Volkshochschule in Höchst am Main. 1922 bis 1924 Lehrling in einem Bankinstitut. Seit 1924 kaufmännische Tätigkeit in mehreren deutschen Unternehmen der Großindustrie; Prokurist und Personalleiter der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Roessler, Frankfurt am Main.

Seit 1924 Mitglied der SPD.

Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 24.2.1948 bis 7.9.1949.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Amend, Rudolf CDU

Geboren am 24.12.1891 in Runkel (Lahn).

Volksschule, Oberrealschule. Studium an den Universitäten Freiburg, Marburg und München. Jurist. - 1945 bis Mai 1948 Bürgermeister in Runkel. - Vorsitzender der Spruchkammer Oberlahn.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 30.6.1968.

Apel, Wilhelm SPD

Geboren am 25.5.1905 in Ellrich (Harz).

1923 bis 1933 Verwaltungsbeamter, danach in der Emigration (Saargebiet, Frankreich) als Bautechniker tätig. 1946 hauptamtlicher Parteisekretär der SPD. 1947 Mitglied im Direktorium des Süddeutschen Länderrats in Stuttgart. 1948 Hessischer Bevollmächtigter bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main. 1949 bis 1963 Hessischer Bevollmächtigter beim Bund in Bonn.

Vor 1933 Funktionär der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Seit 1945 Mitglied des Parteivorstandes der SPD Frankfurt am Main.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone vom 10.3.1947 bis September 1947.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.4.1950.

Verstorben am 4.8.1969.

Appelmann, Karl SPD

Geboren am 24.1.1915 in Offenbach am Main.

Volksschule. Lehre als Werkzeugdreher. 1929 bis 1933 Gewerkschaftsjugend. 1936 aus politischen Gründen verhaftet. 1941 bis 1943 Ingenieurstudium. 1944 Staatsexamen als Maschinenbau-Ingenieur. Anschließend

als Teilkonstrukteur tätig. 1946 bis 1947 Fachvermittler beim Arbeitsamt in Offenbach. 1947 bis 1956 leitender Ingenieur der städtischen Wasserwerke in Offenbach am Main. - 1956 bis 1980 Bürgermeister in Offenbach am Main.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1962.

Arndgen, Josef CDU

Geboren am 24.2.1894 in Rheydt.

Volksschule. Stukkateurlehre. 1911 bis 1914 Arbeiter in einer Schuhfabrik. 1914 bis 1917 Kriegsdienst, 1917 schwer verwundet. Betriebsleiter des Zentralverbandes Christlicher Lederarbeiter. 1925 bis 1932 Redakteur der Deutschen Lederarbeiterzeitung. Leiter des DGB in Hessen und Hessen-Nassau. Mitglied des Verwaltungsrates der Landesversicherungsanstalt und des Landesarbeitsamtes in Hessen. 1932 bis 1933 Vorsitzender des Zentralverbandes Christlicher Lederarbeiter; 1933 entlassen, politisch verfolgt, zweimal verhaftet. 1933 bis 1945 Lebensmittelkaufmann. - Vom 6.1.1947 bis 1.11.1949 Hessischer Minister für Arbeit und Wohlfahrt.

1945 Mitwirkung beim Wiederaufbau der Gewerkschaften und bei der Gründung der CDU in Hessen. Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU. 1952 bis 1957 Bundesbeauftragter für die Durchführung der Wahlen in der Sozialversicherung.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 17.10.1965.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 7.11.1949.

Verstorben am 20.9.1966.

Arndt, Rudi SPD

Geboren am 1.3.1927 in Wiesbaden.

Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Erstes und zweites juristisches Staatsexamen. 1953 bis 1956 Referent für Jugendrecht und Bundesjugendplan im Innenministerium. - Vom 16.9.1964 bis 16.12.1970 Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr. - Vom 17.12.1970 bis 6.4.1972 Hessischer Minister der Finanzen und stellvertretender Ministerpräsident. - Von April 1972 bis 1977 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. - Seit 1977 Rechtsanwalt.

Seit 1945 Mitglied der SPD. 1948 bis 1954 Vorsitzender der Sozialisti-

schen Jugend. 1962 bis 1967 zweiter Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Seit 1962 Mitglied des Landesvorstandes der SPD. - Von 1973 bis 1977 Präsident des Hessischen Städtetages. - Aufsichtsrat und Aufsichtsratsvorsitzender in mehreren Energiegesellschaften. Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1952 bis 1956. Direktor (nebenamtlich) des Umlandverbandes Frankfurt am Main. Mitglied des Europäischen Parlaments seit 17.7.1979. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments seit 17.7.1984. Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 6.10.1964 bis 17.12.1970, Mitglied vom 17.12.1970 bis 6.4.1972. 1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 25.9.1956 bis 6.4.1972. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 17.10.1961 bis 7.9.1964.

Dr. Arnold, Ernst FDP

Geboren am 31.3.1903 in Giebringhausen (Regierungsbezirk Kassel). Verheiratet, fünf Kinder.

Volksschule, Bürgerschule, Oberrealschule. 1921 Reifeprüfung. Ein Jahr im elterlichen Landwirtschaftsbetrieb. Ingenieurvolontär bei der Lokomotivfabrik Henschel & Sohn, Kassel. 1922 Studium der Chemie und Tierheilkunde an der Universität Gießen. 1926 tierärztliches Staatsexamen. 1927 zum Dr. med. vet. promoviert. Ab April 1927 Tierarzt in Wanfried. 1937 Veterinärprüfung in Preußen. Ab April 1946 Regierungsveterinär des Kreises Ziegenhain und ab April 1949 in Korbach/Waldeck.

Jugendringleiter und Mitglied des 'Engeren Ausschusses' der Studentenschaft als studentischer Vorsitzender der Studienhilfe e.V.; 1929 Mitglied des 'Stahlhelm'; 1934 SA und 1937 NSDAP. Wegen Mitgliedschaft der 'Bekennenden Kirche' sieben Monate Lager. Nach dem Kriege Mitglied der Landessynode der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen und Waldeck.

Vorsitzender der FDP-Fraktion Ziegenhain 1948. Kreisdeputierter bzw. Erster Beigeordneter des Kreises Waldeck 1950.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1957.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 26.4.1956 bis 30.11.1958.

Verstorben am 6.12.1966.

Arnoul, Wilhelm SPD

Geboren am 16.9.1893 in Neu-Isenburg.

Volksschule, Höhere Schule. Kaufmann. Funktionär der SPD. - 1924 bis 1933 Bürgermeister der Stadt Neu-Isenburg. - 1946 bis 1950 Landrat des Landkreises Offenbach am Main. - 1950 bis 1961 Regierungspräsident in Darmstadt.

Stadtverordneter in Neu-Isenburg von 1919 bis 1924.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 11.3.1933 bis 3.4.1933.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone vom 10.3.1947 bis 30.9.1949.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950 und vom 1.12.1954 bis 27.3.1964.

Verstorben am 27.3.1964.

Auth, Ferdinand SPD

Geboren am 26.8.1914 in Niederkalbach.

Volks- und Staatsbauschule. Meisterprüfung im Maurerhandwerk. Staatsexamen als Hochbauingenieur. 1936 bis 1938 Wehrdienst, 1939 bis 1945 Kriegsdienst, verwundet. Seit 1946 technischer Angestellter bei der Hessischen Staatsbauverwaltung.

Seit 1929 Mitglied der SPD. 1958 bis 1969 Vorsitzender des Unterbezirks Fulda. Seit 1969 Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Nord. - 1954 bis 1960 Vorsitzender des Betriebsräteausschusses der Hessischen Staatsbauverwaltung, 1960 bis 1962 Mitglied des Hauptpersonalrats beim Hessischen Minister der Finanzen.

Gemeindevertreter in Niederkalbach von 1948 bis 1952; ehrenamtlicher Bürgermeister von 1952 bis 1972; nach 1972 Ortsvorsteher. - Kreisbeigeordneter des Kreises Fulda von 1952 bis 1968; Mitglied des Kreistags ab 1968; Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1974.

Bachmann, Eugen CDU

Geboren am 20.2.1913 in Pforzheim.

Volksschule, Höhere Handelsschule, Landwirtschaftsschule. Selbständiger Landwirt.

Vorstandsmitglied der Molkereigenossenschaft Fürth (Odenwald), der Bezirkssparkasse Heppenheim, des Gebietsausschusses Bergstraße-Odenwald-Ried-Neckartal im Landesverkehrsverband Hessen. Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Bergstraße. Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Wald-Michelbach von 1948 bis 1975. - Mitglied des Kreistags Bergstraße von 1950 bis 1956. Kreisbeigeordneter ab 1956. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 9.4.1962. Verstorben am 29.4.1975.

Bachmann, Karl CDU

Geboren am 15.10.1911 in Kassel.
Abitur. Kurhessische Verwaltungsakademie. Verwaltungsdienst in der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck und im Gesamtverband der Evangelischen Kirchengemeinden in Kassel. - 1966 bis 1972 hauptamtlicher Stadtrat in Frankfurt am Main.
1959 bis 1966 CDU-Kreisvorsitzender Kassel-Stadt und Mitglied im Landesvorstand Hessen der CDU.
Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1956 bis 14.11.1960 und vom 1.11.1964 bis 18.11.1964, ehrenamtlicher Stadtrat vom 14.11.1960 bis 20.6.1966.
1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.

Bachmann, Wilhelm SPD

Geboren am 5.10.1924 in Kassel.
Volks- und Berufsschule. Lehre als Kraftfahrzeugmechaniker. Tätigkeit als Prüfer im VW-Werk.
Mitglied des Bezirksausschusses und des Arbeitnehmersausschusses der SPD Hessen-Nord. - Betriebsratsvorsitzender. Obmann der IG Metall. Arbeitsrichter.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1974.

Badeck, Georg CDU

Geboren am 28.10.1938 in Frankfurt am Main-Höchst. Verheiratet, zwei Kinder.
Volksschule. 1953 bis 1956 Betriebsschlosserlehre in der Hoechst AG, Betriebsschlosser bei der Hoechst AG.

Vier Jahre Jugendvertreter, Mitglied des Betriebsrates, des Gesamtbetriebsrates und des Wirtschaftsausschusses; seit 1967 freigestelltes Betriebsratsmitglied, seit 1968 Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

Mitglied der IG Chemie und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB). Bundesvorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft von 1961 bis 1964, Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialausschüsse seit 1969. Mitglied und stellvertretender Vorsitzender sowie ab Oktober 1984 Vorsitzender des Landes- und Kreisvorstandes der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Hessen. Mitglied des Kreisvorstandes der CDU.

Stadtverordneter in Flörsheim seit 1964. Mitglied des Kreistags des Main-Taunus-Kreises seit 1968.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 9.11.1978.

Bareiter, Franz FDP

Geboren am 30.1.1903 in Steinheim (Regierungsbezirk Darmstadt).

Volksschule, Handelsschule, kaufmännische Ausbildung, vier Semester Maschinenbauschule (Gasthörer). Bis 1939 einschlägige berufliche Tätigkeit. Von 1939 bis 1945 Soldat. Nach 1945 Wiederaufbau der durch die Kriegereignisse in Pommern verlorengegangenen Existenzgrundlage.

Vor 1945 kein Mitglied in irgendeiner Partei gewesen. - Ehrenamtlicher Verwaltungsrichter.

Gemeindevertreter von 1948 bis 1952. Kreistagsabgeordneter ab 1950. Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Steinheim von 1952 bis 1974. Am 31.1.1968 zum Städtältesten ernannt.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1961.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.10.1957 bis 30.11.1958.

Verstorben am 11.6.1985.

Dr. Bartelt, Christian CDU

Geboren am 5.6.1931 in Wulflatzke (Pommern). Verheiratet, ein Kind.

Abitur. 1951 bis 1955 Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und Marburg, 1955 Referendarexamen, 1959 zum Dr.jur. promoviert (Marburg), 1962 Assessorexamen. 1955 bis 1967 (mit Unterbrechungen, teilweise neben der Berufstätigkeit) volkswirtschaftliche Studien in

Marburg, Graz, London und Mainz. 1963 bis 1970 Beamter im Hessischen Wirtschaftsministerium. Seit 1.6.1984 Geschäftsführer der Messe Frankfurt GmbH.

Stadtverordneter in Wiesbaden von 1970 bis 1974.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 5.6.1984. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 15.10.1980 bis 5.6.1984.

Barthels, Adam KPD

Geboren am 16.9.1897 in Besse (Kreis Fritzlar-Homberg).

Landwirt in Besse.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 6.8.1979.

Bauer, Hermann LDP

Geboren am 27.6.1897 in Marburg an der Lahn.

Buchdrucker, Druckereibesitzer in Marburg an der Lahn.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Bauer, Leopold KPD

Geboren am 18.12.1912 in Skalat (Ukraine).

Werkstudent in Berlin (Jura und Nationalökonomie). 1933 Ausschluß vom Studium. 1933 mehrere Monate verhaftet, anschließend nach Frankreich emigriert. 1936 bis 1939 beigeordneter Sekretär des Hohen Kommissars des Völkerbundes für Flüchtlingswesen. 1939 in Frankreich verhaftet. 1940 Flucht in die Schweiz. 1942 bis 1944 19 Monate Einzelhaft in Genf, danach Lagerhaft. - 1949 Chefredakteur beim Deutschlandsender in Ost-Berlin, 1950 entlassen und verhaftet. 1952 durch sowjetisches Militärgericht als 'US-Spion' zum Tode verurteilt; zu 25 Jahren Lager in Sibirien begnadigt. 1955 in die Bundesrepublik abgeschoben. Ab 1959 journalistische Tätigkeit.

1928 Eintritt in die SPD, 1932 Übertritt zur KPD, nach 1955 wieder SPD-Mitglied. - 1945 bis 1949 Mitglied der Landesleitung der KPD Hessen.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Vorsitzender der KPD-Fraktion vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen

vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Vizepräsident vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Vorsitzender der KPD-Fraktion vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.6.1949. - Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion vom 1.12.1946 bis 30.6.1949. Verstorben am 18.9.1972.

Bauer, Wilhelm CDU

Geboren am 4.12.1890 in Wiesbaden.

Mittelschule. Lehre als Spengler und Installateur. Kriegsteilnehmer. 1920 Meisterprüfung, Obermeister, Kreishandwerksmeister, Landesinnungsmeister.

Ehrenämter in der Handwerksorganisation: Präsident des Zentralverbandes des Installateur-Handwerks, Vizepräsident der Union internationale installations sanitaires, Mitglied des Handwerksrates des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Seit 1945 Mitglied der CDU.

Ehrenamtlicher Stadtrat in Wiesbaden von 1946 bis 1948.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 25.2.1948 bis 30.11.1950 und vom 3.7.1951 bis 30.11.1958.

Verstorben am 8.2.1965.

Baumann, Heinrich SPD

Geboren am 16.2.1930 in Roßdorf.

1949 Abitur. 1949 bis 1952 Ausbildung und Tätigkeit als Redakteur beim 'Darmstädter Echo'. 1952 bis 1956 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt am Main. 1956 Diplom-Volkswirt. 1956 bis 1961 politischer Redakteur beim 'Darmstädter Echo'. 1961 bis 1967 Pressereferent des Hessischen Ministers des Innern, seit 1962 zugleich Fachreferent in der Landesplanungsabteilung. 1968 Bezirksplaner beim Regierungspräsidenten Darmstadt. - 1973 bis 1977 Landrat des Kreises Darmstadt. 1981 Vorstandsmitglied der HEGE-MAG in Darmstadt.

Seit 1951 Mitglied der SPD.

Gemeindevertreter seit 1956. Mitglied des Kreistags Darmstadt Land von 1960 bis 1973 und seit 1977; Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1964 bis 1973 und von 1977 bis 1981.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1965 bis

31.7.1969. Vorsitzender der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg.
1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 17.4.1968 bis 2.5.1973.

Baumgarten, Oskar CDU

Geboren am 24.9.1908 in Ritzelshof (Kreis Fulda).
Volksschule, landwirtschaftliche Fachschule. Selbständiger Landwirt.
Ab 1954 ca. 30 Jahre Kreislandwirt. Mitglied des Vorstands und des Präsidiums des Bauernverbandes. In allen führenden Gremien des bäuerlichen Berufsstandes tätig.
Seit 1952 Mitglied der CDU.
Mitglied des Kreistags des Kreises Fulda.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1970.

Bayer, Heinz SPD

Geboren am 19.8.1926 in Rehau (Oberfranken). Verheiratet, vier Kinder.
Volksschule, Aufbauschule, Verwaltungsfachschule, Verwaltungsdienst-anfänger. Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. 1947 DGB-Jugendsekretär für den Kreis Gifhorn. 1948 parlamentarischer Assistent beim Verkehrsausschuß des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main. 1949 bis 1954 Beamtensekretär bei der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, seit 1955 Geschäftsführer und Erster Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Frankfurt am Main.
Seit 1947 Mitglied der SPD. - Vorsitzender des Bundes für Volksbildung in Frankfurt am Main-Höchst. - Jugendschöffe.
Stadtverordneter und Ortsbeirat in Frankfurt am Main von 1971 bis 1973.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 11.4.1972 bis 30.11.1978.

Bayha, Richard CDU

Geboren am 15.3.1929 in Altenhaßlau. Verheiratet, drei Kinder.
Volksschule, Handelsschule, Ackerbauschule Stuttgart-Hohenheim.
Landwirtschaftsmeister. Tätig in landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Unternehmungen.
Mitbegründer des Bundes der Großhessischen Landjugend. Ab 1958 Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Gelnhausen. 1962 bis 1964 Kreislandwirt. - Vorsitzender im Aufsichtsrat der Zentra Vereinigte

Milchwerke GmbH. Präsident der Deutschen Gesellschaft für Agrar- und Umweltpolitik e.V. - Seit 1954 Mitglied der CDU. Mitglied des Landesvorstandes der CDU seit 1972. Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses der CDU Hessen seit 1972.

Mitglied des Gemeindevorstands Altenhaßlau während 12 Jahren. Mitglied des Kreistags Gelnhausen von 1964 bis 1965.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 14.12.1976.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 13.12.1976.

Beck, Heinrich CDU

Geboren am 8.4.1911 in Essen-Borbeck.

Volksschule, Berufsschule, Volkshochschule, Soziales Seminar in Köln. 1933 bis 1939 Verbandssekretär der Deutschen Kolpingfamilie, bis 1946 Reichssenior. 1939 bis 1940 Betriebsleiter. 1940 bis 1945 Wehrdienst. Leiter des Wohlfahrts- und Jugendamtes Hünfeld. - 1946 bis 1973 Landrat in Hünfeld. 1973 bis 1977 Erster Beigeordneter des Kreises Hünfeld. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kreiswohnungs- und Siedlungsgesellschaft Hünfeld. Mitglied des Aufsichtsrats der Kurhessischen Wohnungsbau-gesellschaft Kassel und der Überlandwerke Fulda AG. Stellvertretender Vorsitzender des Landesfilmdienstes, der Beamtenversorgungskasse Hessen und des Vorstandes der Heimvolkshochschule Fürsteneck. Seit 1948 Mitglied des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes Hessen.

Seit 1945 Mitglied der CDU. Stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU für den Kreis Hünfeld. Mitglied des CDU-Landesvorstandes und des CDU-Bundesausschusses.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1957 bis 1.3.1967 und vom 1.8.1973 bis 31.10.1981; Vizepräsident vom 1.8.1973 bis 31.10.1977.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970.

Dr. Becker, Max LDP FDP

Geboren am 25.5.1888 in Kassel.

Gymnasium. 1906 bis 1909 Studium der Rechtswissenschaften und Na-

tionalökonomie in Grenoble, Berlin, Halle und Marburg. 1910 Promotion zum Dr. jur., 1913 Rechtsanwalt, 1921 Notar in Hersfeld. Teilnahme am Ersten Weltkrieg.

Seit 1909 politische Betätigung, zunächst in der jungliberalen Bewegung, dann in der Deutschen Volkspartei. Seit 1945 Mitglied der LDP, später FDP.

Mitglied des Kreistags Hersfeld von 1919 bis 1921 und ab 1946. Mitglied des Magistrats der Stadt Hersfeld ab 1946.

Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel und des Provinziallandtags Hessen-Nassau von 1922 bis 1933; Präsident des Kommunallandtags vom 21.1.1930 bis 14.10.1930.

Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948/49.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 29.7.1960. Bundestags-Vizepräsident vom 4.7.1956 bis 29.7.1960. - Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates 1950, der Ad-hoc-Versammlung (für die Ausarbeitung eines Vertrages für eine europäische Verfassung) 1952 und der Versammlung der Westeuropäischen Union nach 1955.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 9.12.1949.

Verstorben am 29.7.1960.

Beckmann, Ruth CDU

Geboren am 5.2.1925 in Essen. Verheiratet, zwei Kinder.

1931 bis 1941 Volksschule, Realschule, Mittlere Reife. 1941 bis 1943 Pflichtjahr, Arbeitsdienst. 1943 Besuch der Lehranstalt für medizinisch-technische Assistentinnen in Berlin. 1944 Examen. 1951 bis 1954 Sachbearbeiterin beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamter, Arbeiter und Angestellten im Deutschen Beamtenbund. Mitglied des CDU-Landesvorstandes von 1967 bis 1981. Stellvertretende Vorsitzende des CDU-Stadtkreisverbandes Frankfurt am Main seit 1971. Mitglied des Familienpolitischen Beirats des Deutschen Familienverbandes.

Stadtverordnete in Frankfurt am Main von 1964 bis 1970.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1969 bis 31.10.1981.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 4.8.1983.

Benz, Peter SPD

Geboren am 10.9.1942 in Darmstadt. Verheiratet, ein Kind.
Volksschule in Darmstadt-Arheilgen, Abitur an der Georg-Büchner-Schule. 1963 bis 1968 Studium in Frankfurt am Main (Germanistik, Politologie, Philosophie und Soziologie), 1969 bis 1970 Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien in Dieburg und Darmstadt. 1970 Studienrat an der Justus-Liebig-Schule in Darmstadt, später an dem Oberstufengymnasium Bertholt-Brecht-Schule. - Mitglied verschiedener örtlicher pädagogischer Planungsgruppen. - 1976 bis 1983 Stadtrat in Darmstadt. - Seit November 1983 Bürgermeister in Darmstadt.
Stadtverordneter in Darmstadt von 1968 bis 1976; SPD-Fraktionsvorsitzender von 1973 bis 1976.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 8.12.1976.

Berghäuser, Hans SPD

Geboren am 21.10.1919 in Oberndorf (Kreis Wetzlar).
Volks- und Berufsschule, Optikerlehre, REFA-Ausbildung. Seit 1.1.1958 freigestellter Betriebsratsvorsitzender. Vorsitzender der Vertreterversammlung des Landesverbandes der Betriebskrankenkassen in Hessen. Vorsitzender des Ausschusses für Arbeitnehmerfragen beim SPD-Bezirk Hessen-Süd.
Kreistagsabgeordneter von 1964 bis 1976; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1974.

Prof. Dr. Bergsträßer, Ludwig SPD

Geboren am 23.2.1883 in Altkirch (Oberelsaß).
Studium der Geschichte in Heidelberg, München, Leipzig, Paris. Promotion 1906 in Heidelberg. 1910 Privatdozent, 1916 Professor, 1920 Archivrat, 1923 Oberarchivrat. 1924 bis 1927 Verfasser außenpolitischer Leitartikel des demokratischen Zeitungsdienstes. 1928 Dozent für Politik an der Universität Frankfurt, 1933 entlassen. 1945 Honorarprofessor für Politik an der Universität Frankfurt am Main. - 1936 bis 1939 illegale Tätigkeit in Frankreich und England, seit 1939 in Verbindung mit Wilhelm Leuschner und seinem Kreis. Am 21.4.1945 durch die amerikanische Militärregierung als Präsident der Provinz Starkenburg eingesetzt, am 30.6.1945 für Oberhessen und ab 8.8.1945 für den ganzen Volksstaat Hessen. - Regierungspräsident in Darmstadt von 1946 bis 1948.

1919 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1930 der SPD.
Mitglied des Deutschen Reichstags vom 4.5.1924 bis 31.3.1928.
Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948/49.
Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 7.9.1953.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 19.10.1949.
Verstorben am 23.3.1960.

Dr. Best, Werner SPD

Geboren am 7.6.1927 in Waldgirmes. Verheiratet, zwei Kinder.
Oberschule. 1944 Soldat, nach Entlassung aus Kriegsgefangenschaft Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1954 große juristische Staatsprüfung. 1956 Promotion zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften. Seit 1957 Rechtsanwalt in Wetzlar. - 1965 bis 1970 Landrat in Wetzlar. - Vom 17.12.1970 bis 8.10.1973 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt.
Mitglied des Kreis- und Unterbezirksvorstandes der SPD. - Seit 1984 Landesvorsitzender des Bundes für Vogelschutz in Hessen.
Gemeindevertreter in Waldgirmes. Mitglied des Kreistags des Kreises Wetzlar von 1956 bis 1965.
Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 17.12.1970 bis 17.10.1973.
1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1978. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 21.10.1969 bis 8.12.1970, stellvertretender Vorsitzender vom 7.12.1974 bis 30.11.1978.

Beucker, Frank SPD

Geboren am 10.2.1942 in Schwelm (Ennepe-Ruhr-Kreis). Verheiratet, zwei Kinder.
Abitur. Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen. 1968 Diplom-Sozialwirt. Seit 1968 Angestellter bei den Wiesbadener Stadtwerken.
Seit 1966 Mitglied der SPD. 1971 bis 1973 Vorsitzender der Wiesbadener Jungsozialisten. 1974 Mitglied des Bezirksvorstandes der südhessischen Jungsozialisten. Seit 1975 Vorsitzender der Wiesbadener SPD.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Bielefeld, Hanns-Heinz FDP F.D.P. FL

Geboren am 9.12.1918 in Duisburg-Hamborn. Verheiratet, ein Kind. Realgymnasium, Banklehre, Verwaltungsprüfung. 1939 bis 1945 Arbeits- und Wehrdienst, viermal verwundet, Kriegsgefangenschaft. Seit November 1945 im öffentlichen Dienst tätig. Seit 1947 büroleitender Beamter bei der Stadtverwaltung Bad Schwalbach. - Bürgermeister der Stadt Schlitz von 1960 bis 1970. - Vom 17.12.1970 bis 19.10.1976 Hessischer Minister des Inneren.

Mitglied des Landesvorstandes der F.D.P., Vorsitzender des kommunalpolitischen Landesausschusses der F.D.P., Mitglied des Präsidiums des F.D.P.-Landesverbandes Hessen, Vorsitzender des F.D.P.-Kreisverbandes Wiesbaden. Am 7.7.1978 Austritt aus der F.D.P.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 17.12.1970 bis 20.10.1976.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1970 und vom 1.12.1974 bis 30.11.1978; 'ruhendes' Mandat vom 5.2.1975 bis 20.10.1976.

Bläsing, Anneliese NPD

Geboren am 2.6.1923 in Malsfeld (Kreis Melsungen).

Volksschule. 1937 bis 1939 kaufmännische Lehre, danach kaufmännische Angestellte in Großindustrie. Ab 1940 Sekretärin in Großindustrie. 1953 bis 1957 Sekretärin im Deutschen Bundestag.

Gründungsmitglied der NPD, Landesfrauenreferentin.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970.

Blaul, Iris GRÜNE

Geboren am 24.12.1955 in Worms.

1974 neusprachliches Abitur. 1974 bis 1979 Studium der Heil- und Sonderpädagogik, Fachrichtung Sprachheil- und Verhaltensgestörtenpädagogik sowie Sozialkunde an der Philipps-Universität Marburg. Erste Staatsprüfung und Diplom; Referendariat an einer Lernbehindertenschule, zweites Staatsexamen. Danach keine Lehrerstelle, zeitweise Sprachtherapie in Kindertagesstätten.

Seit der Schulzeit freiwillige Arbeit in 'Sozialen Brennpunkten', Jugendarbeit und Förderung ausländischer Schüler; workcamps in Asien, Afrika und der Türkei. Mitglied der Anti-Gift-Initiative Frankfurt am Main.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 10.4.1985. - Vorsitzende der GRÜNEN-Landtagsfraktion vom 1.12.1982 bis 10.4.1985.

Bleek, Karl Theodor LDP FDP

Geboren am 19.3.1898 in Kirn (Nahe).

Gymnasium. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer, danach Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Marburg. 1925 Regierungsassessor am Landratsamt Rathenow. 1927 bis 1932 Regierungsrat in der Kommunalabteilung des Preußischen Ministeriums des Innern. - Ab Mai 1932 bis Mai 1933 Landrat in Arnswalde (Neumark). Im Mai 1933 in einstweiligen Ruhestand versetzt. 1933 bis 1939 Regierungsrat in Stade, Arnberg und Breslau. 1939 bis 1945 Stadtkämmerer in Breslau. - Ab Juni 1946 bis 1951 Oberbürgermeister von Marburg. - 1951 bis 1957 Staatssekretär beim Bundesminister des Innern in Bonn. 1957 bis 1961 Chef des Bundespräsidialamtes in Bonn.

Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bzw. ihrer Vorgängerinnen von 1909 bis 1933, seit 1945 Mitglied der LDP. Vorsitzender der LDP Marburg, des Bezirksvorstandes Marburg der LDP und Mitglied des LDP-Landesverbandes 1950.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 9.10.1951. - Vorsitzender der LDP- bzw. FDP-Landtagsfraktion vom 26.6.1947 bis 9.10.1951.

Verstorben am 15.12.1969.

Blodt, Willi SPD

Geboren am 4.11.1929 in Wolfskehlen.

Volksschule. Verwaltungslehre, 1949 bis 1953 Verwaltungsschule, erste und zweite Verwaltungsprüfung, 1954 bis 1960 Kreisjugendpfleger. - 1960 bis 1970 Bürgermeister in Wolfskehlen. - Seit 16.3.1970 Landrat des Kreises Groß-Gerau.

Seit 1946 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV. Landesvorsitzender der ÖTV-Jugend und Mitglied des Bundesjugendausschusses. - Seit 1949 Mitglied der SPD. SPD-Kreisvorsitzender von 1962 bis 1970.

Stadtverordneter in Groß-Gerau von 1956 bis 1960. - Mitglied des Kreistags Groß-Gerau von 1960 bis 1964; stellvertretender Vorsitzender und

Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1963 bis 1964. Mitglied des Kreis Ausschusses Groß-Gerau von 1964 bis 1970.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970.

Blum, Wilhelm CDU

Geboren am 4.8.1894 in Oberfeld.

Volksschule. Lehre als Buchdrucker, Gehilfenjahre, Handels- und Kunstgewerbeschule, Meisterprüfung, anschließend Faktor, Handelsbevollmächtigter. Ab 1931 technischer Betriebsleiter, 1945 Geschäftsführer.

Bis 1933 politisch tätig bei der Zentrumspartei. Seit 1945 Mitglied der CDU. - Arbeitsrichter.

Ehrenamtlicher Erster Kreisbeigeordneter des Kreises Fulda.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1962 und vom 19.10.1965 bis 30.11.1966.

Verstorben am 29.11.1972.

Blumenstiel, Georg SPD

Geboren am 19.2.1928 in Lauterbach. Verheiratet, ein Kind.

Volksschule. Lehre bei der hessischen Wasserwirtschaftsverwaltung, Abschluß als Kulturbautechniker. 1945 Kriegsteilnehmer. Tätigkeit als Kulturbautechniker bis 1953 bei der Wasserwirtschaftsverwaltung, bis 1964 Bautechniker beim Stadtbauamt Lauterbach. Weiterbildung im Fach Tiefbau bei einer Studiengemeinschaft. Wechsel in die private Bauwirtschaft.

Mitglied in der Gewerkschaft ÖTV, seit 1952 in der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden. Seit 1956 Mitglied der SPD. Vorsitzender des SPD-Ortsbezirkes Lauterbach, Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Lauterbach bzw. des Vogelsbergkreises seit 1960; Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1964 bis 1981 und seit 1985, stellvertretender Vorsitzender von 1981 bis 1985.

Mitglied und später Vorsitzender der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Osthessen von 1968 bis 1980. - Mitglied der Verbandsversammlung des LWV seit 1.11.1985.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 11.7.1983.

Bock, Max SPD

Geboren am 31.12.1888 in Pennewitz (Thüringen).
Volksschule. Lehre als Schmied. - Seit 1907 politisch und gewerkschaftlich organisiert. Seit 1919 hauptamtlich in Gewerkschaftsdiensten; 1933 bis 1940 in Saarbrücken und Luxemburg. 1940 bis 1945 Zuchthaus und KZ wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Seit 1946 wieder hauptamtlich in Gewerkschaftsdiensten. Mitglied des Bundesvorstandes der IG Metall. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 20.8.1953.
Verstorben am 20.8.1953.

Bodenbender, Ludwig SPD

Geboren am 20.9.1891 in Salzböden.
Nach der Schulentlassung zunächst in der Metallindustrie, später durch Maßregelung und Schwarze Liste im Bergbau tätig. Ab 1922 Angestellter des Bergarbeiterverbandes. - Vom 14.1.1953 bis 18.1.1955 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten.
Ehrenamtlicher Bürgermeister von Salzböden von 1924 bis 1933 und ab 1945. - Mitglied des Kreistags Wetzlar vor 1933.
Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 17.2.1953 bis 19.1.1955.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1958. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 9.11.1949 bis 14.1.1953 und vom 11.1.1955 bis 30.11.1958.
Verstorben am 2.5.1962.

Dr. Bodesheim, Ferdinand CDU

Geboren am 5.7.1900 in Frankfurt am Main.
Gymnasium. Studium an den Universitäten Freiburg, Frankfurt am Main, Marburg und Gießen. Juristische Tätigkeit an Gerichten, in Verbänden und in der öffentlichen Verwaltung. Praktische wirtschaftliche Tätigkeit in der Industrie. 1928 Rechtsanwalt, 1948 auch Notar.
Seit 1946 Vorstandsmitglied verschiedener Gremien der CDU. Mitglied der Europa-Union. - Mitglied verschiedener Aufsichtsräte.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.
Verstorben am 10.11.1970.

Dr. Böhm, Rudolf BHE GB/BHE

Geboren am 15.1.1913 in Budigsdorf (Sudetenland).

Volksschule, Realgymnasium. 1932 bis 1937 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Deutschen Universität Prag. 1937 Promotion. Anschließend Konzipient bei einem Rechtsanwalt in Prag. 1937 Eintritt in den Dienst der Verwaltung des Landes Böhmen bis zur Eingliederung des Sudetenlandes. 1939 Regierungsreferendar in Stuttgart. 1940 zweite große Staatsprüfung in Berlin. 1940 bis 1945 Wehrdienst. Nach 1945 zunächst in tschechischer Internierung, 1946 Entlassung und Ausweisung aus der CSSR nach Hessen (Oberlahnkreis).

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Böhm, Wilfried CDU

Geboren am 9.2.1934 in Kassel.

Volks- und Oberschule in Kassel und Mühlhausen (Thüringen), Abitur. 1954 bis 1958 Studium der Volkswirtschaft in München und Marburg. 1958 Diplomprüfung für Volkswirte in Marburg. 1958 bis 1964 Leiter der Außenstellen des Deutschen Bundesstudentenringes beim Bundesnotaufnahmeverfahren in den Lagern Friedland, Gießen und zeitweilig Uelzen. 1964 bis 1967 Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, Presse und Statistik beim Magistrat der Stadt Fulda.

Bezirksvorsitzender der nordhessischen Jungen Union von 1962 bis 1967. Mitglied im Bezirksvorstand, später stellvertretender Vorsitzender der CDU-Nordhessen. - Mitglied des Verwaltungsrates und Hessischer Landesvorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA). Vorsitzender der Stiftung Deutschlandlied.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1960 bis 31.10.1964. - Mitglied des Kreistags Melsungen bzw. des Schwalm-Eder-Kreises von 1968 bis 1981; Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 13.12.1972.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 5.12.1972.

Bökel, Gerhard SPD

Geboren am 30.6.1946 in Sontra-Hornel (Kreis Werra-Meißner). Verheiratet, drei Kinder.

1956 bis 1966 Besuch der Lichtenbergschule in Darmstadt. Danach Studium in Gießen sowie Referendarzeit in Wetzlar und Limburg. Erstes

und zweites juristisches Staatsexamen. Seit 1975 selbständiger Rechtsanwalt in Atzbach. - Seit 11.6.1985 Landrat des Lahn-Dill-Kreises. Mitglied der IG Metall.

Erster Beigeordneter der Gemeinde Atzbach von 1972 bis 1974. Stadtverordneter in Lahn von 1977 bis 1979. - Mitglied des Kreistags des Lahn-Dill-Kreises von 1980 bis 1985; Vorsitzender der SPD-Fraktion. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 11.6.1985.

Dr. Dr. Bökemeier, Horst SPD

Geboren am 6.5.1935 in Schwelentrup. Verheiratet, drei Kinder. 1954 Abitur, anschließend Werkstudent. Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, erstes und zweites juristisches Staatsexamen. 1964 bis 1967 Kreisrechtsrat in Lemgo. - Von 1967 bis 1976 Bürgermeister der Stadt Korbach. - Rechtsanwalt und Notar.

Verschiedene Funktionen in der SPD. Seit 1985 Vorsitzender der SPD Waldeck-Frankenberg, Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Nord, Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Korbach-Arolsen.

Mitglied des Kreistags Waldeck-Frankenberg.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 6.10.1976.

Börger, Reinhard SPD

Geboren am 2.11.1913 in Nieder-Ohmen.

Volksschule. Schriftsetzerlehre. 1935 bis 1945 Soldat. 1945 Angestellter beim Landratsamt Gießen, ab 1946 Leiter der Bezirksfürsorgestelle und des Kreisjugendamtes. Erste und zweite Verwaltungsprüfung. 1948 Kreisverwaltungsinspektor. 1952 Übertritt in den Dienst des Landes Hessen. Vorsitzender des Kreiselternbeirats im Kreis Alsfeld von 1952 bis Januar 1967. Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes. Kreisvorsitzender der SPD.

Gemeindevertreter ab 1952. Mitglied des Kreistags Alsfeld ab 1952.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 24.10.1953 bis 31.7.1957 und vom 11.3.1959 bis 31.7.1961.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1970. - Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion von 1962 bis 1970.

Verstorben am 30.5.1972.

Börner, Holger SPD

Geboren am 7.2.1931 in Kassel. Verheiratet, drei Kinder.

Nach Besuch der Volks- und Mittelschule Tätigkeit im Baugewerbe.

1967 bis 1969 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr. 1969 bis 1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen. Von Februar 1972 bis Oktober 1976 Bundesgeschäftsführer der SPD. - Seit 20.10.1976 Hessischer Ministerpräsident.

Ab 1948 Mitarbeit in der SPD. Seit Oktober 1977 Landesvorsitzender der hessischen SPD.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1956 bis 31.10.1972, davon neun Jahre als Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 15.10.1957 bis 22.10.1976.

Mitglied des Bundesrates seit 20.10.1976; Vizepräsident vom 1.11.1976 bis 31.10.1978 und vom 1.11.1981 bis 31.10.1982.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Bohl, Heinrich Friedrich CDU

Geboren am 5.3.1945 in Rosdorf (Landkreis Göttingen).

1964 Abitur. Juristisches Studium an der Philipps-Universität Marburg, 1969 Staatsexamen. Referendarausbildung, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht in Marburg. 1972 Assessorexamen, seitdem Rechtsanwalt. Seit 1976 auch Notar.

1963 Eintritt in die Junge Union und CDU. Bezirksvorsitzender der Jungen Union Mittelhessen von 1969 bis 1973. Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf seit 1978.

Mitglied des Kreistags Marburg bzw. Marburg-Biedenkopf; Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1972.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 4.11.1980. Stellvertretender Vorsitzender der hessischen CDU-Landesgruppe. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 4.11.1980. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 9.11.1978 bis 15.10.1980.

Boppel, Hans Christoph GRÜNE

Geboren am 11.7.1951 in Bad Bergzabern (Pfalz).

1958 bis 1968 Volksschule und Neusprachliches Gymnasium in Bad Bergzabern; 1968 bis 1970 Neusprachliches Gymnasium in Pirmasens. 1970 Abitur. Kriegsdienstverweigerung; 1971/72 Ersatzdienst beim Unfallrettungsdienst und Krankentransport des Arbeiter-Samariter-Bundes Pirmasens. 1972 bis 1974 und 1976 bis 1979 Studium der Psychologie in Trier. 1980 Diplom, empirische Arbeit über das Thema 'Selbstkonzept und Abhängigkeit von Alltagsdrogen'. 1981 bis 1982 Mitarbeiter am Zentrum für psychosomatische Medizin in Gießen. Fraktionsassistent der Fraktion der GRÜNEN im Landtag vom 1.1.1983 bis 15.4.1985. Mitglied des Hessischen Landtags seit 16.4.1985.

Borsche, Arnulf CDU

Geboren am 15.3.1928 in Frankfurt am Main. Verheiratet, drei Kinder. Gymnasium. 1944 bis 1945 Luftwaffenhelfer. 1946 Abitur. Bis 1952 Studium der Geisteswissenschaften in Frankfurt am Main. Prüfung für das höhere Lehramt. 1949 Werkstudent, später kaufmännischer Angestellter in einer Werbeagentur. Seit 1954 in einem Großbetrieb der Nahrungs- und Genussmittelindustrie; Prokurist und Hauptabteilungsleiter.

Seit 1957 Tätigkeit in Vorständen kultureller Vereinigungen und seit 1961 im Kuratorium der Blindenanstalt in Frankfurt am Main. Seit 1961 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt am Main und seit 1976 des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen. Stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Frankfurt am Main.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1960 bis 1962.

1964 Mitglied der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1982.

Bouffier, Volker CDU

Geboren am 18.12.1951 in Gießen. Verheiratet, ein Kind.

Abitur. 1968 bis 1970 Schulsprecher. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Während dieser Zeit tätig als studentischer Tutor für öffentliches Recht, daneben Bankausbildung in Gießen. 1975 erstes Staatsexamen, 1977 zweites Staatsexamen. Während der Referendarzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für öffentliches Recht III der Justus-Liebig-Universität Gießen. Nach dem zweiten Staatsexamen Fortsetzung der wissenschaftlichen

Tätigkeit als wissenschaftlicher Bediensteter der Justus-Liebig-Universität Gießen. April 1978 Eintritt in eine Anwalts- und Notariatskanzlei, seitdem selbständiger Rechtsanwalt sowie ab August 1984 auch Notar in Gießen.

1969 bis 1973 Deutscher Meister im Basketball als Mitglied des MTV Gießen.

1968 Eintritt in die Junge Union, 1969 Eintritt in die CDU. Im CDU-Kreisvorstand seit 1970, Kreisvorsitzender der Jungen Union Gießen 1970. Mitglied im CDU-Bezirksvorstand Mittelhessen seit 1977, Mitglied des CDU-Landesvorstandes seit 1978. Stellvertretender Landesvorsitzender seit 1976 und Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen seit 1978. Stellvertretender Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Gießen.

Bezirksvorsteher und Vorsteher des Bezirksparlaments in Gießen von September 1977 bis zur Auflösung der Stadt Lahn am 1.8.1980. Stadtverordneter in Gießen. - Mitglied des Kreistags des Landkreises Gießen; stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion und Vorsitzender ab Mai 1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Dr. Brans, Werner F.D.P.

Geboren am 8.1.1929 in Wetzlar. Verheiratet, drei Kinder.

Höhere Schule, kurze Unterbrechung durch Kriegsdienst, 1947 Abitur.

Tätigkeit als Bau- und Fabrikarbeiter. Studium der Philologie in Marburg, München und Frankfurt am Main. 1953 Staatsexamen in den Fächern Deutsch, Geschichte und Philosophie. 1954 bis 1956 Referendar in Frankfurt am Main. 1956 Promotion. 1957 bis 1961 Schuldienst in Biedenkopf. 1962 bis 1967 Auslandsschuldienst in Windhoek, Südwestafrika. - 1979 bis 1984 Staatssekretär beim Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten.

Seit 1956 Mitglied der F.D.P.; Ortsverbandvorsitzender in Wetzlar 1969; stellvertretender Kreisvorsitzender von 1970 bis 1976.

Stadtverordneter in Wetzlar von 1972 bis 1975. Mitglied der Bezirksvertretung Wetzlar seit 1977. Nach Auflösung der Stadt Lahn wieder Stadtverordneter in Wetzlar.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 14.12.1978. - Stellvertretender Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion vom 1.12.1970 bis 5.12.1978.

Braun, Otto FDP

Geboren am 9.5.1904 in Melsungen.

Realgymnasium. Kaufmännische Lehre. Zwei Jahre Auslandsaufenthalt. 1924 Studium der Handelswissenschaften an der Universität und Handelshochschule Leipzig. 1926 kaufmännische Leitung, 1929 Inhaber des väterlichen Betriebes.

1950 bis 1966 Vizepräsident, 1967 bis 31.5.1974 Präsident und ab 1.6.1974 Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer Kassel.

Stadtverordneter in Melsungen von 1952 bis 1960 und von 1964 bis 1969, Stadtverordnetenvorsteher von 1952 bis 1956. - Mitglied des Kreistags Melsungen von 1952 bis 1972; Vorsitzender der FDP-Fraktion von 1952 bis 1956.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Prof. Breithaupt, Anita SPD

Geboren am 4.6.1936 in Ottmarsbocholt (Westfalen). Verheiratet, ein Kind.

Abitur. Studium der Sozialarbeit. Tätigkeit in verschiedenen Verbänden und Kommunen als Sozialarbeiterin. 1970 Lehrbeauftragte der Fachhochschule Frankfurt am Main; Mitarbeit bei der Volkshochschule (VHS) Frankfurt am Main, vor allem beim Aufbau der Frauenforen der VHS. 1972 hauptamtlich lehrende Sozialarbeiterin bei der Fachhochschule Frankfurt am Main. Studium der Soziologie und Pädagogik, Abschluß-Diplom. 1979 Berufung zur Professorin an die Fachhochschule Frankfurt am Main für das Lehrgebiet Theorie und Soziologie der Sozialarbeit.

1965 Eintritt in die SPD. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Frankfurt seit 1970. Mitglied im Vorstand der Jungsozialisten Frankfurt. Mitglied im Bezirksvorstand der ASF Hessen-Süd. Mitarbeit in Arbeitskreisen der ASF und der Jungsozialisten auf Bundesebene. Mit Unterbrechungen Mitglied im Unterbezirksvorstand der SPD Frankfurt von 1972 bis 1979.

Stadtverordnete in Frankfurt am Main von 1972 bis 1983.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Dr. von Brentano, Heinrich CDU

Geboren am 20.6.1904 in Offenbach am Main.

Humanistisches Gymnasium. Studium der Rechtswissenschaften. 1925

erste, 1929 zweite Staatsprüfung, Promotion in Gießen. 1932 Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Darmstadt. - 1955 bis 1961 Bundesminister des Auswärtigen.

1945 Mitbegründer der CDU in Hessen. Mitbegründer und Mitglied im Beirat der Deutschen Wählergemeinschaft. - Nach dem Zweiten Weltkrieg Präsident der Rechtsanwalts- und Notarkammer Darmstadt.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone von 1947 bis 30.9.1949.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 14.11.1964. Vorsitzender der CSU/CDU-Bundestagsfraktion von 1949 bis 1955 und von 1961 bis 1964. - Mitglied und Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarates. Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Ad-hoc-Versammlung (zur Vorbereitung eines Vertragsentwurfs für eine europäische Verfassung).

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 24.10.1949. - Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 18.6.1947 bis 11.10.1949. Verstorben am 14.11.1964.

Bringezu, Anne LDP

Geboren am 26.1.1898 in Gernrode.

Museumsangestellte in Frankfurt am Main.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 1.1.1974.

Brockmann, Leonhard CDU

Geboren am 24.6.1935 in Dülmen (Westfalen). Verheiratet, drei Kinder. Volksschule. 1950 bis 1953 Schuhmacherlehre, Gesellenprüfung. 1955 bis 1958 Arbeiter, angelernt zum Chemie-Facharbeiter bei den Chemischen Werken Hüls. 1958 bis 1968 Labortätigkeit bei den Quarzwerken Köln. 1968 und 1969 Besuch des katholischen Sozialinstituts in Bad Honnef (Lehrfächer Gesellschafts- und Staatslehre, Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Volks- und Betriebswirtschaft, Politische Wissenschaften). Seit 1969 Mit-

arbeiter in der Betriebsseelsorge der Diözese Mainz als Referent für Betriebsgruppenarbeit.

1955 Mitbegründer der Christlichen Arbeiterjugend in Dülmen, bis 1962 Abteilungs- und Gebietsleiter, dann Eintritt in die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), 1972 bis 1978 Vorstandsmitglied der KAB in der Diözese Mainz. 1958 Mitbegründer einer christlich-sozialen Betriebsgruppe und Eintritt in die Christliche Gewerkschaft. 1963 bis 1968 Betriebsratsmitglied. Seit 1981 Mitglied der Vertreterversammlung der AOK Darmstadt-Dieburg. - Seit 1961 Mitglied der CDU. Vorstandsmitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) im Kreis Coesfeld seit 1965, stellvertretender Vorsitzender der CDA im Kreis Dieburg seit 1971, Vorsitzender seit 1973. Vorstandsmitglied der CDU im Kreis Dieburg seit 1973.

Gemeindevertreter in Eppertshausen seit 1972.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 4.8.1983 und ab 6.6.1984.

Bruch, Gerhard SPD

Geboren am 6.3.1936 in Kirberg (Kreis Limburg). Verheiratet, drei Kinder.

Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg und Frankfurt am Main. Erstes und zweites juristisches Staatsexamen. Anschließend Tätigkeit beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden, beim Landrat des Untertaunuskreises und beim Hessischen Kultusminister. Vom 1.2.1971 bis 30.11.1978 stellvertretender Direktor des Hessischen Landkreistages. - Seit 10.8.1972 Rechtsanwalt. Justitiar beim DRK-Kreisverband.

Seit 1.12.1963 Mitglied der SPD. Mitglied des Unterbezirksvorstandes Untertaunus bzw. Rheingau-Taunus seit 1965.

Vorsitzender der Gemeindevertretung Aarbergen seit 1971. Mitglied des Kreistags Rheingau-Taunus; Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Mitglied der Verbandsversammlung der Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Bruder, Fritz CDU

Geboren am 30.5.1907 in Seligenstadt.

Gymnasium, 1927 Reifeprüfung. Studium der Mathematik und Natur-

wissenschaften in Würzburg, Innsbruck und Gießen. 1934 Staatsprüfung. 1934 bis 1936 Volontär-Assessor. 1936 bis 1939 Berufsberater beim Landesarbeitsamt Hannover. 1939 Studienassessor. 1940 bis 1945 Soldat. 1946 Studienrat. - 1964 bis 1972 Bürgermeister von Seligenstadt. 1949 Vorsitzender der CDU in Seligenstadt. Kreisvorsitzender der CDU seit 1954.

Ehrenamtlicher erster Stadtrat von Seligenstadt von 1952 bis 1964. Mitglied des Kreistags Offenbach ab 1958.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.

Verstorben am 16.5.1975.

Brübach, Wilhelm SPD

Geboren am 22.7.1909 in Hopfelde.

Volksschule. Kaufmännische Lehre. Holzkaufmann, zahlreiche Auslandsreisen. 1933 Verfolgung, Polizeiaufsicht. 1942 bis 1945 Kriegsdienst und Gefangenschaft. - 1946 bis 1973 Landrat in Witzenhausen.

Seit 1927 Mitglied der SPD. 1931 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Kassel.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1970.

Brückner, Reinhard GRÜNE

Geboren am 10.7.1923 in Steinsdorf (Niederschlesien). Verheiratet, vier Kinder.

Abitur. 1941 bis 1943 Wehrdienst (Funker), Gefangenschaft bis 1947 in Nordafrika, USA und Schottland. Bauhilfsarbeiter. Bis 1953 Studium der evangelischen Theologie in Marburg und Tübingen. Danach bis 1972 Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Weilburg, Siegbach (Eisemroth)/Dillkreis und Limburg. Bis Ende 1976 kirchliche Akademiearbeit in Südafrika und Namibia mit anschließender Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik; zweijährige entwicklungspolitische Arbeit in Oberschulen zwischen Karlsruhe und Kassel; anderthalbjährige Gemeindearbeit in Gräveneck bei Weilburg.

Im Zusammenhang mit dem Plan der Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage bei Merenberg/Weilburg Mitarbeit bei Bürgerinitiativen und GRÜNEN.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 15.2.1984.

Buch, Georg SPD

Geboren am 24.9.1903 in Wiesbaden.

Volksschule. Schriftsetzerlehre, Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Volkshochschule, Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Ausübung des Schriftsetzerberufs, 1922 Wanderschaft, später selbständiger Vertreter. 1933 Schutzhaft, 1941 bis 1945 aus politischen Gründen Gefängnis und Konzentrationslager. - Seit 2.7.1946 Stadtrat, von 1954 bis 1960 Bürgermeister, von 1960 bis 1968 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden.

1920 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und seit 1921 Mitglied der SPD. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins bzw. des SPD-Unterbezirks Wiesbaden von 1947 bis 1954; Mitglied des SPD-Bezirks- und Landesvorstandes von 1945 bis 1970; Stellvertretender SPD-Bezirksvorsitzender Hessen-Süd von 1954 bis 1962. - 1971 bis 1980 Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Landeskuratorium Hessen.

Stadtverordneter in Wiesbaden 1933.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950 und vom 1.12.1954 bis 30.11.1974. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von Januar 1959 bis 30.3.1960, danach bis 30.11.1966 stellvertretender Vorsitzender. - Präsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 3.12.1974.

Bugert, Erwin SPD

Geboren am 13.9.1920 in Viernheim.

Volksschule. Autodidaktisches Studium der Bautechnik, 1947 Abend-schule für Meisterprüfung im Maurerhandwerk.

Seit 1946 Mitglied der SPD. Vorsitzender des Ortsvereins Viernheim seit 1951 und zweiter Kreisvorsitzender seit 1955 - Vorstandsmitglied und Gründer des Vereins 'Feriendorf im Odenwald e.V.'.

Stadtverordneter in Viernheim von 1948 bis 1952, ehrenamtlicher Erster Stadtrat seit 1952. - Mitglied des Kreistags Bergstraße seit 1956; Vorsitzender der SPD-Fraktion seit 1960.

1959 Mitglied der 3., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 19.1.1967 bis 30.11.1970.

Bund, Ferdinand SPD

Geboren am 14.12.1890 in Prag.

Volksschule, Bürgerschule. Kaufmännische Lehre. Im Ersten Weltkrieg zweimal schwer verwundet. 1918 als Invalide aus dem Heer entlassen und von der Post übernommen. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen 1938 verhaftet, aus dem Postdienst entlassen. Nach der Haftentlassung als Handelsvertreter tätig. 1946 von den Tschechen erneut verhaftet. Im Oktober 1946 ausgesiedelt, seitdem Flüchtlingsbetreuung innerhalb der SPD.

Mitglied der SPD seit 1919.

Gemeinderat seit 1923 und ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Settetz (Sudetenland) seit 1928. - Stadtverordneter in Wiesbaden von 1948 bis 1953.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Verstorben am 9.3.1962.

Dr. Burggraf, Hans CDU

Geboren am 22.8.1927 in Frankfurt am Main-Höchst.

Abitur. Studium der Medizin an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, Staatsexamen, Promotion zum Dr.med.'summa cum laude'. 1961 Niederlassung als Arzt. Nach mehrjähriger Spezialausbildung ist das Haupttätigkeitsgebiet die Psychotherapie. Seit 1957 Mitglied der CDU. Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Dornbusch in Frankfurt am Main seit 1961, deren Vorsitzender seit 1979. Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Frankfurter CDU seit 1971. In den Landesvorstand 1972, in den Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU 1974 gewählt. Landesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU Hessen ab 1975. Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der hessischen CDU, Delegierter des Bundesparteitages der CDU.

Bezirksvorsteher des Stadtbezirks Dornbusch-West von 1964 bis 1972.

Mitglied des Ortsbeirats 9 in Frankfurt am Main (Dornbusch, Eschersheim, Ginnheim) von 1972 bis 1977. Stadtverordneter in Frankfurt am Main seit 1977.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 4.8.1983.

Busch, Ilse SPD

Geboren am 1.2.1919 in Celle. 1942 erste Ehe, ein Kind, 1944 Kriegserwitwe; 1947 zweite Ehe, ein Kind.

Volksschule, Gymnasium in Wilhelmshaven und Saarbrücken. 1938 Abitur in Kiel. Arbeitsdienst, 1939 bis 1943 Kriegsdienstverpflichtung. Seit 1950 in Volkshochschule und anderen Organisationen in Hann.-Münden tätig. Seit 1960 freie Mitarbeiterin bei Zeitungen und Rundfunk.

Seit 1952 Mitglied der SPD. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen im SPD-Bezirk Hessen-Süd von 1966 bis 1974.

Stadtverordnete in Hanau von 1956 bis 1964, ehrenamtliche Stadträtin von 1964 bis 1968.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1974.

Buss, Otto Michael CDU

Geboren am 24.2.1939 in Frankfurt am Main. Verheiratet, ein Kind.

Grundschule und Gymnasium in Frankfurt am Main. 1959 Abitur, anschließend Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Kaufmännische Praktika in Frankfurt am Main und London. 1965 Examen als Diplom-Handelslehrer an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Seit 1965 Studienreferendar an verschiedenen beruflichen Schulen in Hessen. 1967 Assessorexamen, danach Lehrer an der Kaufmännischen Berufsschule 7 in Frankfurt am Main. Mitglied der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB) und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in der CDU. 1979 Hilfsdezernent beim Regierungspräsidenten Darmstadt/Schulabteilung. 1979 bis 1981 Oberstudienrat. 1981 Schulleiter an der Kaufmännischen Berufsschule 7 in Frankfurt am Main.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1968 bis 1971.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1978.

Carlebach, Emil KPD

Geboren am 10.7.1914 in Frankfurt am Main.

1932 Abitur. Mitglied des Sozialistischen Schülerbundes. Kaufmännischer Lehrling. 1933 wegen Verteilung von Gewerkschaftsflugblättern verhaftet, sechs Wochen Gefängnis. Verlust der Lehrstelle, kurze Tätigkeit als Autoschlosser. 1934 beim Versuch der Herstellung von Gewerkschaftszeitungen erneut verhaftet, drei Jahre Gefängnis. Seit 1937 in den

KZ-Lagern Dachau und Buchenwald. 1945 zum Vertrauensmann der Lagerinsassen gewählt. 1945 bis 1947 Redakteur bei der 'Frankfurter Rundschau', seit 1948 Chefredakteur der 'Sozialistischen Volkszeitung' in Frankfurt am Main.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950. - Stellvertretender Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion vom 1.7.1949 bis 30.11.1950.

Caspar, Helmut SPD

Geboren am 19.7.1921 in Wallenrod. Verheiratet, vier Kinder.

Volksschule, Berufsschule, anschließend bis 1938 landwirtschaftliche Fachschulen. 1940 bis 1945 Kriegsteilnehmer, verwundet, Kriegsgefangenschaft. Selbständiger Landwirt.

Mitarbeit in verschiedenen Vereinen und Verbänden (Krankenhaus Eichhof, Deutsches Rotes Kreuz, Sportkreis).

Ehrenamtlicher Bürgermeister, Standesbeamter und Ortsgerichtsvorsteher seit 1952. - Mitglied des Kreistages des Kreises Lauterbach, Vorsitzender der SPD-Fraktion, Mitglied des Kreistages des Vogelsbergkreises.

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Lauterbach. Stadtverordnetenvorsteher seit 1972. Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Ost-Hessen.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 2.1.1963 bis 30.11.1978.

Verstorben am 5.8.1980.

Caspary, Friedrich SPD

Geboren am 10.5.1901 in Frankfurt am Main.

Volksschule, Höhere Schule und Beamtenseminar. Bis 1933 Kommunalbeamter bei der Stadt Frankfurt am Main. 1933 entlassen. 1934 bis 1945 Wirtschafts- und Steuerberater. 1945 rehabilitiert, Stadtamtmann, Dienststellenleiter des Wohnungsamtes. 1946 wegen eines schweren Augenleidens in den Ruhestand versetzt.

Seit 1923 Mitglied der SPD. Vor 1933 Mitglied des Beamtenausschusses der SPD. Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main seit 1945.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 8.1.1948.

Verstorben am 15.6.1978.

Catta, Fritz LDP FDP

Geboren am 11.1.1886 in Wiesbaden.

Mittelschule, Höhere Privatschule, Selbststudium. Maurer und Zimmermann mit Gesellen- und Meisterprüfung, Staatsbauschule, Bauingenieur. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. Seit 1919 freischaffender Architekt BDA in Kassel.

Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten, Verwaltungsausschüssen und Kuratorien.

Vor 1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Kassel. Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei (DVP).

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1958. - Stellvertretender Vorsitzender der LDP- bzw. FDP-Landtagsfraktion vom 1.12.1946 bis 30.11.1958.

Verstorben am 17.9.1968.

Clauss, Armin SPD

Geboren am 16.3.1938 in Lauffen am Neckar. Verheiratet, zwei Kinder. Volksschule, kaufmännische Berufsschule. 1952 bis 1960 Tätigkeit bei der Deutschen Bundespost, 1960 bis 1961 Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. 1961 bis 1962 Assistent an der Fritz-Tarnow-Schule in Oberursel. 1962 bis 1972 Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall, anschließend bis Oktober 1976 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Hessen. - Vom 20.10.1976 bis 4.7.1984 und ab 12.12.1985 Hessischer Sozialminister. Vom 4.7.1984 bis 12.12.1985 Hessischer Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales.

Februar 1972 bis November 1976 ehrenamtliche Tätigkeit, u.a. in der Selbstverwaltung der Landesversicherungsanstalt und des Landesarbeitsamtes sowie als Sozial- und Arbeitsrichter. Mitglied im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks.

Seit 1959 Mitglied der SPD. Mitglied des SPD-Landesvorstandes und des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates seit 20.10.1976.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 16.10.1973 bis 7.12.1974, Vorsitzender vom 7.12.1974 bis 18.10.1976.

Dr. Conrad, Wilhelm SPD

Geboren am 21. 6.1911 in Gießen.

Abitur. 1930 bis 1935 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und der Versicherungswissenschaften. 1935 Diplom-Volkswirt, Diplom-Versicherungstechniker, Dr.rer.pol., 1934 bis 1936 Universitäts-Assistent. 1936 bis 1945 Abteilungs- und Organisationsleiter. 1940 bis 1943 Soldat. 1945 bis 1949 Amtsleiter und Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft. - 1946 bis 1949 Stadtkämmerer in Gießen. 1949 bis 1956 Vizepräsident des Bundesausgleichsamtes. Bis 1956 Senator der Max-Planck-Gesellschaft. - Vom 26.9.1956 bis 16.9.1964 Hessischer Minister der Finanzen. - 1964 Präsident der Hessischen Landesbank.

Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder von 1956 bis 1964.

Mitglied im Vorstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Frankfurt am Main und Bonn. Präsident des Kuratoriums der Deutsch-Jugoslawischen Gesellschaft. Mitglied der Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt bis 1965. Aufsichtsratsmitglied bzw. Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender bei zehn verschiedenen Banken. Stadtverordneter in Gießen von 1948 bis 1949.

Mitglied des Bundesrates vom 2.10.1956 bis 16.9.1964.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1970.

Verstorben am 31.7.1971.

Corell, Walter CDU

Geboren am 6.9.1938 in Schwarzenfels (Kreis Schlüchtern). Verheiratet, zwei Kinder.

1957 Abitur. Grundwehrdienst, Pionier-Reserveoffizier. 1958 bis 1962

Studium der Forstwissenschaften in Göttingen und Wien, Diplom-

Forstwirt. 1962 Eintritt in den hessischen Staatsforstdienst, bis 1965

Referendariat, große forstliche Staatsprüfung zum Assessor. 1965 bis

1971 Tätigkeit in der Privatwaldberatung und Amtsleiter-Stellvertreter im hessischen Odenwald. Seit 1971 Forstamtsleiter in Grünberg. Seit 1968 Mitglied der CDU und des Deutschen Beamtenbundes. Seit 1972 stellvertretender Bundesvorsitzender des forstlichen Fachverbandes. 1974 Funktionen im engeren Kreisvorstand der CDU und in Fachgremien der hessischen CDU. Delegierter im Deutschen Forstwirtschaftsrat. Mitglied im Naturschutzbeirat und im Jagdbeirat des Landkreises Gießen. Gründungsmitglied und zeitweilig Vorsitzender der CDU-Betriebsgruppe im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten. Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des Beirates für Naturschutz und Forsten sowie seit 1974 Mitglied im Agrarpolitischen Ausschuß der hessischen CDU, zeitweilig Mitglied im Bezirkspersonalrat und im Regierungsforsausschuß Darmstadt.

Stadtverordneter in Grünberg seit 1972, Fraktionsvorsitzender. Mitglied in der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelhessen von 1976 bis 1981. Mitglied des Kreisausschusses Gießen von 1979 bis 1981. Mitglied des Kreistags des Landkreises Gießen seit 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 15.3.1983 bis 4.8.1983.

Croll, Willi SPD

Geboren am 2.12.1924 in Calden.

Volksschule und Staatliche Aufbauschule. 1940 bis 1945 Soldat, verwundet, Reserveoffizier. 1945 bis 1947 Arbeit in der Landwirtschaft. Seit 1.1.1948 bei der Hessischen Knappschaft in Kassel. Erste und zweite Verwaltungsprüfung. - Seit September 1976 Bürgermeister in Hofgeismar.

Seit 1.1.1948 Mitglied der Gewerkschaft. Vorsitzender des SPD-Ortsverbandes Hofgeismar und des Unterkreises Hofgeismar der SPD. Mitglied der Europa-Union.

Ehrenamtlicher Erster Stadtrat in Hofgeismar von November 1968 bis September 1976.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 6.9.1976.

Dr. Czermak, Fritz BHE GB/BHE

Geboren am 24.3.1894 in Prijedor (Jugoslawien).

Volksschule, Realschule in Olmütz (CSSR). 1912 bis 1914 Studium an der Universität Wien. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer in der k.u.k. Armee, zuletzt Oberleutnant. 1918 bis 1920 Fortsetzung des Studiums an der Universität Wien. 1925 bis 1939 und 1943 bis Mai 1945 Rechtsanwalt in Olmütz. - 1939 bis Januar 1942 Regierungskommissar (Bürgermeister) in Olmütz.

Februar 1942 bis Mai 1943 Oberleutnant bei der deutschen Wehrmacht in Westdeutschland. Bei Kriegsende in russischer Gefangenschaft, einige Monate im KZ Auschwitz, bis Juni 1946 in einem Lager bei Moskau. Nach Heimkehr bis Februar 1947 in Untersuchungshaft in Olmütz, vom tschechischen Volkgericht freigesprochen. Nach Aussiedlung die Familie in Hessen zusammengeführt. Oktober 1948 Rechtsanwalt in Büdingen, Sommer 1951 in Frankfurt am Main.

Zweiter Landesvorsitzender des Landesverbandes der Heimatvertriebenen in Hessen. - Seit 14.7.1955 Mitglied der FDP.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 6.10.1953 bis 6.10.1957.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 31.8.1954. - Vorsitzender der BHE- bzw. GB/BHE-Landtagsfraktion von 3.12.1950 bis 7.11.1953.

Verstorben am 10.4.1966.

Daniels, Heinz SPD

Geboren am 3.3.1919 in Berlin.

Besuch der Volksschule in Rheydt (Rheinland). Kaufmännische Lehre, Kaufmannsgehilfenprüfung. Parteisekretär.

Stadtverordneter der Kreisstadt Friedberg. Mitglied des Kreistags des Landkreises Friedberg.

Mitglied des Hessischen Landtags von 1.12.1954 bis 30.9.1956.

Verstorben am 7.3.1971.

Dann, Gerhard SPD

Geboren am 26.6.1935 in Gießen. Verheiratet, drei Kinder.

Volksschule, Staatliche Fachschule. Uhrmacherlehre, 1958 Uhrmachermeisterprüfung. Tätigkeit im Handwerk. Besuch der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung. 1961 Geschäftsführer der SPD

Wetzlar und Oberlahn. 1970 Bezirksgeschäftsführer der SPD Hessen-Süd. Leiter der kommunalpolitischen Akademie Hessen-Süd. 1971 Referent in der Hessischen Staatskanzlei, 1976 Referent im Hessischen Kultusministerium.

Seit 1952 Mitglied der IG Metall, heute ÖTV. - Seit 1954 Mitglied der SPD. 1958 SPD-Stadtbezirkvorsitzender in Ottensen. 1978 stellvertretender Unterbezirkvorsitzender der SPD Limburg-Weilburg.

Gemeindevertreter in Weilmünster 1960; Gemeindevertreter in Hermannstein. Kreistagsabgeordneter 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Daub, Gerhard FDP

Geboren am 8.9.1928 in Weidenau an der Sieg.

1946 Abitur. Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main, 1950 bis 1951 Austauschstudent in Illinois (USA), dort Master of Arts. 1954 Referendar, 1958 Assessor. - 1959 bis 1962 Bürgermeister in Marburg.

Bundvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten, Mitglied des Landes- und Bundesvorstandes der FDP, Vizepräsident der Europäischen Jungliberalen, Vizepräsident der NATO-Jugendkonferenz. Mitglied des Rates der Liberalen Weltunion.

Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung von 1956 bis 1960.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 7.1.1960.

Debus X, Johannes SPD

Geboren am 24.12.1879 in Buchenau.

1935 bis 1939 Gewerkschaftsführer. 1939 bis 1945 Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, wiederholte Haft nach KZ-Aufenthalt. - 1945 bis 1949 Bürgermeister in Buchenau. - 1949 verunglückt, pensioniert.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Biedenkopf von 1945 bis 1951.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 3.8.1946.

Verstorben am 24.2.1966.

Degen, Heide CDU

Geboren am 13.10.1937 in Düsseldorf. Verheiratet, zwei Kinder.

Abitur. Studium der Rechte in Heidelberg, Würzburg und München; erstes juristisches Staatsexamen, Referendardienst.

Vorstandsmitglied der Frauenvereinigung der CDU Frankfurt. Seit 1973 Vorsitzende des CDU-Stadtbezirksverbandes Frankfurt-Bockenheim; ebenfalls seit 1973 Mitglied im Kreisvorstand des CDU-Stadt-kreisverbandes Frankfurt am Main.

Stadtverordnete in Frankfurt am Main von 1972 bis 1978.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Dehlinger, Paul CDU

Geboren am 5.7.1896 in Wolfskehlen (Kreis Groß-Gerau).

Volksschule, Höhere Schule, Fachschule. Selbständiger Landwirt.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 18.7.1965.

Demke, Claus CDU

Geboren am 18.6.1939 in Frankfurt am Main. Verheiratet.

1961 Abitur. Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Frankfurt am Main. Februar 1967 erstes Staatsexamen, danach ein Jahr wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Vergleichendes Privat- und Prozeßrecht der Universität Frankfurt am Main. Oktober 1972 zweites Staatsexamen. Seit dieser Zeit Rechtsanwalt und seit Oktober 1975 Fachanwalt für Steuerrecht. - Von August 1980 bis 1983 stellvertretender Geschäftsführer und Beigeordneter und ab April 1983 geschäftsführender Direktor des Hessischen Städtetages.

Mitglied des Verwaltungsrates der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung seit Februar 1971.

Kommunalpolitisch tätig seit 1964. Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Dreieich von April 1977 bis 1979.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 9.11.1978 bis 11.12.1979.

Dengler, Wilhelm SPD

Geboren am 3.5.1889 in Erbach (Odenwald).

1919 bis 1933 und 1945 Bürgermeister. - Ab Dezember 1945 bis 1946

Landrat. Anschließend Leiter der Hessischen Versorgungskasse.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 9.2.1949.

Verstorben am 19.2.1951.

Dr. Derichsweiler, Albert FDP FL

Geboren am 6.7.1909 in Bad Niederbronn (Elsaß).

Abitur. Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Münster und Köln. Seit 1929 in der Jugend- und Studentenarbeit. 1934 bis 1936 Studentenfürer, danach bei der DAF auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätig. 1939/40 und 1943 bis 1945 Kriegsteilnehmer, schwerkriegsbeschädigt. Nach 1945 Kaufmann.

Stadtverordneter der FDP in Frankfurt am Main 1953.

Am 2.5.1956 Austritt aus der FDP.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 11.1.1955 bis 30.11.1958.

Dey, Peter Anton SPD

Geboren am 21.10.1892 in Mühlheim am Main.

Mitglied der Gemeindevertretung und Abgeordneter des Provinziallandtags Hessen-Starkenburg von 1919 bis 1933. Landessekretär der SPD im Volksstaat Hessen und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Arbeiterwohlfahrt Hessen von 1920 bis 1933. Nach 1933 politisch Verfolgter (KZ und Gefängnis). - 1945 bis 1963 Bürgermeister der Stadt Mühlheim am Main.

Präsident des Hessischen Gemeindetages. Präsident des Deutschen Gemeindetages von 1947 bis 1950. Gründer des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Mitglied im Rat der Gemeinden Europas.

Mitglied des Kreisausschusses Offenbach seit 1946.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 8.12.1959.

Verstorben am 17.9.1973.

Dr. Dieter, Jürgen SPD

Geboren am 8.3.1955 in Lampertheim.

1973 Abitur. Bis 1977 Studium der Rechtswissenschaften in Mannheim; anschließend zwei Jahre Rechtsreferendar in Darmstadt. 1980 zweites juristisches Staatsexamen. 1982 Promotion zum Dr.jur. mit einer Arbeit zum Thema: 'Gesetzliche und tarifvertragliche Grundlagen für die Tätigkeit gewerkschaftlicher Vertrauensleute'. 1981 bis 1982 Richter im Justizdienst beim Amtsgericht Groß-Gerau und 1982 bis 1983 beim Landgericht Darmstadt. Seit Oktober 1984 als Rechtsanwalt zugelassen. Mitglied der SPD. Mitglied des Vorstandes der SPD im Unterbezirk Bergstraße und im Ortsverein Lampertheim. Mitglied im Vorstand des Hessischen Volkshochschulverbandes.

Stadtverordneter in Lampertheim seit 1977. Mitglied des Kreistags Bergstraße seit 1981; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Diez, Karl KPD

Geboren am 15.8.1882 in Schliersee.

Volksschule. Lehre als Tischler. Kriegsteilnehmer, schwer verwundet. 1924 bis 1928 stellvertretender Bürgermeister. Umschulung zum Lebensmittelkaufmann. 1934 in Pforzheim selbständig, 1937 bis 1944 (Ausbombung) Inhaber eines Lebensmittelgeschäfts in Offenbach. - 1945 bis 1948 Bürgermeister in Wachenbach.

Seit 1899 Mitglied der SPD. 1918 Mitglied des Spartakusbundes. Mitglied der KPD seit Gründung.

Mitglied der Gemeindevertretung von 1919 bis 1928. Mitglied des Kreis-ausschusses für den Kreis Hanau von 1921 bis 1928.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 27.10.1964.

Dingeldey, Alfred CDU

Geboren am 10.11.1894 in Gießen.

Kunsthändler in Berlin. - Von August 1948 bis Januar 1949 Landrat in Gießen.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 15.1.1949.

Verstorben am 15.1.1949.

Dockhorn, Otto F.D.P.

Geboren am 16.1.1921 in Wolfenbüttel (Kreis Weimar).

Abitur, Kriegsdienst, Lehrerstudium. Seit 1948 Schulpraxis in Kirchhain (Kreis Marburg) und in Kassel. Seit 1969 Schulrat im Landkreis Kassel. Von Januar 1973 bis 1978 Bürgermeister in Gießen. - Vom 1.12.1978 bis Juli 1984 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern.

Verschiedene Funktionen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem Gesamtverband der Lehrer und Erzieher in Hessen, seit 1967 zweiter Landesvorsitzender. - Seit 1948 Mitglied der F.D.P.; stellvertretender Vorsitzender des F.D.P.-Landesfachausschusses für Bildung.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1968 bis 30.11.1972 und 1978 in der damaligen Stadt Lahn.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 25.1.1973.

Dr. Dörinkel, Wolfram FDP

Geboren am 5.9.1907 in Bad Oeynhausen.

Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und Volkswirtschaft in Freiburg (Breisgau), Paris und Berlin. 1928 Referendar, 1930 Promotion, 1932 Assessor. 1932 bis 1945 Rechtsanwalt in Berlin und Wiesbaden.

Mitbegründer der FDP in Nordrhein-Westfalen; 1951 Mitglied des Vorstandes des FDP-Kreisverbandes Wiesbaden und seit 1952 Erster Vorsitzender sowie seit 1952 Mitglied des Landesvorstandes der FDP in Hessen.

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1965.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 1.10.1961. - Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 10.10.1957 bis 1.10.1961.

Verstorben am 26.11.1975.

Dr. Draub, Günther BHE GB/BHE SPD

Geboren am 9.11.1902 in Gleiwitz.

1912 bis 1921 Gymnasium. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau, 1925 Referendarexamen. Juristischer Vorbereitungsdienst in Gleiwitz und Breslau. 1929 Assessorexamen in Berlin. Seit 1929 Rechtsanwalt in Gleiwitz, später auch Notar. 1945 Flucht, seit November 1945 Rechtsanwalt und Notar in Hofgeismar.

Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Demokratischen Wirtschafts- und Aufbaugemeinschaft Hessen (DWA), später Vorsitzender der Unabhängigen Deutschen Gemeinschaft Hessen, nach deren Zusammenschluß mit der Gründungsorganisation des BHE bis 1953 Landesvorsitzender des BHE Hessen. Am 3.9.1953 Austritt aus GB/BHE. Am 4.10.1953 Eintritt in die SPD.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954. - Stellvertretender Vorsitzender der GB/BHE-Landtagsfraktion vom 3.12.1950 bis 3.9.1953.

Verstorben am 18.1.1957.

Dr. Dregger, Alfred CDU

Geboren am 10.12.1920 in Münster (Westfalen).

Humanistisches Gymnasium. 1939/45 Wehrdienst, Hauptmann. 1946 bis 1953 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1950 Dr. jur., 1953 große Staatsprüfung. 1954 bis 1956 Referent in Verbänden. - 1956 bis 1970 Oberbürgermeister der Stadt Fulda. - Nach 1970 Vorstandsmitglied der Überlandwerke Fulda AG. - Präsident des Deutschen Städte-tages von 1965 bis 1967, Vizepräsident von 1967 bis 1970.

Landesvorsitzender der CDU Hessen von Dezember 1967 bis Dezember 1982. Mitglied im CDU-Bundesvorstand seit 1969, stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender bzw. Mitglied des Parteipräsidiums seit 1969. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 13.12.1972. Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1976 bis 1982, Vorsitzender seit 8.1.1982.

1969 Mitglied der 5., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 5.12.1972, vom 1.12.1974 bis 20.12.1974 und vom 1.12.1978 bis 4.12.1978. - Stellvertreter Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von Januar 1968 bis 17.11.1970, Vorsitzender vom 17.11.1970 bis 28.11.1972.

Drott, Karl SPD

Geboren am 18.2.1906 in Pfungstadt.

Volksschule. 1928 Werkzeugdreher. 1928 Kurse an der Maschinenbau- und Volkshochschule. 1929 Sachbearbeiter beim Arbeitsamt Darmstadt. 1930 bis 1933 Jugend- und Bildungssekretär der Sozialdemokratischen Partei im Volksstaat Hessen. Nach 1933 mehrere Verhaftungen. Bis 1935 arbeitslos, danach Handelsvertreter und Mitinhaber einer Lederwarenfabrik. 1938 bis 1939 Materialverwalter und Betriebsrechner. 1940 bis 1945 Wehrdienst. Im Juli 1945 Gründung des Nachrichten- und Übersetzungsbüros Karl Drott in Offenbach. Lokalredakteur der 'Frankfurter Rundschau'. Im September 1946 Gründung des Bollwerk-Verlages Karl Drott. Bis 1933 Vorsitzender des Verbandes der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Kreisvorsitzender der SPD im Kreis Offenbach.

Stadtverordneter in Offenbach von 1956 bis 1968. - 1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954.
Verstorben am 25.9.1971.

Dudene, Heinrich SPD

Geboren am 21.1.1930 in Gelnhausen. Verheiratet, zwei Kinder.
Volks- und Realschule. Lehre als Maschinenschlosser. 1955 bis 1972 hauptamtlich beim Deutschen Gewerkschaftsbund tätig, zunächst als Jugend- und Angestelltensekretär, dann Kreisvorsitzender des DGB in Gießen und Hanau. 1968 bis 1972 stellvertretender Vorsitzender des DGB Hessen. - Von Juni 1976 bis September 1979 Bürgermeister der Großgemeinde Brachtal (Vogelsberg).

Seit 1953 Mitglied der SPD. Drei Jahre lang zweiter Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Seit 1972 Landesgeschäftsführer der Hessischen SPD.

Ehrenamtliche Tätigkeit im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Hessen, in der Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Hessen und im Landesverband der Ortskrankenkassen. Vorstandsvorsitzender der AOK Gelnhausen.

Mitglied des Kreistags Gießen. Mitglied des Kreistags Gelnhausen seit 1980, später des Kreistags des Main-Kinzig-Kreises.

Mitglied des Hessischen Landtags von 1.12.1970 bis 5.6.1976.

Enders, Christian SPD

Geboren am 12.4.1899 in Grebenroth (Regierungsbezirk Wiesbaden). Volksschule. 1913 bis 1918 Forstlehre. 1919 bis 1920 Forstschule. 1921 bis 1925 Forstgehilfe. 1926 bis 1928 Revierhilfsförster und bis zur Pensionierung am 30.4.1964 zuerst Gemeinderevierförster dann Oberförster in Idstein. 1946 Kreisjagdberater und ab 1957 stellvertretender Bezirksjagdberater.

Seit 1924 Mitglied der SPD. 1945 Aufbau des SPD-Kreisverbandes Untertaunus und des SPD-Ortsvereines Idstein, 1952 Erster Vorsitzender. Seit 1950 Vorstandsmitglied des Unterbezirks Wiesbaden der SPD.

Stadtverordneter von 1928 bis 1932, von 1946 bis 1948 und von 1960 bis 1972, Stadtrat in Idstein von 1948 bis 1960 und von 1972 bis 1981. Erster Kreisbeigeordneter des Untertaunuskreises ab 1948.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1970.
Verstorben am 21.10.1984.

Engel, Horst SPD

Geboren am 7.7.1927 in Berlin-Schöneberg. Verheiratet, zwei Kinder.
Volksschule, Oberschule. Journalist. Leiter des Büros der Hamburger
SPD-Bundestagsabgeordneten. Versicherungskaufmann, Leiter der
Schadensabteilung einer Versicherung. Leitender Geschäftsführer der
Merian GmbH in Frankfurt am Main.

Seit 1948 Mitglied der SPD. - Mitglied des Verwaltungsrats der Städti-
schen Sparkasse Offenbach, Senator des Deutschen Ledermuseums.
Stadtverordneter in Offenbach am Main von 1960 bis 1975. SPD-
Fraktionsvorsitzender von 1963 bis 1973.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1969 bis
31.7.1973.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 8.8.1972 bis 17.12.1984.
Verstorben am 17.12.1984.

Engel, Jürgen GRÜNE

Geboren am 20.8.1947 in Witzenhausen (Werra).
Industriekaufmannslehre. 1970 bis 1979 als Industrie- und Exportkauf-
mann in der Chemischen Industrie tätig.

Seit 1974 politisch tätig, u.a. im Sozialistischen Büro Offenbach, als
Betriebsrat und Mitglied der IG Chemie. Mitinitiator der ersten grün-
alternativen Wahlbeteiligung in Hessen und 1978 der Grünen Liste Hes-
sen. 1979/1980 Mitinitiator von Rock gegen Rechts und dem
Volksbegehren gegen die Startbahn 18 West. Seit Januar 1980 Mitglied
der GRÜNEN.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 19.4.1985. - Geschäftsführer der
GRÜNEN-Landtagsfraktion von 1982 bis April 1985.

Dr. Engel, Ludwig SPD

Geboren am 30.11.1906 in Darmstadt.
Abitur. 1925 bis 1929 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an
den Universitäten Heidelberg, München, Berlin, Frankfurt am Main und
Gießen. 1929 Referendarausbildung, 1932 Promotion zum Dr.jur. 1933

als Gerichtsassessor wegen politischer Unzuverlässigkeit aus dem hessischen Justizdienst entlassen, Niederlassung als Rechtsanwalt in Darmstadt. Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. 1946 als Rechtsanwalt und Notar neu zugelassen. - 1948 Vizepräsident des Hessischen Staatsgerichtshofes. 1949 Senatspräsident beim Oberlandesgericht und Leiter der Zweigstelle Darmstadt. - 1951 bis Januar 1971 Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt.

Ehrenszenator der Technischen Hochschule Darmstadt, Lehrbeauftragter für Kommunalrecht und -politik. Vorsitzender des Kreisverbandes Darmstadt der Europa-Union, Präsident und Ehrenpräsident der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden Europas. Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender mehrerer Aufsichtsräte.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.12.1960.
Verstorben am 26.9.1975.

Dr. Engel, Sibylle F.D.P.

Geboren am 6.5.1920 in Hamburg. Verheiratet, drei Kinder. Realgymnasium, 1938 Abitur. Studium der Literaturwissenschaften, Kunst, Musik und Soziologie; Promotion 1944 an der Karls-Universität Prag. Bis 1949 Lehrauftrag am Literaturwissenschaftlichen Seminar der Universität Hamburg. Freie Mitarbeiterin bei Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Seit 1960 tätig in Elternbeiräten auf Orts-, Kreis- und Landesebene. Seit 1969 Mitglied der F.D.P. Mitglied der Landesfachausschüsse für Umweltpolitik und für Kultur- und Bildungspolitik. 1971 bis 1981 Vertreterin der F.D.P. im Hessischen Umweltbeirat. Mitglied im Beirat der Gesellschaft Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind. 1980 Erste Vorsitzende des Büros für staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 26.6.1981 bis 29.3.1983.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1978 und vom 15.12.1978 bis 26.6.1981. - Vizepräsidentin des Hessischen Landtags vom 3.12.1974 bis 28.6.1977 und vom 31.1.1979 bis 26.6.1981.

Epstein, geb. Beling, Else CDU

Geboren am 22.12.1881 in Frankfurt am Main.

1906 bis 1930 in der Frankfurter Volksbildungsarbeit tätig, u.a. vor dem Ersten Weltkrieg beim Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung. Geschäftsführerin des Frankfurter Bundes für Volksbildung. 1930 bis 1933 Mitglied des Arbeits- und des zentralen Lenkungsausschusses des Bundes für Volksbildung, des Vorläufers der heutigen Volkshochschule Frankfurt. Nach dem Tod des Ehemannes 1941 durch Denunziation zunächst Polizeigewahrsam, dann 1942 bis 1943 Frauen-KZ Ravensbrück. März 1946 bis zum Tode Wiederaufnahme der Leitung des wiederzugelassenen Frankfurter Bundes für Volksbildung.

Vor 1933 Mitglied der DDP. 1945 Gründungsmitglied der CDU in Frankfurt am Main.

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main in den 20er Jahren und nach 1945.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946. Verstorben am 13.12.1948.

Graf Erbach-Fürstenau, Alfred CDU

Geboren am 11.4.1905 in Steinbach (Regierungsbezirk Darmstadt).

Privatunterricht und Humanistisches Gymnasium, 1923 Reifeprüfung. Besuch der Technischen Hochschule Darmstadt. 1927 und 1928 Ingenieur bei Siemens & Halske in Berlin. Dezember 1928 Übernahme des Hausguts, Ausscheiden bei Siemens und Studium der Jurisprudenz an der Universität Berlin. 1930 Übernahme der Verwaltung des eigenen Besitzes. September 1939 bis Dezember 1947 in Sao Paulo (Brasilien) als Ingenieur angestellt. Dezember 1947 bis März 1948 in Deutschland, ab September 1949 wieder in Brasilien selbständig als Ingenieur und Importkaufmann tätig. November 1949 bis April 1950 Marktforschung für BMW in Brasilien. Seitdem in der Heimat.

Seit 1953 Mitglied der CDU. - Vorsitzender des Forstpolitischen Ausschusses des Hessischen Waldbesitzerverbandes.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.7.1956 bis 30.11.1958.

Erhard, Benno CDU

Geboren am 22.2.1923 in Bad Schwalbach.

Abitur. 1942 Wehrdienst, französische Kriegsgefangenschaft. 1948 bis 1949 Landwirtschaftslehre. Ab 1949 Studium der Rechtswissenschaften

in Mainz. 1956 juristisches Staatsexamen, 1957 Rechtsanwalt, seit 1964 Notar. - Ab November 1983 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz.

1956 bis 1969 im Landesvorstand der CDU Hessen. 1958 bis 1977 Kreisvorsitzender der CDU Untertaunus. 1962 bis 1966 und seit 1977 Bezirksvorsitzender der CDU Hessen-West. - Seit 1970 Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Vorsitzender der Kommission für Ehe und Familie. - Bis 1983 im Präsidium des Hessischen Landkreistages.

Stadtverordneter in Bad Schwalbach seit 1957 und Stadtverordnetenvorsteher von 1968 bis 1972 sowie von 1981 bis 1983. - Mitglied des Kreistags des Rheingau-Taunus-Kreises; Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1977.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 19.10.1965. Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 14.10.1982 bis 1983.

1959 Mitglied der 3., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 18.10.1965.

Ernst, Karl Heinz SPD

Geboren am 18.1.1942 in Fritzlar. Verheiratet.

Volksschule, Realschule. 1959 bis 1962 Verwaltungslehre bei der Kreisverwaltung Fritzlar, Dienstanfängerprüfung. 1962 bis 1965 Vorbereitungsdienst für den gehobenen Verwaltungsdienst beim Regierungspräsidenten in Kassel, Inspektorenprüfung. Zuletzt als Amtmann in der Personalverwaltung tätig.

Seit 1963 Mitglied der SPD. Seit Oktober 1974 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Schwalm-Eder.

Stadtverordneter in Fritzlar seit 1968, Vorsitzender der SPD-Fraktion. 1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 21.4.1977 bis 14.2.1984. - Vizepräsident des Hessischen Landtags seit 21.2.1984.

Etz, Otto SPD

Geboren am 2.10.1895 in Frankfurt am Main.

Volksschule, Berufsschule. Lehre als Former. 1915 bis 1918 Kriegsteilnehmer.

Seit 1913 gewerkschaftliche Tätigkeit im Deutschen Metallarbeiterverband, 1925 bis 1931 Betriebsratsvorsitzender, Beisitzer am Arbeitsgericht Frankfurt am Main und Schöffe am Landgericht Frankfurt am Main. 1933 mehrmals verhaftet. Nach 1945 Angestellter.

Seit 1918 aktive Tätigkeit in der SPD. Mitglied des Vorstandes des Ortsvereins Frankfurt am Main. Seit 1945 wieder aktive Tätigkeit in der SPD, Mitglied des Vorstandes des Ortsvereins Frankfurt am Main. Bezirksvorsteher in Frankfurt am Main-Rödelheim.

Mitglied des Kommunal- und Provinziallandtags Hessen-Nassau 1933.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Verstorben am 18.10.1957.

Euler, Adam FDP

Geboren am 21.8.1919 in Altengronau.

Volksschule, Berufsschule. Marmorschleifer. 1939 bis 1945 Kriegsteilnehmer, Gefangenschaft bis 1949. Betriebsratsvorsitzender. Drei Jahre Tätigkeit im Krankenkassenausschuß.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 9.4.1958.

Verstorben am 2.9.1971.

Euler, August Martin LDP FDP

Geboren am 9.5.1908 in Kassel.

Oberrealschule in Kassel. 1927 bis 1932 Studium der Rechte und Staatswissenschaften in Marburg, Wien und Göttingen; 1932 Referendar-examen. 1936 große juristische Staatsprüfung. Bis August 1939 Anwaltsvertretungen. Vertragsjurist bei der IG-Farbenindustrie AG und beim Generalbevollmächtigten Chemie in Berlin. 1944 Wehrdienst. -1945 bis Sommer 1946 Landrat des Kreises Hersfeld.

1946 bis 1956 Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Hessen und Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der FDP. 1956 Ausscheiden aus der FDP, Gründung der FVP, 1956 Mitglied des Bundesvorstandes der FVP. Nach der Fusion der FVP mit der DP 1957 Landesvorsitzender der DP (FVP) Hessen. - Mitglied des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung.

Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 25.6.1947 bis 7.9.1949. Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion. Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 10.9.1958. Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion bis 1955.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Vorsitzender der LDP-Fraktion vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 26.6.1947, vom 1.12.1950 bis 12.1.1951 und vom 1.12.1954 bis 8.1.1955. - Vorsitzender der LDP- bzw. FDP-Landtagsfraktion vom 1.12.1946 bis 26.6.1947 und vom 1.12.1954 bis 7.1.1955.

Verstorben am 4.2.1966.

Eyerkauf, Karl SPD

Geboren am 3.3.1940 in Landshut.

Oberrealschule in Lindau. 1960 Abitur. Studium an der Universität in Frankfurt am Main: Mathematik, Geographie und Politik. Seit 1966 im Schuldienst, vor dem Eintritt in den Landtag Studienrat an der gymnasialen Oberstufe Bruchköbel.

In den Jahren 1961 bis 1966 fünffacher Deutscher Meister über 1500 Meter (Leichtathletik), Olympiateilnehmer. Mitglied im SPD-Sportbeirat.

Mitglied des Kreistags Hanau bzw. des Main-Kinzig-Kreises seit 1968; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 2.10.1974 bis 30.11.1974.

Fabian, Franz SPD

Geboren am 1.4.1926 in Wilden (Kreis Siegen).

Volksschule, Mittlere Reife. Arbeitsdienst, Wehrmacht, verwundet. Nach dem Krieg Arbeit in der Landwirtschaft und in einem Chemieunternehmen. Studium an der Sozialakademie Dortmund. Hauptamtliche Tätigkeit in der IG Chemie, Papier, Keramik: Jugendsekretär für Nordrhein-Westfalen, Gewerkschaftssekretär in Düsseldorf, Geschäftsführer in Wuppertal, Branchenleiter, Tarifsekretär für die Glasindustrie des Bundesgebietes. Seit 1.5.1963 Bezirksleiter der IG Chemie, Papier, Keramik in Hessen.

Seit 1946 Gewerkschaftsmitglied, ehrenamtliche Funktionen. - Seit 1949

Mitglied der SPD, ehrenamtliche Funktionen. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hüttengesäß/Neuwiedermuß.

Mitglied des Kreistages Hanau seit 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 18.9.1974.

Verstorben am 31.7.1986.

Fassbender, Heinrich LDP NPD FL

Geboren am 24.5.1899 in Solingen.

Landwirt. Kriegsdienst 1917 bis 1918. Danach Außendienstleiter in der Industrie.

Mitglied der DNVP von der Gründung bis zur Auflösung 1933. Von 1933 bis 1945 keine politische Tätigkeit. 1945 Mitglied der LDP/FDP. 1945 LDP-Kreisvorsitzender im Kreis Rotenburg (Fulda). 1955 Übertritt zur DP, seit 14.3.1957 DP (FVP). Gründungsmitglied der NPD. Mitglied des Bundesvorstandes der NPD und NPD-Landesvorsitzender Hessen. Am 7.11.1970 Austritt aus der NPD.

Vor 1933 Gemeindevertreter und Kreistagsmitglied für die DNVP.

Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 24.2.1948 bis 7.9.1949.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 6.10.1957.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 12.2.1948 und vom 1.12.1966 bis 30.11.1970. - Vorsitzender der NPD-Landtagsfraktion vom 1.12.1966 bis 10.6.1969.

Verstorben am 22.6.1971.

Dr. Fay, Wilhelm CDU

Geboren am 1.7.1911 in Frankfurt am Main.

1930 Abitur. Rechtswissenschaftliches Studium. 1934 Referendarexamen, 1937 Promotion, 1939 Assessorexamen. 1942 Zulassung als Rechtsanwalt. 1945 Landgerichtsrat. - 1956 bis 1966 hauptamtlicher Stadtrat in Frankfurt am Main. - 1966 bis 1972 Bürgermeister.

1952 bis 1967 Landesvorsitzender, danach Ehrenvorsitzender der CDU Hessen.

Ehrenamtlicher Stadtrat in Frankfurt am Main von 1948 bis 1956.

1964 Mitglied der 4., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 5.11.1953 bis 30.11.1970. - Stell-

vertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 13.11.1962 bis Januar 1968.

Verstorben am 7.2.1980.

Dr. Feick, Gustav SPD

Geboren am 31.3.1904 in Darmstadt-Eberstadt.

Abitur. Kaufmännische Lehre. Studium der Volkswirtschaft in Frankfurt am Main, 1930 Promotion. Tätigkeit in der freien Wirtschaft. 1942 bis 1945 Wehrmacht und Kriegsgefangenschaft. - 1946 bis 1956 Stadtkämmerer in Darmstadt. - Vom 1.9.1956 bis 30.11.1957 Staatssekretär beim Hessischen Minister der Finanzen. - 1957 bis 1960 Präsident der Brandversicherungskammer Darmstadt. - 1960 bis 1968 Stadtkämmerer in Wiesbaden.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Verstorben am 23.2.1983.

Feick, Volker CDU

Geboren am 31.3.1939 in Mannheim. Verheiratet, zwei Kinder.

1959 Abitur. 1959 bis 1960 Bundeswehr, Fahnenjunker der Reserve. 1960 bis 1963 Studium für das Lehramt an Haupt- und Realschulen in Jugenheim. 1963 Leiter der einklassigen Schule in Schannenbach/Knoten, 1963 bis 1965 Lehrer an der Sonderschule für Lernbehinderte in Bensheim. 1965 zweites Staatsexamen. 1965 bis 1967 Zusatzstudium für das Lehramt an Sonderschulen an der Philipps-Universität Marburg. 1967 Examen für das Lehramt an Sonderschulen. 1967 bis 1968 Lehrer an der Sonderschule für Lernbehinderte in Bensheim, 1968 Ernennung zum Konrektor, 1969 Ernennung zum Rektor. 1970 bis Dezember 1982 Leiter der Sonderschule für Lernbehinderte in Heppenheim. 1983 bis 1985 Konrektor und seit 1.8.1985 Rektor der Werner-von-Siemens-Schule in Lorsch.

Gründungsmitglied der Lebenshilfe für geistig Behinderte in Bensheim. Seit 1968 Mitglied der CDU.

Stadtverordneter in Bensheim und stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender seit 1968 sowie CDU-Fraktionsvorsitzender in Bensheim von 1972 bis 1981. Ehrenamtlicher Stadtrat von 1977 bis 1981. Mitglied des Kreistags Bergstraße ab 1977. Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher des Bensheimer Stadtparlaments 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 4.8.1983.

Dr. Fertsch, Georg Ludwig LDP

Geboren am 12.6.1890 in Friedberg (Hessen).

Fabrikant in Frankfurt am Main.

Landesvorsitzender der LDP.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 31.10.1948.

Fertsch-Röver, Dieter F.D.P.

Geboren am 18.2.1924 in Frankfurt am Main. Verheiratet, sieben Kinder.

Notabitur. 1941 bis 1945 Kriegsdienst (Leutnant), verwundet, Kriegsgefangenschaft. Banklehre. Kaufmännischer Leiter und Mitinhaber eines Textilreinigungsunternehmens in Frankfurt am Main-Niederrad.

1958 bis 1973 Vorsitzender des Tarifausschusses des Bundesfachverbandes Färberei/Chemische Reinigung, 1957 bis 1972 auch des Hessischen Textilreinigungsverbandes. 1950 Mitbegründer und 1952 bis 1954 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Unternehmer in der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU). 1964 bis 1971 Bundesvorsitzender der ASU. Seit 1956 Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main. Seit 1967 Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) und seit 1969 auch des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Seit 1975 Mitglied des Verbraucherbeirates beim Bundesminister für Wirtschaft. 1974 bis Oktober 1983 Mitglied der Monopolkommission. Seit Ende 1976 Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, deren Schatzmeister von 1977 bis 1979 und seit 1983. Seit Juli 1982 Mitglied des Vorstandes der Anstalt für Kabelkommunikation Ludwigshafen.

Seit 1951 Mitglied der FDP. 1957 bis 1968 Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Obertaunus, seitdem Ehrenvorsitzender. 1962 bis 1965 Bezirksvorsitzender der FDP West-Hessen. 1963 bis 1969 und 1982 bis 1985 Mitglied des F.D.P.-Landesvorstandes. Seit 1971 Vorsitzender des F.D.P.-Bundesfachausschusses Wirtschaft, Verbraucher und Verkehr. Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1952 bis 1956. Gemeindevertreter in Mammolsheim bei Königstein (Taunus) von 1960 bis 1972. Mitglied des Kreistags des Obertaunuskreises; Vorsitzender der FDP-Fraktion von 1960 bis 1968. - Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain (RPU) von 1966 bis 1972. Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Feutner, Wilhelm KPD

Geboren am 19.8.1905 in Mörfelden.

1911 bis 1919 Volksschule in Mörfelden. 1919 bis 1924 Kunstgewerbeschule in Frankfurt am Main. Leiter des Sekretariats der Kommunistischen Partei Kreis Groß-Gerau. 1932 wegen Hoch- und Landesverrat sechs Monate Gefängnis. 1933 KZ Osthofen. 1934 illegaler Leiter der Widerstandsbewegung bei Opel. 1944 von der Gestapo verhaftet wegen Verbreitung von Rundfunknachrichten des Auslandes. - 1934 bis 1945 technischer Angestellter bei der Adam Opel AG in Rüsselsheim. 1945 bis zur Pensionierung 1970 zuerst Beamter bei der Staatsanwaltschaft, dann beim Landgericht in Frankfurt am Main.

1928 bis 1933 und ab 1945 Mitglied der KPD.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 2.3.1979.

Firnhaber, Wolf-Dieter CDU

Geboren am 19.4.1934 in Feldberg (Mecklenburg). Verheiratet.

Volksschule in Mecklenburg, Mittelschule, Höhere Handelsschule und Wirtschaftsoberschule in Wiesbaden. 1955 Abitur. Lehre als Industriekaufmann. Mehrere Semester Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftspädagogik und Politik.

Seit 1949 ehrenamtliche Tätigkeit im Evangelischen Jugendwerk Wiesbaden. Lange Jahre Vorstandsmitglied des Evangelischen Jungen- und Jungmännerwerkes und Leiter der Heliand-Pfadfinder. Kreisvorsitzender des Westbundes CVJM. Seit 1968 Geschäftsführer und Pressereferent des Evangelischen Dekanatsverbandes Wiesbaden.

Seit 1964 Mitglied der CDU. Vorstandsmitglied und zeitweise stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Union. Mitglied des CDU-Landesverbandes und stellvertretender Kreisvorsitzender. Stadtbezirksvorsitzender und Kreisvorsitzender der Wiesbadener Sozialausschüsse. Mitglied des Hessischen Landtags vom 5.12.1972 bis 22.2.1981.

Verstorben am 22.2.1981.

Fisch, Walter KPD

Geboren am 16.2.1910 in Heidelberg.

Volksschule, Gymnasium. Anschließend Tätigkeit als Bergarbeiter im Ruhrgebiet und als Metallarbeiter in Berlin. 1930 Sekretär des Kommuni-

stischen Jugendverbandes Hessen. 1931 bis zur Verhaftung am 12.3.1933 Mitglied des Bezirkssekretariats der Kommunistischen Partei in Hessen. Zwischen 1933 und 1945 zwei Jahre Haft und vier Jahre Aufenthalt in schweizerischen Internierungslagern.

1945 Landesvorsitzender der KPD Hessen. Im April 1948 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Westzonen gewählt.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone vom 10.3.1947 bis 30.9.1949.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 7.9.1953.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 10.8.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 27.9.1949.

Verstorben am 21.12.1966.

Fischer, Dieter CDU

Geboren am 25.6.1942 in Biskirchen.

Volksschule. Lehre als Maler, 1960 Gesellenprüfung. 1963 Eintritt in die Bundeswehr (Panzertruppe), Berufssoldat, Vertrauensmann der jeweiligen Laufbahn. Von August 1977 bis 1979 Assistent bei MdB Wissebach. Seit 1959 aktiv in der Jugendarbeit tätig, u.a. 1970 bis 1977 Kreisvorsitzender der Jungen Union, stellvertretender Bezirksvorsitzender Nordhessen und 1976/77 Mitglied des Landesvorstandes.

Seit 1975 Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Nordhessen. Bundesvorsitzender des Deutschen Jugendbundes Kyffhäuser e.V.; Vizepräsident des Kyffhäuserbundes e.V. Referent im Vorstand des Deutschen Komitees europäischer Zusammenarbeit (CEAG). Stellvertretender Landesvorsitzender der Pan-Europa-Union. Kreisvorsitzender der VDA Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V. Mitglied des Bundeswehrverbandes.

Mitglied des Kreistags Waldeck-Frankenberg; stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1972.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 23.2.1979.

Fischer, Heinrich SPD

Geboren am 8.7.1895 in Hanau.

Volks-, Werks- und Wirtschaftsschule. Lehre als Werkzeugmacher, später als Werkmeister tätig. 1925 Gewerkschaftssekretär bzw. Bezirksleiter (Hanau, Gießen, Merseburg). 1933 verhaftet, wieder freigelassen. 1942 erneut verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. April 1945 durch alliierte Truppen befreit. August 1945 Leiter des Arbeitsamtes. 1949 Ministerialrat und Leiter der Abteilung Arbeit im Hessischen Ministerium für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft. - Vom 10.1.1951 bis 14.1.1953 Hessischer Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft und vom 14.1.1953 bis 18.1.1955 Hessischer Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr. - 1956 bis 1962 Oberbürgermeister der Stadt Hanau. 1910 Eintritt in Gewerkschaft und SPD. 1945 Aufbau der Gewerkschaften im Bezirk Hanau.

Vorsitzender des Hessischen Rundfunkrates von 1960 bis 1970.

Mitglied des Bundesrates vom 10.1.1951 bis 19.1.1955.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 4.12.1950 bis 14.1.1953 und von Januar 1959 bis 30.3.1960. - Alterspräsident des Hessischen Landtags von 1966 bis 1970.

Verstorben am 9.8.1973.

Fischer, Werner NPD

Geboren am 19.12.1925 in Danzig.

1940 Schulentlassung, anschließend Augenoptikerlehre und Abend-
schule. Aufnahmeprüfung zum Langemarckstudium. Ab Januar 1943
Wehrdienst, als Sanitäter schwer verwundet. 1946 aus Gefangenschaft
entlassen, danach im Versehrtenwerk Flensburg als Werkmeister tätig.
1948 bis Anfang 1950 Elektroschweißer auf der Flensburger Schiffsbau-
werft. 1952 Abschlußprüfung auf der Fachschule für Optik und Foto-
technik in Berlin. Nach Tätigkeit als Geschäftsführer seit 1960 eigenes
Fachgeschäft. Bis zum satzungsgemäßen Austritt Vorsitzender des Bun-
desverbandes nichtselbständiger Augenoptiker.

Mitglied der NPD, Kreisvorsitzender in Kassel und Mitglied des Landes-
vorstandes Hessen.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970. - Vorsit-
zender der NPD-Landtagsfraktion vom 10.6.1969 bis 14.7.1970.

Fister, Franz SPD

Geboren am 15.7.1886 in Eisendorf (CSSR).

Volksschule. Tischlerlehre, Besuch von Fachkursen. Als Tischlergehilfe in Österreich und Deutschland tätig. Besuch von Ausbildungskursen in der Arbeitsverwaltung. Seit 1918 Vorsteher des Bezirksarbeitsamtes Tetschen. 1938 entlassen, durch die SS verhaftet. 1941 bis 1945 Hilfsarbeiter. Ab Mai 1945 wieder als Arbeitsamtsvorsteher tätig. Zweimal von den Tschechen verhaftet. 1946 neuer Wohnsitz in Wabern (Kreis Fritzlar-Homberg).

Gründer und Vorstandsmitglied des Verbandes der Holzarbeiter, des Verbandes der öffentlichen Angestellten und der Arbeiter-Kinderfreunde Bewegung in Böhmen. Zahlreiche andere Ehrenämter im Bezirk Tetschen.

Seit 1902 Mitglied der SPD, fünfzehn Jahre Erster Bezirksvorsitzender. Für die SPD in Wabern wieder seit 1946 tätig. Mitglied des Landesflüchtlingsbeirates.

Mitglied der Gemeindevertretung Wabern und des Kreistags Fritzlar-Homberg.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 23.1.1951 bis 30.11.1954.

Verstorben am 18.11.1971.

Dr. Flach, Werner CDU

Geboren am 21.1.1936 in Nieder-Weisel.

Realgymnasium, 1956 Abitur. Studium TH München und TH Darmstadt. 1962 Diplom-Ingenieur (Maschinenbau). Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Heizungs- und Trocknungstechnik (Prof. Krischer), 1967 Promotion. Seit 1968 Geschäftsführer der Imhof & Co GmbH, Heizung, Lüftung, Gesundheitstechnik, Bad Nauheim. - Hauptamtlicher Stadtrat in Bad Nauheim.

Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Stellvertretender CDU-Ortsvorsitzender und Mitglied des Bezirksvorstands Mittelhessen.

Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter nach 1968.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 5.12.1972 bis 30.11.1974.

Fleckenstein, Nikolaus CDU

Geboren am 16.9.1906 in Erlabronn (Mittelfranken).

Volksschule. Bürolehre. Tätigkeit in einem Anwaltsbüro und in der Verwaltung. Nach Arbeitslosigkeit 1925 Chemiebetriebsarbeiter.

Seit 1926 im Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands. Ehrenamtliche Tätigkeit: Betriebsvertrauensmann, Kartelljugendleiter, stellvertretender Ortsverbandsvorsitzender, katholische Jugendbewegung der Werktätigen. Besuch sozialrechtlicher Abendseminare und 1928/29 der Akademie der Arbeit an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Soldat 1943/44, mehrfach verwundet. 1945 Mitbegründer der IG Chemie-Papier-Keramik. 1945 bis 1963 Mitglied des Betriebsrats der Farbwerke Hoechst AG, 1961 bis 1963 Vorsitzender. Seit 1965 wieder Mitglied des Betriebsrats der Farbwerke Hoechst AG.

Stellvertretender Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Hessen. Mitglied der Vertreterversammlung der LVA Hessen und der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie der Bundesrepublik Deutschland.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1970.

Verstorben am 24.7.1979.

Fraas, Heinz SPD

Geboren am 7.3.1941 in Heidelberg. Verheiratet, zwei Kinder.

Besuch der Volks- und Realschule in Wald-Michelbach. Nach Schulabschluß Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann in Weinheim. 1965 bis 1977 technischer Vertriebskaufmann bei der Siemens AG. Seit 1977 selbständiger Kaufmann.

Seit 1965 Mitglied der SPD. Drei Jahre Unterbezirksvorsitzender der Jungsozialisten Kreis Bergstraße. Unterbezirksvorsitzender der SPD im Kreis Bergstraße von 1977 bis 1982.

Mitglied der Gemeindevertretung Mörlenbach. Mitglied des Kreistags des Kreises Bergstraße; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion seit 1968. Ehrenamtlicher Erster Kreisbeigeordneter seit 1985.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Frank, Helmut CDU

Geboren am 22.7.1933 in Frankfurt am Main-Höchst. Verheiratet, drei Kinder.

Volksschule. 1947 bis 1950 Lehre und Facharbeiterprüfung als Elektriker, 1962 Meisterprüfung. Beschäftigt bei der Hoechst AG als Elektromeister.

Mitglied der IG Chemie-Papier-Keramik. 1947 Jugendführer im BDKJ, Mitbegründer der Christlichen Arbeiterjugend in Frankfurt am Main-Höchst. 1953 bis 1957 Jugendvertreter und Vorsitzender der Jugendvertretung der Hoechst AG.

Gründer und Vorsitzender der Jungen Union in Frankfurt am Main-Höchst. Seit 1956 Mitglied der CDU. Mitglied des CDU-Kreisvorstandes, Mitglied des Kreisvorstandes der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Vorsitzender der Bezirksgruppe Frankfurt am Main-Schwanheim von 1967 bis 1974. Mitglied im Schulelternbeirat. Stellvertretender Vorsitzender eines Lehrlingsprüfungsausschusses.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1968 bis 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Franke, August SPD

Geboren am 14.2.1920 in Haldorf.

Volksschule, Maurerlehre. Fernstudium und Teilnahme an Abendkursen. 1937 bis 1940 Besuch der Staatsbauschule in Kassel. Examen als Bauingenieur. 1940 bis 1942 Kriegsdienst, verwundet. Anschließend bis 1956 bei der Landesbauernschaft und der Landwirtschaftskammer Kurhessen tätig; 1951 Baurat. 1956 bis 1961 Geschäftsführer der Siedlungsgesellschaft Hessische Heimat in Kassel. - Bis 1960 Bürgermeister in Haldorf. - Vom 1.7.1960 bis 11.9.1984 Landrat, und zwar bis zum 4.6.1974 des Kreises Fritzlar-Homburg, danach des Schwalm-Eder-Kreises.

1945 bis 1953 Betriebsratsvorsitzender. - Seit 1955 Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftliches Bauwesen in Hessen. - Seit 1962 Vorsitzender des Schwalmverbandes.

Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes und Landesausschusses, Vorsitzender des Agrarausschusses der SPD Hessen-Nord, Mitglied des Agrarausschusses beim SPD-Parteivorstand.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1973 bis 31.10.1985.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1979 der 7. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1970.

Franke, Gotthard BHE GB/BHE GDP GDP/BHE FDP

Geboren am 14.8.1912 in Weidenau.

Besuch der Volks- und Bürgerschule. 1926 bis 1929 Lehrzeit in der Steinbauindustrie. 1930 bis 1938 kaufmännischer Angestellter, 1938 bis 1940 Verwaltungsangestellter, 1940 Beamter. - Vom 19.1.1955 bis 27.1.1959 Hessischer Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, vom 28.1.1959 bis 30.1.1963 Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr. Vom 25.1.1955 bis 31.1.1963 stellvertretender Ministerpräsident.

Seit 1964 Konsul der Republik Dahomey, seit 1969 deren Generalkonsul. Seit 1969 Präsident des Bundes der Verkehrsteilnehmer.

Seit 1935 Mitglied der Sudetendeutschen Partei. BHE-Landesvorsitzender von 1954 bis 1963 und stellvertretender Bundesvorsitzender des GB/BHE von 1958 bis 1961. Von der GB/BHE zur FDP übergetreten am 26.5.1964.

Mitglied des Bundesrates vom 25.1.1955 bis 31.1.1963.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 13.2.1968 bis Januar 1969.

Verstorben am 8.1.1975.

Franke, Rolf SPD

Geboren am 22.10.1919 in Bremen.

Volks-, Berufs-, Fachschule, Bau- und Ingenieurschule, Abschluß Schiffsingenieur; Verwaltungsschule Bremen, Kaufmännisches Handelssseminar Hessen. Mittelständischer Mineralölunternehmer.

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bundesautobahntankstellen e.V. Bonn. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD Hessen-Süd. Mitglied des Beirates für Fragen der Selbständigen beim Vorstand der SPD. 1955 bis 1963 Sprecher der Deputation für Justiz und Gefängniswesen und der Deputation für Inneres bei der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1974.

Freidhof, Rudolf SPD

Geboren am 23.9.1888 in Gerlachsheim (Baden).

Nach Schulbesuch und Berufsausbildung politische Tätigkeit. 1922 bis 1928 Vorsitzender der SPD in Mannheim. 1928 bis 1933 Bezirkssekretär der SPD in Kassel. 1933 aus politischen Gründen verhaftet, längere Zeit im KZ und Zuchthaus. Danach selbständiger Lebensmittelkaufmann. 1944 erneute Verhaftung; KZ Sachsenhausen. 1945 bis 1949 Regierungsrat beim Regierungspräsidenten in Kassel.

Stadtverordneter in Mannheim von 1925 bis 1928. Stadtverordneter in Kassel vom 26.5.1946 bis 31.10.1964; Stadtverordnetenvorsteher vom 26.11.1956 bis 31.10.1964.

Mitglied des Badischen Landtags von 1921 bis 1928.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 6.10.1957.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 5.10.1949. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 19.12.1946 bis 16.7.1947.

Verstorben am 25.12.1983.

Fricke, August SPD

Geboren am 7.11.1880 in Segeste (Regierungsbezirk Hildesheim).

Volksschule, Lehrerseminar in Alsfeld (Leine), Universitäten in Paris, München, Berlin, Göttingen. 1900 bis 1904 Volksschullehrer, 1910 bis 1912 Seminarlehrer in Lüdenscheid, 1912 Studienrat, dann Oberstudienrat und Oberstudiendirektor in Kassel; 1933 entlassen. - 1945 Schuldezernent in Kassel, vom 10.1.1946 bis 15.8.1954 hauptamtlicher Stadtschulrat.

Seit 1920 Mitglied der SPD. Bis 1933 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer. Vorstandsmitglied des Republikanischen Lehrerbundes. Mitglied des Weltversöhnungsbundes. 1920 bis 1930 zweiter Vorsitzender der Kasseler Friedensgesellschaft. Mitglied der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) und bis 1942 Schriftleiter der Monatshefte dieser Gesellschaft.

Stadtverordneter in Kassel vom 26.5.1946 bis 9.8.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 11.10.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 29.7.1965.

Prof. Dr. von Friedeburg, Ludwig SPD

Geboren am 21.5.1924 in Wilhelmshaven.

Studium der Naturwissenschaften und Psychologie in Kiel sowie der Psychologie, Philosophie und Soziologie in Freiburg. 1951 Diplom-Psychologe, 1952 Promotion. 1955 Abteilungsleiter am Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main. 1960 Habilitation. 1962 bis 1966 ordentlicher Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. 1966 bis 1969 und seit 1974 Professor für Soziologie an der Universität Frankfurt am Main sowie Direktor des Instituts für Sozialforschung. - Vom 3.10.1969 bis 17.12.1974 Hessischer Kultusminister. Seit 13.5.1986 Ehrensator der Gesamthochschule Kassel (GhK). Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 23.10.1969 bis 17.12.1974.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1974.

Friedrich, Rudolf CDU

Geboren am 2.6.1936 in Neudek (Sudetenland). Verheiratet, zwei Kinder.

1946 Ausweisung aus dem Sudetenland. 1951 Lehre bei der Deutschen Bundesbahn. Nach Besuch von Fachschulen Aufstieg in den gehobenen Bundesbahndienst. Leiter einer Bundesbahndienststelle.

1951 bis 1966 ehrenamtlich in der kirchlichen, landsmannschaftlichen und politischen Jugendarbeit tätig. Seit 1978 Landesvorsitzender und ab 1981 stellvertretender Bundesvorsitzender der Union der Vertriebenen, Landesvorsitzender des politischen Arbeitskreises der Ackermann-Gemeinde, Mitglied der Landesvorstände Bund der Vertriebenen, Sudentendeutsche Landsmannschaft, Ackermanngemeinde und Pan-Europa-Union. 1980 Familiare des Deutschen Ordens.

Seit 1975 Vorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbandes Frankfurt-Nordend und Mitglied im CDU-Kreisvorstand. Seit 1959 Mitglied der CDU und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1970 bis 1974.

Mitglied des Verbandstages des Umlandverbandes Frankfurt am Main von 1977 bis 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Fritz, Hans-Georg SPD

Geboren am 5.4.1932 in Frankfurt am Main.

Mittlere Reife. Besuch von Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften. Schriftsetzerlehre. Mehrjährige berufliche Tätigkeit als Maschinensetzer.

Seit 1960 freigestellter Betriebsratsvorsitzender in einem Zeitungsgrößbetrieb. Seit 1962 Erster Vorsitzender der IG Druck und Papier im Bezirk Frankfurt am Main. Landesvorstandsmitglied und seit 1965 Hauptvorstandsmitglied der IG Druck und Papier. - Landesarbeitsrichter.

Seit 1957 Mitglied der SPD.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 18.12.1973 bis 30.11.1974.

Fuchs, Franz SPD

Geboren am 28.11.1894 in Neusattl (Bezirk Falkenau/Sudetenland).

Volksschule. 1908 bis 1911 kaufmännische Lehre, 1911 bis 1916 kaufmännischer Angestellter. 1916 bis 1918 Kriegsdienst. 1920 bis 1928 Gewerkschaftssekretär. - 1928 bis 1933 Stadtrat in Worms. 1933 entlassen. Bis 1945 Reisetätigkeit und kaufmännischer Angestellter.

Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Landeskuratorium Hessen, von 1962 bis 1966.

Mitglied des Aufbauausschusses der Stadt Wiesbaden 1945. Stadtverordneter seit 1946, Stadtverordnetenvorsteher in Wiesbaden von 1948 bis 1962.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1966. - Präsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 1.12.1966.

Verstorben am 10.6.1981.

Fuhlrott, Hans-Jürgen NPD

Geboren am 28.2.1935 in Leinefelde (Kreis Worbis).

1941 bis 1949 Besuch der Volksschule (1941 bis 1942 in Geldern/Niederrhein, 1942 bis 1949 in Leinefelde/Eichsfeld). 1949 bis 1953 Lehre als Augenoptiker, 1953 bis 1957 als Gehilfe tätig. 1957 bis 1959 Besuch der Fachschule für Augenoptik in Köln. Abschluß durch staatliche Prüfung und Ablegung der Meisterprüfung vor der Handwerkskammer Köln.

Von 1959 bis zu deren Selbstaflösung Mitglied der DRP. Seit 1964 Mitglied der NPD. Ab Februar 1965 bis Dezember 1965 Vorsitzender des Wahlkreisverbandes Limburg der NPD, seit April 1965 Landesvorstandsmitglied und seit März 1966 zweiter stellvertretender Landesvorsitzender.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der NPD-Landtagsfraktion vom 14.7.1970 bis 30.11.1970.

Furtwängler, Franz Josef SPD

Geboren am 12.6.1884 in Vöhrenbach (Schwarzwald).
Volksschule. Schlosserlehre. Weltreisen und Studien. Ab 1923 Sekretär beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Berlin. Von Mai bis Oktober 1933 Schutzhaft, 1934 emigriert, Erdölingenieur in Ungarn. Während des Krieges Mitglied des Kreisauer Kreises (Graf Moltke, von Trott, Leber, Reichwein). Nach 1945 politischer Mitarbeiter bei Presse und Rundfunk. Mitglied am Hessischen Staatsgerichtshof und im Deutschen Rat Europäischer Bewegung. Dozent an der Ingenieurschule in Darmstadt.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.
Verstorben am 23.7.1965.

Gärtner, Ursula SPD

Geboren am 24.9.1901 in Halle (Saale). Verheiratet, zwei Kinder.
1920 Abitur in Hirschberg (Schlesien). 1922 Prüfung als Fürsorgerin. Berufarbeit in Breslau, Berlin und im Waldenburger Industriegebiet in Schlesien. Wegen Arbeitslosigkeit 1935 Hebammenlehrgang, 1937 Prüfung in Breslau. Hebamme in Neustadt (Oberschlesien). Seit November 1946 als Fürsorgerin in Frankfurt am Main tätig.
Mitarbeit in SPD und Arbeiterwohlfahrt. Mitglied des SPD-Partei-vorstandes Hessen-Süd seit 1949.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1962.

Gassmann, Georg SPD

Geboren am 28.5.1910 in Marburg.
Abitur. 1929 bis 1932 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Marburg. Erstes Staatsexamen. 1933 aus politischen Gründen inhaftiert, zur Referendarausbildung und zum Doktorexamen nicht mehr zugelassen. 1934 kaufmännischer Angestellter. 1939 bis 1946 Wehrmacht und Kriegsgefangenschaft. - Seit 1946 Bürgermeister und von 1951 bis 1971 Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg (Lahn).

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1957.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970.

Gaul, Karl LDP FDP

Geboren am 1.2.1889 in Nauborn (Kreis Wetzlar).

Seit 1910 Lehrer. 1932 Rektor in Wetzlar. 1933 versetzt nach Frankfurt am Main. 1945 Schulrat, 1946 Oberschulrat.

Seit 1911 politisch tätig, ab 1919 Mitglied in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), ab 1945 LDP, später FDP. - Vor 1933 Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins im Regierungsbezirk Koblenz. - Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 6.10.1957.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 17.1.1972.

Dr. von Gebhardt, Anno GB/BHE

Geboren am 22.12.1908 in Breslau.

Realgymnasium Darmstadt, 1927 Abitur. Diplom-Kaufmann. Diplom-wirtschaftler an der TH München, Promotion zum Dr. der technischen Wissenschaften. Betriebsorganisator, Treuhänderprüfer in Berlin, Wehrwirtschaftsreferent beim Oberkommando der Wehrmacht. - 1950 bis 1954 Fraktionssekretär bei der Fraktion des GB/BHE im Hessischen Landtag.

Stadtverordneter in Wiesbaden von Mai 1952 bis Juli 1953.

Mitglied und Vizepräsident der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1957.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 12.9.1954 bis 30.11.1954.

Verstorben am 21.8.1978.

Gebhardt, Fred SPD

Geboren am 27.2.1928 in Bayreuth. Verheiratet, zwei Kinder.

1934 bis 1945 Volks- und Aufbauschule in Berlin. Anschließend bis 1947 Sachbearbeiter beim Magistrat von Groß-Berlin und von 1947 bis 1958 bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg und in der Versorgungsverwaltung Stuttgart tätig. 1959 bis 1960 Geschäftsführer der

Landesarbeitsgemeinschaft Hessen 'Arbeit und Leben'. Ab 1960 an der Volkshochschule Frankfurt tätig, seit 1969 als deren Leiter und seit dem 1.12.1976 durch die Kommunalisierung der Volkshochschule Leiter a.D. Studium und Studienaufenthalte in USA, Osteuropa und Israel. Seit 1945 Mitglied der SPD; verschiedene Funktionen. 1946 bis 1962 Funktionär der Sozialistischen Jugend. Seit 1947 gewerkschaftlich organisiert, u.a. mehrere Jahre Betriebsratsvorsitzender. 1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion seit 5.12.1978.

Geier, Erna Maria CDU

Geboren am 24.5.1923 in Karlsruhe. Verwitwet, sechs Kinder. Schul- und Berufsausbildung in Karlsruhe und Illertissen. 1944 bis 1950 Lehrerin im höheren Fachschulbereich in Nürnberg und Heidelberg. Leiterin des Familienbildungswerkes Bergstraße, Zentrale in Viernheim mit 20 Zweigstellen.

Gründungsmitglied der Jungen Union. Seit 1950 Mitglied der CDU. Seit 1956 in der Kommunalpolitik tätig. 16 Jahre Mitglied des Kreistags Bergstraße. - Stadtverordnete und Stadträtin in Viernheim von 1960 bis 1976.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 5.3.1976 bis 29.3.1983.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 8.3.1976.

Geiger, Walter LDP

Geboren am 19.10.1901 in Bensheim (Bergstraße).

Volkswirt.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Prof. Dr. Geiler, Karl parteilos

Geboren am 10.8.1878 in Schönau (Südschwarzwald).

Abitur. Studium der Rechte in Freiburg/Breisgau, Berlin und Heidelberg. Gerichtsreferendar und Gerichtsassessor in Baden. Promotion. 1904 bis 1953 Rechtsanwalt in Mannheim. Ab 1908 Mitarbeit am HGB-Kommentar. Beteiligt an Gründung und Aufbau der Handelshochschule in Mannheim (heute Universität) und Lehrtätigkeit dort. 1921 bis zum Entzug der Lehrerlaubnis 1939 auch Lehrtätigkeit an der Universität

Heidelberg. 1932/33 und 1947 bis 1953 Mitglied der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages, nach 1949 auch von deren Geschäftsführendem Ausschuß.

Am 15.10.1945 Berufung und Vereidigung zum Ministerpräsidenten des Staates Groß-Hessen durch den Direktor der US-Militärregierung, Oberst Dr. James Newman. Am 19.2.1946 Berufung der Mitglieder des Beratenden Landesausschusses. Am 26.2.1946 Eröffnung der 1.Sitzung des Beratenden Landesausschusses als Vorsitzender und Übertragung des Vorsitzes auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Werner Hilpert. Ab 26.2.1946 Vorsitzender des Verfassungsausschusses (Vorbereitende Verfassungskommission) zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs. Am 15.7.1946 Vorlage des Berichts für eine Landesverfassung an die Verfassungberatende Landesversammlung. Am 6.1.1947 Bericht über die Tätigkeit der bisherigen Regierung vor dem Hessischen Landtag. 1947 Rückkehr in die juristische Tätigkeit. 1947 persönlicher Ordinarius für Internationales Recht an der Universität Heidelberg. 1948/49 Rektor der Universität Heidelberg. Präsident der Deutschen Europa-Akademie und der Deutsch-Französischen Gesellschaft. Verstorben am 14.9.1953.

Geipel, Horst CDU

Geboren am 8.11.1923 in Berlin.

Realgymnasium. Ausbildung zum Großhandelskaufmann, Gehilfenprüfung. Studium der Pädagogik. Schulleiter, Realschullehrer für Englisch und politische Bildung, Englisch-Assistent im Hessischen Landesfortbildungswerk, Kreisvertrauenslehrer im Wetteraukreis.

1969 bis 1982 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Friedberg bzw. Wetterau. 1970 bis 1971 Mitglied des CDU-Landesvorstandes. Vorsitzender der Drogenkommission der CDU Hessen.

Stadtverordneter in Friedberg. - Mitglied des Kreistags Friedberg bzw. Wetterau; Vorsitzender der CDU-Fraktion von 1977 bis 1985.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 30.11.1982.

Geißler, Dieter SPD

Geboren am 27.2.1943 in Alsfeld (Hessen). Verheiratet, zwei Kinder. 1962 Abitur in Alsfeld. 1962 bis 1965 Studium für das Lehramt an Volks- und Realschulen in Gießen. 1965 bis 1970 Lehrer an der Mittelpunktschule Grebenhain. 1968 zweites Staatsexamen und 1969 große Erweiterungsprüfung. 1970 bis 1985 Realschullehrer, Stufenleiter 5/6, 5 bis 10 und 7/8 an der Gesamtschule Gießen-Ost. - Mitarbeit am Aufbau der einzigen integrierten Gesamtschule in Gießen, u.a. auch einige Zeit als Fachvertreter für evangelische Religion und Mathematik, Schülervertretung-Verbindungslehrer und Personalratsmitglied.

Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Seit 1968 Mitglied der SPD. - Seit 1974 Ortsvereinsvorsitzender in Gießen-Rödgen, stellvertretender Stadtverbandsvorsitzender im Ortsbeirat Rödgen.

Mitglied des Ortsbeirats Rödgen, 1972 bis 1976 Fraktionsvorsitzender. Stadtverordneter in Lahn bzw. Gießen seit 1977, stellvertretender Fraktionsvorsitzender seit 1979 und stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher seit 1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.12.1985.

Geißler, Fritz FDP

Geboren am 16.9.1903 in Frankfurt am Main.

Oberschule, Wirtschaftsabitur. Sechs Semester Staatswissenschaften an der Universität Frankfurt am Main. 1923 Staatsdienst. 1933 entlassen. 1943 bis 1945 Gefangenschaft. Ab 1946 bei der Stadtverwaltung in Frankfurt am Main tätig. - 1948 bis 1954 Bürgermeister in Lauterbach und vom 1.7.1954 bis 13.6.1960 Bürgermeister in Bad Nauheim.

1925 bis 1933 Mitglied der DDP. Seit 1945 Mitglied der LDP später FDP. Stadtverordneter in Frankfurt am Main bis 1948. Mitglied des Kreistags Friedberg ab 1956.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954 und vom 14.10.1957 bis 30.11.1958.

Verstorben am 13.6.1960.

Dr. Georgi, Ernst Moritz Friedrich CDU

Geboren am 25.7.1895 in Stuttgart.

Mittelschule und Oberrealschule in Offenbach am Main. Studium der

Medizin an den Universitäten Marburg und Frankfurt am Main. Arzt. Ab 1923 leitender Anstaltsarzt der Niederramstädter Heime und ab 1926 ärztliche Leitung der Trinkerheilstätte Haus Burgwald. Sozialhygienische und sexualpädagogische Vortragstätigkeit. - Seit 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche. 1944 wegen antinationalsozialistischer Einstellung aus der Arbeit als Anstaltsarzt entlassen.

Von 1928 bis 1933 Mitglied und Mitarbeiter des Christlich-Sozialen Volksdienstes. 1945 Mitglied und Mitbegründer der CDU in Darmstadt. Kreisverbandsvorsitzender und kommissarischer Bezirksverbandsvorsitzender der CDU Darmstadt.

Gemeinderatsmitglied und Kreistagsabgeordneter.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946

Verstorben am 29.05.1983.

Dr. Gerhardt, Wolfgang F.D.P.

Geboren am 31.12.1943 in Ulrichstein-Helpershain. Verheiratet, zwei Kinder.

1963 Abitur in Alsfeld. Studium der Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik an der Philipps-Universität in Marburg; Promotion zum Dr. phil. Anschließend Leiter des Regionalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Hannover sowie Leiter der Inlandsabteilung in Bonn-Bad Godesberg. Seit 1970 Tätigkeit im Innenministerium in Wiesbaden; persönlicher Referent des Hessischen Ministers des Innern und Leiter des Ministerbüros.

Während des Studiums Landesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes (LSD) sowie stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten. Seit 1965 Mitglied der F.D.P. 1979 bis 1985 Kreisvorsitzender im F.D.P.-Kreisverband des Vogelsbergkreises. Seit 1971 Mitglied des Landesvorstandes und des Präsidiums der F.D.P. in Hessen. Seit November 1982 Landesvorsitzender des F.D.P.-Landesverbandes Hessen. Mitglied im F.D.P.-Bundesvorstand und seit Februar 1985 stellvertretender Bundesvorsitzender der F.D.P.

Mitglied des Kreistags des Vogelsbergkreises; Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion bis 1985.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 30.11.1982 und seit 13.10.1983. - Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion seit 13.10.1983.

Gerhold, Erich CDU

Geboren am 18.12.1944 in Bad Wildungen. Aufgewachsen in Gudensberg (Schwalm-Eder-Kreis). Verheiratet, zwei Söhne.

Besuch der Volks- und Realschule Gudensberg bis zur Mittleren Reife. 1965 Abitur an der Albert-Schweitzer-Schule in Kassel. Studium der Rechte in Marburg, anschließend Referendarausbildung. Beide juristische Staatsexamen. Nach dem zweiten Staatsexamen Referent für innerstaatliches Recht beim Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V. in Bonn. Seit 1983 Richter am Sozialgericht Kassel. 1963 bis 1964 hessischer Landesschulsprecher. Während des Studiums RCDS-Landesvorsitzender und ASTA-Vorsitzender an der Marburger Philipps-Universität. - 1970 bis 1973 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Fritzlar-Homberg. 1973 bis 1974 Vorsitzender der CDU im Schwalm-Eder-Kreis. 1973 bis 1975 stellvertretender Bezirksvorsitzender der nordhessischen CDU.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 11.3.1981 bis 30.11.1982.

Germershausen, Erich LDP FDP

Geboren am 27.3.1906 in Gandersheim (Regierungsbezirk Hildesheim). Oberbahnhofsvorsteher.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 2.3.1948 bis 30.11.1950.

Geschka, Otti CDU

Geboren am 27.12.1939 in Selters-Haintchen. Verheiratet, zwei Kinder. Nach dem Hauptschulabschluß 1955 bis 1957 Besuch einer Krankenpflegefachschule, Examensabschluß zur Kinderkrankenschwester. Zehn Jahre Berufstätigkeit im Stadtkrankenhaus Zell (Mosel) und an der Universitätsklinik in Mainz. Seit 1964 Hausfrau.

Seit 1968 Mitglied der CDU. Seit 1980 stellvertretende Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung. Seit 1986 stellvertretende Landesvorsitzende der CDU. - 1982 bis April 1986 Vorsitzende des Büros für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V., seit April 1986 stellvertretende Vorsitzende.

Mitglied der Gemeindevertretung Rüsselsheim-Bauschheim von 1968 bis 1971. Mitglied des Kreistags Groß-Gerau von 1972 bis 1978; stellvertretende Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion. Mitglied der Gemeindevertretung Nauheim von 1977 bis 1978, Fraktionsvorsitzende.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Gilmer, Julius CDU

Geboren am 7.12.1880 in Mannheim.

Landgerichtspräsident in Darmstadt.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 9.8.1946.

Verstorben am 19.02.1959.

Glücklich, Heinrich LDP FDP

Geboren am 11.1.1877 in Bad Homburg vor der Höhe.

Volksschule. Kaufmannslehre. Bankbeamter in Deutschland, Frankreich und England. Nebenberufliche Examen zur Primareife. 1905 Übernahme der Firma J. Chr. Glücklich in Wiesbaden, Hausverwaltungen, Reisebüro, Lottereeinnahme. Kriegsteilnehmer als Hauptmann der Landwehr.

Gründer und zweiter Präsident der Kaufmanns-Erholungsheime. 1933 aller Ehrenämter enthoben. Nach 1945 mehrere Ehrenämter, u.a. Präsident der Kaufmanns-Erholungsheime, Vorsitzender des Kur- und Verkehrsvereins. - 1920 bis 1933 Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Wiesbaden.

Stadtverordneter in Wiesbaden von 1909 bis 1928, ehrenamtlicher Stadtrat von 1928 bis 1933 und von 1948 bis 1952.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950. - Alterspräsident des Hessischen Landtags vom 26.10.1950 bis 30.11.1950.

Verstorben am 16.9.1971.

Gnaß, Otto SPD

Geboren am 21.8.1909 in Bartenstein (Königsberg).

Volksschule. Maurerlehre. 1931 bis 1933 freiwilliger Arbeitsdienst. 1934 Umschulung zum Holzkaufmann. 1936 technischer Betriebsleiter in einem Sägewerk. 1941 Kriegsdienst (Afrika), 1943 amerikanische Gefangenschaft. 1946 Sägewerksarbeiter. 1947 Parteisekretär.

Seit 1925 in Gewerkschaft und Partei organisiert. - Seit 1946 Vorsitzender der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbaugenossenschaft Korbach.

Kreistagsabgeordneter von 1949 bis 1952, Mitglied des Kreisausschusses von 1952 bis 1960.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Göbel, Jakob SPD

Geboren am 20.2.1887 in Hersfeld.

Volksschule. Schuhmacherlehre. 1914 bis 1918 Kriegsdienst. Seitdem selbständiger Landwirt.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1958.

Verstorben am 13.7.1979.

Göbel, Kurt LDP FDP

Geboren am 12.3.1900 in Bautzen.

1914 kaufmännische Lehre, Handelsschule. 1918 Soldat in Frankreich.

1919 Handlungsgehilfe. 1922 bis 1926 Gewerkschaftssekretär. 1926 und

1927 Akademie der Arbeit. 1927 Begabtenprüfung in Berlin. 1927 bis

1931 Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften in Frankfurt am

Main, in der Schweiz und beim Völkerbund Genf. 1930 Diplom-

Volkswirt. 1933 Steuer- und Wirtschaftsberater, vereidigter Bücherrevi-

sor. 1939 bis 1945 Soldat und Gefangenschaft. 1946 Direktor der

Frankfurter Stiftung Versorgungshaus und Wiesenhüttenstiftung.

1949 Erster Vorsitzender des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsver-

bandes. - 1922 bis 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei

(DDP).

Stadtverordneter in Frankfurt am Main 1933.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954.

Verstorben am 3.12.1983.

Görlach, Willi SPD

Geboren am 27.12.1940 in Butzbach. Verheiratet, drei Kinder.

Mittelschule, Mechanikerlehre, Hessenkolleg Wiesbaden. Studium der

Berufs- und Wirtschaftspädagogik, allgemeiner Maschinenbau. Erstes

und zweites Staatsexamen. Zuletzt Studienrat an der Kreisberufsschule

Nord in Butzbach. - Vom 18.12.1974 bis 13.12.1978 Hessischer Minister

für Landwirtschaft und Umwelt; vom 14.12.1978 bis 12.5.1980 Hessischer

Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten;

vom 4.7.1984 bis 12.12.1985 Hessischer Minister für Land-wirtschaft,

Forsten und Naturschutz; ab 12.12.1985 Hessischer Minister für

Landwirtschaft und Forsten. - Seit 12.12.1985 Bevollmächtigter des

Landes Hessen beim Bund.

Zehn Jahre Gewerkschaftsjugend (IG Metall), jetzt Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Juso-Arbeit. Seit April 1980 Vorsitzender des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd und Mitglied des Landesvorstandes der SPD.

Mitglied des Kreistags Friedberg bzw. Wetterau von 1968 bis 1973.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 18.12.1974 bis 13.5.1980 und vom 4.7.1984 bis 12.12.1985, Mitglied seit 12.12.1985.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 18.1.1972 bis 9.10.1973 und vom 14.2.1984 bis 26.6.1984; Vorsitzender vom 9.10.1973 bis 7.12.1974.

Dr. Golf, Hartwig NPD

Geboren am 22.7.1913 in Leipzig.

Volksschule. 1930 bis 1932 Deutsche Kolonialschule in Witzenhausen.

Tätig in der Landwirtschaft und als Verwalter. Ein Jahr freiwilliger Wehrdienst. 1936 Hochschulstudium. 1937 nachträgliche Reifeprüfung

als Externer. 1939 landwirtschaftliche Diplomprüfung. 1940 Promotion.

1939 Einberufung zum Wehrdienst, jedoch nach dem Polenfeldzug wieder entlassen. Längere Zeit als Betriebsleiter im östlichen Reichsgebiet

tätig. Einberufung. 1945 Kriegsgefangenschaft. Nach Entlassung 1947

bei der Land- und Forstwirtschaftskammer für Hessen-Nassau als Wirtschaftsberater tätig und ab 1959 Fachberater für Flurbereinigung.

Seit 1965 Mitglied der NPD.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.11.1969 bis 30.11.1970.

Gondolf, Franz KPD

Geboren am 8.2.1910 in Dieburg.

Volksschule. Schreinerlehre. Arbeit als Schreiner und Zimmermann in

verschiedenen Städten. - 1935 wegen aktiven Widerstands zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1939 aus der Haft entlassen. 1943 zum

Kriegsdienst einberufen (Div. 999).

Seit 1925 gewerkschaftlich organisiert. Seit 1927 Mitglied der KPD. Nach

Entlassung aus Kriegsgefangenschaft wieder in der KPD tätig.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 5.10.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 3.3.1968.

Gottwald, Hartwig CDU

Geboren am 27.8.1917 in Briey (Lothringen).

Abitur. 1936 als Fahnenjunker bei der Wehrmacht eingetreten. Kriegsdienst, 1944 bis 1949 Kriegsgefangenschaft in Rußland. Nach Entlassung aus der Gefangenschaft praktische Tätigkeit in einem Industriebetrieb. 1951 Werbeleiter und Praktikantenjahr in einer Hutfabrik. Seit 1952 selbständiger Werbeleiter und -berater.

1954 bis 1957 Vorsitzender der Jungen Union des Kreisverbandes Wiesbaden, Mitglied des Kreisvorstandes der CDU.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1957 bis 31.8.1960.

Greiff, Christoph CDU

Geboren am 4.7.1947 in Eickelborn (Kreis Soest). Verheiratet, ein Kind. Studium der Sozialwissenschaften, Theologie und Religionspädagogik in Darmstadt, Mainz, Frankfurt am Main und Düsseldorf. Erstes und zweites Staatsexamen. 1970 bis 1976 Lehrtätigkeit an der Berufsschule (Fachoberschule) in Lampertheim.

1965 bis 1970 ehrenamtlicher Jugendleiter im internationalen Jugendsozialwerk Bad Vilbel.

Seit 1971 Mitglied der CDU. 1972 bis 1975 stellvertretender Ortsvorsitzender der CDU Lampertheim. 1972 bis 1973 Mitglied des Vorstandes der Jungen Union Kreis Bergstraße. Seit 1973 Mitglied des CDU-Kreisvorstandes.

Stadtverordneter in Lampertheim seit 1972, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Stadtverordnetenversammlung Lampertheim seit 1976.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 8.3.1976.

Gries, Ekkehard F.D.P.

Geboren am 16.9.1936 in Eichenberg. Verheiratet, zwei Kinder.

1956 Abitur und Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen. 1961 erstes Staatsexamen, Referendarausbildung, 1965 zweites Staatsexamen, anschließend Assessor beim Regierungspräsidenten in Kassel. 1966 hauptamtlicher Stadtrat in Oberursel. - Ab 1971 Leiter der Zentralabteilung, vom 2.12.1975 bis Oktober 1976 Staatssekretär beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik. - Vom 20.10.1976 bis 28.9.1982 Hessischer Minister des Innern. - Vom 12.5.1981 bis 28.9.1982 stellvertretender Ministerpräsident. - Rechtsanwalt.

Seit 1953 Mitglied der DJD und F.D.P. 1964 bis 1966 Landesvorsitzender

der DJD. 1971 bis 1977 stellvertretender Landesvorsitzender, 1977 bis 1982 Landesvorsitzender der F.D.P. Hessen. Seit Oktober 1984 Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Hochtaunus.

Stadtverordneter in Witzenhausen von 1964 bis 1966. Stadtverordneter und F.D.P.-Fraktionsvorsitzender in Oberursel von 1972 bis 1973. Mitglied des Kreistags Ober- bzw. Hochtaunus ab 1968; Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion seit 1985.

Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain und des Parlaments des Umlandverbandes Frankfurt am Main von 1974 bis 1976.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 20.10.1976 bis 14.12.1978, Mitglied vom 14.12.1978 bis 28.9.1982.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 14.12.1978.

Grosser, Günther FDP

Geboren am 25.8.1917 in Berlin.

Abitur. Studium der Volks- und Betriebswirtschaft. Arbeits- und Militärdienst. 1945 bis 1948 Angestellter bei der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main. Seit 1948 Geschäftsführer im Verband des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes in Hessen e.V.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1948 bis 1956. Vorsitzender der FDP-Fraktion seit 1949.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Dr. Großkopf, Erich CDU

Geboren am 1.12.1903 in Siegen (Westfalen).

Abitur. Studium der Staatswissenschaften, Rechtswissenschaften und Philosophie in Tübingen, Bonn und Gießen. 1925 Diplom-Volkswirt. 1926 Promotion. 1928 bis 1935 Steuerberater und Geschäftsführer von Mittelstandsverbänden. Seit 1936 freiberuflich tätig als Steuerhelfer. Seit 1945 Steuerberater und vereidigter Buchprüfer. Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Dillenburg.

Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter vor 1933 und ab 1946.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1970. - Stell-

vertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 11.10.1949 bis 26.8.1952 und vom 1.12.1966 bis 30.11.1970, Vorsitzender vom 26.8.1952 bis 30.11.1966. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 1.12.1970.
Verstorben am 31.7.1977.

Gruber, Franz SPD

Geboren am 30.8.1900 in Eppertshausen.
Volksschule, Gewerbeschule, Mechanikerlehre, REFA-Ingenieurschule.
1945 Leiter der Kreiskasse. - 1945 Bürgermeister in Eppertshausen. - 1951 bis 1957 Landrat im Kreis Dieburg.
Seit 1920 Mitglied der SPD.
1927 Gemeindevertreter in Eppertshausen, 1933 abgesetzt, unter Polizeiaufsicht.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 3.1.1951 bis 5.11.1957.
Verstorben am 5.11.1957.

Grün, Ferdinand CDU

Geboren am 30.11.1886 in Diedesfeld (Rheinpfalz).
Volksschule, Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Arbeiter-Sekretär. Regierungsrat und Leiter des Arbeitsamtes Wiesbaden.
Seit 1908 Mitglied der Zentrumspartei.
Stadtverordneter in Wiesbaden von 1919 bis 1931 und von 1946 bis 1953; ehrenamtlicher Stadtrat von 1931 bis 1933 und von 1953 bis 1956; Stadtältester in Wiesbaden 1956.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.
Verstorben am 14.12.1968.

Gründer, Marianne SPD

Geboren am 3.4.1907 in Posen.
Volksschule, kaufmännische Berufsausbildung, später Fotolaborantin.
Seit dem vierzehnten Lebensjahr in Gewerkschaft und Jugendbewegung tätig. Seit 1927 Mitglied der SPD. - Seit 1948 in verschiedenen Verbrauchergremien und in der Konsumgenossenschaft aktiv tätig; nebenamtliches Vorstandsmitglied in Kassel, 1950 Bundesvorsitzende der

Frauengilde im Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) und im Genossenschaftsbeirat im ZdK Hamburg.

Stadtverordnete in Kassel vom 5.5.1952 bis 1.3.1972.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 12.10.1959 bis 30.11.1962 und vom 6.12.1965 bis 30.11.1970.

Verstorben am 1.3.1972.

Günderoth, Adam CDU

Geboren am 12.9.1893 in Lampertheim.

Volksschule, Gewerbeschule. Lehre als Maschinenbauer. 1933 vorübergehend verhaftet. Seit 1935 Werkmeister in Mannheim. - Vom 1.4.1946 bis 13.6.1960 Bürgermeister in Lampertheim.

1919 bis 1933 Erster Ortsgruppenvorsitzender im Christlichen Metallarbeiter-Verband. Nach 1945 wieder in der Gewerkschaftsbewegung tätig. 1945 bis 1.4.1946 Betriebsratsmitglied.

Gemeinderatsmitglied von 1929 bis 1933 (Zentrum).

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 30.8.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 24.3.1964.

Dr. Günther, Herbert SPD

Geboren am 13.3.1929 in Bergshausen (Kreis Kassel). Verheiratet, zwei Kinder.

1949 bis 1952 Jurastudium. Bis 1956 Gerichtsreferendar im Landgerichtsbezirk Kassel. Beide juristische Staatsexamen mit Prädikat bestanden.

1957 arbeitsrechtliche Promotion an der Universität Marburg. Nach Eintritt in den Staatsdienst Dezernent beim Regierungspräsidenten in Kassel und ab 1959 Referent im Sozialministerium in Wiesbaden. - 1963 bis 1972 Landrat des Untertaunuskreises und anschließend Landrat des Landkreises Kassel. - Seit 18.12.1974 Hessischer Minister der Justiz.

Vom 18.12.1974 bis 14.12.1978 Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund und vom 28.9.1982 bis 4.7.1984 zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Hessischen Ministers des Innern beauftragt.

Nach 1973 Präsident des Hessischen Landkreistages und Vizepräsident des Deutschen Landkreistages. - Seit 24.5.1975 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Kassel-Land. Seit 1979 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Nord und Mitglied des SPD-Landesvorstandes.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1969 bis 31.7.1973.

Mitglied des Bundesrates seit 18.12.1974.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Dr. Gumbel, Konrad SPD

Geboren am 20.10.1886 in Falkenberg (Kassel).

Volksschule. Formerlehre. Kriegserblindung. Blindenstudienanstalt Marburg. Studium der Volkswirtschaft in Marburg und Gießen, Diplom-Volkswirt und Doktorexamen. Dozent an Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen der SPD. Seit 1945 Leiter des Versorgungsamtes Gießen.

1906 bis 1933 Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Schon vor 1933 Mitglied und Funktionär der SPD.

Stadtverordneter in Gießen von 1929 bis 1933.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 7.12.1931 bis 7.7.1933.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954.

Verstorben am 29.12.1962.

Haase, Heinrich KPD

Geboren am 20.8.1897 in Mühlhausen (Thüringen).

Rundfunktechniker, Bildhauer, Zeichner in Grebenstein (Kreis Hofgeismar).

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 29.3.1946.

Verstorben am 11.12.1960.

Habermann, Harald SPD

Geboren am 10.5.1951 in Gilserberg. Verheiratet, ein Kind.

1957 bis 1961 Besuch der Humboldtschule; 1961 bis 1969 der Albert-Schweitzer-Schule in Offenbach am Main. Abitur. 1969 bis 1974 Studium der Volkswirtschaftslehre und der Wirtschaftspädagogik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Herbst 1974 Diplom als Volkswirt; Herbst 1975 Diplom als Handelslehrer. Februar 1975 bis Juli 1976 Referendariat an der Kreisberufsschule Groß-Gerau und an der Theodor-Heuss-Schule in Offenbach. Frühjahr 1976 zweites Staats-

examen. Seit Sommer 1976 Tätigkeit als Lehrer an beruflichen Schulen zunächst in Offenbach, von 1977 bis 1979 an der Ludwig-Geißler-Schule in Hanau, ab 1979 an der Max-Eyth-Schule in Dreieich-Sprendlingen. Einsatz in Berufs-, Berufsfach- und in Klassen der Fachoberschule und des beruflichen Gymnasiums.

Mitglied des Personalrats des Studienseminars für das Lehramt an beruflichen Schulen Darmstadt II. Seit 1979 Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). - Seit 1981 Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH Offenbach. - Seit 1975 Mitglied der SPD. Seit 1976 Mitglied im Vorstand des SPD-Unterbezirks Offenbach-Stadt; seit 1983 stellvertretender Vorsitzender. 1977 bis 1981 Vorsitzender der Offenbacher Jungsozialisten.

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Offenbach seit 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 18.12.1984.

Hackenberg, Richard CDU

Geboren am 8.7.1909 in Niederlindewiese.

Volks- und Fachschule. Lehre und Gesellenprüfung in einem mittelständischen Betrieb. Umschulung zum Sozialarbeiter. 1928 bis 1940 Tätigkeit in der freien Jugendpflege. 1940 bis 1948 Soldat und Kriegsgefangenschaft. Seit 1949 wieder in der Sozialarbeit tätig.

Landesvorsitzender der Ackermannsgemeinde Hessen, 1974 des Flüchtlingsrates der Deutschen Bischofskonferenz und Ehrenvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Jugend. 1974 bis 1979 Vorsitzender des Hauses der Begegnung in Königstein im Taunus, ab 1979 in dessen Vorstand. Mitglied des Zentralrates der Deutschen Katholiken und des Ältestenrates der Katholischen Verbände Deutschlands. Mitglied des Vorstandes im Caritasverband. - CDU-Bezirksgruppenvorsitzender.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1974.

Hacker, Gustav GB/BHE GDP/BHE

Geboren am 20.9.1900 in Lubau (Sudetenland).

1918 Abitur. Landwirt.

Mitbegründer und Vorsitzender des Bundes der sudetendeutschen Landjugend. Gründer westböhmischer Bauernschulen. Vorsitzender des Bundes der Landwirte in der Tschechoslowakei. Vorsitzender des Verbandes der landwirtschaftlichen Bezirksvorschußkassen, Aufsichtsratsvorsitzen-

der der Sudetendeutschen Zucker-AG. Direktor des Land- und Forstwirtschaftlichen Zentralverbandes für Böhmen und Mähren. Teilnehmer beider Weltkriege, zuletzt Hauptmann der Reserve. Vom Volksgericht in Prag zu vier Jahren Kerker verurteilt. Am 23.12.1949 Übersiedlung aus der CSSR nach Westdeutschland. - Vom 19.1.1955 bis 19.1.1967 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten. - Ab 1968 Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen in Bonn.

1963 bis 1964 Vorsitzender des GB/BHE.

Nach Eingliederung des Bundes der Landwirte in die Sudetendeutsche Partei Abgeordneter im Tschechoslowakischen Parlament.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 25.1.1955 bis 19.1.1967.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 15.1.1955, vom 1.12.1958 bis 30.11.1959 und vom 1.12.1962 bis 10.11.1964.

Verstorben am 3.6.1979.

Haibach, Marita GRÜNE

Geboren am 7.2.1953 in Gemünden (Taunus). Ein Kind.

Volksschule, Handelsschule. Lehre als Industriekauffrau, anschließend zwei Jahre Tätigkeit in diesem Beruf sowie des öfteren neben dem Studium. 1972 bis 1975 Studium an der Fachhochschule Köln, Abschluß: Diplom-Dolmetscherin in Englisch und Spanisch. 1975 bis 1982 Studium an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Abschlüsse: Magister Artium (M.A.) in Amerikanistik, Geschichte und Politik sowie erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in Englisch und Sozialkunde. Parallel zum Studium diverse Lehraufträge für Englisch an Volkshochschulen (Frankfurt am Main-Höchst und Bad Homburg) sowie an der Geschwister-Scholl-Schule Frankfurt am Main. Seit 12.12.1985 Staatssekretärin bei der Bevollmächtigten der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten.

Feministin und daher seit langem frauenbewegt. Mitbegründerin und Kontaktfrau der landesweiten Frauengruppe der GRÜNEN-Hessen sowie Mitglied im Verein Frauen helfen Frauen (Hochtaunuskreis).

Seit 1981 Mitglied der GRÜNEN.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 15.4.1985.

Prof. Dr. Hamer, Bernd CDU

Geboren am 15.6.1939 in Mettmann. Verheiratet, drei Kinder.

Schulbildung in Krefeld und Duisburg. Studium in Tübingen, Genf,

Berlin, Bonn, Würzburg und Paris. Erstes juristisches Staatsexamen in Köln, zweites juristisches Staatsexamen in München, Diplomprüfung für Kaufleute in Würzburg, Diplom für internationales Recht in Exeter (England), französisches Sprachexamen in Genf. 1968 bis 1973 Rechtsanwalt in Bad Homburg und Hannover, zeitweise geschäftsführender Syndikus. Seit November 1984 wieder als Rechtsanwalt beim Amtsgericht Bad Homburg und beim Landgericht Frankfurt am Main zugelassen. Ab 1973 Professor für Rechtswissenschaften am Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Frankfurt am Main, zwei Jahre Prorektor. Mehrere Jahre Mitglied der Jungen Union und des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Seit 1974 Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Bad Homburg, zeitweise stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Hochtaunus, Mitbegründer der CDU-Mittelstandsvereinigung Hochtaunus. Mitglied des Magistrats bzw. der Stadtverordnetenversammlung Bad Homburg seit 1977. Abgeordneter des Umlandverbandes Frankfurt seit 1977, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Dr. Hammer, Richard LDP FDP

Geboren am 7.2.1897 in Darmstadt.

Reifeprüfung am Ludwig-Georg-Gymnasium in Darmstadt. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. Anschließend Studium der Medizin in Heidelberg und Innsbruck. Seit 1924 praktischer Arzt. 1939 bis 1945 Kriegsteilnehmer, zuletzt Oberarzt.

Anhänger Friedrich Naumanns. - Bis 1933 Mitglied der Deutschen Staatspartei. Nach 1945 Mitglied der FDP.

Stadtverordneter in Darmstadt ab 1948.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 6.10.1957.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 9.12.1949.

Verstorben am 3.10.1969.

Harth, Jean Christoph SPD

Geboren am 27.1.1882 in Jugenheim (Bergstraße).

Volksschule, Fortbildungsschule. Lehre als Metallschleifer. 1902 bis 1904

Militärdienst. Anschließend Arbeit im erlernten Beruf. 1914 bis 1918

Kriegsteilnehmer. 1918 bis 1920 Betriebsratsvorsitzender bei der Firma

Opel. 1920 bis 1922 Sekretär beim Deutschen Metallarbeiterverband in Mainz. 1926 bis 1933 Bezirkssekretär der SPD. 1933 entlassen, Gelegenheitsarbeiten. Seit Juli 1945 Leiter des Jugend- und Wohlfahrtsamtes Groß-Gerau. - Von Oktober 1945 bis 1954 Landrat in Groß-Gerau. Seit 1900 Mitglied der SPD.

Seit 1912 Mitglied des Gemeinderats in Rüsselsheim, 1918 bis 1933 Beigeordneter.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 27.11.1931 bis 7.7.1933.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 27.10.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 10.11.1956.

Hartherz, Peter SPD

Geboren am 27.7.1940 in Darmstadt. Verheiratet, vier Kinder.

Abitur. Studium der Pädagogik in Jugenheim (Bergstraße). 10 Jahre Tätigkeit als Lehrer und Konrektor in Neu-Anspach. Leiter der pädagogischen Planungsgruppe zur Errichtung der dortigen integrierten Gesamtschule. Hilfsdezernent beim Regierungspräsidenten in Darmstadt. 1973 bis 1974 persönlicher Referent des Hessischen Kultusministers.

Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). - Seit 1978 Beiratsmitglied im Freilichtmuseum Hessenpark. - Seit 1958 Mitglied der SPD. 1965 bis 1967 Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim Bezirksvorstand der südhessischen Jungsozialisten. Ab 1967 Kreisvorsitzender, Unterbezirksvorsitzender, stellvertretender Unterbezirksvorsitzender.

Mitglied des Kreistags Hochtaunus seit 1968; Vorsitzender der SPD-Fraktion ab 1973.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Hasselbach, Willi FDP

Geboren am 27.3.1922 in Steckenroth.

Volksschule. Landwirtschaftslehre, 1936 bis 1938 landwirtschaftliche Berufsfachschule. Kriegsteilnehmer, schwerbeschädigt. Landwirt, 1946 bis 1952 Ortslandwirt.

1948 bis 1977 Begründer und Vorsitzender des Kreisbauernverbandes e.V. Untertaunus. - Seit 1.3.1949 Mitglied der FDP, 1961 bis 1968 Kreisverbandsvorsitzender.

Ehrenamtlicher Bürgermeister in Steckenroth von 1952 bis 1973.

Mitglied des Kreistags Untertaunus von 1952 bis 1972; Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970.

Heigl, Willy SPD

Geboren am 25.3.1904 in Dillenburg.

Bürgermeister der Stadt Weilburg (Lahn).

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 15.3.1973.

Heimerl, Hans SPD

Geboren am 19.4.1930 in Eger (CSSR). Verheiratet.

Volks- und Bürgerschule, 1944 bis 1945 Wirtschaftsoberschule, 1970 bis 1973 betriebswirtschaftliches Studium in Abendkursen. 1948 bis 1959 in der Bauwirtschaft tätig. 1960 bis 1963 Ortsstellenleiter (Dienststellenleiter des BSV, Ortsstelle Hanau). Seit 1963 Geschäftsführer der Baugesellschaft Hanau Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH.

Ehrenamtliche Funktionen im Gesamtverband Gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen. Mitglied des Verwaltungsrates der Stadtparke und Landesleihbank Hanau. - Seit 1954 Mitglied der SPD und Gewerkschaft BSE/ÖTV. Stellvertretender Vorsitzender der SPD im Unterbezirk Main-Kinzig. Vorsitzender des Arbeitskreises Städtebau und Wohnungswesen im Bezirk Hessen-Süd.

Stadtverordneter in Hanau von 1956 bis 1968, SPD-Fraktionsvorsitzender von 1964 bis 1968. Mitglied des Kreistags des Main-Kinzig-Kreises von 1974 bis 1979.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Heinze, Vitus CDU

Geboren am 18.3.1909 in Elberfeld.

Gymnasium, 1928 Abitur. Zweijährige kaufmännische Lehre. Seit 1935 selbständiger Kaufmann. Tätigkeit im Katholischen Jungmännerverband in Wuppertal-Elberfeld. Naziverfolgter und 1944 Betriebsstilllegung.

Seit 1945 Mitglied der CDU.

Seit 1946 Gemeindevertreter in Schröck.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 3.5.1949 bis 30.11.1950.

Heißmann-Voos, Else (siehe Voos, Else)**Heißwolf, Leonhard** SPD

Geboren am 6.10.1880 in Brettheim (Württemberg).

Volksschule. Bäckerlehre. Seit 1904 Bäcker in der Konsumgenossenschaft Frankfurt am Main, später dort Bäckermeister. 1945 bis 1952 Geschäftsführer des Konsumvereins in Frankfurt am Main.

Seit 1900 gewerkschaftlich organisiert. - 1905 bis 1933 Mitglied und Funktionär der SPD; ab 1945 wieder in der SPD tätig.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main ab 1912, Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1921 bis 1924 und Stadtverordnetenvorsteher von 1924 bis 1933.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950 und vom 26.8.1953 bis 30.11.1954. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 11.10.1957.

Helfrich, Eugen CDU

Geboren am 25.5.1894 in Frankfurt am Main.

1914 Abitur in Montabaur. Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Frankfurt am Main. 1920 Referendarexamen, 1924 große Staatsprüfung. Seit 1924 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, 1930 Notar. 1940 bis 1945 Kriegsdienst (Offizier beim Wehrbezirkskommando I in Frankfurt am Main). - 1946 bis 1948 Bürgermeister in Frankfurt am Main.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 18.3.1968.

Hellermann, Edith BHE GB/BHE

Geboren am 29.8.1895 in Scherke (Wanzleben).

Bürgerschule. 1925 Heirat. Bis zur Vertreibung in Stettin ansässig, danach in Kassel. - Vom 16.8.1954 bis 30.11.1957 hauptamtliche Stadträtin in Kassel.

Gründung des Heimatvertriebenenbundes Kassel, Erste Kreisvorsit-

zende. - Nach Gründung des BHE diesem beigetreten und in den BHE-Landesvorstand gewählt.

Stadtverordnete in Kassel vom 5.5.1952 bis 7.7.1954.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1957.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Verstorben am 17.6.1974.

Hellwig, Karl SPD

Geboren am 1.2.1924 in Steinau (Main-Kinzig-Kreis). Verheiratet, zwei Kinder.

Abitur. Kriegsdienst, Gefangenschaft. 1946 bis 1948 Lehrerausbildung. 1948 bis 1970 Lehrer und Konrektor in Steinau. Erweiterungsprüfung für Realschulen.

1949 bis 1970 Vorstandsmitglied und von 1961 bis 1970 Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Schlüchtern.

Stadtverordneter in Steinau seit 1964. Mitglied des Kreistags Schlüchtern, Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1968 bis 1974. Mitglied des Kreistags des Main-Kinzig-Kreises von 1974 bis 1977.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 4.8.1983.

Hemfler, Karl SPD

Geboren am 16.4.1915 in Lodz.

1934 Abitur am Deutschen Gymnasium in Lodz. Studium der Rechtswissenschaften in Warschau. Wehrdienst. 1949 große juristische Staatsprüfung in Frankfurt am Main. Bis 1954 Richter beim Landgericht Kassel.

1954 bis 1967 in der Kommunalverwaltung in Kassel tätig, zunächst von 1954 bis 1963 als Stadtrechtsrat und von 1963 bis Januar 1967 als Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Kassel. - Von Januar 1967 bis Februar 1968 Staatssekretär beim Hessischen Minister der Justiz. Vom 1.3.1968 bis Oktober 1969 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern. - Vom 3.10.1969 bis 17.12.1974 Hessischer Minister der Justiz. Vom 17.12.1970 bis 18.12.1974 Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund.

Seit 1951 Mitglied der SPD. Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, 1969 Bundesvorsitzender.

Mitglied des Bundesrates vom 23.10.1969 bis 18.12.1974.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1978. - Amtierender Alterspräsident am 3.12.1974.

Hemsath, Heinrich SPD

Geboren am 24.11.1902 in Münster (Westfalen).

Volksschule. Lehre als Maschinenschlosser und Weiterbildung in der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf. 1936 bis 1945 Schlossermeister in der Reparaturwerkstatt einer Großbrauerei in Münster. - 1946 bis 1956 Erster Beigeordneter und Sozialdezernent der Stadt Münster (Westfalen). - Von Februar 1956 bis Juli 1958 Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen. - Vom 28.1.1959 bis 2.10.1969 Hessischer Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen.

1920 bis 1933 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beigetreten. Seit 1946 Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Seit 1919 Mitglied der SPD. 1963 bis 1967 Erster Bezirksvorsitzender des Bezirks Hessen-Süd der SPD.

Stadtverordneter in Münster (Westfalen) von 1928 bis 1933.

Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes von 1948 bis 1949.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 6.3.1956 bis 24.7.1958, Mitglied vom 29.1.1959 bis 23.10.1969.

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 5.7.1950 bis 23.2.1959.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1970.

Verstorben am 14.4.1978.

Dr. h.c. Hennig, Arno SPD

Geboren am 24.1.1897 in Wolkau (Sachsen).

Volksschule, Progymnasium in Hainichen, Privatabitur, Lehrerseminar in Frankenberg. Studium der Pädagogik, Kunstwissenschaft und Naturwissenschaften an der Universität Würzburg. 1916 bis 1928 Lehrtätigkeit an verschiedenen Schulgattungen. 1928 politischer Sekretär und Sekretär für Arbeiterbildung der SPD Sachsen. 1933 arbeitslos, mehrfach verhaftet. 1934 bis 1945 Vertretertätigkeit. - 1945 zunächst Kulturdezernent, danach Oberbürgermeister in Freital (Sachsen). - 1946 Flucht nach Westdeutschland. Ab Oktober 1946 Kulturreferent beim SPD-

Partei Vorstand in Hannover. - Vom 3.12.1953 bis 27.1.1959 Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung.

Seit 1920 Mitglied der SPD. Seit 1923 Erwachsenenbildung in Partei, Gewerkschaften und Volkshochschulen.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 7.9.1953.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 26.1.1955 bis 27.1.1959.

1949 Mitglied der 1., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 28.2.1961.

Verstorben am 26.7.1963.

von Heusinger, Wolfgang CDU

Geboren am 16.9.1928 in Berlin. Verheiratet, vier Kinder.

Schulbildung in Berlin und Kassel. 1944 bis 1945 Luftwaffenhelfer.

1947 Abitur am Friedrichsgymnasium in Kassel. 1947 bis 1952 landwirtschaftliche Ausbildung in Hessen und Niedersachsen. 1952 Übernahme

des elterlichen Hofes in Lohfelden. 1956 Landwirtschaftsmeister. 1960 bis

1962 Aussiedlung des Betriebes.

Seit 1958 Hauptausschußmitglied des Kreisbauernverbandes Kassel, seit

1962 Ortsbauernvorsteher des Ortsbauernverbandes Lohfelden. Seit

1971 Vorstandmitglied der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

und Alterskasse, seit 1972 der landwirtschaftlichen Krankenkasse. 1958

bis 1977 Kirchenvorsteher, seit 1977 Kirchenältester. 1968 bis 14.4.1986

Landessynodaler der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

Mitglied der CDU. Seit 1975 stellvertretender Kreisvorsitzender.

Gemeindevorsteher in Lohfelden seit 1964, Vorsitzender der CDU-

Fraktion von 1968 bis 1980. Mitglied des Kreistages Kassel-Land von

1964 bis 1975.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Prof. Heyn, Wolfram SPD

Geboren am 7.12.1943 in Schneidemühl (Pommern). Verheiratet, drei Kinder.

1963 Reifeprüfung in Frankfurt am Main. Zwei Jahre Bundeswehr. 1965

bis 1970 Studium der Soziologie und Volkswirtschaft in Frankfurt am

Main. Lehrer im zweiten Bildungsweg am Hessen-Kolleg Frankfurt am

Main. Studienreferendar an der Hohen Landesschule in Hanau. 1973

zweites Staatsexamen. Seit September 1973 Fachhochschullehrer an der

Fachhochschule in Frankfurt am Main.

Seit 1969 Mitglied der IG Metall, dann der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). - Zwölf Jahre Jugendleiter in der evangelischen Jugend; aktiv in der Erwachsenenbildung.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Hanau seit 1972 und des Main-Kinzig-Kreises seit 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 30.11.1982.

Hilfenhaus, Rudi SPD

Geboren am 11.6.1937 in Welkers (Kreis Fulda). Verheiratet, zwei Kinder.

Volksschule. 1952 bis 1955 Lehre und anschließend Tätigkeit als Maschinenschlosser beim Bundesbahn-Ausbesserungswerk Fulda. 1958 bis 1960 Besuch einer Abendschule und der Eisenbahnfachschule in Fulda. 1960 bis 1961 Ausbildung im mittleren technischen Beamtenamt bei der Deutschen Bundesbahn.

Seit 1953 Mitglied der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands. Seit 1965 Mitglied der SPD. 1966 bis 1969 Vorsitzender der Jungsozialisten Fulda Stadt und Land. 1968 bis 1976 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Welkers. Seit 1969 Vorsitzender des Unterbezirks Fulda-Land der SPD und seit 1974 Vorsitzender des neuen Unterbezirks Fulda (Stadt und Land).

Gemeindevertreter in Welkers von 1964 bis 1972, nach der Gebietsreform Mitglied und Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung Eichenzell von 1972 bis 1979. Mitglied des Kreistags Fulda seit 1968; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1970 bis 1972 und ab 1981.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Dr. Hilpert, Werner CDU

Geboren am 17.1.1897 in Leipzig.

Gymnasium. Teilnahme am Ersten Weltkrieg. Studium der Volkswirtschaft und Philologie, Promotion zum Dr. phil.; Direktionssekretär der Sächsischen Staatsbank Leipzig, Steuer- und Wirtschaftsberater. 1933 aus allen Stellen entlassen, bis 1939 Wirtschaftsberater. September 1939 verhaftet, bis 12.4.1945 im KZ Buchenwald. - Treuhänder des blockierten Vermögens für Thüringen und danach Hauptgeschäftsführer der IHK Frankfurt.

Von Ministerpräsident Professor Geiler ab 1.11.1945 bis 30.9.1946 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und zum Minister ohne Ressort berufen. - Vom 1.10.1946 bis 5.1.1947 Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr. Vom 6.1.1947 bis 9.1.1951 Hessischer Minister der Finanzen und gleichzeitig stellvertretender Ministerpräsident. - 1952 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn.

Vor 1933 Landesvorsitzender der Zentrumspartei in Sachsen. 1945 Mitbegründer der CDU in Hessen und Landesvorsitzender bis 1952.

Vorsitzender des Finanzausschusses im Länderrat 1947.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 10.10.1949.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 12.10.1949 bis 9.11.1949, Mitglied vom 9.11.1949 bis 10.1.1951.

Vom Ministerpräsidenten mit dessen ständiger Vertretung im Vorsitz des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946 beauftragt.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 5.8.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 7.1.1947 und vom 1.12.1950 bis 17.7.1952. - Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 1.12.1950 bis 17.7.1952.

Verstorben am 24.2.1957.

Hinz, Priska GRÜNE

Geboren am 10.3.1959 in Diez an der Lahn.

1965 bis 1968 Besuch der Grundschule in Diez, anschließend Umzug nach Herbornseelbach (Dillkreis). Juni 1974 Realschulabschluß. Vorpraktikum im Kindergarten. Besuch der Fachschule für Sozialpädagogik in Limburg. Nach dem Berufspraktikum Berufstätigkeit im Kinderheim, Kindergarten und als Leiterin einer Kindertagesstätte in Frankfurt am Main.

Seit 1981 Mitglied der GRÜNEN. - Seit April 1986 stellvertretende Vorsitzende des Büros für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.

Von Oktober 1982 bis April 1985 Fraktionsassistentin der Fraktion der GRÜNEN im Landtag für die Bereiche Bildung, Frauen und Soziales.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 15.4.1985. - Stellvertretende Vorsitzende der GRÜNEN-Landtagsfraktion seit 15.4.1985.

Hisserich, Karl SPD

Geboren am 30.11.1926 in Homberg (Ohm). Verheiratet, zwei Kinder. Volksschule, Mittlere Reife. Ausbildung als Rechtspfleger mit dem Besuch der Rechtspflegerschule in Schwetzingen, Rechtspflegerexamen. Zuletzt Amtsrat beim Amtsgericht in Alsfeld.

Seit 1952 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV. - Vorsitzender des Sportkreises Alsfeld im Landessportbund Hessen. - Seit 1956 Mitglied der SPD. Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes, SPD-Ortsvereinsvorsitzender.

Stadtverordneter in Homberg seit 1956, Stadtverordnetenvorsteher seit 1960. Mitglied des Kreistags Alsfeld von 1960 bis 1964. Erster Kreisbeigeordneter von 1964 bis 1972. Mitglied des Kreistags Vogelsberg seit 1972. 1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Höhne, Eitel Oskar SPD

Geboren am 19.7.1922 in Dresden.

Abitur. Kriegsdienst. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1951 Staatsexamen. Mehrere Jahre zweiter Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. 1955 bis 1961 Landesrat und Personaldezernent beim Landeswohlfahrtsverband. - Seit 1961 Landrat des Kreises Eschwege, nach Gebietsreform 1974 des Werra-Meißner-Kreises. Seit 1974 Vorsitzender des Verwaltungsrates beim Hessischen Rundfunk. Mitglied der Verbandsversammlung des LWV seit 1.8.1953; Vizepräsident vom 1.8.1969 bis November 1985 und Präsident seit November 1985.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von Januar 1969 bis 30.11.1970.

Dr. Holtzmann, Ernst CDU

Geboren am 21.11.1902 in Gießen.

Abitur. 1921 bis 1924 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Gießen und München. 1928 Staatsexamen, 1930 Promotion. 1928 bis 1941 in der Stadtverwaltung Darmstadt, 1932 Rechtsrat. 1941 bis 1945 Kriegsdienst. 1945 bis 1947 Rechtsanwalt in Darmstadt. 1947 Oberrechtsrat, 1948 Stadtrechtsrat. - Von Juni 1962 bis November 1967 Bürgermeister der Stadt Darmstadt.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1966.

Holzappel, Hartmut SPD

Geboren am 5.9.1944 in Röhrda (Werra-Meißner-Kreis). Verheiratet.
1964 Abitur. 1964 bis 1967 Vorsitzender der 'Jungen Presse Hessen'.
Studium der Soziologie in Frankfurt am Main, 1969 Diplom. Lehrer an
einem Gymnasium. 1969 bis 1974 Referent im Ministerbüro des Hessi-
schen Kultusministers.

Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). 1978 bis
1984 zweiter Bundesvorsitzender der 'Gemeinnützigen Gesellschaft Ge-
samtschule'. - Seit 1961 Mitglied der SPD. 1968 bis 1970 Mitglied des
Bezirksausschusses Hessen-Süd der Jungsozialisten. Mitglied des Unter-
bezirksvorstandes der SPD in Frankfurt am Main. Seit 1982 Vorsitzender
der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen Hessen-Süd. Seit 1984 Mit-
glied der Bildungspolitischen Kommission der SPD.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1972 bis 1974.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Dr. Horn, Emil SPD

Geboren am 30.6.1927 in Klein-Auheim.
1944 Kriegsabitur und 1947 Abitur nach dem Militärdienst. Studium:
Geographie, Soziologie, Politik, Englisch. 1953 Promotion. Erstes und
zweites Staatsexamen für den Mittelschuldienst sowie beide Staatsex-
amen für den höheren Schuldienst. Bis zum Eintritt in den Landtag im
höheren Schuldienst tätig.

1969 Mitglied der 5., 1974 der 6. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1974.
Verstorben am 14.3.1982.

Horn, Peter CDU

Geboren am 15.4.1891 in Köln.
Volksschule, höhere kaufmännische Fortbildungsschule, Kurse an der
Volkshochschule. Bis 1924 kaufmännischer Angestellter in der
Maschinenindustrie. 1925 bis 1936 geschäftsführendes Vorstandsmitglied
im Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands,
Referent für Arbeitsrecht und Sozialpolitik, 1928 bis 1933 Leiter der
politisch-parlamentarischen Verbindungsstelle des Verbandes in Berlin.

Bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei, Bezirksgruppenvorsitzender. Vorsitzender des Rheinischen Angestelltenbeirates, zweiter Vorsitzender des Reichsangestelltenbeirates. - Seit 1945 Mitglied der CDU, 1947 Vorsitzender in Frankfurt am Main.

Bezirksverordneter in Berlin-Steglitz vor 1933. Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1946 bis 1950.

Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 25.6.1947 bis 7.9.1949; stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 10.6.1950 bis 17.10.1965.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 22.1.1950 bis 30.6.1950.

Verstorben am 26.6.1967.

Horn, Ruth SPD

Geboren am 4.2.1908 in Berlin.

1927 Abitur. Studium der Philologie in Frankfurt am Main, ab 1945 Besuch des Pädagogischen Instituts Jugenheim. 1949 Staatsexamen. Seit 1946 im Schuldienst. 1959 zur Schulrätin ernannt, 1966 zur Oberregierungsschulrätin.

Mitglied des Bezirksvorstandes und des Landesvorstandes der SPD. Vorsitzende des Kulturausschusses der SPD Hessen-Süd. Mitglied des Bildungspolitischen Ausschusses beim SPD-Parteivorstand und des SPD-Parteirats.

Stadtverordnete in Darmstadt von 1948 bis 1956.

1954 Mitglied der 2., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970.

Dr. Horst, Karl CDU

Geboren am 26.3.1898 in Hanau.

Höhere Schule, Universität. Chemiker.

Mitglied der CDU. 1945 bis 1950 Kreisvorsitzender der CDU im Kreisverband Main-Taunus.

Stadtverordneter und Magistratsmitglied in Hofheim (Taunus) von 1929 bis 1933 und von 1945 bis 1956. Kreisbeigeordneter von 1948 bis 1956 und von 1960 bis 1968. Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion von 1956 bis 1960, stellvertretender Vorsitzender von 1968 bis 1972.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Husch, Jakob CDU

Geboren am 6.4.1875 in Speicher (Eifel).

Postoberinspektor.

1928 bis 1933 Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei in Frankfurt am Main, zweiter Landesvorsitzender der Nassauischen Zentrumspartei. Nach 1933 politisch verfolgt. 1945 Mitbegründer der CDU in Frankfurt am Main und Kreisvorsitzender.

Mitglied des Gemeinderates der Stadt Metz von 1913 bis 1918.

Mitglied des Kommunal- und Provinziallandtags. Mitglied des Preussischen Staatsrates seit März 1933.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 26.10.1950. - Alterspräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 7.11.1947 und vom 30.4.1949 bis 26.10.1950.

Verstorben am 26.10.1950.

Ibel, Wolfgang CDU

Geboren am 11.6.1934 in Limburg an der Lahn. Verheiratet, vier Kinder. Gymnasium in Limburg. Seit 1953 im hessischen Justizdienst tätig, zuletzt als Justizamtmann.

1959 bis 1964 Kreisvorsitzender der Jungen Union, 1963 bis 1968 Bezirksvorsitzender der Jungen Union West-Hessen, 1968 bis 1970 Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union (Bildungsreferent). Seit 1969 Kreisvorsitzender der CDU des Kreises Limburg, seit 1974 des Kreises Limburg-Weilburg.

Kreistagsabgeordneter seit 1960; Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion von 1968 bis 1970.

1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.3.1970.

Dr. Ilau, Hans Georg LDP FDP

Geboren am 14.10.1901 in Charlottenburg (Berlin).

1920 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Berlin. 1924 Promotion. Danach wirtschaftspolitischer Referent der Vereinten Deutschen Maschinen-Anstalt Berlin. Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Reichswirtschaftsministerium. Danach Volkswirt bei

diversen Banken. Im Juli 1933 Gestapohaft. Bis 1943 Handelsredakteur der Frankfurter Zeitung. 1945 bis 1947 Geschäftsführer der IHK Frankfurt am Main bis zur Neuordnung der deutschen Großbanken, dann staatlich bestellter Verwalter der Rhein-Main-Bank. - Bis 1952 Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen FDP-Bundesausschusses. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950. Verstorben am 4.5.1974.

Immel, Erwin CDU

Geboren am 12.2.1927 in Übernthal (Dillkreis). Nach achtjähriger Volksschule in Übernthal Besuch der Lehrerbildungsanstalt in Boppard am Rhein. 1947 erste Lehrerprüfung am Pädagogischen Institut in Weilburg, 1950 zweite Lehrerprüfung. 1944 und 1945 Wehrdienst. Seit Februar 1985 Landesvorsitzender des Landesverbandes Hessen der Lebenshilfe für geistig Behinderte. - Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU (KPV) im Lahn-Dill-Kreis. Mitglied des Kreistags des Lahn-Dill-Kreises und der Gemeindevertretung in Siegbach. 1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1982.

Jäger, Eduard CDU

Geboren am 18.9.1894 in Ellenhausen (Regierungsbezirk Wiesbaden). Volksschule, ländliche Fortbildungsschule. 1915 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1922 bis 1924 Tätigkeit im Verein für das katholische Deutschland. 1925 bis 1930 Bezirksgeschäftsführer im Mittelrh.-Nassauischen Bauernverein. 1930 bis 1933 Landessekretär der Nassauischen Zentrumspartei und Geschäftsführer verschiedener Organisationen. 1933 bis 1941 Handels- und Versicherungsvertreter. 1942 bis 1945 dienstverpflichtet. 1945 Leiter des Ernährungsamtes I und der Landwirtschaftskammer in Limburg. - Vom 1.7.1948 bis 1.7.1964 Landrat des Kreises Limburg. 1946 bis 1948 Vorsitzender der CDU des Kreises Limburg. Mitglied des Kreistags Limburg von 1946 bis 1948. Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1962. Verstorben am 3.2.1970.

Jagoda, Bernhard CDU

Geboren am 29.7.1940 in Kirchwalde, Kreis Rosenberg (Oberschlesien). Volksschule. Verwaltungslehre, 1960 bis 1963 Abendlehrgang an der Volkshochschule in Neustadt, Kreis Marburg. Mittlere Reife als Externer. 1965 erste und 1972 zweite Verwaltungsprüfung beim Hessischen Verwaltungsschulverband, Verwaltungsseminar Kassel.

Seit 1965 Mitglied der CDU, Kreisvorstandsmitglied und Stadtverbandsvorsitzender.

Stadtverordneter in Schwalmstadt. CDU-Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung von Schwalmstadt. Zeitweise Kreistagsabgeordneter im Kreistag Schwalm-Eder und Fraktionsvorsitzender.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 4.11.1980.

1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 4.11.1980.

Jakob, Franz-Peter GRÜNE

Geboren am 16.4.1949 in Leer.

Hauptschule, Berufsschule. Erlerner Beruf Kfz-Mechaniker. Zweijährige Abendschule für Fotografie. 1967 bis 1978 Testfahrer bei der Einfahrinspektion im VW-Werk Emden.

Ab 1979 Mitarbeit in verschiedenen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen. Am 1.1.1980 Mitbegründer des Anti-Atom-Büros in Diemelstadt; Koordination des Widerstandes gegen die geplanten Wiederaufarbeitungsanlagen in Nordhessen; Mitorganisator der bundesweiten Atommüll-Konferenzen. Mitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Naturwissenschaftler-Gruppe (NG-350) gegen atomare Anlagen.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 15.2.1984.

Jansen, Walter CDU

Geboren am 18.5.1899 in Berlin.

Humanistisches Gymnasium. 1917 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1919 Abitur. Studium der Landwirtschaft in Berlin und Jena, 1923 Diplom-Landwirt. 1923 bis 1925 Angestellter bei der Thüringischen Raiffeisen-Genossenschaft, 1926 bis 1928 bei der Thüringischen Hauptlandwirtschaftskammer. Bis 1939 selbständiger Verlagsvertreter in Hessen. 1939 bis 1945 Kriegsteilnehmer. - 1946 Landwirtschafts- und Persönlicher Referent des Hessischen Ministerpräsidenten Professor Dr.

Geiler. 1946 Geschäftsführer des Beratenden Landesausschusses. - Vom 19.6.1946 bis 31.5.1964 Landrat in Schlüchtern.
Ende 1945 Mitbegründer der CDU im Bezirk Darmstadt. Stellvertreter der Landesvorsitzender der CDU Hessen. Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU. Mitglied des Bundesvorstandes der CDU.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1966.

Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 1.12.1966.

Verstorben am 5.1.1969.

Jatsch, Anton BHE GB/BHE

Geboren am 2.2.1909 in Polkendorf (Sudetenland).

Volks- und Bürgerschule, Ingenieurschule in Reichenberg. 1929 Reifeprüfung. Ab 1929 Privatsekretär, Betriebstechniker und Konstrukteur. 1934 Anstellung bei der Sudetendeutschen Partei, später Arbeitsfront. 1940 bis 1944 Soldat, schwerkriegsbeschädigt.

Mitbegründer des BHE in Hessen, mehrere Ämter im GB/BHE. Vorstandsmitglied in verschiedenen Organisationen und Verbänden.

Mitglied des Kreisausschusses des Kreises Bergstraße.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1958.

Stellvertretender Vorsitzender der GB/BHE-Landtagsfraktion vom 7.11.1953 bis 30.11.1958.

Jordan, Erich SPD

Geboren am 7.6.1912 in Kassel.

Realschule. Mittlere Reife. Ab 1.4.1929 Verwaltungslehrling bei der LVA Hessen-Nassau. Anschließend bis Mai 1933 Verwaltungsangestellter. Aus politischen Gründen entlassen. 1935 Verwaltungsangestellter bei der Vereinigten Innungskrankenkasse (VIK) Kassel. Dort nach Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft 1946 bis 1954 Geschäftsführer der VIK Kassel. Vom 1.4.1954 bis 1965 stellvertretender Geschäftsführer der AOK Kassel. - Vom 15.3.1965 bis 30.6.1971 hauptamtlicher Stadtrat in Kassel.

Bereits vor 1933 Mitglied der SPD und im Zentralverband der Angestellten. 1945 Mitarbeit beim Aufbau der Gewerkschaften. Studienreisen in die USA und nach Holland. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV in

Kassel. Referent an den Bundesschulen des DGB und am Verwaltungsseminar in Kassel. - 1974 Ortsgerichtsvorsteher.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1956 bis 4.3.1965.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1966.

Dr. Jung, Franz Josef CDU

Geboren am 5.3.1949 in Erbach (Rheingau). Verheiratet, zwei Kinder. 1968 Abitur. 1968 bis 1969 Grundwehrdienst bei der Bundeswehr. 1970 bis 1974 Jurastudium an der Universität in Mainz. 1974 bis 1976 Referendarausbildung beim Landgericht in Wiesbaden. Seit 1976 Rechtsanwalt und seit 1983 Notar in Eltville. 1978 Promotion zum Dr. jur. über die Regionalplanung in Hessen.

Seit 1973 Bundesvorstandsmitglied der Jungen Union Deutschland. Seit 1981 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union.

Mitglied des Kreistags des Rheingau-Kreises bzw. des Rheingau-Taunus-Kreises seit 1972.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Kahl, Reinhard SPD

Geboren am 4.10.1948 in Allendorf (Eder). Verheiratet, ein Kind.

1967 Abitur am mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig der Ederalterschule in Frankenberg. Studium an der Universität Gießen. Mitarbeit in der universitären und studentischen Selbstverwaltung, u.a. Mitglied im Rat der Abteilung für Erziehungswissenschaften, im 1. Konvent der Universität Gießen, in der 1. Fachbereichskonferenz des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, im Senat. 1970 erstes Staatsexamen für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen mit dem Wahlfach Sozialkunde. 1971 Erweiterungsprüfung für Realschulen im Fach Mathematik.

1971/72 Mitarbeit am Aufbau der Gesamthochschule Kassel als Mitglied in der Berufungskommission Politik/Soziologie. Seit 1972 Lehrer an der Grund-, Haupt- und Realschule Battenberg; seit 1977 Konrektor. 1978 bis 1981 Ausbildungsbeauftragter beim Studienseminar 27 in Korbach.

Seit 1972 Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). - Seit 1968 Mitglied der SPD. Mitbegründer der Juso-Hochschulgruppe Gießen. Mitarbeit in verschiedenen Funktionen bei den Jungsozialisten. Ortsvereinsvorsitzender der SPD in Allendorf (Eder).

Kreistagsabgeordneter seit 1972; Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg seit 29.2.1980.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Dr. Kanka, Karl CDU

Geboren am 12.6.1904 in München.

Seit 1905 in Offenbach. Abitur. 1922 bis 1925 Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und Gießen. Promotion. Von 1926 bis 1929 juristischer Vorbereitungsdienst. Seit 1929 Rechtsanwalt.

Mitbegründer der CDU.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 15.10.1957 bis 17.10.1965.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 9.7.1958. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 26.8.1952 bis 9.7.1958.

Verstorben am 20.7.1974.

Kanther, Manfred CDU

Geboren am 26.5.1939 in Schweidnitz (Schlesien). Verheiratet, sechs Kinder.

Nach Vertreibung Schulbesuch bis zum Abitur in Thüringen. 1957 Wechsel von der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in die Bundesrepublik.

1958 bis 1962 Jurastudium in Marburg und Bonn. Anschließend Referendarzeit in Lüdenscheid (Westfalen). 1967 bis 1970 Stadtoberrechtsrat in Plettenberg. - Seit 1970 Landesgeschäftsführer der CDU Hessen und seit 29.2.1980 Generalsekretär der CDU Hessen.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974. - Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion seit 1974.

Kappel, Heiner Ernst F.D.P.

Geboren am 13.12.1938 in Dornheim, Kreis Groß-Gerau. Verheiratet, drei Kinder.

1959 Abitur. Anschließend Dienst bei der Bundeswehr (Oberleutnant der Reserve). Studium der Theologie und Philosophie in Frankfurt am Main, Göttingen, Lausanne und Mainz. Nach dem ersten theologischen Examen Pfarrvikar in Eschborn und nach dem zweiten Examen Pfarrer im Schuldienst am Eichwald-Gymnasium in Sulzbach. Zugleich Studium der Geschichte und Politik an der Universität Frankfurt am Main; Examen für das Lehramt an Gymnasien. 1978 bis 1983 pädagogischer Leiter

der Gesamtschule Sulzbach. - Seit 1973 Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Königstein-Mammolshain.

Seit 1973 Mitglied der F.D.P. 1985 zum 10. Mal zum F.D.P.-Kreisvorsitzenden des Main-Taunus-Kreises gewählt. Seit 1981 Mitglied des F.D.P.-Landesvorstandes. Seit April 1985 Vorsitzender des F.D.P.-Bezirksverbandes Westhessen-Nassau.

Stadtverordneter in Bad Soden von 1977 bis 1981 und ab 1985. Mitglied des Kreistags des Main-Taunus-Kreises; Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion seit 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Karl, Hans SPD

Geboren am 5.1.1922 in Griesheim bei Darmstadt.

Volksschule, kaufmännische Berufsschule, Verwaltungsseminar. Kaufmännische Lehre. Wehrdienst 1941 bis 1946. Seit 1946 im öffentlichen Dienst. - 1956 bis 1968 Erster Beigeordneter der Gemeinde Gräfenhausen. - Seit 1968 Bürgermeister von Griesheim.

1963 bis 1970 Kreisvorsitzender der SPD im Landkreis Darmstadt.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Darmstadt bzw. Darmstadt-Dieburg seit 1956; Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1956 bis 1977, stellvertretender Vorsitzender ab 1977.

Mitglied der Versammlungsversammlung des LWV vom 1.8.1961 bis 31.7.1965 und seit 1.8.1969.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 5.7.1963 bis 16.4.1968.

Karry, Heinz Herbert FDP F.D.P.

Geboren am 6.3.1920 in Frankfurt am Main.

Oberrealschule, kaufmännische Lehre. Seit 1945 selbständig als Vermögensverwalter und seit 1949 als Importeur. Inhaber einer Textilgroßhandlung. - Vom 17.12.1970 bis 11.5.1981 Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik und stellvertretender Ministerpräsident.

Seit 1949 Mitglied der FDP; Landesschatzmeister und Landesvorstandsmitglied des F.D.P.-Landesverbandes Hessen, Mitglied des Bundesvorstandes, Bundesschatzmeister.

Mitglied des Bundesrates vom 17.12.1970 bis 14.12.1978, stellvertretendes Mitglied vom 14.12.1978 bis 11.5.1981.

1969 Mitglied der 5., 1974 der 6., 1979 der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 20.1.1960 bis 8.8.1977 und vom 1.12.1978 bis 14.12.1978; 'ruhendes' Mandat vom 5.2.1975 bis 8.8.1977. Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 15.1.1963 bis 13.2.1968, Vorsitzender vom 13.2.1968 bis 30.11.1970. Ermordet am 11.5.1981.

Kartmann, Norbert CDU

Geboren am 16.1.1949 in Nieder-Weisel. Verheiratet, zwei Kinder. 1968 Abitur. Wehrdienst. Studium an der Universität Gießen für das Lehramt an Haupt- und Realschulen. 1973 erste Staatsprüfung. Nach dem Lehramtsreferendariat in Wölfersheim zweite Staatsprüfung. Seit 1.8.1976 Lehrer an der Otto-Hahn-Schule, Gesamtschule der Stadt Hanau. Personalratsarbeit, zunächst als Vorsitzender des Personalrats der Lehramtsreferendare im Wetteraukreis, danach sechs Jahre im Personalrat der Otto-Hahn-Schule.

Mitglied im Verband Bildung und Erziehung (VBE). Vielfältige Vereinstätigkeit, u.a. Vorsitzender eines Gesangsvereins, Jugendleiter eines Fußballvereins, Vorsitzender eines Kinderchores und Präsident einer Karnevalsgesellschaft.

Seit 1970 Mitglied der CDU. Ab 1972 im Vorstand der CDU Butzbach und ab 1977 Stadtverbandsvorsitzender. Ab 1976 im Vorstand der CDU Wetteraukreis und ab 1979 stellvertretender Kreisvorsitzender. 1972 Gründer der Jungen Union Butzbach, seitdem tätig im Stadt- und Kreisvorstand; 1976 bis 1978 zeitweise Kreisvorsitzender der Jungen Union Wetterau.

Stadtverordneter in Butzbach seit 1973, CDU-Fraktionsvorsitzender ab 1977. Kreistagsabgeordneter seit 1977.

Mitglied des Hessischen Landtages vom 1.12.1982 bis 4.8.1983.

Dr. Kaul, Alexander GB/BHE

Geboren am 4.7.1901 in Hameln (Weser).

Abitur. Studium der Rechts-, Staats- und Sozialwissenschaften und Nationalökonomie in Heidelberg und München. Tätigkeit in der freien Wirtschaft (Verlagswesen, Wirtschaftsberater). Kriegsdienst und Gefangenschaft. - Vom 1.4.1956 bis 28.2.1963 Staatskommissar für die Förderung der hessischen Notstandsgebiete und Zonenrandkreise in der Hessischen Staatskanzlei. Vom 1.3.1963 bis 1966 Abteilungsleiter für Flüchtlingswesen beim Hessischen Minister des Innern.

Gründungsmitglied des GB/BHE in Hessen. - Stadtverordneter von 1952 bis 1964; Kreistagsabgeordneter von 1952 bis 1956 und von 1960 bis 1964.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.
Verstorben am 15.10.1972.

Kaye, Ulrich NPD

Geboren am 12.6.1932 in Halle.

Volkschule, 1942 bis 1946 Humanistisches Gymnasium in Halle. 1946 bis 1948 Lehre als Einzelhandelskaufmann in Halle. 1949 bis 1951 Industriekaufmann in Gustavsburg, 1951 bis 1957 kaufmännischer Angestellter, 1957 bis 1966 Verkaufsleiter.

Seit 1964 Mitglied der NPD, Kreisvorsitzender Obertaunus, Usingen-Oberlahn bis zur Bundestagswahl 1965, dann Landesredner der NPD. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der NPD-Landtagsfraktion vom 9.11.1969 bis 14.7.1970, Vorsitzender vom 14.7.1970 bis 30.11.1970.

Keil, Gerhard CDU

Geboren am 28.4.1945 in Beuern, Kreis Gießen. Verheiratet.

Schulbesuch in Beuern, Großen-Buseck und Gießen. 1965 Abitur. 1965 bis 1966 Wehrdienst beim Bundesgrenzschutzkommando Mitte in Kassel. Studium der Erziehungswissenschaften an der Universität Gießen. 1969 erstes Staatsexamen, 1970 Erweiterungsexamen zum Realschullehrer, 1972 zweites Staatsexamen. 1969 bis 1976 tätig an Sonderschule, Grund- und Hauptschule, integrierter Gesamtschule und schulformbezogener Gesamtschule. Zuletzt pädagogischer Leiter der schulformbezogenen Gesamtschule Allendorf, Kreis Gießen. - 1985 Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Gießen.

1967 bis 1973 Vorsitzender der Jungen Union Gießen-Land. 1972 bis 1976 und ab 1979 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag Gießen. 1974 bis 1975 Kreisvorsitzender der CDU Gießen (Stadt- und Landkreis). Ehrenamtlicher Erster Stadtrat der Stadt Lich (Oberhessen) nach 1977. Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.12.1976 bis 30.11.1978 und vom 12.12.1978 bis 15.1.1985.

Keil, Ludwig KPD

Geboren am 1.8.1896 in Bickenbach (Bergstraße).

Volks-, Berufs- und Fortbildungsschule. Lehre als Metallarbeiter. Berufliche Tätigkeit in mehreren Städten Deutschlands. Kriegsteilnehmer, schwer verwundet. - Nach 1933 mehrfach für längere Zeit verhaftet, zuletzt im KZ-Lager Dachau. 1945 Ministerialdirektor im Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Seit 1917 Mitglied der SPD, seit 1920 der KPD. Mehrere Jahre kommunalpolitischer Leiter der KPD für Hessen und Hessen-Nassau.

Vor 1933 einige Jahre Mitglied des Stadtrates der Stadt Offenbach.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 7.12.1931 bis 3.4.1933. - Vorsitzender der KPD-Fraktion.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950. - Stellvertreter Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion vom 1.12.1946 bis 30.6.1949, Vorsitzender vom 1.7.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 8.1.1952.

Dr. Keilmann, Karl FDP

Geboren am 10.7.1900 in Lampertheim.

Abitur. Studium der Volkswirtschaftslehre in Heidelberg, Promotion zum Dr. phil. 1922 bis 1924 Bankbeamter. 1924 Studium der Rechtswissenschaften. Seit 1930 Rechtsanwalt.

Stadtverordneter in Lampertheim von 1952 bis 1964; Vorsitzender der FDP-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung 1952.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Verstorben am 14.9.1975.

Keller, Peter CDU

Geboren am 17.10.1906 in Dieburg.

Volksschule. Lehre als Maschinenschlosser. 1928 bis 1929 Autoschlosser in New York. Vor 1933 Leiter des Christlichen Gewerkschaftskartells Dieburg. Ehefrau im KZ Auschwitz umgekommen. 1945 bis 1946 Angestellter bei der Militärregierung/Fragebogenabteilung. Bis 1947 mit kurzen Unterbrechungen bei der Firma Opel tätig. Ab 1947 Angestellter beim Landratsamt Dieburg, Leiter der Bezirksfürsorgestelle.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 5.2.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 1.11.1985.

Kern, Roland GRÜNE

Geboren am 3.11.1947 in Urberach. Verheiratet, zwei Kinder.
1954 bis 1958 Volksschule in Urberach, 1958 bis 1966 Realgymnasium in Dieburg, Abitur. 1967 bis 1968 Wehrdienst, 1969 Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. 1968 bis 1974 Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main. Danach Rechtsreferendar beim Landgericht Darmstadt. - Seit 1976 Rechtsanwalt in Darmstadt.
1981 Mitbegründer der 'Anderen Liste Rödermark'.
Stadtverordneter in Rödermark von März 1981 bis November 1982.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 19.4.1985. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 19.4.1985.

Kerschgens, Karl GRÜNE

Geboren am 12.10.1939 in Mariadorf, Kreis Aachen. Verheiratet.
1946 bis 1950 Volksschule Mariadorf. 1959 Abitur am Neusprachlichen Gymnasium Alsdorf. 1959 bis 1963 Studium der katholischen Theologie an den Universitäten Bonn und Freiburg. Kirchlich-theologisches Examen und Presbyteriatsexamen. 1965 bis 1968 in der Gemeindegeseelsorge tätig. Bis 1970 Studium der Romanischen Philologie an der Universität München. Mitglied der Kommission 'Entwicklung und Frieden' der Erzdiözese München-Freising. 1971 Anstellung bei der Bundesanstalt für Arbeit. Seit 1972 Berufsberater für Abiturienten und Hochschüler beim Arbeitsamt Darmstadt. Zusätzlich seit 1977 Lehrauftrag an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. - Seit 12.12.1985 Staatssekretär beim Hessischen Minister für Umwelt und Energie.
Mehrjährige Mitarbeit in der Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz Darmstadt und in der Regionalgruppe Darmstadt des Ökumenischen Arbeitskreises 'Ohne Rüstung leben'.
1979 Gründungsmitglied der GRÜNEN. Bis 1980 im Bundesvorstand der GRÜNEN.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 15.4.1985. - Stellvertretender Vorsitzender der GRÜNEN-Landtagsfraktion vom 1.12.1982 bis 4.8.1983.

Kersten, Kurt GB/BHE GDP GDP/BHE

Geboren am 31.7.1901 in Holzminden (Weser).
Abitur. Studium der Rechte und Volkswirtschaft in Frankfurt am Main und Köln, Gerichtsassessor, 1934 Rechtsberater bei der Deutschen Ar-

beitsfront. 1939 Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium. 1939 bis 1945 Soldat, mehrmals verwundet. 1948 Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft. - Seit 1951 Rechtsanwalt.

Kreisvorsitzender, Vorsitzender des Landesausschusses, Mitglied des Landesvorstandes und des geschäftsführenden Landesvorstandes des GB/ BHE und andere Ehrenämter.

Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordneter.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 9.3.1955 bis 30.11.1962.

Verstorben am 1.8.1967.

Keutzer, Karl CDU

Geboren am 13.8.1884 in Frischborn (Kreis Lauterbach).

Volksschule. Landwirt.

Bis 1933 Mitglied des Hessischen Landbundes. - Seit 1945 Mitglied der CDU.

Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Frischborn von 1919 bis 1939 und von 1945 bis 1952.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 14.1.1964.

Kiekheben-Schmidt-Winterstein, Veronika SPD

Geboren am 31.1.1939 in Wien. Verheiratet, zwei Kinder.

Volksschule in Gersthofen (Augsburg), Gymnasium in Augsburg und Frankfurt am Main-Höchst, Berlitz-Sprachschule und Bachschule in Frankfurt am Main. Dolmetscherdiplom in englischer und französischer Sprache. Besuch des Cours de Civilisation française an der Sorbonne in Paris, Diplôme d'études françaises. Tätigkeit als Stenotypistin bei der Metallgesellschaft in Frankfurt am Main, Mitarbeiterin beim Hessischen Rundfunk, freie Mitarbeiterin einer Werbeagentur.

Seit 1969 Mitglied der SPD. Stellvertretende Unterbezirksvorsitzende der SPD im Main-Taunus-Kreis.

Kreistagsabgeordnete der SPD im Main-Taunus-Kreis seit 1976; stellvertretende Kreistagsvorsitzende.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Kitz, Heinz CDU

Geboren am 18.7.1907 in Reichelsheim (Odenwald).
Amtsrichter in Erbach (Odenwald).
Mitglied des Hessischen Landtags vom 17.11.1949 bis 30.11.1950.
Verstorben am 14.10.1971.

Klein, Heinrich SPD

Geboren am 13.12.1932 in Hergershausen. Verheiratet, zwei Kinder.
Gymnasium, Mittlere Reife. - Seit 1950 Mitglied der SPD. - 1951 bis 1957
Verwaltungslehre, praktische berufliche Tätigkeit. 1957 bis 1958 Akade-
mie der Arbeit. 1958 bis 1962 Redakteur einer politischen Monatsschrift,
Leiter der Pressestelle der SPD Hessen-Süd. 1963 bis 1970 Redakteur
beim Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH in Bonn. - Von
Dezember 1970 bis 1976 Landrat des Landkreises Dieburg.
Mitglied des Kreistags Dieburg von 1960 bis 1970, Vorsitzender der
SPD-Fraktion seit 1964. Mitglied des Kreistags Darmstadt-Dieburg seit
1977.
Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemein-
schaft Starkenburg nach 1969.
Mitglied des Deutschen Bundestages seit 14.12.1976.
1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 21.12.1970.

Kleinschmidt, Heinz-Walter F.D.P.

Geboren am 14.9.1943 in Hofgeismar.
Abitur. 1963 Studium der Naturwissenschaften, Mathematik, Physik,
Politik, Psychologie, Pädagogik und Philosophie an der Philipps-
Universität Marburg. 1966 Philosophikum in Politik (Schwerpunkt),
Pädagogik, Psychologie und Philosophie. 1978 Magister-Examen in wis-
senschaftlicher Politik, Volkswirtschaft und Soziologie.
Seit 1965 Mitglied der FDP und der Deutschen Jungdemokraten (DJD).
1965 bis 1976 DJD-Vorsitzender des Kreisverbandes Kassel-Land. 1970
bis 1977 Mitglied des F.D.P.-Landesvorstandes Hessen und des Kreisvor-
standes Kassel-Land. 1970 bis 1977 Vorsitzender des F.D.P.-
Landesfachausschusses für Kommunal- und Innenpolitik in Hessen.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 29.1.1973 bis 30.11.1974.

Klemm, Lothar SPD

Geboren am 9.9.1949 in Hochstadt (Kreis Hanau/jetzt Maintal 3). Verheiratet.

1968 Abitur an der Hohen Landesschule Hanau. Studium der Rechtswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. 1975 erstes juristisches Staatsexamen, 1978 zweites juristisches Staatsexamen und Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. - Seit 1978 Rechtsanwalt in Hanau.

Seit 1968 Mitglied der SPD.

Mitglied des Kreistags des Main-Kinzig-Kreises seit 1974; stellvertretender SPD-Kreistagsvorsitzender seit 1981 und Kreistagsvorsitzender seit April 1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Kletke, Margarete FDP

Geboren am 6.6.1892 in Eschwege.

Höhere Schule, Handelsschule. Tätigkeit beim Wohlfahrts- und Arbeitsamt Eschwege. Besuch der Hochschule für Politik. Berufsberaterin in Jena. - Hausfrau.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1962. - Vizepräsidentin des Hessischen Landtags vom 11.12.1958 bis 1.12.1962.

Klocksın, Jürgen SPD

Geboren am 12.6.1932 in Pößneck.

Aufgewachsen in Berlin. Oberschule, Abitur. Studium an der Pädagogischen Hochschule Berlin (Englisch, Psychologie). Erstes und zweites Staatsexamen. Seit 1959 als Pädagoge im Kreis Wetzlar tätig. 1963 nach Kontaktstudium Erweiterungsprüfung als Realschullehrer, 1970 Ernennung zum Realschulrektor. 1979 bis 1980 Hilfsdezernent in der Schulabteilung des RP Darmstadt. Seit 1980 Dezernent in der Schulabteilung des RP Gießen.

Seit 1960 Gewerkschaftsmitglied, 1964 Vorsitzender der Fachgruppe Realschulen im Kreisverband Wetzlar. - 1969 bis 1978 Mitglied der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA), ab 1969 in deren Vorstand. Seit 1979 korrespondierendes Mitglied der IPA.

Seit 1962 Mitglied der SPD, Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Ortsvereins Braunfels, danach Vorstandsmitglied und seit 1969 stellver-

retrender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Oberlahn. 1969 bis 1971
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer in
Südhessen.

Mitglied des Kreistags Oberlahn von 1968 bis 1974; stellvertretender
Vorsitzender der SPD-Fraktion.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 16.2.1967 bis 30.11.1978.

Knapp, Oskar CDU

Geboren am 23.2.1898 in Kirberg.

Volksschule, Berufsschule. Erlernung der Landwirtschaft und Kornbren-
nerei im elterlichen Betrieb. 1916 bis 1919 Soldat. Fachkurse für Land-
wirtschaft und Brennerei an der Bauernhochschule. Ab 1924 Vor-
sitzender der Jung-Bauernschaft, des Schützenvereins und Turnvereins;
1933 Ämter aus politischen Gründen niedergelegt. 1938 Aufsichtsrats-
vorsitzender der Molkereigenossenschaft Dauborn. 1942 Aufsichtsrats-
mitglied, Vorsitzender, 1946 Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank
GmbH Kirberg.

1946 Mitbegründer des Hessischen Bauernverbandes, Kreisvorsitzender.

1946 Mitbegründer des Hessischen Gemeindetages, Kreisvorsitzender
Limburg, stellvertretender Vorsitzender, dann Vorsitzender der Arbeits-
gemeinschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden, Hauptausschußmitglied
und stellvertretender Vorsitzender. 1947 Mitglied des Landesausschusses
für landwirtschaftliche Forschung und Beratung. 1950 USA-Reise
zwecks Studium der landwirtschaftlichen Organisation und Verwaltung.
1953 Mitglied des Unterausschusses für landwirtschaftliche Fragen und
stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsausschusses beim Landesar-
beitsamt. Mitglied des Forstbeirates.

Ehrenamtlicher Bürgermeister, Standesbeamter und Ortsgerichtsvorste-
her der Gemeinde Kirberg von 1945 bis 1964.

Mitglied des Kreistags Limburg ab 1952; stellvertretender Fraktionsvor-
sitzender.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 6.10.1953 bis 6.10.1957.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1962.

Verstorben am 6.6.1967.

Dr. Kneipp, Otto FDP

Geboren am 11.12.1884 in Langsdorf (Kreis Gießen).

Abitur. Studium: Land- und Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft in Gießen. Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkriegs, dreimal verwundet. Diplom-Landwirt. Tätigkeit als Landwirtschaftslehrer, Geschäftsführer bäuerlicher Organisationen, Erster Vizepräsident der Land- und Forstwirtschaftskammer.

Mitglied des Preußischen Staatsrates von 1929 bis 1933.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 7.9.1953.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958. - Alterspräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Verstorben am 5.5.1965.

Knodt, Kurt SPD

Geboren am 17.10.1909 in Wallbach (Regierungsbezirk Wiesbaden).

Höhere Schule, Universität. Syndikus. - 1945 bis 1954 Landrat des Dillkreises.

Vor 1933 Mitglied der Sozialistischen Jugend und des Sozialistischen Studentenbundes.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 29.6.1978.

Knothe, Wilhelm SPD

Geboren am 1.5.1888 in Kassel.

Volksschule, Mittelschule, Handelsschule Offenbach. Lehre. Bis 1912 Portefeullier. 1912 bis 1915 kaufmännischer Angestellter. 1915 bis 1918 Kriegsteilnehmer. - Ab Juni 1920 Parteisekretär des SPD-Unterbezirks Wetzlar, Marburg, Dillenburg, Biedenkopf, Frankenberg und Kirchhain. 1920 bis 1933 Bezirksvorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend für Hessen-Nassau und Mitglied des Reichsausschusses. - 1933 bis 1934 Vertreter des illegalen Parteivorstands der SPD-Südwestdeutschland. Juni 1934 verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Ab 1940 illegal in der Untergrundbewegung. 1944 erneut verhaftet. 1944 Flucht, illegaler Aufenthalt bis zum Einmarsch der Amerikaner. - Seit 1945 Lizentiat der Frankfurter Rundschau. 1945 Vorsitzender der SPD Frankfurt, 1945 Erster Landesvorsitzender der SPD Hessen. 1946 bis 1947 zweiter Parteivorsitzender der

SPD und Mitglied des SPD-Hauptvorstandes. 1947 Bezirksvorsitzender der SPD Hessen-Süd.

Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats von 1918 bis 1920. - Stadtverordneter in Wetzlar von 1921 bis 1924. - Mitglied des Kreistags und des Kreisausschusses Wetzlar von 1924 bis 1933.

Mitglied des Stadt- und Bürgerrats Frankfurt 1945.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 20.2.1952.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Vorsitzender der SPD-Fraktion vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Vorsitzender der SPD-Fraktion vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.9.1949.

Verstorben am 20.2.1952.

Koch, Karl-Heinz CDU

Geboren am 14.10.1924 in Kassel. Verheiratet, ein Kind.

Oberschule. Kriegsdienst. Studium der Rechte an der Universität Frankfurt am Main, anschließend Referendarausbildung. 1953 zweite juristische Staatsprüfung. Anwaltsassessor in Frankfurt am Main, seit 1956 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main.

Stadtverordneter in Eschborn (Taunus), Stadtverordnetenvorsteher. Mitglied des Kreistags des Main-Taunus-Kreises.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion seit 5.11.1974.

Koch, Wilhelm SPD

Geboren am 25.11.1922 in Hanau.

Volksschule. Maurerlehre. Oktober 1941 bis November 1946 Kriegsdienst als Pionier und Kriegsgefangenschaft. Seit 1947 Mitglied der IG Bau-Steine-Erden. Arbeitnehmersvertreter im Vorstand der Innungskrankenkasse Kassel und im Vorstand des Landesverbandes der IKK in Hessen. Seit Juli 1962 Gewerkschaftsangestellter der IG Bau-Steine-Erden.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1960 bis 31.10.1972.

1969 Mitglied der 5., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 8.3.1977. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 8.12.1970 bis 8.3.1977.

Verstorben am 8.3.1977.

Dr. Köbel, Walter Klaus SPD

Geboren am 20.5.1918 in Darmstadt.

Abitur, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1939 Referendar, 1941 Promotion, 1943 Assessor. Verschiedene Tätigkeiten in Wirtschaft und Verwaltung. 1950 bis 1954 Referent beim Hessischen Gemeindetag und dem Freiherr-vom-Stein-Institut. - Ab 1954 Bürgermeister der Stadt Rüsselsheim, 1960 auf zwölf Jahre wiedergewählt.

Vorsitzender des Kreistags Groß-Gerau 1956.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 18.10.1963 bis 9.9.1965.

Verstorben am 9.9.1965.

Köcher, Josef SPD

Geboren am 15.3.1907 in Bleiswedel (Sudetenland).

Volksschule und Genossenschaftsschule. Filialleiter des Arbeiterkonsumvereins Bodenbach. 1938 als SPD-Funktionär entlassen, verhaftet. 1940 bis 1945 Soldat. 1946 Aussiedlung aus dem Sudetenland in den Landkreis Kassel. 1947 selbständiger Kaufmann. - Von 1951 bis 1972 Landrat des Landkreises Kassel.

Ab dem 14. Lebensjahr Mitglied der SPD. Bis 1938 Vorsitzender der Arbeiterbewegung und Betriebsratsvorsitzender der Genossenschaft. - 1946 Erster Vorsitzender der SPD im Landkreis Kassel und zweiter Vorsitzender der SPD Hessen-Nord.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Kassel; Vorsitzender der SPD-Fraktion ab 1948.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 19.1.1967 bis Januar 1969.

Dr. Köhler, Erich CDU

Geboren am 27.6.1892 in Erfurt.

Studium der Staatswissenschaften an den Universitäten Marburg, Berlin, Leipzig und Kiel. 1919 Promotion mit Auszeichnung. 1914 bis 1918

Kriegsteilnehmer. 1919 bis 1933 Tätigkeit als Geschäftsführer von Arbeitgeberverbänden in Kiel. Im Herbst 1933 wegen jüdischer Ehefrau aus allen Ämtern entfernt, arbeitslos. 1939 bis 1945 als Versicherungsagent tätig. Januar 1945 mit KZ-Haft bedroht. 1945 bis 1949 Hauptgeschäftsführer der IHK Wiesbaden. 1947 bis 1949 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landeszentralbank Hessen.

Mitbegründer der CDU. 1946 bis 1949 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hessen.

Mitglied und Präsident des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone vom 10.3.1947 bis 1.7.1947.

Mitglied und Präsident des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 25.6.1947 bis 7.9.1949.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 6.10.1957; Bundestagspräsident vom 7.9.1949 bis 18.10.1950.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Vorsitzender der CDU-Fraktion vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Vorsitzender der CDU-Fraktion vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 1.7.1947. - Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 1.12.1946 bis 18.6.1947.

Verstorben am 23.10.1958.

Koeth, Otto SPD

Geboren am 25.9.1904 in Crumstadt bei Darmstadt.

Lehrer.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 19.1.1981.

Kohl, Heinrich FDP F.D.P.

Geboren am 6.10.1912 in Gilserberg (Schwalm-Eder-Kreis).

1932 Reifeprüfung. Studium der Rechts-, Staats- und Zeitungswissenschaften in Berlin. 1936 Staatsexamen am Kammergericht. 1935 und 1937 bis Kriegsende Soldat (Luftwaffenoffizier). August 1947 Rückkehr aus Gefangenschaft. 1952 Assessorexamen. - 1953 bis 1970 Landrat des Landkreises Frankenberg. - Vom 18.12.1970 bis 24.10.1976 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern.

Seit 1972 Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Landesgruppe Hessen. Seit Februar 1980 Erster Vorsitzender des Landesverbandes Hessen e.V. der Deutschen Multiple-Sklerose-Gesellschaft (MSG). 1981 bis 1982 Distrikt-Governor der Lions-Organisation 111-MV (Hessen).

1959 bis 1971 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. Vom 11.2.1962 bis 1967 Vorsitzender des FDP-Landesvorstandes Hessen.

Stadtverordneter in Frankenuau seit 1972.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 17.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 1.12.1958 bis 15.1.1963 und vom 12.2.1965 bis 30.11.1966, Vorsitzender vom 15.1.1963 bis 12.2.1965. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 1.12.1970.

Verstorben am 22.7.1984.

Dr. Kohut, Oswald A. FDP

Geboren am 19.1.1901 in Berlin.

Abitur. Studium der Geschichte, Philosophie und Literatur in Berlin, Heidelberg und Gießen. 1930 Promotion. Bis 1935 bei der Presse tätig.

Ab 1935 Inhaber einer Weinbrennerei und Likörfabrik.

Ehrenämter in der Wirtschaft: Präsident des Bundesfachverbandes der Deutschen Spirituosen-Industrie e.V. Düsseldorf. Vizepräsident der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Spirituosen-Industrie e.V. Frankfurt am Main. Vorsitzender der Vereinigung Hessischer Spirituosen-Hersteller e.V. Wiesbaden. Mitglied des Beirats der Industrie- und Handelskammer Offenbach am Main. Mitglied des Gewerbeausschusses bei der Branntweinmonopolverwaltung Offenbach am Main.

Mitbegründer der CDU. Seit 1947 Mitglied der FDP. 1956 stellvertretender FDP-Landes- und Bundesvorsitzender.

Stadtverordneter in Langen von 1946 bis 1951. Fraktionsvorsitzender im Kreistag Offenbach-Land.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 15.10.1957 bis 17.10.1965.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 10.10.1957. - Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 7.1.1955 bis 10.10.1957.

Verstorben am 23.7.1977.

Dr. h.c. Kolb, Walter SPD

Geboren am 22.1.1902 in Bonn.

Humanistisches Gymnasium, Abitur. Studium: Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft. 1924 bis 1929 Referendar und Regierungsassessor. 1930 bis 1931 Regierungsrat im Landwirtschaftsministerium in Berlin. 1932 Landrat im Kreis Schmalkalden (Regierungsbezirk Kassel). 1933 entlassen, mehrfach verhaftet. 1934 bis 1941 Anwalt in Bonn. 1941 Wehrmacht. Erneut verhaftet, KZ, Flucht. - 1945 Regierungsvizepräsident. - Ab 1.10.1945 Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor von Düsseldorf. Vom 1.8.1946 bis 20.9.1956 Oberbürgermeister in Frankfurt am Main.

Vorsitzender bzw. Vorstandsmitglied zahlreicher Organisationen. Vorsitzender des Hessischen Städteverbandes, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages. Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees. Seit 1918 SPD-Mitglied. Gründer und Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes. 1950 Bundesvorsitzender des Deutschen Turnerbundes.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 20.9.1956.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 20.9.1956.

Verstorben am 20.9.1956.

Korn, Walter CDU

Geboren am 7.12.1937 in Oberndorf (Spessart). Verheiratet, zwei Kinder. Abitur am Humanistischen Gymnasium in Fulda. Studium. Seit 1961 im hessischen Schuldienst. 1964 zweite Staatsprüfung. 1966 Realschullehrerprüfung (Mathematik und Sport). 1970 Stufenleiter an der Dietrich-Bonhoeffer-Schule in Maintal-Dörnigheim.

Seit 1967 Mitglied der CDU. 1972 bis 1980 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU und seit 1980 Vorsitzender des Kreisverbandes der CDU Main-Kinzig. Ab 1976 stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes der CDU Osthessen. Seit 1984 Mitglied des Landesvorstandes der CDU.

1971 bis 1982 Mitglied im Verwaltungsrat der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD).

Seit 1981 Verbandsvorsitzender des Hessischen Volkshochschulverbandes; seit 1985 Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Volkshoch-

schulverbandes. Nach 1981 Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks, ab 1983 Vorsitzender von dessen Programmausschuß Fernsehen und seit 1985 stellvertretendes Mitglied im Programmbeirat der ARD. Seit 1981 Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Landeskuratoriums für Erwachsenenbildung in Hessen.

Stadtverordneter in Dörnigheim von 1968 bis 1974. Mitglied des Kreistags des Landkreises Hanau ab 1972; stellvertretender Vorsitzender des Kreistags des Main-Kinzig-Kreises ab 1974.

1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Krämer, Gustav Adolf SPD

Geboren am 27.4.1909 in Traisa.

Volksschule. Ausbildung als Drogist. Berlitz-Schule, mehrjähriger beruflicher Auslandsaufenthalt, selbständig im Einzelhandel, Exportkaufmann. Kriegsdienst. Vom 18.6.1946 bis Mitte 1947 Geschäftsführer der Spruchkammer Darmstadt-Land. Ab Mitte 1947 bis Ende 1950 Spruchkammervorsitzender im Ministerium für politische Befreiung. - Vom 27.9.1962 bis Mai 1973 Landrat des Landkreises Darmstadt.

Seit 1946 Mitglied der SPD. 1950 bis 1962 Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Darmstadt-Land.

Mitglied der Gemeindevertretung und des Kreistags Darmstadt-Land seit 1948; Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion von 1948 bis 1956. Ehrenamtlicher Erster Kreisbeigeordneter von 1956 bis 1962.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 15.12.1954 bis 5.7.1963. - Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion von 1958 bis 1963.

Kraft, Wilhelm FDP

Geboren am 30.4.1892 in Niederelsungen (Regierungsbezirk Kassel).

Primareife. Bankausbildung. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. Bis 1932 als Bankbevollmächtigter tätig. Bei Bankzusammenbruch ausgeschieden. Bäckerlehre, 1937 Meisterprüfung, seitdem eigene Bäckerei. Stellvertretender Landesinnungsmeister und andere Ehrenämter.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Verstorben am 19.3.1962.

Kramer, Friedrich CDU

Geboren am 5.2.1938 in Hindenburg (Oberschlesien).
1945 Flucht nach Westdeutschland. Seit 1955 in Wiesbaden wohnhaft.
Während der Schulzeit in der katholischen Jugendarbeit tätig. Nach dem
Abitur Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Mainz.
1963 erstes, 1967 zweites Staatsexamen, danach Gerichtsassessor bei den
Staatsanwaltschaften der Landgerichte Wiesbaden und Darmstadt. Ab
November 1970 bis 1973 Staatsanwalt. - Seit 23.6.1973 Landrat in Fulda.
Seit 1956 Mitglied der CDU. Im November 1985 zum Vorsitzenden des
CDU-Bezirksverbandes Osthessen wiedergewählt worden.
Mitglied der Verbandsversammlung des LWV seit 1.11.1977.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 23.6.1973.

Dr. Krause, Hermann CDU

Geboren am 13.8.1908 in Hanau.
Hohe Landesschule Hanau, Abitur. 1927 bis 1930 Studium der Rechts-
wissenschaften und Geschichte in Königsberg, Berlin und Frankfurt am
Main. Promotion, Gerichtsassessor. 1935 bis 1945 am Evangelischen
Konsistorium Königsberg als Oberkonsistorialrat. - 1945 bis 1966 Bür-
germeister in Hanau.
Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis
31.7.1965.
1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1970.

Prof. Dr. Krauss, Werner KPD

Geboren am 7.6.1900 in Stuttgart.
Gymnasium in Stuttgart. Studium an den Universitäten München und
Madrid. 1929 Promotion zum Dr. phil. 1931 Privatdozent, 1942 apl.
Professor an der Universität Marburg.
1942 Angehöriger der Dolmetscher-Kompanie des 'Amtes Ausland-
Abwehr', Mitarbeiter der kommunistischen Untergrundorganisation
'Rote Kapelle'. 1943 zum Tode verurteilt, 1944 zu fünf Jahren Zuchthaus
begnadigt (Reichskriegsgericht). 1945 bis 1947 ordentlicher Professor an
der Universität Marburg. 1947 Übersiedlung in die SBZ (heutige DDR),
dort Professor mit Lehrstuhl für romanische Philologie an der Universi-
tät Leipzig.
Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 15.5.1946
Verstorben am 28.8.1976.

Kredel, Otto LDP FDP

Geboren am 29.4.1891 in Köln.

Volksschule, Fachschule, Abendkurse und Selbststudium auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet. 1905 bis 1914 Schriftleiter an einer Fachzeitung. 1914 Kriegsteilnehmer, schwer verwundet. Seit 1915 Tätigkeit in der Industrie in Danzig, Frankfurt am Main und Berlin. Ab 1924 selbständiger Kaufmann in Frankfurt am Main.

1945 Mitbegründer der LDP. Kreisvorsitzender im Obertaunuskreis, Schatzmeister des Landesverbandes.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 27.3.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 19.12.1946 bis 7.12.1950.

Verstorben am 3.5.1974.

Kreß, Fritz SPD

Geboren am 15.5.1896 in Altenstadt (Wetteraukreis).

Volksschule, Staatl. Kaufmännische Lehranstalt Offenbach. Drogist, später selbständiger Textilkaufmann. - 1945 bis 1960 Bürgermeister in Altenstadt.

Vor 1933 Mitglied und Funktionär der SPD, nach 1945 Kreisvorsitzender im Kreis Büdingen.

Mitglied des Gemeinderates in Altenstadt von 1922 bis 1933. Mitglied des Provinziallandtages Oberhessen von 1929 bis 1933. Mitglied des Kreis-ausschusses des Kreises Büdingen.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.6.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 13.9.1960.

Kreß, Heinrich CDU

Geboren am 1.8.1902 in Hanau.

Volksschule, kaufmännische Lehre, Angestelltentätigkeit in Handel und Industrie. Gründung einer Großhandlung, zuletzt als Bücherrevisor tätig. - Vom 1.7.1946 bis 31.1.1968 Landrat in Gelnhausen.

In der Jugendzeit in der Arbeiterjugend und in der Wandervogelbewegung tätig, später im kirchlichen Leben. Mitbegründer der CDU im Kreis

Hanau und deren ehrenamtlicher Geschäftsführer. - Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.
Verstorben am 4.12.1985.

Kriegseis, Jakob SPD

Geboren am 24.7.1885 in Pyrbaum (Regierungsbezirk Neumarkt).
Volks- und Fortbildungsschule. Schlosserlehre. 1907 bis 1910 Wehrdienst, 1914 bis 1917 Kriegsteilnehmer. Schlosser.
Seit 1910 Mitglied der Gewerkschaft und SPD. 1919 bis 1933 und nach 1945 Betriebsratsvorsitzender. 1933 aus allen Ämtern entlassen. 1946 Vorsitzender eines Entnazifizierungs-Prüfungsausschusses und öffentlicher Kläger nach Verkündung des Befreiungsgesetzes.
Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats 1918. - Ehrenamtlicher Stadtrat in Frankfurt am Main von 1926 bis 1933 und von 1946 bis 1948.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 9.2.1948 bis 30.11.1958.
Verstorben am 9.10.1968.

Krollmann, Hans SPD

Geboren am 7.11.1929 in Werdau, Kreis Zwickau. Verheiratet, ein Kind.
1950 Abitur in Hohenlimburg (Westfalen). Jurastudium in Münster, Köln und Hamburg. 1954 erstes Staatsexamen in Hamburg, 1959 zweites Staatsexamen in Düsseldorf. 1959 im Rechtsamt der Stadt Kassel tätig, 1962 in der Polizeiverwaltung. - 1965 Polizeipräsident in Kassel. - Vom 8.5.1967 bis 16.3.1969 Stadtkämmerer in Kassel. - 1969 bis 1970 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern. - Vom 15.10.1973 bis 17.12.1974 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt. - Vom 18.12.1974 bis 3.7.1984 Hessischer Kultusminister und ab 28.9.1982 bis 3.7.1984 zugleich stellvertretender Ministerpräsident. - Seit 4.7.1984 Hessischer Minister der Finanzen und wiederum stellvertretender Ministerpräsident.
1946 bis 1950 Mitglied der Sozialistischen Jugend und seit 1950 Mitglied der SPD. Tätigkeit im Sozialistischen Deutschen Studentenbund, 1951 bis 1952 Bundessekretär. Seit 1953 Mitarbeit bei den Jungsozialisten, Landesvorsitzender in Hamburg und Mitglied des Zentralausschusses. Seit 1961 Mitglied im Bezirksvorstand der SPD Hessen-Nord, seit 1977 dessen Vorsitzender. 1969 bis 1974 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Kassel-Stadt.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 29.10.1973 bis 5.10.1982, Mitglied seit 5.10.1982.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 18.1.1972 bis 9.10.1973.

Kronawitter, Karl Günther SPD

Geboren am 22.12.1934 in Vilshofen. Verheiratet, drei Kinder.

Volksschule, Berufsschule. 1950 bis 1953 Berufsausbildung als Former und Gießer. 1954 bis 1964 Bautenschutz- und Gießereiarbeiter. Mitglied des Betriebsrates. 1965 bis 1966 Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. 1966 bis 1971 zweiter Bevollmächtigter der IG Metall, Verwaltungsstelle Gießen. Seit 1971 Bezirkssekretär der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.

Seit 1958 Mitglied der SPD. Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, AfA-Bezirksvorsitzender, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Hessen. - Seit 1971 Landesarbeitsrichter.

Gemeindevertreter in Überau (Odenwald) von 1960 bis 1967. Stadtverordneter in Gießen von 1968 bis 1972.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 24.10.1972.

Krüger, Paul KPD

Geboren am 17.6.1903 in Wiesbaden.

Volksschule, Fachschule für Tiefbau. Bauführer, Gewerkschaftssekretär. 1933 Unterbezirksleiter der Gewerkschafts-Opposition Unterbezirk Wiesbaden. Im März und ab Mai bis Dezember 1933 Gefängnishaft und KZ Esterwegen, danach illegale Tätigkeit für die KPD. Von August 1935 bis Oktober 1938 erneut KZ Esterwegen, danach Sachsenhausen. - Bis 1945 Bautechniker. - 1945 Mitarbeit am Aufbau der Gewerkschaftsorganisation in Wiesbaden. Ab 1946 Gewerkschaftssekretär.

Seit 1946 Mitglied des Landesvorstandes Hessen der KPD.

Stadtverordneter in Wiesbaden von 1930 bis 1933.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Krüger, Ulrich F.D.P.

Geboren am 18.1.1942 in Münster (Westfalen). Verheiratet, ein Kind. 1948 bis 1953 Grundschule, 1953 bis 1957 Gymnasium in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen. 1957 bis 1960 Lehre als Bauzeichner, anschließend Angestellter in verschiedenen Architekturbüros, zugleich Selbststudium. Seit 1965 selbständiger Architekt, vornehmlich im Wohnungsbau tätig.

Seit 1958 Mitglied der Jungdemokraten und seit 1960 der F.D.P. Von 1965 bis 1970 Mitglied des Landesvorstandes, zuletzt Landesvorsitzender und von 1971 bis 1972 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungdemokraten. Seit 1969 Mitglied im Landesvorstand, seit 1973 im Präsidium der F.D.P., seit 1972 im Bundesvorstand der F.D.P. - Im November 1982 Parteiaustritt und Wahl zum Vorsitzenden der neugegründeten Partei 'Liberale Demokraten'.

Mitglied des Kreistags Hochtaunus seit 1972.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 31.11.1978.

Kruse, Peter Jochen F.D.P.

Geboren am 15.2.1929 in Wismar (Mecklenburg). Verheiratet, zwei Kinder.

Gymnasium, Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Hamburg und München, beide juristische Staatsexamen. Seit 1960 selbständiger Rechtsanwalt und Notar in Dörnigheim.

1970 bis 1974 Vorsitzender des F.D.P.-Kreisverbandes Hanau-Land.

1980 Vorsitzender des Landesverbandes liberaler Eltern e.V.

Vorsitzender der F.D.P.-Stadtverordnetenfraktion in Dörnigheim von 1969 bis 1973. Mitglied des Kreistags Hanau von 1968 bis 1973.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 21.5.1973 bis 30.11.1974.

Küchler, Wilhelm CDU

Geboren am 21.7.1936 in Frankfurt am Main. Verheiratet, drei Kinder.

1956 Abitur. Studium der Wirtschafts- und Finanzwissenschaften in Frankfurt am Main. 1961 Diplom-Examen. 1964 Prokurist, 1970 persönlich haftender Gesellschafter und 1974 geschäftsführender Gesellschafter der Firma Wilhelm Küchler, Rohrleitungsbau GmbH.

1962 bis 1982 Vorsitzender des Rohrleitungsbauverbandes e.V. Hessen, seit 1969 stellvertretender Bundesvorsitzender; 1976 Präsidium Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e.V. (Figawa); Haupt-

verband der Deutschen Bauindustrie e.V.; Vorsitzender der Bundesfachabteilung Wasserwerks-, Rohr- und Spezialgrundbau, Sozialpolitische Vertretung, Wirtschaftspolitischer Hauptausschuß; Landesvorstand Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW); Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main. Seit 1970 Mitglied des Aufsichtsrats der Frankfurter Volksbank eG, 1977 stellvertretender Vorsitzender und 1979 Vorsitzender.

Stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Untermain. Mitglied der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul in Kronberg, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates.

Stadtverordneter in Kronberg im Taunus von 1964 bis 1982, Stadtverordnetenvorsteher von 1971 bis 1981.

Abgeordneter des Verbandstages des Umlandverbandes Frankfurt seit 1975, Vorsitzender seit 1977.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Kühle, Wolfgang CDU

Geboren am 7.12.1920 in Göttingen.

1939 Abitur. Studium der Rechtswissenschaften. Aktiver Offizier im Zweiten Weltkrieg. 1948 erste, 1952 zweite juristische Staatsprüfung, anschließend Justitiar der Hessischen Berg- und Hüttenwerke AG in Wetzlar. 1954 Rechtsanwalt. Seit 1966 Leiter der Allgemeinen Verwaltung der Buderus Aktiengesellschaft Wetzlar.

Vorsitzender des Sportkreises Wetzlar. Vizepräsident des Landessportbundes Hessen. - Mitglied des Präsidiums des Hessischen Städtetages.

Mitglied der CDU. Seit 1969 Vorsitzender des Ortsverbandes Wetzlar, nach 1976 des Stadtbezirksverbandes Wetzlar. Stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Gießen-Wetzlar. Mitglied des CDU-Bezirksvorstandes Mittelhessen.

Stadtverordneter in Wetzlar von 1965 bis 1977, Vorsitzender der CDU-Fraktion seit Oktober 1968. Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Lahn von April 1977 bis zur Auflösung der Stadt Lahn am 1.8.1979.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1982.

Kuhnert, Jan GRÜNE

Geboren am 5.12.1951 in Berlin.

1972 Abitur in Köln-Porz. Studium der Erziehungswissenschaften,

Soziologie und Politik an der Philipps-Universität Marburg. 1974 bis 1981 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der 'Forschungsgruppe für Sozialgeschichte der Erziehung in der DDR' der Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkt Geschichte der Berufsausbildung, internationaler Vergleich der Technologieentwicklung und Umweltprobleme.

Nach Arbeit in der Anti-Atom-Bewegung 1978 Gründungsmitglied der Grünen Liste Umweltschutz, Landesverband Hessen und 1979 deren Landesvorsitzender. 1979 Gründungsmitglied der GRÜNEN und Mitglied der Bundesprogrammkommission. Bundessprecher der GRÜNEN zur Bundestagswahl 1980. - Von Dezember 1982 bis April 1985 Fraktionsassistent der Fraktion der GRÜNEN im Landtag.

Stadtverordneter in Marburg von März 1981 bis Oktober 1982.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 15.4.1985.

Kurth, Matthias SPD

Geboren am 19.2.1952 in Heidelberg.

1958 bis 1962 Volksschule in Heidelberg. Seit 1962 wohnhaft in Langen, dort 1971 Abitur am Dreieichgymnasium. 1971 bis 1976 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in Frankfurt am Main. 1976 erstes juristisches Staatsexamen, danach Rechtsreferendar bis 1978. Anfang 1978 zweites juristisches Staatsexamen und danach Richter beim Landgericht Darmstadt.

Seit 1968 Mitglied der SPD. 1970 bis 1973 Vorsitzender der Jungsozialisten in Langen. 1973 bis 1978 Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen-Süd der Jungsozialisten; in dieser Zeit von 1974 bis 1976 stellvertretender Vorsitzender und 1976 bis Anfang 1978 Bezirks- und Landesvorsitzender. 1978 bis 1982 Vorsitzender der SPD in Langen; seit 1980 stellvertretender Vorsitzender der SPD im Kreis Offenbach. - Seit 1974 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Prof. Dr. Kurtz, Rudolf CDU

Geboren am 20.10.1910 in Nieder-Leschen (Schlesien).

Abitur, Studium der Mathematik und Physik. Diplomingenieur-Examen. Promotion zum Dr.-Ing. Seit 1937 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TH Breslau. Ab 1939 Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. 1947 Dozent, 1949 Baurat an der Staatlichen Ingenieurschule in Frankfurt am Main.

Mitglied des Kreistags des Obertaunuskreises; Vorsitzender der CDU-Fraktion.

1969 Mitglied der 5., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1974.

Kuske, Gerhard GB/BHE GDP GDP/BHE GPD/BHE

Geboren am 22.8.1911 in Sagan (Schlesien).

Volksschule, Handelsschule, technische Lehre. Techniker in einem vermessungstechnischen Büro und ab 1936 Vorsteher dieses Büros. Seit 1948 Vermessungstechniker im Katasteramt Hofgeismar. 1939 bis 1945 Wehr- und Kriegsdienst, 1945 bis 1948 Kriegsgefangenschaft. Seit 1948 Mitarbeiter im Bund der vertriebenen Deutschen (BvD) und Kreisvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. - Vom 1.9.1966 bis 31.8.1976 Bürgermeister von Hofgeismar.

Mitglied des Landesvorstandes des GB/BHE und Bezirksvorsitzender Hessen-Nord.

Kreisbeigeordneter und stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher ab 1956.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 6.12.1959 bis 30.11.1962 und vom 10.11.1964 bis 30.11.1966.

Labonte, Christian CDU

Geboren am 18.9.1899 in Oberelbert (Regierungsbezirk Wiesbaden).

Humanistisches Gymnasium. 1917 bis 1919 Kriegsdienst und Gefangenschaft. Abitur. 1922 bis 1924 Landwirtschaftsstudium in Bonn-Poppelsdorf. 1924 Betriebsleiter Schloß Johannisberg.

Gemeindevertretungs- und Kreistagsmitglied.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Landgrebe, Ernst LDP FDP

Geboren am 15.9.1878 in Hoof (Kassel).

Volksschule. Lehrerausbildung. 1909 Mittelschullehrer in Frankfurt am Main, 1925 Rektor.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1919 bis 1933. Mitglied des Frankfurter Bürgerrates 1945.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954. - Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 9.10.1951 bis 30.11.1954. - Alterspräsident des Hessischen Landtags vom 31.8.1953 bis 30.11.1954. Verstorben am 13.3.1955.

Dr. Lang, Erwin SPD

Geboren am 14.3.1924 in Bad Nauheim. Verheiratet, ein Kind. 1942 bis Kriegsende Wehrdienst. Studium der Mathematik, Physik, Rechts- und Staatswissenschaften, Soziologie, vergleichenden Kulturwissenschaften und politischen Wissenschaften an der Technischen Hochschule in Darmstadt und den Universitäten Frankfurt am Main und Mainz; Promotion. 1946 bis 1955 im hessischen Schuldienst tätig. - 1955 bis 1969 Bürgermeister in Raunheim. - Vom 3.10.1969 bis 16.12.1970 Hessischer Minister der Finanzen.

Mitglied des Kreistags Groß-Gerau seit 1956, Vorsitzender der SPD-Fraktion seit 1969.

Mitglied des Bundesrates vom 23.10.1969 bis 17.12.1970.

1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 3.4.1964. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 19.1.1967 bis 21.10.1969, stellvertretender Vorsitzender vom 3.11.1976 bis 5.12.1978. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 13.10.1983, Präsident seit 13.10.1983.

Dr. Langner, Manfred CDU

Geboren am 28.6.1941 in Kattowitz. Verheiratet, drei Kinder. 1947 bis 1961 Grundschule und Gymnasium in Weilburg. 1961 bis 1962 Wehrdienst (Leutnant der Reserve). 1962 bis 1967 Studium an den Universitäten Bonn und Tübingen (Jura, politische Wissenschaften, Geschichte). 1969 Promotion bei Professor Eschenburg, anschließend Referendarzeit in Hessen. - Seit 1971 Rechtsanwalt in Weilburg.

Mitglied im Landesvorstand der Jungen Union Hessen von 1972 bis 1974.

Mitglied des Kreistags Oberlahn bzw. Limburg-Weilburg ab 1968.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 14.12.1976.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 13.12.1976.

Dr. Lauritzen, Lauritz SPD

Geboren am 20.1.1910 in Kiel.

1929 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg und Kiel. 1935 erste, 1937 zweite juristische Staatsprüfung; 1936 Promotion zum Dr.jur.; 1937 Justitiar. - Referent beim Magistrat der Stadt Berlin, dann Landratsamt Rendsburg; Leiter der Präsidialkanzlei beim Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein; 1946 bis 1950 Landesdirektor im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein; 1951 Ministerialrat, 1953 Ministerialdirigent im Niedersächsischen Innenministerium. - 1954 bis 1963 Oberbürgermeister der Stadt Kassel. - Vom 31.1.1963 bis 30.11.1966 Hessischer Minister der Justiz und für Bundesangelegenheiten. - Vom 1.12.1966 bis 6.7.1972 Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen. Vom 7.7.1972 bis 14.12.1972 Bundesminister für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen sowie für Städtebau und Wohnungswesen. Vom 15.12.1972 bis 7.5.1974 Bundesminister für Verkehr. Seit 1929 Mitglied der SPD; 1930 bis 1932 Vorsitzender der sozialistischen Studentengruppe an der Universität Kiel; 1955 bis 1963 Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Nord; 1969 bis 1971 Mitglied des Landesvorstandes der SPD Schleswig-Holstein.

Mitglied des Bundesrates vom 5.2.1963 bis 1.12.1966.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 20.10.1969 bis 5.6.1980.

1964 Mitglied der 4., 1974 der 6., 1979 der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 15.2.1967.

Verstorben am 5.6.1980.

Lauterbach, Heinrich CDU

Geboren am 24.9.1925 in Neunkirchen (Kreis Siegen). Verheiratet, zwei Kinder.

Bis 1943 Schulbesuch in Wuppertal-Barmen, danach Wehrdienst und Fronteinsatz bei Kriegsmarine und Heer. Nach Verwundung und russischer Gefangenschaft 1945 Heimkehr. 1946 Reifeprüfung in Frankfurt am Main. Lehre als Maurer, 1948 Maurer-Facharbeiterprüfung. 1948 bis 1953 Studium der Geschichte, Germanistik, Geographie und Philosophie an den Universitäten Mainz und Frankfurt am Main. 1954 bis 1956 Referendarzeit, anschließend Assessor am Goethe-Gymnasium in Neu-Isenburg. 1959 Studienrat am Lichtenberg-Gymnasium in Darmstadt. 1966 Schulleiter der Goethe-Schule in Neu-Isenburg. 1970 bis 1974 Leiter der Lichtenberg-Schule in Darmstadt.

1964 bis 1971 stellvertretender Vorsitzender des Hessischen Philologen-Verbandes. 1965 bis 1967 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Philologen-Verbandes. 1966 bis 1970 Mitglied des Hauptpersonalrates der Lehrer beim Hessischen Kultusminister. Seit 1968 Mitglied des Hessischen Landesschulbeirates. - Stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Darmstadt-Stadt.

Seit 1964 Stadtverordneter in Darmstadt. 1968 bis 1972 ehrenamtlicher Stadtrat. 1972 erneut Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Lebert, Otto CDU

Geboren am 23.3.1911 in Mannheim.

Volksschule, Handelsschule, kaufmännische Lehrzeit. Angestellter im Versicherungs-Innendienst, Außendienst als technischer Inspektor, Verwaltungsstellenleiter. 1940 bis 1945 Wehrdienst und Gefangenschaft. Seit 1949 selbständiger Versicherungskaufmann.

Seit 1952 Mitglied der CDU.

Stadtverordneter in Marburg an der Lahn von 1960 bis 1964.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 15.4.1962 bis 30.11.1962 und vom 19.10.1965 bis 30.11.1966.

Leinbach, Karl SPD

Geboren am 9.11.1919 in Gladenbach. Verheiratet, drei Kinder.

Volksschule. Postdienst. Kriegsteilnehmer, Schwerbeschädigter, zwei Jahre Gefangenschaft. Besuch gewerkschaftlicher Bildungseinrichtungen. Postbetriebsinspektor. Freigestellter Vorsitzender des Personalrats und Ortsverwaltungsvorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft.

Vor 1933 Leiter einer sozialistischen Jugendgruppe. Seit 1946 Mitglied der SPD. Seit 1966 Unterbezirksvorsitzender der SPD. Mitglied des Parteirates der SPD.

Stadtverordneter in Gladenbach seit 1952. Stadtverordnetenvorsteher in Gladenbach von 1968 bis 1972 und ab April 1985. Mitglied des Kreistags, Fraktionssprecher seit 1956, Erster Kreisbeigeordneter von 1968 bis 1974. 1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.2.1971. - Alterspräsident des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Leitz, Ernst CDU

Geboren am 16.1.1906 in Wetzlar.

1924 Abitur. Kaufmann. Ab 1928 Geschäftsführer der Ernst Leitz GmbH in Wetzlar.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946. Verstorben am 8.9.1979.

Lengemann, Jochen CDU

Geboren am 10.1.1938 in Kassel. Verheiratet, zwei Kinder.

Realgymnasium. 1954/1955 einjähriger USA-Aufenthalt. 1958 Abitur. Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, Bonn und Köln. 1962

erste Staatsprüfung, weiteres Studium in Genf. Referendariat im Landgerichtsbezirk Kassel. 1967 zweite Staatsprüfung. Richter an den Landgerichten Frankfurt am Main und Kassel und am Amtsgericht Kassel.

Seit 1956 Mitglied der CDU. 1966 bis 1981 Kreisvorsitzender der CDU Kassel-Stadt. Seit 1967 Mitglied des CDU-Landesvorstandes.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1964 bis 1.4.1974.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 14.12.1976 bis 9.11.1978. -

Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 1.12.1982, Präsident vom 1.12.1982 bis 13.10.1983, erneut Vizepräsident seit

13.10.1983.

Lenz (Hanau), Aloys CDU

Geboren am 5.9.1943 in Hanau. Verheiratet, zwei Kinder.

1962 Abitur. Studium der Germanistik, Politikwissenschaften und Pädagogik in Frankfurt am Main und Marburg (Lahn). Dazwischen ein Jahr als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Studienbüro für politische Bildung in Frankfurt am Main tätig. 1969 erstes, 1971 zweites Staatsexamen.

1969 bis 1977 Lehrer an einem Gymnasium in Hanau, 1977 bis 1980 Koordinator an einer Gesamtschule in Hanau-Großauheim. Seit 1983 Studiendirektor beim Staatlichen Schulamt in Frankfurt am Main.

Seit 1971 Mitglied der CDU. Stellvertretender Kreisvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und Mitglied des CDU-Kreisvorstandes.

Kreistagsabgeordneter im Landkreis Hanau von 1972 bis 1974, im Main-Kinzig-Kreis seit 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 4.11.1980 bis 4.8.1983.

Lenz (Frankfurt), Helmut CDU

Geboren am 31.1.1930 in Montabaur (Westerwald). Verheiratet mit der Bildhauerin und Töpfermeisterin Franziska Lenz-Gerharz, eine Tochter. Abitur und Studium in Frankfurt am Main. Gerichtsreferendar an den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt am Main und Koblenz. Rechtsanwalt. Seit 1962 im Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden in Frankfurt am Main tätig. 1970 bis 1972 Betriebsratsvorsitzender im Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden in Frankfurt am Main.

1963 bis 1971 ehrenamtlicher Richter am Landesarbeitsgericht. 1971 bis 1984 ehrenamtlicher Richter am Bundessozialgericht. 1966 bis 1971 Vorstandsmitglied der Zusatzversorgungskasse für das Dachdeckerhandwerk VVaG. 1970 bis Juni 1980 Vorstandsmitglied der Zusatzversorgungskasse des Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks VVaG. Seit 1980 Vorstandsmitglied des Berufsbildungswerkes des Steinmetz- und Bildhauerhandwerks e.V. Seit 1980 im Aufsichtsrat Nassauische Heimstätte.

Seit 1952 Mitglied der CDU. Stellvertretender Landesvorsitzender der Sozialausschüsse Christlich-Demokratischer Arbeitnehmerschaft (CDA). 1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Leuninger, Ernst SPD

Geboren am 5.5.1914 in Mengerskirchen (Westerwald). Volksschule. 1930 bis 1934 Schriftsetzerlehre in Berlin. Akzidenzsetzer, Zeitschriften-Metteur. 1933 bis 1936 Abendgymnasium, anschließend Kunstgewerbeschule (Abendlehrgänge). August 1939 bis April 1945 Kriegsdienst. Nach dem Kriege gewerkschaftliche Tätigkeit. Bis Oktober 1964 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Hessen.

1950 bis 1964 nebenamtlich Lehrbeauftragter für Gewerkschaftswesen an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. 1961 bis 1964 Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 30.3.1960 bis 30.11.1966.

Leweke, Adolf CDU

Geboren am 18.12.1892 in Elberfeld.

Volksschule, Mittelschule, Akademie der Arbeit, Ingenieurschule. Loko-

motivführer, Gewerkschaftssekretär, Schriftleiter, Theaterleiter, Verlagsangestellter, Normen-Ingenieur, Ministerialrat.

Bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei und des Windhorstbundes. Seit 1945 Mitglied der CDU.

Vorsitzender des Frankfurter Bürgerrates 1945/46. Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1946 bis 1952, stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher von 1946 bis 1948.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.9.1946.

Verstorben am 23.2.1970.

Lied, Konrad FDP

Geboren am 10.12.1893 in Wiesbaden.

Volksschule. Schlosserlehre. Tätigkeit als Geselle in Berlin. Daneben Besuch von Fachschulen in Abendkursen. 1913 bis 1918 Militär- und Kriegsdienst bei der Marine (U-Boot-Waffe). Seit 1918 in Wiesbaden, Berufstätigkeit und Umstellung auf das Kfz-Handwerk. 1925 Eröffnung eines eigenen Betriebs. Tätigkeit im Junghandwerkerbund. 1927 Meisterprüfung. 1928 Übernahme der Fachgruppe Kfz-Handwerk in der Schlosserinnung, 1934 Obermeister der Kfz-Innung, 1945 Landesinnungsmeister des Kfz-Handwerks.

Seit 1946 Mitglied der FDP.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Verstorben am 8.10.1957.

Dr. Lindner, Georg CDU

Geboren am 11.5.1925 in Offenbach am Main. Verheiratet, drei Kinder. 1943 bis 1945 Kriegsdienst. 1946 Abitur. Jurastudium in Mainz und Frankfurt am Main. 1951 erste juristische Staatsprüfung und Promotion. 1956 bis 1962 Rechtsanwalt. 1962 bis 1968 hauptamtlicher Stadtrat in Offenbach. Seitdem selbständiger Rechtsanwalt und Notar.

Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU in Hessen.

Stadtverordneter der CDU in Offenbach. Vorstandsmitglied der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 19.10.1965 bis 30.11.1978.

Lippmann, Max SPD

Geboren am 16.2.1906 in Posen.

Humanistisches Gymnasium. Redakteur, Rundfunkkommentator, Filmjournalist. Ständiges Mitglied der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK). Ehrenämter in kulturellen Vereinigungen. Direktor in der Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen (AER). Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Verstorben am 26.1.1966.

Locke, Gustav SPD

Geboren am 16.10.1886 in Diez (Lahn).

Geschäftsführer des Bau- und Sparvereins in Wetzlar.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 15.3.1949.

Dr. Loew, Ernst CDU

Geboren am 21.10.1911 in Weilmünster.

1922 bis 1931 Humanistisches Gymnasium. Studium der Rechte in Heidelberg, Berlin und Bonn. Assessorexamen, Promotion und Zulassung als Rechtsanwalt. 1939 bis 1945 Kriegsdienst. Übernahme des elterlichen Geschäftes. - Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Limburg.

1965 Kreisvorsitzender der CDU Oberlahn. Mitglied des CDU-Landesausschusses.

Mitglied des Kreistags des Oberlahnkreises; Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1952. Nach der Zusammenlegung der Kreise Oberlahn und Limburg ehrenamtlicher Erster Kreisbeigeordneter.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1973 bis 31.10.1985.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1974.

Lorenz, August SPD

Geboren am 19.2.1883 in Erzhausen.

Volksschule. 1900 bis 1908 als Maurer tätig. 1908 bis 1914 Gewerkschaftsangestellter. - 1919 bis 1933 Bürgermeister der Gemeinde Erzhausen. 1933 bis 1945 als Arbeiter tätig; von April 1945 bis 1950 wieder Bürgermeister der Gemeinde Erzhausen.

Seit 1902 Mitglied der SPD. 1945 Vorsitzender der SPD im Stadt- und Landkreis Darmstadt. Seit 1.5.1946 Vorsitzender der Spruchkammer Darmstadt-Land.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 21.1.1931 bis 3.4.1933.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 13.11.1963.

Lorenz, Erwin LDP

Geboren am 27.4.1892 in Bad Wildungen.

Volksschule, Höhere Schule. Kaufmann.

Ehrenamtlicher Erster Beigeordneter der Stadt Wildungen von 1931 bis 1933 und vom 1.4.1945 bis 1.4.1946. - Stadtverordneter in Bad Wildungen ab 1.2.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 4.12.1970.

Lortz, Frank CDU

Geboren am 5.6.1953 in Seligenstadt. Verheiratet.

1968 Mittlere Reife, Höhere Handelsschule. Lehre als Bankkaufmann. Fachoberschule, Fachhochschulreife. 1973 bis 1977 Studium der Betriebswissenschaft an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, Abschluß Diplom-Betriebswirt (FH). 1977 bis 1982 Geschäftsführer der CDU-Kreistagsfraktion im Kreis Offenbach. Vorsitzender des Vereinsrings. Vorstandsmitglied der Kolping-Familie.

Seit 1968 Mitglied der Jungen Union. 1970 bis 1979 Ortsvorsitzender der Jungen Union in Froschhausen. 1976 bis 1981 Stadtverbandsvorsitzender in Seligenstadt. 1977 bis 1982 Kreisvorsitzender der Jungen Union Offenbach-Land. - Seit 1970 Mitglied der CDU. Seit 1979 Ortsvorsitzender der CDU in Froschhausen. Seit 1982 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Offenbach-Land.

Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Offenbach-Land seit 1977, ehrenamtlicher Stadtrat der Stadt Seligenstadt.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Dr. Lucas, Rudolf CDU

Geboren am 15.12.1916 in Siegburg.

1935 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Im Krieg als Jagdflieger schwer verwundet, anschließend Wiederaufnahme des Studiums. Staatsprüfung, Promotion. Ab 1946 im Hessischen Staatsdienst tätig. 1977 Geschäftsführer der documenta GmbH Kassel.

Mitglied des Kreistags Eschwege von 1946 bis 1950, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Stadtverordneter in Kassel vom 26.5.1956 bis 27.8.1980, Fraktionsvorsitzender der CDU seit 1956.

1964 Mitglied der 4., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1974. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 12.12.1972 bis 1.12.1974.

Verstorben am 27.8.1980

Lütgert, Gert SPD

Geboren am 27.11.1939 in Frankfurt am Main.

Realschule. Ausbildung im öffentlichen Dienst. Besuch gewerkschaftlicher Bildungseinrichtungen. Seit 1956 gewerkschaftliche und politische Arbeit im Dillkreis. 1963 bis 1976 Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main. 1976 Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des DGB Hessen. Geschäftsführender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft 'Arbeit und Leben' Hessen. 1967 bis 1972 Mitglied des Betriebsrates der IG Metall für die Bundesrepublik.

Seit 1957 Mitglied der SPD. 1968 bis 1972 Vorsitzender der Jungsozialisten Hessen-Süd. 1969 bis 1975 Vorsitzender des Rings Politischer Jugend Hessen. Seit 1969 Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen-Süd und des Landesvorstandes Hessen der SPD. - Mitglied der Prüfungsausschüsse der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft und des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Lux, Anton SPD

Geboren am 19.3.1878 in Nieder-Florstadt (Kreis Friedberg).

Volksschule. Lehre als Pflasterer. 1899 bis 1901 Militärdienst, 1914 bis 1918 Kriegsdienst. - 1927 bis 1933 Bürgermeister. 1933 amtsenthoben, 1944 im KZ Dachau. 1945 bis 1953 wieder Bürgermeister in Nieder-Florstadt.

Seit 1902 Mitglied der SPD.

1905 in den Gemeinderat gewählt, 1908 Beigeordneter.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 26.1.1919 bis 7.7.1933.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 31.8.1953. - Alterspräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 31.8.1953.

Verstorben am 31.8.1953.

Märten, Heribert CDU

Geboren am 15.2.1935 in Mainz. Verheiratet, zwei Kinder.

1955 Abitur. Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Politik an der Universität Frankfurt am Main. Werkstudent. 1960 erstes Staatsexamen, 1961 bis 1963 Referendariat, danach zweites Staatsexamen. Von 1963 bis 1970 an der Rheingauschule in Geisenheim tätig. Tätigkeit in Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. - 1977 bis 1983 Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises. Seit 1982 stellvertretender Vorsitzender des Hessischen Fremdenverkehrsverbandes. - Geschäftsführer des 'Weißen Rings'.

Mitglied der CDU. Kreisvorstands-, Bezirksvorstands- und Landesvorstandsmitglied.

Gemeindevertreter in Winkel seit 1964, anschließend Stadtverordneter in Östrich-Winkel. Mitglied des Kreistags des Rheingau-Taunus-Kreises; Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 20.6.1977.

Dr. Martin, Berthold CDU

Geboren am 23.6.1913 in Eisenroth (Dillkreis). Verheiratet, drei Kinder. 1933 Abitur. Studium der Theologie und Medizin; erstes und zweites Theologieexamen; medizinisches Staatsexamen und Promotion. Klinische Ausbildung in Gießen. Seit 1946 Oberarzt und stellvertretender Direktor. 1950 Kreisarztexamen. 1939 bis 1940 Kriegsteilnehmer.

Mitbegründer der CDU in Gießen.

Stadtverordneter in Gießen, Fraktionsvorsitzender.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 15.10.1957 bis 12.11.1973.

Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Wissenschaft und Publizistik der CDU/CSU-Fraktion und Mitglied des engeren Fraktionsvor-

standes im Bundestag seit 1965. Vorsitzender der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik seit 1970.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 27.11.1957.

Verstorben am 12.11.1973.

Marx, Alois CDU

Geboren am 28.8.1900 in Mainz-Kastel.

Betriebsleiter.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 20.11.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 1.6.1979.

Marx, Jacob CDU

Geboren am 12.8.1926 in Mainz-Kastel.

Volksschule. Maurerlehre. Studium an der Staatsbauschule Mainz. Kriegsfreiwilliger und Offiziersanwärter bei der Luftwaffe. 1945 verwundet. Nach 1945 Bauführer und Büroleiter.

Mitbegründer der Jungen Union in Hessen, deren stellvertretender Landesvorsitzender und von 1949 bis 1954 Landesgeschäftsführer.

Mitglied des Kreistags Groß-Gerau seit 1952; Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1956.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1962.

Matuschek, Hedwig CDU

Geboren am 1.9.1903 in Gleiwitz.

Obersekundareife, Handelsschule. Bis 1948 Sachbearbeiterin für Personal und Verwaltung bei der Feuersozietät der Provinz Sachsen in Magdeburg. Aus politischen Gründen 1948 Flucht nach dem Westen. Bürovorsteherin bei einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Gießen.

Seit August 1945 Mitglied der CDU in Magdeburg. 1953 bis 1961 Mitglied des Hauptvorstandes der Exil-CDU und Leiterin des Frauenausschusses, gleichzeitig Mitglied des Frauenausschusses der CDU-Hessen. 1960 bis 1971 Mitglied des Landesvorstandes der CDU-Hessen und Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Hessen. 1965 bis 1972 Vorsitzende der Kommunal-Kommission der Deutschen-Sektion der Europäi-

schen Frauenunion. 1967 bis 1979 Schatzmeisterin des Büros für staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V. in Wiesbaden.

Stadtverordnete in Magdeburg von 1946 bis 1948. Mitglied des Kreistags Wetzlar von 1960 bis 1968.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.

Graf Matuschka-Greifflau, Richard CDU

Geboren am 11.5.1893 in Wiesbaden.

Realgymnasium. Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Bonn und Berlin. Neun Monate Lehr- und Forschungsanstalt für Wein, Obst- und Gartenbau in Geisenheim. 1914 Kammergerichtsreferendar in Berlin. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer als Leutnant der Reserve. Nach 1918 preußischer Verwaltungsdienst als Regierungsrat und Referent für Weinbau und Landwirtschaft beim Oberpräsident für die Rheinprovinz. 1934 aus dem Staatsdienst entlassen. 1935 bis 1945 Gutsherr auf Schloß Vollrads bei Winkel im Rheingau.

Präsident und Ehrenpräsident des Deutschen Weinbauverbandes. Mitbegründer der Deutschen Weinwerbung und Weinbaukongresse. 1970 Mitglied der Wirtschafts- und Sozialausschüsse in der EWG.

Vor 1933 Mitglied der Zentrumspartei. 1945 Mitbegründer der CDU in Hessen.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 4.7.1947 bis 30.11.1950.

Verstorben am 4.1.1975.

Meißner, Karl SPD

Geboren am 1.12.1890 in Widdern (Württemberg).

Volksschule. 1905 bis 1908 Gärtnerlehre. Bis 1927 im Beruf tätig. Seit 1927 hauptamtlicher Gewerkschaftsangestellter. 1933 aus politischen Gründen entlassen, mehrfach verhaftet und unter Polizeiaufsicht gestellt. Bis 1946 selbständig als Gärtner tätig, seitdem wieder hauptamtlich in der Gewerkschaft ÖTV.

Seit 1908 Mitglied der Gewerkschaft und der SPD. Mitglied des Gesamtbetriebsrates der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, ab 1924 dessen Vorsitzender. 1925 bis 1926 Akademie der Arbeit. - Nach 1945 Mitbegründer der SPD im Obertaunuskreis.

Gemeindevertreter in Griesheim vor 1933. Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Oberursel bis 1952. Mitglied des Kreistags Obertaunus seit 1946; Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1957 bis 31.7.1961.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1962.

Verstorben am 9.3.1965.

Meister, Dietrich CDU

Geboren am 18.7.1927 in Reinfeld (Kreis Belgard/Pommern). Verheiratet, zwei Söhne.

Rudolf-Virchow-Oberschule in Schivelbein. 1943 bis 1944 Kriegsdienst als Marinehelfer im Raum Gotenhafen und auf der Halbinsel Hela. 1944 Arbeitsdienst und anschließend Wehrmacht. Fronteinsatz als Infanterist im Raum Berlin und Mark Brandenburg. Sowjetische Kriegsgefangenschaft. Ende 1945 Entlassung aus Kriegsgefangenschaft und Flucht nach Hessen. 1946 bis 1947 als Former und Gießer, bis 1952 als Kraftfahrer im Dillkreis tätig. 1952 Eintritt in die Bundeszollverwaltung, Grenzaufsichtsbeamter an verschiedenen Grenzaufsichtsstellen im Kreis Eschwege. 1955 Zollassistentenprüfung an der Zollschule Flensburg-Mürwik. Seit Januar 1970 an der Grenzkontrollstelle in Herleshausen. Mitglied im Bund der Deutschen Zollbeamten.

Mitglied im Alpenverein Südtirol, Sektion Schenna; Werratal-Verein Eschwege; Weißen Ring und PANEUROPA-Union Deutschland.

Seit 1961 Mitglied der CDU. 1963 bis 1973 Vorsitzender des ehemaligen CDU-Kreisverbandes Eschwege und ab 1.1.1974 Vorsitzender des heutigen CDU-Kreisverbandes Werra-Meißner. Stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Nordhessen.

Mitglied des Kreistags Eschwege und Vorsitzender der CDU-Fraktion von 1964 bis 1974. Mitglied des Kreistags des Werra-Meißner-Kreises; stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1974.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Mende, August-Wilhelm SPD

Geboren am 23.10.1929 in Berlin. Verheiratet, fünf Kinder.

Schulzeit in Berlin, Leslau (Weichsel) und Stendal (Altmark). 1948 Abitur. Lernpfleger am Johanniterkrankenhaus in Stendal und Bauhilfsar-

beiter in Münster (Westfalen). Jurastudium in Göttingen und Münster, erstes Staatsexamen. Referendar in den Landgerichtsbezirken Bielefeld und Münster. Nebenberuflich wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Professor Dr. Klein (Münster). 1960 zweites juristisches Staatsexamen. 1960 bis 1966 Hilfsreferent in der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Abteilung juristische Dokumentation für die Sachgebiete Verfassungsrecht, Gemeinde- und Kirchenrecht. 1965 Assistent des Sonderausschusses Parteiengesetz, zuletzt Oberregierungsrat. - April 1966 Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Bebra; 1972 Wiederwahl auf 12 Jahre. 1966 bis 1983 Mitglied im Zonenrandausschuß der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände. 1978 bis 1983 Mitglied im Ausschuß für Recht und Verfassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie im Ausschuß des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Seit 1964 Mitglied der SPD. Verschiedene Parteiämter, u.a. 1982 Vorsitzender des SPD-Unterkreises Rotenburg und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hersfeld/Rotenburg. Mitglied der ÖTV und der Arbeiterwohlfahrt. Kreistagsabgeordneter seit 1968 und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, seit Juni 1983 deren Vorsitzender. Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Mengel, Karl CDU

Geboren am 18.1.1900 in Rosenthal (Waldeck-Frankenberg). Volksschule, Landwirtschaftsschule. Erster Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Frankenberg. 1950 bis 1970 Vorsitzender und Vorstandsmitglied weiterer landwirtschaftlicher Organisationen. Mitglied der Synode der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen und Waldeck. Mitglied des Kreistags Frankenberg von 1952 bis 1964 und von 1968 bis 1972; Vorsitzender der CDU-Fraktion. Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter von 1964 bis 1968. 1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1966. Verstorben am 10.2.1975.

Menne, Erika LDP FDP

Geboren am 14.4.1908 in Berlin. Verheiratet. Lyzeum. Landwirtschaftliche Ausbildung. Zehn Jahre berufstätig als Geflügelzüchterin, Geflügelzuchtberaterin, Assistentin an der Lehr- und

Versuchsanstalt Halle (Saale)-Cröllwitz. Fachschriftstellerisch tätig. Seit 1933 Mitarbeiterin der Landwirtschaftskammer in Kassel und Mitarbeiterin auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Beratung in Korbach. 1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Menzer, Rudolf SPD

Geboren am 10.7.1904 in Frankfurt am Main.
Volksschule, Handwerkslehre, Fachschule, Fortbildung an Fachschulen und Volkshochschule. - Juli 1946 hauptamtlicher Stadtrat und Personaldezernent. - 1960 bis 1966 Bürgermeister der Stadt Frankfurt am Main.
Vor 1933 Vorsitzender der Jungsozialisten und deren Vertreter im Vorstand der SPD Frankfurt am Main. Kandidat zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung, wegen Machtübernahme nicht mehr wirksam. 1933 bis 1945 illegal politisch tätig. 1945 mitbeteiligt an der Neugründung der SPD in Frankfurt am Main und Südhessen.
Mitglied des Bürgerrates der Stadt Frankfurt am Main, Sprecher der SPD-Gruppe. Stadtverordneter 1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970.

Messinger, Bernd GRÜNE

Geboren am 2.10.1952 in Hasselbach (Taunus).
1972 Abitur am Ziehen-Gymnasium in Frankfurt am Main. 1980 erstes Staatsexamen (Germanistik, Soziologie, Pädagogik) an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. 1981 zweites Staatsexamen nach Referendariat am Frankfurter Herder-Gymnasium. Anschließend Lehraufträge an der Volkshochschule und Psychologiedozent an der Frankfurter Uni-Klinik. - 1982 bis April 1985 Fraktionsassistent der Fraktion der GRÜNEN im Landtag sowie deren Pressesprecher mit den inhaltlichen Schwerpunkten 'Ausländerpolitik, Gewerkschaften, Bildungspolitik'.
1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 10.4.1985. - Vizepräsident des Hessischen Landtags seit 9.5.1985.

Metz, Rolf F.D.P.

Geboren am 17.3.1910 in Gudensberg.
Besuch der Volksschule in Gudensberg und des Realgymnasiums in

Melsungen. Landwirtschaftliche Lehre in Westfalen und Niedersachsen. Seit 1933 im väterlichen Betrieb tätig, 1952 Übernahme des Betriebs. 1935 bis 1936 freiwilliger Dienst bei der Wehrmacht, 1939 bis 1945 Kriegsteilnehmer.

Ehrenamtliche Tätigkeit in berufsständischen Organisationen in Nordhessen. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter.

Seit 1946 Mitglied der FDP. 1961 Kreisvorsitzender in Fritzlar-Homberg. Stadtverordneter in Gudensberg von 1952 bis 1968. Mitglied des Kreistags Fritzlar-Homberg seit 1961. Fraktionssprecher zunächst der Einheitsliste, später der F.D.P.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV ab Februar 1973 bis 31.10.1973.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 28.11.1974.

Metzger, Ludwig SPD

Geboren am 18.3.1902 in Darmstadt.

Mittelschule. 1916 Verwaltungsanwärter in Darmstadt; 1921 Prüfung für den mittleren Verwaltungsdienst. Anschließend bei der Hessischen Hauptfürsorgestelle Darmstadt und bei der Hessischen Gesandtschaft in Berlin. Externen-Abitur. Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an den Universitäten Gießen, München und Wien. Gerichtsassessor an den Amtsgerichten Gießen, Darmstadt und Staatsanwaltschaften Darmstadt und Mainz, Regierungsassessor beim Kreisamt Heppenheim. 1933 entlassen. Danach Rechtsanwalt in Darmstadt. - 1948 bis 1951 Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt. - Vom 10.1.1951 bis 2.12.1953 Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung.

Vor 1933 Mitglied der SPD. Vorsitzender des Bundes religiöser Sozialisten in Hessen. 1936 vorübergehend Gestapohaft. Gründungsmitglied der Bekennenden Kirche; 1938 Mitglied des Kirchenvorstandes in der Evangelischen Johannesgemeinde Darmstadt; Mitglied der Synoden der Landeskirche Nassau und Hessen und der Deutschen Evangelischen Kirche.

Mitglied und Vorsitzender des Exekutivrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes von 1947 bis 1948.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 10.1.1951 bis 2.12.1953. Mitglied des Deutschen Bundestages vom 6.10.1953 bis 19.10.1969, da zeitweise im SPD-Fraktionsvorstand.

Mitglied des Europäischen Parlaments bis 1970, dessen Erster Vizepräsident.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3., 1964 der 4., 1969 der 5., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954.

Michaely, Theo CDU

Geboren am 15.4.1928 in Oberwesel am Rhein.

Besuch der katholischen Volksschule Oberwesel, anschließend zweijährige Städtische Handelsschule in Bingen. Weitere Fortbildung: DGB-Bundesschulen (Wenningser-Mark, Bremen, Bad Münster am Stein), Heimvolkshochschule (Adam-Steger-Waldhaus Königswinter), Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Seit 1.4.1944 Bediensteter der Eisenbahn. Seit 1.12.1954 Geschäftsführer und Erster Bevollmächtigter der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Limburg an der Lahn. - Vom 1.2.1968 bis 31.1.1974 Bürgermeister in Elz, danach in Diez an der Lahn.

Seit 20.12.1947 Mitglied im CDU-Landesausschuß Junge Union und Sozialausschüsse Christlich Demokratischer Arbeitnehmer. CDU-Kreisvorsitzender und Bezirksvorsitzender Hessen-West.

Mitglied des Kreistags Limburg an der Lahn von 1960 bis 1972; Sprecher der CDU-Fraktion.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 28.2.1970.

Mihaly, Jo (Künstlername - siehe Steckel, Elfriede)

Mihm, Karl CDU

Geboren am 29.7.1934 in Melsungen. Verheiratet, ein Kind.

Volksschule, Handelsfachschule, Mittlere Reife. Kaufmännische Lehre als Großhandelskaufmann. Seit 1957 selbständig in Malsfeld.

Seit 1960 Mitglied der CDU. Mehrere Jahre Kreisvorsitzender der Jungen Union. Seit 1964 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU und seit 1963 Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes Malsfeld.

Beigeordneter bzw. Gemeindevertreter in Malsfeld seit 1960. Mitglied des Kreistags Melsungen; Vorsitzender der CDU-Fraktion von 1964 bis

1968. Beigeordneter im Kreis Melsungen bzw. im Schwalm-Eder-Kreis seit 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 4.11.1980 bis 30.11.1982.

Mikfeld, Esther-Maria CDU

Geboren am 26.2.1934 in Wiesbaden. Verheiratet, zwei Kinder. Realgymnasium, Wirtschaftsoberschule. 1952 bis 1957 Sekretärin im Verlagswesen. 1957 bis 1960 Sekretärin im wissenschaftlichen Forschungsinstitut eines Industriebetriebes. 1960 bis 1980 Mitarbeiterin in einem Steuerberatungsbüro. Seit 1980 in der Kanzlei des Hessischen Landtags tätig.

Seit 1967 Mitglied der CDU. Seit 1970 Kreisvorsitzende und seit 1971 stellvertretende Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung. Seit 1977 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU-Frauenvereinigung. Seit 1979 Schatzmeisterin des Büros für staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V. in Wiesbaden.

Stadtverordnete in Wiesbaden von 1972 bis 1981 und ab 1985.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 25.6.1973 bis 30.11.1974.

Milde, Gottfried CDU

Geboren am 14.4.1934 in Breslau. Verheiratet, vier Kinder.

Volksschule in Breslau, evakuiert, Flucht nach Unterfranken. 1946 bis 1953 humanistisches Gymnasium in Schweinfurt, Abitur. Bis 1956 Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main, Werkstudent. 1956 bis 1958 kaufmännischer Angestellter zur Finanzierung des Reststudiums. 1959 erste juristische Staatsprüfung in Würzburg, 1963 zweite juristische Staatsprüfung. 1964 bis 1966 Dezernent für Wirtschaftskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt. - Rechtsanwalt.

1980 bis 1981 stellvertretender Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien im Bund der Vertriebenen der Landesgruppe Hessen, danach Ehrenmitglied. 1980 Präsident der Schlesischen Landesversammlung. Seit 5.11.1980 Mitglied im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks. Am 25.4.1981 zum ständigen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz gewählt.

Seit 1961 Mitglied der CDU. Seit 28.1.1978 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hessen.

Stadtverordneter in Griesheim bei Darmstadt von 1968 bis 1985. Mitglied des Kreistags Darmstadt-Dieburg seit 1977; Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion von 1977 bis 1985.

1969 Mitglied der 5., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1966. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 28.11.1972 bis 4.11.1974 und Vorsitzender seit 5.11.1974.

Milius, Erich SPD

Geboren am 27.12.1907 in Friedberg.

1927 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Wien und Gießen. 1931 Referendarexamen. 1935 große Staatsprüfung. Reichsbahnrat in München. Staatsanwalt in Frankfurt am Main. Amtsgerichtsrat in Friedberg. - Von April 1952 bis Ende März 1973 Landrat in Friedberg, später im Wetteraukreis.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1966.

Mischnick, Wolfgang FDP

Geboren am 29.9.1921 in Dresden. Verheiratet.

Abitur. 1939 bis 1945 Kriegsteilnehmer, zuletzt Leutnant der Reserve. 1945 Mitbegründer der LDP in Dresden. Mitglied des geschäftsführenden Zentralvorstandes der LDP für die sowjetische Besatzungszone; nach Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der LDP Sachsen auf Befehl der Besatzungsmacht ausgeschaltet, 1948 Flucht in die Bundesrepublik. Mehrere Jahre Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten.

Seit 1964 stellvertretender Parteivorsitzender, 1967 bis 1977 Landesvorsitzender der F.D.P. in Hessen. - Mitglied im Rundfunkrat des Deutschlandfunks.

Stadtverordneter in Dresden 1946. FDP-Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main von 1956 bis 1961 und von 1964 bis 1968.

Vizepräsident der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1957.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 15.10.1957. Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion von 1959 bis 1961. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Kabinett Adenauer von November 1961 bis Oktober 1963. Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion von November 1963 bis Januar 1968, seitdem Vorsitzender.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 10.10.1957. - Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion von 1954 bis 1957.

Dr. Mix, Erich FDP

Geboren am 27.6.1898 in Labuhnken (Regierungsbezirk Danzig). Humanistisches Gymnasium, 1916 Abitur. Bis 1918 Soldat. 1919 bis 1921 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Promotion. 1922 bis 1924 Regierungsreferendar. 1924 bis 1927 Regierungsassessor in der preußischen Staatsverwaltung. - 1927 bis 1931 besoldeter Stadtrat in Mühlhausen (Thüringen). - 1931 bis 1933 zweiter Bürgermeister in Stolp (Pommern). 1933 bis 1934 zweiter Bürgermeister in Stettin. 1934 bis 1937 Oberbürgermeister in Tilsit. 1937 bis 1945 Oberbürgermeister in Wiesbaden. - Kriegsdienst. 1945 bis 1947 Kriegsgefangenschaft und Internierung. - 1949 bis 1954 Verwaltungsrechtsrat. - Vom 25.2.1954 bis 25.2.1960 wieder Oberbürgermeister in Wiesbaden.

Stadtverordneter und zeitweilig Stadtverordnetenvorsteher in Wiesbaden von Mai 1952 bis Februar 1954 und von November 1960 bis Januar 1962. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966. - Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 1.10.1961 bis 15.1.1963. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 1.12.1966. Verstorben am 9.4.1971.

Möller (Marburg), Dietrich CDU

Geboren am 3.11.1937 in Dortmund. Verheiratet, zwei Kinder. Mittlere Reife am Helmholtz-Gymnasium in Dortmund. Besuch der landwirtschaftlichen Fachschule. Landwirtschaftslehre in Soest und Dortmund. 1965 Meisterprüfung.

Mitglied der Prüfungskommission für Landwirtschaftsmeister in Hessen und für Gehilfen beim Landwirtschaftsamt Marburg-Biedenkopf.

Vorstandsmitglied und Pressesprecher der CDU Marburg-Biedenkopf. Gemeindevertreter in Weimar seit 1970; CDU-Fraktionsvorsitzender seit 1974. Mitglied des Kreistags Marburg bzw. Marburg-Biedenkopf seit 1972; stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer der CDU-Fraktion seit 1977.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 4.11.1980.

Möller (Gießen), Klaus-Peter CDU

Geboren am 8.8.1937 in Darmstadt. Verheiratet, ein Kind.

Gymnasium in Gießen. Während der Schulzeit Tätigkeit in der Schülermitverwaltung, auch auf Landesebene. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn, München und Würzburg. 1960 erste juristische Staatsprüfung. 1963 Studium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. 1965 zweite juristische Staatsprüfung. Seit 1965 Rechtsanwalt in Gießen, seit 1977 auch Notar, Mitglied einer Sozietät. Seit 1969 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU in Gießen, seit 1976 in Gießen-Wetzlar. Seit 1985 Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Gießen.

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Gießen bzw. Lahn. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender seit März 1977. Stadtverordnetenvorsteher in Gießen seit 1980.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 21.5.1977.

Möller (Neuhof), Richard CDU

Geboren am 23.11.1927 in Neuhof (Kreis Fulda). Verheiratet, vier Kinder.

Volksschule, 1942 bis 1946 Zimmererlehre, Gesellenprüfung. 1952 bis 1955 Besuch der Fachschule für das Bauhandwerk in Alsfeld, Abschlußprüfung als Bautechniker. Seit März 1956 selbständig als freischaffender Architekt in Neuhof. Mitglied der Architektenkammer Hessen.

1969 bis 1973 Landesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU Hessen. Seit 1966 Mitglied des Bundesvorstandes der Mittelstandsvereinigung der CDU; 1970 bis 1974 stellvertretender Bundesvorsitzender.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1974 und vom 4.8.1976 bis 30.11.1978.

Molter, Hermann FDP F.D.P.

Geboren am 14.2.1914 in Gießen.

Abitur in Darmstadt. Studium des Maschinenbaus an der TH Darmstadt. Im Krieg bei der Luftwaffe. Nach Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft Studium der Volkswirtschaft. Industriearbeiter. Geschäftsführer einer Import-Export GmbH. Dann selbständiger Kaufmann. Inhaber einer Import- und Vertretungsfirma auf dem Gebiet der Werkzeugmaschinen.

Mitglied der LDP bzw. FDP seit 1946. Mitbegründer des Kreisverbandes

Dieburg der LDP. 1958 Mitglied des FDP-Bundesausschusses.
Mitglied der Gemeindevertretung Reinheim (Odenwald) von 1948 bis 1952. Mitglied des Kreisausschusses Dieburg.
1954 Mitglied der 2., 1964 der 4., 1974 der 6. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.10.1951 bis 30.11.1954 und vom 1.12.1962 bis 30.11.1974. - Stellvertretender Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion vom 30.11.1970 bis 19.11.1974. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 16.5.1973 bis 1.12.1974.
Verstorben am 22.10.1978.

Moosdorf, Kurt SPD

Geboren am 25.1.1884 in Ronneburg (Thüringen).
Volksschule, Gewerbeschule, Volkshochschule. Lehre als Schreiner. Werkmeister. Bezirksleiter des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Gießen. - 1928 bis 1933 und vom 1.4.1946 bis 1955 Bürgermeister in Bad Vilbel.
Seit 1902 Mitglied und Funktionär der SPD.
Mitglied des Provinziallandtags Oberhessen vor 1933.
Mitglied des Deutschen Bundestages vom 4.5.1952 bis 7.9.1953.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.
Verstorben am 24.4.1956.

Moritz, Maria KPD

Geboren am 28.1.1892 in Hohenburg (Oberpfalz). Seit 1913 verheiratet, 1918 verwitwet.
1898 bis 1905 Volksschule. 1905 bis 1908 Fortbildungsschule in München und Verrau. 1920 bis 1922 Volkshochschule in Freiburg im Breisgau, 1925 Volkshochschule in Habertshof bei Frankfurt am Main. Studium der Literatur, Philosophie, Volkswirtschaft und Arbeiterbewegung. Lehre als Verkäuferin und Haushaltslehre.
Seit 1918 im Spartakusbund und KPD tätig. 1935 bis 1941 politische Gefangene.
Stadtverordnete in Freiburg von 1924 bis 1927.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.
Verstorben am 8.10.1957.

Müller, Emil SPD

Geboren am 7.2.1893 in Frankfurt am Main.

Volksschule. Lehre als Elektromechaniker. 1914 bis 1918 Kriegsdienst. Danach Montagetätigkeit im In- und Ausland. Besuch der Staatlichen Maschinenbauschule Gießen und Werkmeisterprüfung. Nach 1945 Werkleiter der Stadtwerke Bad Nauheim.

Seit 1910 Mitglied der SPD; gleichzeitig Mitglied der Gewerkschaft. 1933 entlassen. SPD-Vorsitzender des Unterbezirks Friedberg-Büdingen.

Mitglied des Kreistags Friedberg von 1932 bis 1933.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 2.9.1953 bis 30.11.1954.

Verstorben am 2.9.1963.

Müller (Wiesbaden), Michael F.D.P.

Geboren am 5.2.1947 in Offenbach. Verheiratet, zwei Kinder.

1966 Abitur an der Hohen Landesschule in Hanau. Bis 1971 Studium der Rechtswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. 1971 erstes, 1973 zweites juristisches Staatsexamen. Von Februar 1974 bis 1976 Dezernent beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der F.D.P.-Landtagsfraktion. 1979 bis 1980 Referent im Hessischen Kultusministerium, danach wiederum Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der F.D.P.-Landtagsfraktion.

1972 Eintritt in die F.D.P. und Deutschen Jungdemokraten. Mitglied des Landesvorstandes der Deutschen Jungdemokraten. Mitglied des Landesvorstandes der F.D.P. Parteiaustritt am 30.11.1982.

Mitglied des Hessischen Landtages vom 2.7.1981 bis 30.11.1982.

Müller, Oskar KPD

Geboren am 25.7.1896 in Wohlau (Schlesien).

Besuch der Volksschule und des Humanistischen Gymnasiums. Von 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. - 1924 hauptamtlicher Sekretär der Bezirksleitung der KPD Hessen-Frankfurt. 1933 verhaftet, drei Jahre Zuchthaus, bis 1939 KZ Sachsenhausen. Von Juli 1939 bis August 1944 Angestellter einer Lederfirma in Offenbach. Von August 1944 bis zum Ende des Krieges im KZ Dachau. - Vom 1.11.1945 bis 5.1.1947 Hessischer Minister für Arbeit und Wohlfahrt im Kabinett Geiler.

Seit 1920 in der Gewerkschaft. Seit 1922 Mitglied der KPD. Seit April

1948 Erster Vorsitzender der KPD Hessen und Mitglied des Parteivorstandes für die Westzonen.

Mitglied des Preußischen Landtags von 1925 bis 1933.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 7.9.1953.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.9.1949.

Verstorben am 14.1.1970.

Müller (Gelnhausen), Rolf CDU

Geboren am 1.12.1947 in Gelnhausen. Verheiratet, zwei Kinder.

Abitur. Studium der Germanistik und Politikwissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. 1972 erstes Staatsexamen, danach Referendarzeit und 1973 zweites Staatsexamen.

1969 Deutscher Hochschulmeister im Schwimmen. Lange Jahre Vorstandsmitglied des Hessischen Schwimmverbandes. - 1978 bis 1980 Vorsitzender der Europa Union im Bereich des ehemaligen Kreises Gelnhausen.

Stadtverordneter in Gelnhausen von 1970 bis 1978. Mitglied des Kreistags Main-Kinzig ab 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Müller, Willi SPD

Geboren am 23.2.1895 in Frankfurt am Main.

Volksschule, Fachschule. Elektromonteur. Inhaber eines Betriebs für elektronische Licht- und Kraftanlagen.

Seit 1927 Mitglied und Funktionär der SPD. - 1945 Präsident der Handwerkskammer Frankfurt am Main, danach Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main. Inhaber mehrerer Aufsichtsratsmandate.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 14.3.1967.

Müller (Solms), Wolfgang SPD

Geboren am 18.1.1936 in Weilburg. Verheiratet, eine Tochter.

Volksschule. Schriftsetzerlehre, 1954 Gehilfenprüfung. 1956 beschäftigt als Textmetteur in einem Zeitungsverlag in Wetzlar. 1971 Tätigkeit als Umbruch-Redakteur.

Seit 1951 Mitglied der IG Druck und Papier. Seit 1959 Betriebsratsmitglied und seit 1968 Vorsitzender des Betriebsrats. Seit 1965 ehrenamtlicher Arbeitsrichter. 1967 bis 1978 Ortsvereinsvorsitzender der IG Druck und Papier in Wetzlar. - Seit 1972 Mitglied der SPD. 1975 SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Solms.

Stadtverordneter und Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion 1977.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 11.6.1985.

Mutz, Manfred SPD

Geboren am 18.1.1945 in Werdorf.

Bis 1961 Mittelschule in Herborn. 1964 Maschinenschlosserlehre mit Abschluß in Sinn. Gleichzeitig Fachschulreife in Abendkursen an der Berufsschule in Dillenburg, danach Abitur am Hessenkolleg Rüsselsheim. Studium der Mathematik und Physik in Gießen, erstes und zweites Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Seit 1975 Lehrer für Physik und Mathematik an einer beruflichen Schule in Gießen. - Ab 13.12.1985 Oberbürgermeister der Stadt Gießen.

Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Vorsitzender des Stadtverbandes Gießen der SPD.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 13.12.1985.

Nassauer, Hartmut CDU

Geboren am 17.10.1942 in Marburg (Lahn). Verheiratet, zwei Kinder. 1962 Abitur. Zwei Jahre Wehrdienst, Hauptmann der Reserve. Ab 1964 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Frankfurt am Main und Marburg. 1968 erstes, 1971 zweites juristisches Staatsexamen. Richter am Landgericht Kassel und am Amtsgericht Wolfhagen. - Rechtsanwalt in Kassel.

1970 CDU-Kreisvorsitzender im Kreis Wolfhagen, seit 1972 im Kreis Kassel-Land.

Stadtverordneter der Stadt Wolfhagen seit 1.4.1977, Stadtverordnetenvorsteher von 1977 bis 1985.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion seit 22.3.1983.

Neff, Karl SPD

Geboren am 23.7.1882 in Michelstadt (Odenwald).
Volksschule. Bis April 1945 Landproduktenhändler. - Vom 4.5.1945 bis 31.3.1951 Landrat des Kreises Erbach (Odenwald).
Vor und nach 1933 Mitglied und Funktionär der SPD. Bis 1933 Erster Vorsitzender der SPD Erbach. 1946 SPD-Kreisvorsitzender des Kreises Erbach.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Verstorben am 4.6.1958.

Neusel, Hans SPD

Geboren am 18.12.1914 in Hohenkirchen (Kreis Hofgeismar).
Mittlere Reife. Nach Abschluß einer Handwerkerlehre wegen einer Kriegsbeschädigung im Jahre 1940 Eintritt in den Verwaltungsdienst. Bis 1962 Oberinspektor bei dem Kreisausschuß des Landkreises Kassel.
1962 bis 1970 hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Obervellmar.
Seit 1954 Unterbezirkvorsitzender der SPD im Landkreis Kassel, 1956 bis 1972 Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen-Nord und von 1962 bis 1971 Mitglied des Parteirates.
Gemeindevertreter von 1946 bis 1962. Mitglied des Kreistags Kassel-Land; Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1956 bis 1971.
Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1965 bis 31.7.1973.
1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1978. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 6.3.1974 bis 1.12.1978. - Alterspräsident vom 1.12.1974 bis 30.11.1978.

Nischalke, Martin SPD

Geboren am 20.8.1882 in Trebschen (Regierungsbezirk Frankfurt/Oder).
Volksschule, Lehrerbildungsanstalten, 1911 bis 1913 Universität. Volksschullehrer, Lehrer an Höheren Schulen, Schulrat, Regierungsrat. - Nach dem Einmarsch der Amerikaner am 1.5.1945 durch die Militärregierung zum Regierungsvizepräsidenten und ab 1.8.1945 bis 1948 zum Regierungspräsidenten (Wiesbaden) berufen.

Seit 1921 Mitglied der SPD. Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Mitglied der Eisernen Front. 1933 entlassen. Von 1933 bis 1945 illegal tätig. - 1946 bis 1950 Vorsitzender des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 21.1.1962.

Nitsche, Hans SPD

Geboren am 30.11.1893 in Obersuhl (Regierungsbezirk Kassel).

Volksschule. Lehre als Schlosser und Schmied.

Seit 1913 in der SPD und gewerkschaftlich organisiert. 1917 bis 1933

Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten im Regierungsbezirk Kassel. 1923 bis 1933 Mitglied der Kreisleitung des Reichsbanners

Schwarz-Rot-Gold. 1928 bis 1933 und ab 1945 Vorsitzender der SPD

Kassel. 1933 aller Ämter enthoben. 1933 bis 1945 Reisender. - 1945

Berufung zum Polizeipräsident in Kassel. - Vom 10.1.1946 bis 8.8.1960

hauptamtlicher Stadtrat für Sozialwesen in Kassel.

Präsident des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands e.V. (VdK).

Stadtverordneter in Kassel von 1924 bis 1933 und vom 26.5.1946 bis

9.8.1946. - Ehrenamtlicher Stadtrat von 1928 bis 1933.

Mitglied des Verwaltungsausschusses des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1961.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen

vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 11.10.1949 bis 30.11.1954.

Verstorben am 15.5.1962.

Nitzling, Erich SPD

Geboren am 24.12.1934 in Lorch, Ortsteil Espenschied. Verheiratet, drei Kinder.

Grundschule in Wiesbaden, realgymnasiale Aufbauschule in Idstein. Seit 1955 selbständiger Kaufmann in Frankfurt am Main.

1962 bis 1968 Vorsitzender der Frankfurter und der südhessischen Jung-

sozialisten. 1963 bis 1968 Mitglied des Bundesausschusses und des Bundesvorstandes der Jungsozialisten.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1964 bis 1970.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Nölle, Aloys CDU

Geboren am 7.10.1899 in Leichlingen (Bezirk Köln).

Volksschule, private Vorbereitungsanstalt, Höhere Polizeischule. Bis 1933 Polizei-Offizier. 1933 von den Nazis aus dem Amt entlassen. 1933 bis 1945 Kaufmann. - 1945 bis 1946 Polizeipräsident in Kassel.

Bis 1933 Mitglied und Funktionär der Zentrumspartei. Mitbegründer der

Fachsparte 'Polizeioffiziere' im Preußischen Polizeibeamten-Verband.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 25.9.1946.

Verstorben am 12.12.1956.

Nolte, Hans CDU

Geboren am 16.8.1929 in Breitenbach (Kreis Worbis). Verheiratet, drei Kinder.

Schulbesuch in Kerzell (Kreis Fulda) und in Fulda. Nach Volontärzeit und Besuch der Ingenieurschule in Krefeld 1954 Examen als Textilingenieur (Abt. Textilchemie).

1968 bis 1982 Kreisvorsitzender der CDU Fulda-Land. Diözesanvorsitzender der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB).

Kreistagsabgeordneter von 1968 bis 1985; Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion von 1968 bis 1974. Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Osthessen von 1968 bis 1980, Vorsitzender der CDU-Fraktion.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 4.8.1983.

Nowak, Rudi SPD

Geboren am 13.5.1921 in Aussig. Verheiratet.

Volks- und Bürgerschule, kaufmännische Berufsschule. 1937 bis 1941 Praktikant und Angestellter in einer Eisen- und Metallwarenfabrik. 1941

bis 1945 Kriegsdienst. 1946 Übersiedlung in die Bundesrepublik als Heimatvertriebener. 1948 Angestellter bei der AOK Dieburg. 1951 erste,

1959 zweite Verwaltungsprüfung. Seit 1964 Geschäftsführender Beamter des Kreisgesundheitsamtes Dieburg.

1937 Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der CSSR. Seit 1948 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Kleestadt. Mitglied des Kreisvorstandes der SPD, seit 1958 Kreisrechner. Mitglied des Bezirksbeirates Hessen-Süd. Viele Jahre Kreisvorsitzender der Jungsozialisten. Vorsitzender des Ortsvereins Kleestadt der Arbeiterwohlfahrt, Vorstandsmitglied im Kreis Dieburg. Stellvertretender Ortsgerichtsvorsteher und Stellvertreter des Schiedsmannes.

Vorsitzender der Gemeindevertretung in Kleestadt; Kreistagsabgeordneter von 1956 bis 1960; Kreisbeigeordneter von 1960 bis 1964.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 30.12.1970 bis 30.11.1974.

Osswald, Albert SPD

Geboren am 16.5.1919 in Gießen-Wieseck.

Handelsschule (Mittlere Reife), kaufmännische Lehre und Tätigkeit. 1939 bis 1945 Soldat. Nach Rückkehr aus Gefangenschaft selbständiger Kaufmann. Fachlehrer für Stenographie und Maschinenschreiben. - 1954 Bürgermeister und Kämmerer, 1957 bis 1963 Oberbürgermeister der Stadt Gießen. - Vom 31.1.1963 bis 16.9.1964 Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr. - Vom 16.9.1964 bis 3.10.1969 Hessischer Minister der Finanzen. - Vom 3.10.1969 bis 20.10.1976 Hessischer Ministerpräsident.

Seit 1945 Mitglied der SPD. Ortsvereinsvorsitzender. 1967 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd. 1969 Landesvorsitzender der hessischen SPD.

Stadtverordneter 1949. Stadtverordnetenvorsteher in Gießen 1952.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 5.2.1963 bis 6.10.1964, Mitglied vom 6.10.1964 bis 20.10.1976; Vizepräsident des Bundesrates vom 1.11.1969 bis 20.10.1970 und vom 1.11.1973 bis 31.10.1974, Präsident vom 1.11.1975 bis 20.10.1976.

1964 Mitglied der 4., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1978.

Dr. Dr. h.c. Oswalt, August CDU

Geboren am 17.4.1892 in Frankfurt am Main.

Abitur. Bis 1920 Militär- und Kriegsdienst, Verabschiedung als Rittmeister. Studium der Staatswissenschaften, Promotion in München. Seit 1922 in Berlin; Tätigkeit in der Jugend- und Volksbildungsarbeit und in der Sozialarbeit, zuletzt Leiter des Berliner Seminars für Sozialarbeiter.

1934 entlassen. Seitdem im Bankfach tätig. Ende 1945 Generalbevollmächtigter, 1946 Teilhaber einer Frankfurter Privatbank.

Seit 1945 Mitglied der CDU. Ebenfalls seit 1945 wieder in der Sozialarbeit ehrenamtlich tätig, u.a. als Vorsitzender der Zentrale für private Fürsorge e.V., Vorstandsmitglied des Frankfurter Roten Kreuzes und in anderen Vereinen, Beisitzer und dann Vorsitzender einer Spruchkammer in Frankfurt am Main.

Mitglied des Kreistags des Obertaunuskreises von Frühjahr 1946 bis Juli 1948.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 5.8.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 7.1.1950.

Verstorben am 10.05.1983.

Osypka, Werner CDU

Geboren am 5.10.1931 in Mechtal (Beuthen/Oberschlesien). Verheiratet vier Kinder.

Besuch der Oberschule in Beuthen, Wolgast, Tarnowitz, Dessau und Leipzig. 1950 Abitur an der Dom- und Ratsschule in Halberstadt. Studium der Philosophie und Theologie in Paderborn, München und Erfurt (Philosophicum, theologische Abschlußprüfung). Anschließend Studium der Volkswirtschaft und Soziologie in Münster (Westfalen). 1956 ASTA-Vorsitzender, danach ein Jahr lang Vorsitzender des Ältestenrates - studentisches Senatsmitglied. Während der Studienzeit als Werkstudent tätig, u.a. in einer Stoffdruckerei, in der englischen Landwirtschaft, als Bergmann unter Tage, im Volkswagenwerk. 1959 bis 1963 Jugendbildungsreferent für politische Bildung mit nicht organisierten Jugendlichen bei der Frankfurter Sozialschule/Diözese Speyer, dann wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Rabanus-Maurus-Akademie, der katholischen Akademie in Hessen. Seit Januar 1968 Caritasdirektor in Frankfurt am Main.

Seit 1961 Mitglied der CDU. Seit 1968 Mitglied im Landeswohlfahrtsausschuß, Vorsitzender der Kindergartenkommission. Mitglied in der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes; im Finanzausschuß und Verwaltungsrat der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Köln; im Vorstand des Verbandes Katholischer Heime und Einrichtungen der Altenhilfe in Deutschland; im Fachausschuß Sozial-

planung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge; in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald.
Stadtverordneter in Heusenstamm seit 1972.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Otto, Hans-Joachim F.D.P.

Geboren am 30.10.1952 in Heidelberg. Verheiratet, eine Tochter.
Besuch von Volksschule und humanistischem Gymnasium in Heidelberg. Schulsprecher. 1971 altsprachliches Abitur. Studium der Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Soziologie in Heidelberg, München und Frankfurt am Main. Langjährige Tätigkeit in universitären Selbstverwaltungsgremien, wie z.B. Konvent, Senat und Studentenparlament. 1977 erstes und 1979 zweites juristisches Staatsexamen in Frankfurt am Main. Seit 1980 tätig als wissenschaftlicher Angestellter für die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt an einem Lehrstuhl für Handels- und Transportrecht.
Seit 1977 Mitglied der F.D.P. Seit der Gründung 1980 bis November 1983 Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Seit 1982 Mitglied des F.D.P.-Bundesvorstandes und Mitglied des Landeskuratoriums für Jugendbildung. Seit April 1985 Vorsitzender des F.D.P.-Kreisverbandes Frankfurt.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Pauly, Karl Johann CDU

Geboren am 16.12.1904 in Wiesbaden.
Gymnasium, Baugewerkschule. Architekt, Obermeister der Malerinnung Wiesbaden.
Ab Dezember 1945 Mitglied der CDU.
Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Verstorben am 24.12.1970.

Pawlik, Sieghard SPD

Geboren am 23.6.1941 in Berlin. Verheiratet, zwei Kinder.
Besuch der Grund- und Hauptschule in Berlin. Lehre als Maschinenschlosser, Schweißerausbildung, Arbeit als Elektro- und Gasschmelzschweißer im Rohrleitungsbau. Zweieinhalb Jahre Besuch von

Abendkursen. Drei Jahre Staatliche Ingenieurschule Beuth, Berlin. Anschließend drei Jahre Ausbildung mit abschließender Prüfung als graduiertes Ingenieur der Verfahrenstechnik. Seit 1965 Ingenieur in der Abteilung für technische Berechnungen der Hoechst AG.

Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Frankfurt am Main und Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes.

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main von 1972 bis 1978.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Peter, Herbert NPD

Geboren am 8.3.1921 in Gablonz (Sudetenland).

Fünf Jahre Volksschule, vier Jahre Bürgerschule, drei Jahre Staatsfachschule für Kunstgewerbe. Graveur.

1959 Eintritt in die DRP. Mitglied im DRP-Kreisvorstand Frankfurt am Main, 1962 Mitglied im DRP-Landesvorstand Hessen. 1964 Gründungsmitglied der NPD. Zur Bundestagswahl 1965 Wahlkreiskandidat im Wahlkreis 142. Zur Landtagswahl Hessen 1966 Wahlkreiskandidat im Wahlkreis 34 und Kandidat der NPD-Landesliste. Mitglied des NPD-Kreisvorstandes Frankfurt am Main.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970.

Pfuhl, Albert SPD

Geboren am 2.12.1929 in Wiesbaden. Verheiratet, drei Kinder.

1950 Abitur in Usingen. 1950 bis 1953 und 1954 bis 1955 Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg, 1953 bis 1954 Studium an der University of Illinois, USA, Labour und Industrial Relation. 1955 bis 1959 Rechtsstellenleiter des DGB Marburg. - 1959 bis 1968 Bürgermeister der Kreisstadt Ziegenhain. - 1968 bis 1973 Landrat des Kreises Ziegenhain.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 29.3.1983.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 4.8.1983.

Philipp, Karl Gottfried CDU

Geboren am 16.12.1896 in Watzenborn-Steinberg (Kreis Gießen).

Volksschule. 1911 bis 1921 als Bergmann tätig. Seit 1921 Ziegeleiarbeiter. In beiden Kriegen Soldat.

1945 Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Partei, später CDU.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.
Verstorben am 1.9.1968.

Philippi, Lotte CDU

Geboren am 17.9.1918 in Innsbruck (Tirol). Verheiratet, drei Kinder.
Schulbesuch bis zum 18. Lebensjahr. Mit der Familie nach Fritzlar bei Kassel verzogen. Kriegsdienstverpflichtet im Fliegerhorst Fritzlar. Am Kriegsende wohnhaft in Laubach. Ein Jahr Lehre auf einem Bauernhof in Münster. Nach der Heirat Übernahme eines Bauernhofes in Obbornhofen in der Wetterau. Seit 1952 wieder wohnhaft in Laubach.
Mitglied des Landesvorstandes der CDU Hessen und Mitglied des Landesvorstandes der Frauenvereinigung der CDU Hessen.
Kreistagsabgeordnete und Sprecherin der CDU-Stadtverordnetenfraktion in Laubach.
Mitglied der Verbandsversammlung des LWV seit 1.11.1977.
1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 30.11.1982. - Alterspräsidentin des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 30.11.1982.

Picard, Walter CDU

Geboren am 10.12.1923 in Hausen bei Offenbach.
Humanistisches Gymnasium, Abitur. Pädagogisches Institut, erste und zweite Lehrerprüfung. 1942 bis 1945 Kriegsteilnehmer, schwer verwundet. Nach 1949 Lehrer und Rektor an der Volksschule in Nieder-Roden. Gastprofessur in Dartmouth College/USA. Vorsitzender des Instituts für psychosoziale Entwicklung und seit 1970 Gründer und Vorsitzender der Aktion psychisch Kranke. Mitbegründer des Deutschen Instituts für reines Bier.
1945 Gründungsmitglied der CDU und der Jungen Union. 1962 bis 1964 Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen.
Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneter von 1952 bis 1968; Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag Dieburg.
Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1961 bis 31.12.

1965 und vom 1.11.1977 bis 31.10.1981. - Mitglied des Deutschen Bundestages vom 19.10.1965 bis 29.3.1983.

1959 Mitglied der 3., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 18.10.1965.

Pitz-Savelsberg, Elisabeth CDU

Geboren am 8.7.1906 in Aachen. Kriegerwitwe, vier Kinder.

1926 Reifeprüfung. Volkswirtschaftliche und sozialwissenschaftliche Studien, Praktika in Familien- und Kriegsofopferfürsorge. Journalistische Tätigkeit. Berufsberaterin beim Arbeits- und Berufsamt Köln. 1935 Heirat mit Gerichtsassessor Dr. Norbert Pitz. 1947 Wiederaufnahme der Berufstätigkeit nach dem Tod des Ehemannes in russischer Gefangenschaft. Seit 1950 Dezernentin für Jugendpflege beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Bis 1933 Mitglied des Windhorstbundes, seit 1945 Mitglied der CDU. In Frauenorganisationen und Familienverbänden tätig. Bundesvorsitzende der DJK-Frauensportgemeinschaft. Vizepräsidentin der Federation Internationale Catholique d'Education Physique. Mitglied des Weltsportrates der UNESCO. Mitglied des Vorstandes des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, des Vorstandes der Rhabanus-Maurus-Akademie, des Katholischen Deutschen Frauenbundes.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 6.10.1953 bis 19.10.1969.

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union von 1965 bis 1969.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 31.10.1953.

Platiel, Nora SPD

Geboren am 14.1.1896 in Bochum.

Abitur. Studium der Nationalökonomie und Jurisprudenz in Frankfurt am Main und Göttingen. Bis 1933 Rechtsanwältin in Bochum. Rassistisch und politisch Verfolgte, Emigration. Nach Rückkehr zuerst Landgerichtsrätin, seit 1951 Landgerichtsdirektorin in Kassel. Nach 1967 Mitglied des Hessischen Staatsgerichtshofs.

Seit 1922 Mitglied der SPD.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1966. - Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion vom 30.3.1960 bis 30.11.1966.

Verstorben am 6.9.1979.

Platte, Ludwig SPD

Geboren am 27.9.1914 in Treysa.

Volksschule. 1928 bis 1932 Lehr- und Gesellenzeit als Huf- und Wagenschmied, erwerbslos. Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst, anschließend in die Reichswehr als Berufssoldat. Besuch von Fortbildungslehrgängen und Abendkursen. Verwendung im Verwaltungsdienst bei verschiedenen Kommandobehörden. Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. Seit 1945 als Verwaltungsangestellter bei der Kreisverwaltung in Ziegenhain tätig, zuletzt als Kreisstatistiker.

Seit 1946 gewerkschaftlich und politisch aktiv tätig. Vorsitzender des SPD-Kreisvereins Ziegenhain.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1974.

Verstorben am 24.7.1975.

Pless, Philipp SPD

Geboren am 16.3.1906 in Frankfurt am Main.

Volksschule. 1920 bis 1924 Dreherlehre. Besuch von Volkshochschule und Gewerbeschule. 1927 bis 1928 Akademie der Arbeit. Seit 1921 freiberufliche journalistische Arbeit. Von 1948 bis 1949 Journalist beim Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main. 1949 bis 1952 Redakteur in Bonn (Bundestag). 1952 bis 1963 Redakteur für Gewerkschaftszeitungen. 1963 bis 1972 geschäftsführendes Vorstandsmitglied und von 1967 bis 1972 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Hessen.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 7.12.1973.

Verstorben am 7.12.1973.

Ploetz, Hans von FDP

Geboren am 27.11.1904 in Bromberg.

1914 bis 1923 Realgymnasium in Arolsen, Abitur. 1923 bis 1945 Soldat (1923 bis 1938 Heer, 1939 bis 1945 Luftwaffe, zuletzt Oberst). Siebzig Prozent kriegsbeschädigt. 1945 bis 1954 Obst- und Gemüsebau in Arol-

sen. 1950 bis März 1951 Angestellter beim IRO-Suchdienst in Arolsen. Nach 1955 Inhaber eines neu errichteten Hotelbetriebs in Arolsen. Nach Gründung der Bundeswehr wieder Soldat. General.

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Arolsen und des Kreistags Waldeck von 1948 bis 1956.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 23.4.1951 bis 19.4.1956.

Precht, Fritz SPD

Geboren am 2.1.1883 in Lindau (Bodensee).

Volksschule, Realschule. Lehre als Feinmechaniker. Beruflich als Mechaniker und Werkmeister in verschiedenen Betrieben der feinmechanischen Industrie Deutschlands tätig. - 1912 Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes und Arbeiter-Sekretär in Göttingen. Seit 1918 in der Kommunalverwaltung im Landkreis Kassel tätig, zuletzt Rechnungsbeamter. 1933 ohne Pension entlassen, bis 1938 arbeitslos. - Von März 1933 bis September 1933 im KZ in Breitenau. Durch Aufenthaltsbeschränkung Umsiedlung nach Lindau (Bodensee). Ab Januar 1938 als Mechaniker wieder beruflich tätig. Seit 1945 Bürodirektor und Kreisamtmann des Landkreises Kassel.

1902 Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Seit 1908 Mitglied der SPD.

Mitglied des Kreistags bzw. Kreisausschusses Kassel-Land vor 1933.

Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel in der Mitte der zwanziger Jahre.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 9.1.1951.

Verstorben am 9.1.1951.

Dr. Preißler, Walter GB/BHE GDP GDP/BHE GPD/BHE

Geboren am 8.4.1915 in Buckwa (Egerland).

Deutsches Gymnasium in Eger. Promotion zum Dr. jur. an der Deutschen Universität in Prag. Vorübergehende Tätigkeit beim Amtsgericht in Falkenau, anschließend Sozialrechtsberater. Nach der Vertreibung im Volkshochschulwesen tätig. - Von 1952 bis Anfang 1955 amtierender Landrat in Wetzlar. - Von Februar 1955 bis Dezember 1962 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Inneren.

Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen Deutschen, Gründer des GB/BHE in Wetzlar.

Kreistagsabgeordneter, Erster Kreisbeigeordneter in Wetzlar.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 9.3.1955 und vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.

Prusko, Georg CDU

Geboren am 27.12.1924 in Gleiwitz. Verheiratet, zwei Kinder.

Volksschule und Kaufmännische Fachschule, Industriekaufmann. 1942

bis 1945 Militärdienst und Gefangenschaft. 1947 bis 1950 Angestellter der

Versicherungsanstalt Sachsen. 1951 bis 1953 Geschäftsführer der CDU in

Meißen (Sachsen). 1953 von einem politischen Sondergericht zu sechs

Jahren Zuchthaus verurteilt, in den Zuchthäusern Bautzen, Waldheim,

Magdeburg und Dresden inhaftiert. 1956 Flucht in die Bundesrepublik.

1957 bis 1960 Geschäftsführer der CDU in Friedberg und Büdingen.

Bankangestellter.

Von 1960 bis 1964 Kreisvorsitzender der CDU in Friedberg, danach

stellvertretender Kreisvorsitzender. Mitglied und Bezirkssenior der Kol-

pingfamilie. Mitglied des Landesvorstandes der Union der Vertriebenen.

1977 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier.

Mitglied des Kreistags Friedberg 1968.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 22.10.1969 bis 4.8.1983.

Pütter, Hugo CDU

Geboren am 13.11.1883 in Langendreer.

Volksschule, Hörer der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften,

Kaufmännische Fortbildungsschule. Kaufmann, Abteilungsleiter.

Vor 1933 Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei Bad

Soden. 1945 Vorsitzender der CDU Bad Soden.

Mitglied des Kreistags des Main-Taunus-Kreises von 1946 bis 1948.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen

vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 28.3.1963.

Pulch, Otto Rudolf F.D.P.

Geboren am 26.6.1921 in Frankfurt am Main. Verheiratet, zwei Kinder.

1939 Abitur. Anschließend Arbeitsdienst bis 1940 und Wehrdienst bis

1945. Gefangenschaft bis 1946. Danach Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Frankfurt am Main. 1950 Referendarexamen. 1954 große juristische Staatsprüfung. Vorübergehend als Anwaltsassessor tätig. Ab 1955 Richter an verschiedenen hessischen Amtsgerichten, überwiegend in Frankfurt am Main. Zuletzt Vorsitzender einer Großen Strafkammer beim Landgericht in Frankfurt am Main. - Vom 25.10.1976 bis 31.5.1978 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern. - Vom 1.6.1978 bis 30.6.1986 Präsident des Hessischen Rechnungshofs. 1966 Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, Bund der Richter und Staatsanwälte, Landesverband Hessen. Von November 1967 bis Oktober 1971 Mitglied des Gesamtvorstandes und 1971 bis 1976 Mitglied des Präsidiums sowie 1973 bis 1976 stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Richterbundes. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1974 und vom 6.2.1975 bis 20.10.1976. - Stellvertretender Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion vom 30.11.1970 bis 19.11.1974.

Quanz, Friedrich CDU

Geboren am 18.2.1892 in Kassel.

1898 bis 1906 Bürgerschule. 1906 bis 1909 Lehre beim staatlichen Katasteramt Kassel. 1909 bis 1911 Staatsbauschule Kassel. 1911 bis 1914 Bauingenieur bei der Stadtbauverwaltung Kassel. 1914 bis 1918 Militär- und Kriegsdienst. 1919 bis 1945 Bauingenieur und Stadtbauinspektor in Kassel. 1925 bis 1926 Besuch der Technischen Hochschule. 1945 bis 1947 Geschäftsführer der gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft der Stadt Kassel. - Vom 2.6.1947 bis 15.8.1954 hauptamtlicher Stadtrat für Wohnungsbau und Siedlungswesen.

Vor 1933 Mitglied des Christlich-sozialen Volksdienstes. 1945 Mitbegründer der CDU in Kassel. Kreisvorsitzender.

Stadtverordneter in Kassel vom 28.5.1948 bis 23.8.1948 und vom 23.6.1960 bis 31.10.1960.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 31.7.1965.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 15.7.1958 bis 30.11.1958.

Verstorben am 1.11.1968.

Dr. Raabe, Cuno CDU

Geboren am 5.5.1888 in Fulda.

Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; 1912 Dr.jur.; 1914 große juristische Staatsprüfung. Rechtsanwaltsvertreter in Hamburg, Referent im Reichsamt des Innern, 1916 Stadtverwaltung Berlin-Schöneberg, 1917 Magistratsassessor. - 1920 hauptamtlicher Stadtrat in Königsberg. - 1926 Bürgermeister, 1929 Oberbürgermeister in Hagen. 1933 aus dem Amt entlassen, danach vorübergehend in Haft, arbeitslos. Wissenschaftliche Arbeiten in Bonn. 1938 in Königsberg (Privatwirtschaft). - Nach dem 20.7.1944 als Widerstandskämpfer der Gruppe um Dr.Goerdeler dort verhaftet, Zellengefängnis des Reichssicherheitshauptamtes Berlin. 1945 Magistratskommissar für treuhänderische Verwaltung in Berlin. 1946 Rechtsanwalt. Ab April 1946 Vorsitzender der Spruchkammer in Fulda-Stadt. - Vom 1.8.1946 bis 1956 Oberbürgermeister der Stadt Fulda.

Mitglied des Ostpreußischen Provinziallandtags in den frühen zwanziger Jahren.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Vizepräsident der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1962. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 19.12.1946 bis 1.12.1962.

Verstorben am 3.5.1971.

Rademacher, Heinrich KPD

Geboren am 24.8.1908 in Gelsenkirchen.

Volksschule, Werkmeisterkurs. Maschinenschlosser, Betriebsangestellter, Betriebsgruppenleiter der KPD bei Henschel-Altenbauna.

Stadtverordneter in Kassel vom 28.5.1948 bis 5.5.1952.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 1.6.1984.

Radke, Olaf SPD

Geboren am 22.12.1922 in Stuttgart.

Handelsschule. Technischer Zeichner. 1941 Abitur als Externer. Studium: Dramaturgie, Germanistik, Rechtswissenschaft. 1941 bis 1946 Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. Fortsetzung des Studiums in Jena. Seit 1948 als Arbeitsrechtler in der IG Metall beschäftigt. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland. - Seit 1969 als Fachschriftsteller tätig.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954 und vom 9.10.1956 bis 27.7.1972.

Verstorben am 27.7.1972.

Radomicki, Franz SPD

Geboren am 20.10.1912 in Ober-Ramstadt.

Volks- und Berufsschule, Landespolizeischule, Höhere fliegertechnische Fachschule, Verwaltungsprüfung. Zweite Lehre als Zimmermann, Polizeibeamter, Fliegeringenieur. Seit 1945 im öffentlichen Dienst bei der Kreisverwaltung Erbach (Odenwald), Leiter des Straßenverkehrsamtes, 1952 des Ausgleichsamtes.

Arbeits- und Landessozialrichter. Ehrenamtliche Tätigkeit in Sportorganisationen. Vorsitzender der Kreisgruppe Odenwald der Deutschen Olympischen Gesellschaft, Vorsitzender des Ortsvereins der Arbeiterwohlfahrt.

Seit 1930 Mitglied der SPD und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Nach 1945 Mitglied des Kreis- und Unterbezirksvorstandes, Ortsvorsitzender, zweiter Kreisvorsitzender.

Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender von 1952 bis 1964.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 10.4.1964 bis 30.11.1974.

Verstorben am 20.10.1981.

Rauch, Dorli GRÜNE

Geboren am 15.8.1950 in Neukirchen (Kreis Waldeck). Verheiratet, zwei Kinder.

1970 Abitur am Edertalgymnasium in Frankenberg, anschließend Umzug nach Baden-Württemberg. Praktikantin in einer Apotheke nahe Heilbronn. 1972 Abschluß dieser Lehre in Berlin mit dem Vorexamen der Pharmazie. Studium an der Pädagogischen Hochschule Berlin mit den

Fächern Kunst und Polytechnik-Wirtschaft. 1978 erstes Staatsexamen. 1979 Umzug nach Sachsenberg.

Seit 1979 Mitglied der Partei der GRÜNEN. Mitarbeit in der Bürgerinitiative gegen atomare Anlagen Waldeck in Korbach. Gründung und Mitarbeit in der Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg, Mitglied der Friedensinitiative Frankenberg, des biodynamischen Arbeitskreises und des Bundes für Umwelt und Natur.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 4.8.1983.

Rausch, Willi SPD

Geboren am 3.6.1936 in Besse. Verheiratet, ein Kind.

Volksschule. 1951 Eintritt bei der Deutschen Bundespost als Telegrafenaulehrling. 1962 Übernahme als Beamter.

Seit 1951 Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft. Seit 1976 Mitglied der Ortsverwaltung Kassel. Seit 1978 Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen der Deutschen Postgewerkschaft. - 1973 Mitglied des Personalrats beim Fernmeldeamt Kassel, 1976 freigestelltes Mitglied, 1982 Personalratsvorsitzender.

Seit 1955 Mitglied der SPD. 1966 bis 1976 Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes. Seit 1974 SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Edermünde-Besse.

Fraktionsvorsitzender der SPD in der Gemeindevertretung Edermünde von 1974 bis 1983. Mitglied des Kreistags Fritzlar-Homberg von 1964 bis 1974. Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 25.1.1984.

Raute, Karl SPD

Geboren am 8.12.1910 in Büdingen (Oberhessen).

Volksschule und Aufbaugymnasium Friedberg. Ausbildung bei der Kreisverwaltung Friedberg. Verwaltungsprüfung für den gehobenen Dienst. Ab 1945 Leiter des Kreisjugendamtes Friedberg. - Vom 6.1.1966 bis 31.12.1975 Bürgermeister der Kreisstadt Friedberg.

1954 Vorsitzender der SPD Friedberg, 1962 Kreisvorsitzender der SPD. Bis 1961 Stadt- und Kreiselternbeiratsvorsitzender. Mitbegründer und Vorsitzender von Fördervereinigungen der Volks- und Oberschule. Vorstandsmitglied des Hessischen Fürsorgevereins für Körperbehinderte in Darmstadt und des Fliedener Vereins in Rockenberg (Oberhessen).

Stadtverordneter in Friedberg 1956, Fraktionsvorsitzender. - 1964 Mitglied der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1970.

Rehbein, Karl SPD

Geboren am 14.10.1885 in Hanau.

Polizeidirektor in Hanau.

1946 bis 1956 Oberbürgermeister von Hanau.

Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel von 1921 bis 1927.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 3.3.1956.

Rehbein, Willi SPD

Geboren am 12.1.1911 in Hanau.

Mittelschule, Höhere Handelsschule, Kommunalbeamten-Seminar Frankfurt am Main. 1927 Lehrling, 1929 Angestellter bei der Stadtverwaltung Hanau. 1933 aus politischen Gründen entlassen. Bis 1940 Angestellter in verschiedenen Betrieben. Seit Februar 1940 Soldat, April 1948 Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft. 1948 Wiedereinstellung bei der Stadtverwaltung Hanau. 1949 Leiter des Fürsorgeamtes, 1951 Leiter der Sozialabteilung. - Vom 1.4.1960 bis 1974 Bürgermeister in Klein-Auheim.

Mitglied der SPD seit 1927, seit 1949 Ortsvereinsvorsitzender, Mitglied des Unterbezirks- und Kreisvorstandes bis 1960. - Gründer und Vereinsvorsitzender des Wildparks Alte Fasanerie Klein-Auheim.

Stadtverordneter von 1956 bis 1960.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 7.12.1959 bis 30.11.1966.

Reichert, Wilhelm Georg SPD

Geboren am 3.7.1928 in Stockheim. Verheiratet, zwei Kinder.

Volksschule, Berufsschule, Lehre als Maurer. Seit 1963 DGB-Sekretär.

1955 Eintritt in die SPD. Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Wetterau. Vorsitzender des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) für den Wetteraukreis.

Mitglied der Gemeindevertretung Stockheim-Glauburg seit 1960, deren Vorsitzender seit 1964.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Reif, Clemens CDU

Geboren am 21.1.1949 in Gießen. Verheiratet, zwei Kinder.

1969 Abitur. Volontariat in der Transport-Beton-Industrie in Gießen und Frankfurt. Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Ausbildung zum Speditionskaufmann. 1975 bis 1981 leitende Tätigkeit in internationaler Spedition. Seit 1.1.1982 Geschäftsführer und Mitgesellschafter einer weltweit operierenden internationalen Fachspedition für Industrie-Anlagen-Transporte mit Hauptsitz in Haiger (Lahn-Dill-Kreis).

1966 Eintritt in die CDU. Tätigkeit in der Jungen Union. 1970 Kreisvorsitzender der Jungen Union Wetzlar. 1972 stellvertretender Bezirksvorsitzender und von 1973 bis 1977 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Mittelhessen. Ab 1976 Mitglied des CDU-Kreisvorstandes Lahn-Dill und des CDU-Bezirksvorstandes Mittelhessen. 1977 bis 1979 Verwaltungsrat der Kreis- und Stadtparkasse Wetzlar. - Seit 1979 Verwaltungsrat der Bezirksparkasse Dillenburg. Seit 1977 Mitglied des Aufsichtsrats der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH in Wetzlar. Kreistagsabgeordneter seit 1972. Fraktionsvorsitzender der CDU im Lahn-Dill-Kreis seit 1977. - Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelhessen seit 1977, CDU-Fraktionsvorsitzender von 1977 bis 1981 und ab 1985. Vorsitzender der Regionalen Planungsgemeinschaft beim Regierungspräsidenten in Gießen von 1981 bis 1985.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 4.8.1983.

Reitz, Heribert SPD

Geboren am 1.6.1930 in Offheim. Verheiratet, ein Sohn.

Abitur. 1951 bis 1972 bei der Deutschen Bundespost im gehobenen Postdienst beschäftigt. - Vom 11.4.1972 bis 4.7.1984 Hessischer Minister der Finanzen und vom 28.9.1982 bis 4.7.1984 zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik beauftragt.

1957 bis 1979 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Offheim bzw. Limburg. Mitglied des Unterbezirksvorstandes Limburg-Weilburg. 1970 bis 1979 Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd, 1976 bis 1979 stellvertretender Bezirksvorsitzender. Seit 1970 Mitglied des Landesvorstandes der SPD.

Vorsitzender der Gemeindevertretung in Offheim von 1960 bis 1974,

Stadtverordneter in Limburg seit 1974. Kreisbeigeordneter von 1960 bis 1968; Kreistagsabgeordneter von 1968 bis 1974.

Mitglied des Bundesrates vom 18.4.1972 bis 14.12.1978, stellvertretendes Mitglied vom 14.12.1978 bis 4.7.1984.

1964 Mitglied der 4., 1969 der 5., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1962. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 8.12.1970 bis 18.1.1972.

Reitz, Karl CDU

Geboren am 24.1.1887 in Dodenau (Kreis Frankenberg).

Volksschule, Fortbildungsschule, Höhere Baugewerkschule. 1913 Meisterprüfung. Seit 1919 Mitinhaber und Geschäftsführer einer Dampfziegelei und eines Dampfsägewerks. 1908 bis 1909 Militärdienst. 1914 bis 1918 und 1939 bis 1944 Kriegsteilnehmer, zuletzt als Verbindungsoffizier. Mitglied in Gemeindevertretung und Kreistag vor 1933 und wieder ab 1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 22.10.1947.

Verstorben am 25.10.1980.

Renneisen, Jakob KPD

Geboren am 20.11.1899 in Raunheim.

Lehrer in Oberursel.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 20.10.1950 bis 30.11.1950.

Verstorben am 2.8.1973.

Reucker, Hans SPD

Geboren am 29.7.1905 in Sinn (Dillkreis).

Volks- und Berufsschule. 1919 bis 1922 Schlosserlehre. - Von 1952 bis 30.6.1970 hauptamtlicher Bürgermeister.

Seit 1919 Gewerkschaftsmitglied. 1922 bis 1928 Mitglied der Arbeiterjugend. Seit 1925 Mitglied der SPD.

Gemeindevertreter von 1932 bis 1933 und von 1945 bis 1948. - Ehrenamtlicher Bürgermeister vom 21.6.1948 bis 1952. - Kreisbeigeordneter von 1952 bis 1961.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.3.1961 bis 30.11.1970.

Verstorben am 5.5.1976.

Richter, Willi SPD

Geboren am 1.10.1894 in Frankfurt am Main.

Volksschule, Handwerkslehre, Gasthörer an der Universität Frankfurt, Besuch der Akademie der Arbeit. Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1920 Angestellter bei der Stadtverwaltung Frankfurt und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates. 1926 bis 1933 Sekretär im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Darmstadt, Rechtsstellenleiter. - 1933 entlassen, politisch verfolgt, mehrmals in Haft. - 1945 Wiederaufbau der Gewerkschaften. Im August 1946 Wahl zum Ersten Landesvorsitzenden des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen, Gewerkschaftsrat. 1949 bis 1962 DGB-Vorstandsmitglied und 1956 bis 1962 Vorsitzender des DGB. Vizepräsident im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften.

Mitglied und Funktionär der SPD. Landesarbeitsrichter in Hessen. Vorsitzender der Hans-Böckler-Gesellschaft. Verwaltungsratsmitglied beim Internationalen Arbeitsamt. Senator der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft.

Stadtrat in Darmstadt von 1928 bis 1933.

Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 25.6.1947 bis 7.9.1949. Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 6.10.1957.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 27.11.1972.

Riegel, Heinrich SPD

Geboren am 21.6.1883 in Monzingen (Regierungsbezirk Koblenz).

Volksschule und kaufmännische Fortbildungskurse. Zigarrenarbeiter, Werkmeister, Versandleiter. - Seit 1.1.1903 Mitglied und Funktionär der SPD. 1910 Gewerkschaftsangestellter in Aachen, von 1911 bis 1914 in Gießen. 1912 bis 1914 Ortsvorsitzender der SPD in Gießen. 1920 bis 1926 Parteisekretär der SPD in Gießen, dann in Darmstadt. 1926 bis 1933 Bezirksvorsitzender der SPD des Bezirks Darmstadt. 1930 bis 1933 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Druckerei Hessischer Volksfreund, Darmstadt. - 1933 von den Nazis entlassen. 1936 bis 1944 Geschäftsstellenleiter. 1944 nach der Juli-Revolution gegen Hitler im KZ Dachau.

Abgeordneter des Kreistags und Mitglied des Kreisausschusses im Kreis Darmstadt von 1924 bis 1933. Abgeordneter des Provinziallandtags der Provinz Starkenburg.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 3.2.1967.

Rieser, Karl CDU

Geboren am 18.11.1902 in Birlenbach (Kreis Unterlahn).

Volksschule, Gymnasium, Universität Frankfurt am Main. Staatlich geprüfter Lehrer in Kurzschrift. Langjährige Tätigkeit in kaufmännischen und industriellen Unternehmungen. 1936 Handelslehrer. 1937 entlassen, 1938 im Angestelltenverhältnis wieder eingestellt. - Von den Nazis verfolgt und gemäßregelt. 1942 bis 1945 Kriegsteilnehmer. Seit 1946 Leiter der Handelslehranstalt Friedberg.

Vor 1933 im Christlich-Sozialen Volksdienst tätig.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 18.10.1957.

Rink, Aloys Georg Ludwig SPD

Geboren am 4.3.1881 in Urberach.

Volksschule, Fach- und Fortbildungsschule. Als Facharbeiter in der Metallindustrie tätig. Partei- und Gewerkschaftsschule. Selbststudium und Kurse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. - Nach 1933 dreimal verhaftet, KZ Osthofen, KZ Dachau und Gefängnis Darmstadt. - Ab 1946 Leiter der Bezirksfürsorgestelle des Kreises Dieburg.

1900 Mitglied der SPD. Anfang der zwanziger Jahre Mitglied der KPD, später wieder der SPD.

Mitglied des Gemeinderats Urberach von 1919 bis 1933 und von 1946 bis 1955. Mitglied des Kreistags bzw. Kreisausschusses Dieburg von 1912 bis 1933 und von 1946 bis 1955.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 27.11.1921 bis 19.7.1922 und vom 15.11.1931 bis 7.7.1933.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 21.6.1971.

Rippert, Winfried CDU

Geboren am 3.9.1935 in Fulda. Verheiratet, drei Kinder.

Volksschule, kaufmännische Berufs- und Berufsfachschule, kaufmännische Lehre, Gehilfenprüfung. Inhaber einer Handelsvertretung im Mineralölbereich.

1959 bis 1961 Diözesanjugendführer im Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Diözese Fulda. Seit 1961 Mitglied der CDU. 1963 stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union. Vorsitzender der CDU Fulda.

Stadtverordneter in Fulda seit 1964, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Mitglied und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag Fulda. Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen. Mitglied des Hessischen Landtags seit 5.12.1972.

Ritter, Karl Hermann SPD

Geboren am 24.4.1931 in Köln. Verheiratet, drei Kinder.

Aufgewachsen in Berlin-Siemensstadt. Schulbesuch in Berlin, Ostpreußen, Elsaß, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Mittlere Reife. Ab 1949 zweijährige Höhere Handelsschule in Essen. 1951 kaufmännische Lehre im Papiergroßhandel; danach Praktika in Papierfabrik und Druckerei; bis 1961 kaufmännischer Angestellter. Mitglied des Betriebsrates, mehrere Jahre Betriebsratsvorsitzender. Ab 1962 Handelsreisender und ab 1966 selbständiger Handelsvertreter. 1970 Gründung einer Druckerei mit Papierverarbeitung.

Seit 1969 durch Krankheit und Unfallfolgen Schwerbehinderter.

Seit 1955 Mitglied der SPD. Seit 1967 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Eberstadt.

Stadtverordneter in Darmstadt seit 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Ritzel, Heinrich Georg SPD

Geboren am 10.4.1893 in Offenbach am Main.

Volksschule. Einjährig-Freiwilliger. Prüfung als Externer. Werkstudent in Frankfurt am Main und Gießen (Jura, Nationalökonomie, Philosophie). Kommunale Beamtenlaufbahn bei der Stadtverwaltung Offenbach. - 1919 bis 1930 Bürgermeister von Michelstadt (Odenwald). - 1930 Kreisdirektor im Kreis Gießen und stellvertretender Provinzialdirektor

der Provinz Oberhessen. - 1933 bis 1935 Mitglied der Völkerbundregierung des Saargebiets. - 1935 im Wartestand, freier Schriftsteller in der Schweiz. - 1939 bis 1947 Generalsekretär der Europa-Union in Basel und Direktor der Wirtschafts- und Sozialhilfe der Europa-Union.

Seit 1920 Mitglied der SPD. - Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Landeskommunalbank in Hessen. - Mitglied des Hessischen Staatsgerichtshofs.

Kreistagsabgeordneter und Kreisausschußmitglied in Erbach (Odenwald) von 1919 bis 1920. Provinzialausschußmitglied in Darmstadt.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 7.12.1924 bis 21.10.1930.

Mitglied des Deutschen Reichstags vom 14.9.1930 bis 22.6.1933.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 17.10.1965. - Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates von 1950 bis 1957.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 31.12.1950.

Verstorben am 19.6.1971.

Rodemer, Heinrich FDP

Geboren am 21.1.1908 in Frankfurt am Main.

1927 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft, Geschichte und Kunstgeschichte in Frankfurt am Main und Wien. 1933 erste juristische Staatsprüfung. 1934 bis 1940 Redakteur in Darmstadt und Berlin. 1940 bis 1945 Soldat. 1946 bis 1949 kaufmännische Tätigkeit in Darmstadt. 1949 bis 1957 Chefredakteur des 'Deutschen Kuriers', Frankfurt am Main. - 1960 bis 1970 Bürgermeister in Bad Wildungen.

Seit 1948 Mitglied der FDP. Zeitweise Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des Landesverbandes Hessen der FDP und Vorsitzender des FDP-Bezirks Nordhessen.

Stadtverordneter in Darmstadt von 1952 bis 1956, ehrenamtlicher Stadtrat von 1956 bis 1960.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1970. - Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 1.12.1958 bis

12.2.1965 und vom 13.2.1968 bis 30.11.1970, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 12.2.1965 bis 13.2.1968.
Verstorben am 24.11.1980.

Rösch, Georg CDU

Geboren am 15.3.1913 in Niedermittlau (Kreis Gelnhausen).
Volksschule, kaufmännische Lehre, graphische Fachschule. 1936 Kalkulator und Disponent, später Betriebsleiter einer Großdruckerei. Ab 1942 Soldat, schwerverwundet, 1945 als Leutnant entlassen. 1947 Leiter des Wirtschaftsamtes, dann des Prüfungsamtes der Kreisverwaltung Gelnhausen. Verwaltungsprüfung, Ernennung zum Kreisoberinspektor.
Kreisvorsitzender der CDU.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1962.
Verstorben am 12.2.1981.

Rösler, Roland CDU

Geboren am 23.8.1943 in Schönau (Kreis Braunau, Sudetenland).
Römisch-katholisch; verheiratet, ein Kind.
1945 Vertreibung. Volksschule in Merseburg (Saale), 1958 Flucht in die Bundesrepublik. Aushilfstätigkeit in einer Offsetdruckerei. Lehre und Facharbeiterprüfung als Werkzeugmacher. 1963 Eintritt in die Bundeswehr, Zeitsoldat, später Berufssoldat, seit 1976 Leutnant. Erlangung der Mittleren Reife über den Zweiten Bildungsweg.
1978 bis 1981 Mitglied im Pfarrgemeinderat Kemel und Bezirkssynodalarat Untertaunus. Seit 1963 Mitglied im Bundeswehrverband e.V., seit 1975 Deutschland Stiftung e.V., seit 1980 Weißer Ring e.V.
Mitglied des CDU-Kreisvorstands im Untertaunuskreis und Rheingau-Taunus-Kreis. Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Westhessen, stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Rheingau-Taunus.
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion des Untertaunuskreises und Mitglied des Ortsbeirates Heidenrod (Ortsteil Kemel) von 1972 bis 1976.
Bis zur Kommunalwahl 1977 Staatsbeauftragter für die Angelegenheiten des Kreistags. Geschäftsführer der CDU-Fraktion des Kreistags des Rheingau-Taunus-Kreises.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 21.6.1977.

Rohlmann, Rudi SPD

Geboren am 15.5.1928 in Rheine (Westfalen).

Volksschule, Handelsschule, Verwaltungslehre. 1949 bis 1950 Akademie der Arbeit. Von 1950 bis 1966 im Fernlehrinstitut des DGB tätig. 1961 Prüfung für die Zulassung zum Hochschulstudium, anschließend Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1966 Examen als Diplom-Handelslehrer.

Von 1968 bis 1981 Vorsitzender des Hessischen Volkshochschulverbandes. Lehrbeauftragter am Verwaltungsseminar Wiesbaden. Vom 27.11.1970 bis 1981 Vorsitzender des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunk.

1959 Mitglied der 3., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1962 und vom 15.9.1965 bis 30.11.1982. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 19.1.1967 bis 18.1.1972. - Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion von 1967 bis 1971.

Rosenkranz, August SPD

Geboren am 17.3.1886 in Altenkirchen.

Volksschule, Fachschule. Bauingenieur. - 1945 bis 1946 Bürgermeister in Alsfeld. - 1946 bis 1947 Landrat des Kreises Alsfeld.

Mitglied und Funktionär der SPD.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 26.5.1954.

Roth, Adolf CDU

Geboren am 15.9.1937 in Gießen. Verheiratet, drei Kinder.

1957 Abitur. Grundwehrdienst bei der Bundeswehr (Fähnrich der Reserve). Studium der Wirtschaftswissenschaft in Frankfurt am Main und Freiburg, 1962 Diplom-Prüfung als Volkswirt, anschließend kaufmännische Tätigkeit. 1965 bis 1968 Assistent am Wirtschaftswissenschaftlichen Seminar der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seit 1.1.1969 in der Geschäftsleitung der Adolf Roth KG in Gießen tätig.

Seit 1957 Mitglied der CDU. Kreisvorsitzender der CDU Vogelsbergkreis. Mitglied des Landesvorstandes der CDU-Mittelstandsvereinigung und des CDU-Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik. - Mitglied der

Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Gießen. - Stadtverordneter in Gießen seit 1968.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 29.3.1983.

1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 15.3.1983. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 11.12.1979 bis 15.3.1983.

Rotter, Lina SPD

Geboren am 4.9.1892 in Frankfurt am Main.

Volksschule. Kaufmännische Angestellte. Vertrauensperson der weiblichen Angestellten des Frankfurter Konsumvereins. 1910 Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten, aktive Mitarbeit.

1912 Eintritt in die SPD. Ehrenamtlich tätig in einer Kinderschutzkommission. Nach 1918 leitend in der Frauenbewegung und bei den 'Kinderfreunden' tätig. 1933 bis 1945 Unterbrechung der politischen Tätigkeit.

Stadtverordnete in Frankfurt am Main von 1948 bis 1950.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1958.

Verstorben am 4.8.1975.

Dr. Rüdiger, Vera SPD

Geboren am 5.4.1936 in Vollmarshausen (Kreis Kassel).

1956 Abitur an der Jacob-Grimm-Schule Kassel. Danach Studium für das Lehramt an Volks- und Realschulen in Weilburg (Lahn), wissenschaftliches Examen 1959, apl. Lehrerin und Staatsexamen 1961 in Gießen. Pädagogische Mitarbeiterin an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Erneutes Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Germanistik an der Philipps-Universität Marburg, 1965 Promotion. Politikwissenschaftlerin an der Justus-Liebig-Universität Gießen. - Vom 19.10.1972 bis Ende 1974 Gründungspräsidentin der Gesamthochschule Kassel. - Vom 18.12.1974 bis 14.12.1978 Staatssekretärin beim Hessischen Kultusminister. - Vom 14.12.1978 bis 4.7.1984 Hessische Ministerin für Bundesangelegenheiten. - Seit 4.7.1984 Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst. - Seit 12.12.1985 Bevollmächtigte der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten.

Seit 1957 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Mitglied des Bundesrates vom 14.12.1978 bis 4.7.1984, stellvertretendes Mitglied seit 4.7.1984.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 18.10.1972 und seit 1.12.1978.

Ruhl, Siegfried CDU

Geboren am 26.4.1870 in Neustadt (Kreis Marburg).

1891 Abitur. Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, 1894 Referendar. 1894 bis 1895 Einjährig-Freiwilliger beim Jägerbataillon Marburg. 1900 Assessorexamen. Seit 1904 Amtsrichter, 1913 Amtsgerichtsrat. 1914 bis 1918 Heeresdienst im Ersten Weltkrieg (Bataillonsführer). Tätigkeit in der Arbeitsgerichtsbarkeit in Marburg. Von 1923 bis 1927 nebenamtlicher Vorsitzender des arbeitsrechtlichen Schlichtungsausschusses Marburg und ab 1927 stellvertretender nebenamtlicher Vorsitzender des arbeitsrechtlichen Schlichtungsausschusses Kassel sowie seit 1927 referierendes richterliches Mitglied des Heeresversorgungsgeschichtes in Kassel. 1931 Landgerichtsrat. 1935 Ruhestand. 1939 bis 1943 Wiederverwendung als Beamter in Laufen (Oberbayern). Seit Januar 1946 Richter und mit der Verwaltung des Amtsgerichts Kirchhain (Bezirk Kassel) beauftragt.

Stadtverordneter in Marburg (Zentrum) von 1923 bis 1933.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Alterspräsident vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 7.11.1947 bis 30.4.1949. - Alterspräsident des Hessischen Landtags vom 7.11.1947 bis 30.4.1949.

Verstorben am 10.2.1962.

Runtsch, Wilhelm CDU

Geboren am 19.1.1921 in Radigau (Kreis Kaaden/Sudetenland).

Volksschule, Bürgerschule, Realgymnasium in Kaaden (Eger). Kriegsdienst von 1940 bis 1945 bei der Luftwaffe. Nach dem Krieg Studium der Rechtswissenschaften in Marburg (Lahn), beide juristischen Staatsexamen. Zunächst Anwaltsassessor in Gießen, dann Syndikus bei einem Arbeitgeberverband. 1956 Eintritt in den Dienst des Landes Hessen. Seit

1958 bei der hessischen Straßenbauverwaltung, ab 1960 Justitiar des Straßenbauamtes Hessen-Mitte in Gießen. - Seit Gründung der Vertriebenenverbände viele Jahre in verschiedenen Funktionen tätig. - 1977 Oberbürgermeister der Stadt Lahn.

Mitglied der CDU. 1968 bis 1977 Kreisvorsitzender der CDU Gießen-Stadt.

Stadtverordneter in Gießen 1960, Fraktionsvorsitzender 1964.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 24.5.1977.

Verstorben am 20.8.1977.

Rupp, Heinrich SPD

Geboren am 12.3.1888 in Leisenwald (Kreis Gelnhausen).

Volksschule, selbständiger Landwirt. - 1946 bis 30.6.1966 Bürgermeister in der Gemeinde Leisenwald bei Wächtersbach.

Seit 1918 politisch tätig. Seit 1920 Mitglied der SPD. Nach 1933 von den Nazis verfolgt.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954.

Verstorben am 6.7.1972.

Sälzer, Bernhard CDU

Geboren am 4.9.1940 in Berlin. Verheiratet, ein Kind.

1960 Abitur am Theo-Koch-Gymnasium in Grünberg (Oberhessen).

1960 bis 1967 Bauingenieur-Studium an der Technischen Hochschule in Darmstadt. 1967 Diplom-Examen. Freiberufliche Tätigkeit als Berater Ingenieur, Dozent an der Fachhochschule Darmstadt, anschließend Tätigkeit als Ingenieur für das konstruktive Bauwesen. - August 1976 bis 1979 Bürgermeister in Marburg.

Mitglied des Landesvorstandes der CDU Hessen und dessen Kulturpolitischer Sprecher.

Stadtverordneter in Darmstadt von 1968 bis 1976 und seit 1981. Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 17.7.1979.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 2.8.1976.

Salzer, Gerhard FDP

Geboren am 6.4.1912 in Frankfurt am Main.

Abitur. Studium Maschinenbau an der Technischen Hochschule Darm-

stadt. Diplom-Ingenieur. Von 1945 bis 1975 Teilhaber einer Transportanlagenfabrik. Von 1955 bis 1975 Vorsitzender der Fachgemeinschaft Fördertechnik.

1945 Gründungsmitglied des Stadt- und Landkreisverbandes Offenbach der LDP. Von 1945 bis 1956 Vorsitzender des Stadtkreisverbandes Offenbach der LDP/FDP, Ehrenvorsitzender.

Stadtverordneter und Vorsitzender der FDP-Stadtverordnetenfraktion in Offenbach von 1948 bis 1964.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 9.12.1949 bis 30.11.1950.

Sauerwein, Heinrich SPD

Geboren am 4.6.1903 in Friedlos (Regierungsbezirk Kassel).

Volksschule, Volkshochschule, Verwaltungsbeamten-Seminar. Bis 1933 Verwaltungsbeamter. 1933 von den Nazis entlassen. 1934 bis 1945 selbständiger Kaufmann. - 1945 bis 1946 Bürgermeister der Stadt Hersfeld. -

Ab 1.7.1946 Landrat des Kreises Hersfeld.

Seit 1926 Mitglied und Funktionär der SPD.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 18.11.1969.

Prof. Dr. Saure, Wilhelm FDP

Geboren am 25.9.1899 in Rattlar (Waldeck).

Volksschule in Rattlar und Rhena, Gymnasium in Korbach. Abitur. 1915 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1919 bis 1921 Lehrerseminar Frankenberg. 1921 bis 1925 Lehrer. 1926 bis 1930 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, erste und zweite Staatsprüfung, Promotion. Mehrjährige Tätigkeit im Justiz-, Verwaltungs- und Hochschuldienst. 1938 bis 1940 ordentlicher Professor für Bürgerliches Recht, Agrar- und Wirtschaftsrecht in Göttingen und von 1940 bis 1945 in Prag.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 18.4.1951.

Verstorben am 18.4.1951.

Schäfer, Georg SPD

Geboren am 2.5.1919 in Egelsbach (Kreis Offenbach). Verheiratet, ein Kind.

1925 bis 1933 Volksschule, anschließend Lehr- und Gesellenjahre als Dreher. 1939 bis 1945 Kriegsdienst, seit 1945 bei der Deutschen Bundes-

bahn beschäftigt. 1952 bis 1968 Bezirksleiter der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands. Seit 1.5.1968 Geschäftsführer der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH in Wiesbaden.

Seit 1945 Mitglied der SPD. 1960 Kreisvorsitzender der SPD Darmstadt. Seit 1946 Funktionen in Sportvereinen und Fachverbänden. Seit 1961 Vorstandsmitglied im Landessportbund und Vorsitzender im Hessischen Schwimmverband.

Stadtverordneter in Dreieichenhain von 1946 bis 1949. Stadtverordneter in Darmstadt von 1952 bis 1956. Ehrenamtlicher Stadtrat und Sportdezernent in Darmstadt von 1956 bis 1964.

1964 Mitglied der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags von 30.12.1960 bis 30.11.1978. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 8.12.1970 bis 7.12.1974. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 3.12.1974 bis 1.12.1978.

Schäfer, Ingeburg SPD

Geboren am 6.4.1933 in Kassel. Verheiratet, drei Kinder.

Volksschule, Oberschule, Handelsschule. Verwaltungsausbildung bei der Stadt Kassel, danach dreizehn Jahre beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Seit 1970 ehrenamtliche Sozialarbeit; Fort- und Weiterbildung in diesem Berufsfeld. Ab 1976 Mitglied des Fachausschusses 'Familie' beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt. 1976 bis 1981 Mitglied und stellvertretende Vorsitzende der Sachverständigen-Kommission zur Auswertung des reformierten Paragraphen 218 beim Familienministerium in Bonn. Aufbau einer Modellberatungsstelle zum Paragraphen 218 in Kassel bei der Arbeiterwohlfahrt.

Beginn der SPD-Arbeit bei Falken und Jungsozialisten. Vier Jahre stellvertretende Unterbezirksvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), zwei Jahre stellvertretende Bezirksvorsitzende der AsF und seit 1979 Vorsitzende der AsF im Bezirk Hessen-Nord. Seit acht Jahren Mitglied im Unterbezirksvorstand der SPD Kassel-Land, ab 1976 Mitglied des Bezirksvorstandes und ab 1979 Mitglied des Landesvorstandes der SPD.

Gemeindevertreterin in Ahnatal von 1973 bis 1981; ehrenamtliche Beigeordnete ab 1981. Kreistagsabgeordnete ab 1977.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV seit 1.11.1985.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.7.1983 bis 4.8.1983.

Schauss, Ernst FDP

Geboren am 19.2.1906 in Biskirchen (Kreis Wetzlar).

Reifeprüfung. Studium: Pädagogik, Betriebswissenschaften, Rechts- und Staatswissenschaften. 1930 Prüfung als Diplom-Handelslehrer. Seit 1930 im Berufs- und Fachschuldienst tätig. Handelsoberlehrer in Wetzlar, Direktor der Handelslehranstalt in Königshütte (Oberschlesien), Studiendirektor der Handels- und Berufsschulen in Marienburg (Westpreußen). Ab 1944 Soldat. Von 1946 bis 1957 freier Berufserzieher. 1958 Wiedereinstellung in den öffentlichen Schuldienst. 1964 Oberstudiendirektor.

Seit 1948 Mitglied der FDP. Von 1949 bis 1964 Kreisvorsitzender der FDP und ab 1964 Ehrenvorsitzender. Vorstandsmittglied der Kreissparkasse in Wetzlar.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Wetzlar ab 1952.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 8.11.1958 und vom 1.12.1958 bis 30.11.1970.

Verstorben am 29.8.1972.

Schiergens, Nikolaus FDP

Geboren am 5.9.1899 in Aachen.

Auslandskorrespondent. Exportleiter bei einer Maschinenfabrik in Fulda.

Seit 1946 Mitglied der FDP Fulda.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 9.12.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 14.1.1961.

Dr. Schiffler, Charlotte CDU

Geboren am 29.4.1909 in Wuppertal-Elberfeld.

1928 Abitur am Realgymnasium. 1928 bis 1931 Studium der Philologie in Köln, Wien, Bonn und Frankfurt am Main. 1931 bis 1934 Verbandssekretärin im Jugendbund des Katholischen Frauenbundes. - 1943 Promotion in Frankfurt am Main.

1946 Vorstandsmittglied der CDU Frankfurt am Main. Mitglied des Zentralvorstandes im Katholischen Frauenbund Deutschland. 1948 deutsche Delegierte und Vorstandsmittglied im Internationalen Rat der Weltbewegung der Mütter.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 3.7.1950 bis 30.11.1950.

Schilling, Gertrud GRÜNE

Geboren am 30.3.1949 in Solingen-Ohligs (Nordrhein-Westfalen).

Grundschule in Hochheim am Main, Realschule, Gymnasium in Wiesbaden. 1968 Abitur. Studium der Erziehungswissenschaften (Sekundarstufe I: Theologie, Englisch) in Frankfurt am Main. Von Januar 1972 bis Oktober 1981 Lehrerin an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen im Main-Kinzig- und Vogelsbergkreis, seit Oktober 1981 beurlaubt für ein zweijähriges Zusatzstudium Sonderpädagogik in Marburg.

1960 bis 1970 aktiv in der katholischen Jugendarbeit tätig. 1969 erster Kontakt mit der Ökologie durch Gründung eines Umweltschutzkreises an der Universität Frankfurt am Main. 1972 bis 1976 Kinder- und Jugendarbeit in Bad Orb.

1978 bis 1979 Mitglied der Grünen Liste Hessen (GLH). Seit Oktober 1979 Mitglied der GRÜNEN. Von April 1980 bis November 1982 Mitglied des Landesvorstandes der GRÜNEN-Hessen. 1981 Mitglied des Bundeshauptausschusses, Mitarbeit am Friedensmanifest, Mitglied der Landtagswahl-Programmkommission, bis Juni 1982 in der Redaktion der GRÜNEN Hessenzeitung tätig. Seit 1981 Friedensarbeiterin. Arbeit in der Friedensinitiative Osthessen, die auf die systematische Militarisierung einer Region im Rahmen amerikanischer Kriegsführungsstrategien aufmerksam macht. Mitglied bei amnesty international, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Deutscher Verbraucherschutzverband (DVS) sowie Kreisverband der GRÜNEN Vogelsberg.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 16.4.1985.

Schlappner, Martin SPD

Geboren am 6.10.1931 in Groß-Gerau. Verheiratet, zwei Kinder.

Abitur. Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt am Main. 1955 Staatsexamen. Seit 1956 bei der Kreisverwaltung Groß-Gerau tätig. Oberverwaltungsrat und stellvertretender Verbandsvorsteher der 'Riedwerke Groß-Gerau'.

Landesvorsitzender des Rad- und Kraftfahrerbandes Solidarität, Landesverband Hessen. Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Hessischer Naturschutz.

Stadtverordneter der Stadt Rüsselsheim seit 1956.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Prof. Schlee, Emil CDU

Geboren am 21.10.1922 in Schwerin (Mecklenburg).

1940 Abitur. 1940 bis 1944 Soldat, Offizier, Kriegseinsatz im Osten, achtmal verwundet, 1944 bis 1949 russische Kriegsgefangenschaft. 1950 Werkstudent, Studium der Kulturwissenschaften (Erdkunde, Geschichte, Germanistik, Politik, Leibeserziehung) in Frankfurt am Main. 1952 Sportlehrerexamen, 1957 Staatsexamen. Wissenschaftlicher Assistent. 1960 Assessorenexamen, im Schuldienst tätig, 1963 Studienrat, 1965 Oberstudienrat. 1961 bis 1966 zweites Studium (Pädagogik, Geschichte, Soziologie, Anthropologie, Politik) neben dem Schuldienst an der Universität Mainz. 1961 Hauptmann der Reserve. 1963 bis 1967 Mitglied des Beirates für Fragen der Inneren Führung beim Bundesminister für Verteidigung. 1966 Dozent in Mainz, 1967 Professor, stellvertretender Direktor und Leiter der sporthistorischen und -soziologischen Abteilung. 1974 Lehrauftrag an der Universität Kiel.

Seit 1967 Mitglied der CDU; Februar 1985 Parteiaustritt. 1969 Vorsitzender des Landessportbeirates Hessen der CDU, stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sport, Vorstandsmitglied der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der hessischen CDU, stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Südhessen. Seit 1974 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Mecklenburg und Vizepräsident des Bundes der Mitteldeutschen.

Vorsitzender der Gemeindevertretung Ober-Roden von 1969 bis 1971; Mitglied der Gemeindevertretung Heubach (Odenwald) von 1972 bis 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 1.10.1974.

Schlitt, Karl Josef CDU

Geboren am 4.6.1886 in Obertiefenbach (Regierungsbezirk Wiesbaden). Volksschule, Gymnasium. Studium in Bonn, Heidelberg und Marburg. 1910 Referendarexamen, 1915 Gerichtsassessorexamen. 1918 bis 1933 Landrat des Landkreises Wiesbaden. 1933 entlassen. 1934 bis 1945 kaufmännische Tätigkeit. Seit 1945 Mitinhaber und Geschäftsführer eines kaufmännischen Betriebs.

Seit 1945 Mitglied der CDU, Kreisvorsitzender und CDU-Landesschatzmeister.

Stadtverordneter vom 2.7.1946 bis 30.6.1948, Stadtverordnetenvorsteher vom 12.8.1946 bis 30.6.1948 und ehrenamtlicher Stadtrat vom 8.7.1948 bis 30.10.1960 in Wiesbaden.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 17.11.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 30.10.1960.

Dr. Schlitzberger, Udo SPD

Geboren am 31.10.1946 in Kassel. Verheiratet, ein Kind.

Abitur in Kassel. Studium der Geschichtswissenschaften, Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik in Marburg. 1971 erstes Staatsexamen. Referendariat in Kassel und Hofgeismar. 1973 zweites Staatsexamen und Promotion über den 'Kritischen Rationalismus Karl R. Poppers'. 1973/74 Lehrer an einer integrierten Gesamtschule, bis 1976 an einem Oberstufengymnasium.

Seit 1968 Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Vorsitzender des Turn- und Sportvereins TSV-Fürstenwald. - Seit 1968 Mitglied der SPD. Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Kassel-Land. 1972 bis 1976 Bildungsbeauftragter der SPD im Landkreis Kassel. 1973 bis 1976 Vorsitzender der Jungsozialisten im Bezirk Hessen-Nord, geschäftsführender Landesvorsitzender. Seit 1977 Mitglied des SPD-Landesvorstandes.

Gemeindevertreter in Calden seit 1972. Kreistagsabgeordneter von 1972 bis 1974.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1973 bis 31.10.1977 und vom 1.11.1981 bis 31.10.1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 10.9.1976.

Schmadel, Ernst SPD

Geboren am 27.3.1938 in Laubach (Kreis Gießen).

1958 Abitur an der Theo-Koch-Schule in Grünberg (Kreis Gießen). 1958 bis 1964 Studium in Marburg (Lahn). Als Angestellter des Studentenwerkes Marburg Tutor im Studentenheim. 1964 erstes Staatsexamen. 1964 bis 1965 Stipendiat am Europa-Kolleg in Brügge (Belgien), Abschluß mit 'Certificat des Hautes Etudes Européennes'. 1965 bis 1967 Referendar-ausbildung. Lehrer an der Alten Landesschule Korbach.

1970 bis 1972 Vorsitzender der Jungsozialisten, seit 1970 Unterbezirksvorsitzender der SPD in Waldeck, Mitglied des nordhessischen Bezirksvorstandes und des Landesvorstandes der SPD. Mitglied der GEW, der Europa-Union und der Arbeiterwohlfahrt.

Stadtverordneter in Korbach von 1968 bis 1972. Mitglied des Kreistags des Landkreises Waldeck von 1972 bis 1973.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 5.3.1974 bis 30.11.1974.

Schmidt (Kassel), Alfred F.D.P.

Geboren am 4.9.1938 in Korbach. Verheiratet, ein Kind.

Volksschule. Lehre als Maler, Gesellenprüfung, 1960 Meisterprüfung. Studium an der Höheren Fachschule Stuttgart mit staatlichem Abschluß. Bis Ende 1964 Geschäftsführer. 1965 Gründung eines Malerbetriebs in Kassel. Mitglied des Arbeitskreises Politik des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Seit 1962 Mitglied der F.D.P. 1964 bis 1973 Mitglied der Deutschen Jungdemokraten, 1968 deren Bezirksvorsitzender in Nordhessen. 1971 bis 1981 und ab April 1985 Mitglied des F.D.P.-Landesvorstandes, 1973 bis 1979 Kreisvorsitzender der F.D.P. in Kassel. Seit 1979 Bezirksvorsitzender der F.D.P. Nordhessen. Mitglied der Bundesmedienkommission der F.D.P. Ab 27.4.1985 stellvertretender Landesvorsitzender.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1972 bis 31.12.1974.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 30.11.1982 und ab 13.10.1983. - Stellvertretender Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion vom 5.12.1978 bis 30.11.1982. - Vizepräsident des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Schmidt, Heinrich CDU

Geboren am 11.5.1900 in Straßebersbach (Regierungsbezirk Wiesbaden).

Volksschule, Schlosserlehre.

Seit 1947 Betriebsratsvorsitzender der Buderus'schen Eisenwerke, seit 1953 Mitglied des Aufsichtsrats. Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) der Kreise Dillenburg und Biedenkopf. Mitglied der evangelischen Arbeiterbewegung. Mitglied der Gemeindevertretung seit 1948. Mitglied des Kreistags des Dillkreises von 1952 bis 1956.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1962.

Verstorben am 10.8.1977.

Dr. Schmidt, Horst SPD

Geboren am 5.6.1925 in Sprendlingen. Verheiratet, zwei Kinder. Schulbesuch in Sprendlingen, Langen und Neu-Isenburg. 1943 Abitur, anschließend Wehrdienst und bis 1946 Gefangenschaft. Studium der Medizin in Berlin und Frankfurt am Main. 1950 Staatsexamen und Promotion. Ausbildung in verschiedenen Krankenhäusern und Heilstätten. 1955 bis 1961 Leiter der Tuberkulosen-Fürsorge im Kreisgesundheitsamt Offenbach. 1957 Ernennung zum Medizinalrat. - Vom 3.10.1969 bis 4.10.1976 Hessischer Sozialminister. 1955 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte. Stadtverordneter in Sprendlingen ab 1952. Stadtverordnetenvorsteher von 1960 bis 1969. Mitglied des Deutschen Bundestages vom 17.10.1961 bis 3.11.1969. Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 23.10.1969 bis 4.10.1976. 1964 Mitglied der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 4.10.1976. Verstorben am 4.10.1976.

Schmidt (Schwalmstadt-Treysa), Karin CDU

Geboren am 17.11.1939 in Essen. Verheiratet, drei Kinder. Besuch der Volks- und Handelsschule, 1956 Abschlußprüfung. In verschiedenen Firmen als Kontoristin und 1962 bis 1967 Sekretärin im Leitungsbüro des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Fulda tätig. Seit 1968 Angestellte halbtags in einem Anwaltsbüro. Seit 1972 Mitglied der CDU. Seit 1974 stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes Schwalmstadt. Seit 1980 stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Schwalm-Eder. Seit 1976 Kreisvorsitzende der Frauenvereinigung Hessen. Seit September 1981 Mitglied des Kirchenvorstandes. Stadtverordnete in Treysa seit 1977. Kreistagsabgeordnete seit 1981. Mitglied des Hessischen Landtags seit 13.10.1983.

Schmitt, Adam SPD

Geboren am 7.7.1904 in Rimbach. Volks- und Berufsschule. Lederarbeiter. Kriegsdienst 1940 bis 1945. Seit 1946 ehrenamtlicher und von 1950 bis 30.6.1970 hauptamtlicher Bürgermeister in Rimbach (Odenwald). Seit 1920 Mitglied der Gewerkschaft. Seit 1930 Mitglied der SPD.

Seit 1949 Erster Vorsitzender der Kreisgruppe 'Weschnitztal-Überwald' im Hessischen Sängerbund. Ehrenchorleiter von drei Gesangsvereinen. Stellvertretender Verbandsvorsitzender der Bezirkssparkasse Heppenheim. Verbandsvorsteher des Mittelpunktschulverbandes Rimbach. Mitglied des Kuratoriums des Realgymnasiums der Martin-Luther-Schule in Rimbach.

Mitglied des Kreistags Bergstraße von 1948 bis 1960. Mitglied des Kreisausschusses ab 1960. Erster Kreisbeigeordneter (Vertreter des Landrats) ab 1964.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970.

Verstorben am 30.10.1982.

von der Schmitt, Konrad KPD

Geboren am 30.1.1887 in Darmstadt.

Volksschule, Realgymnasium, Reifeprüfung. Studium in Gießen und München, Prüfung für das höhere Lehramt. Seit 1910 an verschiedenen Schulen in Hessen tätig. 1915 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1928 aus dem Schuldienst ausgeschieden, hauptamtlicher KP-Funktionär. Bis 1933 beim Arbeitsamt Offenbach beschäftigt. 1933 entlassen, im Konzentrationslager Dachau inhaftiert. 1945 kommissarischer Leiter des Arbeitsamtes Offenbach. 1946 bis 1949 Schulrat im Hessischen Kultusministerium.

Stadtverordneter in Offenbach von 1923 bis 1925.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 7.12.1924 bis 7.12.1931.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung vom 30.8.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 15.10.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 15.9.1951.

Schmitt, Rudi SPD

Geboren am 8.1.1928 in Frankfurt am Main. Verheiratet, drei Töchter. Volksschule in Frankfurt am Main, Lehrerbildungsanstalt, Kriegsdienst. Nach dem Kriege Fortsetzung der Lehrerbildung in Frankfurt am Main. Mai 1946 Lehramtsanwärter in Frankfurter Volksschulen, erste und zweite Lehrerprüfung, 1954 Realschullehrerprüfung für Geschichte und Sozialkunde. - 1960 Stadtrat in Wiesbaden (Kultur, Schule,

Sport). - Vom 1.2.1968 bis 1980 Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden. Seit 1946 Mitglied der ÖTV und seit 1950 Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Seit 1947 Mitglied der SPD. 1958 bis 1960 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Frankfurt, 1970 bis 1972 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Wiesbaden. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Mitglied des Deutschen Bundestages seit 4.11.1980. 1959 Mitglied der 3., 1984 der 8. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.2.1954 bis 31.1.1968.

Schmüser, Hans KPD

Geboren am 19.12.1895 in Frankfurt am Main.
Kaufmann aus Bensheim-Auerbach.
Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.
Verstorben am 3.1.1983.

Schnabel, Karl SPD

Geboren am 14.3.1938 in Dortmund. Verheiratet, drei Kinder.
Volksschule in Höxter. 1953 bis 1957 Lehre als Klempner und Installateur in Oberhausen. 1957 bis 1960 Wehrdienst, Stabsunteroffizier der Reserve. 1960 bis 1963 Lehre als Zentralheizungsbauer.
Mitglied der IG Metall. Seit 1961 Mitglied der SPD. Mitarbeit in Vorständen der Jungsozialisten, u.a. als Kreisvorsitzender und stellvertretender Bezirksvorsitzender Hessen-Nord. Seit 1962 Mitarbeit im Kreis- und Unterbezirksvorstand der SPD. 1970 bis 1974 SPD-Unterbezirksvorsitzender Marburg-Stadt. 1974 bis 1976 stellvertretender Vorsitzender und im Februar 1986 zum Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Marburg-Biedenkopf gewählt. Mitglied des Bezirksausschusses Hessen-Nord.
Stadtverordneter der Stadt Marburg von 1965 bis 1982, ehrenamtlicher Stadtrat von 1972 bis 1974 und seit 1982. Mitglied des Kreistags des Kreises Marburg-Biedenkopf seit Oktober 1974.
1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Schneider, Alfred SPD

Geboren am 2.9.1907 in Zeisewitz (Oberschlesien).
Volksschule, Gymnasium in Neustadt (Oberschlesien). 1927 bis 1931 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau und München.

1931 Gerichtsreferendar, 1934 Gerichtsassessor. Seit 1934 Hilfsrichter, 1939 Amtsgerichtsrat in Oppeln. Februar 1946 Amtsgerichtsrat in Bayern, seit 1946 Amtsgerichtsrat in Dillenburg. - 1952 bis 1973 Landrat für den Oberlahnkreis.

Mitglied des Kreisvorstandes und des Unterbezirksvorstandes der SPD des Dillkreises. Landesvorsitzender im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. - 1967 bis 1971 Präsident der Hessischen Sparkassen und Girobanken Frankfurt, 1963 bis 1967 und 1971 bis 1973 dessen Vizepräsident. 1954 bis 1973 Vorsitzender der Kommission Schadensausgleich Hessen, Wiesbaden. 1967 bis 1973 stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Hessen-Nassauischen Versicherungsanstalten Wiesbaden. 1970 bis 1973 Vorstandsmitglied im Versicherungsverband für Gemeinden und Gemeindeverbände Köln. 1967 bis 1971 Verwaltungsratsvorsitzender der Hessischen Landesbank.

Mitglied des Kreistags und zweiter Kreisdeputierter seit 1948.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Schneider, Heinrich SPD

Geboren am 9.11.1905 in Dorlar (Regierungsbezirk Wiesbaden).

Volks- und Berufsschule. Maurerlehre. Volkshochschule. Tätigkeit bei der Sozialistischen Arbeiterjugend und Gewerkschaft. Journalist. 1933 Schutzhaft, anschließend Polizeiaufsicht, Berufsverbot als Journalist. Nach 1933 als Maurer und Maurerpolier tätig. Kriegsteilnehmer. Nach Entlassung aus Kriegsgefangenschaft Parteisekretär in Marburg. - Vom 19.1.1955 bis 2.10.1969 Hessischer Innenminister. - Vom 28.1.1959 bis 2.10.1969 stellvertretender Ministerpräsident.

Mitglied des Kreisausschusses (Erster Beigeordneter) ab 1946.

Mitglied des Bundesrates vom 25.1.1955 bis 27.1.1959, stellvertretendes Mitglied vom 29.1.1959 bis 23.10.1969.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 31.1.1971. - Fraktionssekretär der SPD-Landtagsfraktion von 1948 bis 1952. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 14.1.1953 bis 11.1.1955.

Verstorben am 22.1.1980.

Schneider (Wiesbaden), Herbert SPD

Geboren am 22.6.1942 in Wiesbaden. Verheiratet.

Volksschule. 1958 bis 1961 Klischeeätzerlehre, anschließend Grundwehrdienst in der Bundesmarine.

Bis 1982 Vorsitzender der Gewerkschaft IG Druck und Papier in Wiesbaden. Seit 1982 DGB-Kreisvorsitzender.

Stadtverordneter in Wiesbaden von 1972 bis 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Schneider (Bickenbach), Karl SPD

Geboren am 21.5.1934 in Mainflingen (Kreis Offenbach). Verheiratet, ein Kind.

1954 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Frankfurt am Main und Marburg. Beide juristische Staatsexamen. Tätigkeit beim Vorstand der IG Metall. 1963 Eintritt in den hessischen Staatsdienst. Seit 1966 beim Landkreis Darmstadt, zuletzt Rechtsdirektor. - Vom 13.5.1980 bis 4.7.1984 Hessischer Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten. - Seit 4.7.1984 Hessischer Kultusminister. Seit 1954 Mitglied der SPD. Seit 1956 in der Gewerkschaft ÖTV. Tätigkeit bei den Jungsozialisten, im Sozialistischen Studentenbund und in der gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft an der Universität. Unterbezirksvorsitzender der SPD Darmstadt-Dieburg.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates seit 3.6.1980.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 8.5.1973. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 7.12.1974 bis 18.10.1976, Vorsitzender vom 18.10.1976 bis 26.3.1980.

Dr. Schneider, Ludwig FDP

Geboren am 20.12.1893 in Niedermörlrich (Kurhessen).

Volksschule, Lehre, Angestellter, Soldat (zweimal verwundet). Abitur als Externer. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg. 1921 Referendar, 1924 Assessor. - 1925 Bürgermeister der Stadt Plettenberg (Westfalen), 1930 Oberbürgermeister der Stadt Lüdenscheid (Westfalen), 1935 Oberbürgermeister der Stadt Waldenburg (Schlesien). - 1940 leitende Stellung in der Berliner Metallindustrie. 1948 Verwaltungsrichter.

Stadtverordneter in Kassel vom 26.11.1956 bis 31.10.1964, ehrenamtlicher Stadtrat vom 26.5.1952 bis 26.11.1956.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung. - Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1966.
Verstorben am 26.2.1977.

Schneider, Martin GB/BHE

Geboren am 22.10.1892 in Karthaus (Regierungsbezirk Danzig).
Abitur. Schiffsbaustudium in Danzig. Kriegsteilnehmer, mehrfach verwundet. Dienst im Baltikum und Grenzschutz Ost. Studium an der Handelshochschule und Universität in Königsberg, 1922 Diplomkaufmann. Bis 1924 Geschäftsführer, später selbständiger Wirtschaftsberater. Kriegsteilnehmer im Zweiten Weltkrieg, verwundet. Dienst in der 'Organisation Todt'.

1953 Gründung des Technischen Hilfswerks, dessen Vorsitzender.
1949 Gründung der Demokratischen Wahlgemeinschaft im Kreis Waldeck; später Übertritt zum GB/BHE.
Stadtrat in Korbach von 1952 bis 1958, Stadtverordneter von 1949 bis 1952 und von 1956 bis 1960. Kreistagsabgeordneter.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 18.2.1955 bis 30.11.1958.
Verstorben am 14.7.1967.

Dr. Schneider, Walter SPD

Geboren am 16.1.1925 in Haiger. Verheiratet, zwei Kinder.
Abitur, 1943 bis 1945 Wehrdienst. Studium der Landwirtschaft in Gießen, Diplom-Landwirt. 1952 bis 1968 kaufmännischer Angestellter in der Industrie. Seit 1968 Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt in Gießen.
1976 Vorsitzender des Unterbezirks der SPD in Gießen. Mitglied der Gewerkschaft ÖTV.

Stadtverordneter in Gießen seit 1964, sechs Jahre Fraktionsvorsitzender.
Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1973 bis 31.10.1985.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 10.3.1977 bis 30.11.1978.

Dr. Schnell, Edgar CDU

Geboren am 26.10.1896 in Hamburg-Blankenese.
Realgymnasium. Kriegsdienst 1914 bis 1917. Studium (Philosophie, Literaturwissenschaften, Geschichte) in Göttingen, Hamburg und München.
1921 Promotion und Staatsexamen. Bis 1929 Studienrat in Hamburg.
Wegen schwerer Kriegsbeschädigung pensioniert, seitdem schriftstelleri-

sche Tätigkeit. 1940 bis 1945 Hauptsachbearbeiter im Präsidium des Reichsluftschutzbundes. 1953 stellvertretender Leiter der Volkshochschule Eschwege.

1946 Ortsvorsitzender der CDU, 1950 Kreisvorsitzender der CDU, 1954 Mitglied des Landesvorstandes und des Bundesparteiausschusses.

Kreistagsabgeordneter in Eschwege 1948.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Verstorben am 29.10.1974.

Schnell, Hildegard CDU

Geboren am 21.8.1908 in Schwarzholz (Regierungsbezirk Magdeburg).

Mittlere Reife. Zwei Jahre ländliche Hauswirtschaftslehre, Gehilfinnenprüfung, Höhere Handelsschule mit Abschlußprüfung, Volontärin, dann praktisch tätig. Nach Verheiratung 1933 in Peru ansässig. Einige Expeditionen ins Innere des Landes. 1942 ausgewiesen und in Texas interniert. Ende 1942 nach Deutschland ausgetauscht. Bis 1945 in Schlesien wohnhaft. Flucht auf den väterlichen Hof in der Altmark, der Ende 1945 enteignet wurde. Seit Ende 1946 in der Bundesrepublik. Seit 1949 in der Landfrauenarbeit tätig. 1951 Kreisvorsitzende des Landfrauenverbandes Schlüchtern.

Ab Februar 1952 Mitglied der CDU. 1964 CDU-Kreisvorsitzende. 1970

Erste Vorsitzende des Büros für staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.

Mitglied des Kreistags Schlüchtern von 1952 bis 1956. Stadtverordnete in Salmünster von 1961 bis 1964.

1964 Mitglied der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags von 1.12.1958 bis 30.11.1970.

Verstorben am 2.3.1986.

Dr. Schönwandt, Friedrich LDP

Geboren am 16.10.1901 in Worms.

Geschäftsführer der Handwerkskammer Kassel.

Stellvertretender Landesvorsitzender der LDP.

Ehrenamtlicher Stadtrat in Kassel.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 15.1.1973.

Schoppe, Hermann CDU

Geboren am 4.4.1937 in Offenbach am Main. Verheiratet.
1957 Abitur. Bis 1959 Lehre als Industriekaufmann, Kaufmannsgehilfenprüfung. 1959 bis 1964 Studium der Wirtschaftspädagogik. Erstes Staatsexamen als Diplom-Handelslehrer. Von 1964 bis 1966 Studienreferendar an verschiedenen beruflichen Schulen. 1966 zweites Staatsexamen. 1966 bis 1978 Lehrer an der kaufmännischen Berufsschule und am Wirtschaftsgymnasium in Offenbach. Fünf Jahre Mitglied des Schulpersonalrats, davon die letzten vier Jahre als dessen Vorsitzender.
Verschiedene Parteiämter, u.a. stellvertretender Vorsitzender der örtlichen Sozialausschüsse. Seit 1975 Kreisvorsitzender der CDU Offenbach. Seit 1975 Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Untermain. Seit 1978 Mitglied des Schul- und Kulturausschusses des Hessischen Städtetages. Seit 1981 Landesvorstandsmitglied des Hessischen Volkshochschulverbandes sowie des Landeskuratoriums für Erwachsenenbildung.
Mitglied der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung seit 1968, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von 1972 bis 1979. Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher in Offenbach von 1977 bis 1981. - Mitglied des Verbandstages des Umlandverbandes Frankfurt am Main von 1975 bis 1983.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Dr. h.c. Schröder, Ernst FDP

Geboren am 11.2.1893 in Krefeld.
1924 bis 1933 in beruflichen Organisationen des Gartenbaus und anderer Wirtschaftsgruppen tätig. - Seit 1936 Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender im Vorstand der Deutschen Hagelversicherungsgesellschaft Berlin, 1948 Zweigniederlassung Wiesbaden. Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaues e.V. in Frankfurt am Main. - 1953 Ehrendoktor der Technischen Hochschule Hannover.
Seit 1922 Mitglied der Deutschen Volkspartei, nach dem Zweiten Weltkrieg der FDP.
Stadtverordneter in Krefeld von 1924 bis 1933.
Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags von 1925 bis 1928.
Mitglied des Preußischen Landtags von 1928 bis 1932.
Mitglied des Deutschen Reichstags vom 6.11.1932 bis 1.2.1933.
1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1958. - Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 1.12.1950 bis 30.11.1958. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 7.12.1950 bis 11.12.1958.

Verstorben am 20.2.1976.

Schroeder, Udo SPD

Geboren am 13.9.1937 in Grevenbroich.

Studium: Germanistik und Geschichte in Frankfurt am Main. Erstes und zweites Staatsexamen. Seit 1948 wohnhaft in Wiesbaden.

Stadtverordneter in Wiesbaden von 1968 bis 1970.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1978.

Schroeder, Walter FDP

Geboren am 13.7.1894 in Vegesack.

Realschule in Wiesbaden-Biebrich und Reformrealgymnasium in Wiesbaden, Primareife. 1916 bis 1919 Militärdienst. 1913 bis 1924 im Bankfach und in der Industrie tätig. 1924 bis 1933 Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei. 1933 bis 1934 Journalist. 1934 bis 1945 leitende Stellungen beim Reichsluftschutzbund. 1946 Gartenbauhilfsarbeiter, 1947 Bauhilfsarbeiter. - 1948 Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 25.8.1954 bis 30.11.1954 und vom 14.10.1957 bis 30.11.1958.

Verstorben am 11.11.1976.

Prof. Dr. Schütte, Ernst SPD

Geboren am 11.7.1904 in Wanne-Eickel.

1918 bis 1930 Arbeiter und Angestellter. Abendschule, 1930 Reifeprüfung. 1930 bis 1935 Studium (Geschichte, Deutsch, Philosophie, Erdkunde) in Leipzig, Heidelberg und Freiburg; erstes und zweites Staatsexamen für das höhere Lehramt; 1936 Promotion. 1935 bis 1940 im Schuldienst tätig, zuletzt als Studiendirektor. 1940 bis 1945 Soldat. 1945 bis 1956 Professor für Geschichte und Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Kettwig. - 1956 bis 1959 Ministerialdirigent im Nordrhein-Westfälischen Kultusministerium. - Vom 28.1.1959 bis 30.1.1963 Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung und vom 31.1.1963 bis 2.10.1969 Hessischer Kultusminister.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 29.1.1959 bis 23.10.1969.
1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1970.
Verstorben am 24.10.1972.

Schulze, Hans-Joachim CDU

Geboren am 6.10.1936 in Danzig.

Nach Flucht im Jahre 1945 Schulbesuch in Cuxhaven und Petershagen (Weser) bis zum Abitur. Danach Studium in Aachen und Würzburg; Diplom-Prüfung für Kaufleute an der Universität Würzburg. Anschließend Industrietätigkeit in größeren Unternehmen der Gießerei-Industrie und des Maschinenbaus; zuletzt Prokurist und kaufmännischer Leiter einer Gießerei in Battenberg (Eder). Von Juni 1974 bis Oktober 1982 hauptamtlicher Kreisbeigeordneter des Landkreises Waldeck-Frankenberg.

1970 Gründer und Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Battenberg (Eder). 1971 Vorstandsmitglied des CDU-Kreisverbandes Frankenberg; seit 1971 Vorstandsmitglied der Sektion des Wirtschaftsrates der CDU e.V. - Seit 1979 Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Nordhessen. Seit April 1986 Vorsitzender der Sektion Waldeck-Frankenberg der Gesellschaft für Wehrkunde e.V.

Erster Stadtrat der Stadt Battenberg ab 1972. Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter des Landkreises Frankenberg von 1972 bis 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 4.8.1983 und seit 15.1.1985.

Dr. Schuster, Arnold CDU

Geboren am 11.3.1890 in Cubach (Oberlahnkreis).

Volksschule, Humanistisches Gymnasium, Universität. Gerichtsassessor, Regierungsassessor, Regierungsrat, Landrat, bis 1933 Oberregierungsrat. 1935 bis 1943 Möbelhändler in Gießen. - 1945 bis 1948 Landrat des Untertaunuskreises.

Seit 1910 Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei. Nach 1918 Mitglied der Demokratischen Partei bzw. Staatspartei bis zu deren Auflösung. Seit 1945 Mitglied der CDU.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 1.8.1969.

Schwab, Ludwig Franz CDU

Geboren am 5.9.1921 in Klein-Krotzenburg. Verheiratet, zwei Kinder. Gymnasium in Seligenstadt und Offenbach am Main. 1940 Eintritt in den gehobenen Dienst der Finanzverwaltung. Seit 1941 Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. Danach Sachbearbeiter beim Finanzamt Offenbach. 1948 Steuerinspektorprüfung, anschließend Betriebsprüfer. 1955 Großbetriebs- und Konzernprüfer beim Finanzamt Darmstadt, 1970 Leiter einer Betriebsprüfstelle als Steuerrat. Seit 1947 Mitglied des Bundes deutscher Steuerbeamten. 1974 vom Minister der Finanzen zum Steuerberater bestellt.

Mitglied der CDU seit 1952. Seit 1969 Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Offenbach-Land.

Gemeindevertreter seit Mai 1948, Vorsitzender der Gemeindevertretung ab 1964, zum Gemeindeältesten 1968 ernannt. Mitglied des Kreistags des Landkreises Offenbach seit 1960. Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain seit 1965.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1982.

Schwalba-Hoth, Frank GRÜNE

Geboren am 12.12.1952 in Hamburg.

Grundschule in Dassendorf (Sachsenwald), Gymnasium in Geesthacht (Elbe).

Abitur. Wehrdienst. Ab 1974 geisteswissenschaftliches Studium an der Universität Marburg. Nach dem ersten Staatsexamen 1981 Referendariat in Bensheim und Marburg. Ab 1976 Mitarbeit beim 'Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID)'. 1977/78 Mitorganisation des 'III.Russell-Tribunals über die Verletzung von Menschenrechten in der BRD'. 1979 Mitbegründer der Initiative 'Die Tageszeitung (taz)' Marburg.

1978 bis 1980 Präsident des Marburger Studentenparlaments für die 'Linke Liste (LiLi)' bzw. die 'Grün-Bunt-Alternative Liste (BGAL)'. Mitbegründer 1978 der 'Grüne Liste Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW)' und der 'Grüne Liste Hessen (GLH)', 1980 des Bundes- und Landesverbandes der Partei 'DIE GRÜNEN'. 1981/82 Mitglied des hessischen Landesvorstandes und dessen Sprecher.

Mitglied des Europa-Parlaments seit 1984.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 4.8.1983.

Dr. Schwarz-Schilling, Christian CDU

Geboren am 19.11.1930 in Innsbruck.

1950 Abitur in Berlin. 1950 bis 1956 Studium der Geschichte und ostasiatischen Kultur- und Sprachwissenschaften in Berlin und München. 1956 Promotion. 1956 bis 1957 Volontärzeit bei der Deutschen Bank in Hamburg. Oktober 1957 Übernahme der Geschäftsführung der Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH, Bidingen. - Seit Oktober 1982 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

1960 Eintritt in die CDU. Seit 1963 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Bidingen. Seit 1964 Mitglied des Landesvorstandes der CDU. Seit 1967 stellvertretender Landesvorsitzender und 1967 bis 1980 Generalsekretär der CDU Hessen. Seit November 1969 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. - Seit 1971 Mitglied des Fernsehrates des Zweiten Deutschen Fernsehens; stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsforums Hessen e.V. - Seit 1975 Vorsitzender des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU. - Seit 1977 stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Seit 1979 Mitglied des politischen Büros der Europäischen Volkspartei. Präsident des Exekutivbüros der Europäischen Mittelstands Union (EMSU).

Mitglied des Kreistags Bidingen von 1964 bis 1968.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 14.12.1976.

1969 Mitglied der 5., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 13.12.1976. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 17.11.1970 bis 13.12.1976.

Schwarzhaupt, Wilhelm LDP

Geboren am 4.10.1871 in Schlüchtern.

Lehrer. Oberschulrat in Frankfurt am Main.

Vor 1918 Mitglied der Nationalliberalen Partei, von 1918 bis 1933 der Deutschen Volkspartei.

Mitglied des Preußischen Landtags von 1919 bis 1933.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Vorsitzender der LDP-Fraktion vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 16.8.1971.

Seiboldt, Ludwig CDU

Geboren am 14.11.1941 in Frankfurt am Main-Nieder-Eschbach. Verheiratet, zwei Kinder.

Volksschule, landwirtschaftliche Lehre, Fachschule, Höhere Landbauerschule. 1963 bis 1966 Sachbearbeiter für Agrarstrukturverbesserung in Baden-Württemberg und Hessen; 1966 bis 1977 Projektleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter für landwirtschaftliche, regional-, stadt- und landschaftsplanerische Entwicklungsaufgaben in Süddeutschland und Nordrhein-Westfalen. Von 1977 bis 1979 Verwaltungsangestellter im Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt am Main in der Abteilung Planungsgrundlagen, Versorgung, Umwelt und Sonderaufgaben. - Seit 16.1.1984 Bürgermeister der Stadt Lich.

1963 bis 1970 Kreisvorsitzender der Jungen Union Kreis Friedberg; 1970 bis 1972 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Kreis Friedberg und Vorsitzender des Agrar-Arbeitskreises.

Fraktionsvorsitzender im Ortsbeirat Frankfurt am Main-Nieder-Eschbach und Stadtbezirksvorsteher. Abgeordneter des Umlandverbandes Frankfurt am Main und Mitglied des Planungsausschusses.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 28.2.1979 bis 4.8.1983.

Seiboth, Frank GB/BHE GDP GDP/BHE GPD/BHE

Geboren am 9.5.1912 in Proschwitz (Bezirk Gablonz).

Maschinenbaustudium. Dienstzeit in der tschechoslowakischen Armee. Danach in der Gablonzer Industrie, zugleich politisch und journalistisch tätig. Kriegsdienst. Ab 1942 in Prag sozialpolitische Betreuung der tschechischen Arbeiterschaft. 1945 durch die Tschechen verhaftet, bis 1948 interniert, ausgewiesen. Bis 1953 Journalist, seit April 1957 Verlagsgeschäftsführer, 1962 bis 1968 Geschäftsführer der staatlichen Sportwetten GmbH und der staatlichen Zahlenlotto GmbH Hessen. - Von Januar 1967 bis Dezember 1974 Staatssekretär beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

Seit 1950 Mitglied des Sudetendeutschen Rates. 1950 bis 1954 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes der Heimatvertriebenen in Hessen, 1953 bis 1955 Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 1954 bis 1957 Vorsitzender des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft. - 1955 bis 1958 stellvertretender Bundesvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender, 1958 bis 1960 Bundesvorsitzender des GB/BHE bzw. der GDP/BHE.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 6.10.1953 bis 6.10.1957. Stellvertretender Vorsitzender der GB/BHE-Bundestagsfraktion.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966. - Vorsitzender der GB/BHE-Landtagsfraktion vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.

Dr. Seipel, Wilhelm FDP

Geboren am 23.10.1898 in Leeheim (Regierungsbezirk Darmstadt).

Realgymnasium. Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft, Geschichte. Diplom-Volkswirt, Doktor der Staatswissenschaften. 1928 bis 1945 höherer Beamter in der Arbeitsverwaltung. Leiter von Arbeitsämtern, Abteilungsleiter eines Landesarbeitsamtes, Gauarbeitsamtspräsident. Nach 1945 freiwirtschaftlich tätig.

Kreisvorsitzender der FDP im Kreis Groß-Gerau.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 26.1.1951 bis 4.8.1954.

Verstorben am 21.5.1968.

Seipp, Wilhelm SPD

Geboren am 3.9.1906 in Lollar (Kreis Gießen).

Volksschule. Handwerkslehre, Ausbildung als Tiefbauingenieur. Als Bauingenieur in der Bauindustrie tätig. - Bis 1933 ehrenamtliche Tätigkeit in Partei und Kommunalverwaltung. Ab 1945 ehren- und hauptamtlich in der Kommunalverwaltung tätig. 1946 bis 1948 Kreisamtmann beim Landratsamt Gießen, 1948 bis 1954 Kreisamtmann beim Landratsamt Groß-Gerau. - 1954 bis 1963 Landrat des Landkreises Groß-Gerau.

Seit 1923 Mitglied der SPD.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 11.10.1963.

Verstorben am 11.10.1963.

Seitz, Ingeborg CDU

Geboren am 18.5.1924 in Magdeburg.

1942 Abitur in Dramburg (Hinterpommern). Arbeitsdienst, Kriegshilfsdienst. Studium der Philologie in Jena (Erdkunde, Deutsch und Geschichte). 1946 bis 1948 ländliche Hauswirtschaftslehre, Gehilfinnenprüfung, vier Semester an der Höheren Landfrauenschule. 1950 erstes Staatsexamen. Zwei Semester pädagogische Ausbildung in Weilburg und München. 1953 zweites Staatsexamen als Lehrerin der ländlichen

Hauswirtschaftskunde, anschließend an verschiedenen Landwirtschaftsämtern in Hessen als Lehr- und Beratungskraft tätig.

1961 bis 1980 Mitglied des Bezirksvorstandes des Landfrauenverbandes. Seit 1978 im Vorstand der Verbraucherzentrale Hessen. Seit 1980 Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Hessen, Mitglied im Bundesvorstand der Frauenvereinigung. Seit Oktober 1985 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Südhessen.

Kreistagsabgeordnete seit 1968, stellvertretende Kreistagsvorsitzende seit 1979, Fraktionsvorsitzende von 1972 bis 1982.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Dr. Selbert, Elisabeth SPD

Geboren am 22.09.1896 in Kassel.

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1929 erste Staatsprüfung, 1930 Dr. jur., 1934 große Staatsprüfung. 1934 Rechtsanwältin in Kassel. Seit 1918 Mitglied der SPD. 1945 bis 1958 Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Kassel. 1946 bis 1958 Mitglied des Parteivorstandes der SPD. Mitglied des Gemeindeparlamentes der Kasseler Vorortgemeinde Niederzwehren von 1919 bis 1927. Stadtverordnete in Kassel vom 26.5.1946 bis 5.5.1952.

Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948/49.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1958.

Verstorben am 9.6.1986.

Sevenich, Maria CDU

Geboren am 27.4.1907 in Köln.

Volksschule, Handelsschule, Büroangestellte. Im Abendgymnasium vorbereitet auf Sonderbegabten-Abitur. 1929 Lincoln-Stiftung, Studium der Philosophie und Rechtswissenschaften in Frankfurt.

Seit dem 16. Lebensjahr Mitglied der Kommunistischen Jugend, später Rote Studentengruppe in Frankfurt. 1933 Widerstandsarbeit gegen Hitler-Regime, 1933 verhaftet. Nach Entlassung Flucht in die Schweiz, von dort 1937 als politische Emigrantin nach Frankreich. Hier Studium der französischen Sprache. Abkehr vom Marxismus und Wendung zum

Katholizismus. 1942 von Gestapo nach Deutschland zurückgebracht, Hochverratsprozeß, Zuchthausurteil. Nach Strafverbüßung Gestapohaft/KZ bis Kriegsende. 1945 von Amerikanern befreit. - Tätig als freie Schriftstellerin. - Vom 13.10.1965 bis 1967 Niedersächsische Ministerin für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge.

1945 maßgebliche Beteiligung bei der Gründung der CDU in Hessen; 1948 Austritt aus der CDU wegen grundsätzlicher Differenzen wirtschafts- und sozialpolitischer Art. 1949 Mitglied der SPD.

Mitglied des Niedersächsischen Landtags von 1949 bis 1970.

Mitglied des Bundesrates vom 13.10.1965 bis 4.7.1967.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 3.3.1970.

Siara, Walter CDU

Geboren am 8.4.1899 in Ratibor.

Volksschule, gewerbliche Fortbildungsschule. Lehre als Maschinenschlosser und Vorzeichner. Kriegsteilnehmer. Seit 1920 hauptamtliche Tätigkeit im Christlichen Metallarbeiterverband, zunächst in Kattowitz, dann in Hindenburg. Zahlreiche Ehrenämter in sozialpolitischen Ausschüssen. 1934 bis 1939 Handelsvertreter, seit 1939 kaufmännischer Angestellter, später Abteilungsleiter.

Stadtverordneter in Hindenburg seit 1927, Stadtverordnetenvorsteher von 1929 bis 1933. Aller Ämter enthoben 1933.

Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 24.2.1948 bis 7.9.1949.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 12.2.1948.

Verstorben am 18.6.1959.

Dr. Simon, Günter SPD

Geboren am 6.12.1940 in Gießen.

Volksschule, Gymnasium. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1964 erste juristische Staatsprüfung, 1968 zweite juristische Staatsprüfung, 1969 Promotion zum Dr.jur. 1968 bis 1971 Kriegsopferverwaltung des Landes Hessen. 1971 bis 1972 persönlicher Referent des Hessischen Sozialministers. - 1972 bis 1976 Bürgermeister in Egelsbach. - Von 1976 bis 1982 Erster (hauptamtlicher) Kreisbeigeordneter des Kreises Hersfeld-Rotenburg.

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hersfeld-Rotenburg. Mitglied des Vorstands des SPD-Bezirks Hessen-Nord. - Mitglied der Gewerkschaft ÖTV. Vorsitzender des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände in Hessen. Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (Kreisverband Hersfeld-Rotenburg). Mitglied des Vorstandes der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Hessen-Nord.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.11.1977 bis 31.10.1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Spangenberg, Johanna SPD

Geboren am 1.7.1894 in Trechtingshausen.

Studium der Psychologie. Volksschullehrerin, Mitbegründerin einer Versuchsschule in Gera (Thüringen). Bis 1933 Stadträtin, danach entlassen. 1933 bis 1945 psychotherapeutische Tätigkeit in Berlin. 1945 Ruf an die Frankfurter Schule für soziale Berufe und Leiterin der Erziehungs- und Jugendberatungsstelle in Frankfurt am Main. 1951 bis 1959 Abteilungsleiterin für Erwachsenenbildung beim Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung in Wiesbaden. Mitglied der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft und der Filmbewertungsstelle. Zahlreiche Ehrenämter in der Erwachsenenbildung.

Mitglied des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung seit 1949.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 16.6.1979.

Sprenger, Gerhard SPD

Geboren am 13.12.1929 in Kassel.

Realgymnasium, Abitur. 1950 bis 1954 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Referendarexamen. Tätigkeit bei Gerichten, Behörden und Kommunalverwaltungen. Leiter des Rechtsamtes sowie des Ausgleichsamtes des früheren Landkreises Hersfeld und zuletzt Leiter der Außenstelle Nordhessen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. 1958 Oberrechtsrat bei der Kreisverwaltung in Bad Hersfeld. Seit dem 1.4.1979 Beauftragter des Landes Hessen für Angelegenheiten des Grenzgebietes zur DDR in Bad Hersfeld.

1946 bis 1956 Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands 'Die Falken', mehrere Jahre als Vorsitzender des Bezirks Hessen-Nord. Von

1954 bis 1966 Mitglied des Landesjugendwohlfahrtsausschusses Hessen. Seit 1951 Mitglied der SPD. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg (Fulda) von 1959 bis 1969. Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1956 bis 9.10.1958; Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion in Bad Hersfeld seit 1963. 1969 Mitglied der 5., 1974 der 6. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1974.

Spruck, Arnold CDU

Geboren am 9.9.1934 in Gießen. Verheiratet, drei Kinder. Volksschule Nidda, vier Jahre Gymnasium Nidda. Malerlehre, 1957 Meisterprüfung, 1970 bis 1979 Obermeister der Malerinnung Büdingen, 1976 bis 1979 Kreishandwerksmeister im Wetteraukreis. Seit 1956 Mitglied der CDU, 1960 bis 1964 Kreisvorsitzender der Jungen Union, 1963 bis 1972 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Mittelhessen. 1969 bis 1981 Mitglied des Landesvorstandes der CDU-Mittelstandsvereinigung, 1972 bis 1975 deren Landesvorsitzender. - 1976 bis 1979 Sozialrichter beim Sozialgericht Gießen. - Seit 1978 Vorstandsmitglied im Landesinnungsverband des Malerhandwerks. Seit 1979 Mitglied des Handwerksrates beim Zentralverband des Deutschen Handwerks. Seit 1979 Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden und Verwaltungsratsvorsitzender der Kreditgarantiegesellschaft des Hessischen Handwerks GmbH. Mitglied des Kreistags Büdingen von 1960 bis 1963. Mitglied des Kreis-ausschusses des Kreises Büdingen von 1963 bis 1972, des Wetteraukreises von 1972 bis 1977. Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain von 1970 bis 1977. Mitglied des Hessischen Landtags seit 14.12.1976.

Stanitzek, Reinhold CDU

Geboren am 1.8.1939 in Guttentag (Oberschlesien); römisch-katholisch. Verheiratet, ein Kind. Seit 1946 in Heringen (Werra) wohnhaft. 1959 Abitur an der Werratal-Schule in Heringen. Wehrdienst in einer Panzergrenadier-Einheit. Seit 1960 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg. 1965 erstes juristisches Staatsexamen, anschließend Studium der Volkswirtschaft und wissenschaftliche Tätigkeit am Institut für Völkerrecht. 1972 zweite juristische Staatsprüfung. Danach Tätigkeit

als Richter an den Landgerichten Kassel und Fulda sowie an den Amtsgerichten Bad Hersfeld und Fulda.

Während der Studienzeit Vorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) an der Philipps-Universität Marburg, 1962 Landesvorsitzender von Hessen, 1963 stellvertretender Bundesvorsitzender. 1965 Vorsitzender der Jungen Union Osthessen. 1970 bis 1974 Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen. Mitglied des Landesvorstandes der CDU. Seit 1972 CDU-Kreisvorsitzender. Seit April 1985 Vorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier in Hessen.

Stadtverordnetenvorsteher in Bad Hersfeld von 1977 bis 1981.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Hersfeld von 1968 bis 1972, des Kreistags des Kreises Hersfeld-Rotenburg seit 1972; Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Hersfeld-Rotenburg von 1972 bis 1977.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Starzacher, Karl SPD

Geboren am 3.2.1945 in St. Veit an der Glan. Verheiratet, vier Kinder. Schule in Langsdorf und Frankfurt, dort nach dem Abitur Jura-Studium. Nach dem ersten Staatsexamen mehrjährige insbesondere rechtsvergleichende Tätigkeit an den Universitäten Frankfurt am Main und Gießen. Referendarausbildung in Gießen. Nach dem zweiten Staatsexamen Referent in der Hessischen Staatskanzlei. Ab November 1976 Referent im Hessischen Justizministerium, zuletzt Presse- und Parlamentsreferent. Rechtsanwalt.

Ab 1969 in der SPD aktiv als Ortsvereinsvorsitzender in Langsdorf. Später Ortsvereinsvorsitzender in Lich.

Gemeindevertreter in Langsdorf; Fraktionsvorsitzender. Stadtverordneter in Lich.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Gießen; Kreistagsvorsitzender von 1979 bis 1981; Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion ab 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.- Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion seit 26.6.1984.

Steckel (Künstlername: Mihaly, Jo), Elfriede KPD

Geboren am 25.4.1902 in Schneidmühl (Posen).

1920 bis 1925 Ballett- und Tanzunterricht mit anschließender Tätigkeit als Künstlerin.

1945 Mitbegründerin der Freien Deutschen Kulturgesellschaft Frankfurt

am Main. 1945 bis 1949 Geschäftsführerin der Freien Kulturgesellschaft Frankfurt am Main.

Mitglied der Stadtkommission Frankfurt am Main von 1945 bis 1946.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 15.5.1946 bis 14.7.1946.

Dr. Stegmann, Ernst Günther GPD/BHE

Geboren am 6.6.1900 in Kaczagorka.

Besuch des Reform-Gymnasiums in Krotoschin. 1918 bis 1920 Kriegsteilnehmer. Danach Lehre der Landwirtschaft in verschiedenen Betrieben der Provinz Posen. 1923 Ausweisung durch die Polen wegen Teilnahme an Grenzschutzkämpfen. 1923 Studium der Land- und Volkswirtschaft an der Universität in Breslau. Danach selbständiger Landwirt und Industrietätigkeit. - 1926 bis 1933 Amtsvorsteher und Bürgermeister mehrerer Gemeinden. - 1939 bis 1945 Kriegsteilnehmer. - Ab 1.7.1960 Leiter der Außenstelle der Siedlungsgesellschaft Hessische Heimat Kassel in Marburg.

1950 bis 1957 Kreisvorsitzender des BvD-Kreisverbandes Wolfhagen und von 1960 bis 1963 des Kreisverbandes Kassel. Seit 1966 Mitglied des Vorstandes des Landvolkausschusses im Landesverband des BvD-Hessen in Wiesbaden.

Ehrenamtlicher Bürgermeister von Wehrshausen vom 23.3.1966 bis 30.6.1975, Ortsvorsteher ab 1.7.1975.

Mitglied des Kreistags Wolfhagen nach 1946, des Kreistags Kassel-Land ab 1958.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 9.8.1966 bis 30.11.1966.

Prof. Dr. Stein, Erwin CDU

Geboren am 7.3.1903 in Grünberg.

1922 Reifeprüfung. Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Frankfurt und Gießen. 1928 Promotion; 1929 große Staatsprüfung. Bis 1933 Staatsanwalt und Richter an verschiedenen hessischen Gerichten. Wenige Monate nach der Machtübernahme aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Rechtsanwalt in Offenbach. 1943 Einberufung zur Wehrmacht, 1945 Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft. Seitdem als Rechtsanwalt tätig, ab 1.9.1945 auch als Notar. 1945/46 Vorlesungen an der Volkshochschule in Offenbach. - Vom 6.1.1947 bis 9.1.1951 Hessischer Kultusminister im Kabinett Stock und zusätzlich vom 8.11.1949 bis 9.1.1951 Hessischer Justizmini-

ster. - Vizepräsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister. - Seit 1949 Kommentator der Hessischen Verfassung. 1951 bis 1971 Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (1. Senat). 1963 Honorarprofessor für politische Bildung (Verfassungsrecht) an den Universitäten Frankfurt am Main und Gießen. 1973 Ombudsmann für die Hessische Allgemeine, Kassel. Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Stadtverordneter in Offenbach.

Mitglied des Bundesrates vom 7.9.1949 bis 10.1.1951.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 16.6.1951.

Stein, Friedrich-Wilhelm FDP

Geboren am 13.3.1887 in Stumpertenrod.

Evangelische Volksschule, Fachschule Alsfeld. 1908 Übernahme des väterlichen Betriebs.

In der Weimarer Zeit Mitglied des Hessischen Bauernbundes, nach dem Zweiten Weltkrieg der FDP.

Ehrenamtlicher Bürgermeister von Stumpertenrod von 1932 bis 1933. 1933 aus politischen Gründen entlassen.

Mitglied des Kreistags Schotten von 1924 bis 1933. - Mitglied des Kreisausschusses des Kreises Alsfeld von 1945 bis 1956.

Mitglied des Provinzialausschusses Oberhessen von 1924 bis 1933.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 27.11.1921 bis 7.12.1924 und vom 23.5.1931 bis 7.12.1931.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Verstorben am 2.6.1956.

Stein, Hermann FDP F.D.P.

Geboren am 18.6.1919 in Gießen.

Volksschule, Realschule, Mittlere Reife. Kaufmännische Ausbildung. 1938 bis 1946 Soldat, Offizier, mehrmals verwundet. Nach dem Krieg zuerst Arbeiter, dann Angestellter in verschiedenen Verwaltungen. Seit 1957 Geschäftsführer der Wohnbau-GmbH Gießen.

Stadtverordneter in Gießen von 1948 bis 1968, zum Städtältesten 1968 ernannt.

1969 Mitglied der 5., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1978. - Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion vom 13.2.1968 bis 30.11.1970, Vorsitzender vom 30.11.1970 bis 28.6.1977. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 6.7.1977 bis 1.12.1978.

Stein, Klaus BHE GB/BHE

Geboren am 8.6.1890 in Fraulautern (Saar).

Oberrealschule, Oberprimareife. Bergschule, Kriegsschule. Aktiver Offizier. Wirtschaftliche Tätigkeit in leitender Stellung der Schwerindustrie. 1948 Kreisvorsitzender, Unabhängige Deutsche Gemeinschaft, später Gesamtdeutscher Block/BHE. Vorsitzender des Landesausschusses und Mitglied des Landesvorstandes des GB/BHE. Kreisvorsitzender des BvD, Fulda-Land.

Stadtverordneter in Fulda.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1958. - Stellvertretender Vorsitzender der GB/BHE-Landtagsfraktion vom 11.10.1953 bis 7.11.1953, Vorsitzender vom 7.11.1953 bis 30.11.1958.

Verstorben am 28.5.1974.

Steinbrecher, Kurt SPD

Geboren am 1.7.1921 in Darmstadt.

Volksschule und Realschule. Lehre als Verlagskaufmann. Reserveoffizier des Zweiten Weltkrieges.

Ortsvereinsvorsitzender und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD im Unterbezirk Darmstadt. Zweiter Vorsitzender des Kreisverbandes Darmstadt der Arbeiterwohlfahrt. Mitglied der Gewerkschaft ÖTV.

Stadtverordneter in Darmstadt von 1966 bis 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 27.12.1973 bis 30.11.1974.

Steiner, Renate SPD

Geboren am 11.6.1924 in Aachen.

1943 Abitur in Wiesbaden. Anschließend Reichsarbeitsdienst und Kriegshilfsdienst (Straßenbahneinsatz im Ruhrgebiet). 1944 Immatrikulation an der Universität Frankfurt am Main, naturwissenschaftliche Fakultät. 1944 (Herbst) bis 1946 Studenteneinsatz im Forschungslabor der Chemischen Werke Albert, Wiesbaden, beendet als Chemielaborantin. 1946 bis

1949 Fortsetzung des Studiums mit Schwergewicht auf Biophysik. 1949 bis 1952 wissenschaftliche Mitarbeit am Max-Planck-Institut für Biophysik Frankfurt am Main. Seit 1952 Lektorin im Franz-Steiner-Verlag Wiesbaden (familieneigenes, wissenschaftliches Verlagsunternehmen), Fachgebiete: Naturwissenschaften und Medizin. Mitarbeit an der 14. Auflage des Duden. Seit 1960 Leitung einer medizinischen Fachredaktion.

Vorstandsmitglied der Volkshochschule Wiesbaden. 1966 Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Bezirk Hessen-Süd und 1968 des ASB Wiesbaden. Vorstandsmitglied verschiedener Parteigremien.

Stadtverordnete in Wiesbaden von 1964 bis 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags von 1.2.1968 bis 30.11.1970.

Dr. Steinmetz, Hans CDU

Geboren am 23.5.1908 in Dieburg.

Humanistisches Gymnasium, Abitur. Jura-Studium in Frankfurt am Main und Gießen. 1933 erste juristische Staatsprüfung. 1934 wegen Widerstand gegen NS-Regime aus juristischem Vorbereitungsdienst entlassen. 1941 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Reichspost-Zentralamt in Berlin. 1943 aus politischen Gründen ausgeschieden und als Wirtschaftsjurist in Privatindustrie tätig. 1944 Promotion. 1946 große juristische Staatsprüfung. 1945 Regierungsrat beim Regierungspräsidenten Darmstadt und kommissarischer Stadtkämmerer in Darmstadt. - 1946 bis 1948 Landrat des Kreises Bergstraße. - 1948 Ministerialdirigent bei der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main. 1949 kommissarischer Staatssekretär im Bundespostministerium in Bonn. 1951 Präsident der Oberpostdirektion Koblenz. 1954 Geschäftsführer der Deutschen Postreklame GmbH in Frankfurt am Main. - 1956 bis 1969 Staatssekretär im Bundespostministerium in Bonn.

1945 Mitbegründer der CDU in Hessen. Zeitweise Vorsitzender der Gesellschaft Deutsche Sprache e.V., Wiesbaden; Vorstandsmitglied Deutsche Welle, Köln; Aufsichtsratsvorsitzender der Adler Feuer- und Lebensversicherungs AG, Berlin; stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Deutsche Lufthansa AG, Köln.

Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 31.10.1949 und vom 1.12.1954 bis 30.6.1956.

Stetefeld, Georg LDP FDP

Geboren am 16.4.1883 in Nürnberg.

Volksschule, Handelsschule. Technische und kaufmännische Ausbildung im Baugewerbe. Bis 1914 leitende Stellungen in verschiedenen Druckereien. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1919 bis 1921 Geschäftsführer eines demokratischen Wahlverbandes. 1922 bis 1924 in der Reichsfinanzverwaltung tätig. - 1924 bis 1934 Bürgermeister in Wächtersbach, dann als politisch unzuverlässig entlassen. - 1934 bis 1939 Tätigkeit in freien Berufen. 1939 bis 1943 Dienstleistung bei der Wehrmacht. - 1945 bis 1946 Landrat in Gelnhausen.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone vom 10.3.1947 bis 30.9.1949.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 21.5.1966.

Stieler, Georg CDU

Geboren am 22.10.1886 in Setzelbach (Kreis Hünfeld).

Volksschule. Maurerlehre, Fortbildungskurse. 1911 bis 1921 Sekretär der Katholischen Arbeitervereine des Volkvereins für das Katholische Deutschland in Gladbeck. 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. - 1921 bis 1928 Polizeipräsident in Gelsenkirchen bzw. Bochum-Gelsenkirchen. 1928 bis 1933 Regierungspräsident in Aachen. 1933 entlassen. 1935 bis 1945 Industrietätigkeit. - Am 10.7. 1945 durch die Militärregierung als Landrat in Fulda eingesetzt. Im April 1946 einstimmig durch den Kreistag zum Landrat wiedergewählt, am 31.1.1953 in den Ruhestand getreten.

Mitglied der Zentrumsparlei, Vorstandsmitglied. Mitglied der CDU.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV vom 1.8.1953 bis 15.5.1955; Vizepräsident vom 8.9.1953 bis 15.5.1955.

Mitglied des Preußischen Landtags von 1919 bis 1932. Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone vom 10.3.1947 bis 30.9.1949.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950. - Stell-

vertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 1.12.1946 bis 11.10.1949, Vorsitzender vom 11.10.1949 bis 30.11.1950.
Verstorben am 15.5.1955.

Stierle, Georg SPD

Geboren am 22.12.1897 in Frankfurt am Main.

Volksschule. Kaufmann. Geschäftsführer einer Gemeinnützigen Genossenschaft. - 1936 Strafverfolgung wegen Vorbereitung zum Hochverrat; 10 Monate Untersuchungshaft, 8 Monate Gefängnis, anschließend bis April 1939 KZ Lichtenburg und Buchenwald. 1943 bis 1945 Kriegsteilnehmer. - Geschäftsführer des Volks-, Bau- und Sparvereins Frankfurt am Main.

1913 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend, seit 1916 Mitglied der SPD. 1927 bis 1929 Mitglied des Parteivorstandes der SPD Frankfurt am Main. Nach 1945 in der SPD in verschiedenen Funktionen tätig. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Frankfurt am Main.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 15.10.1961.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 26.5.1979.

Stock, Christian SPD

Geboren am 28.8.1884 in Pfungstadt.

Volksschule, Fortbildungsschule, 1906 bis 1908 student. Unterrichtskurse. Bis 1910 Tabakarbeiter in Pfungstadt. 1910 bis 1913 Gauleiter der Tabakarbeiter-Gewerkschaft für die Bezirke Hessen-Süd, Pfalz und Nordbaden. 1913 Arbeitersekretär in Heidelberg. Während des Ersten Weltkrieges Soldat in einem Landwehr-Infanterieregiment. - 1920 Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium. - Ab 1922 Verwaltungsdirektor der AOK Heidelberg und ab 1932 der AOK Frankfurt am Main. Im April 1933 von den Nationalsozialisten entlassen. Bis März 1934 Schutzhaft im KZ Kieslau. Danach Tabakwarenhändler in Darmstadt. 1945 Präsident der Landesversicherungsanstalt Hessen in Darmstadt. 1946 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Landesversicherungsanstalten der US-Zone. Maßgeblich beteiligt an der Reorganisation des Rentenversicherungswesens. - Vom 20.12.1946 bis 9.1.1951 Hessischer Ministerpräsident.

1901 Eintritt in die SPD. Vertrauensmann der Tabakarbeiter-Gewerkschaft.

Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Heidelberg 1918.
Stadtverordnetenvorsteher und Stadtrat in Heidelberg von 1919 bis 1932.
Mitglied des Badischen Landtags vom 31.10.1921 bis 30.10.1925.

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung in Weimar (jüngster Abgeordneter) vom 19.1.1919 bis 21.5.1920.

Mitglied des Bundesrates vom 7.9.1949 bis 10.1.1951.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.12.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 15.12.1954.

Verstorben am 13.4.1967.

Stöckl, Radko SPD

Geboren am 6.10.1924 in Schemnitz. Verheiratet, zwei Kinder.

Gymnasium, Abitur. 1942 bis 1945 Kriegsdienst und Gefangenschaft; Vertriebener. Lehrzeiten als Bäcker, Fleischer und Müller mit Gesellenprüfungen. Studium der Berufspädagogik in Frankfurt am Main mit erster und zweiter Staatsprüfung. Lehrtätigkeit an der Kreisberufs- und Berufsfachschule Hofgeismar. 1963 bis 1970 Direktor des beruflichen Schulzentrums des Landkreises Melsungen.

Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Schwalm-Eder, Vorsitzender des strukturpolitischen Ausschusses des SPD-Bezirks Hessen-Nord, Mitglied des SPD-Bezirks- und Landesvorstandes, Landesschatzmeister.

Kreistagsabgeordneter. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

1974 Mitglied der 6., 1979 der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 23.1.1984. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1978 bis 23.1.1984.

Verstorben am 23.1.1984.

Dr. Strecker, Gabriele CDU

Geboren am 27.12.1904 in Trier. Verheiratet, zwei Kinder.

Abitur. 1927 bis 1931 Studium: Geschichte und romanische Sprachen. Privatlehrerin in Ägypten. 1932 bis 1933, 1940 bis 1943 Studium der Medizin. Promotion und Staatsexamen. 1943 bis 1946 Ärztin im Kreis-krankenhaus Bad Homburg. 1946 bis 1962 Leiterin des Frauenfunks am Hessischen Rundfunk. 1955 Vorsitzende des Internationalen Ausschus-

ses für Massenmedien in der Europäischen Frauen-Union. 1962 bis 1970 Mitglied im Fernsehrat des ZDF, danach als Referentin des Goethe-Instituts Vortragsreisen in orientalische Länder. Publizistisch tätig an Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten und in internationalen Frauenorganisationen.

Seit 1948 Mitglied der CDU. 1958 bis 1966 Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Bis 1960 Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung in Hessen.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1962.

Verstorben am 6.8.1983.

Dr. Streletz, Haidi SPD

Geboren am 24.09.1931 in Marburg (Lahn). Verheiratet, ein Kind.

Schulzeit in Westerburg (Westerwald) und Limburg a.d.Lahn. 1951 Abitur. Studium der Zahnheilkunde als Werkstudentin in Frankfurt am Main, 1954 Staatsexamen, 1955 Promotion zum Dr.med.dent. mit dem Prädikat 'summa cum laude'. 1955 bis 1959 berufliche Tätigkeit in der Schweiz, zum Teil in der Schulzahnklinik Bern (besonders für behinderte Kinder). 1959 bis 1963 Distriktzahnärztin im staatlichen Gesundheitsdienst in Schweden. Ab 1963 Tätigkeit in eigener Praxis zusammen mit Ehemann. Langjährige wissenschaftliche Beratung von Dentalfirmen, verschiedene fachliche Publikationen, Übersetzung ausländischer Veröffentlichungen.

1968 bis 1977 Klassenelternbeirat, zeitweise stellvertretender Schulelternbeirat. Verschiedene Parteiämter, u.a. 1974 bis 1982 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Hessen-Süd, seit 1981 Mitglied im AsF-Bundesvorstand, 1974 bis 1981 Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Süd und von 1977 bis 3.10.1981 des Landesvorstandes der SPD.

Stadtverordnete in Heusenstamm seit 1968, stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin bis 1972 und seit 1981. Kreistagsabgeordnete im Kreis Offenbach von 1972 bis 1976.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Dr. Strelitz, Johannes E. SPD

Geboren am 20.11.1912 in Berlin.

Französisches Gymnasium Berlin, 1931 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, 1936 Promotion. Infolge der damaligen Gesetzgebung vom Staatsdienst und von publizistischer Tätigkeit ausgeschlossen. 1938 bis Kriegsausbruch Jurist und Dolmetscher in einem internationalen Institut in Berlin. 1942 Soldat. Seit 1946 als Jurist, Dolmetscher und freier Publizist tätig. Ab 1952 im hessischen Staatsdienst. Vom 19.1.1967 bis 2.10.1969 Hessischer Minister der Justiz. Vom 19.1.1967 bis 2.10.1969 Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund. Vom 3.10.1969 bis 16.12.1970 Hessischer Minister des Innern und stellvertretender Ministerpräsident.

Mitglied des Hessischen Staatsgerichtshofs seit 1975.

Stadtverordneter in Wiesbaden von 1956 bis 1967.

Mitglied des Bundesrates vom 24.1.1967 bis 17.12.1970.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1974.

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 7.9.1964 bis 19.1.1967.

Strumpf, Edith F.D.P.

Geboren am 30.7.1938 in Frankfurt am Main. Verheiratet, zwei Kinder. Realschule. Kaufmännische Lehre und anschließend Tätigkeit in einer Frankfurter Bank.

Seit 1968 Mitglied der F.D.P. - Seit 1973 Mitglied des F.D.P.-Kreisvorstandes Frankfurt, seit 9.5.1981 Kreisvorsitzende. - Mitglied des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks. - Seit April 1986 Vorsitzende des Büros für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.

Mitglied des Ortsbeirats 5 (südliche Stadtteile) in Frankfurt ab 1972.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 15.12.1978 bis 30.11.1982.

Stürtz, Gustav NPD

Geboren am 4.4.1915 in Frankfurt am Main.

1921 bis 1925 Volksschule, 1925 bis 1931 Mittelschule. 1932 bis 1938 Lehrling und Versicherungsangestellter in Frankfurt am Main. 1938 Reichsarbeitsdienst. 1939 bis 1945 Wehrmacht, zuletzt Unteroffizier. 1945 bis 1948 russische Kriegsgefangenschaft. Seit 1948 wieder Versicherungsangestellter in Frankfurt am Main.

1953 bis 1964 Mitglied der Deutschen Reichs-Partei (DRP). Seit 1965

Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Landesschatzmeister Hessen.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970.

Sturmowski, Georg CDU

Geboren am 23.5.1923 in Danzig. Verheiratet, zwei Kinder.

1929 bis 1939 Volksschule und Oberschule in Danzig. 1939 bis 1941 kaufmännische Berufsausbildung. 1941 bis 1946 Arbeitsdienst, Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft. Seit 1946 in Groß-Gerau wohnhaft.

Seit 1948 Mitglied der CDU, seit 1964 Kreisvorsitzender. Seit Oktober 1985 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Südhessen. Mitglied der Deutschen Kolpingfamilie. Mitglied der DAG.

Mitglied des Kreistags Groß-Gerau von 1954 bis 1964, acht Jahre stellvertretender Kreistagsvorsitzender. Kreisbeigeordneter seit 1964. Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender in Groß-Gerau seit 1956.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV seit 1.11.1977.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 10.3.1970. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 13.10.1983.

Sudheimer, Hans SPD

Geboren am 18.3.1920 in Biebesheim (Rhein).

Realschule Gernsheim, Obersekundareife. 1936 bis 1938 kaufmännische Lehre. 1939 Verwaltungsprüfung A, 1939 bis 1941 Universität Heidelberg (Sonderlehrgang). 1941 Abitur. 1941 bis 1945 Kriegsdienst, 1942 verwundet. 1945 bis 1946 Verlagsvertreter, ab 1946 sieben Semester juristisches Studium an der Universität Frankfurt am Main. - Vom 1.7.1948 bis 30.6.1959 hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Biebesheim. - Vom 1.1.1966 bis 1977 Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Seit 1950 Mitglied der SPD. 1950 Vorsitzender des Hessischen Gemeindetages für den Regierungsbezirk Darmstadt.

Gemeindevertreter in Biebesheim, SPD-Fraktionsvorsitzender von 1972 bis 1979.

Mitglied des Kreistags Groß-Gerau.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1958. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von 14.1.1953 bis 30.11.1958.

Teege, Grete SPD

Geboren am 29.10.1893 in Berlin.

Volksschule, Höhere Schule, Handelsschule. 1931 bis 1937 Abteilungsleiterin in einer Treuhandgesellschaft. 1938 bis 1939 Leiterin einer Handelsvertretung, seit 1939 Firmeninhaberin.

1921 bis 1933 Mitglied und Funktionärin der SPD. Ab 1945 Vorstandsmitglied der SPD Frankfurt-Nordwest. Aufsichtsratsmitglied der Arbeiterwohlfahrt. Mitglied des SPD-Hauptvorstandes in Frankfurt am Main und Vorstandsmitglied der Frauengruppe daselbst.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 13.5.1950 bis 30.11.1950.

Verstorben am 12.4.1959.

Throll, Wolfgang CDU

Geboren am 18.4.1930 in Offenbach. Verheiratet, vier Kinder.

Humanistisches Gymnasium in Frankfurt am Main und Glatz. 1949 Abitur am Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main. Studium der klassischen Philologie in Frankfurt am Main und München. 1956 erstes Staatsexamen für das Lehramt an Höheren Schulen in Frankfurt am Main, 1958 zweites Staatsexamen. Seit 1956 Lehrtätigkeit an der Humboldt-Schule in Bad Homburg in den Fächern Latein, Griechisch, Mathematik und Sozialkunde. Acht Jahre Mitglied des Personalrats der Humboldt-Schule. - Seit 1.2.1983 hauptamtlicher Stadtrat (Stadtkämmerer) der Stadt Oberursel.

Seit 1963 Mitglied der CDU, verschiedene Ämter im Ortsvorstand und im Kreisvorstand. 1972 bis 1977 Mitglied des Verwaltungsrates der Kreissparkasse des Hochtaunuskreises.

Stadtverordneter in Oberursel seit 1965, Fraktionsvorsitzender seit 1966. Mitglied des Kreistags des Hochtaunuskreises seit 1979. - Mitglied der Verbandsversammlung des Umland-Verbandes Frankfurt von 1977 bis 1981.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1974 bis 30.11.1982.

Tilemann, Hermann CDU

Geboren am 26.8.1887 in Wettesingen (Kreis Wolfhagen).

Volksschule. Lehre als Schneider, Ausbildung in der Inneren Mission. 1916 Mittlere Reife. Nach 1918 zunächst im kaufmännischen Beruf tätig, dann Gewerkschaftssekretär, schließlich freier Journalist. 1933 ausgeschieden. Landwirt.

Seit 1919 Mitarbeit in der Deutschen Friedensgesellschaft und in der Liga für Menschenrechte. Bis 1933 politische Betätigung zunächst in der Sozialistischen Partei, dann aus religiöser Überzeugung im Christlich-Sozialen Volksdienst. Nach 1945 Mitglied der CDU, Vorsitzender des Kreisverbandes der CDU.

Mitglied des Kreisausschusses Wolfhagen.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 29.9.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 14.3.1953.

Trabert, Eduard CDU

Geboren am 5.8.1890 in Kassel.

Volksschule. Schreinerlehre. 1915 bis 1918 Kriegsteilnehmer. 1910 bis 1920 als Schreiner in Dortmund tätig. 1920 bis 1933 Bezirksleiter im Zentralverband christlicher Holzarbeiter, 1933 bis 1938 teils arbeitslos, teils als Versicherungsvertreter tätig, 1938 bis 1945 Angestellter beim Heeresnebenzeugamt Kassel, 1945 bis 1946 Angestellter beim städtischen Fürsorgeamt Kassel, 1946 bis 1947 Bezirkssekretär der CDU Nordhessen, 1947 Regierungsrat im Hessischen Arbeitsministerium. Ab 1949 stellvertretender Leiter des Arbeitsamtes Kassel.

Tätigkeit in christlichen Gewerkschaften sowie im katholischen Gesellen- und Arbeiterverein, ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen und arbeitsrechtlichen Bereich.

Stadtverordneter in Kassel vom 26.5.1946 bis 8.7.1947, vom 5.5.1952 bis 31.10.1960 und vom 14.11.1960 bis 31.10.1964.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950 und vom 5.8.1952 bis 30.11.1954.

Verstorben am 22.2.1969.

Trageser (Frankfurt), Karl Heinrich CDU

Geboren am 2.2.1932 in Frankfurt am Main.

Volksschule. 1947 bis 1950 Lehre als Elektromechaniker, 1950 Facharbeiterprüfung. 1954 bis 1960 technischer Sachbearbeiter bei Voigt & Haeffner AG, Frankfurt, 1957 Betriebsrat. 1960 Sozialsekretär bei den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Hessen. 1967 Angestellter des Instituts Christlich-Sozialer Arbeitnehmer für politische Bildung. 1970 Bezirkssekretär der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB). Seit Februar 1979 Stadtrat in Frankfurt am Main.

Mitglied der IG Metall und Mitglied der Sozialausschüsse Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (CDA). 1957 Eintritt in die CDU.

Mitglied der Verbandsversammlung des LWV seit 1.11.1981.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 22.2.1979. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 28.11.1972 bis 9.11.1978.

Trageser (Freigericht), Martin CDU

Geboren am 30.9.1943 in Somborn.

Volksschule. Lehre als Werkzeugmacher, Ausbildung als Maschinentechniker, Fachschulreife. 1966 bis 1969 Besuch der Ingenieurschule Frankfurt am Main, Ingenieurexamen. 1969 bis 1971 Ingenieur in der Kernindustrie. 1971 bis 1973 berufspädagogische Ausbildung. Staatsprüfung. Berufsschullehrer an der Ludwig-Geißler-Schule in Hanau. Seit 1974 neben der Dienstzeit Studium an der Technischen Hochschule Darmstadt. 1976 Staatsexamen in den Fächern Politik, Geschichte, Psychologie und Berufspädagogik.

1969 bis 1974 stellvertretender Bezirksvorsitzender der Jungen Union Mittelhessen. 1973 bis 1975 Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union Hessen. Seit 1975 Mitglied des Arbeitskreises 'Berufsausbildung' beim Bundesvorstand der Jungen Union. Seit 1975 stellvertretender Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer Lehrer.

Gemeindevertreter in Freigericht seit 1970.

Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain seit 1973.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.12.1976 bis 30.11.1978.

Trautmann, Christel SPD

Geboren am 23.10.1936 in Weiterstadt. Verheiratet, zwei Kinder.
Volksschule. Lehre. Bis 1967 Angestellte (Bank, Versicherung, Verband).
Seit 1964 Mitglied der SPD.
Stadtverordnete in Darmstadt seit März 1977.
Mitglied des Hessischen Landtags seit 10.12.1976.

Treber, Dirk GRÜNE

Geboren am 27.8.1951 in Frankfurt am Main. Verheiratet, ein Kind.
1970 Abitur. Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Politikwissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. 1971 bis 1973 Wehrdienst. April 1973 Wiederaufnahme des unterbrochenen Studiums. 1977 Diplomprüfung in Soziologie. Juli 1978 bis Juli 1979 wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt am Main. Seit Juli 1979 Angestellter in der Marktforschung.
Seit 1979 Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV). Mitglied des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Hessen sowie des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Seit Januar 1979 Mitglied der Bürgerinitiative (BI) gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt/Rhein-Main, Ortsgruppe Mörfelden, ab Oktober 1980 Pressesprecher der Gesamt-BI, ab 30.5.1981 eine der sechs Vertrauenspersonen der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren 'Keine Startbahn West'. Seit 1.5.1981 Mitglied der GRÜNEN. Von Juni 1981 bis Oktober 1982 Mitglied im Landesvorstand der GRÜNEN-Hessen.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1982 bis 15.4.1985. - Stellvertretender Vorsitzender der GRÜNEN-Landtagsfraktion vom 25.9.1983 bis 15.4.1985.

Dr. Dr. h.c. Troeger, Heinrich SPD

Geboren am 4.3.1901 in Zeitz.

Humanistisches Gymnasium, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1925 bis 1933 Bürgermeister in Neusalz (Oder). 1933 entlassen. 1934 bis 1945 Fachanwalt für Devisen- und Steuerrecht, Verwaltungsrechtsrat. 1945 bis 1946 Oberbürgermeister in Jena. 1947 Ministerialdirektor im Hessischen Finanzministerium. 1947 Generalsekretär in der

Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets. 1950 bis Januar 1951 Ministerialdirektor im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen und Stellvertreter des Ministers. - Vom 10.1.1951 bis 26.9.1956 Hessischer Minister der Finanzen. - 1956 bis 1957 Präsident der Landeszentralbank Hessen. 1958 bis 1969 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Seit 1922 Mitglied der SPD. - Mitglied mehrerer Aufsichtsräte. Mitglied des Niederschlesischen Provinziallandtags und des Provinzialausschusses von 1929 bis 1933. Mitglied des Bundesrates vom 10.1.1951 bis 26.9.1956. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 3.2.1958. Verstorben am 29.08.1975.

Troeltsch, Walter CDU

Geboren am 29.7.1928 in Kiel. Verheiratet, vier Kinder. 1949 Abitur. Studium der Volkswirtschaft in Marburg, Frankfurt am Main und Syracuse (New York); Magisterexamen (M.A.). Seit 1953 kaufmännischer Angestellter in der Textilindustrie. Ab 1956 juristisches Studium in Marburg, erste und zweite juristische Staatsprüfung. 1966 Regierungsassessor in der hessischen Landeskulturverwaltung, stellvertretender Kulturamtsvorsteher in Dillenburg, kommissarischer Vorsteher des Kulturamtes Limburg und bis November 1970 Dezernent im Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden. Seit 1963 Mitglied der CDU. Seit 1974 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf. Stadtverordneter in Marburg seit 1971, Vorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion von 1974 bis 1977 und wiederum ab 1981. Vorsitzender des Kreistags Marburg-Biedenkopf von 1974 bis 1985. Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelhessen (RPM) von 1971 bis 1980; Vorsitzender der CDU-Fraktion von Mai 1971 bis Oktober 1977, Vorsitzender der Verbandsversammlung vom 31.10.1977 bis 31.12.1980. 1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Dr. Dr. h.c. Tröscher, Tassilo SPD

Geboren am 25.12.1902 in Atzenbach (Lörrach). Volks-, Real- und Ackerbauschule. 1920 bis 1923 landwirtschaftliche Praxis. 1926 Diplom-Landwirt. Auswanderung (Vereinigte Staaten).

1928 Referent für landwirtschaftliche Betriebswirtschaft und Mechanisierung im Reichskuratorium für Technik der Landwirtschaft Berlin. 1932 Promotion. 1938 bis 1952 Verbandsgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie. 1953 Ministerialdirektor und Stellvertreter des Hessischen Ministers für Landwirtschaft. - 1956 bis 1967 Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten. - Vom 19.1.1967 bis 17.12.1970 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten.

Bis 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Seit 1947 Mitglied der SPD. Mitbegründer und seit 1966 stellvertretender Vorsitzender des Agrarausschusses beim Parteivorstand in Bonn, Mitbegründer des Agrarausschusses der südhessischen SPD, Mitbegründer und bis 1977 Vorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft in Göttingen und der AVA Hessen, Kuratoriumsmitglied der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 24.1.1967 bis 17.12.1970. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 1.10.1959, vom 1.12.1962 bis 31.12.1962 und vom 1.12.1966 bis 30.11.1974. - Alterspräsident vom 1.12.1970 bis 30.11.1974.

Uhlhorn, Christiane CDU

Geboren am 31.1.1927 in Marburg an der Lahn.

1946 Abitur. Studium in Marburg und Göttingen, Geschichte und Englisch. 1953 Staatsexamen in Marburg. Gesangsstudium an der Musikakademie in Kassel. 1957 bis 1959 Sängerin am Staatstheater Kassel. 1961 zweite philologische Staatsprüfung in Marburg. Seit 1961 Oberstudienrätin.

Seit 1963 Mitglied der CDU. 1971 bis 1981 Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung und Mitglied des Bundesvorstandes der CDU-Frauenvereinigung.

Stadtverordnete in Hünfeld von 1970 bis 1977.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.78.

Ulm, Friedrich LDP FDP

Geboren am 21.3.1881 in Wetzlar.

Ausbildung im Schlosserhandwerk, Gesellen- und Meisterprüfung. Im väterlichen Betrieb tätig. 1919 Gründungsmitglied der Kreishandwerkerschaft in Wetzlar.

Bis 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei. Kreisvorsitzender der FDP in Wetzlar.

Stadtverordneter in Wetzlar von Oktober 1946 bis 1952, ehrenamtlicher Beigeordneter ab 1952.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 4.7.1947 bis 30.11.1950.

Verstorben am 1.11.1956.

Vater, Maria SPD

Geboren am 10.10.1924 in Thalwenden. Verheiratet, zwei Kinder. Volksschule, Handelsschule. Verwaltungsangestellte. Abendgymnasium, Mittlere Reife. Seit 1965 Leiterin der Verbraucherberatung in Kassel. 1970 Refa-Grundschein (Hauswirtschaft). Referentin im Volksbildungswerk und in der Ausbildung der Hauswirtschaftsmeisterinnen.

Seit 1946 Mitglied des Kreisfrauenausschusses Kassel des DGB, davon 30 Jahre Vorsitzende. Seit 1950 Mitglied der SPD, seit 1972 Mitglied im Unterbezirksvorstand Kassel der SPD. Für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Mitglied im Bundesvorstand und stellvertretende Vorsitzende im Bezirk Hessen-Nord. - Elternbeiratsvorsitzende. 1978 und 1981 Erste Vorsitzende des Büros für staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.

1974 Mitglied der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1982.

Vielhauer, Jochen GRÜNE

Geboren am 11.2.1947 in Neumünster (Schleswig-Holstein).

1966 Abitur an der Immanuel-Kant-Schule in Neumünster. Bis 1973 Studium der Soziologie, Politologie und Zeitungswissenschaften in Kiel, München und Frankfurt am Main. 1973 Abschluß als Diplom-Soziologe an der Universität Frankfurt.

Stadtteilarbeit und Jugendarbeit in Frankfurt-Bornheim. 1974 bis 1979 Jugendbildungsreferent beim Stadtjugendring Frankfurt. 1979 bis 1982 Redakteur in der Regionalredaktion Frankfurt der 'Tageszeitung' (taz). Seit Anfang 1982 Mitglied bei den GRÜNEN.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 15.4.1985. - Vorsitzender der GRÜNEN-Landtagsfraktion seit 15.4.1985.

Dr. Vitense, Otto CDU

Geboren am 19.7.1912 in Neubrandenburg (Mecklenburg).
Volksschule, Humanistisches Gymnasium in Neubrandenburg. Universitäten 1930 bis 1937: Rostock, Jena, Wien und Leipzig. Promotion in Leipzig, Staatsexamen für das höhere Lehramt in Rostock. Seit 1938 in einem Berliner Verlag tätig. - Juli 1945 bis Frühjahr 1946 Bürgermeister und stellvertretender Landrat in Schlüchtern. 1948 bis 1962 Landrat im Untertaunuskreis.
Kreisvorsitzender der CDU in Schlüchtern bis August 1946. Mitglied der Landesleitung der CDU.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 1.10.1946 bis 30.11.1946.
Verstorben am 29.12.1962.

Völker, Georg SPD

Geboren am 16.9.1887 in Verna (Regierungsbezirk Kassel).
1918 bis 1922 bei der Bergwerk AG Frielendorf als Schlosser tätig, dort später Betriebsratsvorsitzender. 1923 bis 1926 Bürgermeister von Verna. 1927 bis 1933 Geschäftsführer des Bergarbeiterverbandes, Geschäftsstelle Kassel. 1933 entlassen. 1934 bis 1937 Reisevertreter, 1937 bis 1945 Monteur für Nachrichtenanlagen im In- und Ausland. - Am 6.4.1945 als Bürgermeister von Verna und am 1.9.1945 auch als Bürgermeister für Allendorf von der Militärregierung eingesetzt. - Vom 12.6.1946 bis 1948 Landrat des Kreises Fritzlar-Homberg.
Seit 1908 Mitglied der SPD. 1945 bis 1946 Vorsitzender der SPD-Kreisgruppe Fritzlar-Homberg, später Vorstandsmitglied.
Mitglied des Kreistags bzw. des Kreisausschusses des Kreises Homberg (Bezirk Kassel) vor 1933. Mitglied des Kreistags Fritzlar-Homberg 1946.
Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel vom 8.4.1929 bis 1933. - Mitglied des Provinziallandtags Hessen-Nassau.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954.
Verstorben am 17.4.1970.

Vogel, Josef CDU

Geboren am 1.9.1893 in Harmerz (Kreis Fulda).

Volks- und Berufsschule. Landwirt in Harmerz.

Vorsitzender des Kreisverbandes der CDU. 1947 Mitbegründer, 1949 bis 1970 Vorsitzender und ab 1970 Ehrenvorsitzender des Kreisbauernverbandes Fulda e.V. Mitglied der Hauptversammlung der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen.

Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Harmerz von 1948 bis 1964.

Kreisdeputierter des Landkreises Fulda von 1950 bis 1952. Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Fulda von 1952 bis 1964.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1962.

Verstorben am 22.1.1982.

Voitel, Gottfried FDP F.D.P.

Geboren am 12.5.1926 in Dresden.

Volksschule, Oberschule, Wehrdienst, Abitur. Studium an der Technischen Hochschule Dresden. 1948 Flucht nach Westdeutschland. 1954 bis 1958 Studium der Volkswirtschaft an der Universität Frankfurt am Main, Abschluß als Diplom-Volkswirt. 1960 bis 1968 Referent am Seminar für Politik und Dozent am Verwaltungsseminar Frankfurt am Main. Vom 21.5.1973 bis 21.9.1979 hauptamtlicher Beigeordneter des Hochtaunuskreises.

1945 Mitglied der LDP.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main von 1956 bis 1973.

Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 21.5.1973. - Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion von Januar 1969 bis 30.11.1970. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 16.5.1973.

Voos-Heißmann, Else SPD

Geboren am 23.8.1913 in Solingen.

Hausfrau in Wiesbaden.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.

Verstorben am 12.3.1970.

Vorbeck, Dorothee SPD

Geboren am 13.4.1936 in Gerolstein (Eifel).

1955 Abitur in Düsseldorf. Studium in Göttingen, Freiburg und Frankfurt am Main. 1962 Staatsexamen in Frankfurt am Main und nach Referendariat zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Höheren Schulen. 1964 bis 1970 Lehrerin an der Klingerschule (Berufsfachschule, Höhere Handelsschule, Wirtschaftsgymnasium) und an der Aufbauschule der kaufmännischen Berufsschulen in Frankfurt am Main. 1979 bis 1984 Leiterin des Abendgymnasiums für Berufstätige der Stadt Frankfurt am Main. - Seit Juli 1984 Staatssekretärin beim Hessischen Kultusminister.

1969 bis 1971 Vorsitzende der Frankfurter Jungsozialisten. 1971 bis 1984 Vorsitzende des Landesjugendwohlfahrtsausschusses Hessen; als solche im Beirat der Hessischen Jugendbildungsstätten und im Landeskuratorium für Jugendbildung, Mitglied der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand der SPD. 1969 bis 1981 Mitglied im Vorstand der Frankfurter SPD, davon 1973 bis 1975 stellvertretende Vorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Frauen. Von 1974 bis 1975 Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen-Süd und des Landesvorstandes Hessen der SPD sowie des Parteirates beim Bundesvorstand der SPD.

Ehrenamtliche Stadträtin in Frankfurt am Main von 1981 bis 20.8.1984.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1978.

Waess, Leopold FDP

Geboren am 26.8.1908 in Frankfurt am Main.

Oberrealschule. Höhere Handelsschule. Ausbildung im Fotohandel bei Firmen des In- und Auslandes. 1935 Gründung einer eigenen Firma in Wernigerode (Harz). Besuch der Kunsthochschule in Weimar, dort 1937 Meisterprüfung. Sechs Jahre Soldat. Seit 1945 selbständig in Limburg. 25 Jahre Landesinnungsmeister des hessischen Fotografenhandwerks,

danach Ehrenlandesinnungsmeister. 10 Jahre Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer. 10 Jahre Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes. 6 Jahre Präsident des Deutschen Gewerbeverbandes in Hessen. - Seit 1950 Kreisvorsitzender der FDP; 1970 Parteiaustritt. Stadtverordneter, Fraktionssprecher und Magistratsmitglied in Limburg (Lahn).

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958 und vom 5.10.1961 bis 30.11.1966.

Dr. Wagenbach, Joseph CDU

Geboren am 26.7.1900 in Hundsangen (Westerwald).

Volksschule, Humanistisches Gymnasium Hadamar, 1921 Reifeprüfung. Studium: Wirtschafts-, Sozial-, Staats- und Rechtswissenschaften an den Universitäten Marburg, Freiburg, Münster und Gießen. 1924 Staatsexamen, Diplom-Volkswirt, 1926 Promotion Dr.phil. Werkstudent während des Studiums. 1926 bis 1933 Reichsgeschäftsführer des Bundes deutscher Bodenreformer Berlin (Damaschke). 1933 bis 1945 bei der Deutschen Bau- und Bodenbank Berlin. - Vom 1.6.1945 bis 30.6.1946 Landrat in Gießen und vom 1.7.1946 bis 30.6.1966 Landrat des Main-Taunus-Kreises.

Seit 1945 Mitglied der CDU. - 1946 bis 1964 Gründer, Präsident und Ehrenpräsident des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes. Vorsitzender im Kreditausschuß. Stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Hessischen Landesbank und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Bonn.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 7.1.1947 bis 30.11.1950.

Verstorben am 31.8.1980.

Wagner (Fürfurt), Albert SPD

Geboren am 22.11.1885 in Fürfurt.

1906 bis 1919 Volksschullehrer. 1919 Schulrat in Bütow (Pommern), 1920 bis 1928 Regierungs- und Schulrat in Breslau und Potsdam. 1928 bis 1930 Regierungsdirektor in Potsdam, 1930 bis 1933 Regierungsvizepräsident in Breslau. 1932 beurlaubt, 1933 entlassen, 1933 im KZ Börgermoor und Lichtenburg. 1938 bis 1941 Buchvertreter, 1942 bis 1945 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter. - 1945 Landrat des Oberlahnkreises. 1947 Leiter der

Personalabteilung im Hessischen Wirtschaftsministerium. 1948 Regierungspräsident in Darmstadt. - Vom 9.11.1949 bis 9.1.1951 Hessischer Minister für Arbeit, Wirtschaft und Landwirtschaft.

Seit 1918 Mitglied der SPD.

Stadtverordneter bzw. Stadtrat in Potsdam von 1926 bis 1930. Stadtverordneter in Breslau 1933.

Vorsitzender des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Pommern 1918. - Mitglied des Provinzial-Rats in Breslau 1933.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrats der amerikanischen Zone von 1947 bis 30.9.1949.

Stellvertretendes Mitglied des Bundesrates vom 9.11.1949 bis 10.1.1951. 1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1966. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 16.7.1947 bis 9.11.1949, stellvertretender Vorsitzender von Januar 1953 bis 30.3.1960. - Alterspräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.

Verstorben am 19.1.1974.

Wagner (Eschwege), Erika SPD

Geboren am 13.8.1933 in Wanfried. Verheiratet, ein Sohn.

Realschule. 1950 bis 1958 Fachhilfsarbeiterin in der Druckindustrie.

Während dieser Zeit gewerkschaftliche Funktionen und Besuch von gewerkschaftseigenen Bildungseinrichtungen. 1962 bis 1967 als Kassiererin und Verkäuferin in einem Einzelhandelsunternehmen tätig.

Mitglied der Gewerkschaft Textil und Bekleidung und der Arbeiterwohl-fahrt. 1959 Eintritt in die SPD. Seit 1970 Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Nord, seit 1973 Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Eschwege. Seit April 1982 Mitglied des Bundesvorstandes der SPD. Vorstandsmitglied der Werralandwerkstätten e.V. Eschwege.

Mitglied des Kreistags Eschwege bzw. des Werra-Meißner-Kreises; stellvertretende Kreistagsvorsitzende seit 1960, Vorsitzende der SPD-Fraktion seit 1974.

1979 Mitglied der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Dr. Wagner (Heppenheim), Hans CDU

Geboren am 5.5.1915 in Nieder-Liebersbach.

Humanistisches Abitur in Bensheim. Studium der Philosophie und Philologie in Heidelberg und Berlin. 1937 Lehramtsreferendar, 1938 Dr. phil. Arbeitsdienst, Wehrdienst und Kriegsdienst bis 1945. Danach Lehrtätigkeit am Gymnasium in Viernheim.

Bis Herbst 1933 Mitglied im Windhorstbund und der Kolpingfamilie. Mitbegründer der Jungen Union und mehrere Jahre deren stellvertretender Landesvorsitzender. 1966 bis 1978 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Hessen. Mitglied des Bundesparteiausschusses der CDU.

1959 Mitglied der 3., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1982. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion vom 3.12.1958 bis 30.11.1966 und vom 17.11.1970 bis 28.11.1972, Vorsitzender vom 30.11.1966 bis 17.11.1970 und vom 28.11.1972 bis 5.11.1974. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 7.12.1972, Präsident vom 3.12.1974 bis 1.12.1982. - Alterspräsident des Hessischen Landtags am 1.12.1978.

Wagner (Darmstadt), Ruth F.D.P.

Geboren am 18.10.1940 in Wolfskehlen.

Bis 1957 Realschule in Goddelau. 1960 Abitur in Gernsheim. Studium der Germanistik, Geschichte, Politikwissenschaften in Frankfurt am Main. 1966 Staatsexamen. Bis 1968 Referendarzeit, 1968 bis 1976 Gymnasiallehrerin in Darmstadt. Seit 1976 Tätigkeit am Hessischen Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung.

1969 bis 1975 stellvertretende Vorsitzende im Hessischen Philologenverband und Deutschen Lehrerverband Hessen. 1970 bis 1976 Mitglied im Hauptpersonalrat der Lehrer beim Hessischen Kultusminister. Seit 1971 Mitglied der F.D.P.; seit 1977 Kreisvorsitzende in Darmstadt. Stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes Starkenburg. Mitglied des Landesvorstandes und des Präsidiums der F.D.P. Hessen. Mitglied in zahlreichen kulturfördernden Vereinigungen und Verbänden.

Stadtverordnete in Darmstadt 1978.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 15.12.1978 bis 30.11.1982 und seit 13.10.1983.

Wahler, Hans Hermann FDP

Geboren am 21.3.1909 in Fulda.

Abitur am Humanistischen Gymnasium in Fulda. Kaufmännische Lehre in Frankfurt am Main und Werkstudent (Rechtswissenschaft). 1936 selbständiger Kaufmann und Fabrikant. 1939 bis 1945 Fronteinsatz als Reserveoffizier. Seit 1946 wieder selbständiger Kaufmann und Fabrikant. - Vorstandsmitglied einer Weberei AG. 1962 bis 1964 Geschäftsführer des Süddeutschen Spinnweberverbandes. 1964 bis 1974 kaufmännischer Direktor einer Kautschukfabrikation in Lindau und in Belgien.

Seit 1948 Mitglied der FDP. Vier Jahre Landessozialrichter, zeitweise Landesarbeitsrichter.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 14.4.1958 bis 30.11.1958.

Verstorben am 18.2.1984.

Waller, Sepp GB/BHE GDP GDP/BHE GPD/BHE

Geboren am 1.4.1921 in Eger.

Volksschule, Bürgerschule, Handelsschule. Kaufmännischer Praktikant. 1938 bis 1945 Wehr- und Kriegsdienst. Aktiver Offizier, Oberleutnant, mehrfach verwundet. 1945 bis 1947 Kriegsgefangenschaft, Internierung. 1947 bis 1951 Arbeiter in einer Lokomotivfabrik. 1951 bis 1955 Kreisjugendpfleger. 1955 bis 1958 Angestellter im Hessischen Ministerium des Innern. - Ab Oktober 1966 bis 30.9.1984 Bürgermeister der Stadt Frankenberg, Kreis Waldeck-Frankenberg.

Seit 1948 in der Vertriebenen- und Jugendarbeit tätig. Mitbegründer der 'Deutschen Jugend des Ostens', Mitglied des Landesvorstandes des BvD und der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Bundes- und Landesvorsitzender 'Block Junger Deutscher'.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966. - Geschäftsführer der GB/BHE-Fraktion von 1960 bis 1966. - Stellvertreter der Vorsitzender der GB/BHE-Landtagsfraktion vom 19.12.1962 bis 30.11.1966.

Dr. Wallmann, Walter CDU

Geboren am 24.9.1932 in Uelzen.

Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie Politik in Marburg a.d. Lahn. Referendarexamen, Assistent, Referendarausbil-

dung, Assessorexamen, Richtertätigkeit (Landgericht Kassel, Amtsgericht Rotenburg/Fulda, Landgericht Gießen). Juristisches Dokorexamen an der Philipps-Universität Marburg. Landgerichtsrat. - Vom 15.6.1977 bis 6.6.1986 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. - Seit 6.6.1986 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Bis 1967 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Mittelhessen und Mitglied des Deutschlandrates. 1966 bis 1976 Kreisvorsitzender der CDU Marburg-Stadt, 1967 Bezirksvorsitzender der CDU Mittelhessen. Ab Dezember 1967 bis 1982 stellvertretender Landesvorsitzender und ab 18.12.1982 Landesvorsitzender der CDU Hessen. Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU seit 1985. - Präsident des Hessischen Städtetages von 1977 bis 1985. Seit Juni 1985 Präsident des Deutschen Städtetages.

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Marburg a.d. Lahn von 1968 bis 1977; Fraktionsvorsitzender von 1968 bis 1974 und Stadtverordnetenvorsteher von 1974 bis 1977.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 13.12.1972 bis 14.6.1977. 1969 Mitglied der 5., 1974. der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 5.12.1972. - Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion vom 1.12.1970 bis 28.11.1972.

Walter, Fritz FDP

Geboren am 30.8.1896 in Ohrdruf (Thüringen). Verheiratet, vier Kinder. Volksschule in Germerode (Kreis Eschwege). Vorbereitungsschule für Forstbeamte in Hannover, Praktikum in Springe, Forstschule Templin, 1914 Forstexamen. 1914 bis 1918 Kriegsfreiwilliger, verwundet, mehrfach ausgezeichnet. Anschließend im väterlichen landwirtschaftlichen Betrieb in Wanfried tätig. Besuch der Landwirtschaftsschule. 1934 Übernahme des väterlichen Hofes.

1919 bis 1933 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Seit 1950 Mitglied der FDP. - Ab 1930 im Kreislandbund tätig. 1933 bis 1945 Kreisbauernführer in Eschwege. 1938 bis 1945 Vorsitzender des Kartoffelwirtschaftsverbandes Kurhessen, ehrenamtlicher Leiter der Forstabteilung (Privatwald) für den Bezirk Kurhessen. 1951 Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Eschwege. 1954 Kreislandwirt; Mitglied der Hauptversammlung der Land- und Forstwirtschaftskammer in Kassel. Stadtverordneter in Wanfried 1929.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 15.10.1957 bis 19.10.1969.
1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 10.10.1957.
Verstorben am 1.4.1977.

Walter, Josef GB/BHE GDP GDP/BHE GPD/BHE

Geboren am 13.1.1893 in Obergeorgental (Regierungsbezirk Aussig).
Bürgerschule und Handelsschule. 1927 bis 1933 Stadtrat in Bodenbach
(Sudetenland). Seit 1920 in der Gewerkschaft (DHV) tätig. 1939 bis 1945
Leiter der Aufbauabteilung Sudetendeutsche Angestelltenkrankenkasse.
1948 Landesvorsitzender des Landesverbandes der Heimatvertriebenen
in Hessen. 1949 bis 1958 stellvertretender Bundesvorsitzender des BVD.
Zweiter Geschäftsführer des 'Wegweiser-Verlags'. Mitglied des Landes-
vorstandes des GB/BHE.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 9.8.1966. - Stellver-
tretender Vorsitzender der GB/BHE-Landtagsfraktion vom 1.12.1958
bis 19.12.1962. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 19.12.1962
bis 9.8.1966.

Verstorben am 9.8.1966.

Dr. Walz, Hanna CDU

Geboren am 28.11.1918 in Templin (Uckermark). Verheiratet, drei Kin-
der.

1937 Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen
und Berlin. 1940 Staatsexamen. Wissenschaftliche Assistentin an der
Universität Berlin. Nach dem Krieg in Stuttgart in der Redaktion des
Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes tätig. 1948 Promotion zum Dr.
jur. Von 1949 bis 1954 wissenschaftliche Bibliothekarin beim Ökumeni-
schen Rat der Kirchen in Genf.

1958 Mitglied des Landesvorstandes und seit 1967 stellvertretende Lan-
desvorsitzende der CDU. Seit 1964 Landesvorsitzende des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU Hessen.

Stadtverordnete der CDU in Fulda von 1956 bis März 1959.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 20.10.1969 bis 4.11.1980. -
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der
WEU von 1970 bis 1973. Mitglied des Europäischen Parlaments von 1973
bis 1984.

1959 Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 21.10.1969.

Waßmuth, Johannes CDU

Geboren am 9.8.1904 in Wolfhagen.

Volksschule, landwirtschaftliche Winterschule. Landwirt und Metzger in Wolfhagen.

Mehrere Jahre Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Wolfhagen.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Weber, Albert SPD

Geboren am 8.4.1919 in Kassel.

Volksschule, Höhere Handelsschule, kaufmännische Lehre. 1939 bis 1946 Arbeitsdienst, Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft. Seit 1946 Dienst bei der Stadtverwaltung Kassel. Erste und zweite Verwaltungsprüfung. 1970 bis 1982 Kurdirektor in Bad Hersfeld.

Mitglied der SPD. 1954 bis 1965 Kreisvorsitzender der SPD Hofgeismar. Stadtverordneter in Grebenstein seit 1948. Mitglied des Kreistags Hofgeismar von 1952 bis 1970; Kreistagsvorsitzender von 1960 bis 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1970.

Weber, Hans-Otto SPD

Geboren am 14.6.1926 in Korbach.

Abitur. Kriegsteilnehmer. 1946 bis 1957 im hessischen Schuldienst, anschließend ein Jahr für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Paris tätig. 1974 bis 1978 Beauftragter für die Angelegenheiten des Grenzgebiets zur DDR in der Hessischen Staatskanzlei.

Aktive Mitarbeit und Funktionen in verschiedenen Verbänden. Vizepräsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Mitglied des Kreistags Waldeck von 1960 bis 1975.

1959 Mitglied der 3., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 28.2.1974 und vom 1.12.1978 bis 30.11.1982. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 28.2.1974.

Weber, Josef CDU

Geboren am 5.8.1935 in Burghaun (Landkreis Fulda). Verheiratet, drei Kinder.

Volksschule, anschließend Tischlerlehre mit Facharbeiterprüfung. 1955 Eintritt in die hessische Polizei. Bis zur Wahl in den Hessischen Landtag im aktiven Polizeidienst tätig, zuletzt Polizeioberrmeister.

1962 Eintritt in die CDU. Ortsvorsitzender der CDU in Burghaun, stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Fulda-Land.

Gemeindevertreter in Burghaun (Kreis Fulda) seit 1964; Fraktionsvorsitzender. - Mitglied des Kreistags Hünfeld seit 1968, des Kreistags Fulda seit 1972; Vorsitzender der CDU-Fraktion.

1974 Mitglied der 6., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1970.

Wedel, Ludwig SPD

Geboren am 9.4.1909 in Griesheim bei Darmstadt.

Volksschule, Kaufmannsschule, Institut der Wirtschaftsprüfer. Kaufmännische Lehre, Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Gewerkschaftsangestellter, Bücherrevisor und Helfer in Steuersachen, Steuersyndikus der früheren Landesdentistenkammer. - 1954 bis 1969 Bürgermeister von Groß-Umstadt.

Seit 1923 Mitglied der SPD, SAJ und Gewerkschaften.

Ehrenamtlicher Beigeordneter in Groß-Umstadt von 1946 bis 1952. Stadtverordnetenvorsteher von 1952 bis 1954. Mitglied des Kreis Ausschusses 1946; vier Jahre zweiter Kreisdeputierter. Kreistagsvorsitzender 1960.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1970.

Weghorn, Eberhard F.D.P.

Geboren am 1.8.1947 in Frankfurt am Main.

Volksschule in Frankfurt am Main, naturwissenschaftlicher Zweig des Gymnasiums in Schlüchtern. 1966 Abitur. Bundesgrenzschutz. 1968 Studium der Soziologie und der Rechtswissenschaften an der Universität Frankfurt am Main. 1974 erstes juristisches Staatsexamen, 1977 zweites juristisches Staatsexamen. - Rechtsanwalt.

1969 Eintritt in die F.D.P. und die Deutschen Jungdemokraten (DJD).

1971 bis 1972 Landesvorsitzender des Landesverbandes Hessen der DJD.

1975 Mitglied des Bundesvorstandes der DJD. Mitglied des Präsidiums der F.D.P. Hessen. Seit April 1985 Vorsitzender des Bezirksverbandes der F.D.P. Untermain.

Stadtverordneter in Steinau.

Mitglied der Verbandsversammlung bzw. des Verbandsausschusses des LWV seit 1.8.1973.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 6.2.1975 bis 30.11.1982 und seit 13.10.1983. - Parlamentarischer Geschäftsführer der F.D.P.-Fraktion vom 5.12.1978 bis 30.11.1982. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 26.8.1981 bis 1.12.1982. - Stellvertretender Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion seit 13.10.1983.

Weidemann, Hermann SPD

Geboren am 7.9.1887 in Ribnitz (Mecklenburg).

Volksschule. Buchdrucker. 1933 und 1944 verhaftet. Aufenthalt in KZ Sachsenhausen. - Vom 28.4.1945 bis 1948 Bürgermeister der Stadt Hofgeismar.

Seit 1905 Mitglied der SPD.

Stadtverordneter, Beigeordneter, Mitglied des Kreistags von 1919 bis 1933.

Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel von 1928 bis 1933.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954.

Verstorben am 26.7.1961.

Weidner, Ernst LDP

Geboren am 31.5.1885 in Herchenhain. Verheiratet drei Kinder.

Gymnasium in Darmstadt, Worms und Büdingen. 1904 Studium der Theologie in Gießen; dort 1909 erste theologische Prüfung, 1911 zweite theologische Prüfung in Darmstadt. Bis 1955 Verwalter, Assistent, Vikar und Pfarrer in verschiedenen Gemeinden, ab 1936 in Ostheim (Kreis Friedberg).

Vor 1933 Mitglied der DDP, nach 1945 der LDP.

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 14.10.1921 bis 27.11.1921.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 22.4.1956.

Weigel, Eugen SPD

Geboren am 30.8.1903 in Lüdenscheid.

Volksschule, Volkshochschule, Akademie der Arbeit. Reise- und Ver-

kehrssachbearbeiter. Leiter des Arbeitsamtes Biedenkopf. Arbeitsgerichtsrat am Arbeitsgericht Hersfeld.

Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend. Jungsozialist und Funktionär der SPD und FGB.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 5.8.1946 bis 30.11.1946.

Weimar, Karlheinz CDU

Geboren am 30.1.1950 in Kirberg. Verheiratet.

1960 bis 1968 Gymnasium in Limburg. Studium der Rechtswissenschaften in Gießen. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen Einberufung zum Wehrdienst. 1977 zweites juristisches Staatsexamen. Rechtsanwalt in Limburg.

Eintritt in die CDU und Junge Union. Ab 1972 Kreisvorsitzender der Jungen Union Limburg, später Kreisvorsitzender der Jungen Union im Kreis Limburg-Weilburg. 1973 bis 1981 Landesvorstandsmitglied der Jungen Union Hessen als Grundsatz- und Bildungsreferent. In der CDU Ortsvorsitzender und ab 1973 Kreisvorstandsmitglied und Mitglied des CDU-Bezirksvorstands Westhessen.

Gemeindevertreter in Staffel von 1972 bis 1974. Kreistagsabgeordneter im Kreis Limburg-Weilburg ab 1974.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1978.

Weinsperger, August LDP

Geboren am 2.1.1891 in Frankfurt am Main.

Malermeister in Frankfurt am Main.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 21.05.1963.

Weirich, Dieter CDU

Geboren am 31.12.1944 in Sülzbach (Landkreis Heilbronn).

Schulabschluß am Aufbaugymnasium Weinsberg. Redaktionsvolontariat bei der 'Pforzheimer Zeitung'. 1965 bis 1966 Bundeswehr-Pflichtwehrdienst, nach Wehrübung Leutnant der Reserve. Redakteur beim 'Hanauer Anzeiger'. 1969 bis 1972 Persönlicher Referent des hessischen CDU-Landesvorsitzenden Dr. Dregger. Ab Januar 1972 bis 1979 Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion und der hessischen CDU.

1973 verbeamtet, 1974 Oberregierungsrat.

Seit 1961 Mitglied der CDU und der Jungen Union. Von 1968 bis 1974 Mitglied des JU-Landesvorstandes Hessen, 1971 bis 1973 des JU-Bundesvorstandes. 1975 bis 1979 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Main-Kinzig. 1979 Vorsitzender der Medienkommission der hessischen CDU. 1974 bis 1980 Mitglied im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks. Mitglied im DJV.

Stadtverordneter in Hanau von 1972 bis 1974.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 4.11.1980.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 2.10.1974 bis 4.11.1980.

Weiß, Gerald CDU

Geboren am 12.7.1945 in Rüsselsheim. Verheiratet, zwei Kinder.

1952 bis 1956 Grundschule, bis 1963 Immanuel-Kant-Gymnasium in Rüsselsheim, anschließend Wirtschaftsgymnasium in Frankfurt am Main, 1966 Abitur. Eltern im Oktober 1962 bei einem Raubüberfall getötet, selbst schwer verletzt, längere Rekonvaleszenz. Nach Absolvierung mehrerer kaufmännischer Praktika ab 1967 Studium der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspädagogik an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. 1971 Prädikatsexamen als Diplom-Handelslehrer. Nach vorübergehender praktischer Betriebstätigkeit seit März 1972 Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Akademie für angewandte Betriebswirtschaft Überlingen in Frankfurt am Main.

1964 bis 1966 Vorsitzender des Kreisverbandes Groß-Gerau der Jungen Europäischen Föderalisten. Seit 1968 Mitglied der CDU und der Jungen Union. 1969 bis 1974 Ortsverbandsvorsitzender der Jungen Union Rüsselsheim. 1978 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU im Kreis Groß-Gerau.

Abgeordneter des Kreistags des Kreises Groß-Gerau seit 1972; stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion seit 1977 und Fraktionsvorsitzender seit 1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 23.12.1974.- Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion seit 5.6.1984.

Weiß, Heinrich SPD

Geboren am 2.8.1893 in Frankfurt-Sindlingen.

Volks- und Berufsschule. Mechanikerlehre, Fortbildung in Abendkursen. 1913 bis 1918 Militär- und Kriegsdienst; schwer verwundet. 1907

Eintritt in die Gewerkschaft. 1914 Eintritt in die SPD. Betriebsratsvorsitzender im Reichsbahnausbesserungswerk Frankfurt am Main-Nied. 1926 Vorsitzender des Bezirksbetriebsrats der Reichsbahndirektionen Frankfurt, Kassel und Darmstadt. Mitglied des Verbandsbeirates der Eisenbahner in Berlin.

Ehrenamtlicher Beigeordneter in Hofheim-Marxheim und Kreistagsabgeordneter vor 1933. - Stellvertretender Landrat des Main-Taunus-Kreises 1945.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3., 1964 der 4. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 5.11.1966. Verstorben am 5.11.1966.

Welteke, Ernst SPD

Geboren am 21.8.1942 in Korbach. Verheiratet, drei Kinder.

Realschule. Lehre als Landmaschinenmechaniker. Abitur am Hessenkolleg in Wiesbaden. Studium der Volkswirtschaft in Marburg und Frankfurt am Main. Während des Studiums zahlreiche Tätigkeiten als Werkstudent. Diplom-Volkswirt. Anschließend Mitarbeiter im persönlichen Büro des Hessischen Ministerpräsidenten.

Seit 1959 Gewerkschaftsmitglied. Seit 1964 Mitglied der SPD. Seit 1971 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks. 1978 bis 1982 Vorsitzender des Kuratoriums der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Stadtverordneter in Oberursel seit 1977. - Mitglied des Kreistags Hochtaunus seit 1968.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974. - Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion seit 26.6.1984.

Wendel, Richard CDU

Geboren am 11.12.1894 in Okarben (Friedberg).

Landwirt in Okarben.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946. Verstorben am 17.12.1971.

Wenderoth, Gerhard CDU

Geboren am 6.11.1930 in Kassel. Verheiratet, ein Sohn.

Volksschule in Dörnhausen (Landkreis Kassel), Mittelschule in Kassel und Realgymnasium in Melsungen (Fulda). Nach dem Abitur Verwaltungslehre. Danach Studium der Rechtswissenschaften in Marburg

(Lahn) und Frankfurt am Main; nebenher Arbeit als Werkstudent, Rechtsanwalt und beim Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands als stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung beschäftigt.

1975 bis 1977 Vorsitzender des Stadelternbeirates in Frankfurt am Main.
1976 bis 1979 Vorsitzender des Landeselternbeirates Hessen.

Stadtverordneter in Frankfurt am Main seit 1981; Fraktionsvorsitzender seit 13.3.1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1982.

Wenzel, Heribert SPD

Geboren am 22.6.1929 in Böhmisch-Kamnitz. Verheiratet, zwei Kinder. Volksschule, Hauptschule. Lehre als Industriekaufmann. Bis 1961 in der Industrie tätig, seitdem beim Landeswohlfahrtsverband Hessen. - 1973 bis 1980 hauptamtlicher Stadtrat in Darmstadt.

Seit 1948 Gewerkschaftsmitglied. Mitglied verschiedener bürgerschaftlicher Vereinigungen.

Stadtverordneter in Darmstadt von 1960 bis 1973, Fraktionsvorsitzender von 1964 bis 1973. Ehrenamtlicher Stadtrat ab 1981.

Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg bis 1973.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 18.12.1973.

Westernacher, Richard CDU

Geboren am 30.12.1919 in Lindheim.

Volksschule in Lindheim. 1938 Abitur. Anschließend Wehrdienst, Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. Selbständiger Landwirt, 1953 Meisterprüfung. Ortslandwirt.

Zweiter Vorsitzender des Kreisbauernverbandes. Vizepräsident und danach Präsident des Hessischen Bauernverbandes. Verbandsratsmitglied des Ländlichen Genossenschaftsverbandes Frankfurt am Main. Ab 1969 Präsident des Raiffeisenverbandes Frankfurt. Vorstandsmitglied der AOK Büdingen. Synodaler der Dekanatsynode Büdingen und Mitglied der Landessynode. - Mitglied des Landesvorstandes und des Präsidiums der CDU Hessen und des Bundesagrarausschusses der CDU.

Mitglied des Kreistags Büdingen.

1964 Mitglied 4., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1970.

Wiesemann, Johanna CDU

Geboren am 26.10.1894 in Altenburg (Thüringen).

1914 bis 1916 Universität Breslau, gleichzeitig Kunstberichterstatlerin.

1917 bis 1918 beim Rat in Dresden tätig. 1919 bis 1947 Hausfrau in Dresden. 1948 nach Biedenkopf verzogen.

Eintritt in die CDU, mehrere Parteiämter.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1958.

Verstorben am 16.8.1975.

Wild, Willy SPD

Geboren am 29.11.1919 in Frankfurt am Main.

Volksschule. Schriftgießerlehre. Absolvent der Sozialakademie Dortmund. Schriftgießer.

Seit 1949 Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der D. Stempel A.G. Frankfurt am Main. - Mitglied der Selbstverwaltung der LVA. - Landesarbeitsrichter.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 30.11.1966.

Wilhelm, Heinrich SPD

Geboren am 15.2.1885 in Kammerbach.

Volksschule. Stellmacher. Inhaber einer Stellmacherei. Nach 1945 Innungsoberrmeister.

Vor 1933 Mitglied und Funktionär der SPD.

Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Laudenbach vor 1933 und ab 1945. - Kreistagsabgeordneter des Kreises Witzhausen. Kreisauschußmitglied der Gemeinde Laudenbach.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 11.11.1947.

Wilhelmi, Paul LDP

Geboren am 15.7.1879 in Duisburg.

Ingenieur und Kaufmann.

Mitbegründer der LDP in Wiesbaden 1945/46.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 12.3.1962.

Wilke, Otto F.D.P.

Geboren am 13.4.1937 in Korbach. Verheiratet, zwei Kinder. Volksschule. 1952 bis 1955 Lehre als Installateur. 1962 bis 1963 Besuch der Bundesanstalt für Elektrotechnik in Oldenburg, 1963 Meisterprüfung. 1967 Übernahme des elterlichen Installationsgeschäftes. Seit 1955 Mitglied der FDP, 1955 bis 1964 Vorsitzender der Jungdemokraten im Kreis Waldeck, 1959 bis 1963 Bezirksvorsitzender in Hessen-Nord. Seit 1969 Kreisvorsitzender des FDP-Kreisverbandes Waldeck, seit 1974 des neuen Kreisverbandes Waldeck-Frankenberg. Seit 1969 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen, ab 1977 stellvertretender Landesvorsitzender. Seit Februar 1985 Mitglied des F.D.P.-Bundesvorstandes. - 1974 bis 1978 Mitglied der Gewährträgersammlung der Hessischen Landesbank. Mitglied des Gemeindevorstandes der Gemeinden Adorf bzw. Diemelsee von 1964 bis 1972. 1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung. Mitglied des Hessischen Landtags vom 24.12.1970 bis 30.11.1982 und seit 13.10.1983. - Stellvertretender Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion vom 19.11.1974 bis 28.6.1977 und seit 13.10.1983, Vorsitzender vom 28.6.1977 bis 30.11.1982.

Willmann, Karl KPD

Geboren am 22.6.1908 in Darmstadt. Volksschule, Verwaltungsakademie, Fachschule. Bilanzbuchhalter, Betriebsprüfer. Seit 1923 Mitglied des Arbeiterturn- und Sportbundes. Seit 1929 Mitglied der KPD. Seit 1945 Vorsitzender des KPD Ortsverbandes Darmstadt-Eberstadt. Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 29.3.1946 bis 14.7.1946. Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 26.9.1950. Verstorben am 13.4.1976.

Windemuth, Justus SPD

Geboren am 27.9.1883 in Weiterode bei Bebra. Volksschule, Volkshochschule und gewerkschaftliche Bildungskurse über Volkswirtschaft und Beamtenrecht. Reichsbahnbeamter; seit 1932 im Ruhestand.

Mitglied und Funktionär der SPD. Ab 1945 Vorsitzender der SPD-Kreisgruppe Rotenburg (Fulda).

Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Weiterode 1945.

Mitglied des Kreistags und des Kreisausschusses vor 1933. Erster Kreisdeputierter des Kreises Rotenburg (Fulda) ab 1945.

Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel und des Provinziallandtags Hessen-Nassau von 1921 bis 1933.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 13.7.1946 bis 30.11.1946.

Verstorben am 6.2.1963.

Windfuhr, Wolfgang CDU

Geboren am 28.6.1936 in Lüdenscheid. Verheiratet, zwei Kinder.

Gymnasium, 1956 Abitur. Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Pädagogik in Marburg und Bonn. 1962 erste Staatsprüfung. 1963 bis 1965 Referendariat in Fritzlar und Kassel. 1965 zweite Staatsprüfung. Seit 1965 Gymnasiallehrer in Kassel.

1966 bis 1968 Vertreter des Bezirksverbandes Nordhessen in der Assessoren-Arbeitsgemeinschaft des Hessischen Philologenverbandes. - Seit 1966 Mitglied der CDU. Seit 1969 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Kassel-Stadt. Mitglied des Kulturausschusses der CDU Hessen. Seit 1980 Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU Nordhessen. Stellvertretender Landesvorsitzender des evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen.

Stadtverordneter in Kassel seit 1.11.1968; stellvertretender Fraktionsvorsitzender von 1971 bis 1979.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974.

Winkelsträter, Liesel SPD

Geboren am 28.2.1921 in Landau (Pfalz).

Volks- und Handelsschule. Von 1936 bis 1941 kaufmännische und Verwaltungsangestellte. Seit Oktober 1951 Bezirkssekretärin bei der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik für das Land Hessen, insbesondere Betreuung der weiblichen Beschäftigten.

Seit 1946 Mitglied der SPD. Ehrenamtliche Parteifunktionen. Zeitweilig Arbeits- und Sozialrichterin sowie Jugendschöffin.

1964 Mitglied der 4., 1969 der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1970.

Winkler, Rudolf CDU

Geboren am 21.2.1920 auf der Insel Brioni (Italien).

Volksschule, Bürgerschule, Handelsschule, Handelsakademie. Helfer in Steuersachen.

Seit 1946 Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BVD) Fulda-Stadt. Seit 1950 Vorstandsmitglied im Landesverband der Heimatvertriebenen Hessen.

Stadtverordneter in Fulda von 1948 bis 1968, ehrenamtlicher Stadtrat von 1968 bis 1972.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Verstorben am 23.8.1977.

Winter, Friedrich LDP

Geboren am 25.12.1899 in Hamburg.

Landwirt in Wolfhagen.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 27.3.1946.

Verstorben am 1.1.1974.

Winterstein, Horst SPD

Geboren am 5.10.1934 in Novi-Sivac (Jugoslawien). Verheiratet, zwei Kinder.

Volksschule in Jugoslawien, Humanistisches Gymnasium in Salzburg und Darmstadt. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Frankfurt am Main. 1964 juristische Staatsprüfung. 1964 bis 1966 Regierungsassessor bei der Finanzverwaltung des Landes Hessen, 1967 bis 1970 Geschäftsführer des Hessischen Städtebundes, seit 1971 Geschäftsführer des Hessischen Städtetages. - Seit 4.7.1984 Hessischer Minister des Innern.

Seit 1951 Mitglied der SPD, Tätigkeit bei den Jungsozialisten und im Sozialistischen Studentenbund. Stellvertretender Vorsitzender der SPD Hessen-Süd und Mitglied des Landesvorstandes. Unterbezirksvorsitzender und Mitglied des Kommunalpolitischen Ausschusses der SPD Hessen-Süd. - Ab 2.7.1980 Mitglied des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks.

Stadtverordneter in Hattersheim von 1960 bis 1978, Kreistagsabgeordneter 1968.

1979 Mitglied der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Bundesrates vom 4.7.1984 bis 12.12.1985, stellvertretendes Mitglied seit 12.12.1985.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 8.6.1976. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 5.12.1978 bis 25.3.1980; Vorsitzender vom 26.3.1980 bis 26.6.1984.

Winterstein, Ladislaus SPD

Geboren am 11.6.1905 in Altsiwatz (Ungarn).
Abitur, fünf Semester Studium an der Handelshochschule Nürnberg, Verwaltungsschule in Marosvasarhely (Siebenbürgen). Zunächst in der Verwaltung, dann in der Privatwirtschaft und schließlich wieder in der Verwaltung tätig (Gemeindeobernotar). 1949 bei der Stadtverwaltung in Pfungstadt beschäftigt. - 1951 bis 1964 Bürgermeister der Stadt Hattersheim.

Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BVD) in Darmstadt Stadt und Land, stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes der Heimatvertriebenen Hessen.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 26.10.1964 bis 2.11.1964.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954 und vom 11.11.1957 bis 30.11.1958.

Verstorben am 2.11.1964.

Winterstein, Norbert SPD

Geboren am 12.12.1931 in Altsivac (Jugoslawien).

1952 Abitur in Darmstadt, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Frankfurt am Main. 1961 großes juristisches Staatsexamen. Im Hessischen Staatsdienst tätig, zuletzt als Regierungsrat im Innenministerium. - Seit dem 15.1.1965 Bürgermeister in Hattersheim und seit 29.10.1981 Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim.

Seit 1953 Mitglied der SPD.

Kreistagsabgeordneter des Main-Taunus-Kreises seit 1960, Fraktionsvorsitzender seit 1964.

Abgeordneter der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain und Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 30.11.1970.

Witte, Otto SPD

Geboren am 19.3.1884 in Halberstadt.

Volksschule, Gartenbaufachschule, Arbeiterbildungsschule in Leipzig, Volkshochschule in Frankfurt am Main und Hamburg. Universitätskurse in Berlin und vier Semester Verwaltungsakademie bei der Hanse-Universität Hamburg. Nach Wanderschaft Gärtner beim Stadtgartenamt Charlottenburg und Schulgärtner in Zwickau. Industriearbeiter, Angestellter der AOK Chemnitz. 1909 bis 1912 Bezirksleiter des Deutschen Gärtnerverbandes in Frankfurt. 1912 Arbeitersekretär in Wiesbaden. 1915 bis 1919 Frontsoldat. 1920 Landesrat bei der Bezirks-Kommunalverwaltung für Nassau. 1937 nach Ausweisung aus Wiesbaden Übersiedlung nach Hamburg, später Angestellter beim Landwirtschaftsamt. Unter Hitler 22mal verhaftet. August 1944 bis April 1945 KZ Fuhlsbüttel. - 1946 bis 1953 Landeshauptmann des Kommunalverbandes für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

1904 Mitglied der Gewerkschaft und der SPD.

Vorsitzender des Soldatenrats Wiesbaden 1918/1919.

Mitglied des Provinziallandtags der Provinz Hessen-Nassau nach 1919. Bevollmächtigter für die Provinz Hessen-Nassau im Reichsrat von 1924 bis 1933.

Mitglied des Deutschen Reichstags vom 6.11.1926 bis 22.6.1933.

Mitglied des Parlamentarischen Rates des Länderrates der amerikanischen Zone vom 10.3.1947 bis 30.9.1949.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses vom 2.3.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946. - Präsident vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954. - Präsident des Hessischen Landtags vom 19.12.1946 bis 16.12.1954.

Verstorben am 19.9.1963.

Wittich, Heinrich CDU

Geboren am 23.6.1891 in Wehren (Regierungsbezirk Kassel).

Volkshochschule, Lateinschule in Homberg, Höhere Landbauschule in Weilburg. Übernahme des väterlichen Betriebs.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1950.
Verstorben am 23.2.1956.

Wittmann, Ludwig KPD

Geboren am 26.7.1898 in Massing (Niederbayern).

Volksschule. Lehre als Bauhandwerker, bis 1933 in diesem Handwerk tätig. 1933 bis 1934 aus politischen Gründen verhaftet. 1936 bis 1945 erneut verhaftet (Zuchthaus und KZ). 1945 Parteisekretär der KPD.

Seit 1919 politisch und gewerkschaftlich tätig.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 19.8.1949 bis 30.11.1950.

Verstorben am 23.1.1972.

Wittrock, Christian SPD

Geboren am 2.11.1882 in Kassel.

Volksschule. Bürolehre, Bürovorsteher, Stadtrat (Wohnungsamt). Geschäftsführer bei der Vereinigten Innungskrankenkasse. 1933 aller Ämter enthoben. Bis 1939 eine Gastwirtschaft geführt. Während des Krieges im KZ-Lager Sachsenhausen inhaftiert. 1946 bis 1948 Verwaltungsdirektor der AOK Kassel.

Mitglied des Landespartei Vorstandes der SPD.

Stadtverordneter in Kassel vom 26.5.1946 bis 31.10.1956, Stadtverordnetenvorsteher vom 5.7.1946 bis 31.10.1956, ehrenamtlicher Stadtrat vom 26.11.1956 bis 14.11.1960.

Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel von 1921 bis 1933 (mit Unterbrechungen).

Mitglied des Preußischen Staatsrats vor 1933.

1949 Mitglied der 1., 1954 der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1954 und vom 7.2.1958 bis 30.11.1958. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 7.12.1950 bis 16.12.1954.

Verstorben am 15.11.1967.

Wittrock, Willi SPD

Geboren am 2.8.1898 in Kassel.

Abitur. 1919 bis 1923 Kommunalbeamter in Kassel. 1924 bis 1929 Studium (Rechts- und Staatswissenschaften) in Göttingen und Berlin, Staatsexamen beim Oberlandesgericht Celle. 1929 Stadtverwaltung Kassel, Leiter der Rechtsabteilung des Wohlfahrtsamtes, 1933 durch Naziregime relegiert. 1945 Personaldezernent in Kassel, vom 10.1.1946 bis 9.8.1948 hauptamtlicher Stadtrat.

Mitglied der SPD seit 1919; 1923 Mitbegründer der Schutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, und 1923 Mitbegründer des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

1959 Mitglied der 3. Bundesversammlung.

Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1962. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion vom 4.12.1950 bis 30.11.1954. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 16.12.1954 bis 1.12.1962.

Verstorben am 23.3.1966.

Wittwer, Josef CDU

Geboren am 19.3.1930 in Bork (Westfalen).

Volksschule. Verwaltungslehrling, Angestellter und Beamter in der Kommunalverwaltung. Seit 1957 Beamter bei der Stadt Kelkheim (Taunus). Ehrenamtliche Tätigkeit in der Erwachsenenbildung und in katholischen Jugendorganisationen. - Bürgermeister der Gemeinde Kriftel (Taunus). Seit 1950 Mitglied der CDU. Seit 1954 Mitglied des Kreisvorstands der CDU Main-Taunus, von 1959 bis 1966 deren Kreisvorsitzender. 1956 bis 1959 Kreisvorsitzender der Jungen Union Main-Taunus. 1958 bis 1963 Bezirksvorsitzender der Jungen Union West-Hessen. Seit 1960 Kreistagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender.

Erster Beigeordneter der Gemeinde Kriftel (Taunus).

Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain, stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.9.1960 bis 6.3.1970.

Verstorben am 6.3.1970.

Wöll, Karl SPD

Geboren am 21.12.1903 in Groß-Auheim.

Volksschule. Kaufmännische Lehre. Seit 1919 politisch und gewerkschaftlich tätig. 1928 bis 1933 Gewerkschaftssekretär. 1934 bis 1938 selbständig als Kraftfahrer, 1938 Expedient, 1941 Geschäftsführer. Ab 1944 Versandleiter in der Metallindustrie. 1945 bis 1949 Angestelltenvertreter im Betriebsrat einer Maschinenfabrik. Seit 1949 Rechtsstellenleiter beim DGB-Kreisausschuß Offenbach.

Stadtbezirksvorsteher in Frankfurt am Main von 1947 bis 1949.

1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970.

Verstorben am 11.4.1972.

Dr. Woitschell, Gerhard NPD

Geboren am 24.3.1910 in Berlin.

Humanistisches Gymnasium, Abitur, Studium in Berlin, Diplom-Volkswirt, Dr.rer.pol., 1934/35 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der DAF, 1935 bis 1940 Geschäftsführer des Reichsinnungsverbandes des Buchdruckerhandwerks, später der Fachgruppe Buchdruck in der Wirtsch. Gr. Druck und Papierverarbeitung, 1940 Sachbearbeiter in der Haupttreuhandstelle Ost in Berlin. Ab 2.4.1941 Soldat, zuletzt Unteroffizier in einem Infanterie-Sturmregiment. 1945 bis 1948 Bauhilfsarbeiter in Wiesbaden, 1949 bis 1950 Vertreter, seit September 1950 Spirituosen-großhändler in Wiesbaden, selbständiger Kaufmann.

1926/27 Mitglied des Jungdeutschen Ordens, über diesen 1928 zur NSDAP; Mitglied bis zu deren Auflösung. Ehrenamtliche Mitarbeit bis März 1938, zuletzt Ortsgruppenleiter im Berliner Stadtteil Wedding. NSKK-Obersturmführer (inaktiv). - 1949/50 Mitglied der damals in Wiesbaden kurzlebig existierenden NDP. Seit 1959 Mitglied der Deutschen Reichspartei bis zu deren Selbstauflösung 1965. Mitglied der Parteileitung der DRP. Seit Gründung der NPD Mitglied (Nov. 1964) und erster stellvertretender Landesvorsitzender von Hessen.

1969 Mitglied der 5. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1966 bis 9.11.1969. - Stellvertretender Vorsitzender der NPD-Landtagsfraktion vom 1.12.1966 bis 9.11.1969.

Verstorben am 9.11.1969.

Wolf, Eleonore KPD

Geboren am 11.3.1900 in Sommerhausen.

Fürsorgerin. Vom 15.8.1945 bis 31.12.1950 Büroangestellte beim Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Fürsorgeamt und vom 11.11.1957 bis 31.5.1965 beim Sport- und Badeamt.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Wolf, Heinz CDU

Geboren am 3.3.1908 in Limburg.

Humanistisches Gymnasium. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Frankfurt am Main, Richter in Frankfurt am Main. Staatsanwalt in Frankfurt am Main, Limburg und Danzig. Erster Staatsanwalt in Traunstein und Frankfurt am Main, Oberstaatsanwalt in Limburg und Frankfurt am Main. - Vom 1.7.1964 bis 3.2.1975 Landrat in Limburg. Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CDU Hessen. Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU. 1954 bis 1962 Erster bzw. stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, Landesverband Hessen. Beiratsmitglied der Lahnwerke AG.

1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 30.11.1966.

Verstorben am 1.10.1984.

Wolf, Waldemar SPD

Geboren am 16.9.1929 in Leina (Kreis Gotha). Verheiratet, zwei Kinder. 1936 bis 1944 Volksschule. Lehre als Lokjunghelfer im Reichsbahnbetriebswerk Gotha, 1947 Gesellenprüfung als Schlosser. 1947/48 Lok- und Motorenschlosser im Reichsbahnwerk Gotha. 1949 bis 1951 Schlosser, 1951 bis 1955 Kalkulator in der Lowa Gotha. 1955 bis 1960 Betriebsschlosser bei der Adam Opel AG Rüsselsheim, 1959 Werkmeisterlehrgang, seit 1960 Werkmeister bei der Adam Opel AG. Seit 1974 Beamter in einem Hessischen Ministerium.

Seit 1960 Mitglied des Unterbezirksvorstandes der SPD Main-Taunus. Seit 1963 Erster Vorsitzender des Ortsvereins Hochheim der SPD.

Stadtverordneter in Hochheim am Main von 1962 bis 1968; Fraktionsvorsitzender von 1964 bis 1968. - Ehrenamtlicher Stadtrat von 1968 bis 1974. - Mitglied des Kreistags Main-Taunus ab 1960.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1970 bis 30.11.1974.

Zabel, Günter SPD

Geboren am 11.12.1926 in Weißenfels (Sachsen-Anhalt). Verheiratet, ein Kind.

Oberrealschule. Ab 1943 Kriegsteilnehmer, bis Dezember 1948 Kriegsgefangenschaft in der UdSSR. Studium der Pädagogik in Halle an der Saale. Ab 1950 Lehrer. 1954 Flucht aus politischen Gründen. Zusatzstudium in Weilburg. 1957 bis 1969 Lehrer an der einklassigen Volksschule in Kailbach (Odenwald). 1969 bis 1974 Rektor an der Mittelpunktschule in Erbach (Odenwald).

Unterbezirksvorsitzender der SPD im Odenwaldkreis.

Mitglied des Kreistags Erbach bzw. Odenwald seit 1965; Fraktionsvorsitzender von 1969 bis 1977; Vorsitzender des Kreistags des Odenwaldkreises seit 1977.

1984 Mitglied der 8. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags seit 1.12.1974. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion seit 6.5.1980.

Zängerle, Johann Friedrich KPD

Geboren am 31.3.1911 in Langen.

Metallarbeiter. Betriebsratsvorsitzender der Opelwerke in Rüsselsheim.

1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Zeiß, Jakob KPD

Geboren am 29.10.1886 in Lamsheim.

Ledarbeiter aus Fürth (Odenwald).

Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 7.12.1931 bis 9.5.1932.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.

Verstorben am 2.3.1952.

Zerbe, Edwin SPD

Geboren am 22.8.1916 in Wiesbaden-Rambach. Verheiratet, zwei Kinder.

Schulbesuch in Wiesbaden. 1935 Reifeprüfung am Realgymnasium in Wiesbaden. Arbeitsdienst, Beginn des juristischen Studiums. 1936 bis 1945 Soldat; 1945 als Hauptmann in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Nach Entlassung 1946 Weiterführung des Studiums, 1948 erste,

1951 zweite juristische Staatsprüfung, Justitiar beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden. 1951 bis 1955 Referent für die hessischen Universitäten und Hochschulen beim Hessischen Kultusminister. - 1955 bis 1970 Landrat des Landkreises Hersfeld. - Rechtsanwalt.

Seit 1945 Mitglied der SPD. 1948 bis 1954 stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD in Wiesbaden, ab 1958 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hersfeld.

Stadtverordneter in Wiesbaden von 1948 bis 1955. Mitglied des Kreistags Hersfeld-Rotenburg; Erster Kreisbeigeordneter von 1970 bis 1972; Kreistagsvorsitzender von 1972 bis 1986.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 19.10.1965 bis 2.5.1967.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1958 bis 23.11.1965 und vom 1.12.1970 bis 30.11.1978.

Prof. Dr. Ziegler, Wilhelm BHE GB/BHE

Geboren am 25.11.1891 in Birstein (Kreis Gelnhausen).

Nach Besuch der Mittelschule in Gelnhausen und des Gymnasiums in Büdingen 1910 Reifeprüfung. Studium der Theologie, Geschichte und Volkswirtschaft in Marburg, Berlin, Göttingen, Bonn und Frankfurt am Main. Dr. phil. 1915. Vor Verdun 1916 schwer verwundet. 1918 Reichsde-mobilmachungsam. 1919 Reichszentrale für Heimatdienst, dort 1927 Oberregierungsrat. 1933 nach deren Auflösung Übernahme in das Reichspropaganda-Ministerium, Referent für Wissenschaft. Pg ohne Amt. 1938 Ministerialrat. 1941 Honorarprofessor für Geschichte an der Universität Berlin. 1942 Untersuchungsverfahren durch Geheime Staatspolizei wegen aktiven Widerstandes in den Jahren 1938 und 1939, seitdem dienstlich beaufsichtigt. 1943 beurlaubt. 1948 durch Spruchkammer entlastet. Danach im VdK tätig. - 1949 zum Ersten Landesverbandsvorsitzenden des Bundes der Fliegergeschädigten gewählt. - 1953 bis 1956 Staatskommissar für die Förderung der hessischen Notstandsgebiete und Zonengrenzkreise in der Hessischen Staatskanzlei.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1954.

Verstorben am 21.4.1962.

Zink, Otto CDU

Geboren am 31.10.1925 in Rüsselsheim.

Volksschule. 1940 bis 1943 Lehre als Werkzeugmacher. 1943 Facharbeiterprüfung. 1943 bis 1947 Arbeitsdienst, Wehrmacht, Kriegsgefangen-

schaft. 1947 bis 1953 Werkzeugmacher. Sachbearbeiter für Berufsausbildung, Jugendfragen und Berufsverkehr.
1948 bis 1951 Jugendvertreter bei der Adam Opel AG. Vorsitzender der Jugendvertretung. 1951 bis 1961 Mitglied des Betriebsrats. 1953 bis 1961 Mitglied des Betriebsausschusses. 1959 bis 1965 und 1972 bis 1974 Arbeitnehmervertreter im Wirtschaftsausschuß der Adam Opel AG. - Ehrenamtliche Funktionen in der IG Metall und im DGB. - Seit 1951 Mitglied der Jungen Union. Seit 1953 Mitglied der CDU. Mitglied des Präsidiums der hessischen CDU. Mitglied im Orts-, Kreis- und Landesvorstand. Landesvorsitzender des Sozialausschusses der CDU.
Stadtverordneter in Rüsselsheim von 1956 bis 1981.
Mitglied des Deutschen Bundestages seit 19.10.1965.
1964 Mitglied der 4., 1969 der 5., 1974 der 6., 1979 der 7., 1984 der 8. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1962 bis 18.10.1965.

Zinke, Anna SPD

Geboren am 7.7.1892 in Kassel.
Volksschule. Kinderpflegerin.
Mitglied der SPD seit 1915. Vorsitzende der Frauenorganisation in Kassel. Leiterin der Arbeiterwohlfahrt des Bezirks Kassel.
Stadtverordnete in Kassel bis 1923 und wieder vom 26.5.1946 bis 5.5.1952.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Verstorben am 25.4.1958.

Dr. h.c. Zinn, Georg August SPD

Geboren am 27.5.1901 in Frankfurt am Main.
1920 Abitur in Kassel. 1920 bis 1931 Kommunalbeamter in Kassel; 1923 Prüfung für gehobenen, mittleren Kommunalverwaltungsdienst. 1923 bis 1926 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Berlin. 1927 erste und 1931 zweite juristische Staatsprüfung. 1928 bis 1931 Gerichtsreferendar in Kassel. 1931 bis 1945 Rechtsanwalt in Kassel. Kriegsdienst 1941 bis 1945. 1945 Landgerichtsdirektor beim LG Kassel. Vom 28.10.1945 bis 31.10.1949 und vom 10.1.1951 bis 30.1.1963 Hessischer Minister der Justiz, gleichzeitig ab 1946 Direktor des Landespersonalamtes. - Vom 14.12.1950 bis 2.10.1969 Hessischer Ministerpräsident.

1920 Mitglied der SPD. 1947 bis 1969 SPD-Landesvorsitzender und von 1952 bis 1970 im SPD-Parteivorstand.
Stadtverordneter in Kassel von 1927 bis 1933.
Mitglied und zugleich Vizepräsident des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 25.6.1947 bis 7.8.1947.
Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7.9.1949 bis 21.1.1951 und vom 17.10.1961 bis 13.12.1961.
Mitglied des Bundesrates vom 22.1.1951 bis 23.10.1969. - Bundesratspräsident vom 7.9.1953 bis 6.9.1954 und vom 1.11.1964 bis 31.10.1965; Vizepräsident vom 7.9.1952 bis 6.9.1953, vom 7.9.1954 bis 31.10.1961 und vom 1.11.1965 bis 31.10.1966.
1949 Mitglied der 1. Bundesversammlung.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1954 bis 30.11.1970.
Verstorben am 27.3.1976.

Zinnkann, Heinrich SPD

Geboren am 31.12.1885 in Worms.
Volks- und Fachschule. Schlosser- und Mechanikerlehre. 1919 Gewerkschaftssekretär. 1928 Regierungsrat im Hessischen Arbeits- und Wirtschaftsministerium. 1933 aller Ämter enthoben. Bis 1935 ohne Beschäftigung, dann Vertreter einer Bausparkasse. 1944 Einberufung zur Wehrmacht. 1945 Oberregierungsrat. - Vom 7.8.1946 bis 18.1.1955 Hessischer Minister des Innern. - Vom 10.1.1951 bis 18.1.1955 stellvertretender Ministerpräsident.
Seit 1903 Mitglied der Gewerkschaft, seit 1906 der SPD. Nach 1945 zweiter Landesvorsitzender in Hessen.
Stadtverordneter in Worms von 1919 bis 1930.
Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen vom 7.12.1924 bis 7.7.1933. - Vorsitzender der SPD-Fraktion von 1931 bis 1933.
Mitglied des Bundesrates vom 7.9.1949 bis 16.12.1954.
1964 Mitglied der 4. Bundesversammlung.
Mitglied des Beratenden Landesausschusses vom 26.2.1946 bis 14.7.1946.
Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung vom 15.7.1946 bis 30.11.1946.
Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1946 bis 30.11.1962. - Präsident des Hessischen Landtags vom 16.12.1954 bis 1.12.1962.
Verstorben am 5.5.1973.

Zinnkann, Wilhelm SPD

Geboren am 27.10.1915 in Worms.

Abitur. Soldat, Kriegsdienst, Gefangenschaft. 1946 Eintritt in den hessischen Staatsdienst, Flüchtlingskommissar für den Landkreis Büdingen. Vom 23.2.1962 bis Februar 1976 Bürgermeister der Stadt Büdingen.

1929 bis 1933 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend. Seit 1945 Mitglied der SPD.

1954 Mitglied der 2., 1959 der 3. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags vom 1.12.1950 bis 30.11.1970. - Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion von 1955 bis 1960. - Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von Januar 1959 bis 30.3.1960; Vorsitzender vom 30.3.1960 bis 17.10.1961.

von Zworowsky, Wolf CDU

Geboren am 18.02.1924 in Kassel. Verheiratet, drei Kinder.

Hochschulreife 1942. Offizier, Flugzeugführer und Beobachter, fliegerischer Fronteinsatz. Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft Studium der Pädagogik. Lehramtsprüfung 1949, Staatsprüfung 1953. Seit 1949 Lehrtätigkeit an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien.

Mitglied der CDU und Jungen Union seit 1948, Mitarbeit in verschiedenen Vorstandsgremien, in der Jungen Union bis 1962. Mitglied des Landesvorstandes und Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU Hessen.

Stadtverordneter in Kassel vom 1.11.1960 bis 31.10.1964.

1964 Mitglied der 4., 1974 der 6. Bundesversammlung.

Mitglied des Hessischen Landtags von 1.12.1958 bis 23.02.1979. - Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 3.12.1974 bis 1.12.1978.



IV.

Die Direktoren im Landtag



Geschwind, Hermann

Geboren am 1.2.1899 in Wolfhagen, Bez. Kassel.

1905 bis 1913 Besuch der Volksschule, von 1913 bis 1914 der Präparandenanstalt. 1914 bis 1917 Schneiderlehre. 1917 bis 1919 Kriegsdienst. 1919 bis 1925 Schneider. 1925 bis 1933 Geschäftsführer des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Filiale Kassel. 1919 bis 1933 ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes - Leiter des Jugendkartells.

1933 bis 1939 selbständiger Schneider. 1939 bis 20.7.1944 Angestellter der Kasseler Verkehrsgesellschaft. Vom 20.7.1944 bis 20.9.1944 KZ-Haft in Sachsenhausen.

Vom 2.5.1945 bis 30.6.1946 Landrat des Kreises Frankenberg/Eder. Am 3.7.1946 Berufung zum Direktor beim Landtag.

Versetzung in den Ruhestand am 31.12.1959. Verstorben am 30.3.1969.

Franke, Paul

Geboren am 13.11.1904 in Hagenau/Elsaß.

1911 bis 1921 Schulbesuch. 1921 bis 1923 kaufmännische Lehre. 1923 bis 1924 Buchhalter. 1924 bis 1936 Berufssoldat. 1928 bis 1938 Fachschule für Verwaltung und Wirtschaft. August 1935 Abschlußprüfung II. Vom 25.3.1936 bis 7.7.1945 Wehrmachtsbeamter. Vom 8.7.1945 bis 1947 Gefangenschaft.

Vom 1.3.1947 bis 20.3.1949 Verwaltungsangestellter bei der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Seit dem 21.3.1949 beim Hessischen Landtag, bis 30.06.1949 als Verwaltungsangestellter, dann als Beamter.

Ab 1.1.1960 Direktor beim Landtag.

Versetzung in den Ruhestand am 31.3.1967. Verstorben am 12.1.1985.

Becker, Karl

Geboren am 17.6.1927 in Wiesbaden.

1933 bis 1937 Besuch der Volksschule, 1937 bis 1944 des Gymnasiums. 1944 bis 1946 Arbeits- und Kriegsdienst, Gefangenschaft. 1946 bis 1947 weiterer Besuch des Gymnasiums, Abitur. 1947 bis 1949 Ausbildung für den gehobenen Bibliothekardienst. 29.9.1949 Diplomprüfung.

1947 bis 1960 Bibliothekar beim Hessischen Landtag, zunächst im Angestelltenverhältnis, dann als Beamter. Ab 1.2.1960 Leiter des Parlamentarischen Büros.

Vom 1.4.1967 bis 31.7.1968 als Oberregierungsrat mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Direktors betraut.

Versetzung in den Ruhestand am 31.3.1981. Verstorben am 28.1.1984.

Lessle, Dieter Felix

Geboren am 21.4.1931 in Stuttgart.

1938 bis 1942 Besuch der Volksschule, 1942 bis 1947 des Gymnasiums, 1947 bis 1951 der Seminare Maulbronn und Blaubeuren. 1951 Abitur. 1951 bis 1957 Studium der Rechte in Tübingen, München und Exeter. 1956 erste juristische Staatsprüfung. Vorbereitungsdienst. 1962 zweite juristische Staatsprüfung.

Vom 1.5.1962 bis 24.9.1964 wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Hochschule Darmstadt. Vom 25.9.1964 bis 9.8.1968 Beamter beim Hessischen Kultusminister, zuletzt Oberregierungsrat.

Ab 1.8.1968 Direktor beim Landtag.

Abkürzungsverzeichnis

Die Klammerzusätze hinter den Parteinamen geben Auskunft darüber, an welchen Wahlen zum Hessen-Parlament die jeweiligen Parteien teilgenommen haben.

aaO.	am angegebenen Ort
Abg.	Abgeordnete/Abgeordneter
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Anm.	Anmerkung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AP	Arbeiterpartei (VLV 1946)
Art.	Artikel
Az.	Aktenzeichen
BdD	Bund der Deutschen (1954)
Best.	Bestand
betr.	betreffend
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
Bl.	Blatt
BLA	Beratender Landesausschuß
BSE	Gewerkschaft Bau, Steine, Erden
BvD	Bund vertriebener Deutschen
BVS	Bundesverband für den Selbstschutz
bzw.	beziehungsweise
CAD	Civil Administration Division
CDU	Christlich-Demokratische Union (VLV 1946 bis heute)
Col.	Colonel (Oberst)
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFU	Deutsche Friedens-Union (1962)
DG	Deutsche Gemeinschaft (1958, 1962)
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
dgl.	dergleichen, desgleichen
DHV	Deutscher Handlungsgehilfenverband
Diss.	Dissertation
DKP	Deutsche Kommunistische Partei (1970 bis heute)
DP	Deutsche Partei (1954, 1958)

DRP	Deutsche Reichspartei (1958)
Drs.	Drucksache
DS	Demokratische Sozialisten (1983)
DVP	Deutsche Volkspartei (1958)
EAP	Europäische Arbeiterpartei (1978 bis heute)
Entw.	Entwurf
EP	Europa-Partei (1970)
f.,ff.	folgende
FDP, F.D.P.	Freie Demokratische Partei (FDP 1950 bis 1970, F.D.P. 1974 bis heute) ¹
FGB	Freier Gewerkschaftsbund
FL	fraktionslos
FSP	Freie Sozialistische Partei (1962)
FWG	Verband der freien, unabhängigen und überpartei- lichen Wählergruppen für das Land Hessen (1978)
FVP	Freie Volkspartei
GAZ	Grüne Aktion Zukunft (1978)
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebe- nen und Entrechteten (1954, 1958)
GdP	Gewerkschaft der Polizei
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GDP/BHE	Gesamtdeutsche Partei/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (1962)
gem.	gemäß
gen.	genannt
GG	Grundgesetz
GLH	Grüne Liste Hessen - Wählergemeinschaft (1978)
GPD/BHE	Gesamtdeutsche Partei/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (1966)
GRÜNE	Die Grünen (1982 bis heute)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HLT	Hessischer Landtag
h.M.	herrschende Meinung
HV	Hessische Verfassung
IG	Industrie Gewerkschaft
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland (1974)

¹ Die Landtagsfraktion führte bereits ab Beginn der 7. Wahlperiode die Bezeichnung "F.D.P."

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (VLV 1946 bis 1954)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands ² (1974)
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung der CDU
LD	Liberales Demokraten (1983)
LDP	Liberal-Demokratische Partei (VLV 1946, 1946)
LG	Landgericht
LTA	Archiv des Hessischen Landtags
Lt. Col.	Lieutenant Colonel (Oberstleutnant)
MS	Maschinenschrift
NDP	National-Demokratische Partei
NF	Neue Folge
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (1966 bis 1978)
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
ÖTV	Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
o.J.	ohne Jahr
OLG	Oberlandesgericht
OMGH	Office of Military Government, Land Hesse
OMGUS	Office of Military Government for Germany (U.S.)
o.O.	ohne Ort
OT	Ortsteil
S.	Seite
SAJ	Sozialistische Arbeiter Jugend
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (VLV 1946 bis heute)
StAnz.	Staatsanzeiger für das Land Hessen
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
StGG	Staatsgrundgesetz für den Staat Groß-Hessen
StGH	Staatsgerichtshof
StK	Staatskanzlei
s.u.	siehe unten

² Hierbei handelt es sich nicht um die "alte" KPD, sondern um die im Verfassungsschutzbericht 1974, aaO., S. 85, 96, als zur "neuen Linken" gehörig bezeichnete Gruppe um Christian Semler und Jürgen Horlemann.

Tgb.	Tagebuch
u.a.	unter anderem, unter anderen
vgl.	vergleiche
VLV	Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen
WG	Wahlgesetz
WP	Wahlperiode

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Archiv des Deutschen Bundestages, Bonn

Bestand 2 Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet

Archiv des Hessischen Landtages, Wiesbaden

Bestand Beratender Landesausschuß

Bestand Verfassungberatende Landesversammlung

Bestände Hessischer Landtag 1. - 11. Wahlperiode

Hessischer Ministerpräsident - Staatskanzlei -, Wiesbaden

Bestand Beratender Landesausschuß

Bestand Vorbereitende Verfassungskommission

(Verfassungsausschuß)

Oberlandesgericht Frankfurt am Main

Akten 104 E - I. 861, Band 1, Bl. 1 - 25.

Schriftliche und fernmündliche Auskünfte erteilt:

Magistrat der Stadt Bad Homburg v. d. H.

Magistrat der Stadt Bensheim

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Kopenhagen

Bundesarchiv, Koblenz

Verwaltung des Bundesrates, Bonn

Magistrat der Stadt Butzbach

Magistrat der Stadt Darmstadt

Verwaltung des Deutschen Bundestages, Bonn

Gemeindevorstand der Gemeinde Edermünde

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Magistrat der Stadt Fürth/Odenwald

Magistrat der Stadt Grebenstein

Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Kassel, Kassel

Magistrat der Stadt Hanau

Magistrat der Stadt Karben

Magistrat der Stadt Kassel

Der Landeswahlleiter für Hessen, Wiesbaden
Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel
Stadt Mannheim
Der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg a.d. Lahn
Magistrat der Stadt Rüsselsheim
Stadtrat Karl H. Trageser, Frankfurt am Main
Regierungsdirektor a. D. Ludwig Weidner, Darmstadt
Magistrat der Stadt Weilburg
Magistrat der Stadt Wetzlar
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Paul Wilhelmi (jun.), Hellerup, Dänemark
Magistrat der Stadt Wolfhagen

Gedruckte Quellen und Amtsschriften

Die Abgeordneten der Verfassungberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags 1946 - 1976. Herausgegeben von der Kanzlei des Landtags. Bearbeitet von Karl Becker und Helma Böckelmann. (MS) Wiesbaden 1976

Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland. Bonn 1949 ff.

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Herausgegeben vom Alliierten Sekretariat. Berlin 1945 ff.

Amtsblatt der Militärregierung für Deutschland - Amerikanisches Kontrollgebiet. Herausgegeben von Office of Military Government for Germany (U.S.). Berlin 1946 ff.

Beiträge zur Statistik Hessens. Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt. Wiesbaden 1951 ff. (Nr. 39, 72, 107, 139, NF 24, 42, 69, 104, 144 und 159)

Biographical Directory of the American Congress 1774 - 1971. Ninety-Second Congress, First Session. Senate Document No. 92 - 8. Washington 1971.

Die Bundesversammlungen 1949 - 1979. Eine Dokumentation aus Anlaß der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984. Herausgegeben vom Deutschen Bundestag. Bonn 1984.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982. Verfaßt und bearbeitet von Peter Schindler. Bonn 1983.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1980 bis 1984. Fortschreibungs- und Ergänzungsband zum Datenhandbuch Bundestag 1949 bis 1982. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Verfaßt von Peter Schindler. Baden-Baden 1986.

Department of State, Treaties and other International Acts Series 3081, Publication 5972, Germany, Boundary Changes between United States and Soviet Zones of Occupation - Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics. Signed at Wanfried, Saxony [!, J.L.], Germany, September 17, 1945. Washington, o.J.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt 1945 ff.

Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen (bis 30. November 1946), für Hessen (18. Dezember 1946), für das Land Hessen (ab 1. Januar 1947). Wiesbaden 1945 ff.

Handbücher des Hessischen Landtags. Herausgegeben vom Büro des Landtags (1955, 1959, 1963, 1967), vom Hessischen Landtag (1971 ff.). Wiesbaden 1955 ff.

Handbücher des Hessischen Landtags (Volkshandbücher). Herausgegeben von der Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst (1957, 1959, von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (1963, 1967, 1971), von Herbert Lilge (1975 ff.). Redaktion: Herbert Lilge (1959, 1963, 1967, 1971). Wiesbaden 1957 - 1971; Bad Honnef und Darmstadt 1975; Rheinbreitbach 1979 ff.

Hessische Abgeordnete 1820 - 1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessens (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen. Bearbeitet von Hans-Georg Ruppel und Birgit Groß. Darmstädter Archivschriften 5. Darmstadt 1980.

Der Hessische Landtag, 1946 - 1954. Herausgegeben von der Kanzlei des Landtags. Bearbeitet von Karl Becker. (MS). Wiesbaden (August) 1978.

Hessischer Landtag, 1946 - 1954. Herausgegeben von der Kanzlei des Hessischen Landtags. Bearbeitet von Karl Becker. (MS). Wiesbaden (November) 1978.

Hessischer Landtag, 1. - 11. Wahlperiode, Drucksachen, Stenographische Berichte und Plenarprotokolle. Wiesbaden 1946 ff.

Schwarz, Max, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover 1965.

Staatsanzeiger für das Land Hessen. Wiesbaden 1946 ff.

Staat und Wirtschaft in Groß-Hessen (1946), Hessen (1947). Statistische Mitteilungen. Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt. Wiesbaden 1946 f.

Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen Drucksachen Abt. I, II, III, III a, IV, V. Wiesbaden 1946 ff.

Zehn (10) Jahre Sozialarbeit in Hessen 1953 - 1963. Ein Arbeitsbericht. Herausgegeben zur Plenarsitzung der Verbandsversammlung am 12. September 1963 in Fulda, die aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr ihrer ersten Konstituierung einberufen wurde. Schriften des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen Nr. 8. Kassel 1963.

Literatur

- Arndt, Adolf, Die staats- und verwaltungsrechtliche Entwicklung in Groß-Hessen. In: Deutsche Rechtszeitschrift 1946, S. 185 ff.
- Beier, Gerhard, Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834 - 1984). Frankfurt am Main 1981.
- Bergsträßer, Ludwig, Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1957, S. 397 ff.
- Beyer, Hans-Christoffer, Die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946. Diss. (MS). Marburg an der Lahn 1977.
- v. Brünneck, Wiltraut, Die Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, NF Band 3 (1954), S. 213 ff.
- Caspary, Friedrich, Vom Werden der Verfassung in Hessen. Aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen. Offenbach am Main 1946.
- Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland. Frankfurt am Main 1950.
- Demandt, Karl E., Geschichte des Landes Hessen. Revidierter Nachdruck der 2. Auflage. Kassel 1980.
- Dörr, Alfred, Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/1949. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1971, S. 99 ff.
- Dorn, Walter L., Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen. Letter to the Editor. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1958, S. 191 ff.
- Dreißig (30) Jahre hessische Verfassung 1946 - 1976. Im Auftrag der Hessischen Landesregierung und des Hessischen Landtags. Herausgegeben von Erwin Stein. Wiesbaden 1976.

- Das Ende der Parteien 1933. Herausgegeben von Erich Matthias und Rudolf Mosey. Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1960.
- F.D.P. Mitglieder der Fraktion im Hessischen Landtag 1946 - 1980. o.O. (Wiesbaden). o.J. (1980).
- Gillen, J. F. J., State and Local Governments in West Germany, 1945 - 1953. With Special Reference to the U.S. Zone and Bremen. Office of the U.S. High Commissioner for Germany. o.O. (Bonn) 1953.
- Härtel, Lia, Der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone. Herausgegeben vom Direktorium des Länderrats. Stuttgart und Köln 1951.
- Jellinek, Walter, Die Verfassung des Landes Hessen. In: Deutsche Rechtszeitschrift 1947, S. 4 ff.
- Kissel, Otto Rudolf, Neuere Territorial- und Rechtsgeschichte des Landes Hessen. Wiesbaden-Dotzheim 1961.
- Kronstein, Heinrich, Briefe an einen jungen Deutschen. München 1967.
- Kropat, Wolf-Arno, Hessen in der Stunde Null 1945/1947. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau XXVI. Wiesbaden 1979.
- Latour, Conrad F./Vogelsang, Thilo, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Zone Deutschlands 1944 - 1947. Stuttgart 1973.
- Lilge, Herbert, Hessen in Geschichte und Gegenwart. Wiesbaden 1980 (1979).
- Luckemeyer, Ludwig, Liberale in Hessen 1848 - 1980. o.O. 1980.

Mühlhausen, Walter, Die Entscheidung der amerikanischen Besatzungsmacht zur Gründung des Landes Hessen 1945. Darstellung und Dokumentation zum 40. Jahrestag der Landesgründung. In: Nassauische Annalen Band 96, 1985. Wiesbaden 1985 (Zitiert als: Mühlhausen, Gründung).

Mühlhausen, Walter, Hessen 1945 - 1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit. Frankfurt am Main 1985.

Neue Deutsche Biographie. Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Bände 1 - 14. Berlin 1953 ff.

Pfetsch, Frank R., Die Verfassungspolitik der westlichen Besatzungsmächte in den Ländern nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B 22/86, 31. Mai 1986, S. 3 ff.

Prokop, Heimo, Die Entstehung der Hessischen Verfassung nach 1945. Zulassungsarbeit zur Wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. (MS). Heidelberg 1982.

Rosberg, Ralf Roman, Grenze über deutschen Schienen. Freiburg i. Brsg. 1980.

Rüschenschmidt, Heinrich, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen. Quellen und Forschungen zur Hessischen Geschichte Band 42. Darmstadt und Marburg 1981.

Stein, Erwin, 20 Jahre Hessische Verfassung. Wiesbaden 1966.

Struck, Wolf-Heino, Zur ideenpolitischen Vorbereitung des Bundeslandes Hessen seit dem 19. Jahrhundert. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 20. Band. Marburg 1970.

Verfassungsschutz '74. Herausgegeben vom Bundesminister des Innern. Bonn 1975.

Wahrhaftig, Sam. L., In jenen Tagen. Marginalien zur Frühgeschichte eines deutschen Bundeslandes (Hessen). In: Frankfurter Hefte 1970, S. 785 ff., S. 863 ff. und 1971, S. 93 ff.

Zinn, Georg August/Stein, Erwin, Die Verfassung des Landes Hessen. Kommentar. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1954 ff.

Bildnachweise

Archiv des Hessischen Landtags, Wiesbaden
S. 8, 78, 106, 155, 176, 185

Dana-Bild, Frankfurt am Main
S. 70

Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden
S. 73

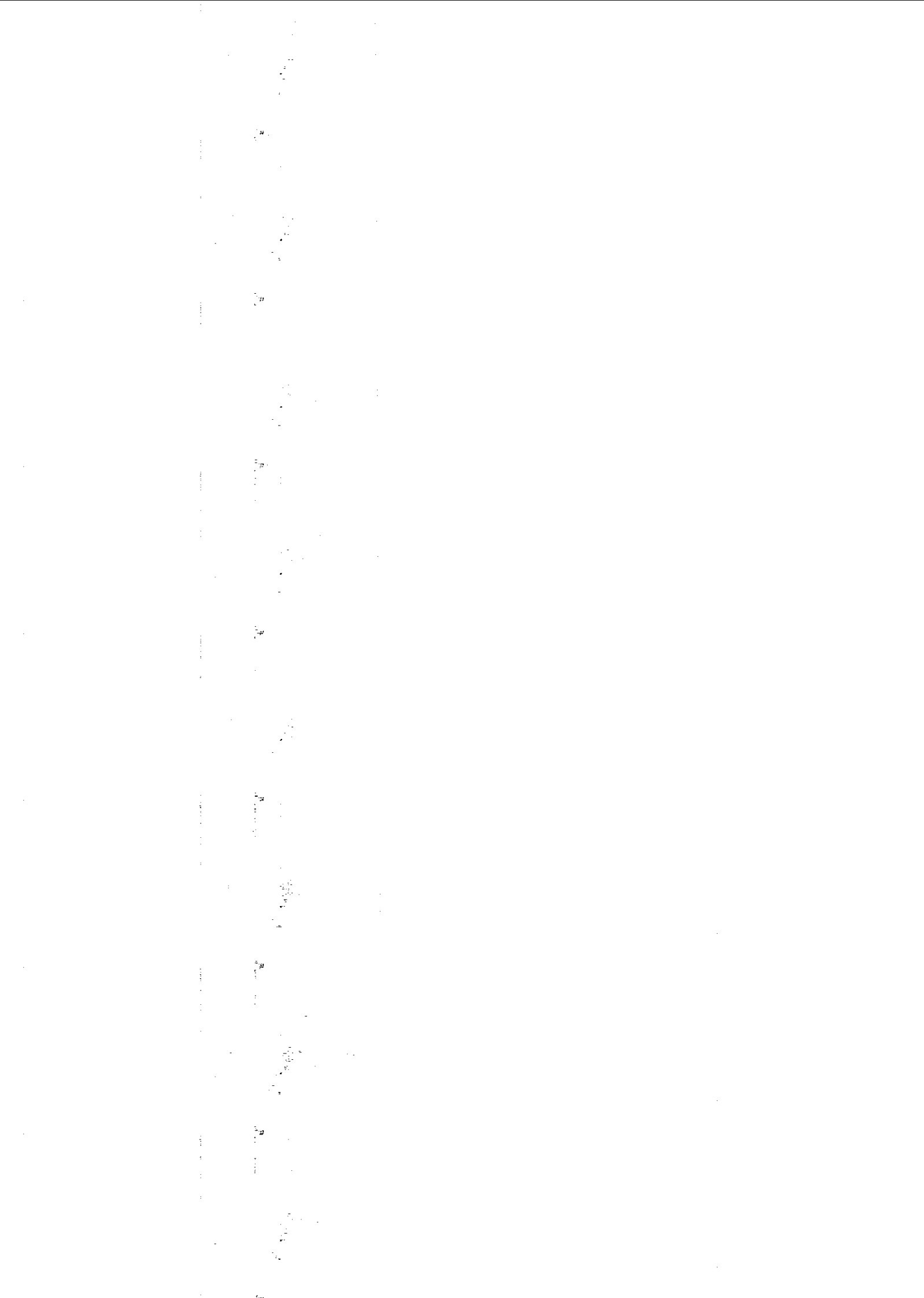
Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Archiv, Wiesbaden
S. 26, 27, 28, 31

Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel
S. 174

Foto-Müller, Wiesbaden
S. 136

Foto Willi Rudolph, Wiesbaden
S. 24, 42 (unten), 58, 125, 127

Stadtarchiv, Wiesbaden
S. 40, 42 (oben)



Die Hessen-Bibliothek im Insel Verlag

Herausgeber: Edgar Thielemann

Bisher sind erschienen:

Hessisches Lesebuch

Herausgegeben von Hans Herder

521 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-04781-6

Das *Hessische Lesebuch* enthält rund hundert Beiträge, von Tacitus bis zum Stadtschreiber von Bergen, aus fast 19 Jahrhunderten. Es sind Auszüge aus der biographischen Literatur, aus Reisebeschreibungen und anderen zum Teil unbekanntem oder vergessenen Büchern, daneben Dokumente und Reden. Ihnen gemeinsam ist das Thema *Hessen*, seine Geschichte, herausragende Ereignisse und Besonderheiten des Landes.

Politische Kultur und politisches System in Hessen

Herausgegeben von Jakob Schissler

417 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-04784-4

Politische Kultur und politisches System in Hessen enthält sowohl Originalbeiträge als auch bereits publizierte Analysen zur Ideengeschichte, zur Verfassung, zum politischen Prozeß und zur kulturellen Lebenswelt des Bundeslandes Hessen.

Rainer Fritz-Vietta · Stadterneuerung in Hessen

407 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-04783-2

Rainer Fritz-Vietta vom Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt dokumentiert in seinem Buch *Stadterneuerung in Hessen* 19 Sanierungsmaßnahmen in 16 Gemeinden Hessens. Die praktischen Probleme, die sich aus Änderungen der Sanierungsziele, Gebäudeabbrüchen, Umsetzungen, Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen oder aus der Mietentwicklung ergeben, führen zu politischen Lösungsvorschlägen des Autors an Bund, Länder und Gemeinden.

Ina-Maria Greverus/Gottfried Kiesow/Reinhard Reuter u. a. Das hessische Dorf

405 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-04782-0

Noch vor einem Jahrzehnt schien das Dorf wenig attraktiv zu sein. Auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Dorf und seiner Entwicklung stand eher im Schatten der Auseinandersetzung um die Probleme und Folgen der Urbanisierung. Heute jedoch wird dem Dorf wieder größeres Interesse entgegengebracht. In Hessen zum Beispiel versucht man mit Hilfe des Dorferneuerungsplans, das Leben auf dem Land modernen Erfordernissen anzupassen und

zugleich die Besonderheiten des Dorfes – bauliche Strukturen und Beziehungen zur Landschaft – zu erhalten. *Das hessische Dorf* faßt die Ergebnisse einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammen, die von Wissenschaftlern der Universität Frankfurt, der Technischen Hochschule Darmstadt und des Landesamtes für Denkmalspflege gebildet wurde.

Dietmar Grieser · Goethe in Hessen

164 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14017-4

Johann Wolfgang von Goethe ist Hesse von Geburt und durch seine Vorfahren mütterlicherseits. Was wäre da natürlicher, als daß ihm in seiner Heimat Hessen besondere Verehrung zuteil wird? Dietmar Grieser, bekannt geworden durch seine Reisen an die »Schauplätze der Weltliteratur«, hat an den hessischen Goethe-Orten Frankfurt, Wetzlar, Darmstadt, Wiesbaden und im Rheingau Nachschau gehalten, wie dort in unserer Zeit – und keineswegs nur mit Blickpunkt 150. Todestag – die Erinnerung an den »großen Sohn« gehandhabt wurde.

Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen 1831-1834

Herausgegeben von Reinhard Görisch und Thomas Michael Mayer
432 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14044-1

»Fürsten zum Land hinaus!« – heimlich gedacht oder trotzig gesungen –, drückte dieses Lied die Wünsche aller Republikaner im hessischen Vormärz aus. Die hier erstmals vorgelegten zusammenfassenden Berichte der damaligen Behörden zeichnen ein plastisches Bild vom Alltag und den Plänen der frühen hessischen Demokraten, die man damals noch »Demagogen« nannte. In der Sprache und aus der Sicht der »Demagogen«-Verfolger läßt das dokumentarische Lesebuch sowohl die allgemeine Misere und die Illusionen der isolierten Revolutionspartei im hessischen Biedermeier erkennen als auch (etwa an der Bewegung um den *Hessischen Landboten* von Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig) Versuche, die engen Perspektiven von Putschismus und Konspiration zu durchbrechen.

Wolfgang Schivelbusch · Intellektuellendämmerung

Zur Lage der Frankfurter Intelligenz in den zwanziger Jahren:
die Universität, das Freie Jüdische Lehrhaus, die Frankfurter Zeitung,
Radio Frankfurt, der Goethe-Preis und Sigmund Freud, das Institut
für Sozialforschung.
Mit Abbildungen. 142 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14045-X

In den zwanziger Jahren erschien in Frankfurt die wichtigste Tageszeitung Deutschlands; das fortschrittlichste Rundfunkprogramm wurde vom Frankfurter Sender ausgestrahlt. Sigmund Freud erhielt als einzige öffentliche Auszeichnung seines Lebens den von der Stadt Frankfurt gestifteten Goethe-Preis. Franz Rosenzweig gründete mit dem Freien Jüdischen Lehrhaus ein Zentrum jüdischen Kulturlebens, und mit dem Geld des Getreidegroßhändlers Hermann Weil wurde das Institut für Sozialforschung ins Leben gerufen, in dem die kritische Theorie entstand, welche nach 1945 bzw. 1968 die geistige Landschaft

in Deutschland veränderte. Insbesondere eine Wachablösung der bürgerlichen Kultur läßt sich im Frankfurt der zwanziger Jahre besser als irgendwo sonst verfolgen – das Ende des individuellen Unternehmers wie Intellektuellen, eine Ablösung durch die Bürokratie. In den zwanziger Jahren leuchteten noch einmal das Mäzenatentum, die individualistisch-verschrobene Wagemutigkeit und Abenteuerliebe des alten Bürgertums auf – in seinen geschäftlichen wie geistigen Unternehmungen, seinen Westend-Villen, Hausmusikabenden, Feuilletons, ja selbst in seiner soziologischen Phantasie, bevor – Jahre vor der Machtergreifung der Nazis – das Ende kam.

Eugen Kogon · Essays, Aufsätze, Reden zwischen 1946 und 1982

Herausgegeben von Hubert Habicht

451 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14046-8

Am 4. Januar 1982 wurde Eugen Kogon der »Hessische Kulturpreis« überreicht. Der vorliegende Auswahlband dokumentiert Kogons Beteiligung an der hessischen Politik, seine publizistische Arbeit in den »Frankfurter Heften« und sein Engagement als politischer Lehrer.

Margarete Dieffenbach · Hessischer Trachtenalltag

Tracht als Spiegel ländlicher Lebensweisen

Herausgegeben von Wolfgang Schellmann, Siegfried Becker, Gaby Mentges und Ingeborg Weber-Kellermann

320 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14112-X

Die Fotoernte der Margarete Dieffenbach aus dem Jahrzehnt zwischen 1925 und 1935 ist ein Glücksfall sowohl für die hessische Kulturgeschichte wie für die Volkskunde und europäische Ethnologie. In Hunderten von guten und vorzüglichen Aufnahmen hat sie das Trachtenleben jener Zeit bei den verschiedensten typischen Gelegenheiten des Alltags und der Feiertage festgehalten. Damit wurde eine letzte hessische Trachtenbilanz gezogen. Den erzählenden und beobachtenden Fotografien der Margarete Dieffenbach ist eine kultur- und sozialgeschichtliche Umschau über die Trachtenlandschaft Hessen vorangeschickt und ein kommentierender Text beigegeben. Dem interessierten Leser steht eine umfangreiche Spezialbibliographie zur Verfügung.

Erzähler aus Hessen

Herausgegeben von Dieter Bänisch

296 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14113-8

Die Anthologie vereinigt Märchen und Erzählstücke, in denen ein scharfer, oft satirischer Sinn für menschliche Wirklichkeit, ihre Schrecken und Defizite, und eine starke Spannung zu individuellen oder kollektiven Glücksbildern hervortreten. Bekannteres steht zwischen wenig Bekanntem und gerät dadurch in anderes Licht; mit Johann Heinrich Merck, Ludwig Börne, Franz Dingelstedt, Richard Hülsenbeck oder Ernst Glaeser werden Autoren präsentiert, die mehr Aufmerksamkeit verdienen. Mit Friedrich Stoltze erscheint Mundarterzählung von hohem Rang. Statt eines Vorwortes ein posthumer Huldigungsbrief an Dorothea Viehmann, die Märchenfrau aus Zwehren.

Hessen unterm Hakenkreuz

Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen

Herausgegeben von Eike Hennig in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch,
Martin Loiperdinger, Klaus Schönekeß

558 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14114-6

»50 Jahre danach« ist die Erforschung des Nationalsozialismus immer noch nicht abgeschlossen. Es gilt zu erkennen, aus welchen politischen Kulturzusammenhängen und sozialen Bezügen, mit welchen Öffentlichkeitsformen und politischen Mitteln, auf welcher Motivationsbasis und Erwartungshaltung die NSDAP zur größten völkisch-nationalistischen Sammlungsbewegung herangewachsen ist. Dies gilt insbesondere für die Gebiete des Bundeslandes Hessen, die von entsprechender Nationalsozialismusforschung stark vernachlässigt worden sind. *Hessen unterm Hakenkreuz* bemüht sich, einen Überblick zu geben; Illustrationen, Dokumente und bibliographische Hilfsmittel vorzustellen, die zur weiteren Beschäftigung mit Entstehung, Durchsetzung und Institutionalisierung der NSDAP in Hessen anregen sollen.

Hessisches Auswandererbuch

Berichte, Chroniken und Dokumente zur Geschichte hessischer Einwanderer in den Vereinigten Staaten. Ein hessischer Beitrag zum 300. Jahrestag der ersten deutschen Einwanderung in Amerika 1683-1983

Herausgegeben von Hans Herder

452 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14115-4

Die Frage der Auswanderung war in den vergangenen Jahrhunderten für viele Menschen von zentraler Bedeutung. Dieses Lesebuch mit Beiträgen verschiedener Autoren aus Vergangenheit und Gegenwart beschäftigt sich ausschließlich mit der Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert nach Nordamerika und mit einigen Randerscheinungen. Ein Teil der Beiträge stammt von Deutschamerikanern und schildert die Entwicklung aus der Perspektive der neuen Heimat. Das Ergebnis soll nicht nur eine Würdigung der hessischen Auswanderung nach Nordamerika sein und an einigen Beispielen den hessischen Anteil an der Entwicklung der Vereinigten Staaten belegen, sondern auch die Hintergründe der Auswanderungsbewegungen aufzeigen und zum besseren Verständnis der geschichtlichen Vergangenheit beitragen.

Gerhard Beier · Arbeiterbewegung in Hessen

Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984)

672 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14213-4

In diesem Buch wird der Versuch unternommen, den eigenen Weg der Arbeiterbewegung in Hessen historisch zurückzuverfolgen. Dazu dient neben exemplarischen Kapiteln über die wichtigsten Phasen und Ereignisse eine Sammlung von mehr als 900 Kurzbiographien, darunter sämtlicher Regierungschefs und Minister sowie aller Reichstags-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die aus der hessischen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Neben den großen Karrieren stehen die vielen politischen Opfer: Verfolgte und Inhaftierte, Emigranten und Märtyrer aus dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft.

Hessen im Zeitalter der industriellen Revolution

Herausgegeben von Klaus Eiler

448 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14158-8

Schon im 19. Jahrhundert begann die Herausbildung der heutigen Industrielandschaften an Rhein und Main, Lahn und Dill und im Raum Kassel. Die industrielle Revolution brachte einen tiefgreifenden Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt mit sich. Das vorliegende Werk beschreibt die Entwicklung wichtiger Industriezweige und geht auf die unerläßlichen Voraussetzungen der Industrialisierung ein, namentlich den Beitritt hessischer Staaten zum deutschen Zollverein, die Aufhebung der Zunftschranken und die Einführung der Gewerbefreiheit. Doch das Buch berichtet auch von den Schattenseiten der industriellen Revolution, die nicht nur von enormen wirtschaftlichen Fortschritten geprägt war, sondern auch von Massenarmut, Hunger und Not. Die Arbeiterbewegung organisierte sich und trat ein für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. So spiegelt sich in den rund 200 Dokumenten dieses Buches nicht nur die industrielle Entwicklung Hessens, sondern auch der politische und soziale Hintergrund jener Zeit.

Dietmar Grieser · Mit den Brüdern Grimm durch Hessen

Ein literarischer Lokalaugenschein zum 200. Geburtstag von Jacob, Wilhelm und Ludwig Emil Grimm

Mit Abbildungen. 180 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14214-2

Man kann sich den Brüdern Grimm auf vielerlei Weise nähern: indem man sich mit ihrem Werk auseinandersetzt, indem man sie von der Biographie her zu ergründen versucht, indem man sich in die Bilder und Zeichnungen des »Malerbruders« Ludwig Emil versenkt. Reisefreudige Naturen mögen eine reizvolle Ergänzung darin erblicken, ihnen »vor Ort« nachzuspüren: an jenen Stätten, an denen sie selber gelebt und gewirkt haben, und an jenen anderen, die erst das ehrende Gedenken ihrer Nachwelt hat entstehen lassen. Dietmar Grieser begnügt sich bei seinem Lokalaugenschein nicht mit Bestandsaufnahmen an den »klassischen« hessischen Grimm-Orten Hanau, Steinau, Marburg und Kassel, sondern hält auch an bisher vernachlässigten wie Bad Homburg, Frankfurt und Wetzlar Umschau, er bezieht Märchenschauplätze und Märchenerzähler ebenso in seine Recherchen ein wie etwa das Erbe des hessischen Grimm-Illustrators Otto Ubbelohde, und ein Exkurs in eine grenznahe Hessen-Enklave in der DDR führt ihn sogar auf die Spur eines bis dato Unbekannten: des letzten noch lebenden Grimm.

Wolfgang Schivelbusch · Eine wilhelminische Oper

Mit zahlreichen Abbildungen. 165 Seiten. Gebunden.

ISBN 3-458-14242-8

Seitdem die Frankfurter Alte Oper im Bombenkrieg zerstört wurde, ist das Opernhaus ein Abbild des jeweiligen Zeitgeistes, der in Frankfurt herrscht. Als Ruine lag es unbeachtet und still inmitten des emsig summenden Wiederaufbaus der fünfziger und sechziger Jahre. Nur ein relativ kleiner Kreis konservativ gesinnter Bürger wirkte damals für die Wiederherstellung. Dann kam in den

siebziger Jahren, getragen von der Tendenzwende in Politik und Kultur, ein neuer Oberbürgermeister, der sie zu neuem Leben erwecken sollte. Die Wiederherstellung des Frankfurter Opernhauses ist ein Beispiel für die postmodernistische Wende in Architektur und Gesellschaft, die in Frankfurt ihre Ausprägung in einem eigentümlichen architektonischen Historismus fand. Wolfgang Schivelbusch hat rekonstruiert, welche Vorstellungen, Interessen und Neigungen in den Bau des Opernhauses eingegangen sind. Ihm ist es gelungen, trotz der schwierigen Materiallage ein plastisches Bild der Ideologien und Interessenkonstellationen zu zeichnen, die zum Bau der »wilhelminischen Oper« führten, an die im 20. Jahrhundert ein konservativer Zeitgeist neue Hoffnungen knüpfte.

Walter Mühlhausen · Hessen 1945-1950

Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit
592 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14292-4

Das Buch zeichnet den Aufbau des parlamentarischen Staatswesens in Hessen nach. Es dokumentiert den Ausbau demokratischer Neuordnung, beschreibt die für das politische Leben der Nachkriegszeit wesentlichen Bereiche und untersucht die Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen unter einer Besatzungsherrschaft. Die Konzentration auf ein einzelnes Land erlaubt die genaue Analyse von Konsens und Konflikt der politischen Trägergruppen. Dabei beschränkt sich die Untersuchung nicht auf die hessische Seite, sondern bezieht gleichermaßen amerikanische Besatzungspolitik als Ordnungsfaktor mit ein. Mühlhausens Buch ist damit politische Geschichte des Landes Hessen und Vorgeschichte der Bundesrepublik zugleich.

Entdeckungen in hessischen Museen

Vom »Paradiesgärtlein« zum »Westhafen«
Herausgegeben von Hansgeorg Dickmann und Kurt Zimmermann
Mit Beiträgen von Renate Liebenwein, Gottfried Sello, Wolfgang Liebenwein und Dietmar N. Schmidt
Mit farbigen Abbildungen. 431 Seiten. Gebunden.
ISBN 3-458-14291-6

Auf der Suche nach der Welt von gestern hat ein breites Publikum seine Kunstmuseen neu entdeckt. Ein wachsendes Interesse gilt diesen Sammelpunkten einer früheren Lebenskultur, die uns im Kunstwerk lange entrückte Erfahrungen und Visionen noch einmal anschaulich vor Augen bringen können. Dieser neuen Empfänglichkeit des Publikums entsprechend hat auch das Hessische Fernsehen über Jahre hin ein *Bild der Woche* aus hessischen Kunstsammlungen ausgewählt und ausführlich kommentiert. Einhundert Kunstwerke aus fünf Jahrhunderten europäischer Kunstgeschichte, alle ganzseitig und in Farbe gedruckt, wurden zusammen mit den interpretierenden Texten in ein Bilder-Buch aufgenommen. Bevorzugt wurde dabei das »erzählende« Bild, dessen künstlerische Idee anhand von sorgsam Detailschilderungen aufgedeckt wird. Neben den großen Meistern der Malerei wurden entdeckenswerte Zeitgenossen eingeordnet, deren Bilder hier zum ersten Mal beschrieben werden.

Ausländische Arbeiterfamilien in Hessen

Berichte über das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern

Herausgegeben von Hans-Wilfried Kuhlen

Mit Beiträgen von: Anita Kuhlen-Sauer/Hans-Wilfried Kuhlen, Arthur Mehmet, Christa Seidel, Detlef Lüderwald

Mit Abbildungen. 250 Seiten. Gebunden.

ISBN 3-458-14524-9

Seit vielen Jahren gibt es eine breite öffentliche Diskussion über die Probleme, die sich mit der Beschäftigung und zum Teil langjährigen Anwesenheit ausländischer Arbeiter und deren Familien in den hochindustrialisierten Ländern West- und Nordeuropas ergeben haben. Von der Fülle der zu diesem Thema veröffentlichten Literatur unterscheidet sich das vorliegende Buch vor allem durch die Anschaulichkeit, mit der das Leben ausländischer Arbeiterfamilien in Hessen beschrieben wird: Die Gründe, die zur Emigration dieser Familien aus Sizilien, der Türkei oder anderen Ländern »am Rande Europas« geführt haben, werden von den Autoren untersucht und in Zusammenhang gebracht zu jeweils gegebenen aktuellen Situationen der Familien. So entsteht ein umfassendes Bild vom Leben der Ausländer unter den Bedingungen der Emigration. Aufgrund ihres langjährigen Engagements in der »Arbeit mit Ausländern« können die Autoren eine Fülle von Beispielen geben für die längst stattfindende Normalisierung des alltäglichen Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern – ohne dabei zu vergessen, welches die Gründe dafür sind, daß die gegenseitige Annäherung immer wieder gefährdet wird.

Trümmer, Tränen, Zuversicht

Alltag in Hessen 1945-1949

Herausgegeben von Werner Wolf unter Mitarbeit von Harald Edel

Mit Abbildungen. 358 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14523-0

Über 100 zeitgenössische Berichte und Reportagen aus sieben hessischen Zeitungen dokumentieren das Alltagsleben der ersten fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die in diesem Band versammelten Dokumente, die durch Reportagefotos ergänzt werden, haben die bewegenden Themen der damaligen Zeit zum Inhalt: Trümmerbeseitigung, Wiederaufbau von Häusern und Fabriken, Schwarzer Markt mit den dazugehörigen Razzien, öffentlicher Verkehr, Währungsreform und – vor allem – der tägliche Kampf um Nahrungsmittel, um Wohnraum, Holz und Kohle. Immer wieder beschäftigen sich die Berichte und Reportagen mit einzelnen Menschen und deren Schicksal: aus der Bahn geratene Jugendliche, Menschen in Lagern; Heimkehrer und Kriegsversehrte, Vertriebene und Flüchtlinge; der langsame Wandel der Amerikaner von Feinden zu Freunden. Hunger, Kälte; Trauer um verlorene Menschen – das Leid der ersten Jahre war groß, aber aus den Trümmern, das macht dieser Band deutlich, erwuchs neue und begründete Zuversicht.

Kurt Wagner

Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung

Mit Abbildungen. 560 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14329-7

Am Beispiel seines nordhessischen Heimatdorfes Körle zeigt Kurt Wagner auf, daß sich im Dorf nicht »verspätete« Angleichungen an die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung vollzogen, sondern daß die Auseinandersetzung der Dörfler mit der Industrialisierung zu einer spezifisch dörflichen Lebensweise geführt hat.

Die Untersuchung umfaßt den Zeitraum von der »Bauernbefreiung« im frühen 19. Jahrhundert bis hin zur Eingemeindungspolitik in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts. Besonders in der Beschreibung der neueren Entwicklung Körles zeigt das Buch eine große Anschaulichkeit, da es die statistische Dokumentation durch Aufzeichnungen mündlicher Darstellungen und Deutungen von Zeitzeugen ergänzt. Dabei geht es ihm weniger um die Rekonstruktion von »Ereignisgeschichte« als um das »Verstehen«, um den Versuch der Einsichtnahme in die Denkstrukturen der Beteiligten, die vor den Ereignissen liegen.

Jochen Lengemann

Das Hessen-Parlament 1946–1986

Mit Abbildungen. 464 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14330-0

Der Hessische Landtag besteht 1986 vierzig Jahre.

In dem Buch werden nach einer verfassungsgeschichtlichen Einführung zum ersten Male die erst jetzt – dank Zugang zu allen Akten des Landtags und erstmals auch der Staatskanzlei – ermittelten vollständigen Listen der Mitglieder des Beratenden Landesausschusses (des hessischen Vorparlaments von Februar bis Juli 1946), der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und aller elf Landtage in Übersichten veröffentlicht. Ergänzt werden diese Tabellen durch die ebenfalls erst jetzt vollständig erforschten Verzeichnisse aller Präsidenten, Vizepräsidenten, Schriftführer und Fraktionsvorsitzenden.

Den Hauptteil des Werkes bilden die Biographien der 568 Frauen und Männer, die im Hessenparlament seit 1946 wirkten. Sie beruhen – außer für die reinen Lebensdaten – auf den Angaben, die die Abgeordneten bei ihrem Eintritt ins Parlament für dessen Verwaltung und die amtlichen Handbücher machten. Diese Angaben wurden für »Das Hessenparlament 1946 bis 1986« auf die Bereiche: persönlicher und beruflicher Werdegang, Mitgliedschaft und Funktionen in Parteien, Verbänden und Vereinen und Mitgliedschaft und Ämter in Parlamenten aller Ebenen systematisiert.